

[Anlage 7]

ANGABEN ZU DEN PFLICHTEXEMPLAREN
DER DISSERTATION

UNIVERSITÄT DER BUNDESWEHR MÜNCHEN
FAKULTÄT FÜR
STAATS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Thema der Dissertation: Die Faktoren des maritimen Umfeldes und deren sicherheitspolitische Auswirkungen bis 2030+

Verfasser: Dr. Torsten Albrecht

Promotionsausschuss:

Vorsitzender: Prof. Dr. T. Bohrmann

1. Beisitzer: Prof. Dr. C. Masala

2. Beisitzer: Prof. Dr. F. Kohout

3. Beisitzer: Prof. Dr. K. Groh

4. Beisitzer: Prof. Dr. U. Weiß

Tag der Prüfung: 30.01.2013

Mit der Promotion erlangter akademischer Grad: Dr. der Staats- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

Neubiberg, den 30.01.2013

**UNIVERSITÄT DER BUNDESWEHR
MÜNCHEN**

**FAKULTÄT FÜR STAATS- UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN**

Institut für Politikwissenschaft

Professur für Internationale Politik

**Die Faktoren des maritimen Umfeldes und deren
sicherheitspolitische Auswirkungen bis 2030+**

Dr. Torsten Albrecht

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Staats- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.)

1. Berichterstatter: Prof. Dr. C. Masala
2. Berichterstatter: Prof. Dr. R. Gerdes

Neubiberg
im
Juni 2012

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	i
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	vii
1. Einleitung und Stand der Wissenschaft	1
2. Konflikte und Konflikttheorie	25
2.1. Konfliktarten	25
2.1.1. Klimainduzierte Konflikte als eine Form der neuen Kriege	25
2.1.2. Andauernde Gewalt	29
2.1.3. Zerfall von Staaten	30
2.1.4. Terrorgewalt	30
2.1.5. Grenzkonflikte	31
2.2. Theorie und Konflikttheorie der internationalen Beziehungen	33
2.2.1. Abriss zum Realismus	34
2.2.2. Abriss zum Neorealismus	36
2.2.3. Abriss zur neorealistischen Konflikttheorie	40
2.3. Auswahl aktueller Konflikte	46
2.3.1. Mittelmeerraum	46
2.3.2. Horn von Afrika	53
2.3.3. Ostasien	57
2.4. Synopse der Konfliktdarstellung	65
3. Die Faktoren des maritimen Umfeldes bis 2030+ – aktueller Stand und Tendenzen bis 2030+	69
3.1. Die Umwelt und die Natur	69
3.1.1. Beobachtbare Änderungen von Umweltparametern	71
3.1.2. Zukünftige Änderungen von Umweltparametern bis 2030+	88
3.2. Die maritime Wirtschaft und Energieversorgung	92
3.2.1. Der heutige Sachstand	93
3.2.2. Die Tendenzen bis 2030+	112
3.3. Das Seerecht	117
3.4. Die Sicherheitspolitik	124
3.5. Synopse der maritimen Faktoren	129
4. Die sicherheitspolitischen Thematiken des maritimen Umfeldes	132

	Seite
4.1. Umweltveränderungen als maritim sicherheitspolitisch relevantes Thema	132
4.1.1. Sicherheitsrisiken	134
4.1.2. Rolle der Arktis	137
4.2. Migration und Lebensraum	140
4.2.1. Übersicht zum Spannungsfeld	140
4.2.2. Beispielregionen	143
4.3. Energie als strategisches Gut	148
4.3.1. Fossile Energie	148
4.3.2. Regenerative Energie	151
4.3.3. Kernenergie	153
4.4. Strategische Interessen und Rüstungspotenziale	155
4.4.1. China	157
4.4.2. Indien und Pakistan	159
4.4.3. Russland	164
4.4.4. Zukunftsprojekte	165
4.5. Globales maritimes Lagebild und maritime Sicherheit	171
4.6. Synopse der sicherheitspolitischen Thematiken	175
5. Sicherheitspolitische Folgen aus den Auswirkungen im maritimen Umfeld	181
5.1. Globale Folgen und Konfliktpotenziale	181
5.2. Folgen innerhalb der EU und an deren Außengrenzen	188
5.2.1. Territoriales Konfliktpotenzial in der Arktis	189
5.2.2. Konfliktpotenzial im Mittelmeerraum	204
5.3. Synopse des Konfliktpotenzials	209
6. Mögliche Szenarien im maritimen Umfeld bis 2030+	212
6.1. Zwischenstaatlicher Konflikt zwischen NATO-Staaten in der Arktis	213
6.2. Zwischenstaatlicher Krieg im Pazifik	218
6.3. Konfliktprävention im Östlichen Mittelmeer	225
6.4. Synopse der Szenarien	231
7. Sicherheitspolitische Diskussion und Bewertung	235
7.1. Die NATO und die EU	235
7.2. Die USA	244

	Seite
7.3. Die Russische Förderung	248
7.4. Die Volksrepublik China	254
7.5. Die Republik Indien	259
7.6. Synopse der Diskussion und Bewertung	262
8. Folgerungen und Ausblick	267
9. Literatur	278
10. Danksagung	308
11. Anhang	309
Anhang 1. Zwischenstaatlicher Konflikt zwischen NATO-Staaten in der Arktis (Szenario 6.1.)	309
Anhang 2. Zwischenstaatlicher Krieg im Pazifik (Szenario 6.2.)	310
Anhang 3. Konfliktprävention im Östlichen Mittelmeer (Szenario 6.3.)	311
Anhang 4. Vorschlag für den Entscheidungsprozess maritime Faktoren – Fähigkeiten – 1	312
Anhang 5. Vorschlag für den Entscheidungsprozess maritime Faktoren – Fähigkeiten – 2	313

Zusammenfassung

Die derzeitige Entwicklung im Bereich der maritimen Sicherheitspolitik lässt darauf schließen, dass neuartige Rahmenbedingungen und Bedrohungsszenarien den Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im 21. Jahrhundert grundlegend ändern werden. An die Stelle von Risikofaktoren, die einen flächendeckenden, bündnisweiten Krieg in Europa induzieren konnten, ist nun eine Vielzahl von maritimen Faktoren getreten, die sich regional sehr unterschiedlich ausprägen können.

Mit Blick auf die globale maritime Entwicklung bis 2030+, die von veränderten Eisbedeckungsflächen im Arktischen Ozean, Veränderungen der Meeresnutzung bzw. der maritimen Wirtschaft und auch gesellschaftlich-politischer Faktoren geprägt sein wird, ergeben sich neue gesellschaftliche und sicherheitspolitische Interessen verschiedener Staaten und Bündnisse, denen die für die Außen- und Sicherheitspolitik Verantwortlichen Rechnung tragen müssen.

Dies impliziert die Möglichkeit der kurzfristigen, unmittelbaren An- und Abforderung maritimer Fähigkeiten, in der Regel im Rahmen der NATO oder der EU, auch mit nur kurzen Vorwarnzeiten. In erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, betrifft dieser Sachverhalt die europäische Peripherie. In diesem Rahmen ist eine Langzeitplanung inklusive einer sicherheitspolitischen Früherkennung und Vorsorge notwendig, um auch unwahrscheinliche Szenarien, abgeleitet aus sicherheitspolitischen maritimen Faktoren, einbeziehen zu können.

Es ist daher sinnvoll, mittels dieser Faktoren darzustellen, dass die globale maritime Entwicklung derzeit und zukünftig von den Zugängen zu Rohstoffen, neuen Technologien, Handelsströmen, der Veränderung der natürlichen Umgebung, aber auch der Existenz friedensbedrohender, regional destabilisierender staatlicher und nichtstaatlicher Akteure abhängt. Dies beinhaltet konfliktträchtige Trends für die zivilisatorische Entwicklung im maritimen Zeitalter des 21. Jahrhunderts, die für die Sicherheitspolitik als bedeutsam eingestuft werden können.

Zwar sind gesicherte validierbare Aussagen und Szenarien bezüglich des maritimen Umfeldes der Zukunft kaum zu treffen, jedoch lassen sich aufgrund der bisherigen Entwicklungen und Tendenzen Hypothesen aufstellen, die hilfreich sind die zukünftigen maritimen Herausforderungen zu identifizieren und ihnen begegnen zu können.

Besonders für die EU und die Bundesrepublik Deutschland sollte die Frage nach maritimen Gegebenheiten auf allen Ebenen und in allen Bereichen des öffentlichen Lebens aufgegriffen

werden. Für diese weitestgehend außenhandelerorientierten und dadurch maritim abhängigen Nationen rücken, neben ungestörten Wirtschaftsströmen auf dem Land-, Luft- und Seeweg, sowie dem Zugriff auf natürliche Ressourcen, vor allem geo- und sicherheitspolitische Aspekte ins Blickfeld, aus denen sich neue Handlungsfelder der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergeben könnten.

Das maritime Umfeld bis 2030+, dem sich unsere Gesellschaft gegenüber sieht, wird sich auf alle Lebensbereiche erstrecken. Sowohl die maritime Wirtschaft, einschließlich des Seeverkehrs und Fischereiwesens sowie der Energie- und Wasserressourcen, und die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger werden neuen, bisher kaum diskutierten Herausforderungen gegenüber stehen. Eine Auswahl dieser möglichen Lösungsansätze dazu wird in den nachfolgenden Kapiteln betrachtet, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird.

Die natürlichen, wirtschaftlichen und technologischen maritimen Faktoren stehen in einer engen und sehr komplexen Wechselwirkung mit den sicherheitspolitischen Faktoren.

Mit Blick auf die natürlichen Ressourcen spielen neben dem fokussierenden Thema der Sicherung des privilegierten Rohstoffabbaus in der Arktis, besonders der Öl- und Gaslagerstätten, mögliche Grenzverwerfungen und Gebietsansprüche, etwa auf Inseln, zwischen den Anrainerstaaten eine Rolle. So sorgt sich beispielsweise Kanada bereits jetzt um seine hoheitlichen Grenzen und seine Ausschließliche Wirtschaftszone in der Hudson Bay und sieht sich russischen Begehrlichkeiten gegenüber.

Ein weiteres Aktionsfeld – mit verbundenem Spannungspotenzial – hinsichtlich der natürlichen Faktoren ergibt sich aus dem möglichen Meeresspiegelanstieg, der Verwüstung und der damit verbundenen Wasserverknappung sowie der Zunahme von Extremwetter- und Naturereignissen, besonders in den Küstenzonen. Als Folge dieser Phänomene lassen sich, bedingt durch Migration und Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten jeglicher Art, teilweise gewalttätige Spannungen in der betroffenen Bevölkerung nicht vermeiden, so dass exekutive Handlungsfelder entstehen und ggf. nur durch den Einsatz von bewaffneten staatlichen Kräften als ultima ratio verhindert oder eingedämmt werden können. Diese Kräfte dienen sowohl der Koordinierung der Hilfsleistungen als auch zur Protektion und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Verschärfend auf mögliche Szenarien wirkt sich die Tatsache aus, dass weit mehr als zwei Drittel der Menschheit in einem Streifen von 50 Kilometer entlang der Küsten leben.

Hinsichtlich der Seeverkehrswirtschaft bedeutet etwa die Möglichkeit der Nutzung arktischer Seewege, dass entlang der Route Restriktionen, beispielsweise durch veränderte Grenzziehungen, auferlegt werden können und auf diese Weise ggf. die freie Passage beeinträchtigt wird. Die Sicherstellung der freien Handelsströme und die Versorgung der Wirtschaftsmärkte über See, sowie die Sicherung der territorialen Souveränität rückt somit verstärkt in den Fokus der sicherheitspolitischen und geostrategischen Planungsprozesse beispielsweise von NATO und EU, jedoch auch von Russland oder China. Entlang der südlichen Seewege, u. a. durch den Indischen Ozean und die Straße von Malakka, kann es zu einer Ausweitung der Piraterie kommen. Aufgrund des Wegfalls des Lebenserwerbs Fischfang im Zuge der drastischen Reduzierung der Meeresfischbestände sind die Bewohner von Küstenländern gezwungen, neue Erwerbsquellen zu erschließen, die jedoch größtenteils im Überfall auf zivile Schiffe gesucht werden. Die in den Gebieten operierenden Reedereien werden hinsichtlich des Schutzes ihrer Flotte verstärkt auf die politischen Entscheidungsträger einwirken. Gleichzeitig wird, initiiert durch die Industrie- und Schwellennationen, der internationale Druck auf die dortigen Anrainer wachsen und sie zwingen Maßnahmen zur Eindämmung der Piraterie zu treffen.

Ableitend aus der Etablierung und Festigung neuer Wirtschaftszweige, besonders der maritimen Energie- und Wasserwirtschaft, wird es strategisches Interesse werden, die sensible, lebenswichtige Infrastruktur, wie Windparks oder Gezeiten- und Wellenkraftwerke, vor Beschädigung oder Zerstörung zu schützen. Die Sicherstellung der Energie- und Wasserversorgung wird, als ein strategisches, essentielles Gut der Gesellschaft, so zukünftig einen hohen Stellenwert in der sicherheitspolitischen Betrachtung einnehmen. Hier ist denkbar, dass beispielsweise maritime Fähigkeiten in einem ressortübergreifenden Verbund, möglicherweise sowohl unter dem Schirm einer nationalen Küstenwache, als auch in einer NATO-/EU-weiten Organisationsform bei dem Schutz von regenerativen maritimen Energiequellen gefragt sein werden.

Neben den dargestellten Faktoren, die im wesentlichen Resultat natürlicher und wirtschaftlicher Veränderungen sind, gewinnen Projektions- und Rüstungsbestrebungen von Schwellennationen an Bedeutung und können zu schwerwiegenden sicherheitspolitischen Spannungen führen, denen die Mitgliedstaaten von NATO und EU politisch und militärisch Rechnung tragen müssen. Hier ist besonders die Etablierung eines maritimen Raketenabwehrschirmes für Nordamerika und Europa, aber auch für Japan und Taiwan zu nennen, um der zukünftig möglichen Raketenbedrohung entgegen treten zu können. Die Installierung eines gemeinsamen Abwehrsystems über den Ozeanen, als verbundene maritime

Fähigkeit, stellt eine besondere Herausforderung für Politik, Wissenschaft und Technik, aber eben auch für nationale und bündnisweite maritime Sicherheitssysteme dar. Um diesen Faktoren Rechnung tragen zu können, erscheint es notwendig, zukünftig Fähigkeiten für ein globales maritimes Lagebild etwa in Form eines gemeinsamen europäischen maritimen Lagezentrums und mittels eines weitgefassten und engmaschigen globalen maritimen Sicherheits- und Überwachungsnetzes abzubilden.

Ableitend aus allen einzelnen Faktoren des zu erwartenden maritimen Umfeldes bis 2030+ ist grundsätzlich davon auszugehen, dass diese durch drei übergeordnete Aspekte, besonders hinsichtlich der sicherheitspolitischen Handlungsfelder, bestimmt wird. Dies sind die Krisenprävention, inklusive der Abschreckung, die Deeskalation und Friedenserzwingung und die Protektion von strategischen Gütern und Interessen.

Des Weiteren wird, begründet aus dem obigen Schutzbedürfnis, die maritime Sicherheit bis 2030+ rasant an Bedeutung gewinnen und bis dahin einen fest verankerten nationalen und internationalen Stellenwert einnehmen müssen.

Die Gesamtbetrachtung erlaubt festzustellen, dass das maritime Umfeld bis 2030+ von vielschichtigen Rahmenbedingungen charakterisiert sein wird. Es ist davon auszugehen, dass die sicherheits-, umwelt- und wirtschaftspolitischen Interessen der EU-Staaten sowohl im Verbund, als auch als Einzelnationen, somit auch die Bundesrepublik Deutschland, zukünftig verstärkt durch die maritime Abhängigkeit bestimmt werden. Zur Unterstreichung dieser neuen maritimen Interessen wird es notwendig werden, die europäische und NATO-Sicherheitspolitik unter den drei genannten Leitgesichtspunkten einzuordnen.

Daraus erwachsen neue Anforderungen an die maritimen Fähigkeiten, im ressortübergreifenden Sinne. Besonders betroffen davon werden bis zum Jahre 2030+ die Seestreitkräfte sein, die ihre Präventionsfähigkeit und Mobilität in entlegenen, klimatisch extremen Gebieten wie dem Arktischen Ozean entwickeln müssen. Es ist beispielsweise hoch wahrscheinlich, dass zukünftige Seekriegsmittel für einen Einsatz in der Nordpolregion geeignet sein müssen. Exemplarisch zu nennen ist hierfür die Eisrandfähigkeit von Schiffen mit einer Verdrängung von mindestens 4000 BRT, einschließlich der Einsatzfähigkeit aller darauf befindlichen Anlagen, Sensoren und Effektoren bei tiefen Temperaturen, Hierdurch können u. a. maritime Interessen der NATO, der EU und im speziellen Fall der Bundesrepublik Deutschland, bezüglich des Seeverkehrs und der freien Handelsströme entlang der nördlichen Routen gesichert sowie materielle Beträge im Rahmen eines globalen maritimen Sicherheitsnetzes erbracht werden. Denkbar und favorisiert für die Lösung einer

etwaigen Projektion von maritimen Fähigkeiten in die Nordpolarregion ist ein NATO-gemeinsamer Ansatz, um bereits vorhandenes Know How auf dem Gebiet der Polarfähigkeit von Kriegsschiffen, etwa von Kanada und Norwegen, synergetisch einbringen zu können.

Aus den Faktoren der maritimen Abhängigkeit und der Energieabhängigkeit der meisten westlichen Industrienationen und Schwellenländer, wie China, erwachsen des weiteren Handlungsfelder hinsichtlich des Schutzes sensible Anlagen und Reedereifloten, sowohl gegen terroristische Angriffe als auch gegen Piraterie. Besonders diese Nationen sehen sich zukünftig verstärkt diesen Phänomenen ausgesetzt und werden große finanzielle und materielle Anstrengungen zur Sicherstellung der wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse unternehmen. Hinsichtlich des Schutzes und der Sicherstellung der Mobilität und damit der freien Seehandelswege leistet die NATO bereits jetzt im Rahmen der Operation ATALANTA einen signifikanten Beitrag.

Die ressortübergreifende Einbindung in maritime Sicherheitsnetzwerke, als ein Zweig der vernetzten umfassenden Sicherheit, auf nationaler, EU- und NATO-Ebene findet heute schon ihren Niederschlag, muss jedoch mit Blick auf die maritimen Herausforderungen fokussiert werden, um dem zunehmendem Bedürfnis nach maritimer Sicherheit Rechnung zu tragen.

Letztlich kann nur eine Kombination aus Innovationen, Forschungen, politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ggf. militärischen Handlungsoptionen den politischen Entscheidungsträgern einen weiten Handlungsrahmen eröffnen, um den möglichen, aus dem maritimen Faktoren der Zukunft resultierenden Spannungsfeldern präventiv begegnen zu können.

Um die Zukunftsfähigkeit der maritimen staatlichen Fähigkeiten für 2030+ hinsichtlich der genannten Herausforderungen sicherzustellen, bedarf es Aussagen und Projekte auf ressortübergreifender Basis, die im Ergebnis materiell-technische Neuerungen sowie an die veränderten Rahmenbedingungen angepasste Handlungs- und Verfahrensweisen als Antwort auf das maritime Umfeld hervorbringen. Beispielsweise können hinsichtlich der Entwicklung von eisrandfähigen Kriegsschiffen die Erfahrungen aus dem Forschungsschiffbau synergetisch eingebracht werden.

Auch wenn nicht alle genannten zukünftigen Spannungs- und Handlungsfelder maritime Fähigkeiten abfordern werden, spielen sie jedoch im ressortübergreifenden Kontext eine Rolle hinsichtlich der Teilhabe an der Umsetzung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Mit den konzeptionellen Betrachtungen zum maritimen Umfeld bis 2030+, die durch die Einbeziehung der neorealistischen Sicht der internationalen Beziehungen politisch-theoretisch unterlegt werden, liegt eine Gesamtanalyse der Faktoren auf einer mittel- bis kurzfristigen

Zeitachse vor, die konzeptionelle Ideen für noch zu identifizierende, bzw. bereits identifizierte Erfordernisse vorschlägt und Anstoß für weitere Untersuchungen gibt.

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 3.1.1.1.: Instrumentell aufgenommener globaler Anstieg der Oberflächentemperatur der Erde, aufgenommen vom NASA Goddard Institute for Space Studies und die dazugehörige globale Temperaturanomalie, bezogen auf den Vergleichszeitraum 1961-1990
- Abbildung 3.1.1.2.: Differenz zwischen der weltweiten bodennahen Lufttemperatur im Zeitraum 1970-79 (unten) zu den Jahren 2000-2009 (oben) bedingt durch die globale Erwärmung
- Abbildung 3.1.1.3.: Anstieg des globalen Meeresspiegels 1993-2005 nach Satellitenmessungen
- Abbildung 3.1.1.4.a. und b.: Veränderung des Wärmegehalts in den oberen Schichten des Ozeans, b. der durch Erwärmung verursachte Meeresspiegelanstieg 1955-2003 für die 0-700m Schicht
- Abbildung 3.1.1.5.: Meeresspiegelanstieg durch das Schmelzen von Gletschern und Eiskappen 1961-2003
- Abbildung 3.1.1.6.: Atlantische Hurrikan-Statistik
- Abbildung 3.1.1.7.: Seeeisausdehnung 2010, im März. und September
- Abbildung 3.1.1.8.: Alter des Meereises im Monat März der Jahre 1988, 2008, 2009 und 2010
- Abbildung 3.1.1.9.: Alter des Meereises für März und September 2010 sowie die Abnahme des mehrjährigen Meereises im Sommer 2010

- Abbildung 3.1.1.10.: Salzgehalt von einzelnen Stationen im Ostgrönlandstrom an der Südspitze Grönlands sowie das gleitende Mittel durch die Daten der DSOW-Salzgehalt-Zeitreihe und der Differenz des mittleren Luftdruckes in Meeresspiegelhöhe zwischen 67.5° N 30° W und Island
- Abbildung 3.1.1.11.: Höhenlagenabhängige weltweite Bevölkerungsverteilung
- Abbildung 3.1.2.1.: Modellierter zukünftige Entwicklung der Temperaturen bis 2100, hier: Durchschnittswerte der Oberflächentemperaturen
- Abbildung 3.2.1.1.: Haupttrouten des weltweiten Containerverkehrs über die Weltmeere
- Abbildung 3.2.1.2.: Entwicklung der Welthandelsflotte, geordnet nach Schiffstypen, bezogen auf die Tragfähigkeit in Millionen Tonnen
- Abbildung 3.2.1.3.: Entwicklung der Welthandelsflotte, geordnet nach Schiffstypen, bezogen auf das Transportaufkommen in Billionen Tonnen
- Abbildung 3.2.1.4.: Zunahme der modernen Piraterie
- Abbildung 3.2.1.5.: Die wichtigsten Fischereinationen nach Fangmenge
- Abbildung 3.2.1.6.: Weltweite Verteilung der Erdölreserven im Jahre 2007, aufgeteilt nach Onshore und Offshore Förderung sowie nach Förderregionen
- Abbildung 3.2.1.7.: Weltweite Verteilung der Erdgasreserven im Jahre 2007, aufgeteilt nach Onshore und Offshore Förderung sowie nach Förderregionen
- Abbildung 3.2.1.8.: Mögliche Vorkommen an Bodenschätzen im Ozean

- Abbildung 4.4.1.1.: Seekriegspotenziale der VR China im Zeitraum 2010/2011
- Abbildung 4.4.2.1.: Seekriegspotenziale der Republik Indien im Zeitraum 2010/2011
- Abbildung 4.4.2.2.: Seekriegspotenziale Pakistans im Zeitraum 2010/2011
- Abbildung 4.4.3.1.: Seekriegspotenziale Russlands im Zeitraum 2010/2011
- Abbildung 4.4.4.1.: Entwicklung der Seekriegspotenziale Chinas in den Jahren 2000-2001, 2005-2006 und 2010-2011
- Abbildung 4.4.4.2.: Seekriegspotenziale Australiens im Zeitraum 2010/ 2011
- Abbildung 4.4.4.3.: Seekriegspotenziale Japans im Zeitraum 2010/2011
- Abbildung 4.4.4.4.: Entwicklung der Seekriegspotenziale Australiens in den Jahren 2000-2001, 2005-2006 und 2010-2011
- Abbildung 4.4.4.5.: Entwicklung der Seekriegspotenziale Japans in den Jahren 2000-2001, 2005-2006 und 2010-2011
- Anhang 1: Zwischenstaatlicher Konflikt zwischen NATO-Staaten in der Arktis (Szenario 6.1.)
- Anhang 2: Zwischenstaatlicher Krieg im Pazifik (Szenario 6.2.)
- Anhang 3: Konfliktprävention im Östlichen Mittelmeer (Szenario 6.3.)
- Anhang 4: Vorschlag für den Entscheidungsprozess maritime Faktoren - Fähigkeiten – 1
- Anhang 5: Vorschlag für den Entscheidungsprozess maritime Faktoren - Fähigkeiten - 2

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1.1.1.: In der Tabelle sind die Temperaturänderungen, inklusive der natürlichen und anthropogenen Einflussfaktoren, relativ zum Jahr 1900.

1. Einleitung und Stand der Wissenschaft

„As we look ahead, we can see real risks that resource depletion especially fresh water scarcities, as well as severe forms of environmental degradation, may increase social and political tensions in unpredictable but potentially dangerous ways. These new security challenges require us to think creatively, and to adapt our traditional approaches to better meet the needs of our new era.”¹

Wie gestaltet sich das maritime Umfeld im Jahre 2030+? Gesicherte Aussagen und Szenarien diesbezüglich sind derzeit nicht zu treffen. Jedoch lassen sich aufgrund der bisherigen Entwicklungen und Tendenzen Annahmen^{2,3,4,5} treffen, um die zukünftigen maritimen Herausforderungen identifizieren und ihnen begegnen zu können^{6,7,8}.

¹Vgl. UN - Dept. of Public Information: „UN Millennium Report, 2000“, Chapter 3, New York 2000, Seite 44.

² Department of Defense, United States of America: Quadrennial Defense Review Report, Washington, Februar 2010, Seite 1-128.

³ Vgl. Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 12. Mai 2009, Arbeitsübersetzung: Egbert Lemcke, Frank Preiß, Dresden, Heft 96, 2009, Seite 1-40.

⁴ Vgl. Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Militärdoktrin der Russischen Föderation, bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 5. Februar 2010, Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß: Dresden, Heft 99, 2010, Seite 1-44.

⁵ Vgl. Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty: National Security Strategy, Oktober 2010, Seite 9-35.

⁶ Siehe dazu beispielhaft die Alliance Maritime Strategy der NATO vom 29.01.2010, Seite 1-20, Executive Summary, S. 1-2 als Folgedokument des neuen Strategischen Konzepts der NATO vom November 2010.

⁷ Siehe dazu Major, C.: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nach Lissabon, SWP-Aktuell, Januar 2010, Seite 1-4. Mit dem im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon wurde eine weitreichende Reform der EU initiiert, besonders hinsichtlich der Kohärenz und Effizienz der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (von der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)) sollen durch die Reform Handlungsfelder frühzeitig erkannt und Kompetenzen abgestimmt werden, unter der Verantwortung des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

⁸ Persönliche Mitteilung R. Kuchler: Derzeit erarbeitet die EU in Anlehnung an die AMS eine EMS, 2010, Brüssel.

Das obige Zitat des ehemaligen UN Generalsekretärs Kofi Annan aus dem Jahre 2000 weist etwa daraufhin, dass die globalen Umweltveränderungen eines der Schlüsselemente des zukünftigen maritimen Umfeldes sind und diese bereits heute, belegbar an Hand der zunehmenden Anzahl beobachteter Starkwettererscheinungen, Trockenperioden und eisfreien Tage in den Polargebieten fortschreiten und durch bereits vorhandene, teilweise erhebliche Folgen, wie Verlust von Land und Wohneigentum, Wassermangel und Umweltflucht, für die Menschen bemerkbar sind und zukünftig verstärkt wahrgenommen werden. Beispiele dafür sind die Hochwasserkatastrophen im Jahre 2007 in Afrika und Asien oder 2010 in Pakistan sowie die Zunahme der Monsunstärke auf im Indischen Ozean⁹ (IPCC 2007: 2 ff). Diese Zunahme an Starkwetterereignissen hat Behörden, Institutionen und den einzelnen Menschen dafür sensibilisiert, dass die zu beobachtenden Umweltveränderungen, insbesondere die messbare Zunahme der mittleren globalen Lufttemperatur sowie die Abnahme der Eisbedeckung und Eisdicke in den Polargebieten¹⁰ (IPCC 2007: 1 ff), zum großen Teil anthropogen verursacht sind und ihnen verstärkt Augenmerk geschenkt werden muss.

Aus dem fortschreitenden sichtbaren Umweltwandel resultieren neben den genannten Auswirkungen auf die natürliche Umgebung besonders politische und damit einhergehende ökonomische, soziale und ethnische Probleme und Spannungen, jedoch auch Begehrlichkeiten. Weltweit steigt beispielsweise die umweltbedingte Migration infolge von Wüstenbildung, Hochwasser oder Wassermangel¹¹ (WBGU 2007: 1). Für viele der betroffenen Menschen, schätzungsweise 25 Millionen pro Jahr, ist ein menschenwürdiges Leben in ihrem bisherigen Lebensraum dauerhaft oder zeitweise nicht mehr möglich. Sie müssen neue Lebensräume, etwa in den Großstädten oder im noch fruchtbaren ländlichen Raum der eigenen Staaten oder der Nachbarstaaten, sowie in den Industriestaaten, suchen¹² (BUNR 2002: 2). Zahlreiche Beispiele zeigen bereits heute, dass diese Suche in einigen Erdteilen, besonders in Afrika und Asien, zukünftig vermehrt von gewaltsamen und

⁹ Vgl. UNEP - UN Environmental Programme: „IPCC-Report, Teil 2 – Folgen des Klimawandels für den Kontinent“, Genf 2007,

<<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung34554.html>>.

¹⁰Vgl. UNEP - UN Environmental Programme: „IPCC-Report, Teil 1 – Vorhersagen über das künftige Klima“, Genf 2007, <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung_33482.html>.

¹¹ WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: „Welt im Wandel, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Zusammenfassung für Entscheidungsträger“, Berlin 2007, Seite 1.

⁹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung (BUNR): „Klimawandel und Konflikte – Teil 1“, Berlin 2002, Seite 2.

bewaffneten Konflikten um natürliche Ressourcen, besonders um Trinkwasser und Landflächen, begleitet sein wird.

Grundlegend für die Betrachtungen eines maritimen Umfeldes der Zukunft sind die Änderungen in den klimatischen Parametern, die sich zunehmend auf die globalen und regionalen Klimaverhältnisse auswirken. Daraus ableitend ergibt sich eine ernstzunehmende Gefahr für große Teile der Weltbevölkerung und für die national-staatliche und zwischenstaatliche Stabilität der Weltordnung. Sowohl in den nationalen als auch den internationalen politischen Strategien nehmen die Klimaänderungen und deren Folgen eine zunehmend zentrale Rolle ein. Die Entwicklung von Klimafolgenstrategien wird als eine der herausfordernden und wichtigsten Aufgaben der Zukunft für die internationale Gemeinschaft und Politik angesehen. Eine besondere Stellung nimmt dabei die Sicherheitspolitik ein, die über vielfältige Implikationen mit den Umweltparametern verbunden ist. Aus den Veränderungen dieser erwachsen sowohl nationale als auch international abgestimmte Sicherheitsinteressen von Staaten und Staatenbündnissen, die von den Änderungen der Umweltparameter maßgeblich berührt werden können.

Eine besondere Rolle in den maritimen zukünftigen Überlegungen nimmt dabei das nördliche Polargebiet ein. Dabei liegt der Fokus auf dem Europäischen Nordmeer und dem Arktischen Ozean, bedingt durch die sensibel reagierenden Wassermassentransformationsprozesse im Wasserkörper sowie den Ein- und Ausströmprozessen zwischen Arktischen Ozean und Nordatlantik, entlang der Framstrasse und des Nordwesteuropäischen Schelfs sowie in der Grönlandsee und Barentssee. In diese Betrachtungen zum Arktischen Ozean fließt, zusätzlich zu Ozean und Atmosphäre, als weitere klimatische Hauptkomponente das Meereis ein. Es ist von Ozean und Atmosphäre angetrieben und wirkt zeitverzögert zurück. Die Meereisbedeckung und der Eistransport erstrecken sich auf jahreszeitlichen, zwischenjährlichen und dekadischen Zeitskalen^{13, 14} (Parkinson et al. 1999: 20,837 ff), (Kwok und Rothrock 1999: 5177 ff). Als Folge davon schwanken Konvektion, Tiefenwasserbildung und Süßwassertransport als wichtigste Prozesse für die ozeanische Zirkulation des nördlichen Nordatlantiks. Ableitend aus den klimatischen Bedingungen ergab und ergibt sich die

¹³ Vgl. Parkinson, C., Cavallieri, D., Gloersen, P., Zwally, H.J., Comiso, J.: Arctic sea ice extends areas, and trends, 1978-1996, *J. Geophys. Res.*, 104, 1999, Seite 20,837-20,856.

¹⁴ Vgl. Kwok, R. und Rothrock, D.A.: Variability of Fram Strait ice flux and North Atlantic Oscillation (Paper 1998JC900103), *J. Geophys. Res.-all series-*, ISSN 0148-0227, Vol. 104, Nr. C3, 1999, Seite 5177ff.

strategische Bedeutung des arktischen Raumes, die aufgrund der extremen Verhältnisse und der bisher geringen wirtschaftlichen Bedeutung, abgesehen von einem kurzen Zwischenspiel während des Kalten Krieges, als uninteressant für die internationale Gemeinschaft angesehen wurde¹⁵ (Lindsey 1989: 1 ff). Bedingt durch die globalen klimatischen Veränderungen und die zunehmende Rohstoffknappheit, zeichnet sich ab, dass sich diese Wahrnehmung derzeit in einem Wandel befindet, der die Bedeutung der Region unterstreicht. Besonders die globale Erwärmung, die mit den klimatischen Veränderungen einhergeht, bleibt dort nicht ohne Folgen. Sie führt zum Abschmelzen der Pole und dies zeigt sich insbesondere in der Arktis. In den letzten Jahren war ein konstanter Rückgang der Meereisbedeckung festzustellen¹⁶ (Gerdes und Köberle 2007: 1 ff). Dies wiederum führt dazu, dass sich die geologischen Gegebenheiten in der Arktis und somit auch ihre geostrategische Bedeutung verändern. Durch den Rückgang der Meereisdecke können einerseits Rohstoffe, wie Mangan, Erdgas oder Erdöl zugänglich¹⁷ (ZTransfBw 2010: 64) werden, andererseits bieten sich neue Möglichkeiten zum Transit durch eine ganzjährig mögliche Nordost- und Nordwestpassage¹⁸ (Haftendorn 2009: 1 ff).

Diese wirtschaftlichen, aber auch strategischen Gesichtspunkte führten in den letzten Jahren vermehrt zu Streitigkeiten zwischen den Anrainerstaaten der Arktis. So erhoben sowohl die Russische Föderation, Kanada als auch Norwegen, Dänemark und die USA Ansprüche auf die Region¹⁹ (Kefferpütz 2010: 2). Die Russische Föderation trat hierbei besonders in Erscheinung, als im Jahre 2007 eine russische Flagge in 4000 Meter Tiefe auf dem Lomonossowrücken²⁰ (Die Zeit 2008: 1) aufgestellt wurde, um die russischen Besitzansprüche zu untermauern. Kanada reagierte hierauf mit militärischen Großmanövern im Gebiet der Arktis. Frank Walter Steinmeier erachtet sogar für die Region der Arktis die

¹⁵ Vgl. Lindsey, G.: Strategy in the Arctic, 1989.

¹⁶ Vgl. Gerdes, R., Köberle, C.: Comparison of Arctic sea ice thickness variability in IPCC Climate of the 20th Century experiments and in ocean- sea ice hindcasts, Journal of Geophysical Research, Vol. 112, 2007, Seite 1-11.

¹⁷ Siehe Studie German Peak Oil des Zentrums für Transformation der Bundeswehr, Dezernat Zukunftsanalyse, 2010, Seite 1-99, Seite 64.

¹⁸ Vgl. Haftendorn, H.: Auf dünnem Eis. Fragile Sicherheit in der Arktis, in: Internationale Politik, Juli/August, 2009, Seite 1-14.

¹⁹ Vgl. Kefferpütz, R. (2010): On Thin Ice? (Mis)interpreting Russian policy in the High North, in: CEPS Policy Brief 2010, No. 205: Seite 1-10.

²⁰ Siehe dazu den Artikel von Joachim-Fritz Vannahme, Aufrüsten für die Arktis, Die Zeit Online, 03.09.2008, Seite 1-2.

Möglichkeit eines neuen „kalten Krieg am Nordpol“ als möglich²¹ (Steinmeier 2007: 1 ff). Bis jetzt blieb ein offener, gewalttätiger Konflikt zwischen den Anrainerparteien jedoch aus.

In der Gesamtbetrachtung der Konsequenzen aus den Änderungen von Umweltparametern ergeben sich unmittelbar weitreichende Implikationen auf die wirtschaftspolitischen und sicherheitspolitischen Interessen von einzelnen Staaten oder Staatenbündnissen²², die nicht nur auf die arktische Region und den maritimen Sektor begrenzt wirken. Neben den Bedrohungen für die Umwelt existieren somit Bedrohungen für die Sicherheit und den Weltfrieden. Die Zusammenhänge zwischen Klima, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, ausgelöst vorwiegend durch die Änderungen im Klimasystem Ozean-Atmosphäre, treten in klimatisch extremen Regionen wie den Polargebieten und den Tropen, besonders drastisch hervor. In den Analysen der Europäischen Union etwa wird für die Arktis von einer „sich ändernden geostrategischen Dynamik der Region mit potentiellen Konsequenzen für die internationale Stabilität und die europäischen Sicherheitsinteressen“ (Europäische Kommission 2008: 3)²³ ausgegangen. Somit werden insbesondere sicherheitspolitische Auswirkungen der Klimasystemänderungen, insbesondere in den Extremklimagebieten, nicht an einem engen Sicherheitsbegriff sondern vielmehr an Stabilitätsgesichtspunkten gemessen werden. Aufgabe der interdisziplinären Analyse ist es somit aus identifizierten politischen Faktoren und Risiken in Problemregionen und anschließend Empfehlungen für die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger zu formulieren²⁴ (Winkelmann 2008: 2).

²¹ Klimawandel: Eine internationale Herausforderung, Rede beim 2. EnBW Klimakongress am 23.10.2007, Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes, 2007.

²² Siehe dazu das neue Strategische Konzept der NATO vom November 2010, verabschiedet in Lissabon am 19.11.2010, eines der vier Aktionsfelder unter dem Hauptfokus Access to the Global Commons ist die hohe See, mit dem Blick auf den Seeweg durch die Arktis, weitere Felder sind die der Luftraum über der hohen See, der Weltraum und der Cyberraum, NATO, Brüssel, 2010, Seite 3 ff.

²³ Siehe European Commission to the European Council (EC): Climate Change and International Security, Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council, Dokument S111/08 vom 03.03.2008, Ziff. III. 6, Seite 1-12.

²⁴ Siehe dazu: Winkelmann, I.: Feste Regeln zur Aufteilung des Arktischen Ozeans, SWP-Aktuell, 53, Berlin, 2008, Seite 1-4.

Motivation für die Arbeit

Die zunehmende öffentliche Diskussion über das maritime Umfeld²⁵, in dem etwa der Faktor Klima, insbesondere die globale Erwärmung, ein Schlüsselement darstellt, hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass die vermutlichen sicherheitspolitischen Implikationen auf das gesamte maritime Umfeld, aus den nach jetzigem Stand der Wissenschaft unumkehrbaren Klimaänderungen verstärkt in den Mittelpunkt der politischen Diskussionen rücken. Die Ergebnisse des vierten Sachstandsberichtes des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC) im Frühjahr 2007 (IPCC 2007a; 1 ff)²⁶ lassen erwarten, dass die Erwärmung der Erdatmosphäre rascher voranschreitet als bis dahin erwartet. Zwar sind die Ergebnisse des IPCC 2007 in ihren Absolutwerten des Temperaturanstiegs neu zu bewerten, jedoch zeigt sich aus den Modellergebnissen die Tendenz einer raschen globalen Temperaturerhöhung.

Die Abnahme der menschlichen Lebensräume, die Verknappung der natürlichen Ressourcen, besonders von Wasser, die Zunahme von Extremwetterereignissen, zunehmende Migration sowie die möglicherweise vermehrt auftretenden bewaffneten Konflikte, stellen die am wahrscheinlichsten eintretenden Folgen der Änderungen des globalen maritimen Umfeldes dar, wobei für einige Regionen der Erde die Klimaänderungen als ausschlaggebendes Moment angesehen werden können. Da die generelle Tendenz der Änderungen der Klimaparameter, trotz ggf. eingeleiteter Abmilderungsmaßnahmen, als unumkehrbar erscheint, ergeben sich zunehmend Fragestellungen hinsichtlich der sicherheitspolitischen, geostrategischen Maßnahmen zur Folgenkontrolle, die sowohl in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen als auch der maritim-sicherheitspolitischen Debatte rücken^{27,28,29} (Geiger

²⁵ Vergleiche dazu etwa die Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Kossendey anlässlich der Kommandeurtagung der Deutschen Marine am 19.11.2009 in Wilhelmshaven, S. 1. Das 21. Jahrhundert wird als ein maritimes Jahrhundert angesehen, so dass globale maritime Herausforderungen zu bewältigen sind.

²⁶ IPCC: International Panel on Climate Change (Weltklimarat), im Teil A des Berichtes werden die Analyseergebnisse dargestellt.

²⁷ Vgl. Münkler, H.: Die neuen Kriege 2004, Hamburg und Geiger, G.: Klimawandel- Ein Fall für die Internationale Sicherheitspolitik? 2009, Berlin: Gemäß der Annahmen der Autoren wird in den nächsten Jahrzehnten die Bedeutung von Rohstoffen als Element der Versorgungssicherheit ansteigen und eine der Hauptinteressen der internationalen Politik darstellen.

²⁸ Siehe Berger, B.: Viel Lärm im maritimen Asien, SWP-Aktuell, Januar 2011, Seite 1-4. Mit Blick auf den asiatisch-pazifischen Raum rücken maritim-sicherheitspolitische Themen in den Fokus der allgemeinen Betrachtungen, in dem sich aufgrund der vermehrten maritimen Zwischenfälle ein Wandel in der sicherheitspolitischen Situation im asiatisch-pazifischen Raum, besonders hinsichtlich der Stellung der USA und Chinas, abzeichnet.

2009: 5; Münkler 2004: 167; Berger 2011: 1-4; Möller 2006: 1; Mair 2010: 5-6).

Es ist davon auszugehen, dass sich die bisher auftretenden klassischen sicherheitspolitischen Gefährdungspotenziale, wie etwa die Knappheit an elementaren ökonomischen Unterstützungsmitteln des staatlichen Handelns, durch die veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere in, aus klimatologischer Sicht, Extremregionen, verschärfen werden. Zusätzlich wird dieses Spektrum an Bedrohungen innerhalb des maritimen Umfeldes³⁰ (Pflügler 2009: 1 ff; Kefferpütz 2010: 2; Wolfrum 2008: 9) um neue erweitert werden, so dass herkömmliche sicherheitspolitische Unterscheidungen, militärische, zivile, äußere und staatliche innere Sicherheit zunehmend gegenstandslos werden. Daher sind erweiterte Begrifflichkeiten der Sicherheitspolitik erforderlich, um so die neuen, zusätzlichen Gefährdungspotenziale, besonders hinsichtlich der maritimen Komponenten, sachlich umfassend erfassen zu können.

Ein gemeinsames Kriterium eines erweiterten und umfassenden Verständnisses von politischer Sicherheit und ihrer Bedrohung ist die strategische Anwendung von Waffengewalt durch soziale Gruppen, mit unterschiedlicher Zielsetzung^{31,32,33,34} (Pradetto und Baier 2004: 192; Münkler 2006: 11; Münkler 2007: 3-5; Kaldor 2001: 24-50). Zusätzlich ergeben sich aus den Klimaänderungen im Zuge der Klimafolgenforschung neu identifizierte u. a. maritime klimainduzierte Bedrohungspotenziale, wie die Zunahme der Extremwetterereignisse und die Ressourcenknappheit, insbesondere hinsichtlich der Ressource Wasser, die sich aufgrund der

²⁹ Vgl. Möller, K.: Maritime Sicherheit und die Suche nach politischem Einfluss in Südostasien, Seite 1-30, besonders die Sicherheit der Seestrassen in Südostasien, wie die Strasse von Malakka, Singapur und Sunda stehen als die bedeutendsten Strassen in südostasiatischen Gewässern im Fokus der maritimen sicherheitspolitischen Betrachtungen. Ergänzend wird auf die SWP-Studie Piraterie und maritime Sicherheit, Mair, S., Juli 2010, Berlin, Seite 1-104, hingewiesen, in dem die Debatte um die maritime Sicherheit als Handlungsfeld für die maritime Sicherheitspolitik neu thematisiert wird.

³⁰ Siehe dazu in Pflügler, F.: Eine neue Ära des Energieimperialismus. Für Europa gilt: Von China lernen heißt siegen lernen, in: Internationale Politik, 2009, Mai/Juli: S.1-4; Vgl. Kefferpütz, R.: On Thin Ice? (Mis)interpreting Russian policy in the High North, in: CEPS Policy Brief 2010, No. 205: Seite 1-10 und Wolfrum, R. : Das Rechtsregime der Arktis, 2008, Berlin, Seite 9.

³¹ Pradetto, A. und Baier, W.: „Neue Kriege“, in: Handbuch für Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden 2004, Seite 192. Als alter oder klassischer Krieg wird in der Literatur der seit Ende des 30-jährigen Krieges geltende Zwischenstaatliche Krieg bezeichnet. Die Definition lehnt sich an die klassische Clausewitzsche Kriegsdefinition an.

³² Vgl. Münkler, H.: „Neues vom Chamäleon Krieg“, Essay, in: APuZ 16-17, Berlin 2007, Seite 3-5.

³³ Vgl. Münkler, H.: „Der Wandel des Krieges - Von der Symmetrie zur Asymmetrie“, Velbrück-Verlag, Weilerswist 2006, 380 Seiten., Seite 11.

³⁴ Vgl. Kaldor, M.: „New Types of Conflict“, in: Ruth Stanley (Hrsg.), Gewalt und Konflikt in einer globalisierten Welt, Wiesbaden 2001, Seite 24-50.

zuspitzenden und antagonistisch gerichteten Tendenz in spontanen, schwer vorhersagbaren Gewaltausbrüchen zukünftig vermehrt entladen könnten (WBGU 2007: 124 ff; EC 2008c: 9)³⁵. Diesen Vorfällen fehlt es jedoch meistens an der strategischen Dimension um sie als globale Sicherheitsbedrohung ansehen zu können.

Parallel zur genannten Konfliktverschärfung, ist die Entstehung neuer Konflikte mit maritimer Induktion und Klimainduktion gegenwärtig, beispielsweise in der nördlichen Polarregion zu beobachten, in dem sich Staaten unter der Drohung der Anwendung militärischer Mittel um Souveränitätsrechte streiten³⁶ (Wolfrum 2008: 9-11). Ein weiteres Beispiel für Entstehungspotenzial liegt auf dem Indischen Subkontinent, besonders in Bangladesh, wo von einem erwarteten Meeresspiegelanstieg und der daraus resultierende Überflutung des Gangesdeltas bis zu 200 Millionen Menschen betroffen wären und neue Ressourcen- und Territorialstreitigkeiten ausgelöst werden können³⁷ (WBGU 2008: 126; Warner et al. 2009: 2; Warner et al. 2009: 21).

In der Zusammenschau der aktuellen Diskussion zum Thema Sicherheitspolitik und maritimes Umfeld, insbesondere bezüglich der maritimen Umweltänderungen, ist die Herangehensweise durch drei identifizierte Defizite gekennzeichnet.

1. Die Diskussion wird in der Regel kaum interdisziplinär geführt, was zur Folge hat, dass insbesondere die Klimaforschung, jedoch auch die Wirtschafts- und

³⁵ Vgl. WBGU (Wissenschaftlicher Beirat für Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung), Welt im Wandel, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Hauptgutachten des WBGU 2007, Berlin, Seite 124 ff. sowie Report der Europäischen Kommission „Report of the Implementation of the European Security Strategy, Providing Security in a Changing World, EC-Document 17104/08, 2008, Seite 9.

³⁶ Vgl. Wolfrum, R.: Das Rechtsregime der Arktis, Berlin, 2008, Seite 4-11. Umstritten ist etwa die Durchfahrt durch die Nordost-Passage und der Nordwest-Passage, hier ergeben sich beispielsweise Streitigkeiten in der Auslegung des § 35 des Seerechtereinkommens (SRÜ), auch untern der englischen Bezeichnung United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS) zu finden, bezüglich der Festlegung der inneren Gewässer.

³⁷ Vgl. Warner et al.: In Search of Shelter, Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement, Mai 2009. In dem von: Koko Warner vom the United Nations University Institute for Environment and Human Security; Charles Ehrhart, CARE International (Cooperative for Assistance and Relief Everywhere, Inc.) Alex de Sherbinin, Susana Adamo und Tricia Chai-Onn, Center for International Earth Science Information Network at the Earth Institute of Columbia University vorgelegtem Forschungsbericht wird die umweltbedingte Migration mit Ihren verschiedenen sicherheitspolitischen Auswirkungen dargestellt und u.a. von mindestens 200 Millionen Umweltmigranten bis 2050 ausgegangen.

Ingenieurwissenschaftler, keinen oder nur geringen Einfluss auf die sicherheits- bzw. geopolitischen Diskussionsführer und deren Gremien nehmen kann³⁸.

2. Die Diskussion, insbesondere über die möglichen Umweltveränderungen, ist derzeit teilweise noch von Hysterie und Populismus³⁹ gekennzeichnet und daher mit meistens wenig besonnener und notwendiger wissenschaftlicher Präzision versehen.
3. Die gegenwärtige Diskussion und angewendeten Instrumentarien reichen nur selten aus, um über spekulative Aussagen hinaus geo- und damit sicherheitspolitische Konsequenzen für das maritime Umfeld identifizieren zu können.

Die angeführten Defizite erfordern eine interdisziplinäre Gesamtbetrachtung des Themas, so dass eine politikwissenschaftliche und eine kombinierte wirtschafts-, ingenieur-, militär- und geowissenschaftliche Betrachtung⁴⁰ notwendig ist, um einerseits vornehmlich die maritimen geo- und sicherheitspolitischen Folgen aus den möglichen Änderungen des maritimen Umfeldes bis 2030+ zu bestimmen und andererseits die sicherheits- und geopolitischen Konsequenzen an konkreten, für die Bundesrepublik Deutschland relevanten Beispielen, wie etwa der Arktis, aufzuzeigen, um mögliche Reaktionsmechanismen zu diskutieren.

Im Fokus der Betrachtungen liegen die folgenden Fragestellungen:

1. Welche Konsequenzen ergeben sich für die deutsche maritime Sicherheitspolitik hinsichtlich der möglichen Veränderungen im maritimen Umfeld? Ausgehend von der

³⁸ Einzelne Diskussionen werden vorwiegend auf dem Gebiet der Energiesicherheit und der maritimen Sicherheit geführt, die jedoch vorwiegend als Einzeldebatte angelegt sind und nur Teilaspekte betrachten. Siehe dazu etwa: 1. Das Diskussionspapier der SWP, Geden, O., Goldthau, A., Noetzel T.: „Energie-NATO“ und Energie-KSZE“-Instrumente der Versorgungssicherheit, Berlin, Mai 2007, Seite 1-12.

2. Die SWP-Studie, Lang, K.-O: Problemzone und Vorreiterregion, Der Ostseeraum im Spannungsfeld energiepolitischer Kontroversen und Kooperationsvorhaben, Berlin, Oktober 2010, Seite 1-27.

³⁹ Vgl. Gore, Al: „Die unbequeme Wahrheit“, Riemann Verlag, München 2007, 328 Seiten. Sowohl im Film als auch im begleitenden Buch stellt Al Gore die Folgen der Erderwärmung dar. Teilweise sind diese jedoch medienwirksam in Szene gesetzt und geben nicht den wissenschaftlichen Sachverhalt exakt wieder. Sie dienen jedoch dazu die breite Öffentlichkeit auf die Problematik und den nötigen Handlungszwang hinzuweisen.

⁴⁰ Der Fokus in den Betrachtungen zur Sicherheitspolitik liegt in den Ausführungen auf den Implikationen aus den geo- und militärwissenschaftlichen Aspekten, wobei jedoch die enge Verzahnung zu den anderen genannten Wissenschaftsdisziplinen nicht unberücksichtigt bleibt.

Situation der natürlichen bzw. klimatischen Parameter, auch denen im nördlichen Polargebiet, stellt sich die Frage, auf welchem Zeithorizont bis 2030+, oder auch darüber hinaus, und durch welche Faktoren, neben den Klimafaktoren, die maritime Sicherheitspolitik von möglichen klimabedingten oder durch Klimaveränderungen verschärften Konflikten und ihren Sekundärfolgen betroffen sein wird? Des Weiteren stellt sich die Frage, welche Klimaszenarien und sicherheitspolitischen Szenarien bis 2030+ identifiziert werden und wie deren Eintrittswahrscheinlichkeit und die Szenariensicherheit hinsichtlich der Faktoren gegeben ist?

2. Welche Möglichkeiten bieten sich zu geo- und sicherheitspolitischen und strategischen Mitigationen und Adaptionen deutscher Sicherheitspolitik, besonders hinsichtlich der maritimen Aspekte?
3. Welche Handlungsfelder hinsichtlich geo-/sicherheitspolitischer und strategischer Optionen können aus der interdisziplinären Gesamtbetrachtung des Themengebietes für die deutsche Sicherheitspolitik abgeleitet werden?

Die Arbeit ist vom Gedanken geleitet, dass in der Diskussion sowie der Analyse um die geo- und sicherheitspolitischen Konsequenzen der möglichen Veränderungen der Faktoren im maritimen Umfeld zwischen Sicherheits- und Stabilitätsrisiken im weiteren Sinne und den sicherheitspolitischen maritimen Risiken im engeren Sinne zwischen der konfliktgenerierenden und konfliktverschärfenden Dimensionen differenziert werden muss. Darunter ist nachfolgend zu verstehen:

1. Die Unterscheidung zwischen Sicherheits- und Stabilitätsrisiken der Veränderungen des maritimen Umfeldes im weiteren Sinne und den sicherheitspolitischen Risiken im engeren Sinne erlaubt es, der These nachzugehen, dass nicht jede Gefährdung der Ressourcen-, Versorgungs- und Katastrophensicherheit als Aufgabe der sicherheitspolitischen Gefahrenabwehr anzusehen ist und nicht alle Ressourcen- und Versorgungskonflikte die staatliche, regionale und internationale Sicherheit im engeren politischen Sinne bedrohen. Eine solche Differenzierung erlaubt es, die relevanten sicherheitspolitischen durch maritime Faktoren induzierten Dimensionen genauer betrachten zu können.
2. Die Differenzierung zwischen konfliktgenerierenden und –verschärfenden Dimensionen der Veränderungen der Parameter des maritimen Umfeldes erlaubt eine

Differenzierung hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen in der Sicherheitspolitik, um die politischen und strategischen Konsequenzen der Umfeldänderungen handhaben und ihnen präventiv begegnen zu können. Hinsichtlich der zu entwickelnden und umzusetzenden Strategien ist es von fundamentaler Bedeutung, ob Konflikte als Ursache der Veränderungen neu entstehen oder einen bestehenden Konflikt verschärfen.

3. Neben den oben angeführten Überlegungen ist die Arbeit darin motiviert, dass sich hinsichtlich der geo-/ sicherheitspolitischen und strategischen Adaption Erfordernisse ableiten lassen können. Hier ist die Frage relevant, wie sich etwa Seestreitkräfte auf die durch die Änderungen im maritimen Umfeld verursachten oder verstärkten Konflikte einstellen müssen. In diesem Kontext ist die Frage nach den erforderlichen Strategien sowie den benötigten Technologien, um möglicherweise als ultima ratio mit Seekriegsmitteln auf mögliche Konflikte reagieren zu können, zu beantworten. Die Frage nach eventuellen Veränderungen der Einsatzgrundsätze und -verfahren ist eine weitere, die es zu verfolgen galt. Dies beinhaltet die Beantwortung, ob die Ausbildung sowie die darin angelegte soziale und landeskundliche Kompetenzbildung und Sensibilisierung auf derartige Konflikte hin verändert werden muss und ob ggf. die bisherigen Fähigkeiten und Organisationsformen ausreichen, um Konflikten entgegen treten zu können. Im Kontext der Arbeit wird dieser letzte Aspekt jedoch nur ansatzweise betrachtet, da sich eine Folgearbeit von Jens Beckmann mit der Fragestellung intensiv auseinander setzen wird.

Im ständigen Fokus der Betrachtungen wird die deutsche Perspektive berücksichtigt, da stets die Einbettung der Bundesrepublik Deutschland in multinationale Organisationen (VN, NATO, EU) angestrebt bzw. gemäß politischer Maßgabe (Bundesregierung 2006: 1 ff)⁴¹ vorgesehen ist. Des Weiteren sind die Strategien stets kompatibel zu den der Hauptmächte (USA, Frankreich, Großbritannien), wie etwa zu dem QDR 2010 der USA (Department of

⁴¹ Siehe dazu: Bundesregierung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, Oktober 2006, Seite 1-165. Anzumerken ist, dass sich das Weißbuch derzeit (Stand April 2011) in der Überarbeitung befindet, um eine grundlegende sicherheitspolitische Ableitung aus dem globalen Umfeld für die Bundesrepublik Deutschland vorliegen zu haben und so diesen mit den neu bzw. erweitert definierten Aufgaben der Bundeswehr Rechnung tragen zu können.

Defense 2010: 1 ff)⁴². Diese Sichtweise erforderte, dass die Politik der NATO und EU hinsichtlich der geo- und sicherheitspolitischen sowie maritimen strategischen Konsequenzen berücksichtigt wurden.

Aus der Analyse der Faktoren müssen anschließend Empfehlung abzuleiten sein, wobei die nachfolgenden drei Aspekte in den Vordergrund rücken:

1. Der politische Aspekt, der der Frage nachgeht, welche institutionellen politischen Rahmenbedingungen existieren müssen, um den Veränderungen des maritimen Umfeldes begegnen zu können.
2. Der sicherheitspolitische und strategische Aspekt, der der Frage nachgeht, wie sich etwa Seestreitkräfte, zukünftig aufstellen müssen, um den sicherheitspolitischen Implikationen der veränderten maritimen Faktoren effektiv und effizient begegnen zu können.
3. Im Ergebnis der ersten zwei Aspekte ergibt sich der dritte Aspekt in Form der Fragestellung, welche politischen Empfehlungen sich für die deutsche Politik, im Schwerpunkt hinsichtlich des maritimen Umfeldes, ableiten lassen.

⁴² Siehe dazu: Department of Defense, United States of America: Quadriennial Defense Review Report, Washington, Februar 2010, Seite 1-128.

Das Ziel des QDR 2010 ist eine Betrachtung der Streitkräfte der Vereinigten Staaten und ihres wahrscheinlichen Einsatzgebietes sowie ein sich hieraus ergebendes Reformerfordernis über einen Zeitraum von 5 bis 20 Jahren in der Zukunft. Die im Anschluss folgende Zusammenfassung des Dokuments bedient sich der Struktur des QDR 2010.

Kritisch anzumerken ist jedoch, dass der Hintergrund der Gliederungsentscheidungen in dem Dokument dem Leser weder deutlich, noch in Laufe der Lektüre verständlich wird. Lange Strecken des Dokuments sind sehr allgemein gehalten und ergeben keine in der Praxis anwendbaren Ergebnisse, oder lassen nur sehr indirekte Schlüsse auf Veränderungen in der US- Sicherheitspolitik zu.

Im QDR 2010 werden insgesamt die heute vorherrschenden Konfliktformen auf die nächsten 20 Jahre projiziert. Eine Betrachtung des Bedrohungspotentials, das von einer verstärkten militärischen Macht in Asien ausgehen könnte, wird nicht berücksichtigt, obwohl es in der Eingangsanalyse aufgenommen wurde. Konkrete Szenarien, aus denen der Umfang der Streitkräfte anhand der Erfordernisse abgeleitet wird, werden nur kurz erwähnt, nicht jedoch weiter analysiert. Eine Reform der Struktur/Organisation der Streitkräfte wird nicht betrachtet.

Die im Rahmen der Gesamtanalyse betrachteten Wechselwirkungen zwischen Parametern des maritimen Umfeldes sind eng verbunden mit der Gesamtfragestellung hinsichtlich der sicherheitspolitischen Auswirkungen⁴³. Der wissenschaftliche Fokus der Arbeit liegt in einer Zusammenschau und Aufarbeitung der physikalischen Grundlagen der Atmosphären- und Meeresforschung, der wirtschaftlichen, insbesondere der see- und fischereiwirtschaftlichen Aspekte, des Seerechtes sowie in der Vorstellung von, die jeweiligen Zweige betreffenden anwendungsorientierten Aspekten mit dem Ziel ein Verständnis für Themen zu vermitteln, die in die Debatte um maritime relevante Sicherheitsfolgen einfließen können. Einer der betrachteten Aspekte hinsichtlich der Umweltfaktoren ist, neben den in der breiten Öffentlichkeit bekannten Klimafaktoren, etwa die gemessene Veränderung des Ostgrönlandstromes. Die in dem Seegebiet jährlich durchgeführten Messungen dienen dem Ziel, die Ursachen der Variabilitäten der für die thermohaline Zirkulation des Atlantiks bedeutenden Ausstromkomponenten des Arktischen Ozeans und des Europäischen Nordmeers, dem Overflow und dem Süßwasserausstrom, zu ermitteln. Die Ausstromkomponenten des Arktischen Ozeans und des Europäischen Nordmeeres sind der oberflächennahe, kalte Süßwasserausstrom⁴⁴ (Rahmstorf et al. 1996: 129 ff) über dem Ostgrönlandschelf und der Overflow über den Schwellen des Grönland-Schottland-Rückens⁴⁵ (Willebrand et al. 2001: 132 ff). Die niederfrequenten Schwankungen des Ausstroms sind das Ergebnis des veränderlichen atlantischen Einstroms, der Veränderungen der Zirkulationsmuster, der Umwandlungsvorgänge, der Niederschlagsverteilung und der Eisbildung in den beiden Seegebieten.

Als weiteren Aspekt im Rahmen der naturwissenschaftlichen Betrachtungen galt, neben der Herstellung eines Zusammenhangs zwischen den großskaligen Schwankungen des Arktischen Ozeans und des Europäischen Nordmeeres besonders hinsichtlich des Kontextes der Sicherheitspolitik den Spurengas- und Aerosolkonzentrationen in der Atmosphäre. Aufgrund ihrer teilweise globalen Wirksamkeit auf die atmosphärische Temperaturverteilung, stehen sie

⁴³ Siehe dazu als Übersichtsartikel Albrecht und Beckmann: Die maritime Realität 2030, Griephan Special 1/2010, April 2010, Bonn, in diesem Artikel wird ein Überblick zu den möglichen Faktoren und den Auswirkungen gegeben. Die Ausführungen dienten als Initialthema für die Betrachtungen in dieser Arbeit.

⁴⁴ Siehe dazu den Beitrag von Rahmstorf, S., Marotzke, J., Willebrand, J.: Stability of the thermohaline circulation, In: The Warm Water Sphere of the North Atlantic Ocean, W. Krauß (eds.), Borntraeger Verlag, 1996, Seite 129-158.

⁴⁵ Siehe dazu den Beitrag von Willebrand, J., Barnier, B., Böning, C., Dietrich, C., Herrmann, P., Killworth, P., le Provost, C., Jia, Y., Molines, J.M., New, A.L.: Circulation characteristics in three eddy-permitting models of the North Atlantic, Progress in Oceanography 48, 2001, Seite 123–161.

vorwiegend im Fokus der öffentlichen klimarelevanten sicherheitspolitischen Betrachtungen^{46, 47} (EC 2008: 9; WBGU 2008: 1-20).

Im engen Kontext der natürlichen Parameter rücken, durch das zurückweichende Packeis in der Arktis bis zum Jahre 2030, die Schifffahrtsrouten längs der sibirischen und kanadischen Küste als attraktiver Seeweg der Zukunft ins Blickfeld der Analyse⁴⁸ (Winkelmann 2008: 1; Marx 2009: 105). Für die Seeverkehrswirtschaft bedeutet dies, dass zukünftig beispielsweise die Route Europa – Asien auf 14000 bis 15000 Kilometer, statt der bisherigen 21000 Kilometer durch den Suezkanal, verkürzt wird. Dieser Sachverhalt legt die Vermutung nahe, dass sich das Fracht- und das Transportaufkommen auf See, besonders zwischen den arktischen Häfen, erhöhen werden. Dies kann zur Folge haben, dass im Schiffbau, verursacht durch die große Nachfrage an Frachtraum, mit einem im Vergleich zu heute erhöhten Auftragsaufkommen zu rechnen ist. Damit einhergehend ist der Frage nachzugehen, ob mit einer Entwicklung neuer maritim-orientierter Märkte und Infrastrukturen sowie mit einer Reduzierung der Schiffsemissionen an Kohlendioxid bis 2030, aufgrund der Nutzung der arktischen Seewege, zu rechnen ist.

Hinsichtlich der Fischfangindustrie muss die Frage beantwortet werden, ob bis zum Jahre 2030 die Meere intensiver als bisher befischt werden. Dies würde eine Überfischung aller Ozeane, mit einer verbundenen Minimierung der Fischbestände unter deren biologische Grenze und der daraus resultierenden Minderung der Ertragsquoten bewirken^{49, 50} (Froese

⁴⁶ Vgl. European Commission to the European Council (EC): Report of the Implementation of the European Security Strategy. Providing Security in a Changing World, Dokument 17104/08, 2008, Brüssel, Seite 9. In dem Dokument wurden als Hauptbedrohungen für die EU der Klimawandel und die Energiesicherheit identifiziert.

⁴⁷ Vgl. WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: „Welt im Wandel, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Zusammenfassung für Entscheidungsträger“, Berlin 2007, Seite 1-20.

⁴⁸ Siehe dazu das SWP Papier Winkelmann, I.: Feste Spielregeln für die Aufteilung des Arktischen Ozeans. Zur Illulissat Erklärung der arktischen Anrainerstaaten, Berlin, 2008. In der Debatte um die Arktische Vorherrschaft spielt die Illulissat Konferenz im Jahr 2007 eine wichtige Rolle hinsichtlich der internationalen Absprachen zwischen den Arctic Five. In der Stadt Illulissat auf Grönland wurde durch das Gastgeberland Dänemark diese Konferenz ausgerichtet, geladen wurden die vier weiteren Arktischen Anrainer Kanada, Russland, Norwegen und die USA. Zweck der Konferenz war eine Absprache der Zukunft der Arktis, durch die Anrainer. Als Mangel der Konferenz, kann gesehen werden, dass weder andere staatliche Akteure, noch Ureinwohner der Arktisregion beteiligt wurden (Winkelmann 2008: 1). Weiterhin wird auf: Marx, S.: Die Macht am Nordpol. Warum ein Krieg wahrscheinlich ist, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Berlin, 2009 verwiesen.

⁴⁹ Siehe dazu Froese, R.: Keep it simple: three indicators to deal with overfishing. Fish and Fisheries 5, 2004 Seite 86–91.

2004: 86 ff). Es zeichnet sich ab, dass Fischfarmen und deren Aquakulturen vermehrt entstehen werden, um der gestiegenen Lebensmittelnachfrage genügen zu können. Hier stellt sich die Frage, inwieweit sich die Streitigkeiten über Fischereirechte ausweiten können.

Aufgrund der bis 2030 möglichen natürlichen Bedingungen in der Arktis^{51, 52} rücken die Öl- und Gasförderung aus dem Arktischen Ozean vermehrt ins Blickfeld der Nationen, besonders der Arktis-Anrainerstaaten. Der Prozentanteil der Offshore-Energiegewinnung mittels Förderplattformen im Ozean wird deutlich zunehmen. Somit ist zu erwarten, dass zukünftig im maritimen Wirtschaftssektor die Offshore-Technologie als Schlüsseltechnologie dominieren wird⁵³ (IEA 2010: 8-12). Mit den Innovationen auf diesem Gebiet ist zu erwarten, dass bis in große Tiefen (2000 m und mehr) auch in polaren Gebieten vorgedrungen wird. Das schließt ein, dass beispielsweise Gashydrate (eisähnliche vorwiegend an den Kontinentalrändern vorkommende Gemische aus Wasser und Methan⁵⁴), Manganknollen und Erzschwämme gefördert werden können und gleichzeitig Kohlendioxid in den Meeresboden gepresst werden kann⁵⁵.

Hier ist der Frage nachzugehen, ob aufgrund des vielseitigen Rohstoffangebots im Meeresboden, besonders in dem des Arktischen Ozeans, sowohl von einem ggf. aggressiven Wettlauf um diese Rohstoffe als auch von einer verstärkten Anspruchshaltung der Anrainerstaaten bis zum Jahre 2030 auszugehen ist.

Ein weiterer, sich bis 2030 verstärkt etablierender maritimer Wirtschaftsfaktor wird die Energiegewinnung auf See und an den Küsten einnehmen. Gezeitenkraftwerke (wie in St. Malo, Frankreich), die Nutzung der Energie aus der Meeresströmung und des ozeanischen Bodenstroms, die Energie von Meereswellen sowie die Meereswärmenutzung⁵⁶ (die

⁵⁰ Vgl. Frost, H. und Andersen, P.: The Common Fisheries Policy of the European Union and fisheries economics. *Marine Policy* 30, 2006, Seite 737–746.

⁵¹ Vgl. Gerdes, R., Köberle, C.: Comparison of Arctic sea ice thickness variability in IPCC Climate of the 20th Century experiments and in ocean- sea ice hindcasts, *Journal of Geophysical Research*, Vol. 112, 2007, Seite 1-11.

⁵² Haas, C., Pfaffing, A., Hendricks, S., Rabenstein, L., Etienne, J.-L., Rigor, I.: Reduced ice thickness in Arctic Transpolar Drift favors rapid ice retreat, *Geophysical Research Letter*, Vol. 35, 2009, Seite 1-5.

⁵³ Siehe dazu IEA-OES: Annual Report, 2010, Seite 8-12.

⁵⁴ Laut Studie des Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV) von 2007 könnten allein mittels Geothermie (ohne die Anteile der Solar- und Windenergie) bis zu 225 Milliarden kWh Wärme und gleichzeitig bis zu 25 Mrd. kWh Strom produziert werden. Im Vergleich dazu liegt der jährliche Gesamt-Energieverbrauch (Strom und Wärme) in Deutschland bei 2450 Mrd. kWh, dass sind 30000 kWh/Jahr und Kopf.

⁵⁵ Siehe dazu: http://www.bgr.bund.de/nn_322848/DE/Themen/Energie/Produkte/energierohstoffe__2009.html

⁵⁶ Siehe dazu IEA-OES: Annual Report, 2010, Seite 11.

Meeresoberfläche bietet als Sonnenkollektor ein Energienutzungsvolumen bis zu 150 Millionen KWh / Jahr) (IEA 2010: 11) erschaffen nicht nur neue umweltfreundliche Energiequellen. Diesbezüglich ergibt sich Annahme, dass sich damit einhergehend auch neue maritime Wirtschaftszweige und Handelsströme etablieren. In den Ausführungen der Arbeit ist dieser Frage nachzugehen^{57,58}.

Hinsichtlich der Ressource Wasser ergeben sich zukünftig zusätzlich zu den genannten negativen natürlichen Aspekten auch Möglichkeiten zur Wassergewinnung bzw. Entsalzung von Meerwasser, wie dies beispielsweise bereits in den Vereinigten Arabischen Emiraten praktiziert wird. Das Vorzeigeprojekt dazu ist zurzeit das SONORA-Projekt⁵⁹ in Mexiko, bei dem Pazifikwasser in die Wüste geleitet und dort zur Bewässerung von Feldern und für Fischfarmen genutzt wird. Im Kontext des Fischereiwesens stellt sich hier die Frage, ob zu erwarten ist, dass diese Branche bis 2030 kräftige Zuwachsraten erfährt.

Im Zuge der Zunahme der weltweiten Mobilität ist davon auszugehen, dass Kreuzfahrten und Sportschiffahrt besonders in subtropischen und tropischen Regionen der Erde, wie dem Indischen Ozean, der Karibik und der Sulu-See⁶⁰, zunehmen werden. Daraus ableitend ist zu erwarten, dass große Kreuzfahrtschiffgesellschaften ihre Flotte zukünftig erneuern und erweitern. Im Zuge der Analyse ergeben sich in diesem Kontext Ansatzpunkte hinsichtlich der maritimen Sicherheit.

Die dargestellten maritimen Faktoren stehen in einer engen und sehr komplexen Wechselwirkung sowohl mit den geo- als auch mit den sicherheitspolitischen Faktoren.

Mit Blick auf die natürlichen Ressourcen spielen neben dem fokussierenden Thema der Sicherung des privilegierten Rohstoffabbaus in der Arktis, besonders der Öl- und Gaslagerstätten, mögliche Grenzverwerfungen und Gebietsansprüche, etwa auf Inseln, zwischen den Anrainerstaaten eine Rolle. So sorgt sich beispielsweise Kanada bereits jetzt um seine hoheitlichen Grenzen und seine Ausschließliche Wirtschaftszone in der Hudson Bay

⁵⁷ Hier erscheint es etwa notwendig, zukünftig Fähigkeiten für ein globales maritimes Lagebild abzubilden, etwa in Form eines gemeinsamen europäischen bzw. NATO maritimen Lage- und Sicherheitszentrums und mittels eines weitgefassten und engmaschigen globalen maritimen Sicherheits- und Überwachungsnetzes..

⁵⁸ Siehe dazu auch: Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Kossendey anlässlich der Kommandeurtagung der Deutschen Marine am 19.11.2009 in Wilhelmshaven, Seite 15.

⁵⁹ Siehe dazu: Mexico Seawater Project, im Jahre 2007 wurde in der Sonora Wüste in Mexiko ein Projekt zur Bewässerung von Farmen mit Seewasser gestartet, das Vorzeigeprojekt ist bisher an den Seawater Farms Bahia Kino, Sonora, etabliert und wird von dort weiterentwickelt, vgl. <http://atlanticgreenfuels.com/html/mexico.html>, (12.04.2010).

⁶⁰ Seegebiet, das sich zwischen den nordöstlich gelegenen philippinischen Visaya-Inseln, der Insel Mindanao im Osten, dem Sulu-Archipel im Südosten, Borneo im Südwesten und Palawan im Nordwesten erstreckt.

und sieht sich russischen Begehrlichkeiten gegenüber. Ähnlich verhält es sich auf der Inselgruppe Svalbard in der Grönlandsee, wo sich Streitigkeiten betreffs der Inselnutzung zwischen Norwegen und Russland ergeben könnten. So wird seit Jahrzehnten die Insel Björnaya durch den russischen Steinkohle-Bergbau intensiv genutzt. Ob diese Streitigkeiten in einen Konflikt, auch bewaffneter Art, münden können, ist weiterer Gegenstand der Arbeit. Des Weiteren ergibt sich die Fragestellung welche Folgen etwa Phänomene wie der Meeresspiegelanstieg oder Küstenzonenveränderungen haben werden. Die Beispiele, der Tsunami-Katastrophe im Dezember 2004 in Südostasien, das Erdbeben auf Haiti vom Januar 2010 und das Erbeben sowie der dadurch ausgelöste Tsunami in Chile im Februar 2010 und letztlich die aktuellen Ereignisse in Japan seit dem 10.03.2011^{61,62,63} verdeutlichen, die Dringlichkeit der Folgenanalyse, einschließlich der Empfehlung von Lösungen.

Aus der Etablierung und Festigung neuer maritimer Wirtschaftszweige, besonders der maritimen Energie- und Wasserwirtschaft, muss der Frage nachgegangen werden, inwieweit diese Wirtschaftszweige von strategischem Interesse sind. Auch hier zeigt sich am Beispiel Japan 2011 die Notwendigkeit der Analyse.

Neben den obigen Aspekten, die im wesentlichen Resultat natürlicher und wirtschaftlicher Veränderungen sind, gewinnen Projektions- und Rüstungsbestreben von Schwellennationen⁶⁴

⁶¹ Siehe dazu Weltonline vom 10.03.2011 - Erdbeben erschüttert Japan -, das Beben hatte eine Stärke von 8.9 auf der nach oben offenen Richterskala im Nordosten Japans.

⁶² Siehe dazu: Weltonline vom 11.03.2011 - Zehn Meter hoher Tsunami überrollt Japan -, das starke Erdbeben löste einen Tsunami an der japanischen Nordostküste mit verheerenden Folgen aus.

⁶³ Siehe dazu: Weltonline vom 12.04.2011 - Japan ruft für Fukushima die höchste Gefahrenstufe aus -, die japanische Atomaufsichtsbehörde hat die Gefahrenstufe von 5 (schwerer Unfall im ernsten Folgen) auf 7 (schwerster Unfall mit ernstzunehmenden Folgen) heraufgesetzt und hat somit die gleiche Gefahrenstufe wie Tschernobyl im Jahre 1986, Unterschied ist jedoch dass in Fukushima die Reaktoren im Zuge des Erdbebens durch eine Automatikschaltung bereits abgeschaltet waren und somit bei der Explosion nicht mehr in Betrieb waren, so dass der radioaktive Ausstrom im Vergleich zu Tschernobyl deutlich geringer ausfiel, da dort der sich in Betrieb befindene Reaktor explodierte. Nichtsdestotrotz sind die Folgen für die Umwelt, die Bevölkerung und die Wirtschaft von großem Ausmaß.

⁶⁴ Vgl. Knittel, S.. Showdown in Ostasien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 55, 11, 2010, Seite 27-30. In dem Artikel geht Knittel auf das Machtprojektionsstreben Chinas und in dessen Peripherie Nordkoreas ein und stellt dieses den Interessen der USA und Japan gegenüber, er geht von einer zunehmenden Rivalität der beiden Kontrahentenbündnisse aus. Zu einem ähnlichem Schluss kommt Mearsheimer, J.: China vs. USA: der aufziehende Sturm, in Blätter für deutsche und internationale Politik, 55, 10, 2010, Seite 87-100. Hinsichtlich der Machtprojektion, insbesondere der nuklearen Waffen in Nordkorea, sieht Ivashentsov, G.: The Korean issue and security in Northeast Asia, in: International affairs, Minneapolis, Minn: a Russian journal of world politics, diplomacy and international relations, 56, 5, 2010, Seite 128-139, eine Zunahme des Projektionsstrebens

(Knittel 2010: 27-30; Ivashentsov 2010: 128-139; Mearsheimer 2010: 87-100) an Bedeutung und können zu essentiellen sicherheitspolitischen Spannungen führen, denen etwa die Mitgliedstaaten von NATO und EU sicherheitspolitisch Rechnung tragen müssen⁶⁵ (Algieri und Feichtinger 2010: 135-139). Hier ist es Aufgabe der Analyse die maritimen Interessen einzelner Akteure herauszustellen und zu bewerten

In der Zusammenschau aller für diese Arbeit motivierenden maritimen Faktoren sieht sich unsere Gesellschaft einem maritimen Umfeld bis 2030+ gegenüber, welches sich auf alle Lebensbereiche erstrecken und auswirken wird. Sowohl die maritime Wirtschaft als auch die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger auf verschiedenen Ebenen werden neuen, bisher kaum debattierten Herausforderungen gegenüber stehen. Der in dieser Arbeit verfolgte Leitgedanke einer möglichst gesamtheitlichen Betrachtung der maritimen Faktoren im Kontext der sicherheitspolitischen Analyse erlaubt die notwendige interdisziplinäre Darstellung und Diskussion des Hauptthemas sowie zumindest die Teilbeantwortung der aufgeworfenen Fragestellungen.

Methodik der Arbeit

Den theoretischen Rahmen der Arbeit, um die obige Thematik umfassend betrachten und politikwissenschaftlich-theoretisch einordnen zu können, gibt die Konflikttheorie⁶⁶.

Der Ansatz der Arbeit ist policy-orientiert. Somit bezieht sich die Themenabhandlung auf die Sicherheitspolitik, mit dem Fokus auf maritime Aspekte. Anhaltspunkte für die Annäherung

Nordkoreas, welches besonders durch den Westen und von Südkorea und Taiwan mit Sorge betrachtet wird. Hier wurde und wird eine Eindämmung und Kontrolle über, die im Artikel genannten „Six-Party Talks“, eine Konferenz zwischen Russland, China, den USA, Nordkorea, Südkorea und Japan, angestrebt.

⁶⁵ Vgl. Algieri, F. und Feichtinger, W.: Glaubwürdigkeit auf dem Prüfstand: Anmerkungen zur Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, in: Sicherheit Frieden, S+F, 28, 3, 2010, Themenschwerpunkt: Europäisierung vs. Renationalisierung von Sicherheit, Seite 135-139. In dem Artikel wird beziehend auf den Vertrag von Lissabon vom 01.12.2009 darauf hingewiesen, dass sich mit dem Vertrag das außenpolitische Handlungsspektrum der EU erweitert hat und der Vertrag eine Grundlage für die EU hinsichtlich der Gestaltung der internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts darstellt und somit die EU als sicherheitspolitischer Akteur aufgewertet wird und des im Rahmen des Lissabon Vertrages von ESVP in GSVP umbenannten Instrumentariums neue sicherheitspolitische Handlungsmöglichkeiten und –spielraum eröffnet werden.

⁶⁶ Siehe dazu Roloff, R.: Die Konflikttheorie des Neorealismus, Seite 99-119, in Bonacker, T.: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Auflage, Wiesbaden, 2008, 538 Seiten.

an den Ansatz gibt etwa (Schneider und Janning 2006: 15-18 ff)⁶⁷. Ziel des Ansatzes ist es, neben den politischen Entscheidungen der Hauptakteure deren daraus abgeleitete Handlungsoptionen zu bestimmen und zu bewerten. Dies darf jedoch nicht losgelöst sein von Faktoren des jeweiligen Umfeldes, zu denen neben den quantifizierbaren und vorhersagbaren bzw. validierbaren Faktoren, wie Umwelt, Rüstung und Wirtschaft, auch schwer vorhersagbare Faktoren, wie der menschliche Faktor als Entscheidungsträger und Strukturen, die sich aus den Entscheidungen und Handlungen ergeben, gehören. Der daraus erwachsene Einfluss von etablierten Strukturen und dem daraus induziertem politischen Verständnis und Handeln sind somit als ein entscheidendes Element in der Analyse des situationsabhängigen und –bestimmenden Faktoren zu berücksichtigen, um letztlich die handelnden Akteure, Einflussgrößen und Rahmenbedingungen zu bewerten. Somit wird die Arbeit neben dem theoretischen Ansatz auch dem praxisorientierten gerecht und somit anwendungsorientiert.

Als theoretisches Modell für die Analyse des maritimen Umfeldes ist die Konflikttheorie nach Link⁶⁸ gewählt worden. Diese geht von neorealistischen Grundannahmen aus. So dass es geboten ist, sowohl den Realismus als auch den Neorealismus in seinen Grundzügen darzustellen, um anschließend auf die Theorie einzugehen. Der ebenfalls auf den Neorealismus basierende Theorieansatz von Gilpin⁶⁹ wurde nicht weiterverfolgt, sondern nur für Vergleichszwecke zur Theorie von Link herangezogen.

Die Begründung des Konfliktbegriffs in der neorealistischen Sichtweite entstammt originär den internationalen Beziehungen des 20. Jahrhundert. Für Link, den Begründer der Theorieströmung, ist die Wettbewerbssituation, als die Konflikte häufig in den Sozialwissenschaften beschrieben werden⁷⁰, um Macht und Sicherheit das grundlegende

⁶⁷ Siehe dazu Schneider, V. und Janning, F.: Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Seite 15-18, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006, 242 Seiten.

⁶⁸ Siehe dazu Link, W.: Überlegungen zum Begriff Konflikt in den internationalen Beziehungen, Politische Vierteljahresschrift, 20, 1979, Seite 33-50 sowie

Überlegungen zu einer strukturellen Konflikttheorie, in Krell, G., Müller, H.: Frieden und Konflikt in den Internationalen Beziehungen, Frankfurt/M, 1994, Seite 99-115

⁶⁹ Gilpin, R.G.: The richness of the tradition of political realism, International Organization, 38, 1984, Seite 290-304.

⁷⁰ Vgl. Czempiel, E.-O.: Friede und Konflikt in den internationalen Beziehungen, Seite 91, in Haftendorn, H.: Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methode der Internationalen Beziehungen. Ein Reader, unter Mitarbeit von Hans Hoyng und Joachim Krause. Hamburg: Hoffmann & Campe Verlag 1975.

Element (Roloff 2004: 102)⁷¹ für die Organisation in den internationalen Beziehungen des 20. Jahrhundert, das vornehmlich vom Ost-West-Konflikt geprägt war. Die Theorie ist, aufgrund der Prägung durch den Ost-West-Konflikt, welcher eine bipolare Weltordnung (Siedschlag 1998: 207)⁷² erzeugte und somit bipolare internationale Strukturen hervorrief, eine strukturelle Theorie. Aus heutiger Sicht, im 21. Jahrhundert, wird dieses Grundelement zwar verzerrt bzw. zeigt offene Randbereiche, jedoch nimmt es, besonders mit Blick auf die möglichen zwischenstaatlichen Konflikte der Zukunft, weiter einen hohen Stellenwert in der Konfliktanalyse ein.

Im vornehmlich empirisch-analytischen Ansatz der Link'schen Theorie werden Konflikte als Prozesse mit Mehrebenencharakter (Siedschlag 1998: 212) angesehen und behandelt. Die Auswahl der Theorie mit ihrem Ansatz folgt somit auch dem Anspruch der Arbeit an eine qualitative und eher empirisch ausgerichtete Orientierung.

Link greift in seinen Betrachtungen des internationalen Systems die Grundgedanken des Neorealismus von Waltz (Waltz 1959: 1 ff; 2010: 1ff)⁷³ auf. Das dem Neorealismus zugrundeliegende Bild von staatlicher Macht ist durch die Verbindung mit dem Konfliktbegriff nach Singer (Singer 1949: 145-170)⁷⁴ in Links Theorie zu einem brauchbaren Werkzeug der Analyse der internationalen Konflikte avanciert, das es erlaubt, einen Zusammenhang zwischen der Struktur des internationalen Systems, dem Handeln der Akteure, der Machtverteilung zwischen diesen und zur Entstehung und Regulierung bzw. Lösung von internationalen Konflikten herzustellen.

Daher bietet sich in der Frage nach den Konfliktpotenzialen und möglichen Verläufen die theoretische Hinterlegung der Argumentation an. Aufgrund dessen, dass in der vorliegenden Arbeit von Faktoren verschiedener Dimension ausgegangen wird, die letztlich in ihrem Zusammenspiel ausschlaggebend für den Grad des Konfliktpotenzials und somit für die Frage nach der Konfliktgenerierung bzw. -verschärfung sind, ist die Nutzung der Link'schen Konflikttheorie dahingehend angebracht, dass sie sowohl äußere als auch innere Faktoren der

⁷¹ Vgl. Roloff, R.: Die Konflikttheorie des Neorealismus, Seite 102, in Bonacker, T.: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Auflage, Wiesbaden, 2008, 538 Seiten.

⁷² Vgl. Siedschlag, A.: "Konflikte und Konflikttheorien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Neue Ansätze und Neue Herausforderungen," in Masala, C. / Roloff, R. (Hrsg.): Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik. Köln: S+H, 1998, Seite 195-225.

⁷³ Siehe Waltz, K.: *Man the state and war. A theoretical analysis*, New York, London, 1959; Waltz, K.: *Theory of International Politics*, Illinois, 2010 (Neuaufgabe).

⁷⁴ Siehe Singer, K.: *The Meaning of Conflict*, in *Australasian Journal of Philosophy*. 27, 1949, Seite 145-170.

internationalen Beziehungen berücksichtigt. Diese Faktoren wirken in ihrer Folge des Zusammenspiels bzw. –hangs besonders auf die internationalen Machtverschiebungen und Systemänderungen (Roloff 2004: 102). Somit kann auch in diesem Punkt die obige Theorie als politisch-theoretische Hinterlegung für die Fragestellungen der maritimsicherheitspolitischen Faktoren und ihrer Implikationen auf das international geprägte maritime Umfeld von heute und der Zukunft herangezogen und für Folgerungen hinsichtlich der Abschätzung von möglichen Konfliktfeldern der Zukunft im maritimen Umfeld verwendet werden. Hilfreich in der Beantwortung der Frage der Konfliktentstehung ist, dass Link von einer gleichzeitigen Existenz von konfliktbehafteten und konfliktfreien Beziehungen im internationalen System ausgeht, und in letzterem Wettbewerbssituationen vorhanden sind, die jedoch nicht unumgänglich in eine Konfliktsituation münden oder generell als eine solche angesehen werden müssen. Hier liegt der Unterschied zum Konfliktverständnis der Theorie von Czempiel (Czempiel 1975: 89-94)⁷⁵, der grundlegend davon ausgeht, dass eine Konfliktsituation eine Wettbewerbssituation darstellt. Nach (Roloff 2004: 103) ermöglicht diese Annahme der Unterscheidung der Begriffe Konflikt und Wettbewerb die Differenzierung des Konfliktbegriffes und erlaubt strukturelle Überlegungen zu den Konflikten innerhalb des Neorealismus. Für die Beantwortung der Frage nach der Art des Konfliktes und dessen Dimensionen, gibt diese Differenzierung sowohl die Möglichkeit der Abstützung auf das neorealistische Bild der internationalen Beziehungen als auch auf die Betrachtung der verschiedenen involvierten Strukturen des internationalen Systems und der vielschichtigen Dimensionen, die sich aus dem sicherheitspolitischen Umfeld, im Rahmen dieser Arbeit ausschließlich auf den maritimen Fokus bezogen, ergeben und reflektiert auf die oben dargestellten Fragestellungen.

Die Ergebnisse der Arbeit resultieren vornehmlich aus dem intensiven Studium von Literatur aus dem Bereich Natur-, Politik- und Ingenieurwissenschaft. Die sich gemäß dem Thema der Arbeit ergebenden komplexen und teilweise nicht eindeutig abgrenzbaren Zusammenhänge zwischen den Wissenschaftsdisziplinen sind herausgearbeitet und bewertet worden. Ein Beleg für die Gültigkeit der Merkmale der ausgewählten Theorie am praktischen Beispiel wurde in Form von ausgewählten Fallbeispielen und Szenarien erbracht. Hier ist jedoch anzumerken, dass, bedingt durch die Komplexität und Schnelllebigkeit des multidimensionalen maritimen Umfeldes sowohl die Faktoren des maritimen Umfeldes als auch deren Wechselwirkungen

⁷⁵ Vgl. Czempiel, E.-O.: Friede und Konflikt in den internationalen Beziehungen, Seite 89-94, in Haftendorn, H.: Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methode der Internationalen Beziehungen. Ein Reader, unter Mitarbeit von Hans Hoyng und Joachim Krause. Hamburg: Hoffmann & Campe Verlag 1975.

nicht all umfassend, mit dem Anspruch auf Vollzählig- und -ständigkeit, erfasst werden konnten. Dies trifft ebenso für die Verifizierung der theoretischen Merkmale zu. Die Anwendung einer politischen Theorie täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass es sich bei der vorliegenden Arbeit mehr um eine qualitativ orientierte Themenbearbeitung handelt, was auf der eher praxisorientierten Beschaffenheit des Themas beruht. Eine quantitative Analyse erscheint für die Bearbeitung nicht angebracht, da keine direkten Vergleichsmöglichkeiten (Schneider und Janning 2006: 40-41)⁷⁶ vorhanden sind. Eine Besonderheit in der Methodik ist die der Entwicklung von Szenarien an hand von verschiedenen Fallbeispielen. Die Szenarien orientieren sich mit dem Ausgangspunkt an der heutigen Situation im maritim-sicherheitspolitischen Umfeld und projizieren diese auf die Zukunft im Jahre 2030+. Dabei werden heutige maritime Einsätze, Aktivitäten und Entscheidungen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, strategische, operative und wehrtechnische Ausrichtungen von Staaten und derzeitige maritime Brennpunkte in verschiedenen Bereichen des maritimen Umfeldes einbezogen.

Inhalt der Arbeit

Um die oben gestellten Fragen im Rahmen dieser Arbeit beantworten zu können, werden Aspekte aus allen aufgeworfenen maritimen Bereichen bearbeitet.

Die vorliegende Arbeit analysiert und bewertet daher maritime Faktoren und setzt diese in den Kontext zu sicherheitspolitisch relevanten Aspekten. In der Analyse liegt der Fokus bei den Auswirkungen der Änderungen von maritimen Parametern, wie etwa dem Schlüsselement Umwelt, auf die Sicherheitspolitik, wobei die maritime Sichtweise im Vordergrund steht.

Neben den Veränderungen in den klimatisch wirksamen Parametern werden die Auswirkungen der Klimaänderungen, die im Laufe des Jahrhunderts zu erwarten sind, die see-, hafen- und energiewirtschaftlichen und die seerechtlichen Faktoren dargestellt. Diese werden in einen sicherheitspolitischen Zusammenhang gestellt, in dem die sicherheitspolitisch relevanten Folgen dieser Auswirkungen diskutiert und analysiert werden, um anschließend diese einer geo- und sicherheitspolitischen Bewertung zu unterziehen.

Die Arbeit stützt sich bei der Beschreibungen der Auswirkungen der klimarelevanten Änderungen auf fachspezifische Untersuchungen sowie auf den Vierten Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC 2007a: 1 ff) und bezüglich der sicherheitspolitischen Folgen auf das

⁷⁶ Siehe dazu Schneider, V. und Janning, F.: Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Seite 40-41, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006, 242 Seiten.

Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) des Jahres 2007 „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ (WBGU, 2008: 1 ff). Bezüglich der Themen Wirtschaft und Energie erfolgte die Analyse unter Heranziehung von Dokumenten der WTO (WTO 2009: 1 ff; WTO 2010: 1 ff)⁷⁷, des IfW (IfW 2009: 1 ff; IfW 2010 1 ff)⁷⁸, der UNCTAD (UNCTAD 2009: 1 ff)⁷⁹ und der IEA (IEA 2009: 1 ff; IEA 2010: 1 ff)⁸⁰ sowie auf sicherheitspolitischen Analysen der EU (EC 2008a: 1 ff)⁸¹, der Bundesregierung⁸² (Bundesregierung 2006: 1 ff), von NATO-Staaten, wie beispielsweise den USA (Department of Defense 2010: 1 ff)⁸³, Großbritannien (Parliament of the Prime Minister 2010: 1 ff)⁸⁴, der NATO (NATO 2010: 1 ff; NATO 2010: 1 ff)⁸⁵ und Russland (DSS: 2009 1 ff; DSS 2010: 1 ff)⁸⁶ und Studien etwa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zu verschiedenen Themen.

⁷⁷ Hier handelt es sich jeweils um den Annual Report der World Trade Organization (WTO) der Jahre 2009 und 2010, Seite 1- 115.

⁷⁸ Hier wird auf die Winterprognose 2009 und 2010 der Prognosegruppe am Institut für Weltwirtschaft der Christian-Albrechts-Universität Kiel verwiesen, die vierteljährlich die Weltwirtschaftsprognose veröffentlicht.

⁷⁹ Vgl. Report oft the Multi-year Expert Meeting on Transport and Trade Facilitaion, United Nation Conference on Trade and Develpoment (UNCTAD), erstellt durch das Trade and Development Board anlässlich des Multi-year Expert Meeting on Transport and Trade Facilitation, in Genua, 16-18.02.2009.

⁸⁰ Vgl. den Annual Report 2009 und 2010 der International Energy Agency, Seite 1-134.

⁸¹ Vgl. Climate Change and International Security, Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council, Dokument S111/08 vom 03.03.2008, Ziff. III. 6, 2008.

⁸² Vgl. Bundesregierung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, 2006, Seite 1-165.

⁸³ Vgl. Department of Defense, United States of America: Quadrennial Defense Review Report, Washington, Februar 2010, Seite 1-128.

⁸⁴ Vgl. Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, National Security Strategy, Oktober 2010, Seite 1-39.

⁸⁵ Vgl. Alliance Maritime Strategy der NATO vom 29.01.2010, Seite 1-20. und New NATO Strategy concept, November 2010, verabschiedet auf der NATO Tagung am 19.11.2010 in Lissabon.

⁸⁶ Vgl. Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 12. Mai 2009, Arbeitsübersetzung: Egbert Lemcke, Frank Preiß, Dresden, Heft 96, 2009, 40 Seiten sowie Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Militärdoktrin der Russischen Föderation, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 5. Februar 2010, Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß, Dresden, Heft 99, 2010, 44 Seiten.

Der Fragestellung der Arbeit wird durch deren Aufbau Rechnung getragen, indem nach einer umfassenden Darstellung der maritimen Faktoren und des zukünftigen Ausblicks der Faktoren auf die sicherheitspolitische Bewertung mit Bezug auf die politische Theorie abgehoben wird. Abschließend wird die Thematik zusammengefasst und mündet in Empfehlungen hinsichtlich maritimer sicherheitspolitischer Handlungsfelder.

2. Konflikte und Konflikttheorie

Das heutige Konfliktgefüge im maritimen Umfeld ist durch die im nachfolgenden Kapitel 3 beschriebenen maritimen Faktoren induziert. Diese haben fast ausschließlich den Charakter der „neuen Kriege bzw. Konflikte.

Die Generierung von klassischen zwischenstaatlichen Konflikten ist derzeit kaum zu erwarten, was jedoch nicht bedeutet, dass die Möglichkeit eines Ausbruches dieser Konfliktart nicht besteht (Welzer 2008: 136)⁸⁷.

Ein Aspekt des öffentlichen Interesses bezüglich der sicherheitspolitischen Folgen, insbesondere für die Industriestaaten, ist die Entstehung von bewaffneten Konflikten, die etwa aus den veränderten Klimabedingungen herrühren können, ausgelöst durch den 2007 veröffentlichten UN-Klimabericht des IPCC⁸⁸. Im folgenden Abschnitt werden die einzelnen möglichen Konfliktarten, mit Fokus auf die durch die Umweltfaktoren induzierten, dargestellt und diskutiert. Aufgrund der engen Wechselbeziehungen zu den anderen im Kapitel 3 dargestellten Faktoren stehen die in diesem Kapitel genannten Konfliktarten und aktuellen Konflikte sowie die exemplarisch ausgewählte Konflikttheorie auch als Induktionsprodukt aus den anderen maritimen Faktoren.

2.1. Konfliktarten

2.1.1. Klimainduzierte Konflikte als eine Form der neuen Kriege

Im Zuge des Klimawandels und der daraus resultierenden Verschärfung der Verknappung der Ressourcen, Rohstoffe und Lebensräume können militärische und zivile Gewalt, einschließlich Aufstände und ethnische Zusammenstöße, entstehen.

⁸⁷ Siehe zu den Kriegs- und Konfliktarten die Zusammenstellung von Welzer, H.: in Klimakriege, wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., Mai 2008, Seite 130-132.

⁸⁸ Vgl IPCC Report, Teil 3, IPCC: Climate Change 2007: Synthesis Report, In: http://www.de-ipcc.de/_media/AR4_SynRep_Thema_3.pdf (10.10.2007), 2007b, Seite 48 ff (Datum der Ansicht: 22.06.2011). Im Teil 3. werden kurz- und langfristige Auswirkungen beschrieben, zusätzlich wird in der Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger-Beitrag der Arbeitsgruppe II, Auswirkungen, Anpassung, Verwundbarkeiten, auf die Folgen hingewiesen, siehe dazu: http://www.de-ipcc.de/_media/IPCC2007-WG2.pdf Datum der Ansicht: 22.06.2011).

Im Gegensatz zu dem als ‚alter‘ Krieg (Pradetto und Baier 2004: 192)⁸⁹ bezeichneten bewaffneten Konflikt, der sich über Zwischenstaatlichkeit, Symmetrie und Hochtechnologie definiert (Münkler 2007: 3.5)⁹⁰, ist beim klimainduzierten, bewaffneten Konflikt der Zukunft von einem nach der Definition von Münkler⁹¹ und Kaldor⁹² ‚neuen‘ Krieg auszugehen. Dieser wird sich vorwiegend in drei Hauptszenarien der Kriegsführung widerspiegeln:

1. dem Kampf um Ressourcen, insbesondere um Wasser und Energie,
2. der totalen Verwüstung und dem Massenmord durch Terrorismus und ethnische Massaker sowie
3. der militärischen Intervention, vorwiegend der westlichen Staatengemeinschaft, in die Konflikt- bzw. Kriegsregionen (Münkler 2007: 8-9)⁹³.

Der Hauptauslöser für diese Kriege ist, wie im erstgenannten Szenario, der Kampf und Wettlauf um wichtige Ressourcen, wie Wasser, Getreide, landwirtschaftlicher Raum und Bodenschätze. Der klimainduzierte Krieg kann so nach der Definition von Münkler als ein Ressourcenkrieg, meistens zwischen nichtstaatlichen Akteuren (Münkler 2004: 192)⁹⁴, eingeordnet werden, besonders die Ressource Wasser wird in diesem Zusammenhang als eine „strategische Ressource“ (Münkler 2004: 183)⁹⁵ angesehen.

Dem vorangegangen ist eine Degradation der oben genannten, normalerweise regenerativen Ressourcen. Diese wird durch mehrere Faktoren beeinflusst: Zum einen wurden die Ressourcen übernutzt oder überbeansprucht und zum anderen wurde die Lebensgrundlage zerstört. Tangieren diese Degradationsfaktoren zusätzlich politische, ökonomische oder

⁸⁹ Vgl. Pradetto, A. und Baier, W.: „Neue Kriege“, in: Handbuch für Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden 2004, Seite 192. Als alter oder klassischer Krieg wird in der Literatur der seit Ende des 30-jährigen Krieges geltende Zwischenstaatliche Krieg bezeichnet. Die Definition lehnt sich an die klassische Clausewitzsche Kriegsdefinition an.

⁹⁰ Vgl. Münkler, H.: „Neues vom Chamäleon Krieg“, Essay, in: APuZ 16-17, Berlin 2007, Seite 3-5.

⁹¹ Vgl. Münkler, H.: „Der Wandel des Krieges - Von der Symmetrie zur Asymmetrie“, Velbrück-Verlag, Weilerswist 2006, 380 Seiten., Seite 11.

⁹² Vgl. Kaldor, M.: „New Types of Conflict“, in: Ruth Stanley (Hrsg.), Gewalt und Konflikt in einer globalisierten Welt, Wiesbaden 2001, Seite 24-50.

⁹³ Vgl. Münkler, H.: „Neues vom Chamäleon Krieg“, Essay, in: APuZ 16-17, Berlin 2007, Seite 8-9.

⁹⁴ Vgl. Münkler, H.: „Die neuen Kriege“, in: Der Bürger im Staat, LZZ Baden Württemberg, Stuttgart 2004, Seite 182.

⁹⁵ Vgl. Münkler, H.: „Die neuen Kriege“, in: Der Bürger im Staat, LZZ Baden Württemberg, Stuttgart 2004, Seite 183.

soziale Interessen, führen sie zu Spannungen (Brauch 2002: 47)⁹⁶. Diese wiederum bieten eine sozial- und wirtschaftspolitische Gefährdung für die betroffenen Regionen. Insbesondere in den sozial-ökologischen Krisenherden in der Dritten Welt etablieren und festigen sie sich aufgrund der bereits vorhandenen gesellschaftlichen Zerfalls- oder Spaltungsprozesse. Diese bieten Spielraum für gewaltsame soziale, politische und ethnische, innerstaatliche als auch zwischenstaatliche Auseinandersetzungen, die aufgrund ihres Antagonismus letztlich in lang andauernde „low intensity“-Kriege (Münkler 2007: 6)⁹⁷ zwischen staatlichen oder, wie zunehmend beobachtbar, nichtstaatlichen Akteuren münden (Linneweber 1995: 37 ff)⁹⁸, und so dem Phänomen der neuen bewaffneten Konflikte nach (Calic 2005: 71 ff)⁹⁹ genügen. Eine andere Erklärung der Klimawandelkriege liefern (Schwartz et al. 2000: 77 ff)¹⁰⁰. Sie nennen fünf Arten dieser Kriege:

1. die durch die lokale Umweltdegradation,
2. die infolge von klimabedingten Fluchtbewegungen hervorgerufenen ethnischen und sozialen Spannungen,
3. den Bürgerkrieg infolge der Landverknappung
4. den Krieg infolge der Ressourcenverknappung, etwa von Wasser sowie
5. die Aggression im Nord-Süd-Verhältnis infolge der bedrohten Biodiversität und Erderwärmung.

Letztlich lässt sich jedoch diese Begriffserklärung aufgrund der fünf Merkmale in die Münkler'sche Betrachtungsweise der neuen Kriege einordnen.

Nicht vergessen in diesem Kontext dürfen „high intensity“ zwischenstaatliche Kriege, bspw. um Seewege und Territorien in Asien, wie Taiwan, die Arktis, oder auch um Ressourcen, die aus „low intensity“ Kriegen generierbar sind. Anzumerken ist ebenfalls, dass aufgrund der obigen Merkmale die Schwellen- und Entwicklungsländer vornehmlich als Konfliktregionen

⁹⁶ Brauch, H.G.: „Klimawandel, Umweltstress und Konflikt“, AFES-PRESS Studie für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung, Berlin 2002, Seite 47.

⁹⁷ Münkler, H.: „Neues vom Chamäleon Krieg“, Essay, in: APuZ 16-17, Berlin 2007, Seite 6.

⁹⁸ Vgl. Linneweber, V.: „Nutzung globaler Ressourcen als Konfliktpotenzial“, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 92, Hamburg 1995, Seite 37-64.

⁹⁹ Calic, M.-J.: „Der erste „neue Krieg“? Staatszerfall und Radikalisierung der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien“, in: Zeithistorische Forschung, 2. Jg., Nr.2., Berlin 2005, Seite 71-87.

¹⁰⁰ Vgl. Schwartz, D., Deligiannis, T. and Homer-Dixon, Th. F.: „The Environment and Violent Conflict: A Response to Gleditsch's Critique and Suggestions for Future Research“, in: Environmental Change&Security Project Report, Issue 6, Washington D.C., Woodrow Wilson Center, Washington 2000, Seite 77-93.

in Frage kommen, da im Gegensatz zu den Industriestaaten dort oft politische, ökonomische, ökologische und soziale Missverhältnisse herrschen (Welzer 2008: 56 ff; Stöckmann 2001: 32) und so begünstigend auf die Entstehung von Spannungen und Streitigkeiten wirken können.

Im folgenden Text wird eine kurze Übersicht der verschiedenen klimainduzierten Konfliktarten gegeben.

Migrationskonflikt

Einer der Faktoren des maritimen Umfeldes, beschrieben im Kapitel 3, Abschnitt 3.1., ist die Küstenzone und deren mögliche Veränderung bzw. Verminderung. Im Ergebnis der Betrachtung der möglichen Küstenerosionsprozesse besteht somit die Möglichkeit zu migrationsbedingten Konflikten etwa durch den Verlust von Lebensraum im Zuge des Meeresspiegelanstiegs¹⁰¹ oder durch industrielle Großvorhaben.¹⁰² Derzeit sind Migrationsbewegungen durch Umweltänderungen kaum vollständig erfasst, Ansätze dazu gibt es in (Warner et al. 2009:). Zusätzlich ist von einer Binnenvertreibung (Stöckmann 2001: 35)¹⁰³, das heißt eine Migration innerhalb der Landesgrenzen, auszugehen, die mehrere Millionen Menschen betreffen wird und somit migrationsbedingte Konflikte auslösen können. Als Hauptstreitpunkte rücken neben der Wasserversorgung, der Bereitstellung von Lebensraum und Nahrungsmittel ethnische und religiöse Ansichten in den Mittelpunkt. In (Stöckmann 2001: 36) ist als Beispiel etwa die Grenzregion zwischen Bangladesch und Indien angegeben. In der Grenzregion zum indischen Bundesstaat Assam kam es 1983 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die bedingt durch einen raschen Bevölkerungsanstieg durch immigrierte Bangalis zu einer Verknappung an Böden und sinkenden Ernten in der Region und zu Gewalttaten mit 1700 toten Bangalis führte.

¹⁰¹ Vgl. Stern, N.: „The Economics of Climate Change, Executive Summary“, in: Stern Review, London 2006, Seite i-xxvii. 200 Millionen Menschen können bis zum Jahre 2050 auf der Flucht sein, http://www.hm-treasury.gov.uk/media/4/3/Executive_Summary.pdf (25.10.2007).

¹⁰² Vgl. entwicklungspolitik-online: „China: Flussverseuchung in Nordostchina- Flussverseuchung Amur - Es gibt hier nichts außer Fisch“, Berlin 2005, www.epochtimes.de/articles/2005/12/27/7472.html (25.10.2007); Overhoff, G.: „3 Schluchten Projekt am Yangtze/China“, 2001, www.talsperrenkomitee.de/info/index.cgi/page/tgp_exkursion (25.10.2007).

¹⁰³ Vgl. Stöckmann, B.: Die Folgen für die Sicherheit Europas anhand konfliktrelevanter Wirkungen der globalen Klimaänderung an seiner Peripherie, Lehrgangsarbeit, LGAN 99 Luftwaffe, Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg, 2001, Seite 1-81.

Ressourcenkonflikt

Im Kapitel 3.2. wird die derzeitige und zukünftige Rohstoffproblematik dargestellt. Daraus lassen sich mögliche Konflikte sowohl um die Rohstoffe, und wie bei (Welzer 2008: 131) zu lesen, auch um Energieinfrastruktur, wie Gasleitungen, Raffinerien, Brücken, Ölfelder ableiten. Zusätzlich ergibt sich, aufgrund der zunehmenden Bedeutung, die Möglichkeit um Streitigkeiten jeglicher Intensität um Wind- und Solarparks. Bis 2050 werden mehrere Milliarden Menschen, (Welzer 2009: 132) gibt 2 bis 7 Milliarden an, von Wasserknappheit betroffen sein, wodurch ein weiteres Konfliktszenario präsent ist bzw. sein wird.

Als weiteres Konfliktfeld sind der Kampf bzw. die Streitigkeiten um fossile Rohstoffe zu nennen. Im Kapitel 3 und 4 wird exemplarisch auf die Problematik in der Arktis hingewiesen. Hier sind die eingangs, als derzeit eher wenig wahrscheinlich eingestuften zwischenstaatlichen Konflikte jeder Intensität im Blickfeld der sicherheitspolitischen Betrachtungen. Zusätzlich ergeben sich im Zusammenhang mit der Arktisproblematik Streitigkeiten um Seewegerechte. In den nächsten Kapiteln wird auf die Problematik genauer eingegangen werden.

2.1.2. Andauernde Gewalt

Neben den temporären Konflikten jeglicher Intensität sind andauernde Gewalttätigkeiten weltweit präsent. Hier handelt es sich heute meistens um die oben beschriebenen neuen Kriege, bei denen nichtstaatliche Gruppen die Hauptakteure als auch oft die Initiatoren des Konfliktes sind. Die Handlungen richten sich häufig gegen die landeseigene Bevölkerung und dauern über Jahre und Jahrzehnte an. Letzteres ist der Tatsache geschuldet, dass die Initiatoren oder Kriegsherren (Welzer 2009: 139) nicht an einer Beilegung des Konfliktes interessiert sind. (Calic 2005: 1)¹⁰⁴ spricht hier von einer Ökonomisierung des Krieges, da die Kriegsherren als „Monopolisten des Krieges“ (Welzer 2009: 139) auftreten. Damit einhergehend sind meistens Entstaatlichungsprozesse und Machterosion in den jeweiligen Staaten. Erkennbar wird dieses etwa durch Auflösungserscheinungen der regulären Armee, der zunehmenden Rekrutierung der vormals regulären Soldaten durch para- oder private militärische Organisationen (Welzer 2009: 140-141) und dem Machtverlust der ansässigen Regierungen. In der Vielzahl der Fälle kann nur durch eine Intervention ausländischer

¹⁰⁴ Siehe: Calic, M.-J.: Der erste "neue Krieg"? Staatszerfall und Radikalisierung der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, H. 1, 2, 2005, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Calic-1-2005> (Datum der Speicherung: 23.06.2011).

Truppen, die etwa mit einem UN- oder NATO-Mandat versehen sind, eine Beilegung des Konfliktes herbeigeführt werden.

2.1.3. Zerfall von Staaten

Im vorherigen Abschnitt wurde bereits auf ein Merkmal von andauernden Konflikten hingewiesen. Dem Zerfall von Staaten geht in der Regel fragile Staatlichkeit (Welzer 2009: 107) voraus, verbunden mit politischen und ökonomischen Missständen. Dem gegenüber steht aufgrund der geringen staatlichen Durchsetzungsmöglichkeiten eine verminderte Möglichkeit den Missständen zu begegnen, (Welzer 2009: 103) benennt eine geringe Bewältigungsmöglichkeit, auch gegenüber Umweltrisiken und –katastrophen, und benennt als Beispiele dafür etwa Bangladesch, Sri Lanka und afrikanische Gesellschaften. Verschärft werden die Verhältnisse durch die zunehmende Aushöhlung der staatlichen Gewalt und durch den Verlust an Rechts- und Sozialstaatlichkeit sowie der Akzeptanz gegenüber anderen ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen (Welzer 2009: 103). Im „Failed State Index (Welzer 2008: 104)¹⁰⁵ sind für 2006 60 vom Zerfall bedrohte Staaten aufgeführt, so dass ca. 2 Mrd. Menschen in unsicheren und zerfallenden Staaten leben, mit steigender Tendenz. Gemäß einer von Welzer 2008: 106, 290) genannten Greenpeace-Studie¹⁰⁶ wird sich die Zahl der failed states inklusive der damit verbundenen Konflikte in naher Zukunft um 30 Staaten bzw. Konfliktherde erweitern.

2.1.4. Terrorgewalt

In der Wahrnehmung von Konflikten und Gewalt wird Terrorgewalt in der Regel als asymmetrische Konfliktform angesehen. (Welzer 2008: 142) sieht im Terror „kein staatliches oder individuelles Subjekt, da es im Gegensatz zum klassischen zwischenstaatlichen Krieg keinen unmittelbaren Adressaten gibt und bezeichnet Terror als eine politische Waffe gegen ein System oder eine Regierung mit der Form eines asymmetrischen Kampfes gegen reguläre Polizei- und Militäreinheiten. Meistens zeigt sich die angegriffene Gesellschaft dem gegenüber überrascht und hilflos, verbunden mit der Verunsicherung zukünftiger Anschläge.

¹⁰⁵ (Welzer 2009: 289) benennt den „Failed State Index“ einen Index, der nach verschiedenen Indikatoren, wie Ungleichheit, Flüchtlingszahlen, wirtschaftliche Probleme, kriminelle Strukturen, Korruption von Eliten, Verletzung von Menschenrechten, aggressive Konkurrenz von politischen Akteuren und mangelnde öffentliche Apparate und Verwaltung, das Niveau von Staatlichkeit misst.

¹⁰⁶ Vgl. Jacobeit, C. und Methmann, C.: Klimaflüchtlinge. Eine Studie im Auftrag von Greenpeace, Hamburg 2007

(Welzer 2008: 164) nennt mit Bezug auf (Hoffmann 1999: 211)¹⁰⁷ für das Jahr 2006 weltweit mehr als 350 Selbstmordattentäter in 24 Ländern. Motivation für den Terrorismus sind, neben gefühlter oder wahrer Unterdrückung, die gefühlte Ungerechtigkeit, ideologische, politische und fundamentalistische Überzeugungen (Welzer 2008: 167) und Indoktrinierung. Anzumerken ist, dass es sich bei den Akteuren vorwiegend um in die Gesellschaft der Staaten integrierte Personen, meistens mit höherem Bildungsabschluss, handelt, die sich in ihrem Selbstverständnis als Eliten sehen, welche sie zur Durchführung von Terrorgewalt, legitimiert (Welzer 2008: 168). Für die betroffenen Staaten bedeutet die Terrorgefahr etwa die Veranlassung von Anstrengungen zur Sicherung der Staatsbürger und der sensiblen Infrastruktur, wie Offshore Windparks, um bspw. die Energieversorgung sicherstellen zu können. Eine besondere Form des Terrors ist die Piraterie, wobei hier zwischen den Zielen der jeweiligen Akteure differenziert werden muss, da nicht jeder Piratenüberfall von politischen oder ideologischen Intensionen getrieben ist, sondern überwiegend rein wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen. Beispiele für politisch-ideologisch motivierte Piratenüberfälle sind der Angriff auf die USS Cole im Jahre 2000 und den Tanker Limburg im Jahre 2003 (MGFA 2010: 231)¹⁰⁸.

2.1.5. Grenzkonflikte

Zu Beginn des Kapitels wurde auf die Problematik der Migration hingewiesen. Insbesondere, wie derzeit durch die täglichen Nachrichten präsent, drängen afrikanische Flüchtlinge über die südeuropäischen Seegrenzen nach Europa und beanspruchen so die EU-Außengrenzsicherung, was täglich durch die Nachrichten von der Insel Lampedusa sichtbar wird. Eine Sicherung der europäischen Mittelmeergrenzen zu den Maghreb-Staaten erscheint als schwierige, kaum umfassend bewältigbare Aufgabe. Mittels der FRONTEX-Initiative aus dem Jahre 2004 wird versucht diese EU gemeinsam zu schultern, (Welzer 2008: 186, 299) benennt dazu den FRONTEX-Jahresbericht¹⁰⁹ aus dem Jahre 2006, in dem die Aufgabe nochmals verdeutlicht wird. Aus Sicht (Welzer 200: 181) zeigen Grenzkonflikte mehrere Facetten, die sich von totaler militärischer und polizeilicher Abschottung und Grenzsicherung, über ausgewählten selektiven Grenzübertritt bis hin zum Grenzübertrittsverbot und zur

¹⁰⁷ Vgl. Hoffman, B.: Terrorismus. Der unerklärte Krieg, Frankfurt am Main, 1999, Seite 211.

¹⁰⁸ Siehe Wegweiser zur Geschichte, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam 2010, Seite 1-317

<http://www.mara.mar/Marineamt/StabMara/A1/AuslEins0/Allgemeine/Wegweiserz/Auslandsei/file/meuaedbww.pdf> (Datum der Speicherung: 23.06.2011).

¹⁰⁹ Siehe Frontex Annual Report 2006, Seite 2, http://www.frontex.europa.eu/annual_report.

Ausweisung erstrecken. Hinzu sind oft illegale Grenzübertritte Gegenstand von konfliktbehafteten Situationen und Maßnahmen. Weiter führt (Welzer 2008: 181) aus, dass die Transit- und Herkunftsländer der Migranten in die Grenzangelegenheiten einzubinden sind, um zur Minderung von Flüchtlingsströmen beizutragen. Die Einbindung kann die aktive und passive Abwehr der Flüchtlingsströme in den Herkunfts- und Transitländern beinhalten. So wird angegeben, dass als aktive Form der Einbindung, die EU sich in den letzten Jahren darum bemüht, afrikanische Staaten dazu zu verpflichten, ihre Staatsbürger von der Migration abzuhalten. Die passive Einbindung beinhaltet beispielsweise Grenzabkommen zwischen der EU und afrikanischen Staaten, die es den EU-Grenzschutzbehörden erlauben, in den afrikanischen Hoheitsgewässern zur Flüchtlingsabwehr zu operieren.

Nicht ausgenommen aus der Betrachtung sind Grenzkonflikte, deren Gegenstand die territoriale Ausdehnung eines Staatsgebietes ist. Hauptinteressen in den Streitigkeiten sind die Durchsetzung und Behauptung von wirtschaftlichen und machtpolitischen Zielen, wie die Sicherung von fossilen Rohstoffen, freie Seehandelswege und strategische Projektions- und Einflussgebiete. Beispielhaft sei an dieser Stelle Chinas Anspruch auf Taiwan und Russlands Anspruch auf die Ausdehnung des Festlandssockels im Arktischen Ozean genannt. Verbunden sind diese Konflikte in Regel mit völkerrechtlichen, im speziellen seerechtlichen, Aspekten, Debatten und Auslegungen. Eine Teildarstellung dieser schwierigen Thematik kann im Abschnitt 3.3. nachgelesen werden.

Zusammenfassend wird festgehalten, dass für alle hier dargestellten Konfliktarten eine enge Wechselwirkung besteht und sich diese teilweise einander induzieren. Analog dazu werden sich die Wechselwirkungen und gegenseitigen Induktionen in der Darstellung der maritimen Faktoren wieder finden.

Neben der Übersicht zu den Konflikten ist es für die weiteren Ausführungen hilfreich die vielseitigen Merkmale und Akteure des maritimen konfliktbehafteten Umfeldes mittels eines theoretischen Werkzeuges zu untersuchen, um so einzelne Akteure zu untersuchen und Aussagen über die mögliche Entwicklung, also Generierung, Fortführung, Eskalation oder Abschwächung, von speziellen Konflikten und die Implikationen auf die Internationalen Beziehungen, treffen zu können. Aus der Vielzahl der möglichen Theorien wurde die neorealistic Konflikttheorie nach (Link 1979: 33-50; 1994: 99-115)¹¹⁰ ausgewählt. Diese

¹¹⁰ Siehe dazu Link, W.: Überlegungen zum Begriff Konflikt in den internationalen Beziehungen, Politische Vierteljahresschrift, 20, 1979, Seite 33-50 sowie

geht von neorealistischen Grundannahmen, die auf der Theorie des Neorealismus nach (Waltz 1959: 1 ff; 2010: 1ff)¹¹¹ und (Donnelly 2000:)^{112, 113} aufbauen, aus. Die theoretischen Grundzüge dieses Ansatzes werden in den nächsten Abschnitten dargestellt, beginnend mit der notwendigen, einführenden Betrachtung der Theorie der internationalen Beziehungen.

2.2. Theorie und Konflikttheorie der internationalen Beziehungen

Das im bisherigen Text beschriebene konfliktbehaftete maritime Umfeld soll im Folgenden mittels einer Konflikttheorie der internationalen Beziehungen analysiert werden. Als geeignet scheint hierbei die Bearbeitung mit Hilfe der Konflikttheorie des Neorealismus, wobei sich in der einführenden Annäherung an die Theorie auf die grundlegenden Werke von (Waltz 1959; 2010:)¹¹⁴ und (Donnelly 2000:)¹¹⁵ beschränkt wird.¹¹⁶ Eingangs soll im ersten Schritt eine

Überlegungen zu einer strukturellen Konflikttheorie, in Krell, G., Müller, H.: Frieden und Konflikt in den Internationalen Beziehungen, Frankfurt/M, 1994, Seite 99-115.

¹¹¹ Siehe Waltz, K.: *Man the state and war. A theoretical analysis*, New York, London, 1959; Waltz, K.: *Theory of International Politics*, Illinois, 2010 (Neuaufgabe).

¹¹² Donnelly, J.: *Realism and International Relations*, Cambridge, 2000. Siehe dazu auch Albrecht, T.: *Politische Implikationen aus dem Abschmelzen des Nordmeereises*, unveröffentlichte Studie, T. Albrecht, Marineamt, 2011, Seite 1-26.

¹¹³ Die Münchner Schule des Neorealismus, etwa aus Siedschlag, A.: *Realistische Perspektiven der Internationalen Politik*, 2001 und Diez T. *Die Konflikttheorie postmoderner Theorien internationaler Beziehungen*, in: *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*, 4. Auflage, Hrsg. T. Bonacker, 2008, 538 Seiten, Seite 187-204 und andere Theorien, wie der Neoliberalismus, bspw. aus: Siedschlag, A.: *Konflikte und Konflikttheorien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Neue Ansätze und neue Herausforderung, 2. Aufl., Stuttgart 1988, S 195-225, werden einbezogen, da mit den angegebenen Werken das Eingangsthema hinreichend dargestellt werden kann. Aufgrund des praktisch interdisziplinären Ansatzes der Arbeit ist eine ausführliche theoretische Behandlung verschiedener politischer Theorien nicht zielführend und wird daher im Text nicht thematisiert.

¹¹⁴ Siehe Waltz, K.: *Man the state and war. A theoretical analysis*, New York, London, 1959; Waltz, K.: *Theory of International Politics*, Illinois, 2010 (Neuaufgabe).

¹¹⁵ Donnelly, J.: *Realism and International Relations*, Cambridge, 2000. Siehe dazu auch Albrecht, T.: *Politische Implikationen aus dem Abschmelzen des Nordmeereises*, unveröffentlichte Studie, T. Albrecht, Marineamt, 2011, Seite 1-26.

¹¹⁶ Die Münchner Schule des Neorealismus, etwa aus Siedschlag, A.: *Realistische Perspektiven der Internationalen Politik*, 2001 und Diez T. *Die Konflikttheorie postmoderner Theorien internationaler Beziehungen*, in: *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*, 4. Auflage, Hrsg. T. Bonacker, 2008, 538 Seiten, Seite 187-204 und andere Theorien, wie der Neoliberalismus, bspw. aus: Siedschlag, A.: *Konflikte und Konflikttheorien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Neue Ansätze und neue Herausforderung, 2. Aufl., Stuttgart 1988, S 195-225, werden einbezogen, da mit den angegebenen Werken das Eingangsthema hinreichend

Übersicht zur Theorie des Realismus gegeben werden, um anschließend den Neorealismus, als eine dem Realismus verwandte Theorie, zu betrachten, um darauf aufbauend auf die Konflikttheorie nach (Link 1979: 1994:) einzugehen.

2.2.1. Abriss zum Realismus

Der Realismus ist eine politische Theorie, die in ihren Annahmen auf historisch weit zurückreichende Annahmen basiert. Grundannahmen des Realismus, wie zum Beispiel das Element der Macht, lassen sich über Hobbes, Macchiavelli bis zu Thucydides verfolgen (Donnelly 2000: 1).

Die Entstehung des Realismus als politische Theorie der internationalen Beziehungen vollzog sich vorwiegend im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts, als Reaktion auf die, insbesondere in der US-Außenpolitik vorherrschende, Maxime der Balance of Power (Donnelly 2000: 1). Begünstigt durch den direkten Einfluss auf die Politik, durch bekennende „Realisten“, wie zum Beispiel den ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger, behielt der Realismus auch in der Zeit nach dem II. Weltkrieg seine Relevanz. Jack Donnelly merkt jedoch an, dass der Realismus trotz seiner Präsenz in der internationalen Politik nicht anhand von einer oder zwei Grundannahmen zu definieren ist. Vielmehr handelt es sich um einen Oberbegriff, unter dem viele einzelne politische Theorien subsumiert werden (Donnelly 2000: 6). Trotzdem lassen sich einige Gemeinsamkeiten unter diesen Theorien erkennen und zuordnen. Im folgenden Abriss des Kapitels werden diese Gemeinsamkeiten herausgestellt und die Betrachtung des Realismus vertieft. Ziel ist es, aus den Theorien des Realismus das Verhalten der Akteure möglichst ableiten zu können und diese Theorie gegebenenfalls so anzupassen, dass sie sich auf einen speziellen Fall anwenden lässt.

Der Realismus bezieht sich in seinen Ansichten vor allem auf die „constraints on politics imposed by human nature and the absence of international government“ (Donnelly 2000: 9). Von dieser Aussage lässt sich darauf schließen, dass der Realismus seine Theorie in zwei Analysegrößen unterteilt, einerseits die durch das menschliche Wesen diktierten Zwänge und andererseits die im Beziehungsgeflecht der Staaten vorhandenen. Diese Zwänge führen wiederum zu Konflikten (Waltz 1959: 3). Ein entscheidendes Moment des Realismus ist somit die Annahme, dass eine Gesetzmäßigkeit zwischen dem menschlichen Wesen, welches als überwiegend egoistisch dargestellt wird, und dem staatlichen Handeln besteht (Donnelly

dargestellt werden kann. Aufgrund des praktisch interdisziplinären Ansatzes der Arbeit ist eine ausführliche theoretische Behandlung verschiedener politischer Theorien nicht zielführend und wird daher im Text nicht thematisiert.

2000: 10). Die Verbindung aus menschlichem Wesen und dem daraus resultierenden staatlichen Handeln wird insbesondere durch die Annahme einer anarchischen Ordnung des internationalen Systems verstärkt. Die Anarchie führt dazu, dass die Abgründe im Menschen hervortreten (Donnelly 2000: 10), da der Mensch nur in einem organisierten und hierarchischen System seine egoistische Ausrichtung beherrscht, kontrolliert oder auch unterdrückt. Der Mensch ist in einer solchen Umgebung „tamed by political authority and rule“ (Donnelly 2000: 10). Dem Realismus nach besteht daher ein signifikanter Unterschied zwischen dem innenpolitischen Verhalten und dem Verhalten von Staaten untereinander. Der natürliche Zustand zwischen Staaten ist aus diesem Grund der Krieg (Waltz 2010: 102). Mit Krieg ist hier jedoch nicht die direkte Anwendung von physischer Gewalt gemeint, sondern vielmehr die allgegenwärtige Möglichkeit einer Gewaltanwendung durch die Akteure des internationalen Systems (Waltz 2010: 102). Aus dieser konstanten Bedrohungssituation folgt für das internationale System, dass kein Staat dem Anderen Vertrauen kann und jeder Staat dem Anderen gegenüber Misstrauen bzw. Skepsis empfinden muss, da er sich im Zweifelsfalle gegenüber diesen potenziellen Aggressor verteidigen muss (Waltz 2010: 104). Dominierendes Ziel eines Staates im internationalen System ist daher die Sicherheit (security), die sich aus dem Überlebenswillen der einzelnen Staaten ergibt. Sie wiegt mehr als etwaige moralische Bedenken (Waltz 2010: 126). Die einzige Möglichkeit, um diese Sicherheit zu erreichen, ist das Erringen von Macht bzw. Vormacht (power), welche das Erreichen der Sicherheit ermöglichen soll (Waltz 2010: 126).

Der Realismus lässt sich vor allem in zwei große Unterströmungen unterscheiden. Entscheidend für eine Differenzierung ist das Maß, in dem die Analysegrößen Mensch und internationales System berücksichtigt werden. Hervorstechend sind dabei die Betonung der Anarchie und die des menschlichen Wesens als bestimmende Faktoren der Weltpolitik. Je nach Strömung wird hierbei das eine oder das andere Attribut betont (Donnelly 2000: 11). Während Theoretiker wie Morgenthau das menschliche Wesen als bestimmendes Merkmal in den internationalen Beziehungen sehen, betont Waltz vor allem den Zustand der Anarchie. Diese Unterscheidung der Theorien wirkt sich vor allem auf die behandelten Analyseebenen aus. Während die eine Theorie sich auf den Wirkungszusammenhang zwischen biologischen Voraussetzungen und staatlichem Handeln konzentriert und daher auch als biologischer Realismus bezeichnet wird, konzentriert sich die andere Strömung auf die im internationalen System vorhandenen Zwänge und leitet hieraus das staatliche Handeln ab. Die zweite Theorie geht von den quasi „gesellschaftlichen“ Strukturen und den hieraus entstehenden Zwängen auf den einzelnen Akteur aus. Sie wird daher auch als Strukturrealismus bezeichnet.

Als gängigste Bezeichnungen, für diese zwei Strömungen haben sich jedoch die Begriffe (klassischer) Realismus, für den biologischen Realismus, bzw. Neorealismus für den Strukturrealismus (Donnelly 2000: 11) erwiesen. Diese Begriffe rühren jedoch nur aus der chronologischen Betrachtung der Theorien her und drücken wenig über sie selbst aus (Donnelly 2000: 11). Die folgenden Betrachtungen werden sich mit dem Neorealismus beschäftigen, da vor allem strukturelle Zwänge in der vorliegenden Problemstellung zu erkennen sind und diese vor allem anhand des Neorealismus betrachtet und aufgezeigt werden können. Hierbei soll vor allem die Theorie nach (Waltz 2010:) als Werkzeug dienen.

2.2.2. Abriss zum Neorealismus

Waltz startet seine Betrachtungen mit einer Beobachtung über das internationale System und merkt an, dass das Verhältnis der Staaten, trotz geschichtlicher Wechsel, untereinander höchst stetig bzw. andauernd (Waltz 2010: 66) bleibt. Er sucht die Antwort hierauf in den Strukturen des internationalen Systems und weist auf dessen anarchischen Charakter (Waltz 2010: 66) hin. Die dem System innewohnenden Strukturen sind seiner Meinung nach für seine Konstanz verantwortlich. Er widmet sich daher der Frage, was ein System in den internationalen Beziehungen grundlegend darstellt und wie es einen solchen Einfluss auf die einzelnen Staaten entwickeln kann. Hierfür unterteilt er das System zunächst in die Bestandteile Struktur und Wechselwirkung, im Text werden diese als „structure“ und „interacting units“ benannt (Waltz 2010: 79). Die interacting units bezeichnen hierbei die handelnden Staaten, die auf einer Ebene unterhalb der Struktur agieren. Diese sind zwar Sender und Adressat der internationalen Politik, jedoch stellt die Struktur das wichtigste Element des internationalen Systems im Neorealismus dar, bei der es sich wiederum um das Arrangement der handelnden Staaten handelt (Waltz 2010: 81). Mit Arrangement ist indessen nicht das Verhältnis der units untereinander, im Sinne der außenpolitischen Handlungen und Beziehungen der Staaten, sondern die Ordnung der Staaten in Relation zueinander gemeint. Ähnlich einer Rangfolge stehen die Staaten sich hierbei gegenüber oder sind sich über- und untergeordnet. Dieses Verhältnis von Über- und Unterordnung vollzieht sich anhand von drei Grundbedingungen, einerseits dem Ordnungsprinzip, andererseits dem Charakter der units und zuletzt der Potenzial- bzw. Fähigkeitsverteilung, die als „Distribution of Capabilities“ bezeichnet wird (Waltz 2010: 88).

Im Gegensatz zu dem innenpolitischen System der Staaten sind im internationalen System zunächst erst einmal alle Akteure gleichgestellt, niemand ist dem anderen vorangestellt. Durch die Abwesenheit eines Staates mit systemweiter Sanktionsgewalt bildet sich im

internationalen System auch keine solche Hierarchie heraus (Waltz 2010: 103). Die Ordnung als Bestandteil der Struktur und die allgemeine Annahme von Anarchie als Basis des internationalen Systems scheinen sich zunächst auszuschließen. Waltz führt jedoch an, dass die Ordnung und die Struktur im internationalen System durch das Zusammenwirken der units entstehen. Grundvoraussetzung dafür ist, dass die Handlungen jeder einzelnen unit auf das Erreichen bestimmter Ziele ausgerichtet sind. Das Grundmotiv ist in Waltz Augen der Wille zu überleben (Waltz 2010: 91). Dieses „survival motive“ (Waltz 2010: 91) ist eng mit dem Ziel der Staaten Sicherheit zu erlangen verbunden. Um diesen Zustand zu erreichen, versuchen Staaten unter anderem ihre Macht zu maximieren, dies ist jedoch nicht das primäre Ziel ihrer politischen Anstrengungen (Waltz 2010: 126). Die Ziele der Staaten können ansonsten vielfältig sein und auch das Motiv der Sicherheit unterliegt einer Ziel-Mittel Abwägung. So schließt Waltz trotzdem nachfolgendes nicht aus: „states may persistently seek goals that they value more highly than survival [...]“ (Waltz 2010: 92).

Eine solche, stark von den strukturellen Normen abweichende Handlung wird jedoch vom System sanktioniert, da es auf Normabweichungen eingestellt ist. Eine Abweichung oder Befolgung wird daher von der Struktur des Systems bestraft oder belohnt. (Waltz 2010: 92). Dieser Selbsterhaltungsmechanismus lässt jedoch eine oder zumindest vereinzelte Ausnahmen von der Regel zu, da erst ein stetiges Verstoßen gegen die Strukturprinzipien eine Gefährdung des Systems darstellt, oder wie Waltz es ausdrückt: „To keep it going, most, but not all, people have to act as expected“ (Waltz 2010: 92). Fraglich ist jedoch, ob ein solcher Verstoß im Charakter der units begründet sein könnte.

Das zweite Ordnungsmerkmal des internationalen Systems stellt der Charakter der units dar. Bei der Erklärung dieser Bedingung besinnt sich Waltz zunächst auf einen Vergleich zum innenpolitischen System von Staaten. Während die Funktion der Akteure innerhalb dieses Systems differenziert ist, zum Beispiel die klaren Funktionen von Ministern oder dem Parlament, so ist, wie bereits angeführt, in der internationalen Anarchie jede Einheit zunächst gleich und in seinen Funktionen undifferenziert (Waltz 2010: 93). Die funktionale Spezialisierung von Staaten ist jedoch nicht gegeben, da jeder Akteur das Ziel des Selbsterhaltes verfolgt. Staaten gleichen sich daher in ihrer Spezialisierung (Waltz 2010: 91). Eine Differenzierung ergibt sich erst durch eine Änderung des Ordnungsprinzips des internationalen Systems, zum Beispiel von der Anarchie hin zur Hierarchie oder durch die unterschiedliche Verteilung von Fähigkeiten und Potenzialen (capabilities). Anzumerken ist hierbei, dass der Begriff der gleichen units davon bestimmt ist, dass sie zwar in ihrer Größe, Macht und Form variieren, ihre Handlungsfähigkeit sich jedoch bei allem auf die Reaktion

auf interne und externe Problemstellungen beschränkt (Waltz 2010: 96). Während (Donnelly 2000: 51) argumentiert, dass der Charakter eines Staates durchaus relevant ist, um zu verstehen, wie der jeweilige Staat auf strukturelle Zwänge reagiert, sieht Waltz den Charakter als zunächst nachrangig an, da er keinen direkten Einfluss auf die strukturelle Ordnung hat. Einzig und alleine die Annahme, dass Staaten „Sicherheitsmaximierer“ sind, bestimmt im Einzelnen deren Charakter. Erst wenn diese Sicherheit gewährleistet ist, ist ein Akteur in der Lage andere Ziele, wie Gewinnmaximierung, zu verfolgen (Waltz 2010: 126).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die units vor allem durch das Ordnungsprinzip und die „Distribution of capabilities“ bestimmt werden und ihr Charakter vor dem Hintergrund der anarchischen Struktur von nachrangiger Bedeutung für das Zusammenwirken des internationalen Systems ist. Dies ergibt sich deswegen, weil im Gegensatz zum innenpolitischen System, units nicht differenzierte Einheiten mit spezifizierten Funktionen sind, sondern gleiche Einheiten, die die Aktivitäten der anderen duplizieren (Waltz 2010: 97). Dennoch lassen sich die Staaten anhand eines Attributes im Rahmen des internationalen Systems unterscheiden. Wie vorhergehend angeführt, unterscheiden sich die units in ihrer Ausstattung mit „capabilities to perform tasks“ (Waltz 2010: 97). Diese Fähigkeiten bestehen aus Eigenschaften, wie etwa der unterschiedlichen Ausstattung mit militärischer Macht, politischer Stabilität aber auch der Größe des eigenen Territoriums und der Bevölkerung (Waltz 2010: 131). Die Staaten befinden sich daher in einem konstanten Prozess der Einschätzung der anderen units und ihrer Ausstattung mit capabilities (Waltz 2010: 131). Eine Umverteilung dieser capabilities führt daher unvermeidlich zur Veränderung der Struktur, insbesondere der Rangordnung des Systems. Diese verursacht unterschiedliche Erwartungen der units bezüglich der Ergebnisse ihres Handelns. Durch eine Veränderung, etwa in der Rangordnung des internationalen Systems, ändert sich auch die Relation zwischen den, den units zugeteilten capabilities (Waltz 2010: 98). Dies wiederum führt dazu, dass die Akteure ihren Handlungshintergrund verlieren und somit ihre Ausgangsposition neu finden müssen. Somit ändert sich die komplette Handlungsgrundlage der einzelnen Staaten. Dieses Problem ergibt sich aus dem Umstand, dass die Macht einzelner units immer im Vergleich zu den anderen gemessen wird. Sie ist im internationalen System quasi begrenzt und wird auf die einzelnen Staaten verteilt. Zwar sind die capabilities dann den einzelnen units zurechenbar, jedoch sind sie diesen nicht eigen, sondern werden vom internationalen System gestellt.

Die Staaten müssen daher genau erörtern, wie sie auf eine Machtfülle bzw. -dominanz ihres Gegenübers reagieren. Hierbei besteht grundsätzlich die Möglichkeit der Kooperation zwischen den Staaten, diese ist aber mit mehr Risiken als Vorteilen behaftet. Selbst in der

Kooperation findet eine Machtaberschätzung des Partners statt. Eine Übervorteilung des Partners ist eine potenzielle Risikoquelle für den Ausgangsstaat, die in seiner eigenen Beschädigung oder sogar Zerstörung gipfeln könnte (Waltz 2010: 105). „The uncertainty of each about the others future intentions“ führt zu einer Betonung des „self-help-systems“ in den internationalen Beziehungen, da ein Staat jederzeit mit einem Angriff der anderen Staaten zu rechnen hat (Waltz 2010: 105).

Dieses Zwangsmoment führt auf struktureller Ebene zum Handlungsdruck eine „balance of power“ herzustellen (Waltz 2010: 132). Die Staaten müssen somit versuchen, der Ungleichverteilung von capabilities durch Gegenmachtbildung entgegenzutreten. Aus der empfundenen Bedrohung heraus, der stärkere Akteur würde sich gegen den einzelnen Staat stellen, intensivieren die Bedrohten einerseits ihre internen Anstrengungen um die Übermacht bzw. Dominanz zu kompensieren, andererseits versuchen sie sich auf externem Wege abzusichern und gehen Allianzen ein, oder versuchen die Allianzen der Übermacht zu schwächen und zu stören (Waltz 2010: 118). Bei der Bildung von Allianzen, die aufgrund der Konstruktion der internationalen Strukturen, im besonderen aufgrund der Unsicherheit über das Verhalten des Partners, schwierig ist, wird sich der Allianz suchende Staat / Akteur grundsätzlich dem schwächeren Staat anschließen, da dieser nach der Beseitigung des Machtungleichgewichtes ein schwächerer Gegner ist als der gegenwärtig stärkere Akteur (Waltz 2010: 126).

Der Anreiz der Staaten, sich am System des balance of power zu beteiligen, entsteht dabei durch das System selbst, vor allem durch die strukturellen Zwänge und insbesondere durch die allgegenwärtige Bedrohung der einzelnen units. Es besteht jedoch keine Verpflichtung an diesem Prinzip teilzunehmen, die Folgen einer Verweigerung sind jedoch, dass sich der Staat einer etwaigen Bedrohung aussetzt, und seine Ziele und deren Erreichung aufs Spiel setzt. Die Befolgung der Gesetzmäßigkeiten der „balance of power“ - Theorie erscheint daher als wahrscheinlichste Handlung der einzelnen Staaten (Waltz 2010: 118). Ein Hauptaugenmerk der „balance of power“ - Theorie besteht daher darin, das Ergebnis staatlicher Aktivitäten unter den gegebenen Bedingungen des internationalen Systems zu erklären, da diese Ergebnisse oftmals von den innerpolitisch intendierten Ergebnissen abweichen.

2.2.2. Abriss zur neorealistischen Konflikttheorie

Auf der Basis der neorealistischen Grundannahmen hat Link in den 70iger Jahren des letzten Jahrhunderts die strukturelle Konflikttheorie (Link 1979: 33-50)¹¹⁷ formuliert. Basierend auf der Organisation des Internationalen Systems im 20. Jahrhundert bilden Macht und Sicherheit die zentralen Konfliktelemente. Link greift in seiner Formulierung auf die Grundannahmen von (Waltz 1959; 2010:)¹¹⁸ zurück. Ergänzt durch die Ausführungen von Kurt Singer (Singer 1949: 145-170)¹¹⁹ werden Neorealismus und Konflikte zusammengeführt. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, in der Konfliktanalyse die Struktur des internationalen Systems, die handelnden Akteure und die aktuelle, zur Fragestellung gehörende, Machtverteilung zwischen den Akteuren sowie die Untersuchung von Ursachen und Lösungen von Konflikten miteinander zu verbinden (Roloff 2008:102) und gesamtheitlich zu bewerten. Für die Problematik der Analyse der Konfliktgenerierung und –verschärfung im maritimen Umfeld, in dem Konflikte durch Machtinteressen und den Intent der gewaltsamen Austragung geleitet sind, erscheint dieser Ansatz als zugeschnitten und angemessen. Nach dem Ende des kalten Krieges, existiert eine post-bipolare Weltordnung (Siedschlag 1988:210), so dass bei flüchtiger Betrachtung dieser die Anwendung der Elemente Streben nach Macht, Anarchie und Durchsetzung mit Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung in den Hintergrund rücken. Dem entgegen zu setzen ist jedoch, dass in der heutigen, post-bipolaren Welt Konflikte meistens gewaltsam ausgetragen werden und so eine dauerhafte Stellung in der Weltordnung (Siedschlag 1998:2010) und damit verbunden in den internationalen Beziehungen einnehmen. Ebenso trifft für das maritime Umfeld die Vielfalt der handelnden Akteure zu. Nach (Siedschlag 1998:2011) ist die Betrachtung des gewandelten Akteursbildes in Links Konfliktbild, von den durch kollektive Ideologie geleiteten Akteuren hin zu den eher national, regional, fundamentalistisch oder ethnisch motivierten Akteuren uneingeschränkt anwendbar, dies trifft sowohl für die Region des Indischen Ozeans als auch für den Mittelmeerraum und die Polarregion zu. Hier sind die Parallelen zum klassischen Realismusbild erkennbar, in dem

¹¹⁷ Siehe dazu Link, W.: Überlegungen zum Begriff Konflikt in den internationalen Beziehungen, Politische Vierteljahresschrift, 20, 1979, Seite 33-50.

¹¹⁸ Siehe Roloff, R.: Die Konflikttheorie des Neorealismus, Seite 102, in Bonacker, T.: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Auflage, Wiesbaden, 2008, 538 Seiten.

¹¹⁹ Siehe Singer, K.: The Meaning of Conflict, in Australasian Journal of Philosophy. 27, 1949, Seite 145-170 und Siehe Roloff, R.: Die Konflikttheorie des Neorealismus, Seite 102, in Bonacker, T.: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Auflage, Wiesbaden, 2008, 538 Seiten.

das Streben nach Macht dominiert. Der Unterschied zu Morgenthau ist jedoch, dass keine Individuen, sondern Gruppen, ggf. Kollektive mit gleichen Interessen, etwa ethnisch, oder wirtschaftlich, sich bilden und abgrenzen (Siedschlag 1998: 211).

In Links Verständnis können konfliktbehaftete und nichtkonfliktbehaftete Beziehungen nebeneinander existieren und sind grundlegend für das soziale System (Roloff 2008:103). Hier liegt der Unterschied zu anderen Theorieverständnissen, etwa dem vom (Czempiel 1975: 89-111). Eine Konfliktsituation ist nach Link nicht unmittelbar mit einer Wettbewerbssituation gleichzusetzen. Es existieren zwar Wettbewerbssituationen in einem sozialen System, diese sind aber nicht zwingend konfliktbehaftet. Link unterscheidet hiermit zwischen den Begriffen Konflikt und Wettbewerb. Somit ist nach (Roloff 2008: 103) eine Differenzierung zwischen den beiden Begriffen möglich und ermöglicht somit eine differenziertere Betrachtung des Konfliktbegriffes in der Politischen Theorie als üblicherweise. Oft wird hinsichtlich der Konfliktbegriffsunterscheidung auf das Konfliktverständnis von (Boulding 1962:)¹²⁰ hingewiesen, nach (Roloff 2008: 103) greift dessen Konfliktverständnis jedoch zu kurz, da der Konflikt eine „verschärfte Wettbewerbssituation“ (Roloff 2008: 103) darstellt. Weiter merkt Roloff an, dass diese unscharfe Abgrenzung nicht für eine Konfliktanalyse ausreicht, da beide Begriffe nicht unterschieden werden. In der Abgrenzung der Kriterien für einen Konflikt gegenüber dem Wettbewerb ist neben dem des Bewusstseins der Akteure, sich in einer unvereinbaren Position zum konkurrierenden Akteur zu befinden und dem des daraus erwachsenem Handelns, die für Konflikte notwendige kritische Spannung zwischen den Akteuren das für den Konflikt ausschlaggebende gegenüber dem Wettbewerb (Roloff, 2008: 103; Singer 1949: 145 ff). Durch Link werden diese drei Merkmale zusammenbefasst und als Prozess zusammengefasst, in dem die Akteure, bedingt durch die drei Konfliktkriterien, in Beziehung zu einander stehen. (Link 1979: 35-36). In der vorgenannten Veröffentlichung aus dem Jahre 1979 geht Link davon aus, dass die kritische Spannung zwischen Akteuren, meistens Organisationen, die auch als Strukturen angesehen werden können, im Beziehungsgeflecht zwischen Ihnen, zunimmt und die konfliktfreie bzw. nichtkonfliktbehaftete Beziehung gefährdet (Link 1979: 36-37). Nach (Roloff 2008: 104) liegt in der Gefährdung der Beziehung zwischen den Organisationen der Unterschied zum Wettbewerb. Des Weiteren sieht Roloff in dem Beziehungszusammenhang der Strukturen bzw. Organisationen den Bezug zur Theorie der Internationalen Politik nach (Waltz 1979: 100)¹²¹, in dem sich eine Struktur aus den

¹²⁰ Siehe Boulding, K. E.: Conflict and Defence, A General Theory, New York (Harper and Brothers), 1962.

¹²¹ Siehe Waltz, K.: Theory of International Politics, Addison-Wesley-Verlag, Reading, Mass. 1979, 251 Seiten.

Beziehungen von Einheiten eines Systems ergibt und nach einem Ordnungsprinzip die Macht zwischen den Einheiten verteilt (Roloff 2008: 104). Diese Struktur kann gefährdet werden, wenn zwischen den Einheiten Veränderungen in den Beziehungen auftreten. Ein Konflikt besteht letztlich dann, wenn diese Veränderungen in Beziehungen so gegensätzlich sind, aufgrund der unvereinbaren Interessenlage der agierenden Einheiten, dass die kritische Spannung überdehnt wird. Link kann den Konfliktbegriff nicht nur auf die Beziehung zwischen Staaten anwenden, sondern auch auf alle sozialen Beziehungen zwischen Strukturen. Die neorealistic Ausrichtung der Theorie ist in der Einbringung der Waltz'schen machtpolitischen Überlegungen begründet. Die Einbindung von staatlichen und nichtstaatlichen, sozialen Strukturen lässt die Anwendung der Link'schen Theorie auf die Konflikte des maritimen Umfeldes opportun werden, da im maritimen Umfeld verschieden strukturierte bzw. organisierte Akteure sowohl in der Generierung und Austragung von Konflikten wirken. Zur strukturierten Konflikttheorie weiterentwickelt wird die Theorie gemäß (Roloff 2008: 104-105) dadurch, dass es handlungsfähige, konstituierende Akteure gibt, die auf der einen Seite unvereinbare Interessen vertreten und verfolgen und auf der anderen gemeinsame verbindende Interessen haben. Nach (Roloff 2008: 105) liegt hier die Besonderheit in den sozialen Beziehungen zwischen den Akteuren, die sowohl parallele, ggf. synergetische Interessen und Tendenzen, jedoch auch gegensätzliche verfolgen. Die bewusste Verfolgung letzterer, die sich resultierend aus der Kenntnis der Interessenlage des anderen, im Sinne der synergetischen Interessen, ergeben, führen bei Erreichen einer kritischen unvereinbaren bzw. nicht mehr tolerierenden Spannung zu einem Konflikt zwischen den Akteuren. Für Roloff stellt sich somit die Frage nach der Bedeutung der Strukturen in den Beziehungen zwischen den Akteuren. Er misst somit der verschiedenartigen Konfliktaustragung zwischen verschiedenen Akteuren und somit Organisationsformen und Strukturen eine erhebliche Bedeutung zu, in dem er unterscheidet zwischen hierarchischen und anarchischen Strukturen. Erste bedingt eine staatliche Zwangsgewalt (Roloff 2008: 105) zwischen den Akteuren, die regulierend auf den Konflikt wirken kann, die zweite Form kennt diese Zwangsgewalt, als übergeordnete Größe nicht. Als Folge dieser fehlenden Zwangsgewalt entsteht für einen staatlichen Akteur strukturelle Unsicherheit (Roloff 2008: 105), (Siedschlag 1998: 210) bezeichnet diese als Erwartungsunsicherheit, über die Interessen und Strategien der anderen Akteure, welche in das „klassische Sicherheitsdilemma“ (Siedschlag 1998: 210) mündet. Um dem zu begegnen, mit dem Ziel der Gewährung von Sicherheit, häufen Staaten vermehrt Macht an, wodurch sich ein anderer Staat wiederum bedroht fühlt, und analog, zur Wahrung seiner Sicherheit, wiederum mehr Macht anhäuft.

Dieses Selbsthilfeprinzip, zum Selbstschutz des einzelnen Staates, veranlasst Staaten somit dazu, unter dem Argument der Gefährdung des jeweiligen Schutzes, zur Erhöhung des Selbstschutzes, wodurch im Resultat eine existenzielle Gefährdung der Beziehungen zwischen den Staaten entstehen kann (Siedschlag 1998: 210). Der ständige, gegenüber dem anderen Akteur überdimensionale Aufbau an Selbstschutz und somit der Gewährung von Sicherheit wirkt daher gegeninduzierend und sorgt für eine Erhöhung der wechselseitigen Bedrohungslage und zu Misstrauen in den Beziehungen der Akteure.

Gemäß der Konflikttheorie sieht Link ein Mischungsverhältnis zwischen vereinbaren ggf. synergetischen und unvereinbaren Interessen der Akteure vorliegen, welches ohne Konflikte ausgewogen wäre. Diese Ausgewogenheit existiert jedoch meistens nicht. Link nimmt an, dass „Bei der aktiven Verfolgung unvereinbarer Tendenzen“ eine „Gefährdung der bestehenden Beziehungsstrukturen“ auftritt (Roloff 2008: 105) und letztlich die Konflikte auslöst. Die Fehlinterpretation bzw. –perzeption des obigen Mischungsverhältnisses ist somit der entscheidende Eskalationsfaktor (Siedschlag 1998: 212) in der Konfliktaustragung.

Für die Konflikte in den internationalen Beziehungen ist die Ausgewogenheit zwischen den Interessen von Bedeutung. Die mögliche Unausgewogenheit dieser führt zum Anstieg der kritischen Spannung. Ziel in den internationalen Beziehungen ist es, dass möglichst wenig konfliktbehaftete Beziehungen zwischen den Akteuren existieren, somit ein möglicher Anstieg der kritischen Spannung in den Beziehungen verhindert bzw. abgemildert wird. Nach (Roloff 2008: 106) setzt der Anstieg bzw. das Abflauen der kritischen Spannung im Beziehungszusammenhang zwischen den Akteuren einen Prozess der Veränderung von Strukturen in gang. Ist der Anstieg der kritischen Spannung nicht aufhaltbar, entsteht ein Missverhältnis zwischen den vereinbaren und unvereinbaren Interessen, in dessen Folge ein Konflikt entstehen kann. Die Beseitigung des Missverhältnisses, auch über den Konflikt, verändert nach (Roloff 2008: 106) die Strukturen der Akteure im internationalen System und führt so zu einem Wandel in den internationalen Beziehungen. Link unterscheidet zudem zwischen Konflikt und Wandel, indem er den Konflikt als Antrieb für den Wandel betrachtet (Roloff, 2008: 106; Link: 1979: 39). Den Wandel selbst sieht er als Konfliktlösungsphänomen (Link 1979: 39). Roloff führt weiter aus, dass die Veränderung von Strukturen, und somit die Nivellierung des Missverhältnisses zwischen unvereinbaren und vereinbaren Interessen, durch das politische Handeln der die Interessen vertretenen Akteure bestimmt wird (Roloff, 2008: 106). Somit erfolgt die Austragung und Regulierung eines Konfliktes nicht durch Strukturen sondern ebenfalls durch die Akteure in den internationalen Beziehungen. Roloff

schlussfolgert somit, dass für die internationalen Beziehungen gilt, dass der strukturelle Wandel eine Möglichkeit der Konfliktregulierung darstellt (Roloff 2008: 106).

In der Konfliktaustragung zwischen den Akteuren unterscheidet (Link 1979: 38) die mit gewaltsamen und nicht-gewaltsamen Mitteln. Zu erster Kategorie zählen die direkte Gewaltanwendung, Gewaltandrohung und der Druck, unter die zweite Kategorie fallen direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, die beispielsweise in Abrüstungsabkommen, wie etwa das START-Abkommen zwischen den USA und Russland¹²², oder Truppenverminderungen¹²³ münden, die Verhandlungen über einen Vermittler und die Gerichtsentscheide. Link führt weiter aus, dass die kritische Spannung nachhaltiger reduziert werden kann, wenn die Verminderung des unausgewogenen Mischungsverhältnisses von nicht vereinbaren Interessen bzw. Tendenzen, und damit die Konfliktaustragung, durch nicht-gewaltsame Mittel erfolgt. Seiner Meinung nach besteht darin die Möglichkeit einer verminderten Organisations- bzw. Strukturzerstörung in den internationalen Beziehungen. Diese Vorgehensweise zur Konfliktlösung oder –vermeidung bezeichnet man Link als Entspannungspolitik. Merkmal dieser ist, dass die Gewaltelemente bzw. die die Gewalt auslösenden Missverhältnisse gemindert oder vollends abgebaut werden, und so die kritische Spannung herabgesetzt wird.

Weitere Konfliktlösungsregularien sind nach (Link 1979: 38-39) die Veränderungen bzw. Eingriffe in die Organisationen bzw. Strukturen, die sich von der Resolution (engl. resolute contention), mit dem Ziel der Beseitigung der aktuellen Organisation und der Neuorganisation der internationalen Beziehungen, der Isolation (engl. withdrawal), mit dem Ziel des Ausscheidens aus den internationalen Beziehungen, der Regression (engl. regression), zur Verminderung des Organisationsgrades in den internationalen Beziehungen, bis hin zur Integration (engl. integration), zur Erhöhung des Organisationsgrades in den internationalen Beziehungen, erstreckt. Nach (Roloff 2008: 107) kommt in der Entspannung, also der

¹²² Das START (Strategic Arms Reduction Treaty)-Abkommen zwischen den beiden Staaten aus dem Jahre 1991 wurde am 08.04.2010 in Prag neu unterzeichnet, siehe dazu etwa.

<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article11884355/Ruestungskontrolle-wird-zur-unloesbaren-Aufgabe.html>, Datum der Ansicht: 03.04.2012.

¹²³ Hier wird auf die Wiener MBFR (Mutual Balance Forces Reduction (beidseitig ausgewogene Truppenreduzierung)-Verhandlungen vom Februar 1987 verwiesen, auf denen Russland am 20.02.1987, stellvertretend für alle Warschauer Vertragsstaaten, der NATO, hier vornehmlich den USA, eine Truppenreduzierung um 11500 sowjetische und 6500 US-amerikanische Soldaten in Mitteleuropa vorschlug.

Quelle der Zahlen: http://www.chroniknet.de/daly_de.0.html?datum=20.2.1986&year=1986&month=2&day=20, Datum der Ansicht: 03.04.2012.

Verminderung der kritischen Spannung eine zentrale Rolle zu, da die Entspannungspolitik, gemäß obiger Aussagen, die Politik mit dem wenigsten Zerstörungspotenzial der vorhandenen Strukturen, und der damit verbundenen Desorganisation der internationalen Beziehungen, ist. Die Entspannungspolitik verfolgt somit den Ansatz der kooperativen Konfliktlösung, die sich in zwei Ansätzen verfolgen lässt. Zum einen können Konflikte in Einzelkonflikte zerlegt werden (Link 1979: 38) um die Gesamtheit der unvereinbaren Interessen bzw. Konfliktelemente, einzeln betrachten zu können – Link formuliert hierzu den Begriff der „Entkapselung des Streitproblems“ (Link 1979: 41), und zum anderen können Einzelkonfliktfelder, und somit Einzelinteressen, parallel und analog im Konfliktverlauf behandelt werden und so aufgrund der Analogie zu einem Gesamtkonfliktverlauf (Roloff 2008: 108) und einen Gesamtlösungsansatz zusammengeführt werden. Der erste Ansatz birgt jedoch noch die Gefahr, dass Einzelkonfliktlösungen, statt der gewünschten Minderung der kritischen Spannung, eine Erhöhung letzterer verursachen, falls die Teillösungen nicht oder nur teils mit dem Gesamtkonfliktthema in Übereinstimmung zu bringen sind bzw. gegensätzlich angelegt sind (Roloff 2008: 108).

Link hat in seiner neorealistischen Konfliktbetrachtung besonders die Elemente Macht und Machtverteilung der Konfliktparteien bzw. Organisationen einbezogen (Roloff 2008: 108-109), und geht davon aus, dass die Verteilung und ggf. existierende Verschiebung von Macht mitbestimmend für die Konfliktregulierung bis hin zur Konfliktbeendigung ist. Somit ist der dem Neorealismus zugrundeliegende Ansatz von Macht bzw. Hegemonie und Gegenmacht (Link 1979: 45-46, Roloff 2008: 109) in der Konfliktbetrachtung zu berücksichtigen.

In der Gesamtbewertung der Konflikttheorie nach Link ergibt sich folgendes Bild: Der Ansatz der Einbindung des Neorealismus in seine theoretischen Überlegungen lassen erkennen, dass das Streben nach Macht bzw. die Verfolgung von Machtinteressen, als eine der unvereinbaren Interessen in den internationalen Beziehungen, die Konfliktgenerierung und den Konfliktverlauf bestimmen. Roloff bezeichnet die Verbindung zwischen den Machtverschiebungen, den Interessendivergenzen und den Regulierungsarten für die theoretische anschauliche und praxisbezogene Darstellung des Konfliktprozesses in den internationalen Beziehungen als gelungen (Roloff 2008: 117). Weiterhin wird ausgeführt, dass die Konflikttheorie die neorealistische Theorie der internationalen Beziehungen nach Waltz ergänzt und weiterentwickelt hat (Roloff 2008: 117). Trotz der Betonung des Elementes Staatlichkeit sowohl im Neorealismus als auch in der Konflikttheorie nach Link, was der Zeit der Entstehung, der des kalten Krieges und der damit verbundenen Bipolarität der Konflikte, geschuldet ist, erweitert die Theorie die heutige, durch Multipolarität

gekennzeichnete Konfliktbetrachtung. Mit Blick auf etwaige Konfliktfelder, die mehr in den zwischenstaatlichen Beziehungen und dem Hegemoniestreben von Staaten angesiedelt sein werden, wird sie vielmehr aktuell denn je. Mit der Erweiterung des Link'schen Ansatzes um neue, den aktuellen internationalen Beziehungen geschuldete Elemente behält die Theorie ihren praktischen Bezug und wertet nach (Siedschlag 1998: 224) die internationale Konfliktforschung auf. (Roloff 2008: 118) führt ergänzend aus, dass der besondere Verdienst von Werner Link darin liegt, dass die Begründung seiner Theorie den Bezug zwischen Strukturen/Organisationen und Prozessen im internationalen System herstellt, und somit als praktikables empirisches Analysewerkzeug der internationalen Beziehungen mit „hohem Erklärungswert“ angesehen werden kann.

In den nächsten Kapiteln wird der praktische Bezug sowohl der neorealistischen Theorie nach Waltz als auch der Konflikttheorie nach Link auf die Konflikte im maritimen Umfeld hergestellt.

2.3. Auswahl aktueller Konflikte

Im nachfolgenden Abschnitt werden ausgewählte aktuelle Konflikte im vorwiegend maritimen Umfeld aufgezeigt. Das maritime Moment innerhalb der Konflikte stellt jedoch nur eines von vielen dar, und steht in Wechselwirkung mit anderen Einflüssen, die nicht maritim induziert oder bestimmend sind. Durch die getroffene Auswahl soll ein möglichst repräsentativer Überblick von verschiedenartigen Konflikten gegeben werden. Des Weiteren wurde berücksichtigt, dass die dargestellten Konflikte im Zusammenhang mit den maritimen Interessen und Aktivitäten der EU, NATO, UNO und der Bundesrepublik Deutschland stehen. Eine vollständige Auslistung und Beschreibungen aller weltweiten Konflikte kann im Rahmen dieser Arbeit nicht gegeben werden, daher wird auch kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Dazu wird auf (Welzer 2008: 130-132) verwiesen¹²⁴.

2.3.1. Mittelmeerraum

Der Mittelmeerraum stellt eine Region sowohl des politischen, wirtschaftlichen und religiösen Gegensatzes dar. Gleichzeitig hat sich über die letzten Jahrzehnte gezeigt, dass diese Region gegenüber Folgen aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen sensibel

¹²⁴ Siehe Welzer, H.: in Klimakriege, wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., Mai 2008, Seite 1-333, Welzer gibt in seiner Tabelle auf Seite 130-131 42 Kriege und bewaffnete Konflikte an, und verweist auf 35 - 76 „schwerwiegende Gewaltkonflikte“ im Jahre 2006 hin, die Anzahl variiert aufgrund der unterschiedlichen Definition von Gewaltkonflikten durch die, die Daten erhebenden Institutionen.

reagiert und diese bis nach Europa nachhallen und in der sicherheitspolitischen Debatte ein permanentes Thema sind. Aktuell wird dies seit März 2011 eindrucksvoll an Hand der bewaffneten Aufstände in Libyen, den Umwälzungen in Ägypten, Tunesien und der Verfassungsänderung in Marokko und den dadurch intensivierten Flüchtlingsstrom über das Mittelmeer nach Südeuropa¹²⁵ verdeutlicht. Neben der Problematik der Migration zeigen sich für die Region zusätzlich historisch begründete politische Konflikte innerhalb der EU bzw. innerhalb der NATO, deren Lösung nicht in Sicht ist, sowie politisch-fundamentalistisch motivierte Konfliktherde an der Grenze zur EU.

Aus der Vielzahl der möglichen Beispiele sind neben Nordafrika, als die Grenz- und Transitregion nach Europa, Zypern, als das innenpolitische Konfliktbeispiel der EU, und der Libanon, als das Tor zum Nahen Osten und Konfliktpartei zu Israel, als Konfliktregionen mit maritimer Prägung ausgewählt worden.

Nordafrika

Die bereits lang andauernde Konfliktbehaftung der Maghrebregion Nordafrikas spiegelt sich seit Frühjahr 2011 unmissverständlich wieder. Bedingt durch eine Vielzahl von Fehlentwicklungen und nichtdemokratischer Staatsführung in den letzten Jahrzehnten treten die daraus implizierten Konsequenzen in Erscheinung und wirken auf eine bereits seit langem als instabil bezeichnete Gesellschaft¹²⁶. Neben den machtpolitischen Folgen rücken etwa die natürlichen als Faktoren für die derzeitigen Konflikte ins Blickfeld. Verwüstung, verbunden mit dem Verlust an landwirtschaftlichen Flächen, Wassermangel und Überweidung (Simonis 2002: 2; Stöckmann: 2001: 20-21; Bazzaz und Sombroek: 1996)¹²⁷. Aus der Vielzahl und der Überdehnung der Faktoren resultieren die besonders derzeit zu beobachtenden Flüchtlingsbewegungen über das Mittelmeer in Richtung Europa¹²⁸. Die Auswirkungen sowohl auf die Herkunftsstaaten als auch auf die Aufnahmeländer sind derzeit nicht

¹²⁵ Siehe dazu Riedel, S.: Illegale Migration im Mittelmeerraum, SWP-Studie, SWP, Berlin, April 2011, Seite 1-35.

¹²⁶ Siehe dazu etwa: Committee on the Challenges of Modern Society – Environment and Security in an International Context, NATO, 1999, Seite 115.

¹²⁷ Vgl. Simonis, U. E.: „Klimawandel – eine weltweite Bedrohung“, Informationen zur politischen Bildung, Heft 274, BZP, Berlin 2002, Seite 2 sowie Stöckmann, B.: „Die Folgen für die Sicherheit Europas anhand konfliktrelevanter Wirkungen der globalen Klimaänderung an seiner Peripherie“, in: Lehrgangsarbeit, LGAN 99 Luftwaffe, Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg 2001, Seite 20-21 sowie Bazzaz, F., Sombroek, W.: „Global Climate Change and Agricultural Production“, Chichester, Wiley-Verlag, New York 1996 .

¹²⁸ Vgl. dazu: Riedel, S.: Illegale Migration im Mittelmeerraum, SWP-Studie, SWP, Berlin, April 2011, Seite 1-35.

abschätzbar, jedoch zeigten sich bereits Tendenzen eines Machtvakuum mit negativen Folgen für eine demokratische Staatsentwicklung, etwa in Ägypten oder Tunesien. Gemäß den Ausführungen des Committee on the Challenges of Modern Society (NATO 1999: 115) fällt darunter ebenfalls Algerien mit seinen Flüchtlingsströmen in Richtung der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Nicht zu unterschätzen sind die Streitigkeiten zu den afrikanischen Nachbarstaaten. Für Europa ist aufgrund der unmittelbaren Betroffenheit und der notwendigen einzuleitenden Regulierungsmaßnahmen, wie Grenzkontrollen zum Schengener Raum, die Vereinbarung von Abkommen mit den Herkunftsländern und die Einrichtung von Aufnahmelagern, bereits ein Konflikt mit einer maritimen Dimension an der Grenze der EU präsent. Die durch die im Kapitel 2.1. bereits genannte FRONTEX-Agentur, besonders im Mittelmeerraum, initiierten Maßnahmen zur Grenzsicherung der EU-Außengrenzen, zeigen wie ernst in der EU die Migrationsentwicklung genommen wird.

Hinzu kommen Streitigkeiten und Spannungen mit einer überregionalen Auswirkung im Deltagebiet des Nils (Bächler 1998: 41, 88 ff)¹²⁹ bezüglich der Wasserverfügbarkeit und Landnutzung zwischen den Nilanrainerstaaten, in denen teilweise, etwa im Sudan, Äthiopien, seit mehreren Jahren und Jahrzehnten Bürgerkrieg herrscht. Die dadurch ausgelösten Flüchtlingsbewegungen üben zusätzlichen Migrationsdruck auf die Grenzen Europas aus und wirken so konfliktverstärkend im Grenzkonflikt zu Nordafrika.

Mit Blick auf Ägypten treten in maritimer Hinsicht, besonders betreffs des Seeverkehrs, seit einigen Jahren Konflikte und Unsicherheiten hervor. So ist der Suez-Kanal als eines der potenziellen Anschlagziele etwa für politisch-terroristisch motivierte Gruppen ein genutztes Mittel zur Konfliktaustragung. Im Lagebild Seesicherheit 2009 des Bundeskriminalamtes (BKA) wird auf die Möglichkeit von Anschlägen auf den Seeverkehr selbst und deren Infrastruktur, wie den Suezkanal und auf die so vorhandene potenzielle Bedrohung für den internationalen Seeverkehr hingewiesen (BKA 2010: 13), wodurch die eher regionale Konfliktaustragung internationalisiert wird. Neben dem Seeverkehr selbst sind Ägyptens weltweit beliebte Urlaubsregionen, wie die Hauptstadt und die Küste des Roten Meeres, durch die Konfliktaustragung betroffen. So kam es bspw. zwischen Oktober 2004 und April 2006 zu Anschlägen in Taba am 07.10.2004, in Kairo am 07.04. und 30.04.2004, in Sharm El Sheikh am 23.07.2005 und Dahab 24.04.2006 gegen vorwiegend touristisch genutzte Einrichtungen (BKA 2010: 13), nicht zu vergessen ist der Anschlag auf die Neujahrsfeierlichkeiten

¹²⁹ Siehe Bächler, G.: Zivile Konfliktbearbeitung in Afrika-Grundelemente für die Friedensstörungspolitik der Schweiz, working paper, in: Schweizerische Friedensforschung - Institut für Konfliktforschung, Bern, 1998, Seite 1-92.

koptischer Christen am Silvestertag 2010 in Alexandria mit 22 Toten und Verletzten, welcher die religiösen Spannungen und fortschreitende Islamisierung in einem bis Frühjahr 2011 vermeintlich stabilen Land aufzeigt¹³⁰. Aus dem dargestellten wird ersichtlich, dass in unmittelbarer Nähe zu Europa meistens kaum wahrgenommen Konflikte in Nordafrika existieren und schwellen. Allein die Auswahl der Konfliktherde, die um weitere in anderen nordafrikanischen Staaten erweitert werden könnte, zeigt die grundsätzliche Fragilität der Region vor den Toren Europas.

Zypern

Mit der Insel Zypern, die drittgrößte Insel im Mittelmeerraum, versinnbildlicht das Urlaubsparadies zahlreicher Touristen, die Sonne, Sand und mediterrane Lebenskultur suchen. Die vielen Naturschönheiten können jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass Zypern seit langer Zeit Schauplatz heftiger politischer Streitigkeiten ist, im Gegenteil: zuweilen zeigen sich sogar hier deren Spuren. So sind die dichten Kiefern-, Zypressen- und Zedernwälder auf dem Berg Troodos während der türkischen Invasion 1974 durch Bombardierungen mit Brandbomben stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Spuren der britischen Kolonialzeit sind ebenfalls mit den zwei Militärbasen auf der Insel hinterlassen.

Nachfolgend werden die Hintergründe des Konfliktes zwischen den türkischsprachigen und größeren griechischsprachigen Bevölkerungsgruppen der seit dem 19. Jahrhundert auf der Insel schwellt, einem Konflikt innerhalb des Hauses der EU, dargestellt.

Beide Weltkriege ließen den Konflikt etwas in Vergessenheit geraten, nichtsdestotrotz war er präsent und verschärfte sich in den 50-iger Jahren des 20. Jhds., etwa durch Bombenanschläge, was letztlich in die Einschaltung der Türkei und Griechenlands in den bisher lokalen Konflikt verursachte.

Nach der Unabhängigkeit am 16.08.1960 von Großbritannien kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der griechischen Bevölkerungsmehrheit und der türkischen Minderheit. Auslöser war der Versuch des damaligen griechisch-zypriotischen Präsidenten Makarios, die Verfassung des Landes zu Lasten der türkischen Minderheit zu ändern. Gleichzeitig forderten die türkischen Zyprioten einen eigenen Staat, was jedoch abgelehnt wurde. Da der Konflikt zu eskalieren drohte, in dem die Türkei und Griechenland mit Waffengewalt eingreifen wollten,

¹³⁰ Vgl. dazu: weltonline vom 02.01.2011, <http://www.welt.de/print/wams/vermishtes/article11927182/Blutiger-Anschlag-auf-christliche-Kirche-in-Aegypten.html> (Datum der Ansicht: 08.07.2011)

sendete die UNO 1250 Soldaten und Polizisten zur Friedenssicherung auf die Insel. Diese konnten zwar einen Waffengang verhindern, jedoch den Konflikt nicht lösen.

1974 besetzte die Türkische Armee den Nordteil der Insel. Anlass hierzu war ein von der damaligen griechischen Militärregierung unterstützter Putsch mit dem Ziel des Anschlusses an Griechenland.

Im Jahre 1983 erklärte sich die „Türkische Republik Nordzypem“ (TRNZ) für unabhängig. Derzeit leben dort 211000 Menschen, überwiegend türkischer Abstammung. Völkerrechtlich wird Nordzypem nur durch die Türkei anerkannt. Der südliche Teil, die Republik Zypern, mit ihren 700000 vorwiegend griechisch-stämmigen Einwohnern, ist international anerkannt. Bis heute sind 900 UN-Soldaten der UNFICYP¹³¹ an der „Green Line“.

Seit dem werden zahlreiche Vermittlungsversuche der UNO, der USA¹³² und der EU zur Lösung des Konfliktes unternommen, mit bisher verhaltenem Erfolg.

Beispielhaft dafür ist der Beschluss des Europäischen Rates 2000 in Kopenhagen die Republik Zypern in die EU aufzunehmen. Dem folgte eine Volksbefragung in beiden Teilen der Insel zur Wiedervereinigung der Inselteile nach dem Einigungsplan „ANNAN V“¹³³ mit einem breiten zustimmenden Ergebnis. Zwar wurde am 01.05.2004 die gesamte Insel Zypern in die EU aufgenommen, jedoch erfolgt bis heute eine Aussetzung des europäischen Rechtes für die TRNZ bis zu einer vollständigen Lösung des Zypernkonfliktes.

Erreicht wurde nach dem politischen Scheitern des ANNAN V-Planes, vor dem Hintergrund des positiven Abstimmungsergebnisses der nordzypriotischen Bevölkerung zum Plan, jedoch durch einen Beschluss der EU-Außenminister die Isolierung der TRNZ zu beenden und die Wiedervereinigung Zypern mit Nachdruck zu unterstützen und Nordzypem in die wirtschaftliche Förderung der EU aufzunehmen.

¹³¹ UNFICYP: United Force in Cyprus

¹³² Als US-Sondergesandter für Zypern wurde US-Präsident Bill Clinton Richard Holbrooke ernannt. Trotz seines diplomatischen Erfolges in Dayton, wo er 1995 den Frieden für Bosnien herbeiführte, war es ihm ab 1997 nicht möglich, in der Zypernfrage entscheidende Fortschritte zu erreichen.

¹³³ Benannt nach dem ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan, aufbauend auf dem ANNAN IV-Plan, vorgelegt im März 2004, der eine Konföderation nach Schweizer Vorbild mit zwei gleich berechtigten Landesteilen vor sah. Siehe dazu: The Comprehensive Settlement of the Cyprus Problem [Annan Plan] Annex IV, Art. 4, Abs. 2, März 2004 sowie Talmon, S.: Kollektive Nichtanerkennung illegaler Staaten. Tübingen, 2006. Seite 27 ff.

Im Zuge des Öffnungsprozesses der TRNZ hat sich die Türkei, als Schutzmacht Nordzyperns, im Rahmen ihrer eigenen Beitrittsverhandlungen zur EU¹³⁴, dazu verpflichtet bis Ende 2006 Zypern anzuerkennen¹³⁵ sowie im Rahmen der Umsetzung des Ankara-Protokolls¹³⁶, türkische Flugplätze und Häfen für Flugzeuge und Schiffe der Republik Zypern zu öffnen. Beides ist bisher nicht erfolgt. Im Gegenzug fordert die Türkei einen Zugang der TRNZ zur EU, was einer internationalen Anerkennung dieser gleich käme und daher abgelehnt wird.

Ansätze für eine Entspannung gibt es dennoch, so wurde im Januar und im Mai 2007 die Lokmaci-Barrikade (das Symbol der Trennung) in Nikosia erst auf türkischer dann auf griechischer Seite niedergerissen. Eine weitere Annäherung ist jedoch derzeit nicht zu erkennen.

Zusammenfassend und bewertend kann festgehalten werden, dass Zypern weiterhin ein zwar entschärfter, jedoch nicht unbedeutender Streitpunkt in der internationalen Politik mit einer maritimen Dimension ist, und hinsichtlich einer diplomatischen Komplettlösung sowohl von Seiten EU als auch der UNO keine Lösungsschritte erkennbar sind. Aus zypriotischer Sicht existiert ein anscheinend antagonistischer Konflikt.

Mit der Einmischung der Türkei und Griechenland in den 50-iger Jahren wurde der Konflikt internationalisiert. Umso problematischer ist die Situation heute, da beide Länder NATO-Mitglied sind. Hier birgt die Einflussnahme der beiden Länder Konfliktpotenzial innerhalb der NATO bzw. der EU.

Nach Zustimmung der Bevölkerung des Nordens zum ANNAN V-Plan verbesserte sich die wirtschaftliche und innenpolitische Situation Nordzyperns erheblich und befindet sich weiter auf dem Konsolidierungsweg, hat jedoch noch erhebliche Defizite. Bisher unvollständig gelöst sind die Umwälzungen in Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Republik Zypern im Rahmen des EU-Beitritts. Aus der Sicht der Internationalen Beziehung betrachtet, existiert innerhalb der EU die Besetzung eines EU-Mitgliedes durch ein NATO-Mitglied und deren

¹³⁴ Siehe dazu: Bundeszentrale für politische Bildung, Türkei und EU, 2006, http://www.bpb.de/themen/LCD38U,0,0,Chronologie_der_Beitrittsverhandlungen.html, Datum der Ansicht: 08.07.2011.

¹³⁵ Siehe Zeit-Online, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-01/eu-ratspraesidentschaft-spanien-wirtschaft/seite-2>, 08.01.2010, Seite 1-2., Datum der Ansicht: 08.07.2011.

¹³⁶ Vgl. Südwest-Presse, Stichwort – Ankara-Protokoll: Streit um EU-Mitglied Zypern, 08.12.2009, <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/STICHWORT-ANKARA-PROTOKOLL-Streit-um-EU-Mitglied-Zypern;art4306,285764>, Datum der Ansicht: 08.07.2011. Das Ankara-Protokoll versteht sich als das 2. Zusatzprotokoll von 2005 zum Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der damaligen EWG, dem sogenannten Ankara-Abkommen von 1963.

Duldung durch die EU und internationale Gemeinschaft. Durch den Beitritt nur eines Teils Zyperns erfolgt eine Zementierung der Spaltung, die bisher nur international von der Türkei anerkannt wurde und führte so zur politischen Isolierung Nordzyperns, die bis heute anhält. Mit Blick auf die politische Position Griechenlands, ergibt sich durch die derzeitige Konfliktsituation eine Verschiebung des Machtgewinns innerhalb der EU. Denn Griechenlands Position wurde durch die Aufnahme des griechischen Teils der Insel gestärkt. Gemäß dem Grundsatz, dass Griechen stimmen nicht gegen Griechen, werden griechische Interessen gemeinsam und mit vereintem Stimmgewicht künftig leichter innerhalb der EU durchsetzt.

Hinsichtlich der stockenden türkischen Beitrittsverhandlungen zur EU u. a. wegen der Zypernfrage, sind die Beziehungen der Türkei zur EU und peripher auch zur USA belastet und der Annäherungsprozess zur EU ist gestört.

In der folgernden Zusammenschau des Konfliktes ergibt sich, dass eine Lösung des Konfliktes nur auf EU-Ebene und unter Einbindung der NATO, besonders vor dem Hintergrund der involvierten NATO-Staaten Türkei und Griechenland, erreicht werden und so die potentielle Kriegsgefahr in der NATO und in Europa ausgeschlossen wird.

Eine führende Vermittlerrolle könnte Großbritannien einnehmen. Einerseits besitzt es zwei Militärbasen auf Zypern, die ohne zeitliche Begrenzung in das britische Hoheitsgebiet integriert sind und andererseits ist es eine der Garantmächte Zyperns. Die Rolle der USA ist zukünftig als eher irrelevant einzustufen. Sie wird sich nicht, wie Ende der 90iger Jahre mit dem Sondergesandten Holbrooke, engagieren. Zum einen scheiterte die Mission und zum anderen sind Verstimmungen mit ihrem strategisch wichtigen Partner Türkei, als Vorhof zum Nahen Osten und zu Russland, nicht in ihrem Interesse. Nichtsdestotrotz wird die USA weiter indirekt auf die EU und Türkei in diesem Konflikt diplomatisch einwirken.

Ein Lösungsansatz stellt die verstärkte Einflussnahme der Türkei auf die nordzyprriotische Regierung dar, da diese für die TRNZ der alleinige Machtgarant ist.

Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist die Beziehung der EU zur Türkei, gerade vor dem Hintergrund des gescheiterten Beitrittsgesuches sollten Beziehungen zwischen beiden wieder aufgefrischt werden. Jedoch sollte sich die EU nicht zu Zugeständnissen hinsichtlich der Menschenrechte und neuer Beitrittsverhandlungen hinreißen lassen und die Zypernfrage losgelöst von Beitrittsverhandlungen betrachten.

Um einer ggf. potenziell gegebenen Verschärfung des Konfliktes zu begegnen sollte über ein Abrüstungsprogramm auf beiden Seiten Zypern nachgedacht werden, da beide Seiten in den Jahren 1996/97 erheblich auf rüsteten

Letztlich kann über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie bereits praktiziert, die politische starre Haltung relativiert bzw. sogar unterhöhlt werden, in dem die EU Wirtschaftsprogramme zur Gesundung Nordzyperns auflegt und so einen Konsens von innen heraus aufbaut. Ebenfalls in diese Richtung agierend ist die mögliche Auflegung von EU-Jugendprogrammen zu sehen, denn die junge Generation von Zyprioten beiderseits der „Green Line“ kennt keine Feindschaft untereinander.

2.3.2. Horn von Afrika

Das Horn von Afrika wurde seit dem 19. Jahrhundert unter den damaligen Kolonialmächten aufgeteilt. Am Ausgang des Roten Meeres besetzte Frankreich 1888 Djibouti und bildete 1896 Französisch-Somaliland. Die westliche und zentrale Nordküste wurde 1884/85 von Großbritannien als Gegenküste zum Flottenstützpunkt Aden annektiert und 1887 zum Protektorat Britisch-Somaliland erklärt. Mehrere Verträge mit Sultanen erlaubte Italien 1889 an der Küste des Indischen Ozeans das Protektorat Italienisch-Somaliland auszurufen, welches 1892 um Mogadischu erweitert wurde¹³⁷. Bis zur Unabhängigkeit im Jahre 1960 war die Region Schauplatz von mehreren kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Kolonialmächten. Mit der Ausrufung der Unabhängigkeit am 01.07.1960 wurden Italienisch- und Britisch-Somaliland zur Republik Somalia und 1977 Französisch-Somaliland zu Djibouti umbenannt. Ab Oktober 1969 regierte bis 1991 Siad Barre als Staatspräsident. Bedingt durch wachsende Wirtschaftsprobleme, Flüchtlingsströme, mehrere Dürrekatastrophen und Grenzkonflikte, besonders zu Äthiopien, brachen 1991 gewaltsame Aufstände aus, die zur Ablösung und Flucht des Staatspräsidenten führten. Seit dem kämpfen die beiden Clanführer Ali Mohammed und General M.F.H. Aidid um die Vormacht in Somalia mit gravierenden Folgen sowohl für die Region als auch die internationale Gemeinschaft¹³⁸. Signifikant, und für die Öffentlichkeit mit vielen Beispielen belegbar, sind die seit 20 Jahren andauernden

¹³⁷ Vgl. Touval, S.: *Somali Nationalism - International Politics and the drive for Unity in the Horn of Africa*, Cambridge University Harvard Press, Cambridge, Mass., 1963, Neuauflage 1999, Seite 1-232 sowie Compagnon, D.: *Political Decay in Somalia: From Personal Rule to Warlordism*, Refuge, Vol. 12, No. 5, November-Dezember 1992, Seite 8-13; Brockhaus, Bd. 21, Leipzig, 2001, Seite 387.

¹³⁸ Vgl. Compagnon, D.: *Political Decay in Somalia: From Personal Rule to Warlordism*, Refuge, Vol. 12, No. 5, November-Dezember 1992, Seite 8-13, sowie Brockhaus, Bd. 18, 1998, Seite 388.

Gewaltausbrüche mit massiven Menschenrechtsverletzungen und die Entstaatlichung, gepaart mit einer „...fortschreitenden Fragmentierung vor allem entlang verschiedener Clanlinien, die die Gesellschaft und die Gewaltakteure gleichermaßen betrifft“ (Rudloff und Weber 2010: 36)¹³⁹. Der ehemalige Staat Somalia ist in drei Regionen aufgespalten, in Puntland, Somaliland und Süd-Somalia. Nach (Rudloff und Weber 2010: 37) gilt Somaliland, nordwestlich, im ehemaligen britischen Protektorat gelegen und nicht international als unabhängiger Staat anerkannt, als stabil mit staatlichen Strukturen und demokratischem Verständnis, dessen Bewohner der Clans Isaaqs, Dir und Darood/Harti angehören. Im nordöstliche Puntland dominieren ebenfalls diese Clans und davon abstammende. Der oben genannte ehemalige Präsident Barre stammt aus Puntland, woraus sich die starke Vertretung Puntlands in Regierungsbehörden erklären lässt (Rudloff und Weber 2010: 37). Ab 1998 sollte in der Verfassung festgelegt werden, dass Puntland Teil Somalias bleiben soll, dies ist heute noch Gegenstand des gewaltsamen Konfliktes zwischen den einzelnen Clans, wodurch die Hauptaufgaben, die Eindämmung der Gewalt, Stabilisierung der Region und Aufbau eines rechtstaatlichen Systems, blockiert werden. Derzeit ist das Horn von Afrika durch mehrere nebeneinander existierende Systeme und Ordnungen, ohne Macht der Zentralregierung, gekennzeichnet. Dabei nimmt Süd-Somalia eine signifikante Stellung hinsichtlich einer entstaatlichten Gesellschaft ein. Alle originären Aufgaben eines funktionierenden Staatssystems, wie Justiz, Gesundheitswesen, Militär und Bildung werden durch private Akteure, in der Funktion als politische Entscheidungsträger, wahrgenommen. Dadurch wird sowohl der Korruption als auch der organisierten Kriminalität Vorschub geleistet. Ähnliche Strukturen existieren in Puntland, jedoch in einer abgeschwächten Form, mit einer Dominanz von Polizei, Geheimdienst und Militär unter der Führung von General Abdulahl Yussuf (Rudloff und Weber 2010: 38). Die staatliche Vernachlässigung der Bevölkerung, der Verlust an Legitimität des Staates und die hohen Arbeitslosenzahlen, besonders in den Küstenregionen, führten zur gewalttätigen Entwicklung der Piraterie, insbesondere ab 2008, als Wirtschaftszweig. Darin involviert sind sowohl private als auch ehemals staatliche Vertreter, um so Einnahmequellen, statt legaler Steuern, zu haben (Rudloff und Weber 2010: 38). Zusätzlich ist das Horn von Afrika, wie eingangs genannt, seit Jahrzehnten von gewaltsamen machtpolitischen und Ressourcenkonflikten gekennzeichnet, in denen regionale Warlords, etwa die der Al-Shabab -eine islamitische Miliz- als dominierende Akteure in fast allen Feldern des Alltags und der Politik hervortreten (Rudloff und Weber 2010: 38). Mit den

¹³⁹ Siehe Rudloff, B. und Weber, A.: Somalia und der Golf von Aden, in Piraterie und maritime Sicherheit, Hrsg. S. Mair, SWP-Studie, SWP, Juli 2010, Seite 1-104.

Al-Shabab-Milizen wurde erstmal die politisch motivierte¹⁴⁰, terroristisch ausgerichtete Piraterie manifestiert, die jedoch der rein wirtschaftlich orientierten weit zurück steht. In den eingangs genannten Folgen für die internationale Gemeinschaft sind die die maritimen Unsicherheit betreffenden, bedingt durch die Piraterie in den Seegebieten am Horn von Afrika, am signifikantesten. Zwar hat die Zahl der Seeüberfälle im Jahre 2009 gegenüber 2008 gering angenommen¹⁴¹, jedoch sind trotz Präsenz der internationalen Seestreitkräfte im Rahmen der Operation ATALANTA keine sich positiv entwickelnden Tendenzen erkenn- bzw. absehbar (BKA 2010: 21). Wie die Ereignisse in den letzten Jahren zeigten, ist das Seegebiet bis weit in den Indischen Ozean hinein als eine Bedrohungsregion für den Seeverkehr anzusehen. Begründet sind die Erscheinungen durch die oben beschriebenen Auflösungsprozesse des Staates, in denen die Al-Shabab-Milizien, die Union der Islamischen Gerichte (UIG) und Clanmilizen die dominierenden Kräfte sind. In den Konflikt eingebettet sind die „kriegsähnlichen bewaffneten Auseinandersetzungen“ (BKA 2010: 22) in der Grenzregion von Puntland und Somaliland.

Das BKA gibt in seinem Bericht weiter an, dass die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Kräften der somalischen Übergangsregierung und den sie unterstützenden Truppen der „AMISON“ (African Union Mission in Somalia) einerseits und den islamistischen Oppositionskräften andererseits die kritische Lage verschärfen.

Um der zunehmenden Piraterie und dem damit verbundenen Konflikt zu begegnen bzw. beides zu bewältigen, wurde von 2002 bis 2010 durch die internationale Staatengemeinschaft die Operation „Enduring Freedom“ (OEF) unter der Führung der US-Marine initiiert und aktiviert. Durch den multinationalen Marineverband „Task Force 151“ (TF 151) wurde im genannten Seegebiet für die Sicherheit der durchquerenden Handelsschiffe eine "Maritime

¹⁴⁰ (Rudloff und Weber 2010: 38) sprechen von „...einem Nexus zwischen Piraten und Jihadisten...“.

¹⁴¹ Gem. (BKA 2010: 18) ist die absolute Anzahl an Piratenüberfällen im Jahr 2009 zwar leicht rückläufig gegenüber dem Vorjahr gewesen, jedoch weiter auf hohem Niveau. Weiter wird ausgeführt: „Weltweit kam es insgesamt zu 67 Entführungen von Schiffen, vier mehr als im Jahr zuvor. Mit 231 registrierten Fällen ereigneten sich mehr als die Hälfte der Vorfälle im Seegebiet am Horn von Afrika/Golf von Aden. 53 Schiffe wurden in dieser Region im vergangenen Jahr entführt. Demgegenüber stehen 259 Überfälle/Versuche und 47 Schiffsentführungen im Jahre 2008. Zum Jahreswechsel 2009/2010 befanden sich zwölf Schiffe, darunter zehn Handelsschiffe und zwei Dhows, sowie eine Bootsbesatzung in der Gewalt von somalischen Piraten. Insgesamt haben diese im vergangenen Jahr knapp 77 Mio. US-Dollar an Lösegeld erpresst. Im Vergleich zum Vorjahr (ca. 27 Mio. US-Dollar) stellt dies fast eine Verdreifachung dar. 2007 belief sich die Summe der erzielten Lösegelder in der Region noch auf ca. drei Mio. US-Dollar. Zu beachten ist, dass die aktuelle Summe für das Jahr 2009 sich z. T. auch aus Lösegeldzahlungen zusammensetzt, die für Schiffe erpresst wurden, welche bereits 2008 entführt worden waren.“

Security Patrol Area" (MSPA) eingerichtet. Aufgrund des zunehmenden Anstiegs von Überfällen und Entführungen, wie die der „Hansa-Stavanger“ 2010, durch somalische Piraten führt die Europäische Union seit 2008 die Militäroperation NavFor ATALANTA zur Unterstützung von insgesamt vier Resolutionen¹⁴² des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Seegebiet um das Horn von Afrika durch. An beiden Operationen war bzw. ist die Bundesrepublik Deutschland mit Einheiten der Deutschen Marine beteiligt. ATALANTA leistet im Rahmen des Welternährungsprogramms (WFP) einen Beitrag zum Schutz der Handelsschiffe, die die Lebensmittelhilfe der UNO für die somalische Bevölkerung sicherstellen. Hierzu ist die Resolution 1814 aus dem Jahre 2008 vorgesehen. Der Einsatz der Kriegsschiffe mittels eines robusten UN-Mandates zur Abschreckung der Piraten steht wiederum in Einklang mit der Resolution 1816 von 2008. Trotz der militärischen Operation sind die Piraten, meist von Mutterschiffen aus, im Seegebiet im Golf von Aden und weit vor der Küste im Somali Bassin, Indischen Ozean und Roten Meer aktiv (BKA 2010: 23). Daher gilt für alle Handelsschiffe eine erhöhte Bedrohungsstufe, die sich bis an die Küsten Tansanias und die Straße von Madagaskar ausweitet. Somit gilt indirekt der Suezkanal als bedroht, da er zusammen mit dem Roten Meer und dem Golf von Aden die Hauptverbindungsroute zwischen Mittelmeer und Indischen Ozean und Ost-Pazifik darstellt. Mit dem Konfliktfeld am Horn von Afrika zeigt sich eine Vielzahl der Konfliktarten, die sich über die Umweltkonflikte bis hin zu den lang andauernden Konflikten und Grenzkonflikten erstrecken. Zwar wird die Piraterie in der allgemeinen Debatte nicht als politischer Konflikt wahrgenommen, jedoch ist die Piraterie als eine Austragung des Konfliktes mit anderen Mitteln zu anzusehen, der durch die Bedrohung der internationalen Seehandelswege und der damit verbundenen Einschränkung des freien Außenhandels internationalisiert wurde. Des Weiteren erfolgte eine Verlagerung von einem Bürgerkrieg zu einem teilweise zwischenstaatlichen Konflikt¹⁴³, aufgrund der militärischen Intervention im Rahmen der Operation AMISON und ATALANTA. Die durch die UNO und EU vorgesehene Führungsrolle der Clans aus Puntland und Somaliland, letzteres hat demokratische Grundstrukturen, konnte bisher nicht durchgesetzt werden, da die Clans ihren eigenen vorwiegend wirtschaftlich dominierenden Zielen nachgeht und nur teilweise an einer Komplettlösung des Somaliakonfliktes interessiert sind. Dem gegenüber stehen jedoch lokale

¹⁴² Die UN-Resolutionen aus dem Jahr 2008 sind: 1814, 1816, 1838, 1846

¹⁴³ Aufgrund der fehlenden staatlichen Strukturen sind vorwiegend als nicht staatlich zu bezeichnende somalische Konfliktparteien involviert, unbeantwortet ist die Frage nach den politisch motivierten Zielen der Piraten und deren Status. Durch die intervenierten Staaten ist die teilweise Zwischenstaatlichkeit gegeben.

Befriedungsprozesse in den einzelnen Clanregionen. Auf einer absehbaren Zeitskala ist eine Konfliktbewältigung kaum erreichbar. Die Schaffung und Etablierung neuer bzw. zerstörter Wirtschaftszweige, wie die Fischerei, inklusive der Gewährleistung von Fischereirechten, ist ebenfalls kaum umsetzbar, so dass der Piraterie als Einnahmequelle der Bevölkerung die Grundlage nicht entzogen werden kann, bestenfalls kann sie kurzfristig eingedämmt werden. Die internationale militärische Präsenz wird daher weiterhin notwendig sein um einerseits die Konflikteindämmung in der Region und andererseits die Freiheit der internationalen Seewege sicherzustellen. Im Kontext der maritimen Sicherheit wird der Konflikt weiterhin im Fokus der internationalen Gemeinschaft stehen. Die derzeitige Hungernot, von der bis zu 14 Millionen Menschen am Horn von Afrika betroffen sind, und internationale Hilfslieferungen durch die Al-Shabab-Milizen unterbunden werden¹⁴⁴, zeigt ebenfalls wie konfliktbehaftet die Region ist und perspektivisch bleibt. Gleichzeitig spiegeln die derzeitige Dürre und deren Folgen an einem aktuellen Beispiel den engen Zusammenhang zwischen Umweltfaktoren, Wirtschaft und Sicherheit wider und stellt ein Beispiel für einen lang andauernden, teils umwelt-, teils machtpolitisch-bedingten Konflikt dar.

2.3.3. Ostasien

Ostasien ist ein der Regionen, die derzeit im sicherheitspolitischen Interesse der Weltgemeinschaft liegt. Dies ist nicht nur der in der Region stattfindenden wirtschaftlichen Entwicklung, etwa in China oder Vietnam, geschuldet¹⁴⁵, sondern besonders den häufigen bewaffneten Zwischenfällen, in den Seegebieten rund um Japan, China und Korea, die Ausdruck der konfliktbehafteten Situation im ostasiatischen Raum sind, zu zuschreiben. Neben den lokalen Akteuren treten hier die USA als Verbündete Japans und Südkoreas in Erscheinung verbunden mit vitalen Interessen. Besonders die genannten westlichen bzw. demokratischen Staaten und China setzen sich für eine Konfliktlösung bzw. -eindämmung und somit eine stabile Region ein, jedoch sind deren Aktivitäten diesbezüglich von eher mäßigem, stark periodisch schwankendem Erfolg gekrönt.

¹⁴⁴ Siehe www.weltonline.de, „Islamisten wollen Hilfe für Hungernde stoppen“ Quelle: <http://www.welt.de/politik/ausland/article13502441/Islamisten-wollen-Hilfe-fuer-Hungernde-stoppen.html>, 22.07.2011, Datum der Ansicht: 25.07.2011.

¹⁴⁵ Polymeropoulos, E., Tidten, M., Wacker, G und Wagner, C.: Asiatische Großmächte, SWP-Studie, SWP, April 2011, Seite 1-40, schreiben dazu, dass das internationale System des 21. Jahrhunderts vorwiegend durch die wirtschaftliche Entwicklung in Asien bestimmt wird. Die wiederum außen-, sicherheits- und geopolitische Konsequenzen zeigen werden.

Nachfolgend sind die dominierenden Konflikte der Region Ostasien dargestellt, bei denen eine maritime und zwischenstaatliche Dimension vorzufinden ist.

China, Japan und Taiwan

China als eine Nation, mit einem regional-hegemonialen Anspruch in Asien, dessen Einflussphäre sich vom Indischen Ozean bis zum Pazifik erstreckt, nimmt in den internationalen Beziehungen schon heute eine dominierende Rolle ein und ist in zahlreiche aktuelle, auch gewaltsame, Konfliktszenarien involviert.

Im Fokus der chinesischen geopolitischen Interessen stehen dabei die territoriale Integrität Taiwans und der Senkaku/Diaoyutai-Inseln im Ostchinesischen Meer (Berger 2011: 1), die zwar zu Japan gehören, jedoch von China beansprucht werden. Mehrere Zwischenfälle in den letzten Jahren in dem Seegebiet verdeutlichen den langjährigen territorialen Streit zwischen Japan und China. In (Knittel 2010: 27) wird als Beispiel der Zwischenfall zwischen einem chinesischen Fischtrawler und zwei japanischen Patrouillenbooten der japanischen Küstenwache am 07.09.2010 hingewiesen, der zu einer Aussetzung der bis dahin beginnenden vertrauensbildenden Verständigung der beiden Nationen führte. Im Ergebnis des Vorfalls, der mit einer Inhaftierung des Fischtrawlerkapitäns, dem Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen bezüglich der Ausbeutung von Erdgas und -öl in einem benachbarten Seegebiet und letztlich zur chinesischen Verweigerung eines Treffens zwischen dem Ministerpräsidenten Chinas, Wen Jiabao, und dem japanischen Ministerpräsident Naoto am Rande der UNO-Vollversammlung (Knittel 2010: 28) führte, zeigt sich die Sensibilität und unnachgiebige Haltung beider Nationen hinsichtlich ihrer territorialen Ansprüche. Seit dem Zwischenfall patrouillieren nun chinesische und japanische Küstenwachfahrzeuge als Fischereischutz im Seegebiet und unterstreichen so die politische Position der jeweiligen Regierungen.

(Knittel 2010: 28) weist daraufhin, dass die Frage nach der territorialen Zugehörigkeit der Senkaku-Inseln in den Verhandlungen bezüglich der Ausbeutung von Erdöl und -gasvorkommen des Chunxiao-Gasfeldes im Ostchinesischen Meer ausgeklammert und 2004 chinesische Aktivisten nach einer symbolischen Besetzung der Inseln ohne Aufsehen nach China ausgewiesen wurden. Daraus wird ersichtlich, dass der Konflikt besonders von der japanischen Seite nicht aggressiv und eskalierend verfolgt wird. China hingegen verfiel und verfällt seit dem letzten Vorfall im September 2010 in einen medienwirksamen aggressiven Tonfall, was sich im chinesischen Verhalten niederschlägt (Knittel 2010: 28). Eine Nebenrolle nimmt im Konflikt die USA ein, die einerseits Einbußen in ihrer regionalen Machtstellung, in dem Fall als Verbündete Japans, sieht und mit Sorge auf das chinesische Selbstverständnis

blickt. Vorteilhaft, so (Knittel 2010: 28) ist die Entwicklung bezüglich der Inseln für die USA, dass der Bau der US-Militärbasis auf Okinawa, der in Japan durchaus umstritten ist, nun durch das Aufflammen des Konfliktes positiv gesehen wird. Dadurch wird die regionale Stellung der USA in Ostasien wieder gestärkt und Japan stärker an die USA gebunden sein, was den machtpolitischen Interessen der chinesischen Staats- und Parteiführung entgegen wirkt. Eine Lösung dieses Konfliktes ist hier nicht in Sicht. Er wird sich absehbar auf den derzeitigen Status quo einpendeln.

Der Konflikt zeigt eindrucksvoll einen zwischenstaatlichen Charakter zwischen zwei entwickelten Nationen, dessen Gegenstand die territoriale Integrität eines grenznahen Inselgebietes ist. Des Weiteren zeigt sich, wie durch die Dominanz wirtschaftlicher Interessen in bilateralen politischen Verhandlungen machtpolitische Interessen zurückgestellt werden. Das aggressive Verhalten und Vorgehen der beiden Staaten außerhalb der politischen bzw. diplomatischen Umgebung zeigt jedoch die Brisanz und das nachdrückliche Interesse und Ziel der Konfliktparteien, die durch Power Projection unterstrichen wird und die jeweilige Gegenseite zur Erreichung der Balance of Power angetrieben wird. Gleichzeitig unterstreicht China somit seinen Anspruch auf die regionale Hegemonie in Asien bzw. zumindest in der Region pazifisches Asien. Vorteilhaft ist die Entwicklung für die USA, als der Hauptverbündete Japans in Asien, der seine derzeitige regionale Machstellung vorerst aufrechterhalten kann, und durch den Bau der Militärbasis auf Okinawa einerseits japanische Interessen unterstützen und andererseits die eigene Machtprojektion vorantreiben und unterstreichen kann.

Neben der Problematik bezüglich der oben genannten Inseln befindet sich China in einem seit langem andauernden schwellenden Streit hinsichtlich der territorialen Zugehörigkeit Taiwans zu China. Im Gegensatz zu Japan tritt hier die USA als aktiver Akteur in Erscheinung, da sie sich in der Rolle einer Schutzmacht für Taiwan sieht. Gleichzeitig versuchen die Vereinigten Staaten u. a. mittels der Taiwanfrage ihre militärstrategischen und geopolitischen Ziele in Ostasien zu sichern und zu erweitern. Der Konflikt wird in erster Linie auf diplomatischer Ebene ausgetragen, beispielsweise hat die US-Außenministerin H. Clinton auf dem Regionalforum der ASEAN im Juli 2010 in Hanoi den Konflikt scharf kritisiert und die „nationalen Kerninteressen“ der USA im Südchinesischen Meer betont sowie die freien Seewege gefordert (Knittel 2010: 29). Des Weiteren forderte sie die Anrainerstaaten des Seegebietes auf, sich ohne Ausübung von Druck bezüglich der territorialen Ansprüche, multi- oder ggf. auch bilateral, zu einigen (Knittel 2010: 29).

Trotzdem China den Forderungen Taiwans nach mehr internationalem Gestaltungsraum nicht nachkommt, gefordert hat dies der 2008 neu gewählte Präsident Ma Ying-jeou von der China freundlichen Partei KMT-Kuomintang, haben sich nach Ansicht verschiedener taiwanesischer Persönlichkeiten die Beziehungen zu China verbessert und werden mit vertrauensbildenden Maßnahmen fortgesetzt (Bräuner und Oertel 2009: 1). Angezweifelt werden innerhalb der innenpolitischen Debatte in Taiwan jedoch die Nachhaltigkeit der Entwicklung sowie die Erfolgsaussichten der taiwanesischen Außenpolitik (Bräuner und Oertel 2009: 4). Zwar überwiegt eine vorsichtig optimistische Meinung, die bei weiterer chinesischer Ignoranz der taiwanesischen Forderungen nach Ansicht von (Bräuner und Oertel 2009: 4) kurzfristig wechseln und somit zu einer erneuten Konfliktverschärfung führen kann. Derzeit ist die Taiwanfrage eher eine, zwar entspannte, zwischenstaatliche Konfliktsituation auf politischer Ebene zwischen China und den USA um die Sicherung der regionalen Vormacht in Ostasien, dies belegt u. a. die obige Äußerung von H. Clinton. Da China in der Region vitale Interessen hat (Berger 2011: 2), sind für Chinas Politik die territorialen Ansprüche an Taiwan essentiell und undiskutabel in der politischen Debatte. Eine gewaltsame Eskalation kann derzeit ausgeschlossen werden. Nichtsdestotrotz ist vor dem Hintergrund der chinesischen Aufrüstung davon auszugehen, dass die USA ihre militärische Präsenz, als Ausdruck ihrer Unanfechtbarkeit hinsichtlich der Taiwanfrage, ausbauen wird, um im Sinne der Balance of Power das militärische und somit politische Gleichgewicht und die Augenhöhe zu wahren. Nach Ansicht von (Berger 2011: 2) droht der USA bei einer weiteren Entspannung und Annäherung zwischen China und Taiwan ein strategischer Nachteil und ein Verlust des Status der Ordnungsmacht in Ostasien, verbunden mit der Möglichkeit des Verlustes der regionalen Hegemonie in Indischen und im asiatischen Teil des Pazifischen Ozean. Bei zunehmender Selbstständigkeit Taiwans ist davon auszugehen, dass die USA im Kontext des Verlustes der Ordnungsmacht auch die Schutzmachtrolle für Taiwan einbüßt. Somit kann eine Entschärfung des Konfliktes zwischen Taiwan und China zu einer Verschärfung bzw. neuen Konfliktgenerierung um die Durchsetzung der nationalen Interessen in Ostasien zwischen China und den USA führen.

Zusammenfassend kann für den östlichen Teil des Chinesischen Meeres festgestellt werden, dass die USA und China die beiden dominierenden Nationen in Ostasien sind. Beide Staaten streben nach der regionalen Vormachtstellung, dabei ist zu beobachten, dass die USA erhebliche Anstrengungen unternehmen, wie an Hand der beiden Beispielregionen aufgezeigt, um ihre derzeitige Position zu sichern. Dazu bedient sie sich u. a. der ASEAN und mittels von

Unterstützungsangeboten an die Anrainerstaaten Chinas, wie beispielsweise Vietnam (Knittel 2010: 29). Absehbar wird die USA ihre Vormachtstellung an China und ihren Einfluss in der Region verlieren, vorwiegend begründet in der gravierenden Haushaltsschiefelage der US-Financen und den nicht ausbleibenden Einsparungen im Militär- und Entwicklungsetat¹⁴⁶. Mit Japan wird die USA zwar weiterhin einen verlässlichen Partner haben, jedoch ist Japan derzeit durch die Fukushima-Katastrophe und dem Krisenmanagement sowohl innen- als auch außenpolitisch angeschlagen, so dass regional orientierte machtpolitische Schachzüge kaum zu erwarten sind.

Neben den genannten Konflikten ist eine weitere asiatische Region, die koreanische Halbinsel, im Fokus der sicherheitspolitischen Debatte der Weltgemeinschaft, in der wiederum die USA und China eine führende und aktive Rolle einnehmen.

Nord- und Südkorea

Seit der 1948 manifestierten Teilung der Halbinsel Korea, initiiert durch die Ausrufung der Republik Korea (Südkorea) am 10.05.1948 und der daraufhin erfolgten Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVR Korea (Nordkorea) sind sowohl die politische als auch die militärische Konfliktaustragung an der Tagesordnung und wurden nur durch zeitweise Einhaltung von Abkommen und gegenseitigen Verpflichtungen unterbrochen.

Nach dem Koreakrieg von 1950-1953 lagen die Beziehungen bis in die 70-iger Jahre des 20. Jahrhunderts auf Eis. Bis 1991 erfolgten dann nur sporadische Treffen und Verhandlungen zwischen beiden Staaten, die jedoch von verhärteten Positionen auf beiden Seiten und von der, bis heute nicht erfolgten, Unterzeichnung eines Friedensvertrages gekennzeichnet waren. Mit dem im Dezember 1991 abgeschlossenen und im Februar 1992 ratifizierten Aussöhnungs-, Nichtangriffs- und Kooperationsvertrag¹⁴⁷ (Kleiner 1992: 1 ff; Brockhaus Bd. 12 2001: 378) wurde der Annäherungsprozess zwischen beiden Staaten wieder belebt. Seit dem kennzeichnen Zwischenfälle und Provokationen die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Völkerrechtlich betrachtet, existieren keine Waffenstillstandsabkommen und kein Friedensvertrag zwischen beiden Staaten, so dass diese sich noch im Kriegszustand

¹⁴⁶ Vgl. etwa weltonline vom 13.07. 2011 („Barack Obama spricht offen über eine Staatspleite“) und 15.07.2011 („Obama setzt im Schuldenstreit 36-Stunden-Ultimatum“),

<http://www.welt.de/wirtschaft/article13485166/Barack-Obama-spricht-offen-ueber-eine-Staatspleite.html>

(Datum der Ansicht: 15.07.2011)

<http://www.welt.de/politik/ausland/article13487961/Obama-setzt-im-Schuldenstreit-36-Stunden-Ultimatum.html>

(Datum der Ansicht: 15.07.2011)

¹⁴⁷ Vgl. Kleiner, J.: Korea, Auf steinigem Pfad, 2. Auflage, VISTAS, 1992, Seite 1-371.

befinden (Sicherheitspolitik aktuell 2008: 1)¹⁴⁸. Jüngste, von der internationalen Gemeinschaft mit Entsetzen aufgenommene, Beispiele für die angespannte Lage in der Region sind etwa die Erschießung einer südkoreanischen Touristin in der nordkoreanischen Ferien-Enklave Diamond Mountain Resort im Jahre 2008 (Sicherheitspolitik aktuell 2008: 1), worauf die Bestrebungen zu bilateralen Gesprächen eingestellt wurden. Die Vorfälle im Gelben Meer und Japanischen Meer sowie an der innerkoreanischen Grenze im Jahre 2010 mit Toten und Verletzten auf südkoreanischer Seite¹⁴⁹ zeigen als aktuelle Zwischenfälle die konfliktverschärfte und gewaltbereite Situation auf der koreanischen Halbinsel.

Zusätzlich, und mit zunehmender Sorge sowohl von China, den USA und Russland, werden die Aktivitäten Nordkoreas hinsichtlich seines Atomwaffenprogramms betrachtet. Die zwischen 2003-2009 durchgeführten Sechs-Parteien-Gespräche¹⁵⁰ (Polymeropoulos 2011: 14), bezüglich des nordkoreanischen Nuklearprogramms, belegen die geteilte Sorge. Die Durchführung des letzten Raketentests im Frühjahr 2009 hat bereits vor den oben genannten Vorfällen des Jahres 2010 zu einer Abkühlung des Verhältnisses zwischen Nord- und Südkorea geführt (Knittel 2010: 29). Gleichzeitig, wirken hier analog zu Japan und Taiwan,

¹⁴⁸ Vgl. Sicherheitspolitik aktuell vom 15.07.2008, Stand 09.02.2011, Quelle: [http://www.bundeswehr.org/portal/a/bworg!/ut/p/c4/NYvLCsIwEEX_KNOoUHDnA0UEXWq7S9OQDk0zYTq1Gz_eZOE9cDaHCy1kovmgN4IUTYA3NBb33aq6ldgrNKMslgQ1ox0cDw5lThRQcIRXOfdOWYpOisVFwWzPRohVIpZQysKci8Iemkqfj3pb_bf51tf7qd3VWt8elyekaTr8Aiei9ig!/,](http://www.bundeswehr.org/portal/a/bworg!/ut/p/c4/NYvLCsIwEEX_KNOoUHDnA0UEXWq7S9OQDk0zYTq1Gz_eZOE9cDaHCy1kovmgN4IUTYA3NBb33aq6ldgrNKMslgQ1ox0cDw5lThRQcIRXOfdOWYpOisVFwWzPRohVIpZQysKci8Iemkqfj3pb_bf51tf7qd3VWt8elyekaTr8Aiei9ig!/) Datum der Ansicht: 19.07.2011.

¹⁴⁹ Im März 2010 wurde die südkoreanische Korvette „Cheonan“ wahrscheinlich durch ein nordkoreanisches U-Boot mit Torpedos angegriffen und versenkt (Vgl. Sicherheitspolitik aktuell online, Krisen und Konflikte Mai 2010, 05/2010) sowie Polymeropoulos, E., Tidten, M., Wacker, G und Wagner, C.: SWP, SWP-Studie, April 2011, Seite 14, es gab keine Überlebenden. Im Oktober 2010 wurden südkoreanische Truppen, ca. 90 km nordöstlich von Seoul durch nordkoreanische Soldaten beschossen. Ein weiterer Zwischenfall wurde von der Grenze im Oktober gemeldet, in dem die südkoreanische Marine zehn Warnschüsse auf ein nordkoreanisches Fischerboot, das über die Seegrenze an der Westküste hinaus gefahren war und zuvor gegebene akustische Aufforderungen über Lautsprecher ignorierte, beschossen (Vgl. Sicherheitspolitik aktuell online, Krisen und Konflikte Oktober 2010, Gesamtausgabe November 2010). Übertroffen wurden die Zwischenfälle durch den Artilleriebeschuss der südkoreanischen Insel Yonpyong im Gelben Meer, nahe des Grenzgebiet zu Nordkorea durch nordkoreanische Truppen am 23. November 2010, bei dem zwei Zivilisten und zwei südkoreanische Soldaten getötet und zwei weitere Soldaten verletzt wurden. Durch den Beschuss wurden verschiedene Gebäude auf der Insel zerstört. Südkorea erwiderte den Angriff mit dem Beschuss von nordkoreanischen Stützpunkten ((Vgl. Sicherheitspolitik aktuell online, Tagemeldung 24. November 2010, 11/2010) und Polymeropoulos, E., Tidten, M., Wacker, G und Wagner, C.: SWP, SWP-Studie, April 2011, Seite 14)

¹⁵⁰ Die Sechser-Gespräche finden zwischen Japan, Russland, USA, China, Nord- und Südkorea statt. Aufgrund der gewalttätigen Zwischenfälle im März und November 2010 wurden die für 2010 geplanten Gespräche vorerst ausgesetzt. Südkoreas Präsident Lee Myung Bak äußerte sich jedoch Ende 2010 zuversichtlich im Jahre 2011 die „Sechs-Parteien-Gespräche“ wieder aufnehmen zu können.

die USA und China, in Teilen Russland, im Hintergrund des Konfliktes mit und versuchen so ihre Position in der Region Ostasien zu sichern bzw. zu stärken. China als die wichtigste Einflussnation gegenüber Nordkorea übt seit mindestens 2009 sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Druck auf Nordkorea aus, in dem es Kim Jong Il in Pjöngjang einerseits zu Öffnung des Landes, besonders für den kleinen Grenzverkehr für Südkorea¹⁵¹ als auch zu wirtschaftlichen Reformen drängt (Knittel 2010: 29). Seitens Nordkoreas wurde dies nicht zuletzt durch die aus der Erdbebenkatastrophe 2010 resultierende Hungersnot erforderlich. Abgefedert wird und wurde dieses durch die Lebensmittelhilfe von Südkorea, die vor 2010 letztmalig 2007 initiiert wurde (Sicherheitspolitik aktuell 2010: 6)¹⁵². Diese Tendenzen sind jedoch ausschließlich der Notsituation und der Vermeidung von daraus entstehendem Potenzial für das Aufflammen innerer Spannungen geschuldet und nicht in einer Einsicht der politischen Führung Nordkoreas in die Notwendigkeit staatlicher und diplomatischer Veränderungen. (Knittel 2010: 29) merkt an, dass sich Nordkorea dem Druck Chinas nicht länger widersetzen kann. Besonders vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse, einschließlich der Naturkatastrophe, und der fatalen nationalen Folgen, wie Hungersnot und weitere internationale Isolierung, sind die durch Chinas KP-Chef Hu Jintao und Ministerpräsidenten Wen Jiabao angeratenen Öffnungsprozesse unerlässlich. China sieht sich nach (Polymeropoulos 2011: 14) mit Blick auf die „Sechs-Parteien-Gespräche“ in der Vermittlerrolle einerseits zwischen den koreanischen Staaten und andererseits zwischen den westlich-demokratisch orientierten Nationen USA, Südkorea und Japan und den autokratischen Nationen Russland und Nordkorea, wobei China durchaus auch selbst ein Teil dieser Partei darstellt. Für China bietet sich so die Möglichkeit zur international anerkannten Vermittlernation und insbesondere in der Region Ostasien zu einer Drehscheibe der Internationalen Beziehungen zu avancieren. Laut (Polymeropoulos 2011: 14) unterstreicht China seine zukünftige Rolle, in dem es UN-Resolutionen gegen Nordkorea unterstützt und so Kritik an der Staatsführung Nordkoreas übt.

Für Südkorea werden die jüngsten Vorfälle Anlass sein, sich noch stärker als bisher an die USA, als Schutzmacht, und Japan zu binden. Insbesondere die militärische Zusammenarbeit mit den USA wird vertieft. Dies zeigt sich beispielsweise in dem bis Ende November 2010 im

¹⁵¹ Vgl. Sicherheitspolitik aktuell online, Krisen und Konflikte Oktober 2010, „Korea: Wiedersehen nach langer Trennung“, Gesamtausgabe November 2010, Seite 6. 436 Südkoreaner durften in der Ferienklave Diamond Mountain ihre nordkoreanischen Verwandten treffen, erstmalig wurde dieser Grenzverkehr im Jahre 2000 durchgeführt.

¹⁵² Vgl. Sicherheitspolitik aktuell online, Krisen und Konflikte Oktober 2010, „Südkorea: Hilfe für Nordkorea“, Gesamtausgabe November 2010; Seite 6.

Gelben Meer, vor der Küste der koreanischen Halbinsel, trotz nordkoreanischer Drohungen, durchgeführten Seemanöver der US- und südkoreanischen Streitkräfte¹⁵³. Zusätzlich wurde zur Unterstreichung der Position das japanische - US-amerikanische Großmanöver „Scharfes Schwert“ im Gelben Meer, in japanischen und südkoreanischen Gewässern durchgeführt¹⁵⁴. Die Bedeutung der westlichen Position wird daran deutlich, dass das Manöver zu den größten jemals abgehaltenen in der Region zählt, in welchem bis zu 44000 Soldaten, 50 Schiffen und 500 Flugzeugen sowie südkoreanische Beobachter involviert waren (Sicherheitspolitik online 11/10 2010: 5) und als ein signifikantes Signal an Nordkorea und auch China hinsichtlich der Machtprojektion bzw. der Demonstration militärischer Stärke zu bewerten ist. Sowohl die USA als auch Japan sind hier bestrebt die Balance of Power aufrechtzuerhalten. Hinsichtlich des nordkoreanischen Nuklearprogramms und der daran gebundenen Positionen der zwei gegensätzlichen Staatenparteien zeigt sich ein Streben der westlichen Nationen hin zu einem Gleichgewicht bzw. zu einer vorsichtigen Kontrolle der Interessen, insbesondere derer Nordkoreas, durch die Schaffung von Allianzen und Verträgen.

Nachhaltige Stabilität in der Region ist mit Blick auf die weiteren Anstrengungen Nordkoreas zum Ausbau ihres Atomwaffenprogramms und der gewaltsamen Grenzzwischenfälle zwischen den beiden koreanischen Staaten nicht zu erwarten. Nordkorea wird jedoch aufgrund des Druckes Chinas, die sich als die dominierende Einflussnation Nordkoreas sehen, für die internationale Gemeinschaft öffnen müssen. Inwiefern der auf absehbare Zeit erfolgende Machtwechsel von King Jong Il auf dessen Sohn Kim Jong Un positive Tendenzen zeigt, bleibt abzuwarten und wird eher pessimistisch bewertet. Für Russland, als einen der früheren offenen Unterstützer Nordkoreas, liegt der ostasiatische Raum, obwohl vor den eigenen Küsten befindlich, kaum im Fokus der Politik, dies spiegelt sich in der Militärdoktrin Russlands bis 2025¹⁵⁵ wider. Zwar wird in der „Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahre 2020“ auf den Konflikt auf der koreanischen Halbinsel und dessen negative Auswirkungen auf die internationale Politik (Lemcke und Preiß 2009:

¹⁵³ Vgl. Sicherheitspolitik aktuell online, Krisen und Konflikte Oktober 2010, „Südkorea: Seemanöver beginnt“, Gesamtausgabe November 2010; Seite 4.

¹⁵⁴ Vgl. Sicherheitspolitik aktuell online, Krisen und Konflikte Oktober 2010, „Ostasien: Großmanöver „Scharfes Schwert““, Gesamtausgabe November 2010; Seite 5.

¹⁵⁵ Siehe dazu DSS-Studienpapier Heft 99, Militärdoktrin der Russischen Föderation, bestätigt durch den Erlass 146 den Präsidenten der Russischen Föderation am 05.02.2010, Seite 1-23.

6)¹⁵⁶ hingewiesen, jedoch ergeben sich im Text keine Handlungsfelder für die russische Sicherheits- und Außenpolitik. In der Militärdoktrin wird jedoch auf die Verbreitung und Nutzung von Nuklearwaffen als eine der militärischen Gefahren hingewiesen (DSS 99 2010: 10), so dass Russland neben dem Kernwaffenpotenzial anderer Staaten, wie u. a. Indien und Pakistan, eine Gefahr durch nordkoreanische Kernwaffen sieht bzw. aus der Formulierung interpretierbar ist. Nicht zuletzt lässt sich damit auch eine Intention Russlands für das Engagement in den Sechs-Parteien-Gesprächen ableiten. Vielmehr ist Russland in Ostasien an einer Lösung der territorialen Streitigkeiten mit Japan hinsichtlich des Verbleibs der Kurilen im russischen Territorialbestand interessiert, da sich seit der unrechtmäßigen Besetzung der Inselgruppe im Jahre 1945 durch die damalige Sowjetunion für Russland militärstrategische Vorteile, besonders gegenüber Japan und der USA, in Ostasien ergeben.

Für Südkorea werden die USA zukünftig im noch stärkeren Maß die Schutzmachtfunktion übernehmen, was wiederum mit Blick auf die chinesische Position und Interessen als kritisch bewertet wird.

Aufgrund der derzeitigen Verhältnisse auf der koreanischen Halbinsel gibt es für ein vereintes Korea, welches nur unter der Prämisse der Demokratie ermöglicht werden könnte, absehbar keine Chance.

Für die USA bietet sich durch die Schutzmachtrolle die Möglichkeit ihre durch die zunehmende Stärke Chinas schwindende regionale Vormachtstellung in Ostasien zu festigen, wenn nicht sogar auszubauen. Dazu bedient es sich zusätzlich der Unterstützung Japans. Somit ist die gesamte Region Ostasien als eine aktuelle Konfliktregion einzustufen, deren Konfliktintensitäten sich alternierend zwischen Waffengewalt und Diplomatie einpendeln.

Inwieweit die koreanische Frage, besonders hinsichtlich des Nuklearpotenzials Nordkoreas, auf weite Sicht betrachtet, Konfliktstoff liefert, wird im Kapitel 4.5. betrachtet.

2.4. Synopsis der Konfliktdarstellung

In der Zusammenschau des Kapitels ergibt sich ein vielschichtiges Bild der Konflikte, dessen Spektrum von diplomatischen Spannungen bis hin zum bewaffneten Konflikt bzw. Krieg reicht. Im Vordergrund der Konflikte stehen hier neben den umweltinduzierten und ethnischen Konflikten die Grenzkonflikte. Erkennbar ist weiterhin, dass die heutigen Konflikte vorwiegend einen nichtzwischenstaatlichen und lang andauernden Charakter haben,

¹⁵⁶ Siehe Lemcke, E. und Preiß, F.: Arbeitsübersetzung der Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahre 2020, bestätigt durch den Erlass 537 den Präsidenten der Russischen Föderation am 12.05.2009, Seite 1-37, Originaltext unter: <http://www.scrf.gov.ru/documents/99.html>.

jedoch die Möglichkeit von zwischenstaatlichen nicht ausgeschlossen ist, besonders vor dem Hintergrund der Anwendung militärischer Gewalt. Zwischenstaatliche Spannungen werden derzeit auf diplomatischer Ebene ausgetragen und ggf. ausgeräumt.

Mit der Theorie des Realismus bzw. des Neorealismus wurde versucht das zwischenstaatliche Verhalten zu erfassen. Hier zeigen sich zahlreiche Beispiele der Anwendung der Balance of Power, so ist die Darstellung von militärischer Stärke ein weit geläufiges Mittel um politische Positionen zu verdeutlichen, ebenso wie die Gründung von Allianzen und Räten. Die dargestellte Region Ostasien mit seinen Akteuren dient dafür als repräsentatives Beispiel. Da in der Gesamtbetrachtung Konflikte und ihre Potenziale thematisiert werden, ist die obige Theorie der internationalen Beziehungen nicht ausreichend, vielmehr musste eine das Thema Konflikte umfassende Theorie angewendet werden. Aufbauend auf den Neorealismus wurde so die Konflikttheorie nach Link ausgewählt, um in den nachfolgenden Kapiteln auf die Konfliktgenerierung und -verschärfung, für ausgewählte Regionen des maritimen Umfeldes anzuwenden. Die Auswahl auf Links Theorie liegt in dem Anspruch der Theorie als ein empirisches Analysewerkzeug zu fungieren und der damit verbundenen Nähe zur Praxis in den internationalen Beziehungen begründet. Des Weiteren ist hinsichtlich der Faktoren des maritimen Umfeldes und deren Zusammenwirken ein hoher Wiedererkennungswert festzustellen. Dies bezieht sich auch darauf, dass heutige und zukünftige maritime Konflikte vorwiegend zwischenstaatlicher Prägung sind bzw. sein werden, hier sei auf die in diesem Kapitel dargestellten Beispiele verwiesen. In der Theorie von Link stellt das Element Staatlichkeit, hinsichtlich der Praxis in den internationalen Beziehungen und der Konfliktauslösung und -regulierung, den zentralen Aspekt dar. Somit sind die internationalen Beziehungen, einschließlich der mit ihnen verbundenen Konflikte, vornehmlich zwischenstaatlich. Gemäß der obigen Ausführung gilt dieses Merkmal analog für die internationalen Beziehungen zu Themen des maritimen Umfeldes, wodurch der Bezug auf Link begründet ist.

In der Betrachtung der Einzelbeispiele ist erkennbar, dass sich das sicherheitspolitische Hauptinteresse vom atlantischen in den indisch-asiatischen Raum verlagert hat, was durch die starke wirtschaftliche Entwicklung und dessen Potenzial verursacht ist. Gleichzeitig sind jedoch auch in der europäischen Einflusszone ungelöste Konflikt- bzw. Spannungsfelder präsent, deren Lösung nicht trivial erscheint, besonders vor dem Hintergrund der involvierten EU- und NATO-Mitglieder.

Bezüglich des asiatischen Raumes ist eine Konkurrenz um die regionale Vormacht zwischen den USA und China erkennbar, welche sich meist hintergründig auf die Entwicklung von

aktuellen Konflikten und Spannungen auswirkt, der Streit um Taiwan sei dazu nur als ein Beispiel genannt. Für China mit dem Anspruch auf die Vormacht im indisch-asiatisch-pazifischen Raum treten neben den USA andere Staaten in den Wettstreit um die regionale Hegemonie ein. Hier ist besonders Indien zu nennen, das durch ein massives Flottenbauprogramm seine Ambitionen erkennen lässt. Dem gegenüber steht China mit einem ähnlichen maritimen Rüstungsvorhaben und dem Aufbau von bereits sechs Flottenstützpunkten im gesamten Bereich des Indischen Ozeans. Für die USA ergibt sich so die Gefahr des Verlustes ihres dominierenden Einflusses in Ostasien. Durch die Unterstützung Südkoreas und Taiwan versucht sie diesen Tendenzen entgegenzuwirken.

Nicht betrachtet wurde die Position von anderen Pazifiknationen, wie Australien, die die chinesischen Bestrebungen im pazifischen Raum intensiv verfolgen und China als Bedrohung ihrer Interessen und Einflussosphäre ansehen.¹⁵⁷ Derzeit kann in der Region von politischen Spannungen bzw. ggf. einem politischen Konflikt ausgegangen werden, die bzw. der auf einer mittelfristigen Zeitachse zu einem bewaffneten Konflikt eskalieren könnte. Sichtbares Anzeichen für die australische Wahrnehmung einer chinesischen Bedrohung ist das Vorhaben, ein 70 Mrd. US-Dollar umfassendes Rüstungsprogramm „Force 2030“ aufzulegen, in dem die Anschaffung von sechs neuen U-Booten, acht neuen Kriegsschiffen, hundert Flugzeugen F-35 und Langstreckenraketen, sowie die Ausstattung aller Kriegsschiffe mit weitreichenden Marschflugkörpern (DW 2009: 1 ff)¹⁵⁸ im Mittelpunkt stehen.

Als Ergebnis der Betrachtungen in diesem Kapitel ist festzuhalten, dass die sicherheitspolitische Stabilität in vielen Regionen der Erde als nicht gegeben eingestuft werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund von 247 bewaffneten Konflikten auf der Erde. Die Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum werden im weiteren Fokus der sicherheitspolitischen Betrachtungen hinsichtlich der Konfliktgenerierung stehen. Hier gilt es etwa Konfliktvermeidungsstrategien, vornehmlich auf multilateraler Ebene, zu erarbeiten und

¹⁵⁷ Vgl. dazu das neue australische Verteidigungsweißbuch aus dem Jahre 2009, welche strategische Aussagen bis 2030 enthält, in dem die USA weiter als wichtigster Verbündeter angegeben ist. Siehe dazu auch: J. Mearsheimer, China vs. USA: Der aufziehende Sturm, Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2010, Seite 87-88.

¹⁵⁸ Siehe DW-World vom 02.05.2009, „Australien steckt Milliarden in neue Waffen“, Datum der Ansicht: 21.07.2011, Quelle: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4223680,00.html>. Im Artikel wird davon ausgegangen, dass in den nächsten 20 Jahren im pazifischen Raum ein Krieg zwischen Australien und China möglich ist und mit dem Rüstungsprogramm Australien auf die Rüstungsaktivitäten Chinas reagiert und für die Fall eines Krieges militärische Vorsorge trägt.

umzusetzen. Insbesondere sind hier die Hauptakteure in der Region einzubinden. Mit Blick auf den indisch-pazifischen Raum muss die Entwicklung in Indien und Pakistan stetig betrachtet werden. Neben den Spannungen zwischen beiden Staaten ist die innenpolitische Stabilität in Pakistan von essentieller Bedeutung für die politische Entwicklung in der Region, wie besorgniserregend diese derzeit ist, verdeutlicht neben den Unruhen nach der Tötung Osama Bin Ladens am 06.05.2011 in Pakistan, der jüngste Anschlag mit 20 Toten und 120 Verletzten in Mumbai vom 13. Juli 2011¹⁵⁹, der, analog zum Anschlag vom 26.11.2008 auf zwei Luxushotels in Mumbai, von Pakistan aus durch islamistische Extremisten geplant und gestartet wurde.

Die im Kapitel 2 darstellten Konflikte besitzen durchweg eine maritime Dimension, wobei diese nur eine in der Gesamtbetrachtung der Konfliktfelder ist und in Wechsel- und Interferenzbeziehungen zu anderen Dimensionen steht. Festzustellen ist, dass die maritime Komponente in den heutigen Konflikten einen signifikanten Stellenwert einnimmt. Zu erwarten ist, dass dieser zukünftig noch stärker in Erscheinung treten wird, wodurch maritime Lösungsansätze, auch auf einer kurzfristigen Zeitachse, erforderlich werden können. Erkennbar ist weiterhin, dass zwar eine diplomatische Konfliktbewältigung im Vordergrund der Aktivitäten der beteiligten Staaten steht, jedoch, wie an Beispielen belegbar, eine Verlagerung der Konfliktlösung auf das militärische Handeln bzw. Eingreifen in den Erwägungen der politischen Entscheidungsträger eine Rolle spielt. Dies beschränkt sich nicht nur auf die Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern wird auch in den westlichen Industrienationen thematisiert.

¹⁵⁹ Vgl. dazu u. a. <http://www.sueddeutsche.de>, „Anschläge in Mumbai“, Artikel vom 14.07.2011, Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/H5Q38w/102616/Anschlaege-in-Mumba.html>, Datum der Ansicht: 21.07.2011.

3. Die Faktoren des maritimen Umfeldes bis 2030+ – aktueller Stand und Tendenzen bis 2030+

Nachdem der theoretische Rahmen und die darauf aufbauende Methodik in den vorhergehenden Kapiteln dargestellt worden sind, erfolgt ab diesem Kapitel die Eingrenzung der Konfliktinduktion durch und auf die Faktoren des maritimen Umfeldes. Im Kontinuum der Konfliktinduzierung stellt die Gesamtheit der Faktoren des derzeitigen und zukünftigen maritimen Umfeldes den Ausgangspunkt dar. In diesem Kapitel werden daher die das maritime Umfeld grundlegend kennzeichnenden Faktoren erörtert.

Die Faktoren des maritimen Umfeldes bis 2030+, denen sich unsere Gesellschaft gegenüber sieht, werden sich auf alle Lebensbereiche erstrecken. Sowohl die maritime Umwelt, die maritime Wirtschaft, einschließlich des Seeverkehrs und Fischereiwesens sowie der Energie- und Wasserressourcen, und die sicherheitspolitischen Aspekte werden die Bundesrepublik Deutschland betreffen und es vor kaum diskutierten Herausforderungen gegenüber stellen¹⁶⁰. In den folgenden Abschnitten wird eine Auswahl dieser vorgestellt um dann in einem weiteren Schritt mögliche Lösungsansätze in den nachfolgenden Abschnitten betrachten zu können. Aufgrund der Vielfältigkeit der Faktoren und Beziehungen zwischen ihnen kann in dieser Arbeit kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Vielmehr werden die für die Gesamtbetrachtung des maritimen Umfeldes prägnantesten Faktoren aufgegriffen.

3.1. Die Umwelt und die Natur

Besonders die Änderungen in den atmosphärischen und ozeanographischen Parametern können hinsichtlich der Veränderungen des natürlichen maritimen Umfeldes teilweise erhebliche Auswirkungen haben¹⁶¹. Der Anstieg der Temperatur, in Verbindung mit dem Anstieg der Konzentration an Spurengasen, ist die in der breiten Öffentlichkeit bekannteste Auswirkung, jedoch sind Änderungen in den Niederschlagsmengen gravierender, da diese sich auf regionale Süßwasserressourcen und die Nahrungsmittelproduktion auswirken können,

¹⁶⁰ Vgl. dazu auch den Griephan-Brief special 1/2010, T. Albrecht und J. Beckmann, Die maritime Realität 2030, in diesem Dokument wird die grundlegende Idee der Arbeiten zum Thema des maritimen Umfeldes 2030+ vorgestellt, indem alle in dieser Arbeit dargestellten Aspekte ansatzweise einer ersten Zusammenschau betrachtet werden.

¹⁶¹ Vgl. hierzu u. a. den Mittler-Brief 1/2011 zum Thema Klimadiskussion im sicherheitspolitischem Kontext, T. Albrecht und J. Beckmann. In diesem Aufsatz wird der Zusammenhang zwischen Klimaparametern und Sicherheitspolitik diskutiert und in einen Kontext für maritime Fähigkeiten gesetzt.

welche dann sicherheitspolitische Implikationen zur Folge haben können. Eine weitere derzeit kontrovers diskutierte Größe ist die Eisbedeckung des Arktischen Ozeans. Aus dessen Verminderung können sich bisher noch nicht absehbare Konflikte generieren, die aus Streitigkeiten bezüglich der Seeraumnutzung hinsichtlich der Ressourcenabschöpfung im Ozean, der Fischereirechte und der Gewährung von Durchfahrtsrechten resultieren. Zusätzlich ergibt sich aus dem Transport von großen Mengen an Meereis aus dem Arktischen Ozean in den nördlichen Nordatlantik der Aspekt der Modifizierung von Wassermassen^{162,163} wodurch infolge der Aussüßung des Ozeans, die Zirkulationssysteme im Ozean verändert werden könnten. Des Weiteren wäre mit einer Änderung im Windregime zu rechnen, welches beispielsweise für den Mitteleuropäischen Raum mehr Trockenperioden bedeuten würde, andererseits jedoch Überflutungsgefahr für Nordeuropa inklusive des Auftretens von Extremwetterereignissen zur Folge haben könnte. Diese naturbedingten Faktoren können in sicherheitspolitischer Hinsicht mit Ihren Auswirkungen auf das Niederschlagsangebot und der Vernichtung von urbanen Räumen in das Blickfeld der politischen Debatten rücken.

¹⁶² Der genannte Eistransport infolge der Aussüßung des Meereswassers wirkt sich auf die Eisbedeckung des Arktischen Ozeans aus. Dessen Eisbedeckungsminimum lag bisher im Sommer / Herbst 2009 und betrug 4,52 Millionen Quadratkilometer. Dies war die zweitkleinste Fläche seit Beginn der Aufzeichnung von Satellitendaten 1979 durch das National Snow and Ice Data Center (NSIDC) der US-Raumfahrtbehörde NASA, das an der University of Colorado in Boulder angeschlossen ist. Lediglich im September 2007 war die nördliche Eisbedeckungsmenge der Erde noch kleiner. Setzt sich dieser negative Trend der vorangegangenen Jahre weiter fort, so ist nach (Lindsay et al. 2009: 165 ff), (Overland et al. 2008: 589 ff) und (Belchansky et al. 2008: 716 ff) mit einer dauerhaften geringeren Eisbedeckung in den kommenden Jahrzehnten zu rechnen. In deren Analysen mit Daten aus dem vergangenen März, wo die Eisdecke am Ende des arktischen Winters ihre maximale Ausdehnung erreicht, im langjährigem Vergleich einen negativen Trend aufwies. Es wurde festgestellt, dass bereits der Zerfall des dickeren älteren Meereises fortgeschritten war und nur noch 30 Prozent dieser Eismassen die Fläche des arktischen Ozeans bedeckte, im Vergleich dazu, waren es früher 50 – 60 Prozent Bedeckung. Verstärkt wird das Phänomen durch einen windinduzierten Transport aus der Arktis hinaus auf den Atlantik.

¹⁶³ Vgl dazu die oben genannten Autoren: Lindsay, R. W., Zhang, J., Schweiger, A., Steele, M., Stern, H.: Artic Sea Ice Retreat in 2007 Follows Thinning Trend, *J. of Climate*, 22(1), 2009, 165-176; Overland, J.E., Wang, M. and S. Salo, 2008: The recent Arctic warm period, *Tellus*, 60A, 2008, 589-597; Belchansky, G.I., Douglas, D.C. and Platonov, N.G., 2008: Fluctuating Arctic Ice Thickness Changes Estimated by an In Situ Learned and Empirically Forced Neutral Network Model, *J. of Climate*, Vol. 21, 2008, 716-728.

3.1.1. Beobachtbare Änderungen von Umweltparametern

Temperatur und Spurengase

Die Änderungen in der globalen Durchschnittstemperatur in Verbindung mit dem Anstieg an anthropogenen und biogenen Spurengasen in der Atmosphäre, der Anstieg des Meeresspiegels, der Rückgang der Schneebedeckung sowie der des Eisbedeckungsgrades und der Eisdicke im nördlichen Polargebiet sind messbare Kenngrößen der sich verändernden Umweltfaktoren.

Seit Beginn der Messungen 1850 ist die globale bodennahe Durchschnittstemperatur um $0.76 \pm 0.19^\circ \text{C}$ angestiegen (IPCC 2007b: 5)¹⁶⁴. Der Anstieg der Durchschnittstemperatur in den vergangenen 100 Jahren betrug zum Vergleich $0.074 \pm 0.018^\circ \text{C}$ pro Dekade. In den letzten 50 Jahren erhöhte er sich auf $0.13 \pm 0.03^\circ \text{C}$ pro Dekade. Seit 1975 stieg die Temperatur um ca. 0.2°C pro Dekade an. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zeigte die Erderwärmung zunächst große Schwankungen auf, die jedoch während der letzten 50 Jahre gleichförmig stetig anstiegen und ab 1975 eine deutliche Tendenz zu höheren Temperaturwerten zeigt (AGeoBw 2010: 8). Die Abbildungen 3.1.1.1. und 3.1.1.2. sowie die Tabelle 3.1.1.1. verdeutlichen diesen Sachverhalt anschaulich.

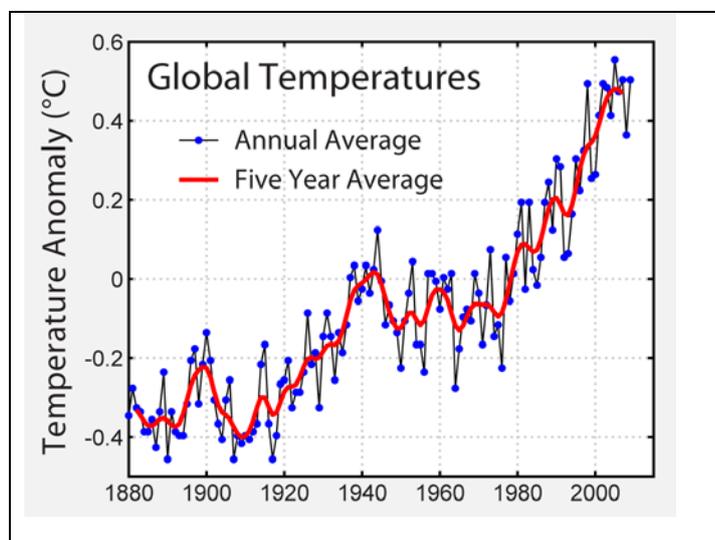


Abb. 3.1.1.1.: Die Abbildung zeigt den instrumentell aufgenommenen globalen Anstieg der Oberflächentemperatur der Erde, aufgenommen vom NASA Goddard Institute for Space Studies und die dazugehörige globale Temperaturanomalie, bezogen auf den

¹⁶⁴ Vgl dazu zusätzlich: Amt für Geoinformationswesen: Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik, 2010, Seite 8 ff.

Vergleichszeitraum 1961-1990, veröffentlicht in "Global temperature change". Proc. Natl. Acad. Sci. 103: 14288-14293, 2006. Quelle: <http://data.giss.nasa.gov/gistemp/graphs/>, Datum der Erstellung: 20.02.2010, Datum der Speicherung: 29.04.2011.

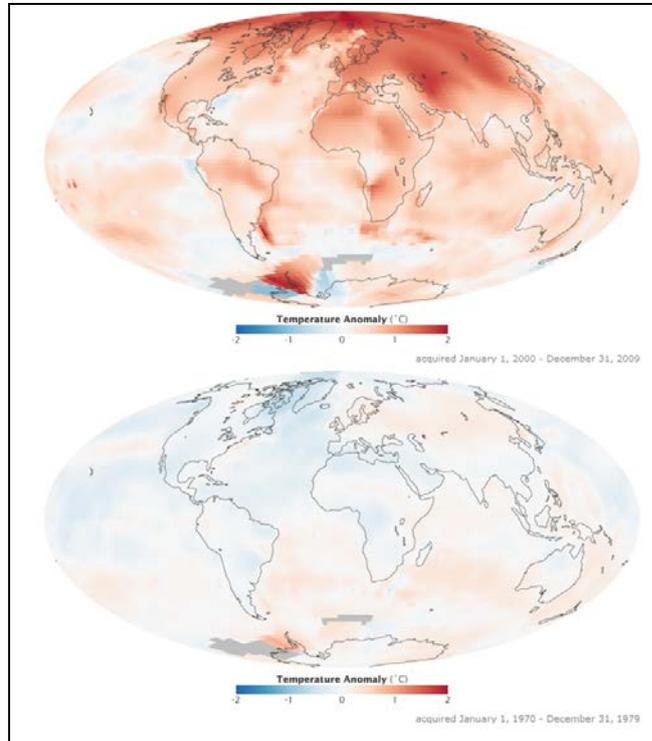


Abb. 3.1.1.2.: Die Abbildung zeigt die Differenz zwischen der weltweiten bodennahen Lufttemperatur im Zeitraum 1970-79 (unten) zu den Jahren 2000-2009 (oben) bedingt durch die globale Erwärmung. Aufgezeigt sind jeweils Temperaturanomalien in den genannten Zeiträumen gegenüber dem Standardzeitraum von 1951-1980, absolute Temperaturwerte werden nicht dargestellt. Quelle: <http://earthobservatory.nasa.gov/IOTD/view.php?id=47628>, Datum der Erstellung: 10.12.2010, Datum der Speicherung: 29.04.2011.

	Temperature change relative to 1900		
	1940	1970	1994
Greenhouse gases	0.10	0.38	0.69
Sulfate emissions	-0.04	-0.19	-0.27
Solar forcing	0.18	0.10	0.21
Volcanic forcing	0.11	-0.04	-0.14
Ozone	-0.06	0.05	0.08
Net	0.19	0.17	0.53
Observed	0.26	0.21	0.52

Tabelle 3.1.1.1.: In der Tabelle sind die Temperaturänderungen, inklusive der natürlichen und anthropogenen Einflussfaktoren, relativ zum Jahr 1900. Zwischen 1900 und 1994 wird eine globale Erwärmung von 0.52°C , die sich aus den aufgezeigten Einzelgrößen zusammensetzt. Tabelle aus: (Meehl et al. 2004: 3721 ff).¹⁶⁵

Regional zeigen sich große Unterschiede bei der Erwärmung. In der Arktis und den angrenzenden Gebieten ist sie am stärksten. Die Temperaturen dort stiegen fast doppelt so schnell wie im globalen Mittelwert. Über den Kontinenten stieg die Temperatur während der vergangenen Jahrzehnte doppelt so schnell wie über den Ozeanen, dies zeigt sich an den Absolutwerten von 0.54°C über den Kontinenten und 0.26°C über den Ozeanen. Über der Nordhalbkugel ist die Erwärmung höher als über der Südhalbkugel, aufgrund der Landmassenverteilung¹⁶⁶. Feste Erde erwärmt sich schneller ein Wasserkörper. Über der Antarktis ist noch keine Erwärmung zu beobachten (IPCC 2007b: 5 ff)¹⁶⁷. Zusätzlich verstärkt wird die Temperaturerhöhung über der Nordhemisphäre durch die erhöhten Konzentrationen von biogenen und anthropogenen Spurengasen in der Troposphäre und unteren Stratosphäre¹⁶⁸. Sowohl im nördlichen Polargebiet als auch in den Subtropen und Tropen der nördlichen Breiten geben Kohlenmonoxid (CO), Methan (CH₄), Carbonylsulfid (COS) sowie

¹⁶⁵ Vgl. Meehl, G.A., Washington, W.M., Ammann, C.A., Arblaster, J.M., Wigley, T.M.L. and Tebaldi, C.: Combinations of Natural and Anthropogenic Forcings in Twentieth-Century Climate, *Journal of Climate* 17, 2004, 3721-3727.

¹⁶⁶ Vgl. dazu die Abbildung 3.1.1.2.

¹⁶⁷ Vgl. dazu zusätzlich: Amt für Geoinformationswesen: Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik, 2010, Seite 10 ff.

¹⁶⁸ Darunter fallen auch die Treibhausgase.

Non Methane Hydrocarbons (NMHC) und Formaldehyd (CH₂O) Indikationen für einen signifikanten Anstieg in den letzten Jahren, der sowohl von den Emissionen der Industriestaaten als auch von der Biomassenverbrennung in Afrika und Südamerika verursacht wird. So nahm beispielsweise das troposphärische Treibhausgas CO pro Jahr zwischen 1.0 und 2.4 % je nach Autor und Bezugszeitraum zu (Notholt 1998: 3 ff; WMO 1995: 1 ff; Notholt et al.: 2000: 1337 ff; Albrecht et al. 2002: 1713-1718)¹⁶⁹.

Meeresspiegel

Die global gemittelten Meeresspiegeldaten, seit 1870 aufgezeichnet, zeigen, dass bis in unser Jahrzehnt einen gleichförmigen Anstieg, der sich in den letzten Jahren noch beschleunigt hat. Der Meeresspiegel ist um 20 cm im globalen Mittel angestiegen. Im vergangenen Jahrhundert stieg er um 17 ± 5 mm pro Jahrzehnt. Dieser Wert erhöhte sich seit 1993 auf 31 mm pro Jahrzehnt (IPCC 2007b: 5 ff), Abbildung 3.1.1.3. verdeutlicht diese Tendenz. Die Ursache des Anstiegs ist die Ausdehnung des Wasserkörpers bei seiner Erwärmung, wie in Abbildung 3.1.1.4.a. und b. dargestellt sowie die Zufuhr von Schmelzwasser der Gletscher, verdeutlicht in Abbildung 3.1.1.5. Der fast doppelt so hohe Anstieg in heutiger Zeit ist vermutlich durch das Abschmelzen des Grönlandeises und den Abbruch des antarktischen Eisschelfs verursacht.

¹⁶⁹ Die Bezugszeiträume der einzelnen Untersuchungen ergeben sich wie folgt:

Notholt, J.: Räumliche und zeitliche Variation atmosphärischer Spurengase aus bodengebundenen Messungen mit Hilfe eines Michelson Interferometers, Habilitationsschrift im Fachbereich Geowissenschaften der FU Berlin, 1998: Zeitraum 1992-1997;

WMO: Report No. 38, Scientific Assessment of Ozone Development: 1994, WMO, P.O. BOX 2300, Geneva 2, CH 1211, 1995: Zeitraum 1980-1989; Notholt, J., Toon, G.C., Rinsland, C.P., Pougatchev, N.S., Jones, N.B., Connor, B.J., Weller, R., Gautrois, M., Schrems, O.: Latitudinal variations of trace gas concentrations in the free troposphere measured by solar absorption spectroscopy during a ship cruise, J. Geophys. Res. 105, 2000, Seite 1337-1349: Zeitraum 1992-1997; Albrecht, T., Notholt, J., Wolke, R., Solberg, S., Dye, C., Malberg, H.: Variations of CH₂O and C₂H₂ determined from groundbased FTIR measurements and comparison with model results. Advances in Space Research, Vol. 29, No.11, 2002, Seite 1713-1718: Zeitraum 1992-1998.

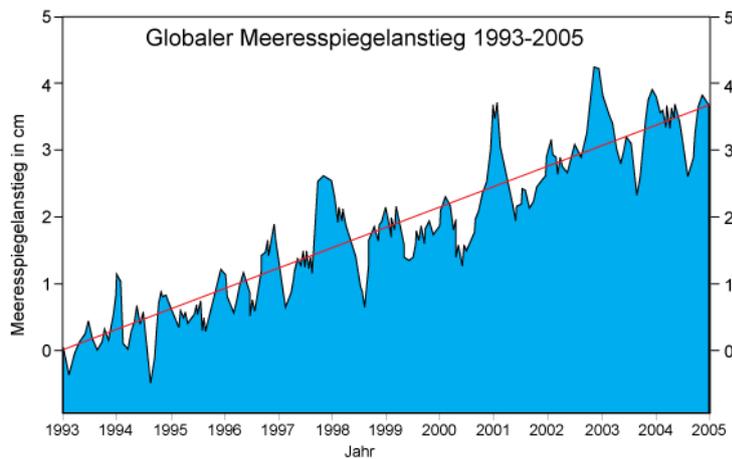
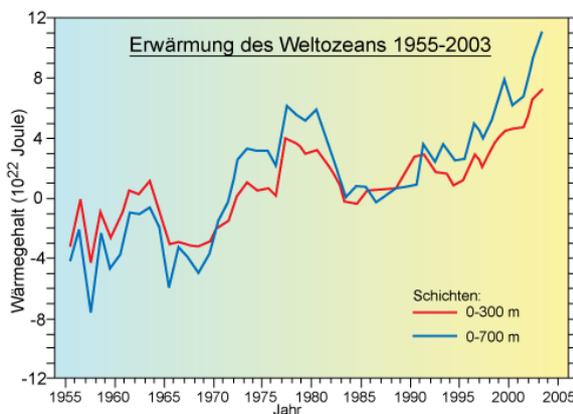


Abb. 3.1.1.3.: Die Abbildung zeigt den Anstieg des globalen Meeresspiegels 1993-2005 nach Satellitenmessungen. Die rote Linie zeigt den linearen Trend¹⁷⁰. Quelle: <http://www.hamburger-bildungsserver.de/index.phtml?site=themen.klima>, Datum der Erstellung: 07.02.2008, Datum der Speicherung: 02.05.2011.

a.



b.

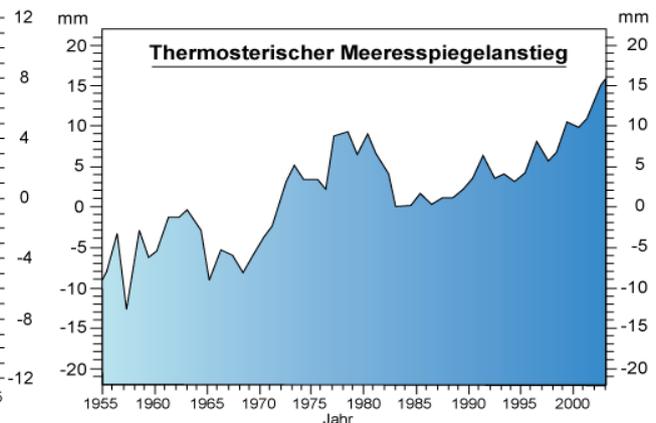


Abb. 3.1.1.4.a. und b.: Die Abbildung zeigt in: **a.** die Veränderung des Wärmegehalts in den oberen Schichten des Ozeans, erkennbar ist einerseits ein deutlicher Trend, andererseits ausgeprägte Dekadenschwankungen¹⁷¹, **b.** den durch Erwärmung verursachte

¹⁷⁰ Vgl. Cazenave, A. und Nerem, R.: Present-day sea level change: observations and causes. *Reviews of Geophysics* 42 (3), 2004, Seite 139-150.

¹⁷¹ Vgl. Veränderte Abbildung von Dieter Kasang, Hamburger Bildungsserver, nach Levitus, S., Antonov, J..., Boyer, T.: Warming of the world ocean, 1955-2003, *Geophys. Res. Lett.*, Vol. 32, No. 2, L02604 10.1029/2004GL021592, 2005; Levitus, S., J. Antonov, T.; Boyer: Warming of the world ocean, 1955-2003, *Geophys. Res. Lett.*, Vol. 32, No. 2, L02604 10.1029/2004GL021592, 2005.

Meeresspiegelanstieg 1955-2003 für die 0-700m Schicht¹⁷². Quelle: <http://www.hamburger-bildungsserver.de/index.phtml?site=themen.klima>, Datum der Erstellung: 02.07.2007, Datum der Speicherung: 02.05.2011.

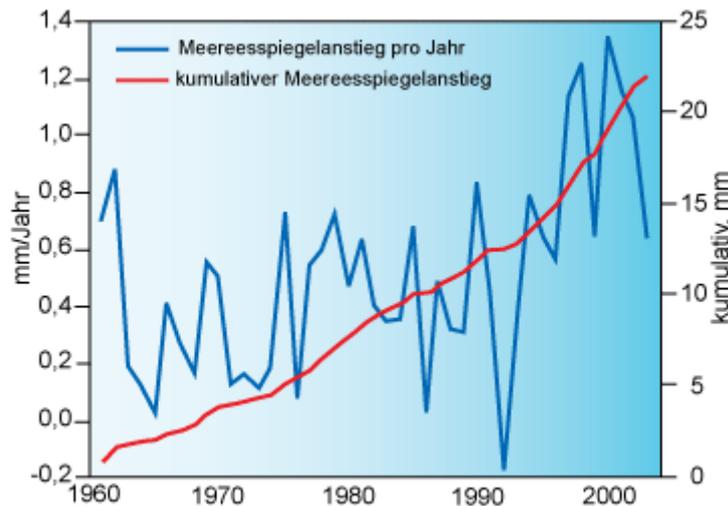


Abb. 3.1.1.5.: Die Abbildung zeigt Meeresspiegelanstieg durch das Schmelzen von Gletschern und Eiskappen 1961-2003. Die blaue Kurve gibt den jährlichen Anstieg in mm pro Jahr und die rote Kurve den kumulativen Anstieg in mm pro Jahr wieder¹⁷³. Quelle: <http://www.hamburger-bildungsserver.de/index.phtml?site=themen.klima>, Datum der Erstellung: 27.07.2008, Datum der Speicherung: 02.05.2011.

Niederschlag

Die Veränderungen in den Niederschlagsmengen variieren von Region zu Region, generell ist von einer Zunahme in den hohen Breiten und einer Abnahme in den Subtropen auszugehen. In den Wintern der mittleren Breiten werden die Niederschläge zu und in den Sommern abnehmen (IPCC 2007b: 76)¹⁷⁴. Signifikant wird dabei zu beobachten sein, dass etwa in Nordeuropa, in Zentral- und Nordasien, sowie im östliche Nord- und Südamerika deutlich

¹⁷² Veränderte Abbildung von Dieter Kasang, Hamburger Bildungsserver, nach Antonov, J.I., Levitus, S. and Boyer, T.P.: Thermosteric sea level rise n, 1955-2003, *Geophysical Research Letters*, 32(12), L12602, doi:10.1029/2005GL023112, 2005; Antonov, J.I., S. Levitus, and T.P. Boyer: Thermosteric sea level rise, 1955-2003, *Geophysical Research Letters*, 32(12), L12602, doi:10.1029/2005GL023112, 2005.

¹⁷³ Veränderte Abbildung von Dieter Kasang, Hamburger Bildungsserver, nach Dyurgerov, M. and Meier, M.F. *Glaciers and the Changing Earth System: a 2004 snapshot*, 2005, http://scholar.google.com/url?sa=U&q=http://instaar.colorado.edu/other/download/OP58_dyurgerov_meier.pdf

¹⁷⁴ Vgl. dazu zusätzlich: Amt für Geoinformationswesen, *Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik*, 2010, Seite 10 ff.

höhere Niederschläge zu erwarten sind. Im Mittelmeerraum hingegen, sowie im südlichen Afrika und in Südasien sind signifikant trockenere Jahreszeiten vorhergesagt. Alle nicht explizit genannten Regionen werden keine signifikanten Langzeittrends aufzeigen. Des Weiteren wird die Sturm- und Extremwetterhäufigkeit zu nehmen (IPCC 2007b: 254 ff). Abbildung 3.1.1.6. zeigt dazu exemplarisch die Zunahme der Hurrikanaktivität im atlantischen Raum.

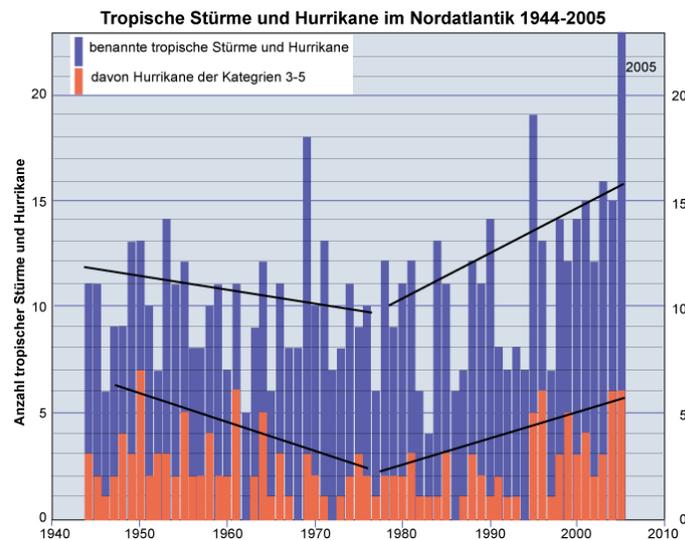


Abb. 3.1.1.6.: Die Abbildung zeigt die atlantische Hurrikan-Statistik, Neben Schwankungen von Jahr zu Jahr ist eine deutliche Dekaden-Schwankung erkennbar. In den 1940er und 1950er Jahren gab es relativ viel tropische Stürme und Hurrikane, in den 1970er und 1980er Jahren relativ wenige. Seit Mitte der 1990er Jahre zeigt sich ein erneuter Anstieg der Hurrikan-Aktivität.¹⁷⁵

Quelle: <http://www.hamburger-bildungsserver.de/index.phtml?site=themen.klima>, Datum der Erstellung: 27.07.2008, Datum der Speicherung: 02.05.2011.

Arktische Meereisbedeckung

Die Veränderungen in der Arktis, aufgrund der Änderungen von atmosphärischen und ozeanographischen Parametern und deren Implikation auf das arktische Klima, schlagen sich

¹⁷⁵ Kerr, R.A. gibt einen knappen Überblick zu den Stellungnahmen: Is Katrina a Harbinger of Still More Powerfull Hurricanes?, Science 309, 2005, Seite 1807; zusätzlich wird auf den Artikel von Pielke Jr., R.A., Landsea, C., Mayfield, M, Laver, J. and Pasch, R hingewiesen, der eine kritischen Bewertung vollzieht: Hurricanes and Global Warming, Bulletin of the American Meteorological Society 86/11, 2005, Seite 1571-1575.

in einer dünneren Eisdecke sowie in einer geringeren Ausdehnung der Eisbedeckung nieder (Gerdes und Köberle 2007: 3-7; Haas et al. 2008: 2; Haas et al. 2010: 4). Einen Beitrag zur Meeresspiegelerhöhung ist durch das Abschmelzen des Meereises nicht zu erwarten, da es sich um schwimmendes Eis handelt. Die Ausdehnung des Meereises im Arktischen Ozean wurde erstmals 1978 mittels Satelliten vermessen. Seit dem ist eine Abnahme um 2.7 ± 0.6 % pro Jahrzehnt erkennbar. Im Sommer ist die Abnahme pro Jahrzehnt 7.4 ± 2.4 % (IPCC 2007b: 7 ff)¹⁷⁶. Die arktischen Eismaxima in den Wintern 2006/2007 waren die niedrigsten bisher Gemessenen. Im März 2007 betrug die vom Eis bedeckte Fläche der Arktis nur 14.7 Mio. km². Messwerte aus dem arktischen Sommer 2007 bestätigen die Aussage von einem anhaltenden abfallenden Trend in der Eisbedeckung (NSDIC 2007: 1)¹⁷⁷. Im September 2007 war die vom Eis bedeckte Arktisfläche so klein wie nie zuvor, sie betrug 4.28 Mio. km². Der bisherige Sommertiefstwert lag im Jahre 2005 bei 5.57 Mio. km², Abbildung 3.1.1.7. verdeutlicht diese Situation. Dies entspricht einem Rückgang von 23 % bzw. einem Gebiet fünf Mal so groß wie die Fläche Großbritanniens (Lindsay et al. 2009: 165-167, Lindsay et al. 2009: 171)¹⁷⁸. In den Folgejahren blieb der Wert unter dem von 2005 (Perovich et al. 2009: 1)¹⁷⁹. Die Ausdehnung von 2007 entspricht der gemäß in den IPCC Szenarien modellierten Eisabnahme für 2035¹⁸⁰. So dass hier eine rascher abnehmende Tendenz, als im Modell vorgesagt, beobachtet werden kann. Signifikant ist die Abnahme in der Eisbedeckung des mehrjährigen Eises, wie in Abbildung 3.1.1.8. und 3.1.1.9. zu erkennen ist.

¹⁷⁶ Vgl dazu zusätzlich: Amt für Geoinformationswesen: Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik, 2010, Seite 10.

¹⁷⁷ Siehe dazu: National Snow and Ice Data Center (NSDIC): "Arctic Sea Ice Narrowly Misses Wintertime Record Low", 2007, Press Release vom 04.04.2007, Seite 1.

¹⁷⁸ Siehe dazu: Lindsay, R.W., Zhang, J., Schweiger, A., Steele, M., Stern, H.: Arctic Sea Ice Retreat in 2007 Follows Thinning Trend, *J. of Climate*, 22(1), 2009, Seite 165-176.

¹⁷⁹ Vgl. dazu: Arctic Report Card, up date 2010, Sea Ice Cover, D. Perovich, W. Meier, J. Maslanik, and J. Richter-Menge.

¹⁸⁰ Anzumerken ist, dass im September die minimale Eisbedeckung und im März die höchste Eisbedeckung in der Arktis vorherrscht, derzeit gibt es eine Diskussion, ob in den IPCC-Szenarien nicht von 2350 statt von 2035 die Rede ist.

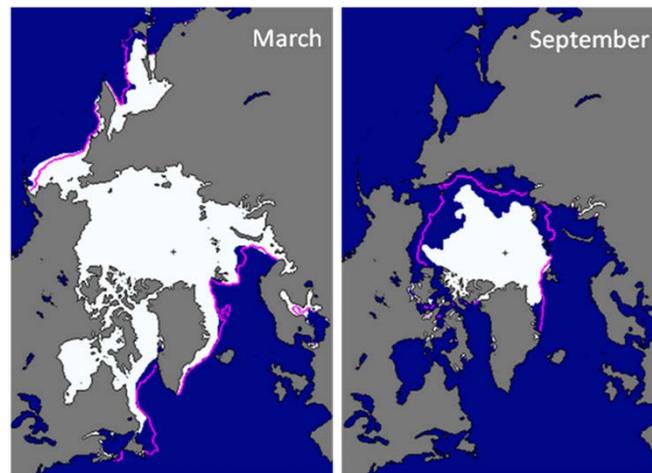


Abb. 3.1.1.7.: Die Abbildung zeigt die Seeisausdehnung 2010 im März. (links) und September (rechts). Zu erkennen ist das monatliche Wintermaximum und Sommerminimum. Die magentafarbene Linie gibt die mittlere maximale und minimale Eisausdehnung aus der Periode 1979-2000 an (Abb. nach NSIDC Sea Ice Index, nsidc.org/data/seaice_index).
Quelle: <http://www.arctic.noaa.gov/reportcard/seaice.html>, Datum der Erstellung: 15.10.2010, Datum der Speicherung: 03.05.2011.

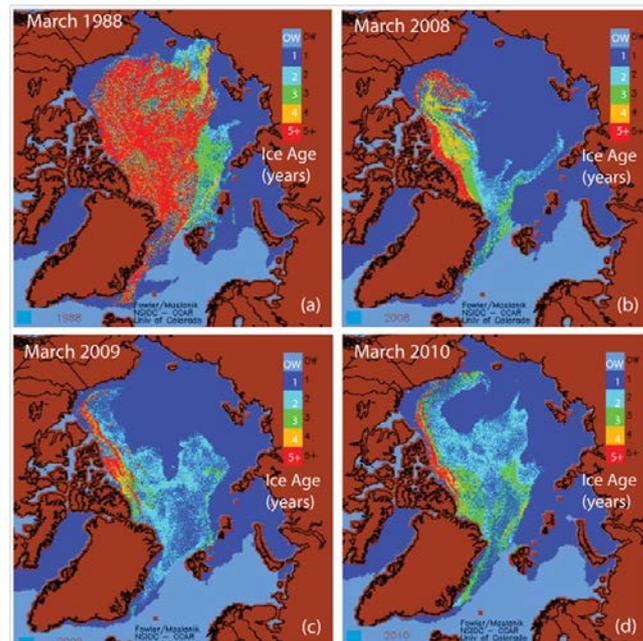


Abb. 3.1.1.8.: Die Abbildung zeigt das Alter des Meereises im Monat März der Jahre 1988 (a), 2008 (b), 2009 (c) und 2010 (d). Dargestellt ist der Verlust an mehrjährigem Eis im Arktischen Becken im Vergleich zu 1980 (Abb. nach NSIDC Sea Ice Index, nsidc.org/data/seaice_index, J. Maslanik und C. Fowler).

Quelle: <http://www.arctic.noaa.gov/reportcard/seaice.html>, Datum der Erstellung: 15.10.2010, Datum der Speicherung: 03.05.2011.

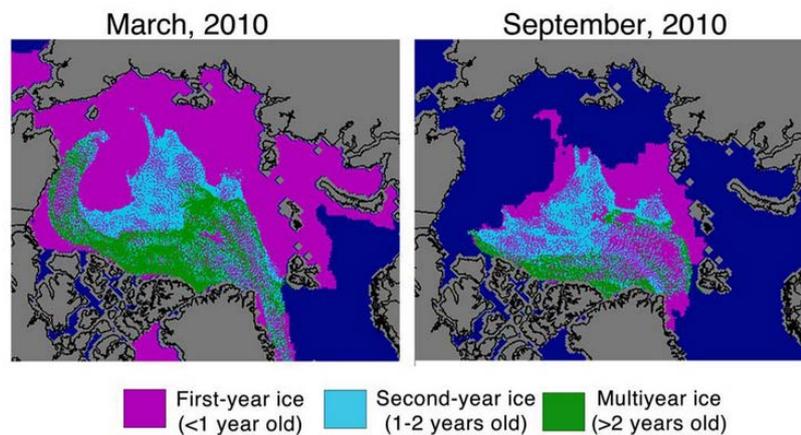


Abb. 3.1.1.9.: Die Abbildung zeigt das Alter des Meereises für März und September 2010 sowie die Abnahme des mehrjährigen Meereises im Sommer 2010 in der Tschuktschen- und Beaufort-See. (Abb. nach NSIDC Sea Ice Index, nsidc.org/data/seaice_index, J. Maslanik und C. Fowler).

Quelle: <http://www.arctic.noaa.gov/reportcard/seaice.html>, Datum der Erstellung: 15.10.2010, Datum der Speicherung: 03.05.2011.

Arktische Wassermassen

Im engen Zusammenhang mit den Änderungen in der Eisbedeckung und Eisdicke stehen die beobachteten Süßwasserzuflüsse aus den nördlichen Gebieten des Arktischen Ozeans in den südlichen Teil der Arktis. So ergeben etwa hydrographische Messungen in der Grönlandsee Änderungen in der Wassermassenzusammensetzung, die bedingt durch atmosphärische Schwankungen auf Zeitskalen von Monaten bis Jahren angesiedelt sind. Dieser windinduzierte Einfluss auf die Salzgehalte und Temperaturen ist besonders im DSOW, dem Denmark Street Overflow Water, ersichtlich. (Holfort und Albrecht 2007: 2) ersichtlich. Die aus den Daten vor 1990 in der GIN- (Grönland-Island-Norwegensee) See beobachteten Langzeitänderungen lassen eine Abnahme des Salzgehaltes in den letzten 40 Jahren erkennen, die nicht nur durch die beobachteten Änderungen im Windregime nördlich der Dänemarkstrasse erklärbar sind, so dass großskalige advective Prozesse, etwa die der Seeestransporte, in die Betrachtung der möglichen Prozesse einzubeziehen sind. Zusätzlich werden etwa Salzgehaltsabnahmen in der GIN-See bis Anfang der Achtziger Jahre sowie die signifikante Anomalie im Eisexport durch die Framstrasse, besonders Mitte der Neunziger Jahre, durch eine atmosphärische

Induktion auf den Ozean in der Arktis mitbestimmt. Des Weiteren generieren NAO¹⁸¹-Phasen mit verschiedenem Vorzeichen unterschiedliche Salzgehalte im Oberflächenwasser auf einer Zeitskala von ca. einem Jahr und wirken auf die südwärts gerichtete Eisdrift durch die Framstrasse, die sich in im Süßwasserbudget und somit auf den Salzgehalt des nördlichen Nordatlantiks niederschlägt.

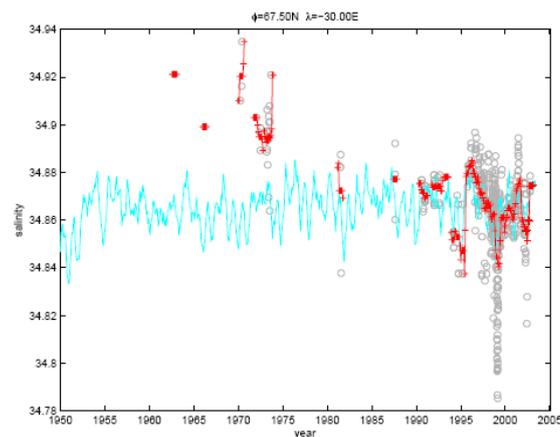


Abb. 3.1.1.10.: Die Abbildung zeigt den Salzgehalt von einzelnen Stationen im Ostgrönlandstrom an der Südspitze Grönlands sowie das gleitende Mittel durch die Daten der DSOW-Salzgehalt-Zeitreihe (rot) und der Differenz des mittleren Luftdruckes in Meeresspiegelhöhe (mSLP (mean Sea Level Pressure)) zwischen 67.5° N 30° W und Island. Die Datensätze enthalten Daten, die vor 1990 gemessen worden sind.¹⁸²

Zusätzlich zu den oben genannten beobachteten Änderungen sind gemäß IPCC 2007 die folgenden von Bedeutung:

1. Die Verminderung der Gebirgsgletscher und die Zunahme der Abschmelzrate (IPCC 2007b: 44; WBGU 2006: 2; Gregory et al. 2004: 616¹⁸³).

¹⁸¹ NAO: Nordatlantische Oszillation, siehe dazu grundlegend bei Hurrell et al.; Hurrell, J. W., Kushnir, Y., Ottersen, G., and Visbek, M.: An overview of the North Atlantic Oscillation., in: The North Atlantic Oscillation: climatic significance and environmental impact. Edited by: Hurrell, J. W., Kushnir, Y., Ottersen, G., and Visbek, M., American Geophysical Union, 2003, Seite 1–36.

¹⁸² Siehe dazu: Holfort, J. und Albrecht, T.: Atmospheric forcing of DSOW salinity, Ocean Science, 3, 2007, Seite 411-416 und T. Albrecht, HANSA – International Maritime Journal, Köhler-Verlag, 01/2010, 2010, Seite 55–60.

¹⁸³ Vgl. Gregory, J.M, Huybrechts, P. und Rapers, S.C.B.: Threatened loss of the Greenland ice-sheet, Nature, Vol 428, 08.04.2004, Seite 616.

2. Der Anstieg der Temperatur der Permafrostböden in der Arktis und die dadurch hervorgerufene Abnahme der maximalen Ausdehnung des Gebietes mit jahreszeitlich gefrorenem Boden um 7 % seit 1900 (IPCC 2007b: 7).¹⁸⁴
3. Die Abnahme des pH-Wertes im Ozean seit 1750 um 0.1 (IPCC 2007b: 48) und das dadurch vermutlich verursachte Korallensterben (IPCC 2007c: 52).¹⁸⁵

Bedeutung und Eigenschaften der Küstenzonen

Die Küstenzone als Schnittstelle zwischen den Landmassen, dem Ozean und der Atmosphäre wird durch vielfältige Parameter gekennzeichnet, die etwa dem oben genannten Meeresspiegel, der Oberflächentemperatur und der windgetriebenen Zirkulation des Ozeans sowie dem küstennahen Windsystemen der Troposphäre. Die Küstenzonen unterliegen bedingt durch ihre Schnittstellenfunktion ständigen Veränderungsprozessen, die sowohl von Landparametern als auch von denen des Meeres induziert¹⁸⁶. Somit ergibt sich ein komplex gestalteter Raum, der vom Menschen stark geprägt ist (WOR 2010: 60). Die Küstenzonen der Erde gestalten sich derzeit noch vielfältig¹⁸⁷.

- So bedecken Sie etwa 20 Prozent der Erdoberfläche;
- dienen als Transportwege und Wirtschaftszentren, was zukünftig noch verstärkt der Fall sein wird;
- sind ein Tourismusgebiet;
- dienen als Rohstoffquelle für Mineralien und geologische Produkte mit zunehmender Tendenz;
- beherbergen wichtige Ökosysteme mit einer großen Artenvielfalt;
- wirken als eine wichtige Sedimentationsfalle, die Sedimente aus Flüssen bindet;
- dienen als Pufferwirkung zwischen Land und Meer und beeinflussen somit viele globale Parameter;
- dienen als Standort für Bevölkerungsansiedelungen, bis 75 Prozent aller Megastädte mit einer Einwohnerzahl von mehr als 10 Millionen befinden sich in den Küstenzonen und mehr als 45 Prozent der Weltbevölkerung finden Wohn- und Lebensraum an den Küsten

¹⁸⁴ Vgl dazu zusätzlich: Amt für Geoinformationswesen: Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik, 2010, Seite 10.

¹⁸⁵ Vgl dazu zusätzlich: Amt für Geoinformationswesen: Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik, 2010, Seite 10.

¹⁸⁶ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Die Zukunft der Meere – zu warm, zu hoch, zu sauer, Sondergutachten, 2006, Seite 1.

¹⁸⁷ Vgl. für die nachfolgenden Aufzählung World Ocean Review, Mit den Meeren leben, 2010, Seite 60 ff.

und

- dienen als Quelle für den Fischfang, ca. 90 Prozent der globalen Fischerei finden in Küstengewässern statt.

Die Küstengebiete sind die am bevölkerungsdichtesten Regionen der Erde mit steigender Tendenz, besonders in den flachen Küstenzonen, deren Gestalt sich auf kurzen Zeitskalen ändern kann. Viele Küstenstädte der Erde zählen zu den größten Städten (WBGU 2006: 47). Zusätzlich werden die Küstenzonen dahin verändert, in dem ständig städtebauliche Flächen erschlossen werden (WBGU 2006: 41). Die Abbildung 3.1.1.11. verdeutlicht die Bevölkerungsverteilung in Abhängigkeit von der Küstenform bzw. Höhenlage der Küste.

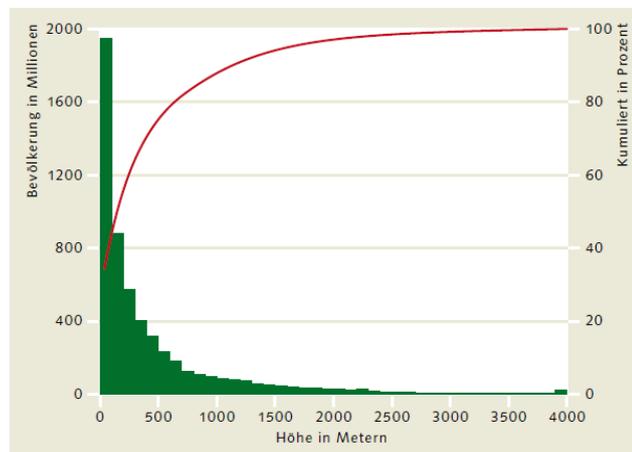


Abb. 3.1.1.11.: Die Abbildung zeigt die Höhenlagenabhängige weltweite Bevölkerungsverteilung (Quelle: World Ocean Review 2010: 60)¹⁸⁸.

Küstenformen durch Sedimente

Die Gestalt einer Küste wird durch mehrere Einflüsse geprägt, dabei stellen Schlamm, Sand und Kies die wichtigsten Faktoren bei der Umlagerung von Sedimenten, die durch winderzeugte Wellen und Strömungen, Gezeitenströme oder Flüsse, die ins Meer münden, ausgelöst werden dar (WOR 2010: 61). Dies führt zu Sedimentabtragung (Erosion) und Sedimentumlagerung/-ablagerung (Akkumulation). Diese Vorgänge werden durch die Küstenbeschaffenheit sowie die Dauer und Intensität von Wind- und Meeresströmungen bestimmt. Die Küstenentwicklung wird nicht nur durch Sedimente bestimmt, ein Faktor ist

¹⁸⁸ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Die Zukunft der Meere – zu warm, zu hoch, zu sauer, Sondergutachten, 2006, Abbildung 3.2-5, Seite 47.

weiterhin die Errichtung von Küstenschutzbauwerken, wodurch in vielen Küstenregionen der natürliche Sedimenteintrag heute durch Bauwerke wie etwa Staudämme behindert wird (WOR 2010: 63). Ca. 20 Prozent der Küstengebiete weltweit sind Lockergesteinsküsten aus Sand, Schlick oder Kies, jedoch sind mehr als die Hälfte derzeit von Erosion betroffen (WBGU 2006: 47). Somit können derzeitige Küstenschutzmaßnahmen statt zum Küstenerhalt zur Küstenerosion beitragen. Als Beispiel dafür gibt der (WBGU 2006: 54 ff; WOR 2010: 64) an, dass ein Gebiet welche etwa durch Sturmflutbauwerke, wie Wellenbrecher, vor Erosion geschützt wird, auf benachbarte ungeschützte Küstengebiete zerstörend wirken kann, da dort die ggf. wichtige Sedimentzufuhr vermindert werden kann. Aus globaler Sichtweite, werden die Folgen der Küstenzonenveränderungen durch Sedimentströme für die genannten Lockergesteinsküsten schwerwiegender ausfallen als für Festgesteinsküsten, jedoch prozentual betrachtet, aufgrund des Anteils an der globalen Aufteilung der Küstenformen weniger wahrgenommen werden.. Im Vergleich dazu sind 80 Prozent aller Küsten weltweit Steil- und Festgesteinsküsten (WBGU 2006: 44 ff), bei denen sich die Küstenveränderungen weniger gravierend auswirken werden, bedingt durch die geringe Bevölkerungsdichte (siehe Abb.3.1.1.11.) und die Küstenbeschaffenheit.

Absinken der Erdkruste durch Sedimente

Küstengebiete werden neben dem Sedimentstrom auch durch Gletschermassen und durch die genannten Sedimentablagerungen beeinflusst, so können diese zu einem Absinken bzw. Niederdrücken der Küste beitragen (WBGU 2006: 44; WBGU 2008: 111). Der Prozess wirkt dahin gehend, dass sich die Küstenzone zunächst absinkt und sich später wieder hebt, wenn die Belastung nachlässt. Die Ausgleichsbewegungen können über mehrere Zehntausend Jahre andauern (WOR 2010: 64 ff). Ein Beispiel dafür ist die skandinavische Landmasse, die sich noch heute jährlich um bis zu 9 Millimeter hebt (WBGU 2006: 44 ff). Häufig lagern sich Sedimente in Deltaregionen ab, so dass durch die Flüsse große Mengen an Sediment ins Meer gespült werden, was zum Absinken des Untergrundes, und somit zum relativen Meeresspiegelanstieg gegenüber dem Land führt (WBGU 2006: 44; WBGU 2008: 111; WOR 2010: 64 ff). Anthropogene Aktivitäten wie etwa die Förderung von Grundwasser, Erdöl oder Erdgas im Niger-Delta wirken auf diese Prozesse verstärkend, so dass bis zu 5 Zentimeter Meeresspiegelanstieg bzw. Landabsenkung in der Region beobachtet werden kann (WOR 2010: 64 ff).

Anthropogene Küstenprägungen

Wie oben beschrieben, ist die Küstensedimentation für die Entwicklung der Küstenformen einer der entscheidenden Parameter. Neben den natürlichen Faktoren sind anthropogen verursachte von Relevanz, wie etwa Waldrodung, Überweidung und ungünstige Felderwirtschaft, die besonders in tropischen Regionen verstärkter Bodenerosion führen (WBGU 2006: 46). Gemäß des (WOR 2010: 65 ff) lagern sich nicht durch Staudämme zurückgehaltene Sedimente vor allem im Küstengebiet ab. Dadurch treten zum einen Wassertrübungen durch Sedimente auf, die etwa die Gewässergüte verändern und dadurch die Wasserorganismen erheblich beeinträchtigen. Zusätzlich vermindert die Trübung die Lichteinstrahlung und setzt damit die Primärproduktion herab. Andererseits weist der (WOR 2010.) daraufhin, dass die Algenblüte begünstigt werden kann, da mit den Sedimenten zugleich viele Nährstoffe in die Flüsse und ins Küstenmeer gespült werden. Sterben diese Algen ab, werden sie von Mikroorganismen zersetzt, die Sauerstoff verbrauchen. Dadurch entstehen lebensfeindliche, sauerstoffarme Zonen, was wiederum zu einer Verringerung der Artenvielfalt in diesen Gebieten führt (WBGU 2006: 45 - 46). In vielen Regionen treten hingegen verminderte Sedimentbestände auf, da Staudämme das Wasser zurückhalten. Weltweit sind mehr als 41 000 große Staudämme in Betrieb. Zuzüglich kleiner Dämme und Wasserreservoirs. Zusammen stauen sie 14 Prozent des weltweiten Gesamtabflusses der Flüsse und große Mengen Sediment (WOR 2010: 65 ff), was sich nachteilig auf den Sedimentnachschub an den Küsten auswirkt. Die Folge ist eine Verstärkung der Erosion (WBGU 2006: 44). Das Sedimentdefizit wirkt sich auf die Anspülung neuen, leichteren Sedimentes aus, welches sich an den Küsten ablagert und somit die beschriebenen Absinkbewegungen an den Küsten kompensiert. Die fortschreitenden Absinkbewegungen verursachen eine sukzessive Salzwassereinsickerung in den Flussmündungsbereich, sodass das Grundwasser versalzt wird (WBGU 2006: 45). Beispielhaft dafür benennt der (WBGU 2006: 45; WOR 2010: 63) den Nil: Vor dem Bau des Assuan-Staudamms spülten jährlich wiederkehrende Überschwemmungen fruchtbare Sedimente aus dem Landesinnern in das Nil-Delta am Mittelmeer. Die Sedimente waren nicht nur für die Bauern an den Ufern des Nils lebenswichtig, sondern auch essenziell, um das Absinken der schweren Deltaregion zu kompensieren. Seit dem Staudambau in den 1960er Jahren bleiben die Überflutungen und Sedimenttransporte aus mit nachhaltigen Ernterückgängen und massiven Küstenerosionen als Folge. Der im Jahre 2010 fertig gestellte Drei-Schluchten-Staudamm in China im Jangtse-

Delta lässt ähnliche Entwicklungen erwarten.¹⁸⁹ Im World Ocean Review 2010 wird auf neue Untersuchungen von der nordamerikanischen Atlantikküste hingewiesen, die aus der Auswertung von Satellitenbildern und topographischen Karten einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren nahe legen, dass auch der Meeresspiegelanstieg die wichtige Sedimentation behindert und zu einer Küstenveränderung führen kann. Es wird angenommen, dass ein Meeresspiegelanstieg um 1 Meter im Mittel einen Küstenrückgang von etwa 150 Metern nach sich ziehen wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich die Sedimentbilanz (Erosion und Ablagerung) im Gleichgewicht befindet. An Hand der oben genannten Beispiele wird jedoch deutlich, dass dies kaum der Fall sein wird, was einen stärkeren Küstenrückgang induzieren kann.

Die Auswirkungen durch den maritimen Verkehrsbau

Der Bau von Dämmen, die Fahrwasservertiefungen und andere maritime Baumaßnahmen können das Gleichgewicht zwischen Zu- und Abfluss von Sedimenten und von Strömungsverhältnissen nachhaltig stören und erhebliche Auswirkungen haben.

Aufgrund des Wandels der maritimen Wirtschaft und der zunehmenden Bedeutung des Seeverkehrs, 95 Prozent des globalen Handels werden über den Schiffsverkehr abgewickelt (WOR 2010: 164), sind Fahrwasservertiefungen unumgänglich. Die großen Häfen der Welt sind aus logistischen Gründen überwiegend an Flussmündungen angesiedelt. Bedingt durch das hohe Aufkommen an Schiffsverkehr, werden die Schiffe stetig größer, was eine Tiefgangzunahme einschließt, daher ist es aufgrund der oben genannten Prozesse häufig nötig die Fahrwasserrinnen auszubaggern und die in Karten ausgezeichneten Tiefen zu haken und um Vertiefungen durchzuführen, zusätzlich tragen Uferschutz- und Leitwerksbauten zu veränderten Küstenzonen bei. In der Zusammenschau der einzelnen Aspekte können diese sowohl zur Freisetzung von im Sediment gebundenen Schadstoffen, zur Fließgeschwindigkeitserhöhung mit der verbundenen Sedimentakkumulation als auch zur Tidenhuberhöhung beitragen. Verstärkend auf die Prozesse wirkt der derzeit extensive internationale Schiffsverkehr (WOR 2010: 64). Andererseits werden jährlich zur Küstengewinnung Sand- und Sedimentaufspülungen, von denen ca. 80 bis 90 Prozent (WOR 2010: 65) aus Fahrwasservertiefungen stammen, vor den Küsten aufgespült.

¹⁸⁹ Vgl., Overhoff, G.: 3 Schluchten Projekt am Yangtze/China, http://www.talsperrenkomitee.de/info/index.cgi/page/tgp_exkursion, 2001.

Anwachsen der Küstenstädte

Zu Beginn des Abschnittes zu den Küstenzonen wurde darauf hingewiesen, dass die Küstenregionen am dichtesten bevölkert sind und 45 % der Weltbevölkerung an Küsten lebt mit zunehmender Tendenz (Warner et al. 2009: 5 ff), dadurch ist es erforderlich, neue Landmassen für etwaige Neubauten zu gewinnen. Negative Auswirkungen auf die Küstenzone gehen jedoch damit einher. Beispiele dafür sind gemäß WOR 2010: 65 ff) Großprojekte, wie der Bau des Flughafens Hong Kong und des Hafens von Tianjin in China.

Zusätzlich zu den dargestellten Faktoren sind weitere Entwicklungen von Faktoren im Kontext der Klimavariabilität zu sehen, wie etwa die Überflutung von Inseln, die Zunahme von Hochwassern und Überflutungen durch erhöhte Wasserstände. Die Gesamtheit der Faktoren mit ihren Auswirkungen kann, besonders hinsichtlich der Küstenzonen dazu führen, dass der Lebensraum Küste zu einem Konfliktherd generiert, zu dessen Lösung pragmatische Strategien schon heute erforderlich sind.

Mit Blick auf den Küstenzonenschutz werden besonders ärmere Küsten- und Inselnationen sind nicht in der Lage, Küstenschutz im umfassenden Stil durchführen zu können. Bei steigendem Meeresspiegel bleibt den Staaten nur die Strategie der Anpassung oder des Rückzuges (WBGU 2006: 54 – 59). Dazu gehören etwa teure Umsiedlungsprojekte, wie sie seit 2007 auf den Carteret-Inseln, die zu Papua-Neuguinea gehören (WOR 2010: 72).

Gemäß (WOR 2010: 73) verschärft sich die heutige Bedrohung für die Küsten durch den Meeresspiegelanstieg dadurch, dass etwa Korallenkalk aus den Riffen entnommen und zum Bau von Hotelkomplexen verwendet findet. Die Auswirkungen des möglichen steigenden Meeresspiegels für die Küsten- und Inselnationen und ihren Küstenschutz im 21. Jahrhundert können heute kaum erwogen werden, diese hängen entscheidend von Umfang und Geschwindigkeit der Entwicklung ab. Die Industrieländer können sich vermutlich längerfristig ihre Küstenzone mit aufwendiger Küstenschutztechnologie schützen, Jedoch müssen auch Ansätze bezüglich der Anpassung und des Rückzuges entwickelt werden (WBGU 2006: 59). Für die meisten Gebiete der maritimen Umwelt müssen bereits heute Risikomanagement-Konzepte zu entwickelt, um etwa die heutigen und möglichen Risiken beherrschbarer zu machen.

3.1.2. Zukünftige Änderungen von Umweltparametern bis 2030+

Klimaparameter

Die im vorhergehenden Abschnitt dargestellten beobachteten Umweltparameter geben nicht ausreichend Auskunft über die Entwicklung der Verhältnisse in der Zukunft. Dazu ist es nötig auf Modellrechnungen zurückzugreifen. Für die meisten Klimaparameter bietet sich hier der IPCC-Report 2007 (IPCC 2007 a: 1 ff)¹⁹⁰ an. Angenommen wird dabei eine zukünftige Treibhausemission nach dem Szenario A1B¹⁹¹, ersichtlich in der Abbildung 3.1.2.1., da dieses Szenario mit der größten Wahrscheinlichkeit eintreten wird. Es wird darin angenommen, dass durch die Weltgemeinschaft keine effizienten Maßnahmen zur Verminderung der Klimaänderungen eingeleitet bzw. durchgesetzt werden können (IPCC 2007a: 1 ff). Gemäß der Modellrechnungen soll die globale Durchschnittstemperatur zwischen 1.7 und 4.4° C ansteigen (IPCC 2007b: 13)¹⁹², also um die gleiche Rate wie in den letzten 30 Jahren. Das Ausmaß der Erwärmung fällt gemäß den Modellrechnungen über Land deutlich größer als über dem Ozean aus. Des Weiteren sollen die Polargebiete sich stärker erwärmen als die restlichen Landgebiete.

Die Simulation von, als induzierte Parameter für die Erdoberflächenerwärmung identifizierten Spurengaskonzentrationen, besonders von troposphärischen Gasen, sagt einen weiteren Anstieg voraus. Sowohl Methan- als auch Nicht-Methan-Kohlenwasserstoffe nehmen hierbei

¹⁹⁰ Vgl. IPCC Report, Teil 1, IPCC: Climate Change 2007: Synthesis Report, In: http://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/syr/en/spm.html (10.10.2007), 2007a, Seite 1 ff. Im Teil 1. werden Vorhersagen zu den Klimaparametern getroffen, siehe dazu zusätzlich: UNEP - UN Environmental Programme: IPCC-Report, Teil 1 – Vorhersagen über das künftige Klima, Genf 2007. <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung33482.html> und http://www.de-ipcc.de/_media/IPCC2007-WG1.pdf
Quelle: Deutsche Koordinierungsstelle IPCC: <http://www.de-ipcc.de/de/128.php>, Datum der Speicherung: 06.05.2011.

¹⁹¹ Siehe für die Beschreibung des Szenarios in Nakicenovic N., Alcamo J., Davis G., De Vries B., Fenhann J., Gaffin S., Gregory K., Grübler A., Jung T.Y., Kram T., La Rovere E.L., Michaelis L., Mori S., Morita T., Pepper W., Pitcher H., Price L. Raihi K., Roehrl A., Rogner H.-H., Sankovski A., Schlesinger M., Shulka P., Smith S., Swart R., Van Rooijen S., Victor N., Dadi Z.: Emissions Scenarios (Special Report), Cambridge, New York: Cambridge University Press, 2000 und in Jacob D., Göttel H., Kotlarski S., Lorenz P., Sieck K.: Klimaauswirkungen und Anpassung in Deutschland, Phase 1: Erstellung regionaler Klimaszenarien für Deutschland, Climate Change 11/08, ISSN 1862-4359, Umweltbundesamt Deutschland, 2008.

¹⁹² Vgl. IPCC: Climate Change 2007: The Physical Science Basis, In: http://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/wg1/en/contents.html (10.10.2007), 2007b, Seite 1 ff. und UNEP - UN Environmental Programme: IPCC-Report, Teil 2 – Folgen des Klimawandels für den Kontinent, Genf 2007, <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung34554.html>.

eine signifikante Rolle ein und wirken so zusammen mit den Aerosolen auf die Temperatur, Transportmuster und Niederschläge in der Atmosphäre ein. Die Modellrechnungen zeigen jedoch gerade für die mittlere Atmosphäre gegenüber den Messungen, wie beispielsweise den FTIR-Messungen, Abweichungen von bis zu 50 %. Für die untere Atmosphäre fallen die Abweichungen um 10-20 % geringer aus. Nach der Implementierung weiterer chemischer Substanzen und Reaktionszyklen in die Chemie-Transport-Modelle ist davon auszugehen, dass die Abweichungsraten zwischen Messung und Modell verringert werden können.¹⁹³

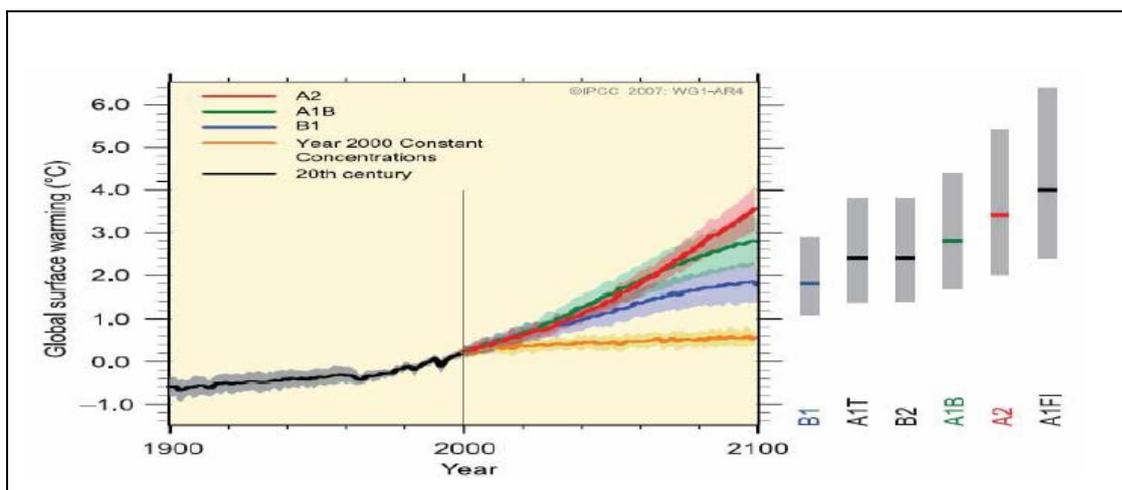


Abb. 3.1.2.1.: Modellierte zukünftige Entwicklung der Temperaturen: bis 2100, hier: Durchschnittswerte der Oberflächentemperaturen, (Quelle: IPCC 2007: WG 1, AR 4, S. 14).

Die globale Temperaturänderung bewirkt eine Änderung in der Niederschlagsverteilung bis Ende des laufenden Jahrhunderts. Gemäß den Rechnungen des IPCC (IPCC 2007b: 8 ff) werden in den hohen Breiten die Niederschläge wahrscheinlich zu nehmen, während sie in den meisten kontinentalen Landgebieten der Subtropen abnehmen werden. In Mitteleuropa sind voraussichtlich trockenere Sommer und feuchtere Winter zu erwarten. Die modellierte Niederschlagsmenge ergibt besonders im Mittelmeerraum signifikante Niederschlagsabnahmen. Des Weiteren werden gemäß den Modellrechnungen die Extremniederschlagsereignisse zu nehmen (AGeoBw 2010: 12). Global wird eine leichte

¹⁹³ Vgl. dazu: Albrecht, T., Notholt, J., Wolke, R., Solberg, S., Dye, C., Malberg, H.: Variations of CH₂O and C₂H₂ determined from groundbased FTIR measurements and comparison with model results. *Advances in Space Research*, Vol. 29, No.11, 2002, Seite1713-1718 und Albrecht, T. und Wolke, R.: Messung und Modellierung von CH₂O-Variationen in der marinen Atmosphäre, Schriftenreihe -Geowissenschaften- des GeoInfoDBw, 1/2010, 2010, Seite 19-27.

Zunahme der Niederschlagsmenge erwartet, wodurch sich jedoch die globale Wasserbilanz aufgrund der zu erwartenden höheren Verdunstung nicht ändern wird.

In den Modellrechnungen wird für weitere Parameter von deren Zunahme ausgegangen. So wird nach (Rahmstorf 2007: 368 ff) der Meeresspiegel um 1 ± 0.5 m ansteigen und die Gletscher werden schmelzen. Betroffen von den klimatischen Bedingungen ist sowohl das Meereis in der Antarktis als auch in der Arktis. Es wird davon ausgegangen, dass im Zeitraum 2030 - 2050 die Arktis im Spätsommer komplett eisfrei sein wird (Gerdes und Köberle 2007: 10 - 11; Lindsay et al. 2009: 165; Gerdes 2010:¹⁹⁴). Tropische Wirbelstürme werden wahrscheinlich intensiver, so dass zu erwarten ist, dass Niederschlagsmengen und Windgeschwindigkeiten zu nehmen (IPCC 2007b: 15). Damit einher geht die Ausdehnung der von tropischen Wirbelstürmen gefährdeten Meeresgebiete.

Die negativen Auswirkungen der Veränderung der atmosphärischen und ozeanographischen Parameter induzieren sich auf den Menschen und dessen Lebensraum sowie auf die natürliche Umwelt mit ihren Lebewesen. Mit der Zunahme der Parameter, hin zu Extremwerten, ist von einer Verschärfung der Auswirkungen in allen Lebensbereichen auszugehen.

Je höher etwa die Durchschnittstemperatur ansteigt, je größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine kaum steuerbare und irreversible Eigendynamik des Systems Erde-Atmosphäre ausgelöst wird.

Zu den Szenarien, die eine Eigendynamik auslösen können, zählen:

Das Abschmelzen des grönländischen Inlandeises, das Abbrechen des westantarktischen Eisschelfs ins Meer, der Zusammenbruch des Golfstroms, der Kollaps des Amazonas-Regenwaldes aufgrund rückgängiger Niederschläge und die Intensivierung des indischen Sommermonsuns (WBGU 2008: 77 ff)¹⁹⁵.

Es ist dann davon auszugehen, dass die Absolutwerte der Parameter sowie die daraus folgenden Auswirkungen, die bisher in den Szenarien erfassten übersteigen werden. Zu beachten ist jedoch, dass die derzeit berechnete Eintrittswahrscheinlichkeit für die Eigendynamik für das laufende Jahrhundert sehr niedrig ist¹⁹⁶.

¹⁹⁴ Gerdes, R.: persönliche Mitteilung am 15.03.2010 am Rande einer Vortragsveranstaltung zum Thema Arktis und Sicherheit in Bremerhaven sowie im Juni 2010 während einer persönlichen Konsultation in Bremerhaven.

¹⁹⁵ Vgl. WBGU: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Hauptgutachten des WBGU 2007, Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, 2008, Seite 1-268, Quelle: <http://www.wbgu.de/index.php?id=111>, Datum der Speicherung: 06.05.2011.

¹⁹⁶ Für die Deutsche Nordseeküste ergaben etwa Ergebnisse des Verbundprojekt nordwest 2050, nur geringe oder mittelschwere Implikation aufgrund möglicher Klimaänderungen, vgl. dazu:

Die beschriebenen Änderungen in den Parametern im (WBGU 2008: 77 ff) sind identisch mit denen im Sachstandsbericht des IPCC von 2007. Jedoch sind die Ergebnisse mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Beispielsweise wird der angegebene Wert für globale Mitteltemperatur als Untergrenze angegeben, wodurch eine kontroverse Diskussion in der Fachwelt ausgelöst worden ist.

Die Unsicherheiten beruhen auf den Modellergebnissen für Prozesse, wie den gesamten Kohlenstoffkreislauf, die Wirkung von Aerosolen und die Methan-Emissionen. Die Modellierungen mit Kohlenstoffkreislauf zeigen etwa eine um 30% höhere Erderwärmung als die ohne. Grund dafür ist die abnehmende Aufnahmekapazität der Ozeane bei zunehmender Erwärmung (IPCC 2007b: 535). Die Abnahme der Aerosolemissionen (WBGU 2009a: 9)¹⁹⁷, besonders in den mittleren Breiten und den Tropen, sowie die Annahme der Aerosolimmissionen den Polargebieten, kann eine weitere Zunahme der globalen Temperatur, als Folge der fehlenden kühlenden Wirkung der Aerosole, verursachen, die bisher noch nicht abzuschätzen ist. Ebenso schwer einschätzbar ist die Freisetzung von Methan, vorwiegend in Form von Hydraten, durch die Ozeanerwärmung und das Auftauen der Permafrostböden im subarktischen Raum. Gemäß (IPCC 2007b: 544) ist hier zu erwarten, dass 2000 Mrd. Tonnen in den nächsten 1000 bis 100000 Jahren emittiert werden. Gemittelt über die Jahrtausende würden die Emissionen mindestens 50 % der derzeitigen anthropogenen Treibhausgasemissionen betragen (IPCC 2007b: 544). Für die anderen treibhausrelevanten Spurengase gibt es zwar keine vergleichbaren Abschätzungen, es lässt sich jedoch aufgrund der Vielzahl von Spurengasen, die einen Methanzzyklus in ihren Reaktionsketten beinhalten, eine ähnliche Tendenz voraussagen. So dass den Spurengasen auch in Zukunft ein besonderer Stellenwert in den Aussagen zu den Veränderungen der atmosphärischen und ozeanographischen Parameter zukommt.

Küstenzonen

In den obigen Ausführungen wurde dargestellt, dass die Küstenzonen durch ein Gleichgewicht verschiedener Faktoren wie Erosionsstabilität, Sedimentation, Seegang,

http://www.nordwest2050.de/index_nw2050.php und [nordwestzeitung-online](http://www.nordwestzeitung-online) vom 12.05.2011:
<http://www.nwzonline.de/Region/Artikel/2602553/Nur-geringe-Folgen-durch-Klimawandel.html>

¹⁹⁷ Vgl. WBGU: Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz. Sondergutachten des WBGU 2009, Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, 2009a, Seite 1-69,

Quelle:

http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2009/wbgu_sn2009.pdf
f, Datum der Speicherung: 06.05.2011.

Sturmhäufigkeit oder von Meeresströmungen gesteuert werden (WBGU 2006: 34 ff). Diese Einflussgrößen können durch natürlich oder anthropogen hervorgerufene Veränderungen verändert werden, so dass eine Änderung der Gleichgewichtslage zwischen den genannten Küstenfaktoren hervorgerufen werden kann, die ab der Überschreitung eines Kippunktes (Tripelpoint) irreversibel ist (WBGU 2006: 36 ff). Die Veränderungen der weltweiten Küstenzonen durch den Meeresspiegelanstieg werden bis Ende des 21. Jahrhunderts die signifikantesten Auswirkungen sein, mit der Folge, dass zukünftig Küstenregionen unbewohnbar werden (WBGU 2006: 40 ff; Notz 2007: 3¹⁹⁸, WBGU 2007: 26). Dies kann zur Folge haben, dass auch Industriestaaten, wie Deutschland und die USA, verstärkt mit dem Küstenschutz konfrontiert werden und langfristig Anpassungs- und Risikostrategien, wie bereits in den Niederlanden seit langem praktiziert¹⁹⁹, notwendig sein werden²⁰⁰. Im Fokus der Maßnahmen liegen dabei zum einem der Erhalt von menschlichem Lebensraum sowie zum anderen der von volkswirtschaftlichen und strategischen Gütern. Im ungünstigsten Fall ist mit Flüchtlingsströmen in einer Größenordnung von mehrfachen hundert Millionen²⁰¹ zu rechnen, für deren Bewältigung gemeinsame, weltweit konsolidierte, Strategien und Handlungsoptionen zu erarbeiten und umzusetzen sind (WBGU 2007: 2 - 4).

3.2. Die maritime Wirtschaft und Energieversorgung

Im Kapitel 3.1. wurde dargestellt, dass derzeit davon auszugehen ist, dass sich die natürlichen Bedingungen auf einer Zeitskala von 2030+ signifikant ändern, und sich daher auf alle Lebensbereiche der Weltgemeinschaft auswirken werden. Darin einbezogen sind sowohl die maritime Wirtschaft, einschließlich des Weltseeverkehrs und Fischereiwesens, als auch die Energieversorgung bzw. deren Sicherstellung. Diese stellen in ihrer Gesamtheit einen bestimmenden Faktor in der Entwicklung des maritimen Umfeldes, besonders durch ihre vielfältigen Rückkopplungen, dar. Im folgenden Abschnitt werden die genannten maritimen Bereiche betrachtet und in Beziehung gesetzt. Sie stellen in der weiteren Themenbehandlung die Schnittstelle sowohl zu seerechtlichen Aspekten als auch zur maritimen Sicherheitspolitik dar.

¹⁹⁸ Vgl. D. Notz: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 47/2007, Seite 3.

¹⁹⁹ Als Beispiel dient hier der Hafen von Rotterdam, der gemäß Amsterdamer Pegel 6 Meter unter Normal Null liegt und durch umfangreiche Deichbauten geschützt wird.

²⁰⁰ Vgl. dazu auch WOR, 2010, Seite 72-73.

²⁰¹ Vgl. dazu Warner, Koko, Charles Ehrhart, Alex de Sherbinin, Susana Adamo und Tricia Chai-Onn: Search of Shelter, Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement, Mai 2009, 2009, Seite 2.

3.2.1. Der heutige Sachstand

Seeverkehr

Im zunehmenden Maße etabliert sich der Seeweg über die Weltmeere zum wichtigsten Transportweg im Güterverkehr (UNCAD 2008: 5), während der Personenverkehr, inklusive des Fernreiseverkehrs²⁰², moderat entwickelt (WTO 2010: 63)²⁰³.

Die Zunahme des Seeverkehrs zeigt sich in den Zuwachsraten des Außenhandels, insbesondere von Schwellenländern (IFW 2009b: 30-31; IFW 2010b: 23-27).

Die Zunahme ist neben den günstigen Ausgangsbedingungen der jeweiligen Länder, wie etwa erfolgreiche Finanzkonsolidierungsmaßnahmen in Indien (IFW 2010a: 26) oder der Frage nach Rohstoffen (IFW 2010a: 28; IFW 2010 b, 28) durch technische und multilaterale Abkommen beeinflusst.

Im Einzelnen ergibt sich das nachfolgende derzeitige Bild bezüglich des Seeverkehrs:

1. Es ist eine grundsätzliche Zunahme des Welthandels zu beobachten (WTO 2009: 7-9; WTO 2010: 20 ff). Dies liegt in der Liberalisierung des GATT²⁰⁴ und der Nachfolgeorganisation WTO²⁰⁵.
2. Seit dem Beitritt Chinas zur WTO im Jahre 2001 ist eine zunehmende wirtschaftliche Präsenz Chinas auf den Weltmärkten festzustellen, was auf eine wirtschaftliche Öffnung und Etablierung hindeutet (WTO 2009: 58). Das zeigt sich auch in der signifikanten Steigerung der chinesischen Exporte seit dem Jahre 2003 (IFW 2010a: 11).²⁰⁶

²⁰² Im Annual Report der WTO von 2009, wird für der Seetourismus jedoch als eine der Schlüsselfaktoren für die zukünftige maritime Entwicklung angesehen, vgl. dazu: WTO: Annual Report 2009, WTO 18.11.2009, Seite A-18, 119 Seiten.

²⁰³ Vgl. dazu WTO: Annual Report 2010, Trade in natural resources, 256 Seiten.

²⁰⁴ GATT: General Agreement on Tariffs and Trade, dabei handelt es sich um ein allgemeines multilaterales Zoll- und Handelsabkommen, welches am 01.01.1948, mit dem Ziel der Erleichterung des Welthandels durch den Abbau von Zöllen und Beschränkungen, in Kraft getreten ist. Das GATT wurde 1995 durch die WTO ersetzt.

²⁰⁵ WTO: World Trade Organization, ist die internationale Handelsorganisation mit Sitz in Genf und regelt alle internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Zurzeit sind der Organisation 150 Mitglieder beigetreten.

²⁰⁶ Siehe dazu: Kieler Diskussionsbeiträge, Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2010, Abbildung 11 aus General Administration of Customs via Thomson Financial Datastream. September 2010, Seite 11.

3. Des Weiteren wurden in den Welthandel neue Handelspartner aufgenommen bzw. spielen diese eine zunehmende Rolle im Welthandel. Insbesondere die lateinamerikanischen Staaten haben seit dem Jahre 2007 bis Ende 2010 ihr Welthandelsvolumen gesteigert (IFW 2010a: 4). Seit der Gründung der NAFTA²⁰⁷ im Jahre 1994 erfolgte eine kontinuierliche Harmonisierung des nordamerikanischen Marktes, der sich positiv auf die Exportaktivitäten der Staaten auf dem amerikanischen Kontinent auswirkte (WTO 2010: 162).
4. Damit einher geht die zunehmende Nachfrage an Energieträgern, Nahrungsmitteln und Rohstoffstoffen, die insbesondere in den aufkommenden Schwellenländern²⁰⁸, Indien, Brasilien, Chile, Venezuela, Mexiko, Thailand und China zu verzeichnen ist (IFW 2010a: 9-10)²⁰⁹.
5. Die mit der Zunahme des Welthandels verbundene steigende Nachfrage nach Transportraum erforderte eine Neuordnung des Seeverkehrs- und Hafenmanagements, inklusive der Neukonzeption von Schiffsbauten (Rodrigue 2011: 3). Damit verbunden ist die Zunahme des seeseitigen Containertransportes (WTO 2010: 64; Rodrigue 2011: 4). Die Abbildung 3.2.1.1. zeigt diese Zunahme im seeseitigen Containerverkehr.

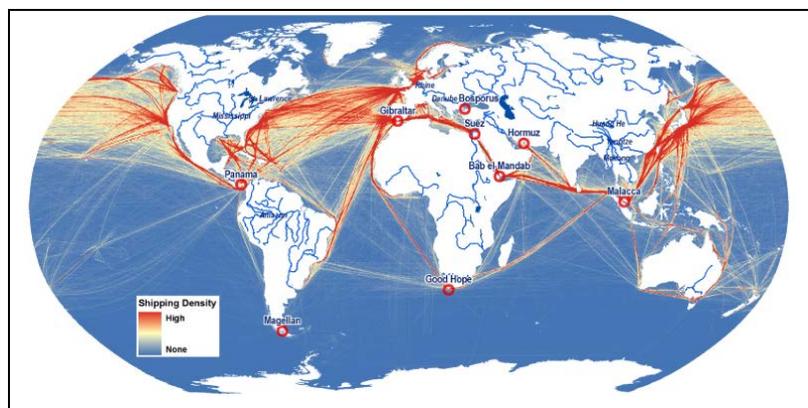


Abb. 3.2.1.1: Haupttrouten des weltweiten Containerverkehrs über die Weltmeere.

²⁰⁷ NAFTA: North American Free Trade Agreement; Nordamerika-Freihandelsabkommen von Mexiko, USA und Kanada.

²⁰⁸ Gemäß IFW Bericht – Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2010 – beruht der Aufschwung der Schwellenländer nicht mehr auf der wirtschaftlichen Konjunktur der Industriestaaten, sondern ist der eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu zuschreiben, d.h. für diese Staaten verlieren die Industriestaaten an Bedeutung, September 2010, Seite 20-21.

²⁰⁹ Gemäß IFW Bericht – Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2010 - ist jedoch eine Abschwächung der Rohstoffnachfrage aus Asien in Lateinamerika sichtbar, Dezember 2010, Seite 27.

Quelle: <http://people.hofstra.edu/geotrans/eng/ch3en/conc3en/maritimedomains.html>, Datum der Speicherung 16.05.2011, die Abbildung ist entnommen aus: Maritime Transportation von Dr. Jean-Paul Rodrigue, Dr. Theo Notteboom and Dr. Brian Slack, die für die Abbildung auf die Quelle „Shipping density data adapted from National Center for Ecological Analysis and Synthesis, A Global Map of Human Impacts to Marine Ecosystems“ verweisen.

6. Hinsichtlich der Seehandelsrouten ist ein Trend erkennbar, dass viele Handelsgüter auf den gleichen Seerouten transportiert werden, wodurch sich wenige Hauptverkehrsrouen in wenigen Teilgebieten der Weltmeere ansiedeln und etablieren. Beispiele für dicht befahrene Strecken sind Hafenzufahrten in Europa und Ostasien (Japan, Singapur; Hongkong, Shanghai) und USA (Ostküste als Hauptzugang und –abgang für Ladungen) (WOR 2010: 172-173). Meerengen, wie die Straße von Dover, Gibraltar, Malakka, Lombok, Hormus oder das Kap der Guten Hoffnung, zeigen eine zusätzliche Konzentration des Schiffsverkehrs. Hier besteht aufgrund der hohen Dichte an Schiffsverkehr besteht ein erhöhtes Potenzial für Störungen des Seeverkehrs (WOR 2010: 173).
7. Erkennbar ist in der Entwicklung ist eine zunehmende offene Verbreitung von Schiffsregistern, anfangs war dieses dominiert von Panama und Liberia (WOR 2010: 166): Dadurch werden die Reedereien befähigt, niedrige Kapitalkosten in den Industrieländern mit den niedrigen Arbeitslohnkosten in den Entwicklungsländern, wie den Philippinen, zu koppeln (WOR 2010: 167). Der WOR führt aus, dass laut UNCTAD²¹⁰ im Jahre 2008 55 % der Welthandelsflotte in den 10 wichtigsten offenen internationalen Schiffsregistern eingeschrieben sind und gibt als Vergleich dazu das Jahr 1950 an, in dem es lediglich 5 % waren²¹¹. Der Seeverkehr stellt somit zwar einen globalen Wirtschaftssektor dar (WTO 2010: 64), ist jedoch hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse nicht global, da nur wenige Staaten viele Schiffe besitzen (54 % der Welttonnage (gemessen an der Tragfähigkeit „Deadweight Tonnage (dwt)“) liegen bei Japan (16 %), Griechenland (15,3 %), Deutschland (9,5 %), China (8,4 %), Norwegen (4,5 %) (WOR 166 ff).

²¹⁰ UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development,

²¹¹ siehe dazu auch: Maritime Transportation von Dr. Jean-Paul Rodrigue, Dr. Theo Notteboom and Dr. Brian Slack, Seite 7, dort wird angegeben, dass 65 % der weltweiten Schiffstonnage ausgeflaggt ist, <http://people.hofstra.edu/geotrans/eng/ch3en/conc3en/maritimedomains.html>, 18.05.2011.

8. Die Gesamtanzahl der Schiffe im Juli 2009 belief sich auf 53005 (WOR 2010: 167), davon entfielen: 31 % auf Stückgutschiffe (General Cargo), 27 % auf Tanker, 15 % auf Bulk Carrier (Massengutfrachter), 13 % auf Fahrgastschiffe, 9 % auf Containerschiffe sowie 5 % alle übrigen Schiffe. Bezogen auf die Schiffsklassen nach Tragfähigkeit in dwt, ergeben die nachfolgenden Zahlen (WOR 2010: 167; Rodrigue 2011: 11):
- Tanker und Bulk Carrier: 35 %
 - Containerschiffe: 14 %
 - Stückgutschiffe: 9 %
 - Fahrgastschiffe: < 1 %

Die gesamte Tragfähigkeit der Welthandelsflotte wird derzeit mit 1192 Mio. dwt angegeben. Die Abbildung 3.2.1.2. stellt diese Verteilung der Schiffsklassen geordnet nach Tonnage dar.

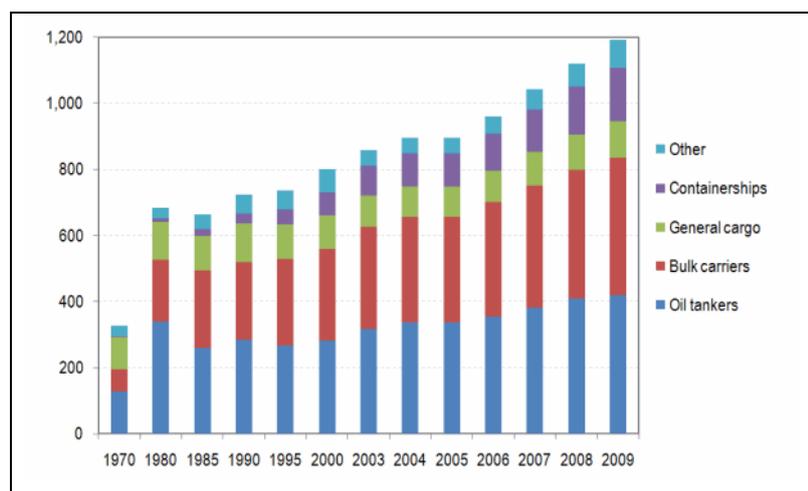


Abb. 3.2.1.2: Entwicklung der Welthandelsflotte, geordnet nach Schiffstypen, auf der Y-Achse ist die Tragfähigkeit in Millionen Tonnen angegeben, auf der X-Achse der Zeitraum 1970-2009.

Quelle: <http://people.hofstra.edu/geotrans/eng/ch3en/conc3en/maritimedomains.html>, Datum der Speicherung 18.05.2011, die Abbildung ist entnommen aus: Maritime Transportation von Dr. Jean-Paul Rodrigue, Dr. Theo Notteboom and Dr. Brian Slack, die für die Abbildung auf die Quelle UNCTAD, Review of Maritime Transport verweisen.

9. Das Weltseeverkehrswachstum wurde und wird durch schiffsspezifische Innovationen beflügelt, die sich bei WOR 2010: 166 ff; Rodrigue 2011: 2-4, UNCTAD 2009: 1-4)

dadurch kennzeichnen, dass eine Zunahme der durchschnittlichen Schiffsgröße sichtbar wird, woraus sich der notwendige Ausbau von Häfen und Infrastruktur, wie Kaianlagen, Verkehrsanbindung an das Hinterland, Hafenzufahrten (Vertiefung des Fahrwassers) ableiten lässt. Weiterhin stellen die obigen Autoren in den genannten Quellen eine Zunahme der Schiffsgeschwindigkeit aufgrund der Antriebsentwicklung (Doppelpropellereinsatz) (Durchschnittlich: 15 Knoten, neue Schiffe: 25-30 Knoten) sowie Veränderungen im Schiffsdesign fest, was sich auf die Baukosten, die Schiffssicherheit, die Spezialisierung der Schiffsbauten und den Energieverbrauch der Schiffe auswirken wird, fest.

10. Erkennbar ist hinsichtlich Entwicklung des Seeverkehrsmarktes eine Konzentration auf Ölprodukte und auf Container (Rodrigue 2011: 4; 10), wie in Abbildung 3.2.1.3. zu erkennen ist.

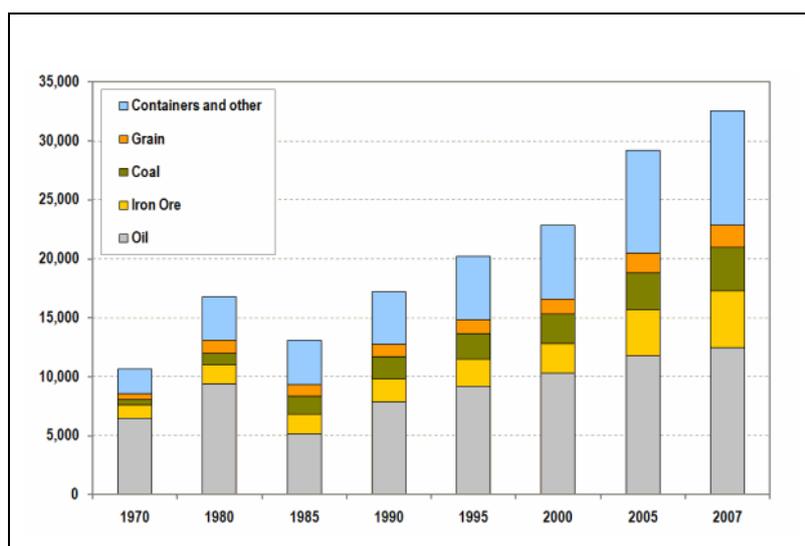


Abb. 3.2.1.3: Entwicklung der Welthandelsflotte, geordnet nach Schiffstypen, auf der Y-Achse ist das Transportaufkommen in Billionen Tonnen angegeben, auf der X-Achse der Zeitraum 1970-2007.

Quelle: <http://people.hofstra.edu/geotrans/eng/ch3en/conc3en/maritimedomains.html>, Datum der Speicherung 18.05.2011, die Abbildung ist entnommen aus: Maritime Transportation von Dr. Jean-Paul Rodrigue, Dr. Theo Notteboom and Dr. Brian Slack, die für die Abbildung auf die Quelle UNCTAD, Review of Maritime Transport, various years, <http://www.unctad.org>, verweisen.

11. Wie in der Abbildung 3.2.1.3. erkennbar ist, dass das derzeitige hauptsächlichste Einzeltransportgut das Rohöl ist²¹². Die wichtigsten Importeure des Rohstoffes aus dem Mittleren Osten sind die EU, USA, Japan, hinzukommen Importe aus: Westafrika und Karibik in die USA sowie aus Nord- und Westafrika in die EU (Fleming 2002: 75; Fleming 2010; 67 ff). In dem Beitrag von Fleming zum Thema Seeverkehr und Handel werden als Haupttransportrouten für das Öl der Arabische Golf - Kap der Guten Hoffnung - Suez-Kanal sowie die Route von Afrika nord- und westwärts nach Europa und Nordamerika angegeben (Fleming 2002: 75; Fleming 2010: 79 ff). Als Nebenroute ist die Strecke über den arabischen Golf ostwärts nach Ostasien und von der Karibik zur Golfküste der USA genannt (Fleming 2002: 75)²¹³.
12. Zusätzlich nimmt seit Anfang des 21. Jahrhunderts der Transport an Trockengütern zu, darin nehmen Eisenerz und Kohle einen wichtigen Platz ein (Fleming 2002: 72-73; WTO 2010: 21-23, 62, 118). Der Transport von Eisenerz erfolgt derzeit auf sehr großen Schiffen über lange Strecken hauptsächlich von Brasilien nach Westeuropa und von Australien nach Japan (Fleming 2002, 72-73). Der Transport von Kohle von den beiden Hauptexportländern Australien und Südafrika nach Westeuropa und Japan wird hingegen hauptsächlich von Kolumbien und der US-Ostküste nach Westeuropa und von Indonesien und der US-Westküste nach Japan durchgeführt (Fleming 2002: 73; WTO 2010: 64-65, 168; Fleming 2010: 77 ff).
13. Weitere Frachtraten von trockenen Massengütern, wie Getreide und Ölsaaten, sind ertragsabhängig und schwanken daher mehr als andere Massengüter. Die USA, Kanada, Argentinien, Australien und Frankreich sind Getreideexporteure, Hauptimporteure, infolge häufiger lokaler Mangelsituationen sind Afrika und Ostasien. Die USA, Russland, China und Indien verbrauchen als Hauptproduzenten ihre Produktion größtenteils oder vollständig im eigenen Land. Die gehandelten Getreidemengen weltweit sind jedoch noch so groß, dass Getreide zu den Massenschüttgütern zu zählen ist (Fleming 2002: 74-75; WTO 2010: 9, 60).
14. Ein signifikantes Kennzeichen des heutigen Seeverkehrs ist, dass der Seeverkehr international nach Branchen aufgeteilt ist nach Transporten für die Autoindustrie als Massenstückgut in großen Mengen, Trockenladungen mit standardisierten Containern

²¹² Vgl. dazu auch: International Maritime Organization (IMO), Maritime Environmental Protection Committee, Prevention of air pollution from ships, Second IMO GHG Study 2009, 09.04.2009, Seite 18.

²¹³ Vgl. Handbook of maritime Economics and Business, Costas Th. Grammenos (eds.), Kapitel 4, D.K: Fleming, Patterns of international ocean trade, 2002, Seiten 65-89. In der zweiten Ausgabe vom Juli 2010 wurden die Angaben aus dem Jahr 2002 bestätigt.

und Flüssigtransporten. Dafür werden jeweils Spezialschiffe herangezogen. (Der WOR 2010: 169) die nachfolgenden Zahlen des Anstiegs des jährlichen weltweiten Gütertransportes in Containern von 1985 bis 2008 um 10 % auf 1,3 Mrd. Tonnen an, der Anteil der Trockenladungen stieg dabei: von 7,4 % (1985) auf 25 % (2008). Die Containeranzahl von 20 Fuß Containern auf See betrug im Jahre 2008: 137 Mio. Im Jahre 2009 wurde jedoch ein Rückgang um 10 % festgestellt. Dem geschuldet ist die Abnahme der Schiffsneubauten seit 2009.

15. Im Zusammenhang mit dem Seeverkehr ist seit 1990 eine Zunahme der Piraterie aufgrund der fortschreitenden Globalisierung festzustellen, besonders im Golf von Aden und vor der somalischen Küste, also entlang der Haupthandelsrouten (WOR 2010: 173 ff, SWP 2010: 10-12). Die Folge ist neben der Gefahr für die körperliche Unversehrtheit der Besatzung und dem materiellen Verlust der Ladung und des Schiffes, die Kostensteigerung für den Weltseeverkehr, insbesondere für die Reeder und Hafenlogistiker; hinsichtlich der Versicherungsprämien und Transportkosten (WOR 2010: 175 ff).

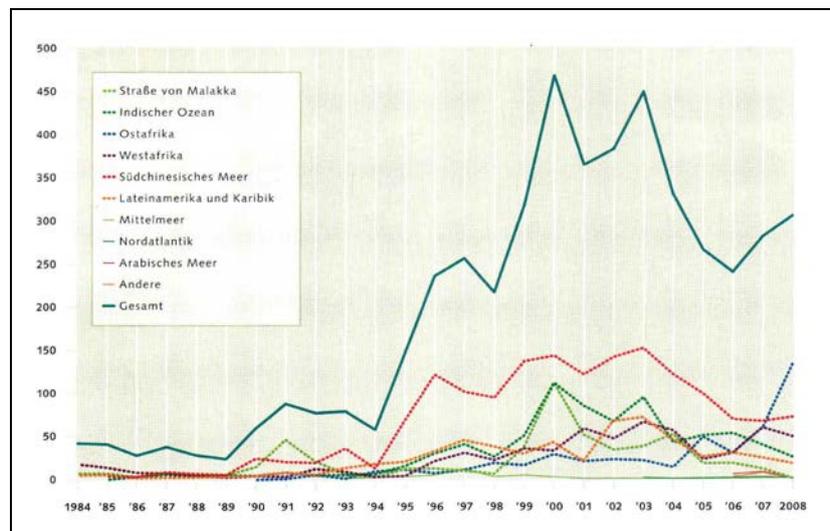


Abb. 3.2.1.4.: Zunahme der modernen Piraterie, nach einer starken Zunahme der Piraterieüberfälle Anfang des 21. Jahrhunderts ist die Anzahl weltweit wieder abgesunken, Ausnahmen sind die Gewässer um Ostafrika, insbesondere um Somalia, Quelle: (WOR 2010: 175).

16. Der (WOR 2010: 175 ff) hält fest, dass aus der Bewertung der Reedereien heraus die Sicherheit im Containerverkehr besonders schwierig ist, da komplexe Interaktionen

zwischen den verschiedenen maritimen Akteuren und Vorschriften (Industrie, Hafenerbetriebe, Reedereien, Regulierungsbehörden; Logistikträger, Operationssystemträger, verschiedene Rechtsrahmen und Rechtsträger sowie verschiedene Haftungsbedingungen) existieren. Gemäß einer US-Studie, die eine Simulation der wirtschaftlichen Schäden nach einem Terroranschlag mit einer „dirty radioactive bomb“ auf den Hafen von L.A. beinhaltete, ergibt einen Schaden von 58 Mrd. Dollar, unter der Annahme, dass alle U.S. Häfen für 8 Tage geschlossen werden müssten und die angestauten Container erst nach 92 Tagen komplett abgefertigt werden können. Nicht berücksichtigt sind etwaige Vermeidungskosten für die Abwehr von Angriffen, wie Röntgengeräte für die Kontrolle von Schiffsladungen: Der (WOR 2010: 176 ff) gibt an, dass nach OECD-Schätzungen die anfänglichen Kosten mit 1,3 Mrd. Dollar und die nachfolgenden jährlichen Kosten mit 730 Mill. Dollar veranschlagt werden müssen, wodurch sich für den Seeverkehr kurzfristige Einbußen zu ergeben würden, die jedoch langfristig durch Kostensenkungen, etwa durch niedrigere Versicherungsprämien oder schnellere Durchlaufzeiten der Container, kompensiert werden können.

Für den Seeverkehr zeigt sich seit Anfang 2010 insgesamt eine Belebung aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, besonders in Deutschland (IFW 2010b: 1-3). Hier zeigt sich die starke Verflechtung der See- und Hafenverkehrswirtschaft mit den anderen eher landorientierten Wirtschaftszweigen.

Neben dem Seeverkehr stellt die Fischerei, explizit die Hochseefischerei, einen weiteren wichtigen Wirtschaftszweig im maritimen Sektor dar. Im nachfolgenden Abschnitt wird dieser skizziert.

Fischereiwesen

Eines der wichtigsten Grundlagenlebensmittel für 2.6 Mrd. Menschen ist der Fisch bzw. Fischerzeugnisse (WBGU 2006: 17; WTO 2010: 121). Trotz zunehmender Nachfrage an Fisch liegt die Weltfischproduktion derzeit bei 130 Mio. t/Jahr. Sie setzt sich aus dem Hochseefischfang und dem aus den Aquakulturen zusammen (WBGU 2006: 17). Das

Fischereiwesen ist eines der wichtigsten Standbeine im maritimen Wirtschaftszweig, welches jedoch durch Überfischung und Umweltverschmutzung gefährdet ist (Wegner 2011:)²¹⁴.

Bis in die 90-iger Jahre hinein war die Hochseefischerei durch eine ständige Fangsteigerung gekennzeichnet, in den 40 Jahren von 1950 bis 1990 vervierfachten sich die Fangraten von 20 Mill. Tonnen auf 80 Mill. Tonnen. Seit den 90-iger Jahren ist die Gesamtmenge des Fischfangs konstant hoch geblieben. (WOR 2010: 124).

Aufgrund der großen Nachfrage wird die Fischzucht stetig ausgebaut, insbesondere in den asiatischen Staaten. Mit einem Zuwachs von 7 % pro Jahr gehört die Aquakulturaufzucht zu den am stärksten expandierenden Lebensmittelproduktionszweigen (WBGU 2006: 17).

Die Intensivfischung in den Weltmeeren trägt zur Minimierung von weltweiten Fischbeständen bei, besonders bei den langlebigen Arten, wie der Rotbarsch oder Kabeljau, betroffen, da diese erst im hohen Alter Nachkommen zeugen (WBGU 2006: 17). Dies kann zum Zusammenbruch eines gesamten Bestandes einer Art führen, wie dies beispielsweise für den Kabeljaubestand im Nordwestatlantik vor der Amerikanischen Küste der Fall sowie für den Nordsee-Kabeljau erkennbar ist (WBGU 2006: 17).²¹⁵ Die Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization (FAO)) schätzt ab, dass der Anteil an überfischten und zusammengebrochenen Bestände seit den 70-iger Jahren kontinuierlich zu nimmt (WBGU 2006: 19)²¹⁶. Die Entwicklung effizienterer Fangtechniken, wie der Einsatz von Sonaren und unbemannten Unterwasserfahrzeugen²¹⁷ zur Fischschwarmortung sowie die höhere Antriebsleistung der Fangschiffe, einschließlich der integrierten Verarbeitung auf großen

²¹⁴ Persönliche Mitteilung in der Einleitung des Vortrages von Dr. G. Wegner, Institut für Seefischerei des Johann-Heinrich-von-Thünen Institut, Hamburg, auf der Regionaltagung Weser-Ems der DGSM am 14.05.2011 in Bremerhaven,

²¹⁵ Im Vortrag von Dr. G. Wegner, Institut für Seefischerei des Johann-Heinrich-von-Thünen Institut, Hamburg, auf der Regionaltagung Weser-Ems der DGSM am 14.05.2011 in Bremerhaven, wurde dargestellt, dass die Deutsche Hochseefischerei seit den 1970er Jahren bis heute drastisch eingebrochen ist. Dies lag einmal im Einbruch der Bestände des Nordseeherings in den 1970er Jahren und des Grönland-Kabeljaus ab 1988. Dies führte u. a. auch zum sogenannten Kabeljaukrieg in der nördlichen Nordsee, dessen Hauptstreitpunkt die dortigen Fischrechte waren. Die Einrichtung von Schon-/Schutzgebieten und die verbindliche Vorgabe für die Netzmaschen lassen derzeit die Bestände an Hering und Kabeljau wieder allmählich ansteigen.

²¹⁶ Vgl. dazu auch WOR, Kapitel 6, 2010, Seite 121 ff.

²¹⁷ Hier sind RO(T)V gemeint, Remote operated (towed) vehicle: siehe dazu Institut für Ostseefischerei, Survey-Technik:

<http://www.vti.bund.de/de/startseite/institute/osf/forschungsbereiche/fischerei-survey-technologie/survey-technologie.html>

Schiffen, bietet die Möglichkeit große Fischmengen auf See bereits einzufrieren, trägt jedoch auch zur Bestandsverminderung bei. Zusätzlich wirkt sich aus, dass heutige Fischreedereiflotten auch fernab vom eigentlichen Verladehafen operieren, was wiederum damit verbunden ist, dass in immer größeren Tiefen gefischt werden kann (WOR 2010: 121 ff; Wegner 2011:).

Die heutigen Fischbestände sind schwer abschätzbar und werden daher von mathematischen Modellen, Ökosystemmodellen errechnet, in dem aktuelle Fangzahlen und der Aufwand, in Form von Fangtagen und Flottengrößen, einbezogen werden (WBGU 2006: 32). Da die Datenreihen lückenhaft sind, fließen wissenschaftliche Probefänge in die Berechnungen ein (WOR 2010: 121; Wegner 2011:). Bei Betrachtung des Gesamtgewichts der gefangenen Fische nimmt China den bedeutendsten Platz in der Welt ein, gefolgt von Peru (WTO 2010 121 ff)²¹⁸. Bezogen auf die Seegebiete sind der Nordwestpazifik mit 19,8 Mill. Tonnen pro Jahr und der Südostpazifik mit 11,8 Mill. Tonnen pro Jahr die Fischereigeiete mit den größten Fangraten (WTO 2010: 84; WOR 2010: 122-123). Die Abbildung 3.2.1.5. aus dem (WOR 2010: 122) sind die wichtigen Fischereinationen der Welt verdeutlicht den derzeitigen Stand graphisch.

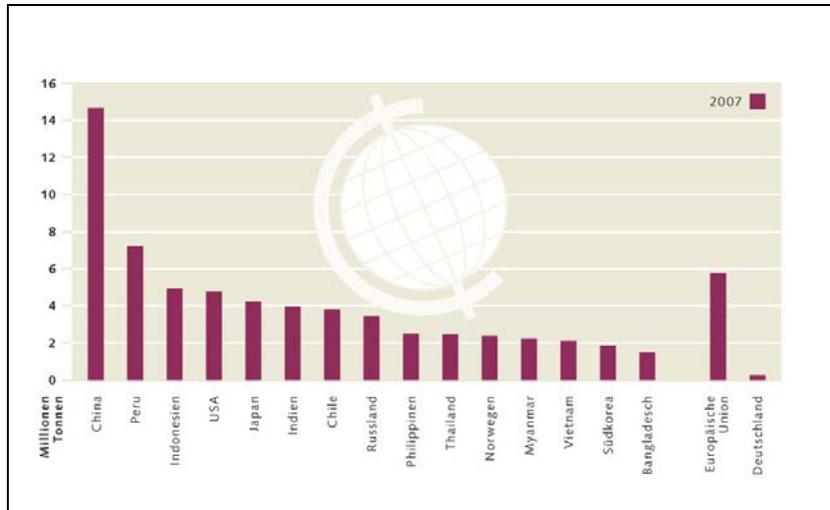


Abb. 3.2.1.5.: Die wichtigsten Fischereinationen nach Fangmenge, die markante Stellung Chinas als führende Nation der Welt mit 14 Mill. Tonnen Anlandemenge pro Jahr ist deutlich sichtbar, aus (WOR 2010: 122)

²¹⁸ Der WOR 2010, Seite 122, gibt für China 14×10^6 Tonnen und für Peru 7×10^6 Tonnen Landemenge an Fisch an.

Mit der weltweiten Zunahme der Fischereiaktivitäten geht die Überfischung der Weltmeere einher. Die Überfischung wird maßgeblich durch den Zusammenbruch einer Fischpopulation und die dadurch verminderten Fangmengen charakterisiert (WBGU 2006: 17 ff).

Die Überfischung und signifikante Dezimierung der Fischbestände ist einerseits eine Folge der steigenden weltweiten Nachfrage nach Fischarten sowie der veränderten Umweltfaktoren im Ökosystem Ozean (WBGU 2006: 23-24). Die Wechselwirkungen zwischen den Einflussfaktoren im gesamten Ökosystem Ozean, eingeschlossen sind hier die Auswirkungen auf die Meeresflora und -fauna sowie die physikalischen und chemischen Zustandsgrößen des Meeres, sind aufgrund ihrer hohen Komplexität derzeit schwer zu bestimmen, die sich können im Laufe der Zeit etwa als Folge des Klimawandels ändern können (WBGU 2006: 12). Die sich im Laufe der Zeit ändernde Nachfrage nach bestimmten Fischarten wirkt sich zusätzlich auf das Ökosystem Ozean aus. Je nach Umfang und Zusammensetzung der dann erzielten Fischerträge ändern sich Altersstruktur und Dichte der jeweiligen Fischbestände, was wiederum Folgen auf die gesamte Meeresflora und -fauna auswirkt (WOR 2010: 112; 116; 126)²¹⁹.

Dem entgegen wirken, kann nur ein nachhaltiges international abgestimmtes Fischereimanagement, welches sich jedoch derzeit in nicht verbindliche Richtlinien niederschlägt. Als Beispiel hierfür kann die in der Literatur genannte Absichtserklärung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development, WSSD) in Johannesburg 2002 (WBGU 2006: 26; 101; 114; WOR 2010: 126) oder die Roadmap der CFP²²⁰ der EU (Daw and Gray 2005: 189 ff; Frost and Andersen 2006: 737 ff)²²¹ genannt werden, welche die jährlich maximalen anzulandenden Fischmengen regulieren (Daw and Gray 2005: 193), und somit die Fischbestände schützen sollen²²².

Dazu bedarf es einer nachhaltigen Fischereipolitik oder ein zentralen Fischereimanagement um die gesamte Fangmenge auf das biologisch und wirtschaftlich sinnvolle Maß zu

²¹⁹ Vgl. dazu Fußnote 215.

²²⁰ CFP: Common Fishery Policy of the EU

²²¹ Siehe: Frost, H. and Andersen P.: The Common Fishery Policy of the European Union and fisheries economics, *Marine Policy*, 30, 2006; Seite 731-746, sowie Daw, T. and Gray, T.: Fisheries science and sustainability in international policy: a study of failure in the European Union's Common Fisheries Policy, *Marine Policy*, 29, 2005, Seite 189-197.

²²² Diese Fangmenge wird als maximaler nachhaltiger Ertrag (MSY, maximum sustainable yield) bezeichnet. Der MSY gibt die größtmögliche jährliche Fangmenge für einen Fischbestand an, die über einen unbefristeten Zeitraum angelandet werden kann, ohne den Bestand zu gefährden, siehe dazu Daw, T. and Gray, T.: Fisheries science and sustainability in international policy: a study of failure in the European Union's Common Fisheries Policy, *Marine Policy*, 29, 2005, Seite 189-197.

beschränken (WBGU 2006: 24). Dazu werden derzeit von Behörden Gesamtfangquoten (total allowable catch, TAC) festgelegt (WTO 2010: 83), die langfristig zum maximalen ökonomischen Ertrag führen sollen.

Derzeit verfolgt die Fischereipolitik Ansätze eines rechtbasierten Fischereimanagement²²³, bei denen Fischer das Recht erhalten, langfristig Fisch in einer von ihnen selbst bestimmten Menge zu fangen (WOR 126 ff). Ein Beispiel sind individuell transferierbare Quoten (individual transferable quotas (ITQs)) (WTO 2010: 83 ff; Frost and Andersen 2006: 738-739). Bei dieser Methode bekommen Fischer individuelle Fangquoten zugeteilt, die sie frei mit anderen Fischern handeln können. Das führt dazu, dass Fischer, die relativ unwirtschaftlich arbeiten, ihre Quoten verkaufen werden, während wirtschaftlichere Betriebe Quoten hinzukaufen. Langfristig hat dies zur Folge, dass sich die Quoten auf wenige Fischereibetriebe konzentrieren und die erlaubte Gesamtfangmenge insgesamt zu geringeren Kosten eingebracht wird. Der tatsächliche Fang besteht jedoch aus Fischen verschiedener Altersklassen, verschiedener Qualität und damit unterschiedlichen Werts (WTO 2010: 134).

Der Fischfang lässt sich nicht nur durch die Festlegung von Fangmengen, sondern auch durch eine Begrenzung des Fischereiaufwands regulieren. Die Fischereipolitik nennt dieses Verfahren eine aufwandsbasierte Regulierung (WOR 2010: 135). So lässt sich die Fangkapazität begrenzen, indem nur eine bestimmte Zahl an Lizenzen für Fangschiffe²²⁴ vergeben oder indem die Motorleistung oder die Größe der einzelnen Schiffe begrenzt wird. Darüber hinaus kann die Fangdauer beschränkt werden, beispielsweise durch eine bestimmte Zahl von Fangtagen auf See (Frost and Andersen 2006: 741).

Eine Alternative zu zentralen Fischereimanagement-Ansätzen sind territoriale Nutzungsrechte (territorial use rights in fisheries, TURF) (WOR 2010: 135). Einzelnen Fischereigenossenschaften wird langfristig das Recht zugestanden, ein räumlich begrenztes Meeresgebiet exklusiv zu befischen. Die Fangmengen und Fangaufwand werden in Eigenverantwortung festgelegt. Dadurch können die staatlichen Regulierungs- und

²²³ Derzeit gibt es keine gemeinsame EU-Fischereipolitik, jedoch ist es Februar 2011 angedacht, gemeinsame Fischereirichtlinien zu erlassen, die als oberste Priorität den Bestandsschutz haben. Von Seiten der EU-Kommission wird als Ziel eine „most sustainable yield (MSY) fishery“, also eine nachhaltige und ertragreiche Fischerei, verfolgt, die sich von der maximum sustainable yield Fischerei abheben soll.

²²⁴ Die deutsche Hochseefischreedereien haben zusammen mit der Bundesregierung erhebliche Anstrengungen unternommen, um etwa Fischereirechte vor Patagonien oder Westafrika zu erhalten, im Ergebnis dieser, so wurde von Herrn Dr. Wegner in seinem Vortrag am 14.05.2011 festgestellt, konnten jedoch keine Zuwachsraten für die deutsche Hochseefischerei erzielt bzw. nachhaltig konserviert werden.

Kontrollausgaben gesenkt werden. Durch das Eigenmanagement der Genossenschaften ist sichergestellt, dass die Bestände nicht überfischt werden, um das zukünftige Einkommen nicht zu gefährden. Erweiterbar ist dieses Recht auch auf Krebstiere und Muscheln. Ein Beispiel für ein erfolgreiches Management mit territorialen Nutzungsrechten ist die chilenische Küstenfischerei, die vor allem am Meeresboden lebende Arten befischt, besonders Seeigel und Austern. Dort zeigt sich, dass die Fischer im eigenen Interesse darauf achten, nachhaltig zu fischen, wenn sie die Möglichkeit haben, die Erträge einer solch nachhaltigen Fischerei langfristig zu nutzen (WOR 2010: 135).

Das Beispiel ist jedoch noch ein Einzelfall, noch ist die Mentalität der schonungslosen Fischerei weit verbreitet, und eine nachhaltige umweltschonende Fischereipolitik selten, wie oben angegeben beginnt die EU derzeit über eine Neuordnung der Politik nachzudenken, deren Umsetzung jedoch noch einen intensiven und umfassenden Abstimmungsbedarf innerhalb der Union vorausgehen muss.

Energieversorgung

Die Wirtschaft und Energieversorgung der heutigen Gesellschaft wird derzeit noch von den fossilen Rohstoffen dominiert. Gemäß der IEA (International Energy Agency) ist bis zum Jahre 2040 mit einem erheblichem Anstieg zu rechnen (IEA 2010: 96), wobei die USA, China und Russland den größten Anteil einnehmen werden. Vor diesem Hintergrund orientieren sich die Nationen verstärkt nach Energielagerstätten und -quellen im Ozean (IEA 2010: 4-15). Die fossilen Vorkommen sind zwischen 15 und 600 Millionen Jahre alt, durch die Kontinentalverschiebung, die sowohl Landflächen als auch Ozeane entstehen ließ, wurden die heutigen Lagerstätten sowohl im Ozean als auch an Land festgelegt (WOR 2010: 142). Im Ozean befinden diese sich unter dicken Sedimentschichten, so dass die Lokalisierung nur mittels seismischer akustischer Verfahren möglich ist (WOR 2010: 142).

Aufgrund des stetig ansteigenden Bedarfs an fossilen Brennstoffen ist zu erwarten²²⁵, dass die Förderungsmethoden und -mengen, die derzeit sowohl an Land als auch offshore präsent sind, nicht mehr ausreichen werden. Gemäß einer Studie aus dem Jahre 2010 des Zentrums für Transformation der Bundeswehr „Peak Oil“ (ZTransfBw 2010: 6 ff) wird der sogenannte Peak Oil, also der Scheitelpunkt der weltweiten Ölförderung, in den nächsten 10 Jahren erreicht.

²²⁵ Vgl. WBGU: Sondergutachten Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, 2009, Seite 24.

Gemäß (WTO 2010: 26 ff) und (WOR 2010: 143 ff) sind ca. 41 Milliarden Tonnen der gut 157 Milliarden Tonnen Ölvorkommen in den Offshore-Regionen der Ozeane zu finden, angegeben wurde für das Jahr 2007 eine Fördermenge von 1,4 Milliarden Tonnen Öl. Als die ergiebigsten Fördergebiete sind die Nordsee und der Golf von Mexiko²²⁶, der Atlantik vor Brasilien und Westafrika, der Arabische Golf und das Meer vor Südostasien benannt. In den letzten Jahren sollen immer wird weine Förderung in großen Tiefen forciert, so dass bspw. 2007 Öl bereits aus 157 Feldern gefördert wurdet, die mehr als 500 Meter tief liegen, im Vergleich dazu waren es 2000 nur 44 Felder (WOR 2010: 143). Die Förderung aus tieferen Meeresgebieten wird zukünftig stetig steigen, besonders vor dem Hintergrund der kontinuierlichen hohen Nachfrage.

Bezüglich der Erdgasgewinnung zeigt sich ein analoges Bild zum Erdöl. Durch die ständig steigende Nachfrage rückt die Offshoreförderung verstärkt in das Blickfeld. Hauptförderregionen sind hier der Nahe Osten und die GUS-Staaten (WOR 2010: 142-144), (WTO 2010: 63). Der momentane Offshore-Anteil der weltweiten Gasfördermenge liegt mit 65 Billionen Kubikmetern bei gut einem Drittel der Weltproduktion und steigt kontinuierlich (WTO 2010: 56).

Die Abbildungen 3.2.1.6 und 3.2.1.7. aus dem (WOR 2010: 143) verdeutlichen die derzeitige Situation graphisch.

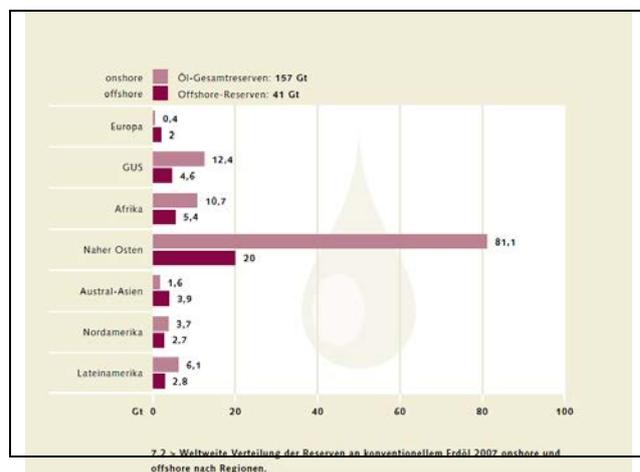
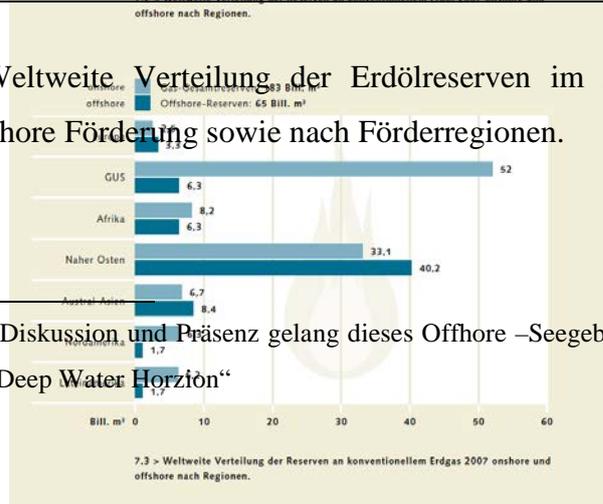


Abb. 3.2.1.6.: Weltweite Verteilung der Erdölreserven im Jahre 2007, aufgeteilt nach Onshore und Offshore Förderung sowie nach Förderregionen.



²²⁶ In die öffentliche Diskussion und Präsenz gelang dieses Offshore –Seegebiet Anfang 2010, durch den Unfall auf der Ölplattform „Deep Water Horizon“

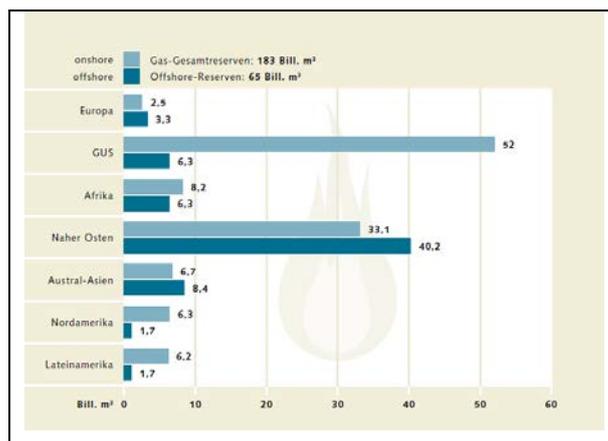


Abb. 3.2.1.7.: Weltweite Verteilung der Erdgasreserven im Jahre 2007, aufgeteilt nach Onshore und Offshore Förderung sowie nach Förderregionen.

Mit Blick auf die Nutzung zukünftiger Ressourcen aus dem Ozean nehmen sowohl die Förderung von LNG (Liquified Natural Gas)²²⁷ (WTO 2010: 71) sowie die aus den vermuteten arktischen Quellen eine führende Rolle ein.

Es wird vermutet, dass in den Meeresgebieten nördlich des Polarkreises etwa 25 Prozent der bislang noch unentdeckten Gasmengen und 13 Prozent des unentdeckten Öls, allem in den russischen Gewässern ruhen (WOR 2010: 144; AGeoBw 2007: 6, Geiger 2009: 5). Verbunden ist die Förderung aufgrund der natürlichen Verhältnisse mit hohen Investitions- und Betriebskosten, besonders hinsichtlich des Transportes durch das arktische Meereis.

Neben den Vorkommen an Erdöl- und gas stehen derzeit weitere mögliche Rohstoffe aus den Tiefen der Ozeane im Fokus der Diskussion, dazu gehören die Manganknollen, die in Wassertiefen jenseits der 4000 Meter liegen, die Gashydrate, in Tiefen zwischen 350 und 5000 Metern, die Kobaltkrusten entlang der Flanken submariner Gebirgszüge in Tiefen zwischen 1000 und 3000 Metern sowie die Massivsulfide und die Sulfidschlämme, die sich im Raum vulkanischer Aktivität an den Plattengrenzen in Wassertiefen zwischen 500 und 4000 Meter formieren und ablagern (WBGU 2006: 93 ff), die Abbildung 3.2.1.8. gibt einen Überblick über die marinen Rohstoffvorkommen. Erste Bestrebungen des Abbaus dieser gab es bereits in den 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts (WOR 2010: 146 ff).

Trotz des 1992 unterzeichneten und 1994 in Kraft getretenen UNCLOS²²⁸ Abkommens reißt die Debatte um die Auslegung und Handhabung von UNCLOS nicht ab, da sowohl die

²²⁷ Gemäß (WTO 2010: 71) waren im Jahre 2005 26 % aller international gehandelten natürlichen Gasvorkommen, LNG.

Industriestaaten als auch die Schwellenländer²²⁹ ein wirtschafts- und geopolitisches Interesse, besonders hinsichtlich der Ressourcensicherung hegen, Beispiel hierfür ist die Debatte um die Nutzung der Arktis und Antarktis. Hier wird erkennbar, dass sich die genannten Staaten besonders nach marinen Rohstoffquellen außerhalb ihrer Hoheitsgrenzen umsehen. Hier ist zu erwarten, dass sich ähnliche Tendenzen wie bei der Sicherung von Landquellen, etwa durch China in Afrika, abzeichnen.

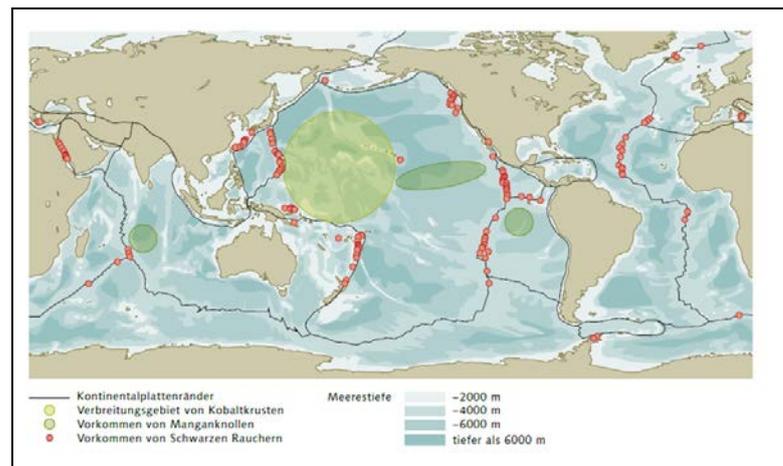


Abb. 3.2.1.8.: Mögliche Vorkommen an Bodenschätzen im Ozean (Quelle: WOR 2010: 147).

Hinsichtlich der Ressourcennutzung aus dem Ozean werden seit mehreren Jahren Verfahren und Technologien entwickelt, die sowohl den Abbau der Gashydrate als auch die Einlagerung von CO₂ ermöglichen sollen (WBGU 2006: 95). Besonderes Interesse erweckt der Abbau von Methanhydrat (Methan (CH₄)). Chemisch betrachtet ist der Austausch möglich, da flüssiges CO₂ spontan mit Methanhydrat reagiert (WBGU 2006: 94-95). Aus wirtschafts- und klimapolitischer Sicht ist dieses Verfahren von Interesse, da sich einerseits Rohstoffe gewinnen lassen und andererseits die klimapolitischen Ziele der EU und Deutschlands umsetzen lassen könnten. Die dazu angestrebte Technologie ist die CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage). Dabei wird das CO₂ direkt am Kraftwerk abgeschieden und im Erdboden gespeichert. Eine andere Methodik ist, das CO₂ in die marinen Methanhydrate einzuleiten, wodurch einerseits Methan gewonnen und andererseits das Kohlendioxid im

²²⁸ UNCLOS: United Nations Convention on the Law of the Sea. Dieses Abkommen bildet seit seinem Inkrafttreten 1994 für alle Unterzeichner die Grundlage für die Nutzung von Rohstoffen am Meeresboden außerhalb der Hoheitsgebiete der Länder sowie dem Befahren von Seestrassen, eine zunehmende Rolle nimmt das Abkommen in der Frage des Rohstoffabbaus in der Arktis ein.

²²⁹ Insbesondere China, Brasilien, Indien

Meeresboden verpresst würde. Bei einer Speicherung an Land liegt das CO₂ als superkritisches Fluid vor, das mobil und chemisch sehr aggressiv ist. Manche Experten befürchten, dass die unterirdischen Lager deshalb mit der Zeit möglicherweise leckschlagen könnten (WBGU 2006: 84; 87; 93; WBGU 2009: 27; 237)²³⁰. Eine Speicherung im Meeresboden birgt diese Gefahren nicht, da aufgrund der Kälte der Umgebung das CO₂-Hydrat inaktiv wäre, aufgrund seiner thermischen Stabilität im Vergleich zu Methanhydrat (WOR 2010: 154).

Neben der Nutzung der Rohstoffe im Ozean nimmt die Nutzung der Umgebungsparameter der Ozeane für die Energienutzung ein stetig steigendes Interesse ein. Der Ausbau und die Nutzung der regenerativen Energien aus der marinen Umwelt ist derzeit eines der Schlüsselforschungsgebiete, Wirtschaftszweige und energiepolitischen Themen²³¹ besonders der europäischen Industriestaaten vor dem Hintergrund der Ereignisse in Fukushima im März diesen Jahres²³² und den beabsichtigten Atomausstieg in Deutschland ab 2022²³³.

Neben den weit verbreiteten Offshore-Windparks spielen zunehmend regenerative marine Energieformen wie die Wellenenergie, die Gezeitenenergie; die Strömungsenergie, die aus Temperaturunterschieden und die durch Salzgehaltsunterschiede gewonnene Energie in der Energiesicherung eine Rolle (WBGU 2009: 36; 198).

Gemäß des (WOR 2010 156 ff) werden die Offshore-Windparks zukünftig weltweit rund 5000 Terawattstunden (TWh, 1 Terawattstunde entspricht 1 Billion Wattstunden) Strom pro

²³⁰ Die Debatte im Frühjahr 2011 in Deutschland bezüglich der Versuchsfelder für die CO₂-Verpressung im Erdboden zeigt die aktuelle Brisanz des Themas.

²³¹ Das Energiememorandum der Bundesregierung seit März 2011 und der Bericht der Ethikkommission vom 12.05.2011 mit dem Titel: Deutschlands Energiekonsens - Ein Gemeinschaftswerk Energiezukunft Deutschland, 28 Seiten, 2012, Ethikkommission der Bundesregierung sind ein prominentes Beispiel für die derzeitige Debatte um die Energieversorgung und -sicherheit

²³² Als Folge eines Tsunami im Nordosten Japans kam es am 11.03.2011 zu einer Atomkraftwerkskatastrophe in Fukushima, 200 km nördlich von Tokio, deren Ausmaß ebenso gravierend wie das Reaktorunglück von Tschernobyl im Jahr 1986 war. Die Katastrophe wurde auf der Internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) auf die höchste Stufe 7 statt bislang 5 von der japanischen Atomaufsicht eingeordnet. Quelle: weltonline vom 12.04.2011, <http://www.welt.de/vermishtes/weltgeschehen/article13146662/Japan-ruft-fuer-Fukushima-hoehste-Gefahrenstufe-aus.html>.

²³³ Vergleiche u. a. weltonline vom 03.06.2011, zusätzlich zum Energiememorandum der Bundesregierung schlägt die SPD-Bundestagsfraktion eine Verankerung des Atomausstiegs zum Jahre 2022 im Grundgesetz vor.

Jahr liefern können und somit rund ein Drittel des derzeitigen jährlichen globalen Stromverbrauchs von rund 15 500 Terawattstunden abdecken können (IEA 2010: 65; 119 ff). Für Europa wird erwartet, dass die Windenergieanlagen auf See bis zum Jahr 2015 bereits rund 340 TWh jährlich liefern. Mit Stand 2010 wurden weltweit rund 40 Offshore-Windenergie-Vorhaben realisiert, die meisten in Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Neuseeland und Schweden (IEA 2010: 31 ff). Anfänglich wurden die Anlagen in Küstennähe in flachen Gewässern errichtet, derzeit werden die Anlagen für die hohe See projektiert und getestet, um so die ungestörten Windverhältnisse nutzen zu können (WOR 2010: 156).

Die dort vorhandenen hohen Windgeschwindigkeiten und Seegangsbedingungen erfordern jedoch angepasste technologische Lösungen. Beispiel dafür ist der deutsche Hochsee-Windpark „Alpha Ventus“, in dem zwölf Windenergieanlagen verschiedener Hersteller errichtet und getestet wurden und technologische Probleme aufgezeigt wurden²³⁴. Der Windpark liegt 45 Kilometer vor der Nordseeinsel Borkum. Derzeit ist auch die rentable Anschließung an das Landstromnetz eine der zu lösenden Probleme derzeit. Dies wird jedoch nicht hinderlich sein, die Windenergie weiter forcieren und breitflächig etablieren zu können.

Die oben genannte Wellenenergie als eine weitere marine Energiequelle der Zukunft mit einem jährlichen Leistungspotenzial von 11 400 TWh (IEA 2010: 93-95; 125). Je nach Projekt und Präferenz der jeweiligen Staaten gibt die IEA drei verschiedene Verfahren der Wellenenergieerzeugung an meisten lassen sich drei Typen zuordnen (IEA 2010: 31 ff; WOR 2010: 157):

1. Oscillating Water Column: Hier strömt durch die Wellenbewegung Wasser in einer luftgefüllten Kammer auf und ab. Pilotanlagen wurden in den vergangenen Jahren in Portugal, Schottland und Japan errichtet.
2. Oscillating Bodies: Dieser Typ erzeugt Strom, indem sie die Bewegung der Wellen umsetzen. Dazu zählen schwimmende Generatoren, bei denen sich Schwimmkörper an einer Verankerung entlang oder auf und ab bewegen. Das britische System Pelamis ist das führende System auf dem Gebiet und wurde 2008 vor Portugal als erstes Wellenenergiesystem weltweit über ein Seekabel ans Stromnetz angeschlossen. In Spanien und Portugal sind weitere Parks geplant.

²³⁴ Vgl. weltonline vom 08.05.2011, Wie deutsche Ingenieure Windkraftriesen foltern, Quelle: <http://www.welt.de/wissenschaft/article13356842/Wie-deutsche-Ingenieure-Windkraft-Riesen-foltern.html>

3. Overtopping: Analog zum Staudamm wird beim Overtopping-System ein Becken mit Wasser durch überlaufende Wellen, die durch Rinnen oder Rampen kanalisiert werden, gefüllt und wodurch anschließend eine Turbine angetrieben wird. In Dänemark und Norwegen wurden bereits schwimmende als auch feste Systeme installiert.

Eine weitere Energiegewinnungsform ist die der Gezeitenenergiegewinnung. Gezeitenkraftwerke funktionieren durch die durch Ebbe und Flut hin- und herbewegten Wassermassen (WBGU 2006: 88; WOR 2010: 158)²³⁵. Seit 1966 ist an der nordfranzösischen Atlantikküste bei Saint Malo das La-Rance-Gezeitenkraftwerk mit einer Leistung von 240 Megawatt (MW, 1 Megawatt entspricht 1 Million Watt), der Leistung eines Gaskraftwerks, in Betrieb. Kanada, China und Russland haben in den vergangenen 20 Jahren analoge, jedoch kleinere Anlagen errichtet. In Südkorea wird 2011 ein 500-KW-Gezeitenkraftwerk in Betrieb genommen werden, das in einen schon bestehenden Staudamm integriert wird (IEA 2010: 12).

Mit der Nutzung der Gezeiten als Energiequelle einher geht die Nutzung der Meeresströmungen mittels Unterwasserrotoren, die durch die Wasserbewegung angetrieben werden, wodurch mit den Gezeitenkraftwerken hunderte TWh elektrischer Strom pro Jahr gewonnen werden können (WOR 2010: 158). Rotorkonzepte, wie das britische System „Seaflow“, werden seit 2003 vor der englischen Küste getestet, zusätzlich wird derzeit in der Meerenge Strangford Narrow vor der irischen Küste das Nachfolgesystem „SeaGen“, in Anlehnung an die Windenergieanlagen, für den Experimentalbetrieb aufgebaut (IEA 2010: 12).

Die Nutzung von Meerestemperaturunterschieden für die Stromerzeugung ist besonders in Regionen mit großen Temperaturdifferenzen in der Ozeanschichtung von Interesse. Daher sind die subtropischen Gewässer für den Bau von Energieanlagen am besten geeignet. Derzeit ist das OTEC-Verfahren (Ocean Thermal Energy Conversion) in der Erprobung (IEA 2010: 34; 50).

Derzeit plant ein amerikanisch-taiwanesisches Konsortium auf Hawaii eine 10-MW-Anlage zu errichten (WOR 2010: 159). Frankreich hat eine aus Unternehmen und

²³⁵ Vgl. dazu: Carbon Trust, Callaghan J. Future Marine Energy – Results of the Marine Energy Challenge: Cost competitiveness and growth of wave and tidal stream energy Carbon Trust – CTC601, 2006; <http://www.carbontrust.co.uk/Publications/publicationdetail.htm?productid=CTC601&metaNoCache=1>.

Forschungseinrichtungen bestehende Initiative namens IPANEMA gestartet, die sowohl erneuerbare Energien im Meer als auch die OTEC-Technologie fördert (WOR 2010: 159).

:

Ein weiteres Verfahren zur marinen Energieerzeugung ist die Energie aus Salzgehaltsunterschieden, mittels Osmose (WBGU 2006: 88). Hier wird der Druckunterschied zwischen Süß- und Salzwasser ausnutzt, wenn man beide Wassermassen mit einer speziellen wasserdurchlässigen Membran voneinander trennt (WBGU 2006: 88; WOR 2010: 161). Die Technologie befindet sich derzeit noch im Laborstatus (WBGU 2006: 88). Im November 2009 wurde jedoch ein erstes Kraftwerk am Oslofjord errichtet, um die Technik weiter zu entwickeln (WOR 2010: 161). Die Stromausbeute ist mit wenigen Kilowatt noch gering, kann jedoch in naher Zukunft weltweit auf 2000 TWh pro Jahr nachhaltig anwachsen.

3.2.2. Die Tendenzen bis 2030+

Im vorhergehenden Abschnitt wurde die derzeitige Situation für einzelne maritim relevante Faktoren dargestellt, wobei es sich um eine Aufnahme der Verhältnisse bis Mitte 2011 handelt. In den nächsten Ausführungen wird versucht, die aktuelle Darstellung weiterzuentwickeln um so Tendenzen für einen Zeitraum bis 2030+ zu formulieren. Anzumerken ist, dass es sich dabei um Annahmen handelt, die aus dem derzeitigen Bild abgeleitet sind.

Seeverkehr

Bis Ende 2009 musste die Seeverkehrswirtschaft herbe Einbrüche in der Beförderung von Frachtgut auf See hinnehmen. Diese ging mit der abschwächenden Weltkonjunktur und dem abnehmenden Welthandelsvolumen der Jahre 2008 und 2009 (IfW 2010a: 3-4) einher. Erst seit dem Jahr 2010 ist die Tendenz des Handelsvolumens wieder, meist moderat, steigend (IfW 2010b: 3-6) und schlägt sich positiv auf den Weltseehandel nieder (UNCTAD²³⁶ 2008:2; UNCTAD 2009: 5). Beispielsweise wird für das Jahr 2011 vom IfW eine Gesamtwirtschaftsprognose von 3.6 % vorhergesagt, die durch eine, zur Zeit zwar verlangsamte, wirtschaftliche Erholung in Schwellenländern, China und wenigen europäischen Staaten, wie Deutschland, gefördert wird (IfW 2010b: 4-6; 23 ff). Eine Fortsetzung der positiven Weltmarktentwicklung, einschließlich der des Seeverkehrswirtschaft, lässt sich für die nächsten Jahrzehnte kaum abschätzen. Hinsichtlich des vom Seeverkehr induzierten Containerverkehrs ist derzeit eine Belebung erkennbar,

²³⁶ UNCTAD: United Nation Conference on Trade and Development, Trade and Development Board.

nachdem diese im Jahre 2008 abrupt zum Erliegen kam, bspw. verzeichnete die A.P. Moeller-Maersk A/S Kopenhagen, als Eigentümerin der größten Containerflotte der Welt, im Jahre 2009 einen Rückgang um 10 %, was den ersten Rückgang im Containerverkehr seit dessen Einführung in den 70er Jahren darstellte (WOR 2010: 177).

Für die nächsten Jahre wird aufgrund des zunehmenden Seeverkehrs und Spezialisierungsgrades der Schiffe und Reedereien eine Flottenexpansion erwartet, die sich auch auf die Containerschiffahrt niederschlagen wird. Es ist zu erwarten, dass zeitnah eine große Anzahl von großen Containerfrachtschiffen gebaut und auf den Seehandelsmarkt drängen wird. Dadurch können sowohl die derzeit erholenden Umsätze als auch die Kosten der Reedereien beeinträchtigt werden (WOR 2010: 177; WTO 2010: 63-64).

Neben den genannten wirtschaftlichen Entwicklungen im Seeverkehr ist eine Einbeziehung der Umweltbedingungen der Zukunft unerlässlich. Im Abschnitt 3.1. wurden die aktuellen und zukünftigen Umweltparameter beschrieben. Darin wurde u. a. dargestellt, dass sich aufgrund der möglichen veränderten Temperaturverteilung Extremwetterereignisse häufen können. Dies hätte unmittelbare Implikationen auf den Seeverkehr hinsichtlich der Transport- und Navigationsbedingungen, besonders hinsichtlich der Wind- und Seegangsverhältnisse²³⁷. Die Risiken für Schiffe und Ladungen können sich dadurch zukünftig erhöhen oder den Frachtdurchlauf von einem zu einem anderen Ort verzögern (WOR 2010: 177), da weniger gefährdete Transportrouten befahren werden müssen. Dies kann zu einer Kostensteigerung für die Reederei und die Zwischen- und Endabnehmer aufgrund höherer Transport- und Versicherungskosten führen (WOR 2010: 177).

Hinsichtlich der Einbeziehung von Umweltbedingungen in den Seeverkehr stellt sich außerdem die Frage nach der Routenoptimierung und des daraus resultierenden verminderten Ausstoßes an Abgasen bzw. Treibhausgasen, wie Kohlendioxid, durch die Schiffe. Zukünftig wird die Umrüstung der Flotten hin zu „grünen Flotten“ für die Reedereien zunehmend in den Mittelpunkt ihrer schiffbaulichen Aktivitäten rücken, um so zur Verminderung des anthropogenen Treibhauseffektes beizutragen (UNCTAD 2008: 3 ff; UNCTAD 2009: 3 ff). Dies schließt gemäß (UNCTAD 2009: 23 ff) auch die Installation von Monitoringsystemen zur Messung und Verarbeitung von Spurengasdaten entlang der Schiffsrouten ein (IMO 2009:

²³⁷ Besonders das Auftreten von Freak Waves, signifikanten Einzelwellenereignissen mit Wellenhöhen bis zu 30 Metern, führten bereits mehrfach im Südatlantik zu unerwarteten Schäden an Schiffen und Personen, Bsp. als Beispiel ist hier das Kreuzfahrtschiff MS „Bremen“ genannt, welches im Februar 2001 von einer 35 Meter Welle erfasst wurde und nur knapp der Kentern entging.

7; 11)²³⁸, um so den quantitativen Beitrag des Weltseeverkehrs zur Klimaveränderung bestimmen und Empfehlungen zu dessen Reduzierung geben zu können (IMO 2009: 11 ff). Im Zuge des Abschmelzens des Arktischen Meereises können sich neue Seehandelswege durch den Arktischen Ozean bis 2050 entwickeln, wodurch nach jetzigen Schätzungen sowohl mit einer Verringerung an Transportzeit und -kosten als auch an Treibstoff und somit CO₂-Ausstoß²³⁹ zu rechnen ist (UNCTAD 2009: 3 ff; WTO 2010: 178). Eine Nutzung der Nordost- und Nordwestpassage für den Arktischen Seeverkehr stehen dabei im Fokus der Betrachtungen, eine direkte Passage über Beringstraße ist derzeit Gegenstand eines Forschungsprojektes (Brauner 2011:)²⁴⁰. Hinsichtlich der Nutzung des Arktischen Ozeans für den Seeverkehr ist jedoch zukünftig eine stärkere Interessenbekundung, einerseits von den Anrainerstaaten und andererseits von Nichtanrainerstaaten zu erwarten, die Konfliktpotenzial bergen können. Die derzeitige Debatte bezüglich der territorialen Abgrenzung der Hoheitsgebiete im Arktischen Raum verdeutlicht den zukünftigen Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf besonders zwischen den Anrainerstaaten (Winkelmann 2008: 1; Marx 2009: 105; Pflügler 2010: 76). Auf eine detaillierte Betrachtung wird an dieser Stelle verzichtet, da dies im nachfolgenden Abschnitt 3.3. vertieft wird.

Fischereiwesen

Die oben beschriebenen derzeitigen Regelungen im Fischereiwesen weisen erhebliche Schachstellen auf, die zukünftig behoben werden müssen um eine nachhaltige Fischereibewirtschaftung gewährleisten zu können.

Neben der stärkeren Kontrolle der Fangquoten ist die Einführung von Fischschutzgebieten und Fischereizertifikaten als Instrument der Zukunft anzusehen (WOR 2010: 136).

Aus verschiedenen Studien wird ersichtlich, dass marine Schutzgebiete zur Erholung von Fischbeständen beitragen können. Die Nutzung und der Ausbau der satellitengestützten

²³⁸ Siehe dazu vertiefend in: International Maritime Organization (IMO), Marine Environment Protection Committee, 59th, Prevention of air pollution from ships, second IMO GHG study 2009, Final report covering phase 1 and phase 2, 09.04.2009, Seite 1-287.

²³⁹ Vgl. UNCTAD 2009: Report of the Multi-year Expert Meeting on Transport and Trade Facilitation on its first session, 23.03.2009, Seite 1-27.

²⁴⁰ Prof. Ralf Brauner, Jade-Hochschule, persönliche Mitteilung: Zur Zeit läuft ein Projekt des AWI Bremerhavens, Gruppe Meereisphysik, in Zusammenarbeit mit der Jade-Hochschule Elsfleth, Fachbereich Seefahrt zur Untersuchung der Möglichkeit des Seetransits über die Beringstrasse, ohne Nutzung der Nordost-/Nordwestpassage, da dort das mehrjährige Eis seit 2010 signifikant abgenommen hat und das einjährige Eis im Sommer vermindert ist. Erste Abschätzungen zeigen, dass die Einsparungen für den Seeverkehr gegenüber denen bei Nutzung der Nordost-/Nordwestpassage auf ein Vielfaches belaufen, 18.05.2011.

Ortungs- und elektronischen Logbuchsysteme, wie die Vessel Detection Systems (VDS, Schiffsortungssysteme) und Vessel Monitoring Systems (VMS, Schiffsüberwachungssysteme), erlauben bereits die Verfolgung der Fangschiffe auf See und lassen so auf die Fangaktivitäten schließen. Die überfischten Meeresregionen, können so identifiziert werden und durch die Einrichtung von marinen Schutzgebieten dem Fischfang zeitlich befristet entzogen werden (Daw and Gray 2005: 190; 195-196; WOR 2010: 139 ff).

Der Schlüssel für eine zukunftsorientierte und über mehrere Jahrzehnte erfolgreiche Fischereiwirtschaft liegt in einem abgestimmten und nachhaltigen internationalen Fischereimanagement, das alle möglichen Wechselwirkungen zwischen ökonomischen und ökologischen Aspekten vereint. Zusätzlich stellen die genannte Zertifizierung sowie die Steuerung der Fischartennachfrage und die Fangtechniken ein weiteres zukünftiges Handlungsfeld für die Fischereipolitik dar (Saw and Gray 2005: 195; WOR 2010: 139; Wegner 2011:²⁴¹).

Initiativen, wie das Marine Stewardship Council oder die Friend of the Sea-Initiative²⁴² sind die in Zukunft verstärkt agierenden Akteure (WOR 2010: 139) um ein nachhaltiges Fischereimanagement, welches sich nicht nur auf die Hochseefischerei reduziert, sondern auch die Aquakulturwirtschaft einbezieht, umzusetzen. In naher Zukunft sind hier nur kleine Fortschritte zu erwarten, da nationale wirtschaftliche Belange im Vordergrund stehen (Wegner 2011:).

Energieversorgung

Neben der weiterhin extensiv durchgeführten Förderung von Erdöl und –gas wird der Abbau der genannten Tiefseerohstoffe in den nächsten Jahren forciert werden. Besonders der des Massivsulfids wird zeitnah realisierbar sein (WOR 2010: 151), wie dies etwa in Papua Neuguinea der Fall sein wird. Es ist somit davon auszugehen, dass der Abbau der Tiefseerohstoffe in den nächsten Jahren und Jahrzehnten als Rohstofflieferant an Dominanz gewinnt (WOR 2010: 151) und sich auf die weltweiten Rohstoffmärkte auswirkt. Voraussetzung dafür sind jedoch einerseits eine erhöhte Nachfrage nach den Rohstoffen als Ersatz und Ergänzung zu den bisherigen klassischen Bodenschätzen, und andererseits die

²⁴¹ In seinem Vortrag am 14.05.2011 hat Herr Dr. Wegner angemerkt, dass es derzeit, besonders in der EU, eine Regelung zur Nutzung von großmaschigen Netzen mit Dreiecksmaschen angestrebt wird, die jedoch noch nicht vollends formuliert ist und umgesetzt wird.

²⁴² Marine Stewardship Council: MSC, 1997 von einer Greenpeace und einem internationalen Lebensmittelkonzern gegründet und seit 1999 als eigenständige Einrichtung tätig. Die Friend of the Sea-Initiative wurde von einer Umweltschutzorganisation gegründet und zertifiziert u. a. Aquakulturprodukte.

Verfügbarkeit der entsprechenden Fördertechnik auf See, die bisher noch mit technologischen Schwierigkeiten behaftet ist. Die betrifft vornehmlich den Abbau von Kobaltkrusten, so dass diesbezüglich auf einer Zeitskala von mehreren Jahren nicht mit einem Abbau zu rechnen ist (WOR 2010: 151).

Ein ähnliches Bild ergibt sich bezüglich der technologischen Umsetzung der Methanhydratförderung auf industriellem Maßstab. Über den derzeitigen Labormaßstab der Methanhydratförderung kann frühestens auf einer Zeitskala von fünf Jahren hinausgegangen werden, da alle bisher weder alle Risiken und Potenziale eines Abbaus hinreichend untersucht wurden (WBGU 2006: 96; WOR 2010: 155). Hier werden sowohl japanische als auch US-amerikanische Forschungs- und Industrieinrichtungen eine führende Rolle einnehmen (WBGU 2006: 96).

In den Küstenregionen der Arktis lagern die Methanhydrate in einigen hundert Metern unter den Permafrostablagerungen. Da sich die Vorkommen am Kontinentalschelf konzentrieren, ist ein Abbau des Methanhydrates mit moderatem technologischem Aufwand möglich (WBGU 2006: 97), so dass auf dem Gebiet bereits Produktionstests vor Alaska angelaufen sind und bis 2014 in großflächige Offshore-Feldversuche umgesetzt werden sollen (WOR 2010: 155). Inwieweit diese Vorhaben bis zur industriellen Förderung vorangetrieben werden, ist fraglich, neben der technologischen Machbarkeit auch der ökonomische und energiestrategische Nutzen der Förderung hinterfragt wird (WBGU 2006: 97). Eine mögliche Realisierung, über die Feldversuche hinaus, wird nach Meinung des WBGU erst im nächsten Jahrzehnt erwartet (WBGU 2006: 97).

Im Gegensatz zu den obigen Ausführungen hinsichtlich der alternativen Energiegewinnung auf See ist die Technologie der regenerativen Energiegewinnung schon derzeit ein Erfolgsmodell mit ausbaufähigem Potenzial. Neben den bisherigen Anlagen zur Offshore-Windenergieerzeugung werden sowohl die Gezeiten—als auch die Wellenkraftwerke zukünftig, bis 2020, stärker in den Fokus der Forschung und Betreibung rücken, die vielseitigen weltweiten Projekte auf dem Gebiet belegen dies (IEA 2010: 8-13). Jedoch bestehen auch hier technische und wirtschaftliche Risiken, die durch die Forschung ausgeräumt werden müssen (WOR 2010: 161), zusätzlich ist anzumerken, dass die Kraftwerksanlagen auch auf absehbare Zeit durch staatliche Mittel gefördert werden müssen, um innerhalb des nächsten Jahrzehnts zum einen rentabel und zuverlässig zur Energiegewinnung genutzt werden können und zum anderen als Ersatz etwa für bisherige Atomkraftwerke die Energiesicherheit gewährleisten können. Für die Bundesrepublik Deutschland ist dieser Aspekt eine aktuelle Fragestellung in der Energiedebatte, da gemäß des

im Mai 2011 Berichtes der Ethikkommission zur Energieversorgung der Zukunft und des darauf folgenden Beschlusses der Bundesregierung vom Mai 2011 bis zum Jahre 2022²⁴³ die deutsche Energieversorgung ohne einheimische Atomkraftwerke sicherzustellen ist und regenerative Energiegewinnung als die primäre Energieförderung zu forcieren ist.

Interessant für die Energieversorgung in der EU kann das Projekt DESERTEC im nordafrikanischen Teil der Sahara werden, wobei bis zum Jahre 2050 eine Energieversorgung mittels Solarstrom aus der Wüstenregion aufgebaut und sichergestellt werden soll²⁴⁴.

Welche der regenerativen Energieformen der Zukunft sich durchsehen werden, hängt neben dem technologischen Fortschritt sowohl von der politischen Akzeptanz, inklusive der dadurch generierenden Fördermittel durch die Regierungen der Staaten, als auch von der Wirtschaftlichkeit und Nachfrage nach den jeweiligen Energieformen ab.

Eng mit den wirtschaftlichen Faktoren ist das internationale Seerecht verbunden, da Implikationen mit Blick auf den Seeverkehr und die Förderung von Rohstoffen aus dem Meer existieren, die eine sicherheitspolitische Dimension aufweisen können. Deshalb ist eine kurze Betrachtung des Aspektes Seerecht für die weitere Abhandlung im nachfolgenden Abschnitt unerlässlich. Des Weiteren trägt der Faktor zu einer Verdichtung des maritimen Bildes bei.

3.3. Das Seerecht

Das Internationale Seerecht oder Seevölkerrecht befasst sich mit allen Rechtsnormen, die mit der Nutzung der Ozeane, Meere und Küstenzonen zusammen hängen und zwischen souveränen Staaten Rechtsgültigkeit haben. Es beinhaltet nicht nur Regelungen zur Abgrenzung oder friedlichen Nutzung der Meeres- und Küstengebieten, zum internationalen Seeverkehr, der ausgewogenen und wirkungsvollen Ressourcennutzung sondern auch den Schutz und die Bewahrung des Ökosystems Ozeans und die wissenschaftliche Forschung der Ozeane (SRÜ 1982: 1).

Die Komplexität des Themas erlaubt ausschließlich dem Fachwissenschaftler eine umfassende Betrachtung und Bewertung. Daher wird sich in dieser Arbeit auf die Implikationen der Klimaveränderungen auf das internationale Seerecht beschränkt. In den Fokus rücken hierbei die aktuell heftig debattierten rechtlichen Modalitäten und Bestrebungen

²⁴³ Vgl. dazu: Energiemoratorium der Bundesregierung vom März 2011 und den Bericht der Ethikkommission vom 12.05.2011 mit dem Titel Deutschlands Energiekonsens - Ein Gemeinschaftswerk Energiezukunft Deutschland, 28 Seiten, 2012, Ethikkommission der Bundesregierung.

²⁴⁴ Siehe dazu die Projektseite von DESERTEC: <http://www.desertec.org/de/konzept/>.

in hohen nördlichen Breiten, auf die nachfolgend exemplarisch eingegangen wird. Aufgrund des rechtlichen Facettenreichtums in dieser geographischen Region wird jedoch das gesamte Spektrum des internationalen Seerechts abgedeckt.

Die aktuelle Situation zeigt, dass die Arktis eine der Regionen ist, in der die Hoheitsgebiete und Besitzverhältnisse juristisch nicht klar geregelt sind. Die im Kapitel 3.1. genannten klimatischen Bedingungen können zwar die Förderung von Rohstoffen sowie den Seeverkehr über arktische Schifffahrtsrouten ermöglichen, jedoch nach dem derzeitigen Stand der Technik und der zwischenstaatlichen Abkommen nur unter erschwerten Bedingungen. Im Gegensatz zur Antarktis wurde rechtlich davon ausgegangen, dass die Arktis als Meeresgebiet anzusehen ist, da keine kompakten Landmassen unter der Meereisbedeckung liegen. Daher ist bis heute das Seerecht und somit das Seerechtsübereinkommen vom 10.12.1982 die rechtliche Grundlage. Auf der Illulissat-Konferenz²⁴⁵ haben die beteiligten Staaten nochmals bestätigt, dass für die Arktis die Seerechtskonvention anzuwenden ist und die Debatte bezüglich der Unterscheidung zwischen der Meeresfläche als Seegebiet und der Eisdecke als Festland im völkerrechtlichen Sinne mit dem Abschmelzen des Meereises entfallen wird (Winkelmann 2008: 1; Marx 2009: 105). Dieses Bekenntnis zur Seerechtskonvention führte und führt voraussichtlich zukünftig zu rechtlichen Kontroversen, die aus den möglichen Veränderungen im Zuge des Klimawandels erwachsen, besonders gilt dies zwischen den Anrainerstaaten. Die Debatte ist auf zwei Aspekte, die vornehmlich in der Gesamtbetrachtung des Internationalen Seerechts dominieren, ausgerichtet. Zum einen ist die Sicherung des Zugriffs auf neue Ressourcen, als eines der wirtschaftlichen und strategischen Hauptinteressen von Staaten, von Bedeutung, andererseits bestimmt die Sicherung und teilweise Kontrolle von Seehandelswegen, etwa in Form von Durchfahrtsrechten, die politische und rechtliche Meinung und Praxis.

Die Abstimmung zwischen den Staaten bis hin zu einer Rechtsverbindlichkeit zeigt sich besonders an den genannten beiden Aspekten für die Arktis.

Die hoheitliche Zugehörigkeit der Seewege Nordost- und Nordwestpassage wird etwa von Russland bzw. Kanada beansprucht (Kefferpütz 2010: 1), was auch unstrittig anerkannt ist, jedoch Auseinandersetzungen zwischen den Anrainerstaaten bezüglich der Gewährung von Durchfahrtsrechten. Beispielsweise proklamiert Kanada die Regelung der Durchfahrt durch

²⁴⁵ Die Illulissat Konferenz wurde im Jahr 2007 in der grönländischen Stadt Illulissat durch Dänemark ausgerichtet, geladen wurden die fünf Arktischen Anrainer Kanada, Russland, Norwegen und die USA. Zweck der Konferenz war eine Absprache der Zukunft der Arktis. Als Mangel der Konferenz, kann gesehen werden, dass weder andere staatliche Akteure, noch Ureinwohner der Arktisregion beteiligt wurden (Winkelmann 2008: 1).

die Nordwestpassage für sich, da diese innerhalb der kanadischen Hoheitsgewässer liegen würde (Wolfrum 2008: 9). Dem gegenüber steht die Argumentation der EU und der USA, dass die Nordwestpassage als eine Internationale Meerenge anzusehen ist und daher eine uneingeschränkte und unkontrollierte friedliche Durchfahrt gestattet ist. Der völkerrechtliche Status des Seegebietes bzw. dessen Auslegung richtet sich nach den Definitionen im Seerechtsübereinkommen²⁴⁶ vom 10.12.1982. Zum einen kommt die formale Formulierung im Artikel 37 SRÜ für die Nordwestpassage zum tragen, in dem eine internationale Meerenge eine „Verbindung von Bereichen der hohen See mit anderen Bereichen der hohen See bzw. der Ausschließlichen Wirtschaftszone“ darstellt (Wolfrum 2008: 9). Zum anderen ergibt sich jedoch aus der uneindeutigen Formulierung und Auslegung des Satzes im Artikel 37 des SRÜ ein Potenzial für eine Streitdebatte hinsichtlich der funktionalen Nutzung von Meerengen, und wie im speziellen Fall die der Nordwestpassage. Hier reicht es etwa nach der Meinung der USA aus, die potenzielle Nutzung des Seegebietes zu bekunden, um den territorialen Anspruch auf eine internationale Meerenge zu begründen. Dem gegenüber steht das Verständnis der Erwerbung eines Anspruches aus einer tatsächlichen, praktischen Nutzung (Wolfrum 2008: 10). Ein weiterer streitbarer Aspekt bezüglich der Nordwestpassage besteht darin, dass gemäß dem Artikel 35 SRÜ die inneren Gewässer nicht durch das Ziehen von geraden Basislinien²⁴⁷ entstehen dürfen. Im Falle der Nordwestpassage scheint diese jedoch einschlägige Praxis zu sein, und stellt somit die kanadischen territorialen Ansprüche in Frage (Wolfrum 2008: 11).

Bezüglich der derzeitigen Befahrbarkeit im arktischen Spätsommer ist festzuhalten, dass abgesehen von allen genannten rechtlichen Unwägbarkeiten, eine Transitmöglichkeit nur mit Eisbrechern sicherzustellen ist, was mit hohen Kosten verbunden ist. Eine Nutzung der

²⁴⁶ Seerechtsübereinkommen/Seerechtskonvention: SRÜ, im englischen Sprachgebrauch: United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS).

²⁴⁷ Die Basislinie verläuft meistens entlang der Niedrigwasserlinie an der Küste und entspricht damit dem durchschnittlichen Niedrigwasserstand, der in den amtlichen Seekarten verzeichnet ist. Innere Gewässer sind die landwärts der Basislinie gelegenen Gewässer und gehören zum Staatsgebiet des Küstenstaats und unterliegen seiner vollen territorialen Souveränität. In manchen Fällen aber gilt nicht die Niedrigwasserlinie als Begrenzung der Inneren Gewässer; dann nämlich, wenn man gerade Basislinien oder Buchtenabschlusslinien zieht. Das Seerecht erlaubt dies, wenn die Küste tiefe Einbuchtungen und Einschnitte aufweist (etwa bei Fjordküsten), wenn sich eine Inselkette entlang der Küste in ihrer unmittelbaren Nähe erstreckt (etwa im Fall der Nordfriesischen Inseln) oder wenn die Küste eine Bucht, wie die Flensburger Förde, aufweist. Seewärts der Basislinie schließt sich das Küstenmeer an, das sich bis zu 12 Seemeilen von der Basislinie erstreckt. Hier wird die Souveränität eines Küstenstaates bereits völkerrechtlich eingeschränkt, da es allen Schiffen gestattet ist, das Küstenmeer für die friedliche Durchfahrt zu nutzen.

Nordwestpassage etwa für die Route Rotterdam-Singapore würde eine Verkürzung von 4500 Seemeilen bedeuten (Christensen 2009: 2) und ggf. zu Einsparungseffekten führen. Dies ist jedoch zu relativieren, da neben den Kosten für eisrandfähige Schiffe auch bedingt durch die territorialen Ansprüche der Anrainerstaaten, wie Kanada, hohe Passagegebühren zu erwarten sind. Trotzdem ist eine hoch frequentierte Nutzung durch die Handelsschifffahrt zu erwarten, deren Transitrechte durch die Küstenstaaten voraussichtlich nicht eingeschränkt werden würden. Im Gegensatz dazu ergeben sich bezüglich der Transitrechte von Kriegsschiffen durch die Nordwest-/Nordostpassage sowie gegenüber Forschungsaktivitäten²⁴⁸ in den beiden Seegebieten vermutlich Vorbehalte der Anrainerstaaten.

Ein weiterer eher übergeordneter seerechtlicher Sachverhalt ist die Frage nach einem Arktisvertrag, analog zum Antarktisvertrag. Da derzeit ein solches vertragliches Werk nicht absehbar ist, bleibt als seerechtlich verbindliches Dokument nur die genannte Seerechtskonvention vom 10.12.1982. Zwar gibt es Bestrebungen über den Arktischen Rat die Kooperation zwischen den Anrainerstaaten zu intensivieren und rechtlich verbindliche Abkommen zu formulieren, jedoch erstrecken diese sich bisher vorwiegend auf den Bereich Schutz der Meeresumwelt (Wolfrum 2007: 2) und berühren, abgesehen von Ausnahmen, die wichtigen Themen wie Seeverkehr und territoriale Abgrenzungen, kaum. Aus dem derzeitigen Seerecht lässt sich zu dem kein Anspruch eines Staates auf die Arktis oder Teile dieser ableiten, da sie als hohe See grundsätzlich, dem Grotius'schem Prinzip²⁴⁹ der Freiheit der Meere folgend, kein Besitz eines Staates sein kann. Dies geht einher mit der Debatte um die Ressourcenverwaltung und -nutzung auf der hohen See. Grundsätzlich ist für die Meeresressourcen auf der hohen See die internationale Meeresbodenbehörde (International Seabed Authority, ISA) in Kingston (Jamaika)²⁵⁰ zuständig. Dies impliziert, dass ein etwaiger

²⁴⁸ Vgl. dazu: II. Internationale Arktiskonferenz zur rechtlichen Nutzung der Meeresforschung im Arktischen Ozean 17.-19.03.2011, Auswärtiges Amt, Berlin. Die Konferenz stand unter der Überschrift „Arctic Science, International Law and Climate Change – Legal Aspects of Marine Science in the Arctic Ocean. Die Leitung der Konferenz lag beim Leiter der Rechtsabteilung und dem zuständigen Referat „Antarktis und besondere Rechtsgebiete“.

²⁴⁹ Seit mehreren Jahrhunderten besteht das Spannungsverhältnis zwischen dem auf den niederländischen Philosophen und Rechtsgelehrten Hugo Grotius (1583 bis 1645) zurückgehenden Gedanken von der Freiheit des Meeres („mare liberum“) und dem des englischen Rechtsgelehrten John Selden (1584 bis 1654) vom „mare clausum“. Im Mittelpunkt stand und steht die Frage, ob das Meer der Staatengemeinschaft insgesamt zur Verfügung stehen soll, wie von Grotius angegeben, oder aber von einzelnen Staaten beansprucht werden darf. Keine der beiden Positionen konnte sich bisher vollends durchsetzen.

²⁵⁰ Die ISA wurde von den Vertragspartnern des SRÜ eingerichtet, um darüber zu wachen, dass die Gewinne aus den Aktivitäten des Tiefseebodenbergbaus gerecht verteilt werden. Beispielsweise ist vereinbart, dass die Hälfte

Anspruch auf ein Seegebiet der Arktis, im speziellen Fall, anhand der Seerechtskonvention durch den beanspruchenden Staat geltend gemacht werden muss (Haftendorn 2009: 2).

Die Seerechtskonvention sieht grundsätzlich in ihrer Formulierung eine begrenzte Zuordnung der Meere zu einem Staat vor. Der erste zuordenbare Meeresteil ist das Küstenmeer, welches sich von der Basislinie 12 Seemeilen seewärts des Festlands erstreckt. Anschließend folgt die Anschlusszone mit dem Recht der zollrechtlichen und polizeilichen Kontrolle durch die Küstenstaaten sowie der Nutzung als Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) mit einer Ausdehnung von 200 Seemeilen von der Basislinie ausgehend seewärts gerichtet. Innerhalb des Küstenmeeres genießt ein Küstenstaat umfangreiche hoheitliche Rechte, während diese in der AWZ, gemäß Artikel 56 SRÜ, mit Blick auf die Auslegung des Naturschutzes und die Ausbeutung der Meere eingeschränkt sind.

Hinsichtlich der Ansprüche von arktischen Territorien handelt es sich um Ansprüche der fünf Küstenstaaten auf Gebiete im Bereich des Festlandssockels jenseits der 200 Seemeilen Grenze der AWZ, welche dem Ziel dienen sollen, die eigenen Hoheitsgewässer zu erweitern. Von der Regelung, dass der Festlandssockel jeweils vom Festland 200 Seemeilen seewärts erstreckt, kann ein Staat ausgenommen werden. Im Artikel 76 des SRÜ ist die Definition des Festlandssockels festgelegt. Im Artikel 77 des SRÜ werden zusätzlich Rechte und Pflichten, die für den Festlandssockel gelten, formuliert. Diese sind jedoch auf die Erforschung und Ausbeutung des Meeres begrenzt und exklusiv geregelt. Von den daraus ableitenden Aktivitäten darf jedoch gemäß Artikel 77 ff SRÜ weder die Seeschifffahrt noch andere Rechte von Nichtküstenstaaten bzw. fremden Nationen eingeschränkt werden (Wolfrum 2008: 4). Obwohl, wie angegeben, der Festlandssockel gemäß der Definition im Artikel 77 SRÜ 200 Seemeilen seewärts von der Basislinie endet, ist im Artikel 76 Abs. 7 SRÜ eine Ausnahmeregelung davon formuliert (SRÜ 1982: 35). Die Beweispflicht für die Handhabung der Ausnahmereglung zur Ausdehnung des Festlandssockels liegt jedoch, gemäß Abs. 8 und 9 des Artikels 76 SRÜ, beim beanspruchenden Küstenstaat (SRÜ 1982: 35-36). Des Weiteren regelt der Abs. 8 das zur Anerkennung gültige Verfahren, wonach der beanspruchende Küstenstaat einen wissenschaftlichen Nachweis über das zu beanspruchende Gebiet bei der Festlandkommission einreicht, die wiederum eine Empfehlung zur Inanspruchnahme bzw. zur Anerkennung der Ansprüche gibt (SRÜ 1982: 35-36). Eine endgültige Festlegung des Staatsgebietes erfolgt jedoch durch den beanspruchenden Staat selbst und sorgt dafür dass die sachbezogenen Unterlagen und Daten zur Festlegung der äußeren Grenzen eines Staates beim

der Meeresbodengebiete, für die die Industrienationen künftig Explorations- und Abbaulizenzen erwerben, den Entwicklungsstaaten reserviert wird.

Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt werden, der diese dann wiederum ordnungsgemäß veröffentlicht (SRÜ 1982: 36). Die Empfehlung durch die Festlandsockelkommission selbst wirkt laut Artikel 76 Abs. 8 nur bestätigend und stellt sicher, dass die neue Festlegung der Abgrenzung endgültig und verbindlich ist (SRÜ 1982: 36).

Entsprechend der genannten Artikel des SRÜ liegt seit Dezember 2001 ein Antrag von Russland vor, in dem der Anspruch erhoben wird, dass sowohl der Lomonossow- als auch der Mendelejew-Rücken zum russischen Festlandsockel gehören. Entscheidend für die Beanspruchung ist die wissenschaftliche Untersuchung, ob beide Rücken als Verlängerung der russischen Landmasse unter Wasser angesehen werden können (Wolfrum 2008: 6). Neben der wissenschaftlichen Klärung der Ausdehnung des Festlandsockels ergeben sich weitere rechtliche Fragestellungen bezüglich des Festlandsockels. So stehen im Artikel 76 Abs. 4 verschiedene Möglichkeiten zur Festlegung des Festlandrandes (SRÜ 1982: 35). Die Berechnungen werden hierbei auf den Begriff des Fußes des Festlandsockelabhanges bezogen. Dieser Punkt beschreibt den Gefällewechsel zwischen dem Festlandsockelabhang und dem Festlandsockelanstieg. Um die Grenze des Festlandsockels zu bestimmen, wird eine Verbindung zwischen den Füßen des Festlandsockelabhanges hergestellt und als Linie gezogen. Von dieser aus wird dann in 60 Seemeilen Entfernung eine seeseitige Grenze gezogen. Mit Bezug auf den Artikel 76 Abs 4 (i) SRÜ gibt es jedoch alternativ die Möglichkeit der Grenzziehung unter Einbeziehung der Sedimentdicke des Unterwassergesteins. Auf der Grundlage der Sedimentdicke wird eine Linie gezogen, an der „die Dicke des Sedimentgesteins jeweils 1 Prozent der kürzesten Entfernung von diesem Punkt bis zum Fuß des Festlandabhanges beträgt“ (SRÜ 1982: 35). Zusätzlich wird die Grenze der Festpunkte nach Artikel 76 Abs. 5 SRÜ eingeschränkt. Entweder dürfen diese Festpunkte nicht mehr als 350 Seemeilen von den Basislinien entfernt liegen oder nicht weiter als 100 Seemeilen von einer Linie, die die 2500 Meter Wassertiefenlinie miteinander verbindet, entfernt sein dürfen (Wolfrum 2008: 7).

Im Artikel 76 Abs. 3 des SRÜ wird hierzu grundlegend einschränkend ausgeführt, dass unterseeische Bergrücken kein Bestandteil des Festlandrandes sind (SRÜ 1982: 35). Dem entgegen legt der Abs. 5 des Artikels 76 SRÜ wiederum fest, dass unterseeische Bergrücken ein Teil des Festlandrandes, im Rahmen der genannten Bestimmung, sein können (Wolfrum 2008: 7).

Bezüglich des russischen Antrages im Jahre 2001 wurde keine genaue Erklärung bzw. Position zum Status der beiden genannten unterseeischen Bergtücken abgegeben, um den kritischen Fragen zu den oben genannten schwierigen Grenzberechnungen ausweichen zu können (Wolfrum 2008: 8).

(Wolfrum 2008: 8-9) merkte zusätzlich an, dass auch im Falle einer Grenzfestlegung im Rahmen der Anrufung der Festlandsockelkommission nicht anzunehmen ist, dass ein Rechtsstreit um die Grenzziehung auszuschließen ist. Hierbei sind zuerst die Parteifähigkeit der klagenden Staaten sowie die Passivlegitimation Russlands entscheidend²⁵¹. Russland müsste eine derartige zuerst frei gezeichnet habe, um angreifbar zu sein (Wolfrum 2008:9)²⁵². Eine weitere mögliche Regelung zur Aufteilung der Arktis aus dem Jahre 1907, vorgeschlagen vom damaligen kanadischen Senator Poirier sieht eine Aufteilung nach Sektoren, analog zur Antarktis, vor (Timtchenko 1996: 29). Die Aufteilung soll in unterschiedlich große Sektorenanteile, ausgehend vom 66.sten Breitengrad erfolgen. Außer bei der früheren Sowjetunion und Kanada, die 1926 und 1925 eine Rechtsprechung nach dem Sektorenprinzip entwickelten, fand das Sektorenprinzip keinerlei Zuspruch unter den restlichen Anrainerstaaten. Die heutige Position Russlands, als Rechtsnachfolger der Sowjetunion, zu diesem Thema ist nach heutigem Stand ebenfalls unklar und eher abweisend zu bewerten (Timtchenko 1996: 29). Die Sektorenaufteilung wird als unpraktikabel eingeordnet, da es den geltenden derzeitigen Seerecht entgegensteht und daher für die Lösung der Problematik der territorialen Ansprüche nicht nutzbar ist und keinen konstruktiven Beitrag zur Lösung der seerechtlichen Streitigkeiten leisten kann. Vielmehr stehen bilaterale Verhandlungen und Abkommen im Fokus der Lösungsansätze. Mit der eingangs genannten Vereinbarung von Illulissat scheint dieser Ansatz von den fünf Anrainerstaaten verfolgt zu werden, da in dem Dokument festgelegt wurde, dass der rechtliche Disput bezüglich der Arktis mittels des Seerechtes gelöst wird, und nicht analog zur Antarktis durch einen separaten Arktisvertrag (Winkelmann 2008: 2).

Trotz der möglichen bilateralen Abkommen bleibt die Anerkennung der Ansprüche der einzelnen Staaten durch die jeweils anderen problembehaftet. Denn trotz der Festlegungen

²⁵¹ Vgl. Wolfrum, R.: Das Rechtsregime der Arktis, Berlin, 2008, Seite 8 führt dazu aus: Nicht als Kläger dürfen die Festlandsockelkommission und die Meeresbodenbehörde auftreten, da diese, außer vor dem Internationale Seegerichtshof, keine Parteieigenschaft und grundsätzlich keine Klagebefugnis besitzen (Wolfrum 2008: 8).

²⁵² Wolfrum, R.: Das Rechtsregime der Arktis, Berlin, 2008, Seite 9, führt dazu aus; dass bei einer Klage gegen Russland geprüft werden müsste, ob Russland unter dem Artikel 298 SRÜ bezüglich dieser Art von Klagen frei gezeichnet hat und wenn die Erklärung Russlands in diesem Sinne auszulegen wäre, ob eine so auszulegende Erklärung mit dem Artikel 298 Abs 1 SRÜ im Einklang stünde.

durch die Festlandsockelkommission, so wie oben dargestellt, ist die Akzeptanz eines Anspruches durch die anderen arktischen Küstenstaaten nicht garantiert oder obligatorisch. Ein entscheidender Aspekt dabei wird sowohl der politische Wille als auch die Motivation, die hinter der Bekundung eines territorialen Anspruches steht, sein. Hinzukommt die Abschätzung des mit der Bekundung des Anspruches implizierten politischen bzw. diplomatischen Risikos und der Durchsetzungswille der Staaten.

Bedingt durch die dargestellten Sachverhalte, die exemplarisch für die Vielfalt der das Seerecht implizierenden Entwicklungen stehen, steht die Weltgemeinschaft vor der Aufgabe, das Internationale Seerecht zu modifizieren (WOR 2010: 211) bzw. zu ergänzen. Daraus können jedoch auch besonders bezüglich der Arktis die Sorgen der Weltgemeinschaft begründet sein, dass durch die etwaigen Regelungen unter den Anrainerstaaten die staatliche Hoheitsmacht (WOR 2010: 211) auf die hohe See ausgedehnt wird. Für alle zukünftigen Verträge und Abkommen muss somit, als eine Vorgabe von Grenzen dieser nationalen Bestrebungen, das SRÜ als Grundlage und Rahmen dienen.

Aufgrund seiner bisherigen Praktikabilität ist davon auszugehen, dass das SRÜ auch weiterhin langfristige Anwendung findet. Voraussetzung ist jedoch eine gemeinsame internationale Abstimmung und Kooperation (WOR 2011: 211), sowie die Bereitschaft zur friedlichen Konfliktlösung, Sicherung von strategischen Gütern, wie sie die geologischen Ressourcen darstellen, und zur Konfliktverhütung. Hierin liegen die Herausforderungen für die Träger der internationalen Beziehungen in den nächsten Jahrzehnten. Die Lösungsansätze wirken, in der Zusammenschau mit den anderen maritimen Faktoren, wiederum unmittelbar auf die aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Ausrichtungen und Entscheidungen. In nachfolgenden Abschnitt wird darauf vertieft eingegangen werden.

3.4. Die Sicherheitspolitik

Die gegenwärtige sicherheitspolitische Lage ist gekennzeichnet durch den Wandel zu einer multipolaren Welt. In den Mittelpunkt der Konfliktpotenziale rücken sowohl zwischenstaatliche als auch nichtstaatliche Konflikte und Kriege²⁵³, in der sicherheitspolitischen Literatur werden diese oft als die Neuen Kriegen bezeichnet (Pradetto

²⁵³ Vgl. Dazu auch die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik Deutschland vom 18.05.2011, Seite 1-20.

und Baier 2004: 192; Münkler 2006: 11; Münkler 2007: 3-5)²⁵⁴. Damit einhergehend sind Konfliktlinien, bei denen vorwiegend machtpolitische, religiöse, ethnische und ökonomische Ansprüche und Dissense im Vordergrund stehen (Lippke 2009: 65). Des Weiteren ist in diesem Zusammenhang die Zunahme zu innerstaatlichen Konfliktpotenzial erkennbar. Durch die Akteure werden paramilitärische Organisationen geschaffen, die mit Guerillataktik den Konflikt austragen (Lippke 2009: 65), Beispiele dafür sind der Lybienkonflikt seit Frühjahr/Sommer 2011 sowie der um das Präsidentenamt zwischen dem damaligen Amtsinhaber Gbagbo und dem Wahlsieger Quattara in der Elfenbeinküste nach der Wahl Ende 2010. Aufgrund der vorwiegenden nicht zwischenstaatlichen Konflikte, kann sowohl die UNO, NATO als auch die EU schwer und meist nicht unmittelbar zur Konfliktbeilegung eingreifen bzw. deeskalierend wirken, jüngstes Beispiel hierfür ist die langwierige Abstimmung bezüglich des Einsatzes der NATO in Libyen und der dem vorausgehenden Abstimmungsprozess bezüglich einer UN-Resolution. Besonders schwierig gestaltet sich das Eingreifen bei zerfallenden Staaten, wie Somalia oder auch derzeit in Ansätzen erkennbar im Jemen, wo Präsident Saleh Anfang Juni 2011 nach dem Beschuss des Präsidentenpalastes durch Oppositionelle schwer verletzt außer Landes gebracht wurde, nach dem er den Rückhalt in der Regierung, der Stammesführer und der Bevölkerung verloren hat. Hier droht nicht nur die radikale Islamisierung eines Staates sondern auch der Zerfall in einzelne Stammesregionen, aufgrund des derzeitigen Machtvakuum. Ein Übergreifen der gewaltsamen Entwicklungen auf Nachbarregionen ist nicht auszuschließen.

Das zunehmende Bestreben einzelner Staaten nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen, wie der Iran²⁵⁵, ist ein weiteres signifikantes Merkmal des sicherheitspolitischen Umfeldes. Zusätzlich sind die Staaten mit bereits vorhandenen nuklearen Waffenarsenalen, wie Indien, Pakistan, Nordkorea, Israel (Polymeropoulos et al.

²⁵⁴ Vgl. Pradetto, A. und Baier, W.: „Neue Kriege“, in: Handbuch für Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden 2004, Seite 192. Als alter oder klassischer Krieg wird in der Literatur der seit Ende des 30-jährigen Krieges geltende Zwischenstaatliche Krieg bezeichnet. Die Definition lehnt sich an die klassische Clausewitzsche Kriegsdefinition an, sowie

Münkler, H.: „Neues vom Chamäleon Krieg“, Essay, in: APuZ 16-17, Berlin 2007, Seite 3-5 sowie Münkler, H.: „Der Wandel des Krieges - Von der Symmetrie zur Asymmetrie“, Velbrück-Verlag, Weilerswist 2006, 380 Seiten., Seite 11.

²⁵⁵ Siehe Weltonline, Nordkorea und Iran tauschen Raketen-Pläne aus, weltonline, 16.05.2011, <http://www.welt.de/politik/ausland/article13373637/Nordkorea-und-Iran-tauchen-Raketen-Pläne-aus.html>.

2011: 6; Ivashentsov 2010: 131 ff; Godwin 2010: 264; Knittel 2010: 27)²⁵⁶ in denen Konfliktpotenzial nicht auszuschließen ist bzw. real existiert, eine sicherheitspolitisches Risiko (Wagner 2011: 2)^{257, 258}.

Der Zerfall der Staaten, derzeit sichtbar in der arabischen Welt, ergibt Bedrohungspotential etwa für die europäischen Mittelmeerstaaten, wie bspw. für Italien. Starke Flüchtlingsbewegungen aus den Magreb-Staaten drücken seit Frühjahr 2011 an die Grenzen zu Europa, wodurch die Stabilität der europäischen Mittelmeerstaaten bedroht werden kann (Riedel 2011: 5 ff)^{259, 260}. Mit der Migration werden ethnische Probleme, Kriminalität, Rivalitäten im Drogen- und Waffenhandel in die aufnehmenden Staaten transferiert sowie der Aufbau von Basisstandorten bzw. Schläferzellen für den internationalen Terrorismus, wie im Falle des 11.Septembers 2001 oder der Anschläge von London im Jahre 2005, ermöglicht.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU- und NATO-Staaten ist von Rechstaatlichkeit und Kontinuität in der Werteorientierung sowie in der Annäherung an Russland und auch China gekennzeichnet. Darin eingeschlossen ist die ständige Verbesserung der Bündnispolitik sowohl auf der EU- als auch der NATO-Ebene. Beispiele dafür sind das im November 2010 verabschiedete neue strategische Konzept der NATO in Lissabon und der EU-Vertrag von Lissabon vom 01.Dezember 2009, in dem die ESVP in eine GSVP (Algieri und Feichtinger

²⁵⁶ Vgl. SWP-Studie, Polymeropoulos, E., Tidten, M., Wacker, G., Wagner, C.: Asiatische Großmächte, China, Indien und Japan als Akteure regionaler und internationaler Ordnungspolitik, SWP, Berlin, April 2011, Seiten 1-40;

Ivashentsov, G.: The Korean issue and security in Northeast Asia, *International affairs, a Russian journal of world politics, diplomacy and international relations*, 56, H 5 2010, Seite 128-139;

Godwin, P.: Asia's dangerous security dilemma, *Current History, a journal of contemporary world affairs*, 109, H 728. 2010 Seite 264-266;

Knittel, S.: Showdown in Ostasien, *Blätter für deutsche und Internationale Politik*, 55, H 11, 2010, Seite 27-30.

²⁵⁷ SWP-Mitteilung, Wagner, C.: Das Misstrauen zwischen Pakistan und den USA wächst, 17.05.2011, auf [http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/pakistan-nach bin-ladens-tod-html](http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/pakistan-nach-bin-ladens-tod-html).

²⁵⁸ Siehe Weltonline, Pakistan, Das bedrohliche Arsenal der instabilen Nuklearmacht, weltonline, 10.05.2011, <http://www.Weltonline.de/politik/ausland/article13361007/Das-bedrohliche-Arsenal-der-instabilen-Nuklearmacht.html>, Seite 1-3.

²⁵⁹ Siehe dazu: UNHCR, The UN Refugee Agency 2007, *Global Trends-Refugees, Assylum-seekers, Internally, Displaced and Stateless Persons*, Genf 2008 sowie Warner et al.: *In Search of Shelter, Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement*, Mai 2009, Seite 2.

²⁶⁰ Vgl. SWP-Studie, Riedel, S.: *Illegale Migration im Mittelmeerraum, Antworten der südlichen Eu-Mitgliedstaaten auf nationale und europapolitische Herausforderungen*, SWP, Berlin, April 2011, Seite 1-35.

2010: 135)^{261, 262} umgewandelt wurde, mit dem Ziel, die EU als internationalen Akteur auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik zu stärken. Innerhalb der EU gibt es jedoch noch viele Spannungsfelder, die sich vom Verständnis der Rolle der EU zur NATO, USA, China und Russland bis hin zu der Wahrung nationaler Interessen erstrecken, Beispiel hierfür sind die bilateralen Aktivitäten zwischen Frankreich und Großbritannien²⁶³, die sich bis hin zu maritimen Rüstungsvorhaben erstrecken. Für die EU stehen neben dem europäischen Gedanken die transatlantischen Beziehungen, insbesondere zur USA. Diese sind von Bemühungen hinsichtlich wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit gekennzeichnet, Die USA selbst sind neben bilateralen Beziehungen zu einzelnen EU-Staaten, wie Großbritannien, an einer gesamteuropäischen Partnerschaft interessiert, da Europa für die Vereinigten Staaten von Amerika als „strategisch ruhige Region“ angesehen wird (Lippke 2009: 69). Für die Sicherheitspolitik der USA ist das signifikante Kennzeichen die eher offensive Ausrichtung. Dies zeigt sich in der Debatte um die maritime Ausrichtung, deren Fokus auf dem „Access to the global Commons“ liegt (Department of Defense 2010: 8, 13, 63, 103)²⁶⁴. Im Fokus der US-Sicherheitspolitik liegt der asiatisch –pazifische Raum, insbesondere die strategische Ausrichtung Chinas, die derzeit durch Machtprojektionsstreben und dem Ausbau maritimer offensiver Militärpotenziale gekennzeichnet ist (Mearsheimer 2010: 89-90)²⁶⁵. In diesem Zusammenhang rückt die Taiwanfrage ins Blickfeld der internationalen Politik, jedoch vorwiegend in das der US-Außen- und Sicherheitspolitik (Bräuner und Oertel 2009: 1; Knittel 2010: 29)^{266, 267}. Neben der Rolle Chinas sind sowohl für

²⁶¹ Algieri, F. und Feichtinger, W.: Glaubwürdigkeit auf dem Prüfstand: Anmerkungen zur Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, Sicherheit und Frieden, 28, 3, 2010, Seite 135-139.

²⁶² Siehe dazu: SWP-Aktuell, Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der EU-Sicherheitspolitik, C. Mölling, SWP Aktuell, 13, Februar 2011, Seite 1-4;

SWP-Aktuell, Die GSVP vor der Erosion?, Kempin, R., SWP-Aktuell, 25, Mai 2011, Seite 1-4;

²⁶³ SWP-Aktuell, Die GSVP vor der Erosion?, Kempin, R., SWP-Aktuell, 25, Mai 2011, Seite 1-4.

²⁶⁴ In der QDR vom Februar 2010, herausgegeben vom Dept. of Defense der USA, wird der Access to the Global Commons als das zentrale Element benannt.

²⁶⁵ Siehe Mearsheimer, J. J.: China vs. USA: der aufziehende Sturm, Blätter für deutsche und internationale Politik, 55 10, 2010, Seite 87-100.

²⁶⁶ Vgl. SWP-Zeitschriftenschau, Bräuner, O. und Oertel, J.: Entspannung in der Taiwanstraße?, SWP, Berlin, Februar 2009, Seite 1-4.

²⁶⁷ Vgl. dazu: Knittel, S.: Showdown in Ostasien, Blätter für deutsche und internationale Politik, 55, 11, 2010, Seite 27-30, Im März diesen Jahres betonte die chinesische Staatsführung während eines offiziellen Besuches von US-Repräsentanten, dass der Besitz von Gebieten im Südchinesischen Meer ein „Kerninteresse“ Chinas sei, nach Knittels Bewertung ist dies eine Formulierung Pekings, die Ansprüche auf Taiwan, und auch Tibet, zu

die USA als auch die EU die politischen Entwicklungen in Indien und Japan von Interesse, in dessen Vordergrund die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der Staaten stehen (Polymeropoulos et al. 2011: 7)²⁶⁸. Beispielsweise strebt Indien seit einiger Zeit den Status einer Großmacht an, dessen Durchsetzungspotenzial jedoch aufgrund der fehlenden Ressourcen und Machtinstrumente begrenzt ist (Polymeropoulos et al. 2011: 5). Nichtsdestotrotz sieht sich Indien als Regionalmacht bzw. als Hegemon in Südasiens (Polymeropoulos et al. 2011: 21-22) bzw. im Indischen Ozean.

Für Russland stehen die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU im Vordergrund, beidseitig bestehen Abhängigkeiten, in dem durch Russland wichtige Rohstoffe für die EU-Staaten angeboten werden und die EU ein wichtiger Exporteur von Handelsgütern nach Russland sind. Im Besonderen sind die Beziehungen zu Deutschland, dies spiegelt sich auch in dem Gemeinschaftsprojekt des Baus der Ostseepipeline wider (Westphal 2009: 5 ff)²⁶⁹. Im Kontext der Sicherheitspolitik wird im Rahmen des NATO-Russlandrates versucht Russland für die Pläne eines weit reichenden Raketenabwehrschirmes zu gewinnen, um so der im strategischen Konzept der NATO festgelegten Fähigkeit zur Raketenabwehr (BMD: Ballistic Missile Defense) umfassend und flächendeckend genügen zu können (Lang 2009: 1-4)²⁷⁰.

Für die maritimen Strategien aller genannten Staaten ist erkennbar, dass der Ozean und die Küstengebiete Schlüsselemente derzeit und zukünftig darstellen. Die Sicherung der Transportwege über See, die Nutzung als Ressourcenquelle, die Begegnung von natürlichen Veränderungen und die Ausweitung des Hoheitsgebietes bestimmen derzeit die politische Debatte. Beispiel hierfür ist etwa der Streit der fünf Arktis-Anrainerstaaten um den Arktischen Festlandsockel, um Ansprüche hinsichtlich eines möglichen Rohstoffabbau und der Gewährung von Seewegerechten durch die Nordost- und -westpassage geltend machen zu können (Haftendorn 2009: 2, 5)²⁷¹. Bezüglich der freien Seewege stehen Seegebiete wie die

untermauern. Im Gegenzug dazu hat US-Außenministerin H. Clinton im Juli 2010 gegenüber dem Regionalforum der ASEAN in Hanoi freie Seewege im Südchinesischen Meer und eine internationale Einigung der Anrainerstaaten gefordert. Knittel führt weiter aus, dass die USA zwar in der Angelegenheit der territorialen Fragen in der Region Neutralität zeigt, jedoch die Region von nationalem Interesse für die USA sei, was wiederum China empörte und auf der Regionaltagung artikuliert.

²⁶⁸ SWP-Studie, Polymeropoulos, E., Tidten, M., Wacker, G., Wagner, C.: Asiatische Großmächte, China, Indien und Japan als Akteure regionaler und internationaler Ordnungspolitik, SWP, Berlin, April 2011, Seiten 1-40;

²⁶⁹ SWP-Studie, Westphal, K.: Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit, Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit 2009, SWP, Berlin, Juli 2009, Seite 1-41.

²⁷⁰ Siehe dazu: SWP-Aktuell, Das Ende des neuen Europas, SWP-Aktuell, Oktober 2009, Seite 1-4.

²⁷¹ Vgl. als Beispiel für die zahlreichen Dokumente zu diesem Thema, Haftendorn, H.: Auf dünnem Eis. Fragile Sicherheit in der Arktis, Internationale Politik, Juli/August 2009, Seite 1-14.

Strasse von Hormuz, Strasse von Malakka und das Horn von Afrika im maritimen sicherheitspolitischen Fokus und sind Ausgangspunkt für die laufende Debatte über die maritime Sicherheit (Möller 2006: 5-6; Mair et al. 2010: 5 ff; WISE PEN Team 2010: 6 ff)²⁷². Zusätzlich zu den oben genannten Sicherheitsinteressen, die alle für die Bundesrepublik Deutschland von Relevanz sind, wird die deutsche Sicherheitspolitik von der Export- und Rohstoffabhängigkeit und der sicheren Energieversorgung bestimmt. Neben der Krisen- und Konfliktbewältigung nennen die VPR vom 18.05.2011 die Vertretung einer nachhaltigen außen- und sicherheitspolitischen Position, die Stärkung der transatlantischen und europäischen Sicherheit und Partnerschaft und der freie Zugang zur hohen See und zum ungehinderten Welthandel (BMVg 2011: 5)²⁷³. Neben den bilateralen Beziehungen, besonders zu Frankreich (BMVg 2011: 9)²⁷⁴, sind die maritime Sicherheit und ein weit reichender Konsens zum Raketenabwehrschirm die Hauptinteressen deutscher Sicherheitspolitik auf dem maritimen Sektor.

Die obigen Darstellungen lassen die Vielseitigkeit der sicherheitspolitischen Einzelfelder erkennen, deren genaue Betrachtung und Bewertung Gegenstand der nachfolgenden Kapitel ist.

3.5. Synopse der maritimen Faktoren

Die oben dargestellten natürlichen, wirtschaftlichen und seerechtlichen Faktoren stehen in einer engen und sehr komplexen Wechselwirkung mit den sicherheitspolitischen Faktoren.

Mit Blick auf die natürlichen Ressourcen spielen neben dem fokussierenden Thema der Sicherung des privilegierten Rohstoffabbaus in der Arktis, besonders der Öl- und Gaslagerstätten, mögliche Grenzverwerfungen und Gebietsansprüche, etwa auf Inseln, zwischen den Anrainerstaaten eine Rolle. So sorgt sich beispielsweise Kanada bereits jetzt um seine hoheitlichen Grenzen und seine Ausschließliche Wirtschaftszone in der Hudson Bay und sieht sich russischen Begehrlichkeiten gegenüber. Ähnlich verhält es sich auf der Inselgruppe Svalbard in der Grönlandsee, wo es Streitigkeiten betreffs der Inselnutzung

²⁷² Vgl. SWP-Studie, Piraterie und maritime Sicherheit, Mair, S. (Hrsg.), SWP, Berlin, Juli 2010, Seite 1-104; SWP-Studie, Maritime Sicherheit und die Suche nach politischem Einfluss in Südostasien, SWP, Berlin, Dezember 2006, Seite 1-30;

WISE Pen Final Report, Maritime Surveillance in Support of the CSDP (MARSUR), EDA, 26.04.2010, Seite 1-54.

²⁷³ Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik Deutschland vom 18.05.2011, Seite 1-20.

²⁷⁴ Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik Deutschland vom 18.05.2011, Seite 1-20.

zwischen Norwegen und Russland gibt. So wird seit Jahrzehnten die Insel Björnaya durch den russischen Steinkohle-Bergbau intensiv genutzt.

Ein weiteres Aktionsfeld – mit verbundenem Spannungspotenzial – hinsichtlich der natürlichen Faktoren ergibt sich aus dem möglichen Meeresspiegelanstieg, der Verwüstung und damit verbundenen Wasserverknappung sowie der Zunahme von Extremwetter- und Naturereignissen, besonders in den Küstenzonen. Als Folge dieser Phänomene lassen sich, bedingt durch Migration und Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten jeglicher Art, teilweise gewalttätige Spannungen in der betroffenen Bevölkerung nicht vermeiden, so dass militärische Handlungsfelder entstehen und ggf. nur durch den Einsatz von Streitkräften als ultima ratio verhindert oder eingedämmt werden können. Drei Beispiele, die dies verdeutlichen, sind zum einen der Tsunami im Dezember 2004 in Südostasien, das Erdbeben auf Haiti vom Januar 2010 und das Erbeben und der dadurch ausgelöste Tsunami in Chile im Februar 2010 – in allen Fällen sind Streitkräfte sowohl zur Koordinierung der Hilfsleistungen als auch zur Protektion und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung eingesetzt worden. Verschärfend wirkt sich die Tatsache aus, dass weit mehr als zwei Drittel der Menschheit in einem Streifen von 50 Kilometer entlang der Küsten leben.

Für die Seeverkehrswirtschaft bedeutet die Möglichkeit der Nutzung arktischer Seewege, dass entlang der Route Restriktionen etwa durch veränderte Grenzziehungen auferlegt werden können und ggf. die freie Passage beeinträchtigt wird. Die Sicherstellung der freien Handelsströme und Wirtschaftsmärkte über See sowie die Sicherung der territorialen Souveränität muss somit verstärkt in den Fokus der sicherheitspolitischen und strategischen Planungsprozesse beispielsweise von NATO und EU rücken.

Entlang der südlichen Seewege, etwa durch den Indischen Ozean und die Straße von Malakka, ist mit einer Ausweitung der Piraterie zu rechnen. Aufgrund des Wegfalls des Lebenserwerbs Fischfang im Zuge der drastischen Reduzierung der Meeresfischbestände sind die Bewohner von Küstenländern gezwungen, neue Erwerbsquellen zu erschließen, die jedoch größtenteils im Überfall auf zivile Schiffe gesucht werden.

Die in den Gebieten operierenden Reedereien werden hinsichtlich des Schutzes ihrer Flotte verstärkt auf die politischen Entscheidungsträger einwirken. Gleichzeitig wird der internationale Druck durch die Industrie- und Schwellennationen auf die Anrainernationen zur Eindämmung der Piraterie wachsen.

Ableitend aus der Etablierung und Festigung neuer Wirtschaftszweige, besonders der maritimen Energie- und Wasserwirtschaft, wird es von strategischem Interesse werden, die sensible, lebenswichtige Infrastruktur, wie Windparks, Gezeiten- und Wellenkraftwerke, vor

Beschädigung oder Zerstörung zu schützen. Die Sicherstellung der Energie- und Wasserversorgung wird, als ein strategisches, essentielles Gut der Gesellschaft, so zukünftig einen hohen Stellenwert in der sicherheitspolitischen Betrachtung einnehmen. Innerhalb dieser ist denkbar, dass beispielsweise Seestreitkräfte sowohl im streitkräfte- und behördengemeinsamen Verbund, etwa unter dem Schirm einer nationalen Küstenwache, als auch in einer NATO-/EU-weiten Organisationsform in den Schutz von regenerativen maritimen Energiequellen eingebunden sein werden.

Neben den dargestellten Faktoren, die im wesentlichen Resultat natürlicher und wirtschaftlicher Veränderungen sind, gewinnen Projektions- und Rüstungsbestreben von Schwellennationen an Bedeutung und können zu essentiellen sicherheitspolitischen Spannungen führen, denen die Mitgliedstaaten von NATO und EU sicherheitspolitisch Rechnung tragen müssen. Hier ist etwa die Etablierung eines maritimen Raketenabwehrschirmes für Nordamerika und Europa, aber auch für Japan und Taiwan zu nennen, um der zukünftig möglichen Raketenbedrohung, insbesondere aus dem Iran oder Nordkorea, entgegen treten zu können. Die Installierung eines gemeinsamen Abwehrsystems über den Ozeanen, auch unter deutscher Beteiligung, stellt eine besondere Herausforderung für Politik, Wissenschaft und Technik, aber eben auch für nationale und bündnisweite maritime Sicherheitssysteme dar. Um den dargestellten Faktoren Rechnung tragen zu können, erscheint es notwendig, ein gemeinsames europäisches bzw. NATO maritimes Lage- und Sicherheitsstrategie und ein weit gefasstes und engmaschiges globales maritimes Sicherheits- und Überwachungsnetzes²⁷⁵ zu etablieren.

²⁷⁵ Siehe dazu auch: Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Kossendey anlässlich der Kommandeurtagung der Deutschen Marine am 19.11.2009 in Wilhelmshaven, Seite 15.

4. Die sicherheitspolitischen Thematiken des maritimen Umfeldes

Die im Kapitel 3 dargestellten natürlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Einzelfaktoren stehen in einer engen und komplexen Wechselwirkung mit den sicherheitspolitischen Faktoren. In der Verknüpfung ergeben sich Aktionsfelder für die Sicherheitspolitik, deren Betrachtung der Gegenstand der Ausführungen in diesem Kapitel ist, dabei wird auf die folgenden Felder vertieft eingegangen:

Die Umweltveränderungen, inklusive der Rolle der Arktis, die strategischen Güter und Ressourcen, sowie Seewege, Rüstungspotenziale und ein globales Lagebild.

Die Gesamtheit der hier zu betrachtenden Handlungsfelder kann als Aktionsfeld der maritimen Sicherheit zusammengefasst werden, wobei unter maritimer Sicherheit in diesem Zusammenhang nicht nur das maritime Lagebild zu subsumieren ist.

4.1. Umweltveränderungen als maritim sicherheitspolitisch relevantes Thema

Die internationale Politik befasst sich seit 1987 mit dem Thema Umwelt und Sicherheit. Seit dem ist die Debatte zu diesem Thema auf den Tagesordnungen der politischen Akteure. Ausfluss dessen war das durch das UNEP 1988 gegründete IPCC²⁷⁶ (AGeoBw 2010: 6). Dessen Aufgabe besteht seit dem darin, regelmäßig den aktuellen Sachstand der Klimaentwicklung sowie die daraus ableitenden Bedrohungspotenziale zusammen zu tragen und zu veröffentlichen (Deutscher Bundestag, 1991: 837). Letztmalig erfolgte dies Ende 2007.

Die zweite Weltklimakonferenz in Genf Ende 1990 empfahl eine Klimarahmenkonferenz zu initiieren (AGeoBw 2010: 6). In der folgenden VN-Vollversammlung wurde eine „Internationale Verhandlungsgruppe“ zur Vorbereitung einer Konvention eingesetzt (Yamin und Depledge 2004: 23). Im Jahre 1992 wurde dann in Rio de Janeiro die Klimarahmenkonvention vereinbart, mit dem Ziel (AGeoBw 2010: 6), die Treibhausgaskonzentrationen der Atmosphäre auf einem stabilen Niveau zu halten, um so negative Folgen für Mensch und Ökosysteme zu vermeiden. (VN 1992: 5).

Auf Initiative der deutschen Bundesregierung wurde das Thema Klimawandel in die EU getragen und durch Verhandlungen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention verstärkt (AGeoBw 2010a: 7). So setzte die EU im Jahre 1996 fest, den vorindustriellen Wert der globalen Temperatur um maximal 2° C übersteigen zu wollen (Europäischer Umweltrat 1996:

²⁷⁶ UNEP: United Nation Environmental Programme; Umweltschutzprogramm der UNO; IPCC: Intergovernmental Panel for Climate Change

1 ff), ein Wert, der auch heute noch als Ziel in den Dokumenten zur Klimapolitik festgeschrieben steht. Die EU wurde seit dem zum wichtigsten Verhandlungs- und Vertragspartner unter der Klimarahmenkonvention. Auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Kyoto von 1997 wurde die EU zur treibenden Kraft für die Unterzeichnung des Kyotoprotokolls, in dem sich die Industriestaaten erstmals bindend auf eine Begrenzung der Treibhausemissionen festlegten (Oberthür und Ott 1999: 77; AGeoBw 2010: 7).

Aufgrund dessen, dass der Klimawandel immer stärker in das Blickfeld rückte, drängten besonders die Entwicklungsländer zu einer multilateralen politischen Agenda. Als Hauptverantwortliche der Treibhausemissionen sind von ihnen die Industriestaaten wahrgenommen worden, so dass die Forderung nach einer Agenda besonders an diese Staaten gerichtet war (AGeoBw 2010: 7).

Im Jahre 2007 führte die EU eine Weiterentwicklung ihrer Klimapolitik durch, in dem sie Klima-, Energie- und Sicherheitspolitik in eine enge Wechselbeziehung brachte. Zusätzlich wurde der Energiesicherheit ein hoher Stellenwert zu geordnet (EC 2007: 10 ff).

Ende des Jahres 2007 wurde auf der 13. Vertragskonferenz der Klimarahmenkonvention auf Bali ein neues Klimaabkommen vorgestellt, welches dann im Dezember 2009 in Kopenhagen verabschiedet und 2013 nach Auslaufen des Kyotoprotokolls in Kraft gesetzt werden sollte (UNFCCC 2007: 1 ff). Auf der Konferenz in Kopenhagen wurde jedoch kein neues Klimaabkommen vereinbart, so dass die Abschlusserklärung kaum inhaltliche Punkte zum Thema Klimaschutz enthielt. Die EU hofft nun auf substantielle Aussagen auf der Vertragsstaatenkonferenz 2011 in Südafrika (AGeoBw 2010: 7).

Ziel der Verhandlungen in Kopenhagen war es, die globalen Treibhausemissionen bis 2050 gegenüber 1990 um 50% zu reduzieren, um den Anstieg der globalen Erwärmung um 2° C gegenüber der vorindustriellen Temperatur in der Atmosphäre zu begrenzen (AGeoBw 2010: 8).

Im Kontext mit der Forderung nach Begrenzung ihrer eigenen Emissionen wurden die Industrienationen von den Schwellen- und Entwicklungsländern auch dazu aufgefordert, umweltfreundliche Technologie zu transferieren und finanzielle Unterstützung zu leisten. Die Forderungen zielten darauf ab, selbst die Fähigkeit zu generieren zu können den Ausstoß von Treibhausgasen und weitere spezifische Emissionen zu reduzieren, um die Folgen des Klimawandels abzumildern.

Die Industrienationen konnten diesen Appellen nur in geringem Maße nachkommen, da sie sich selbst nur auf geringe Emissionsreduzierungen und finanzielle Hilfen einigen konnten.

Auch der Technologietransfer gestaltet sich aufgrund patentrechtlicher Aspekte kompliziert. Andererseits forderten die Industriestaaten nachweisbare Emissionsreduzierungen von den Entwicklungs- und Schwellenstaaten (AGeoBw 2010: 8).

Anfang des Jahres 2008 wurde auf der Tagung des Europäischen Rates ein Bericht der EU-Kommission und des Hohen Vertreters der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zur Bedeutung der Sicherheitspolitik aus dem Klimawandel debattiert und mögliche sicherheitspolitische Konsequenzen abgeleitet (EC 2008a: 1 ff). Daraufhin wurden im Dezember 2008 erste Beschlüsse des Europäischen Rates abgefasst, die zum Ziel hatten, den bezüglich des Klimawandels zu führenden Dialog mit Drittländern und Organisationen zu vertiefen, die Auswirkungen des Klimawandels an Hand von Schwerpunktregionen, wie der Sahelzone, des Nahen Ostens und Zentralasiens, zu untersuchen und aus den Analysen zu den Auswirkungen des Klimawandels in einzelnen Regionen Frühwarnsysteme zu integrieren (EC 2008b: 1 ff; AGeoBw 2010:8).

Ebenfalls 2008 bewertete der Europäische Rat die Hauptbedrohungen für die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) neu. Zusätzlich zu den bisherigen, wie Internationaler Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen, wurden nun der Klimawandel und die Energiesicherheit aufgenommen (EC 2008c: 9). Bis heute nimmt die Betrachtung dieser Bedrohungen einen hohen Stellenwert in der sicherheitspolitischen Diskussion der EU ein und reflektiert bis in die deutsche Klima-, Außen- und Sicherheitspolitik hinein.

4.1.1. Sicherheitsrisiken

Die beschriebenen Veränderungen in den natürlichen Parametern im Kapitel 3.1. wirken sowohl regional als auch global auf die internationale Sicherheit bzw. Sicherheitspolitik. Die Verbindung beider Aspekte ergibt mehrere Konfliktkonstellationen, die sich bis auf die regionale und lokale Ebene niederschlagen können. Insbesondere betrifft dies den regionalen Rückgang von Süßwasserressourcen, die regionale Reduzierung des Nahrungsmittelangebots, das vermehrte Auftreten von Extremwetterereignissen, die durch klimatische Veränderungen induzierte Migration und die Rohstoffbegehrlichkeiten sowie die Nutzung der Transportwege in der Arktis, die mit territorialen Ansprüchen der Anrainerstaaten einhergehen (Albrecht und Beckmann 2011: 3)²⁷⁷.

Die Süßwasserressourcen hängen vorwiegend von den Niederschlagsmengen, den Abflussraten der Flüsse und der Verdunstung ab. Letztere wird Modellrechnungen zufolge aufgrund der steigenden Temperaturen zunehmen. Die Niederschlagsmengen werden

²⁷⁷ Die im nachfolgenden Text aufgeführten Aspekte sind auch im Mittlerbrief 1/2011, S. 3 und 4 nachzulesen.

wiederum regional variieren, so werden etwa die Niederschlagsraten in den Subtropen zurückgehen. Hingegen wird der Einfluss der Abflussmengen von Flüssen mit Ursprung in den Gletschern großer Gebirge auf die Süßwasserverfügbarkeit zunehmen, wenn nicht sogar ausschlaggebend sein. Die Gletscher speisen die Flüsse auch in den Trockenzeiten mit Schmelzwasser, so dass diese stetig Wasser führen. Das Abschmelzen der Gletscher würde eine kurzfristige Erhöhung der Abflussraten verursachen, jedoch langfristig zu geringeren führen, da die Gletscher und damit die zur Verfügung stehende Wassermenge stetig abnehmen werden (Warner et al. 2009: 5-6)²⁷⁸. Aufgrund der Tatsache dass die großen Gletscher und die davon gespeisten Flüsse im Himalaja und den Anden liegen bzw. entspringen, wäre die dortige Bevölkerung, also ca. ein Fünftel der Weltbevölkerung, von den Auswirkungen am stärksten betroffen.

In Gebieten, in denen bereits heute Wasserknappheit vorherrscht – besonders in Teilen Afrikas – sind kritische Entwicklungen in der Nahrungsmittelproduktion und -verfügbarkeit zu erkennen. Dort ist von einer wirtschaftlichen Wasserknappheit auszugehen (IWMI²⁷⁹ 2007: 10; AGeoBw 2010: 15), da die Bevölkerung keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu ausreichenden und sauberen Wasserressourcen hat. Erkrankungen bzw. Epidemien aufgrund fehlender Versorgung mit sauberem Trinkwasser werden eine zu beobachtende Folge sein (AGeoBw 2010: 15).

Durch das sich verändernde Niederschlagsmuster, besonders in den Subtropen Afrikas, treten vermehrt Dürreperioden²⁸⁰ auf, so dass bis 2020 bis zu 220 Mio. Menschen von Wassermangel betroffen sein könnten (Warner et al.: 2009: 2; IPCC 2007c: 444). Ebenfalls betroffen sein könnten die Karibik und die pazifischen Inseln.

Die Nahrungsmittelproduktion und -verfügbarkeit hängen eng mit den Süßwasserressourcen zusammen. In Teilen der Erde wird sowohl die Agrar- als auch die Nahrungsmittelproduktion aufgrund der veränderten Temperatur- und Niederschlagsverteilung bis 2050 zunehmen

²⁷⁸ Vgl. Warner, Koko, Charles Ehrhart, Alex de Sherbinin, Susana Adamo und Tricia Chai-Onn: Search of Shelter, Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement, Mai 2009, 2009, Asia Glacier melt: irrigated agricultural systems Seite 5-6.

²⁷⁹ IWMI: International Water Management Institute, <http://www.iwmi.cgiar.org/>, Hauptsitz in Colombo, Sri Lanka, Regionalbüros in Afrika und Süd- und Südostasien.

Siehe: http://www.iwmi.cgiar.org/Assessment/files_new/synthesis/Summary_SynthesisBook.pdf, Seite 10 ff , Datum der Speicherung: 29.07.2011.

²⁸⁰ Siehe www.weltonline.de, „Hungersnot in Somalia - UN startet Notfalloperation“ Quelle: <http://www.welt.de/politik/ausland/article13498193/Hungersnot-in-Somalia-UN-startet-Notfalloperation.html>, 20.07.2011, Datum der Ansicht: 26.07.2011.

(IPCC 2007c: 275). Mit steigender Temperatur ist jedoch langfristig mit einer Abnahme in den Produktionsraten zu rechnen, wodurch die Nahrungsmittelverfügbarkeit und der Zugang dazu verringert werden und so Hungersnöte zunehmen könnten.

Neben der Süßwasserproblematik stellt die Zunahme der Extremwetterereignisse eine Gefahr für die Agrarproduktion dar, da aufgrund von Bodendegradation und Vernichtung von landwirtschaftlichen Nutzungsflächen nicht genügend Nahrungsmittel produziert werden könnten.

In den Industriestaaten ist mit einer Zunahme der Nahrungsmittelproduktion zu rechnen, während in den Entwicklungsländern, besonders in den Wüstenzonen Afrikas und Asiens, die landwirtschaftliche Produktion abnehmen wird (WBGU 2009a: 67; IPCC 2007c: 14; AGeoBw 2010: 16).

Die Zunahme der Extremwetterereignisse schlägt sich vorwiegend in einem verstärkten Auftreten von Sturm- und Flutkatastrophen nieder. Deren Ursache ist vornehmlich im Anstieg des Meeresspiegels und der Intensivierung von tropischen Wirbelstürmen zu suchen (WBGU 2008: 110). Bis 2100 ist davon auszugehen, dass mehrere hundert Millionen Menschen von den Überflutungen betroffen sein, und so ihren abgestammten Lebensraum verlieren könnten. Zusätzlich würde der Anstieg des Meeresspiegels, aufgrund der zunehmenden Küstenerosion und der Vermischung von Salz- mit Süßwasser, Landressourcen, wie etwa auf dem indischen Subkontinent, verringern. Menschliche Aktivitäten wären dann in den betroffenen Küstenregionen kaum mehr möglich. Zusätzlich verstärkt wird der Effekt durch den Eingriff des Menschen in das küstennahe Ökosystem, also durch die steigende Grundwasserentnahme und die dadurch verursachte Landabsenkung. Abholzungen von großen Waldflächen an den Oberläufen der großen Flüsse verringern die Wasserspeicherfähigkeit der angesiedelten Wälder und führen so zu einer Deregulierung der Abflussraten. Dadurch können Überflutungen in den Flussdeltas begünstigt werden (WBGU 2008: 111).

Gemäß des Berichtes des WBGU von 2008 ist zu erwarten, dass die akuten Konfliktkonstellationen des laufenden Jahrhunderts in Asien, den Randgebieten der Sahara und Südamerika bezüglich der Degradation der Süßwasserressourcen und des Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion, sowie in Südostasien, Südasien und in der Karibik hinsichtlich der Zunahme der Intensivierung von Extremwetter- und Wirbelsturmereignissen liegen werden.

Hinsichtlich der Auswirkungen die sich aus dem Abschmelzen des Meereises in der Arktis ergeben, ist zu erwarten, dass sich die Lebensbedingungen der indigen arktischen Bevölkerung verändern, da ihre Lebensgrundlagen eng mit den natürlichen Gegebenheiten verbunden sind. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden sich vermutlich in der Nutzung

des sommerlichen, eisfreien Arktischen Ozeans als Transitroute für die Schifffahrt und als potenzielle Rohstoffquelle für geologische Bodenschätze niederschlagen. Beide indirekten Auswirkungen heben das bisher geringfügige Interesse an der Region Arktis an und induzieren staatliche Begehrlichkeiten und Ansprüche bezüglich der Neuordnung und Grenzziehung im arktischen Raum. Somit entsteht im nördlichen Polargebiet gegebenenfalls eine Konfliktkonstellation; deren Potenzial mit zunehmendem Abschmelzen des Eises intensiviert werden könnte.

4.1.2. Rolle der Arktis

Aus dem oben genannten Abschmelzen des Meereises ergibt sich ein bisher wenig einschätzbares Sicherheitsrisiko in der Peripherie der EU. Zwar existieren hinsichtlich der Landmassen der Arktis, die den kleineren Teil des Gebietes umfassen, zwischen den fünf Anrainerstaaten (Arctic Five), USA, Russische Föderation, Kanada, Norwegen und Dänemark keine Grenzstreitigkeiten, jedoch steht dem ein Dissens bezüglich der Wassersäule und des Unterwasserbodens gegenüber. Hier rücken bisher die Streitigkeiten zwischen den USA und Kanada über die Rechtsnatur der Kanada vorgelagerten Nordwestpassage und die Zugehörigkeit eines Teils der Beaufortsee, in dem Erdöl vermutet wird, sowie die Unstimmigkeiten zwischen Norwegen und der Russischen Föderation bezüglich des gemeinsamen Grenzverlaufes in der Barentssee ins öffentliche internationale Blickfeld. Weitere offene Fragen bestehen auch hinsichtlich des Festlandssockels von Spitzbergen und der Gewässer um die kleinen Inseln Hans, Jan Mayen und Wrangel (Stevenson 2007: 236)²⁸¹. Überlagert wird das aktuelle oben dargestellte Bestreben durch Aktivitäten der fünf Anrainerstaaten die Grenzen ihres Festlandssockels über die im Seerechtsübereinkommen festgelegten 200 nautischen Meilen hinaus zu erweitern, beispielsweise beansprucht die Russische Föderation 350 nautische Meilen als Grenze des Festlandssockels, der gemäß Art. 76 des Seerechtsübereinkommens den Meeresboden und Meeresuntergrund der Unterwassergebiete jenseits des Küstenmeeres, die sich über die gesamte natürliche Verlängerung des Landgebietes bis zur äußeren Kante des Festlandrandes erstrecken, umfasst. Das Ziel der Bemühungen ist die Erlangung der Befugnis zum Abbau etwaiger Bodenschätze, die sich wahrscheinlich im äußeren Festlandssockel befinden. Einschlägigen Quellen zufolge (Alexander und Alexander 2007: 1 ff; McKenzie und Robertson 2007: 1 ff; Brett 2007: 1-

²⁸¹ Siehe: Stevenson, C.: Hans Off? The struggle for Hans Island and the Potential Ramification for International Border Dispute Resolution, Boston College International and Comparative Law Journal, Vol. 30, 2007, Seite 263 ff.

2)²⁸² befinden sich schätzungsweise 23.9 % der gesamten Weltvorräte an Öl- und Gas in der Arktis.

Positionspapiere seitens Norwegens und der Russischen Föderation wurden 2006 bzw. 2001 an die für das Seerechtsübereinkommen zuständige Kommission zur Begrenzung des Festlandssockels (Art. 76, Abs. 8 SRÜ) gerichtet, mit dem Ziel einen Festlandssockel über 200 sm hinaus nachzuweisen. Bei Erfolg des Vorhabens würde die Russische Föderation 450000 km² und Norwegen 96500 km² des arktischen Festlandssockelgebietes hinzugewinnen. Bisher gibt es jedoch keine Empfehlung der Kommission. Die restlichen arktischen Anrainerstaaten haben rechtswahrende Erklärungen gegen den russischen Antrag abgegeben (Mc Narb 2007: 9 ff)²⁸³. Zukünftig, etwa im Jahre 2013, wird mit einem Antrag von Kanada und Dänemark bezüglich der Festlandssockelerweiterung gerechnet. Die bisherigen Aktivitäten der vier Arktis-Anrainerstaaten haben in den USA dazu geführt, dass die Debatte über den Beitritt zum Seerechtsübereinkommen belebt wurde, um so die Rechte der USA an der Nordflanke der Russischen Föderation zu wahren (Mattler 2005: 33 ff)²⁸⁴.

Derzeit haben alle Anrainerstaaten Expeditionen zur Untersuchung des Festlandssockels gestartet, um die unterseeischen Gebiete hinsichtlich der möglichen Festlandssockelverlängerung zu untersuchen und vor der internationalen Öffentlichkeit die territorialen Ansprüche belegen zu können (WOR 2010: 208). Häufig wird in den Medien von einem Wettlauf um die Arktis besprochen, der mit Sicherheitsrisiken verbunden ist²⁸⁵.

Im WOR 2010 (WOR 2010: 209-211)²⁸⁶ wird ausgeführt, dass sich aufgrund einer Ausnahmeregelung, formuliert im SRÜ, zusätzliche Streitpunkte ergeben. Im SRÜ wird zwischen den „ozeanischen Bergrücken“, welche nicht unmittelbar mit dem Festlandrand verbunden sind, den „unterseeischen Bergrücken“ und den „unterseeischen Erhebungen“

²⁸² Siehe: Alexander, B. und Alexander, C.: “Drawing lines in melting ice”, *The Economist*, 16.08.2007; McKenzie, W. und Robertson, F (Hrsg.): “The Future of the Arctic”, 2007, in *Global warming opens Arctic seabed to the search for oil and gas*, *International Herald Tribune*, 30.10.2007; P. Brett: “Global warming opens Arctic seabed to the search for oil and gas”; *New York Times*, 30.10.2007; Seite 1-2; Datum der Ansicht: 29.07.2011.

²⁸³ Siehe: McNarb, R.: *Delimiting the juridical continental shelf in the Arctic Ocean: A confluence of law science, and politics*, *Merdian* (Fall/Winter 2007) 12, 2007, Seite 9 ff.

²⁸⁴ Mattler, M.J.: *A View from the U.S. Senate*, in: Myron H. Nordquist et al. (Hrsg.), *International Energy Policy, the Arctic and the Law of the Sea*, 2005, Seite 33 ff.

²⁸⁵ Siehe: www.zeitonline.de, Vannahme, J.-F.: „Aufrüsten für die Arktis“, 03.09.2008, Seite 1-2, Datum der Speicherung: 13.04.2010.

²⁸⁶ Siehe für die nachfolgenden Ausführungen auch WOR 2010, 2010, Seite 208 ff.

unterschieden. Dies ergibt Festlegungen hinsichtlich der Grenzen der möglichen außerheimischen Wirtschaftszonen.

Die 350 Seemeilen-Linie trifft u. a. zu, wenn der Festlandssockel über Teile eines unterseeischen Bergrückens verläuft. Im Gegensatz dazu gilt diese Festlegung für unterseeische Erhebungen nicht, da diese im Gegensatz zu unterseeischen Bergrücken aus vulkanischem Gestein, also aus einem anderen Material als der Festlandssockel, bestehen. Das beide Bodenteile miteinander verbunden sind bleibt hier unberücksichtigt, da sie einen unterschiedlichen geologischen Ursprung haben. Unterseeische Bergrücken sind in ihrer Zusammensetzung der des Festlandrands ähnlich und somit geologisch identisch. Bezüglich der Arktis muss diese Untersuchung und Feststellung noch geleistet werden. Durch die Vielzahl der Expeditionen in der Region erhoffen sich die Anrainer diesbezüglich entsprechende Antworten.

Die Geologische Beschaffenheit regelt letztlich die weiteren Abkommen im Rahmen des SRÜ.

Zur rechtlichen Stellung des Lomonossowrückens ist Russland der Ansicht, dass es sich um eine „unterseeische Erhebung“ gemäß des SRÜ handelt, was zur Folge hat das aus Sicht Russlands die oben genannte 2500 Meter Linie als Begrenzung anzuwenden ist. Untersuchungen weisen jedoch daraufhin, dass die Bodenzusammensetzung nicht der des russischen Festlandssockels entspricht. Die Nachweispflicht liegt hier bei dem, den Anspruch geltend machenden Staat. Neben Russland sind somit auch, wie oben genannt Kanada und Dänemark in der Pflicht ihre Ansprüche bis 2013/2014 nachzuweisen, da die Unterlagen gemäß SRÜ maximal 10 Jahre nach dem Beitritt zum SRÜ vorliegen müssen. Aufgrund der vermuteten Rohstoffvorkommen und zukünftigen Möglichkeiten der Nutzung der Nordwest- und Nordostpassage für den Seeverkehr ist davon auszugehen, dass die Fristen über den 10 Jahres-Zeitraum hinaus verlängert werden, und man sich vorerst auf ein Abgrenzungsübereinkommen verständigen wird.

Eine kurzfristige militärische Auseinandersetzung ist derzeit nicht absehbar. Diese Bewertung ergibt sich besonders vor dem Hintergrund der Festlegung des Willens zur friedlichen Einigung im Rahmen des internationalen Seevölkerrechtes gemäß der bereits im Kapitel 3.3. genannten Vereinbarung von Ilulissat aus dem Jahre 2008.

Inwieweit Nichtanrainerstaaten in die Frage der Arktis eingreifen werden, um beispielsweise an der Ressourcenausbeutung beteiligt zu sein, bleibt gegenwärtig offen. Erkennbare Tendenzen sich in der arktischen Debatte zu engagieren zeichnen sich jedoch ab. China

entwickelt hier beispielsweise ähnliche Aktivitäten wie bereits in Afrika erfolgreich praktiziert.

4.2. Migration und Lebensraum

4.2.1. Übersicht zum Spannungsfeld

Die im Kapitel 3 genannten maritimen Faktoren, insbesondere die des Abschnittes 3.1. und 3.4., beeinflussen das politische, ökonomische, soziale und ethnische Umfeld, welches als negative Einflussgrößen verschiedene Spannungsfelder enthalten kann. Wassermangel Wüstenbildung aber auch Hochwasser, wie etwa Ende Juli 2010 in Pakistan, mit noch heute sichtbaren Verwüstungen im Südteil des Landes, (WBGU 2007: 1)²⁸⁷ und bewaffnete Konflikte bedingen eine Zunahme der weltweiten Migration, Deutlich wird diese Tatsache besonders in den Fluchtbewegungen von Afrika in Richtung Europa, über das Mittelmeer hinweg Diese gegenwärtigen, nicht abreißenden Menschenströme in Richtung Südeuropa explizieren den Druck auf die europäischen Grenzen. Identische regionale Migrationsströme mit den daraus induzierenden Auswirkungen ergeben sich voraussichtlich auch auf dem indischen Subkontinent, so dass dort das Spannungsfeld Lebensraum aufgrund der regionalen Bedeutung des Themas Meeresspiegelanstieg besondere Brisanz birgt.

Ein Großteil der Migranten, schätzungsweise 25 Millionen pro Jahr, kann aufgrund der Negativentwicklung eines oder mehrerer Faktoren in der bisherigen Umgebung dauerhaft oder zeitweise kein menschenwürdiges Leben führen. Sie müssen neue Lebensräume, entweder in den Großstädten oder im noch fruchtbaren ländlichen Raum des eigenen Staatsgebietes suchen, in der Folge aber auch in Nachbarstaaten und den Industrienationen. (BUNR 2002: 2)²⁸⁸. Zahlreiche Beispiele zeigen bereits heute, dass diese Suche in einigen Erdteilen, besonders in der Dritten Welt, zukünftig vermehrt von Spannungen und Streitigkeiten begleitet sein wird. Natürliche Ressourcen und hier besonders Trinkwasser und Landflächen stellen in diesem Zusammenhang das Kernpotenzial dar.

Die Verschärfung des Druckes auf die einzelnen Stressfaktoren oder die Überlappung von mehreren führt zu spontanen, meistens sozialen Spannungen, die sich an der häufig extrem veränderten Situation in den betroffenen Regionen entzünden. Besonders vernichtende

²⁸⁷ Vgl. WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: „Welt im Wandel, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Zusammenfassung für Entscheidungsträger“, Berlin 2007, Seite 1.

²⁸⁸ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung: „Klimawandel und Konflikte – Teil 1“, Berlin 2002, Seite 2.

Druckfaktoren (push factors) wie Dürren, Wassermangel, Flutkatastrophen, Hitzewellen und Stürme und auch Gesundheitsprobleme üben einen massiven Migrationsdruck auf die jeweiligen Regionen aus. Im Zusammenspiel mit den Sorgfaktoren (pull factors), wie Gesundheitsvorsorge, Ausbildung, Einkommen und Bevölkerungsstruktur, entstehen Spannungskräfte, die auf das Umfeld wirken²⁸⁹ und mit traditionellen Streitigkeiten kumulieren können²⁹⁰.

Hinsichtlich der regionalen Migration ergibt sich in Bangladesh infolge der zu erwartenden vermehrten Überflutungen im Gangesdelta ein Spannungsfeld, welches überregional wirken kann. Bangladesh liegt auf bzw. teilweise unter Meeresspiegelniveau. Bei einem Anstieg des Meeresspiegels um 45 cm, würden ca. 5,5 Millionen Menschen aus dem Gangesdelta vertrieben und müssten einen neuen Lebensraum suchen (Barnett 2001: 4)²⁹¹. In der gesamten Region des indischen Subkontinents wären ca. 200 Millionen Menschen gezwungen von den Küsten infolge häufiger Flutkatastrophen zu fliehen (Stern 2006: 1 ff)²⁹². Ähnlich verhält sich die Situation im zentralafrikanischen Nigerdelta. Auch dort hätte ein Meeresspiegelanstieg in den flutgefährdeten Gebieten unabweisliche Folgen für 200 Millionen Menschen. In beiden Fällen würden starke Migrationsströme ausgelöst, besonders auf die Megastädte oder andere ländliche Regionen gerichtet. Hier bieten speziell die daraus resultierende, dramatische Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung (WHO 2007:)²⁹³, die ethnischen Unterschiede und der Kampf um Ressourcen, wie Land und Wasser ein Spannungsfeld, dass sich letztlich innerstaatlich, von nichtstaatlichen Akteuren gelenkt, entladen kann. Durch überregionale Wanderungsbewegungen, etwa in die Maghreb-

²⁸⁹ Vgl. Homer-Dixon, Th.: „On the Threshold Environmental Changes as Causes of Acute Conflicts“, in: *International Security*, vol. 16, no. 2, 1991, Seite 76-116.

²⁹⁰ Vgl. für Afrika etwa: Bächler, G.: „Zivile Konfliktbearbeitung in Afrika-Grundelemente für die Friedensstörungspolitik der Schweiz“, working paper, in: *Schweizerische Friedensforschung - Institut für Konfliktforschung*, Bern 1998, 92 Seiten.

²⁹¹ Vgl. Barnett, J.: „Tyndall Centre Working Paper No. 7“, Tyndall Centre for Climate Change Research, Manchester 2001, Seite 4.

²⁹² Vgl. Stern, N.: „The Economics of Climate Change, Executive Summary“, in: *Stern Review*, London 2006, Seite i-xxvii. 200 Millionen Menschen können bis zum Jahre 2050 auf der Flucht sein, Quelle: http://www.hm-treasury.gov.uk/media/4/3/Executive_Summary.pdf, Datum der Speicherung: 23.10.2007.

²⁹³ Vgl. WHO: „WHO Statistical Information System Report 2007 – Highlights“, Geneva 2007. Nach Angaben der WHO werden bis 2030 die Erkrankungen von Menschen in den Mega-Städten, wie Lagos oder Kairo, auf bis zu 10 % bei den Durchfallerkrankungen und bis zu 6 % bei Malaria zu nehmen, Quelle: <http://www.who.int/whosis/whostat/2007/en/index.html>, Datum der Speicherung: 02.08.2011.

Staaten als Transitregion nach Europa, sowie als derzeitige Bürgerkriegsregion im Vorhof Europas, wird das Spannungsfeld Migration auf diese bzw. in diesen selbst, und in letzter Konsequenz auf die europäischen Einreiseländer projiziert.

Die Betrachtung der Auswirkungen des CO₂-Ausstoßes und der daraus folgenden Erderwärmung zeigen, dass bereits heute 1,4 Milliarden Menschen von Dürreperioden betroffen sind und einschneidend unter Wasserknappheit, Getreideschwund und Unterernährung leiden. Bis zum Jahr 2035 könnte diese Zahl auf 1,3 Milliarden alleine im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas anwachsen. Hier ergeben sich durch die wenigen Ressourcen und die dadurch erfolgende selektive Verteilung zwangsläufig Spannungsfelder hinsichtlich der Lebensraumbeanspruchung. Einen Präzedenzfall, wenn auch ohne maritime Ausprägung, stellt die Region Darfur dar, in deren Norden seit 2003 lang anhaltende Dürreperioden und der daraus resultierende Wassermangel zu einem Verlust an Ackerland führten. (vgl. auch Kap. 2.1.). Die dieses Land ursprünglich bewirtschaftenden Nomaden zogen auf der Suche nach Wasser und Weideflächen gen Süden. Dies löste wiederum, bedingt durch ethnische und religiöse Unterschiede, Streitigkeiten mit den dort ansässigen Bauern aus, die in Massenvertreibung und Massaker gipfelten und bis heute eskalieren^{294, 295}. Kurzfristig ist die Region im südlichen Afrika nicht zu denen zu zählen, die das maritime Umfeld beeinflussen. Auf der mittelfristigen Zeitachse wird jedoch auch dieser Bereich zu berücksichtigen sein. Der Grund dafür findet sich in den nach Norden gerichteten Strömen der kontinentalen Migrationsbewegungen. Europa und die europäischen Industrienationen werden dabei für einen Großteil der Menschen die erstrebenswerten Ziele bilden. Das Mittelmeer, das aufgrund seiner geographischen Lage dann verstärkt als Aktionsterrain für illegale Migration nach Südeuropa genutzt werden wird, stellt dann die bisher fehlende Komponente im Sinne der maritimen Dimension dar. Verstärkend für die Prozesse wirken sich zusätzlich die Unruhen in den nordafrikanischen Mittelmeerstaaten aus.

Der Mittelmeerraum stellt dabei, neben dem indischen Subkontinent, nur eine der Beispielregionen dar, soll jedoch aufgrund ihrer Schlüsselrolle gegenüber Europa, im nachfolgenden Text auch betrachtet werden.

²⁹⁴ Siehe Tagesspiegel: „Aus Darfur lernen“, Kommentar von Ban Ki Moon, 17.06.07, Berlin 2007, Quelle: <http://www.tagesspiegel.de>, Datum der Ansicht: 01.08.2011.

²⁹⁵ Vgl. Münkler, H.: „Neues vom Chamäleon Krieg“, Essay, in: APuZ 16-17, Berlin 2007, Seite 9. Münkler nennt die Massaker, als eine Form der Vernichtung von Nonkombatanten in einem Spannungsfeld, welches sich bis zum Krieg entladen kann. In Darfur starben in den Jahren 2003-2007 mehr als 200000 Menschen.

4.2.2. Beispielregionen

Aus der Vielzahl der weltweit infrage kommenden Gebiete, in denen Migration zum sicherheitspolitischen Risiko wird, wurden der Mittelmeerraum und der indische Subkontinent ausgewählt. Beide Regionen sind sowohl für Europa als auch für Deutschland in sicherheitspolitischer Hinsicht von Bedeutung, da die dortigen regionalen Entwicklungen auf europäische und nationale Interessen reflektieren.

Mittelmeerraum

Im Kapitel 3 wurde auf die Konfliktherde in der Mittelmeerregion eingegangen, die die Region von Nordafrika über Zypern bis nach Israel, Libanon und Syrien im Nahen Osten überzieht. Ausschlaggebend sind hier verschiedene Ursachen, die sich von machtpolitischen Kämpfen und Unruhen bis hin zu umweltbedingten und wirtschaftlichen Stressfaktoren erstrecken. Allen gemein ist jedoch, dass durch sie Migrationsströme ausgelöst werden bzw. ausgelöst werden können, als aktuelles Beispiel sei hier die derzeitige beispiellose Flüchtlingsbewegung von Nordafrika nach Südeuropa genannt, die besonders die italienischen Behörden vor eine allein kaum zu bewältigende Aufgabe stellt. Der Druck auf Europa existiert jedoch seit längerer Zeit in der Form, dass, trotz umfangreicher Grenzsicherungsmaßnahmen, die in Marokko befindlichen spanischen Enklaven Ceuta und Melilla durch afrikanische Flüchtlinge aufgesucht werden, um, meist illegal, auf europäisches Gebiet einreisen zu können, (Riedel 2011: 12)²⁹⁶ benennt die Zahl der im letzten Jahrzehnt nach Europa immigrierten Menschen mit 1 Mio., davon sind 70 Prozent aus Marokko eingereist.

Betrachtet man Nordafrika als Transitregion für Bewegungen aus Zentralafrika in Richtung Mittelmeer, so stehen hier die Ursachen mit Schnittmengen aus Umweltveränderungen, ethnischen und wirtschaftlichen Problemen und Bürgerkriegszuständen im Mittelpunkt.

Die nordafrikanischen Staaten sind eine der instabilen Regionen der Erde. Besonders in Staaten südlich des Maghrebs wirken Umweltveränderungen in Verbindung mit ethnischen und politischen Spannungen auf die Bevölkerung und sind so vornehmlicher Auslöser für Flüchtlingsbewegungen sowohl innerhalb des Nahbereichs als auch weit in Richtung Norden. Dabei bilden die Suche nach landwirtschaftlichen Nutzflächen und die Verfügbarkeit von Wasser, sowohl Brauchwasser für den Ackerbau als auch sauberes Trinkwasser, den Schwerpunkt der Ursachen. Bei überregionaler Migration in aufnehmende entfernte Drittländer (z. B. EU-Mitgliedstaaten) können neben den Spannungen im Ursprungsland und

²⁹⁶ Siehe Riedel, S.: Illegale Migration im Mittelmeerraum, SWP-Studie, SWP, April 2011, Seite 1-35.

denen in ggf. benachbarten Aufnahmestaaten weitere entstehen. Die Konsequenzen sind vielfältig und umfassen u. a. die Konkurrenz um Ressourcen, unkontrollierbare Flüchtlingsströme in Auffanglager, in das Drittland projizierte ethnische Unruhen und enden bei innen- und außenpolitischen Instabilitäten. Das Committee on Challenge of Modern Society (1999: 115 ff)²⁹⁷ geht sogar soweit, von einer Begünstigung des regionalen und überregionalen Staatenzerfalls zu sprechen.

Bezüglich Nordafrikas wird häufig die Nilregion zwischen Ägypten, Sudan und Äthiopien benannt, etwa wie bei (Stöckmann 2001: 40). Hier wirken der Streit um das bereits mehrfach genannte Trinkwasser und das daraus folgende Angebot an lebenswerten Lebensraum als der Schlüsselfaktor für die Auslösung von Migrationsströmen. Die Verfügbarkeit von Lebensraum für die Bevölkerung kann daher auch zum Sicherheitsrisiko für das nördliche Afrika erwachsen. Dieses insofern, dass sowohl drängende als auch bedrängte Staaten ihre sicherheitspolitischen Interessen mit militärischen Mitteln als ultima ratio durchsetzen, was im Ergebnis sehr wahrscheinlich zu weiteren noch umfangreicheren Flüchtlingsströme führen wird.

Für Ägyptens Küste am Nildelta ist zusätzlich der mögliche Anstieg des Meeresspiegels (AGeoBw 2010: 17) als Grund für Migration in Richtung Europa anzuführen. Nicht nur die Verminderung von Landressourcen, sondern auch die Verunreinigung von Grundwasser mit Salzwasser und Schwebstoffen sowie die Anfälligkeit der urbanen Küstenregion für Sturmfluten begünstigen die Auslösung von Fluchtbewegungen der ansässigen Bevölkerung. Die derzeitige krisen- und kriegsbehaftete Situation in Nordafrika stellt das Momentum für die seit Frühjahr 2011 anhaltenden Flüchtlingsströme dar. Dabei sind nicht nur überregionale Bewegungen, aus den Maghrebstaaten nach Europa, sondern auch, regionale, etwa innerhalb Nordafrikas bzw. des Maghrebs zu beobachten. Als Sicherheits- und Stabilitätsrisiko rückt hier vordergründig die Konkurrenz um Ressourcen, einschließlich des Lebensraums, in den Fokus, ethnische Spannungen spielen aufgrund der weitestgehend gleichen Religion eine untergeordnete Rolle. Sie können jedoch in den einzelnen Ländern, wie im Fall der koptischen Christen in Ägypten, das letzte Teil in einem Puzzle der fragilen Staatlichkeit darstellen, und somit politische Instabilitäten fördern oder auslösen.

Neben der Gesamtproblematik Palästinas im Nahen Osten, dessen geographische Grenze nach Afrika und Europa das Mittelmeer ist., treten seit dem Frühjahr 2011 in eben diesem Bereich des Mittelmeeres Flüchtlingsbewegungen auf, die aus den innersyrischen gewalttätigen

²⁹⁷ Siehe Committee on Challenge of Modern Society, NATO, 1999, Seite 115 ff.

Unruhen²⁹⁸ herrühren, von der politischen Weltöffentlichkeit aber kaum diskutiert werden²⁹⁹ „, Hauptzufluchtländer sind die Türkei und Jordanien. Für die Türkei stellen die Flüchtlinge ein weiteres Risiko hinsichtlich der innerstaatlichen Stabilität dar, und schließt sich so der Kurdenproblematik, den seit langem andauernden Wasserstreitigkeiten mit Syrien und Iran, besonders bezüglich der Wasserentnahme aus dem Euphrat, (Barandat 1995: 1 ff)³⁰⁰ und der Zypernfrage an.. Durch die Zugehörigkeit der Türkei zur NATO wird das Thema Flüchtlinge, ebenso wie die anderen genannten Spannungsfelder mit ihrem Risiko zu innenpolitischen Instabilitäten, in den Bereich des nordatlantischen Bündnisses projiziert, und muss dort in seinen Entwicklungen von der Allianz beobachtet und diskutiert werden. Aus Sicht der NATO kann sich die Türkei unter Umständen aus einem verlässlichen und stabilen Bündnispartner an einer geostrategisch wichtigen Schnittstelle zu einem fragilen Mitglied entwickeln, das in letzter Konsequenz den militärischen Beistand der Allianz benötigt. Aufgrund der geographischen Nähe der Türkei zur EU kann somit, bedingt durch Migration, ein Sicherheitsrisiko für die Europäische Union bzw. für Europa erwachsen, dessen Beherrschung die Aktivierung der Instrumente der GSVP nötig werden lassen kann.

In der Gesamtbetrachtung des Mittelmeerraumes lässt sich feststellen, hier hinsichtlich des Spannungsfeldes Migration eine Schlüsselregion darstellt wird, von der zu erwarten ist, dass sie zukünftig noch dominierender in Erscheinung treten wird. Eine Induktion auf die politischen Aktivitäten der EU ist besonders hinsichtlich der Grenzsicherung im südeuropäischen Teil des Mittelmeeres zu erwarten, um der zunehmenden illegalen Migration

²⁹⁸ Siehe www.weltonline.de, Dietrich, A.: „Syrien am Rande des Bürgerkrieges“, 18.07.2011, Quelle: http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article13494528/Syrien-am-Rand-des-Buergerkriegs.html, Datum der Ansicht: 04.08.2011.

²⁹⁹ Siehe www.weltonline.de, Ehrenstein, C.: „Keine klaren Signale an Assad“, 01.08.2011, Quelle: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13518863/Keine-klaren-Signale-an-Assad.html, Datum der Ansicht: 04.08.2011 sowie Keller, G.M.: „Syrien brennt und die Welt zaudert.“, 03.08.2011, Quelle: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13522851/Syrien-brennt-die-Welt-zaudert.html, Datum der Ansicht: 04.08.2011. Ergänzend, mit Stand März / April 2012, muss festgehalten werden, dass derzeit eine ständige Diskussion über ein Eingreifen der Weltgemeinschaft in Syrien, analog zu Libyen im Jahre 2011, entfacht ist. Eine UN-Resolution diesbezüglich kam und kommt, absehbar, durch die Blockadehaltung Chinas und Russlands, beide Staaten sind die wichtigsten Verbündeten des Assad-Regimes in Syrien, nicht zustande. Vergleiche dazu die seit März täglichen Meldungen in der Tagespresse, etwa von [welt.de](http://www.welt.de), [faznet.de](http://www.faznet.de) oder [tagesschau.de](http://www.tagesschau.de). In der Bewertung ist festzustellen, dass der oben angeführte Artikel von Keller auch heute, 8 Monate nach dessen Erscheinen, aktuell denn je ist, da die Welt immer noch „zaudert“.

³⁰⁰ Vgl. Barandat, J: Wasser: regionaler Konfliktstoff weltweiter Bedeutung, Inst. für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 96, 1995, Seite 1-47.

zu begegnen. Wie S. Riedel in ihrer Studie (Riedel 2011: 5-7) zu diesem Thema anmerkt, sind hier jedoch umfangreiche nachhaltige Maßnahmenkataloge, die über FRONTEX hinausgehen, notwendig. Vor dem Hintergrund der EU-Krise, die besonders in den Mittelmeerstaaten am schwerwiegendsten auftritt und wirkt, sind umfangreiche finanzielle Aufwendungen für Eindämmung der Migration in den EU-Raum kaum möglich. Zwar leisten die Küstenwachen der Staaten bereits aufwendige Patrouillenarbeit, die jedoch mit Blick auf den massiven Zustrom unzureichend ist. Somit bleibt dieses Spannungsfeld eines der Sicherheitsrisiken für die EU bzw. für Europa mit einer maritimen Dimension.

Indischer Subkontinent

Die Triebfedern für die Flüchtlingsbewegungen auf dem indischen Subkontinent sind ähnlich denen des Mittelmeerraumes gelagert. Als Hauptursachen können derzeit die Flutkatastrophe in Pakistan im Juli 2010 und der Afghanistankrieg benannt werden. Betrachtet auf die nächsten zwei Jahrzehnte rücken der vorhergesagte Meeresspiegelanstieg und der daraus folgende Verlust an Ressourcen, auch hier Trinkwasser und Lebensraum, in den Fokus der Betrachtungen. Im Gegensatz zur Mittelmeerregion, ist hier jedoch zu erwarten, dass sich die Migrationströme, so wie derzeit zu beobachten, regional begrenzt bewegen werden. Vornehmlich betroffen sein wird die Region des Gangesdeltas, in der mehrere hundert Millionen, dann mittellose und verarmte, Menschen betroffen sein könnten. Eine Unterbringung dieser, allein auf dem indischen Subkontinent stellt die dortigen Regionen vor unlösbare Probleme. Das diese Staaten, mit Ausnahme Indiens, als politisch instabil einzustufen sind und von häufigen politisch motivierten Gewalttaten gekennzeichnet sind kommt erschwerend hinzu. Pakistan, mit fast täglichen Meldungen über Attentate und Bombenanschläge, kann als Beispiel zur Untermauerung der Aussage herangezogen werden. Die Hauptlast der Aufnahme läge, schon bedingt durch die räumliche Nähe, somit bei Indien. Pakistan befindet sich besonders bezüglich der Kaschmirregion im Dauerstreit mit Indien, aus dem bereits mehrfach militärische Konfrontationen und daraus folgend Flüchtlingsströme aus der Grenzregion erwachsen sind. Durch die Zuwanderung aus dem Krisengebiet in benachbarte Regionen des eigenen Landes erhöht sich der Lebensraumdruck und führt, auf einer längeren Zeitachse betrachtet, zu Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen. Auch hier wirken eventuelle ethnische Unterschiede nur spannungsfördernd. Anders verhält es sich bei der möglichen grenzüberschreitenden Migration zwischen Indien und Pakistan, dort sind aufgrund der unterschiedlichen religiösen Ausrichtung der Bevölkerungen Vorbehalte zu erwarten, die denen der Ressourcenwegnahme nicht nachstehen.

Das Spannungsfeld Indien-Pakistan, in dem Migration nur einen Aspekt darstellt, ist besonders vor dem Hintergrund der beidseitigen Verfügbarkeit von Atomwaffen zu sehen. Besonders in der Kaschmirfrage stellt dieses Potenzial ein probates Mittel in der Bedrohungskulisse dar.

Für Pakistan ergibt sich seit dem Sturz des Talibanregimes in Kabul ein Problem der illegalen Migration in anderer Form. Nach Etablierung von Stützpunkten der Taliban in den pakistanischen Grenzprovinzen bewegen sich von dort aus uneingeschränkt und mit hoher Frequenz grenzüberschreitende Menschenströme. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Talibankämpfer, deren Ziel der Kampf gegen ISAF-Kräfte und/oder die Durchführung von Anschlägen auf pakistanische und afghanische Behörden ist. Da von pakistanischer Seite eine Kontrolle und Eindämmung dieser Bewegungen kaum realisierbar ist, wirken sie destabilisierend auf den Staat Pakistan und somit den indischen Subkontinent. Augenscheinlich fehlt dem letzten Aspekt die maritime Dimension. Beachtet man jedoch den Verlauf der Anschläge vom November 2008 und Juli 2011 in Mumbai, die beide aus Pakistan und Afghanistan heraus geplant und durchgeführt³⁰¹ worden sind, zeigt sich hier doch die entsprechende Komponente des Teilspannungsfeldes.

Für den indischen Subkontinent ist das Spannungsfeld Migration nur eines von vielen. Voraussichtlich wird es ein regionales Feld bleiben, dass jedoch die internationale Gemeinschaft in ihren Debatten und Interessenbekundungen nicht aus dem Blickwinkel verlieren darf. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund des Kaschmirstreits, der in letzter Zeit häufiger auftretenden Umweltkatastrophen, des ISAF-Einsatzes und des vorhabenden nuklearen Waffenarsenals in der Region. Im Zuge des möglichen Lebensraumverlustes im Gangesdelta und verheerender Flutkatastrophen, wie 2010, ist im ungünstigsten Fall zu erwarten dass kurzfristig überregionale Lösungen für die betroffenen Menschen herbeigeführt werden müssen. Unter Berücksichtigung der instabilen politischen Situation, wie etwa in Pakistan, kann davon ausgegangen werden, dass hier neben der UNO auch die EU eine tragende Rolle einnehmen. Somit wird analog zum Mittelmeerraum das Spannungsfeld internationalisiert und mit Blick auf Europa europäisiert, was zur Folge hat, dass die eingangs genannte regionale Dimension sich zu einem europäischen Sicherheitsrisiko ausweiten kann. Analog zu den Ausführungen im Kapitel 4.1. gilt auch für die Migration, dass diese nicht eigenständig und allein, herausgelöst aus dem Gesamtkontext der das sicherheitspolitische Umfeld bestimmenden Faktoren und Felder zu betrachten ist, sondern nur als ein Teilaspekt herangezogen wird. Die Verzahnung sowohl zu den Themen Ressourcenschutz,

³⁰¹ Beide Anschläge wurden mittels Bootverbringung an Land durchgeführt.

Rüstungsbestrebungen und Projektion, wie in diesem Kapitel angerissen, sind unmittelbar ersichtlich. In den nachfolgenden Kapiteln wird versucht dieses, aus dem Blickwinkel des maritimen Umfeldes, aufzuzeigen und zu diskutieren.

4.3. Energie als strategisches Gut

In der Betrachtung des sicherheitspolitischen Umfeldes zeigt sich, dass sowohl historisch als auch aktuell gesehen, der Streit um die Verfügbarkeit von Ressourcen, wie Wasser und Energie, Ursache für Konflikte und Kriege war bzw. ist. Insbesondere die zukünftige Sicherstellung einer ununterbrochenen Energieversorgung rückt in den Mittelpunkt der strategischen konzeptionellen Papiere auf nationaler und internationaler Ebene. So formuliert etwa das Weißbuch der Bundesregierung von 2006 (Bundesregierung 2006: 23)³⁰² dazu: „Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung.“ Analog dazu hat die NATO in ihrem neuen strategischen Konzept aus dem November 2010 (NATO 2010: 1 ff)³⁰³ die Energiesicherheit als eine der Kernfunktionen der Allianz aufgeführt. Somit stellt die Energieversorgung und deren Schutz eine der signifikantesten strategischen Güter der Zukunft dar und besitzt eine sicherheitspolitische Dimension, die aufgrund der künftig stärker maritim geprägten Energiequellen eine zunehmende maritime Komponente und eine Unschärfe in der Abgrenzung zu anderen, eher nicht klassischen sicherheitspolitischen, Feldern, wie die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Organisationen, aufweist.

4.3.1. Fossile Energie

Derzeit liegt der Schwerpunkt der Debatten in der Sicherstellung der Ausbeutung der fossilen Ressourcen. Darin rücken die Entwicklung der Erdölförderung, einschließlich der Preisentwicklung, der Technologieentwicklung sowie die Etablierung von Alternativförderungen, wie auch im Kapitel 3.2. beschrieben, in den Mittelpunkt, um strategische Vorteile erzielen zu können.

Besonders für rohstoffarme Staaten, wie Deutschland, führt die Frage der langfristigen Sicherstellung der Energieversorgung zu essentiellen konzeptionellen Überlegungen und der

³⁰² Siehe dazu: Bundesregierung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, Oktober 2006, Seite 1-165.

³⁰³ Vgl. Neues strategisches Konzept der NATO vom 05.11.2010, 3. Entwurf, Seite 1-14. Im Dokument wird die Energiesicherheit als eine Kernfunktion hinsichtlich des Art. 5 -kollektive Verteidigung- aufgeführt, gleichzeitig wird als Bedrohung der Angriff auf die Energieversorgung, auch durch Angriffe auf Netzwerkstrukturen genannt.

Abschätzung von möglichen Risiken, die aus der kaum selbst bestimmbar derzeitigen Energieabhängigkeit resultieren.

Die Risiken lassen sich nach (Geden et al. 2007: 6)³⁰⁴ in drei Kategorien unterscheiden: die Verfügbarkeit und den freier Zugang, die erforderlichen Investitionen und die geopolitischen Risiken.

Angesichts der sinkenden Erdölvorkommen (ZTransfBw 2010: 7, 8) ist es für rohstoffarme Länder notwendig, langfristig über Allianzen und Abkommen die Versorgung mit Energiegütern sicherzustellen. Aufgrund der Profitabilität der fossilen Energiewirtschaft streben die Staaten, einschließlich der produzierenden Staaten, eine staatliche Beteiligung an den Energieunternehmen an, um somit einerseits das Kontrollelement der Versorgung einsetzen zu können und andererseits eine sichere Einnahmequelle für die Staatshaushalte zu besitzen, als Beispiel hierfür kann etwa Russland, mit der Übernahme von „Sibneft“ und „Yuganskneftegaz“³⁰⁵ angesehen werden.

Bezüglich der Verfügbarkeit werden, wie im Kapitel 3.2. genannt, derzeit technologisch nicht gängige und nicht etablierte Verfahren und die Förderung in abgelegenen Gebieten verstärkt in die strategischen Überlegungen einbezogen. Die Erwägung des Abbaus in nichtsovereignen Territorien von Staaten, induziert jedoch, wie im Kapitel 3.3. exemplarisch dargestellt, ggf. ein sicherheitspolitisches Spannungsfeld, aufgrund der Überlagerung von nationalen Interessen.

Bezüglich der Ölförderung gewinnt der Abbau in internationalen Gewässern und in den Polargebieten in den konzeptionellen Vorstellungen der Staaten an Bedeutung. In der nahen Zukunft wird die Förderung von Rohstoffen aus diesen Gebieten eine der Säulen der Energiesicherung darstellen, die jedoch in sensiblen Ökogeieten nicht ohne Kritik und Widerstand bzw. Auflagen für den Umweltschutz hingenommen werden wird. Somit rückt neben dem Umweltschutz und den Fragen der Rechtssicherheit die Entwicklung von moderner Fördertechnik als ein Randaspekt in die Formulierung der strategischen Energieziele. Die Technikentwicklung kann somit zum einen die Erfüllung der möglichen Umweltauflagen, und anderen einen technologischen Vorsprung gegenüber anderen Staaten implizieren, woraus sich Förderungsvorteile und langfristig Vorteile für die Energiesicherheit ergeben können. Aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet, ist dieser Vorteil jedoch nur unter

³⁰⁴ Siehe dazu Geden, O., Goldthau, A. Noetzel, T.: Energie-NATO und Energie-KSZE- Instrumente der Versorgungssicherheit?, SWP-Diskussionspapier, SWP, Berlin, Mai 2007, Seite 1-12.

³⁰⁵ Siehe Geden, O., Goldthau, A. Noetzel, T.: Energie-NATO und Energie-KSZE- Instrumente der Versorgungssicherheit?, SWP-Diskussionspapier, SWP, Berlin, Mai 2007, Seite 5.

Einsatz von umfangreichen finanziellen Mitteln erreichbar- bzw. aufrecht zu halten, besonders vor dem Hintergrund der derzeitig und zukünftig notwendigen Sparmassnahmen in den Staatshaushalten stellt die Abwägung zwischen nationalen Sparzielen und den strategischen Interessen eine Herausforderung für die Politik dar. Diese Abwägung gilt auch für die Erschließung und Sicherung von Rohstoffquellen in entfernten Gebieten, die ggf. die Projektion von Streitkräften zur Absicherung der Förderung erforderlich werden lassen können. Der Blick auf die Arktis, als eines der potentiellen zukünftigen Abbaugelände für fossile Rohstoffe, zeigt wie sich eine kostenintensive Sicherung des strategischen Gutes Energie gestaltet. Hier treten Russland und Kanada in Erscheinung, in dem der russische Staat unter der Führung des Inlandsgeheimdienstes FSB eine paramilitärische Einheit zum Schutz des arktischen Gebietes aufgestellt hat, und Kanada neben neuen eisrandfähigen Patrouillenbooten einen Arktishafen für Marineeinheiten sowie eine Ausbildungsbasis für arktische Operationen ausbaut (ZTransfBw 2010: 23). Diese Aktivitäten verdeutlichen eindrucksvoll den Stellenwert der Energiesicherheit in den strategischen Interessen und Überlegungen der einzelnen Nationen. Aus Sicht von NATO und EU ist die konkurrierende Verfolgung nationaler Interessen durch einzelne Mitgliedstaaten spannungsbehaftet, da einerseits die NATO ggf. verpflichtet sein kann gem. Artikel 5 des Nordatlantikvertrages eingreifen zu müssen oder innerhalb des Bündnisses schwerwiegende Verwerfungen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten auftreten können. Letzteres gilt analog für die EU.

Zusätzlich zu den genannten Aspekten treten zunehmend aufstrebende Nationen und Schwellenländer in Erscheinung, um sich einerseits als potenzielle Absatzländer und andererseits als Förderländer zu positionieren. Hierin nimmt besonders China eine aktive Rolle ein, um analog zu den Aktivitäten in Afrika, in den arktischen Rohstoffabbau zur Sicherstellung der Ansprüche auf die strategischen Rohstoffvorkommen und deren Förderung eingreifen zu können.

Die technologischen Fähigkeiten einzelner Staaten zur Förderung von Rohstoffen auf See, sei es nun in der Arktis oder in anderen Regionen der Weltmeere, sind somit als strategische Fähigkeiten anzusehen und werten die Energieförderung als strategisches Gut einer Nation auf. Dies trifft umso mehr durch die Tatsache zu, dass sie in Verbindung mit der Entwicklung von maritimen Fähigkeiten von Streitkräften stehen.

Ebenso ist hier der oben genannte Risikofaktor Geopolitik betroffen. Neben der Förderung der Rohstoffe stellt der deren Transport ein Staatsinteresse bezüglich der Energiesicherheit dar. Die Sicherung von Transportrouten, vornehmlich über See, zwingt zur Aufbau von maritimen Fähigkeiten, sowohl national als auch bündnisgemeinsam. Hier erreichen die Überlegungen

zur maritimen Sicherheit eine strategische Dimension. Wie einschneidend für die Weltgemeinschaft unsichere Seehandelswege sind, wird fast täglich in den Gewässern vor Ostafrika verdeutlicht. Die Sicherung der Seehandelsrouten ist somit im engen Kontext zur Rohstoff-Förderung zu sehen und lässt die freie ungestörte Seepassage zu einem strategischen Gut werden, besonders für Import bzw. Export abhängige Nationen wie Deutschland oder anderen EU-Staaten (VPR 2011: 3)³⁰⁶. In diesem Zusammenhang ist die innenpolitische Situation von Förder- und Küstenstaaten von Bedeutung. Aufgrund von innenpolitischen Spannungen und Instabilitäten (Geden et al., 2007: 8) kann sowohl die als sicher eingestufte Förderung, als auch die bisher ungehindert mögliche Passage entlang von Küsten gefährdet werden und sich nachhaltig auf die Importe und somit die Energieversorgung der rohstoffarmen Nationen niederschlagen. Das führt wiederum dazu, dass nationale strategische Ziele nicht erreicht oder eingehalten werden können, und in letzter Konsequenz innenpolitische und innerstaatliche Verwerfungen möglich machen. Somit besteht von Seiten dieser Nationen ein strategisches Interesse an einer innerpolitischen Stabilität eines gewissen Grades in den Förderstaaten, welches formuliert und unterstützt werden muss, um die eigenen strategischen Interessen nicht zu gefährden. Hierin zeigt sich, dass die Energiesicherheit nicht losgelöst von anderen politischen Feldern zu sehen ist, und im engen Kontext zur Entwicklungspolitik, der Energiepolitik und Innenpolitik zu sehen ist.

Neben der fossilen Energiesicherstellung rückt zunehmend die durch regenerative Energieformen in das Interesse der Sicherheitspolitik.

4.3.2. Regenerative Energie

Im Kapitel 3.2. wurden verschiedene regenerative Energieformen vorgestellt. Die Entwicklung von erneuerbaren Energieformen ist eines der dominierenden Forschungsfelder in Wissenschaft und Technik, um den abnehmenden Vorräten fossiler Energieträger und der Nutzung von Kernenergie entgegen wirken zu können. Regenerative Energieformen tragen somit zur sicheren Energieversorgung der Wirtschaft und Bevölkerung bei und haben analog zu den fossilen Formen der Energieversorgung eine sicherheitspolitische Dimension. Diese Art der Energiegewinnung stützt sich vermehrt auf Infrastruktur an den Küsten, in See, sowohl über als auch unter Wasser und besitzt daher gleichwohl eine maritime Dimension.

³⁰⁶ Siehe Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) vom 18.05.2011, Seite 3, letzter Absatz: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung.“

Demzufolge sind die erneuerbare Formen für die Betrachtung des strategischen Gutes Energie ebenfalls relevant.

Neben der dauerhaften technischen Verfügbarkeit nimmt, aufgrund der Lage der Energieerzeugungsanlagen vor und an den Küsten, der sichere Transport des elektrischen Stromes eine bedeutende Rolle in der Sicherstellung der Energieversorgung ein. Die Zunahme an Windparks und Gezeitenkraftwerken vor den Küsten, als maßgebliche Produktionsstätten einer Nation, erfordert umfassende, weite Entfernungen überbrückende Leitungsnetze ins Landesinnere, um die dauerhafte ununterbrochene Energieversorgung sicherzustellen. Die Leitungssysteme und Anlagen bedürfen daher einer robusten Konstruktion und eines umfassenden Schutzes zur Vermeidung von Energieausfällen und „black outs“, wie die an der US-Nordostküste im August 2003 und in Hannover im Juli 2011 bereits zu beobachtenden. Im Rahmen der sicherheitspolitischen strategischen Vorsorge ist es daher bereits kurzfristig erforderlich, entsprechende Konzeptionen zu erstellen, daraus die notwendigen Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen.

Begründet in der Energieabhängigkeit unserer Gesellschaft stellt die Infrastruktur der Energieversorgung ein für Störmaßnahmen jeder Art anfälliges System dar, dessen Schutz als strategisch wichtiges Gut sowohl im ressortübergreifenden Ansatz, als auch, aufgrund der zunehmenden Staatsgrenzen übergreifenden Netze, im multinationalen Ansatz zu gewährleisten ist. Dies erfordert neben der Kooperation und Koordination auch die Abstimmung von Zuständigkeiten und die Definition von entsprechenden staatlichen Fähigkeiten, vornehmlich innerhalb Europas auf der Grundlage einer abgestimmten Politik der EU-Staaten.

Im gleichen Maße wie die Sicherstellung im nationalen und multilateralen Rahmen ist die Schaffung und Förderung von erneuerbaren Energien in angrenzenden Regionen erforderlich. Dies beinhaltet auch den Aufbau eines kooperativen und sicheren geopolitischen Umfeldes als Grundlage für die Entstehung und den Erhalt einer Energieinfrastruktur. Analog zu den fossilen Energien gilt es geopolitische Risiken einzudämmen bzw. zu vermeiden. Im Sinne der sicherheitspolitischen Vorsorge für den Schutz strategischer Güter bietet sich die Möglichkeit politische Konsolidierungsprozesse anzustoßen bzw. innenpolitische Instabilität zu regulieren. Beispielhaft wäre hier die Verortung von Infrastruktur zur Erzeugung regenerativer Energien in klimatisch geeignete Regionen, wie die von vielfältigen Krisen und Konflikten geprägte Sahara. Ziel dieses Prozesses ist letztlich die Existenz einer befriedeten Nachbarregion und die gesicherte, ununterbrochene eigene Energieversorgung, beispielsweise des EU-Raumes.

In der Folge werden, wie im Falle des im Kapitel 3.2. genannten Projektes DESERTEC³⁰⁷, Wirtschaftspartner zu strategischen Partnern im Sinne der Energiesicherheit und Sicherheitspolitik. In diesem Kontext ist vorstellbar, dass bisherige wirtschaftliche Verflechtungen durch neue ersetzt bzw. ergänzt werden und sich in Form von neuen Bündnissen und offiziellen strategischen Partnerschaften, analog zu der zwischen Deutschland und Russland, niederschlagen. Hier eröffnen sich neue Horizonte für die europäische GSVP und die NATO-Doktrin, letztere im Sinne der eingangs genannten kollektiven Abwehr von Bedrohungen gegenüber der Energieversorgung. Es ist davon auszugehen, dass die Entwicklung hin zu energiepolitischen strategischen Partnerschaften nicht nur auf den EU-Raum beschränkt bleibt, sondern sich auch in andere Erdteile projiziert, da dort ähnliche Gegebenheiten, wie etwa für DESERTEC vorliegen. Die maritime Dimension ergibt sich aus der Tatsache, dass die Infrastruktur in Küstennähe verortet ist bzw. werden wird und der Transport der Energie über die Meere erfolgen muss. Das begründet wiederum das Erfordernis maritime Fähigkeiten zur Absicherung einzusetzen. Hinsichtlich der maritimen Dimension der GSVP eröffnen sich somit neue Möglichkeiten, um der derzeit teilweise erkennbaren Aushöhlung des gemeinsamen sicherheitspolitischen Ansatzes entgegen zu wirken.

Hinsichtlich der Verknüpfung der Politikfelder gilt hier das Gleiche wie bei den fossilen Energieträgern. Eine separate Behandlung des Themas Energiesicherheit aus erneuerbaren Energien als alleiniges Feld der Wirtschafts- oder Sicherheitspolitik ist auszuschließen, da nicht nur innenpolitische und entwicklungspolitische Verhältnisse, sondern auch die Fähigkeiten zu technologischen Innovationen und die Grundlagenwissenschaften einen hohen Stellenwert einnehmen.

4.3.3. Kernenergie

Neben den fossilen Energieträgern bildet die Kernenergie, bisher weitestgehend unangefochten die Basis der Energieversorgung und trägt somit wesentlich dazu bei, das strategische Ziel der Energiesicherheit einer Nation oder eines Bündnisses zu erreichen. Auch wenn regenerative Energiequellen zunehmen und wie im Energiememorandum der Bundesregierung vom Mai 2001 die Kernenergie bis 2021 ersetzen sollen, tragen sie derzeit

³⁰⁷ Siehe dazu die Projektseite von DESERTEC: <http://www.desertec.org/de/konzept/>. DESERTEC hat zum Ziel bis 2050 eine Solarenergieversorgung im nordafrikanischen Teil der Sahara aufzubauen. Dazu entstehen entlang der beteiligten Staaten Solarkraftwerke, deren Strom für den lokalen und europäischen Strombedarf bereit gestellt werden soll. Da sich die Kraftwerke in konfliktbehafteten Regionen Nordafrikas befinden, stellen sich umfangreiche Anforderungen an den Schutz der Anlagen.

aufgrund rechtlicher und technischer Unzulänglichkeiten nur einen kleinen Anteil zur Energiesicherung bei, so das kurzfristig nicht auf die Kernenergie verzichtet werden kann. Auch aus diesem Grund ist es die Aufgabe der Politik, diese sensiblen Anlagen sowohl vor Naturkatastrophen als auch vor möglichen Anschlägen umfassend zu sichern. Besonders hinsichtlich des erst genannten Aspektes zeigen die Nachwirkungen des Erdbebens und Tsunamis vom März 2011 in Japan³⁰⁸, dass allumfassende Maßnahmen zur Absicherung der Anlagen nicht möglich sind, und ein Restrisiko bestehen bleibt. Für den Transport des aus der Kernenergie gewonnenen elektrischen Stromes und dem aus fossilen und erneuerbaren Energieformen produzierten gelten, wie dort bereits beschreiben, die gleichen Annahmen und Erkenntnisse. Im Zuge der derzeit noch dominierenden Abhängigkeit von der Kernenergie ist die sicherheitspolitische Dimension des uneingeschränkten Betriebs der Anlagen offensichtlich. Die maritime Komponente ist nicht unmittelbar plausibel, ergibt sich jedoch bei näherer Betrachtung aus küstennaher Stationierung der Kernkraftwerke und der Nutzung von Meereswasser zur Kühlung, aber auch bei Berücksichtigung des Schutzbedarfes der Anlagen, auch solcher im Landesinneren. Maritime Fähigkeiten, auch die der Streitkräfte³⁰⁹, können hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Die sicherheitspolitische Betrachtung der Kernenergie erweitert sich im Unterschied zu den anderen beiden Energiearten auf die rüstungspolitischen Aspekte dadurch, dass Spaltprodukte, wie Plutonium, auch als Ausgangsmaterialien für die Kernwaffenproduktion genutzt werden können. Die Entwicklung nuklearer Waffen kann somit unter dem Vorwand der Energiesicherung betrieben werden, die, wie oben beschrieben, als ein strategisches Gut einer Nation definiert ist und im Zweifelsfall einen Garanten für deren politische Stabilität darstellt. Ein Beispiel dafür ist das Kernkraftwerk Buscher im Süden Irans, in dem neben der Kernforschung zu friedlichen Zwecken auch Aktivitäten mit militärischem Hintergrund vermutet werden³¹⁰. Schon aus diesem Gründen ist die Nutzung von Kernenergie ein Element der sicherheitspolitischen Vorsorge. Sie birgt jedoch auch Gefahren hinsichtlich der nuklearen Proliferation in instabile oder autokratische Staaten. Daher bedarf es hier einer genauen Beobachtung und Bewertung der politischen Entwicklungen und Potenziale.

³⁰⁸ Zerstörung des Kernkraftwerkes Fukushima am 11./12.03.2011 mit der Folge einer Kernschmelze und der atomarer Verseuchung des nordöstlichen Landesteils.

³⁰⁹ Hier kann etwa die globale Lagebilderstellung mit ihren Sensoren sowie bei Erfordernis der Einsatz von seegestützten Flugkörpern im Rahmen der geplanten Raketenabwehr beitragen.

³¹⁰ Siehe Online-Presseportal, 18.10.2010, Quelle: <http://www.online-presseportal.com/politik/iran-akw-buscher-geht-im-sommer-ans-netz-66/>, Datum der Ansicht: 09.08.2011.

Es zeigt sich hinsichtlich des durch Nutzung von Kernenergie angestrebten Zieles der Energiesicherheit, dass die ausschließliche Betrachtung der sicherheitspolitischen Dimension nicht ausreicht. Simultan zu dieser notwendigen umfassenden Überlegung muss ebenfalls die wirtschaftliche, technologische und innenpolitische Situation in die Bewertung der möglichen Risiken mit einbezogen werden.

Zur Kernenergie als Element der Energiesicherung mit einer stabilisierenden sicherheitspolitischen Implikation, ist festzuhalten, dass sowohl für einzelne Staaten, wie etwa Iran, bedingt aus der eigenen Intention zur militärischen Nutzung von spaltbaren Kernmaterial, als auch für dadurch potenziell bedrohte Staaten negative Auswirkungen aus der Kernenergienutzung ergeben können, denen nur durch vertrauensbildende Maßnahmen entgegen gewirkt werden kann.

Die Kernwaffenpotenziale, als Teil der Rüstungspotenziale einzelner Staaten, stellen dabei keinen zentralen Gesichtspunkt der maritimen Rüstung dar, vielmehr spielt die Kernenergie als Antriebsart für verschiedene Seekriegsmittel eine Rolle, auf die nachfolgend eingegangen wird.

4.4. Strategische Interessen und Rüstungspotenziale

Aus den in den vorhergehenden Kapiteln dargestellten Aspekten lässt sich erkennen, dass sich das gesamte maritime Umfeld verändert hat bzw. weiter verändern wird. Besonders die westlichen Nationen sind durch politische und wirtschaftliche Verpflichtungen gebunden, die auch die Teilhabe an militärischen Operationen zur Friedenserzwingung und humanitären Hilfe beinhalten (Bsp. OEF, ATALANTA; ACTIVE ENDEVOUR, ISAF, KFOR). Dieses Engagement ist für die betreffenden Staaten jeweils mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden und kann zur Überforderung der Staatshaushalte führen. Beispiel hierfür ist neben Spanien und Italien auch die USA, mit einer Staatsverschuldung in Höhe von 2 Billionen Dollar.

Dies führt in der Konsequenz unabdingbar zu Kosteneinsparungen, bei denen Personal, Material bzw. die Rüstung und auch die Einsätze der Streitkräfte nicht ausgenommen sind. Folgen sind Truppenreduzierung, Außerdienststellung von Wehrmaterial und Verschiebung wichtiger Rüstungsvorhaben unter der Inkaufnahme des Verlustes von militärischen Fähigkeiten.

Sowohl die Beschaffung als auch der Betrieb von neuen hochtechnologischen Waffensystemen erfordert hohe finanzielle Aufwendungen, die aufgrund der Finanzmittelknappheit der Staaten kaum bereitgestellt werden können. Zur Realisierung der

Beschaffung neuem Wehrmaterials wird es in der Konsequenz erforderlich werden, in Dienst befindliche Waffensysteme und Personal zu reduzieren, um die dafür benötigten finanziellen Mitteln frei zu setzen. Derzeit sind von diesem Prozess vorwiegend die westlichen Industriestaaten, einschließlich der USA, betroffen.

Aufgrund der dadurch dann dezimierten bzw. auch fehlenden Fähigkeiten sind diese Staaten ggf. gezwungen ihre nationalen und bündnisgemeinsamen strategischen Interessen zu überdenken und neu zu formulieren, sowie für deren Durchsetzung andere Mittel als das der Projektion von Streitkräften, auszuwählen.

Der Blick auf den asiatisch-indischen und asiatisch-pazifischen Raum ergibt ein anderes, konträres Bild. Die derzeit als Schwellenländer eingestuften Staaten im asiatischen Raum konnten und können von der Verlegung industrieller Produktionsstätten aus westlichen Staaten in diese Region profitieren. Dies trifft besonders hinsichtlich des Transfers von Hochtechnologien zu. Daher findet heute nicht nur ein Großteil der vormals westlichen Produktion in den asiatischen Staaten statt, sondern ermöglicht auch die Entwicklung und Durchsetzung eigener Technologievorhaben. Mit dieser Entwicklung sind zunächst die Steigerung des Lebensstandards, einschließlich der Kaufkraft der ansässigen Bevölkerung und eine meist zweistellige Steigerung des Bruttoinlandsproduktes der nationalen Volkswirtschaften verbunden. Weiterhin spielen der Bevölkerungsanstieg und der Bedarf an Ressourcen jeglicher Art, hauptsächlich in Form fossiler Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas, zur Aufrechterhaltung der energieintensiven Produktion eine wesentliche Rolle. Die Folge davon ist eine erhöhte Nachfrage nach Rohstoffen, die nur mittels Importen gedeckt werden kann.

Neben der dadurch verursachten Preissteigerung für Rohstoffe sind Transportengpässe und Verkehrsdichte die negativen Begleiterscheinungen. Die Sicherung der Transportkapazitäten und -wege sowie die Sicherung der Ressourcenbeschaffung stehen daher, neben den machtpolitischen Bestrebungen, im Mittelpunkt der strategischen Interessen und Rüstungsbestrebungen der asiatischen Staaten.

In den nachfolgenden Ausführungen wird nun unter den Blickwinkeln des maritimen Umfeldes auf einzelne Staaten eingegangen, aus deren Entwicklung und Bestrebungen ein sicherheitspolitisches Spannungsfeld für die Weltgemeinschaft, insbesondere jedoch für die westlichen Industriestaaten, erwachsen kann.

4.4.1. China

China mit seinen 1,3 Mrd. Menschen³¹¹ erlebt seit 20 Jahren ein stetiges Wachstum seiner Wirtschaft. Die kommunistische Parteiführung unter dem KP-Chef Hu Jintao und dem Ministerpräsidenten Wen Jiabao hat ihre führende Stellung und ihren alleinigen Machtanspruch im Landesinneren fest etabliert und ist sich, auch außenpolitisch betrachtet, seiner Stärke und Potenziale bewusst, was sich im Auftreten auf internationaler Ebene bzw. in internationalen Gremien widerspiegelt. Chinesische Visionen und Zielvorstellungen werden stringent formuliert und konsequent umgesetzt. Darin eingebunden ist der Ausbau der Beziehungen zu ausgesuchten Nationen auf verschiedenen Kontinenten auf den Gebieten Wissenschaft und Technik, Wirtschaft und Finanzen, Entwicklungshilfe sowie Politik und Militär mit dem Ziel der Sicherung der Teilhabe an den Ressourcen des jeweiligen Landes, wie etwa denen der afrikanischen Staaten, zur Sicherstellung des Rohstoffnachsches für die eigene Wirtschaft und zur Erschließung neuer Absatzmärkte für die eigenen Produkte. Besonders vor dem Hintergrund des täglichen Erdölverbrauchs von 8,2 Mio. Barrel³¹² ist die Sicherstellung des Nachschubs an Öl eine der essentiellen Interessen der VR China. Daher werden zunehmend Anstrengungen unternommen, den Einfluss auf die Produktionsländer zu verstärken und die Verkehrswege einschließlich der strategisch wichtigen Zugänge zu den Seehandelsrouten auszubauen und zu erhalten. Daraus erwächst das Erfordernis von strategischen Partnerschaften, unabhängig von ethnischen, ideologischen oder religiösen Faktoren. So ist zum Beispiel die Zusammenarbeit in einigen Ländern Afrikas (Mauretanien, Nigeria, Angola, Sudan usw.) aber auch die Zusammenarbeit mit Pakistan und Saudi-Arabien auf wirtschaftlich strategische Interessen begründet und begrenzt. Andererseits trägt die strategische Ausrichtung zur Entwicklung von Konkurrenzsituationen bei, oder vertieft bestehende Feindseligkeiten, wie dies z.B. mit Indien, Japan oder den USA der Fall ist. China ist sich seiner Stärke und seines Potenzials bereits heute bewusst. Dies wird mit Blick auf den Streit um den territorialen Anspruch auf die Parazellus- und die Spratley-Inseln im Südchinesischen Meer³¹³ deutlich, der nicht nur mit politischen Forderungen sondern auch durch die Projektion militärischer Kräfte unterstrichen wird.

Aus der Erkenntnis diese strategischen Ziele nicht nur mit politischen Mitteln, sondern auch mittels der militärischen Einflussnahme erreichen zu können, erwächst die Forderung nach der Modernisierung der chinesischen Streitkräfte, die derzeit eingeleitet wird.

³¹¹ Vgl.: http://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=China.

³¹² Vgl.: <http://www.globalfirepower.com/oil-consumption-by-country.asp>.

³¹³ Vgl.: Peace & Security, Carlyle A. Thayer, June 23, 2011.

Aus der einschlägigen Literatur wird ersichtlich, dass militärische Investitionen für die Beschaffung von Land-, Luft- und Seekriegssystemen, für letztere siehe die Abbildung 4.4.1.1., mit Nachdruck vorangetrieben werden. Diese sollen China mittelfristig dazu befähigen, die vorgenannten strategischen Ziele zu erreichen. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei der Ausbau der Luftwaffe und Marine ein. Hier sind die Beschaffung und Entwicklung neuer Kampfflugzeuge der fünften Generation, der Ausbau der U-Boot-Flotte und die Einführung einer Flugzeugträgerkomponente mit drei oder mehr Flugzeugträgern³¹⁴,³¹⁵ und den dazugehörigen Unterstützungseinheiten zu nennen. Ergänzend dazu wird derzeit ein Seezielflugkörper mit großer Reichweite entwickelt, der potenziell gegen amerikanische Flugzeugträgergruppen im pazifischen Raum eingesetzt werden kann.

Große Bedeutung wird auch der Entwicklung der Fähigkeit zur Führung von Cyberspace Operations beigemessen. So soll China eine große Anzahl von Computerfachleuten in eigens zu diesem Zweck aufgestellten militärischen Einheiten zusammengezogen haben, mit dem Ziel der Durchführung und der Abwehr von Angriffen im Internet³¹⁶. Es wird vermutet, dass die Initiateure einiger Internetangriffe auf verschiedene internationale Firmen und ausgewählte Regierungsnetze, diese chinesischen Computerexperten sind, die gezielt Informationen sammeln³¹⁷.

Zusätzlich existieren Anstrengungen und Aktivitäten innerhalb des chinesischen Raumfahrtprogramms, hier moderne Technologien zu entwickeln, um so den entsprechenden Anspruch der Nation in der Weltgemeinschaft zu kommunizieren und untermauern.

³¹⁴ Vgl.: AGENCE FRANCE-PRESSE, Published: 30 Jul 2011, 09:10.

³¹⁵ Vgl.: www.weltonline.de, Quelle: <http://www.welt.de/politik/article13538208/USA-reagieren-nervoes-auf-Chinas-neuen-Flugzeugtraeger.html>, Datum der Ansicht: 11.08.2011.

³¹⁶ Vgl.: AGENCE FRANCE-PRESSE Published: 27 May 2011.

³¹⁷ Vgl.: <http://www.sueddeutsche.de>, 03.08.2011.

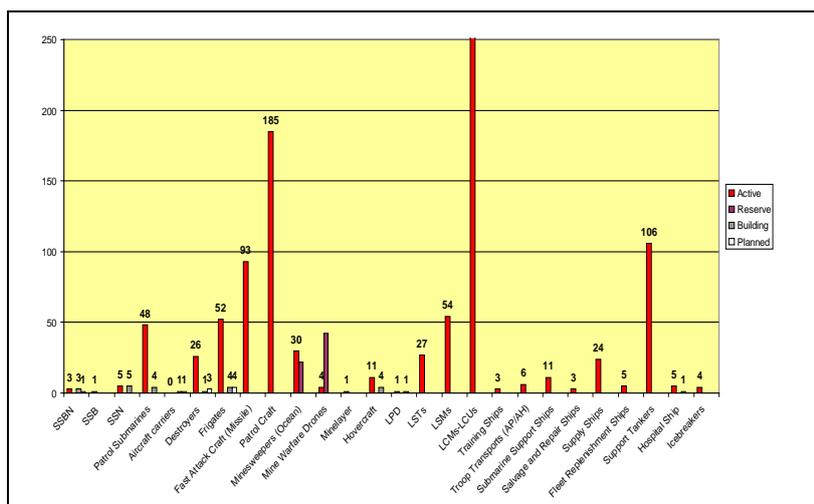


Abb. 4.4.1.1.: Die Abbildung zeigt die Seekriegspotenziale der VR China im Zeitraum 2010/2011. Als Datenquelle diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2010-2011, 112. Ausgabe. Datum der Datenerhebung: 03.02.2011, eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

4.4.2. Indien und Pakistan

Indien

Neben der Volksrepublik China gehört Indien mit ca. 1,19 Mrd. Einwohnern³¹⁸ zu den bevölkerungsreichsten Ländern der Erde. Bedingt durch das niedrige Lohnniveau produzieren ausländische Investoren dort Massengüter mit dem Ergebnis eines stetigen Wirtschaftswachstums. Zusätzlich ist die große Anzahl an jungen, gut ausgebildeten Wissenschaftlern ein Garant für ein stetiges Wirtschaftswachstum innerhalb des letzten Jahrzehnts, verbunden mit einer Steigerung der Binnennachfrage und des Konsums. In der Folge konnte sich durch den wirtschaftlichen Aufschwung eine bisher nicht vorhandene, derzeit finanziell gut ausgestattete Mittelschicht in der indischen Gesellschaft etablieren.

Der steigenden Nachfrage nach Konsumgütern folgt die Frage nach der Sicherstellung der Bedürfnisse. Die indische Regierung ist daher gezwungen, die Versorgung mit Rohstoffen langfristig zu planen und zu gewährleisten. Der hauptsächliche Rohstoff, ist analog zu China, das Erdöl, dessen täglicher Verbrauch bei ca. 3 Mio. Barrel³¹⁹ liegt.

³¹⁸ Vgl.: http://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=India.

³¹⁹ Vgl.: <http://www.globalfirepower.com/oil-consumption-by-country.asp>.

Die Bezugsquellen für das Öl und Gas sind die gleichen, wie für China und andere Staaten der Erde. Hier steht Indien also in Konkurrenz mit allen bedarfstragenden Nationen.

Indien sieht, nicht nur bedingt durch seine Geschichte, den Ursprung für seine Hauptbedrohungen bei China und Pakistan. Hier stehen die ungelösten Grenzstreitigkeiten und territorialen Ansprüche, wie in Kaschmir und im Himalajagebiet, im Vordergrund und wirken somit bestimmend auf die Sicherheitspolitik des Landes. Dies impliziert die Ausrichtung der Streitkräfte auf die eigene Protektion und die militärische Prävention gegenüber diesen Hauptbedrohungen, mit der Folge, den Modernisierungsmaßnahmen der Nachbarstaaten folgen zu müssen. Aus dieser Notwendigkeit abgeleitet sind die die aktuellen Planungen für neue Waffensysteme in Heer, Luftwaffe und Marine, die neben der Beschaffung aus den traditionellen Waffenexportländern³²⁰ auch durch Eigenentwicklungen realisiert werden sollen.

Die internationale militärische Kooperation auf Spezialgebieten wie fliegenden Aufklärungssystemen, U-Boot-Jagd aus der Luft (P8 POSEIDON) oder dem Neubau von Kriegsschiffen (INS SATPUR)³²¹, Flugzeugträgern (INS VIKRAMADITYA)³²² und U-Booten (INS ARIHANT)³²³, erhöht nicht nur die maritimen Fähigkeiten der indischen Streitkräfte, dargestellt in Abbildung 4.4.2.1., sondern sichert auch die Forschungs- und Entwicklungsfähigkeit des Landes sowie die Arbeitsplätze in verschiedenen Zweigen der Industrie. Indien kann sich somit zukünftig als regionales, wenn nicht sogar als weltweites, Exportland für Rüstungsgüter etablieren. Nicht betrachtet wurde das Atomwaffenpotenzial Indiens, da dem in den Seekriegspotenzialen keinerlei Rolle zugebracht ist bzw. wird.

³²⁰ Vgl.: VIVEK RAGHUVANSHI, Published: 15.04.2011, 14:13.

³²¹ Vgl.: <http://www.IBNLive.com>, PTI | 08:07 PM, 27.07. 2011.

³²² Vgl.: <http://www.IVNLive.in.com>, PTI | 10:08 PM, 02.08.2011.

³²³ Vgl.: <http://www.Domain-b.com>, 11.07.2011.

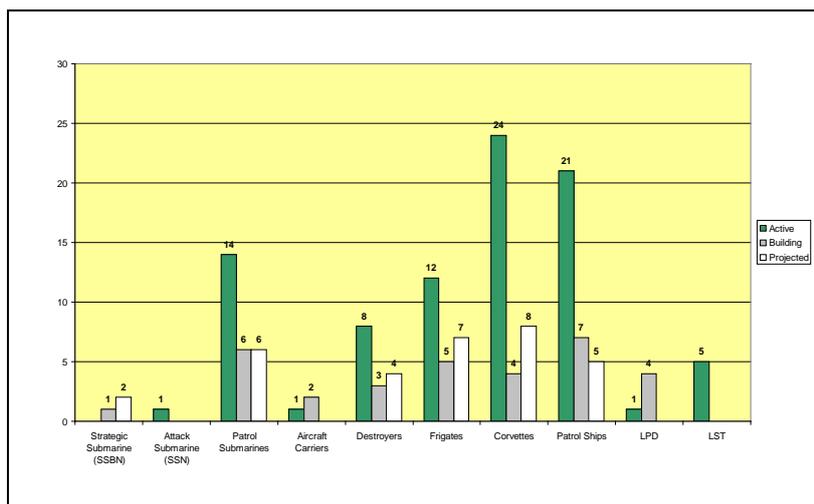


Abb. 4.4.2.1.: Die Abbildung zeigt die Seekriegspotenziale der Republik Indien im Zeitraum 2010/2011. Als Datenquelle diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2010-2011, 112. Ausgabe. Datum der Datenerhebung: 03.02.2011, eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

Pakistan

Neben Indien und China verfügt Pakistan über ein Atomwaffenarsenal. Dieser Aspekt genießt sowohl hinsichtlich der Spannungen zum Nachbar Indien als auch denen, aus den innenpolitischen Verhältnissen verursachten, in der Weltgemeinschaft eine große Aufmerksamkeit und erfüllt diese gleichsam mit Sorge.

Die unsicheren politischen Verhältnisse und eine Vielzahl von ethnischen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen erschweren den demokratisch gewählten politischen Führern des Landes die Umsetzung ihrer Politik. Verstärkt wird die eingangs genannter Sorge dadurch, dass Islamische Extremisten, die ihre Anhänger in den Madrassen (Islamschulen) rekrutieren, mit terroristischen Anschlägen regelmäßig die Weltöffentlichkeit erschüttern und, neben Entsetzen auch Zweifel an der Stabilität Pakistans entstehen lassen. Eine dominierende einflussreiche Stellung in die Politik der pakistanischen Regierung nimmt das Militär ein. Dies zeigt sich daran, dass ohne dessen Zustimmung keine politischen Entscheidungen formuliert und umgesetzt werden können. Die Streitkräfte sind daher als das Kontinuum im Staate anzusehen.

Zur Durchsetzung der militärischen Macht sowohl im Landesinneren als auch grenzübergreifend ist der militärische Geheimdienst ISI (Inter Service Intelligence) zuständig. Dessen Angehörige sind ausschließlich Soldaten der Streitkräfte. Zur Erfüllung seiner

Aufgaben pflegt der ISI weltweite Kontakte zu anderen Geheimdiensten, wie der CIA, die jüngst, im Mai 2011 zur Entdeckung und Eliminierung von Osama Bin Laden in Pakistan führten. Andererseits soll der ISI auch enge Kontakte zu den afghanischen Taliban („Studenten der Islamschulen“) im Grenzgebiet Pakistan-Afghanistan unterhalten, so dass die Rolle und die Intentionen des ISI und des Militärs nicht immer eindeutig erkennbar sind.

Aufgrund der Tatsache, dass Indien bereits 1974 erste Atomwaffenversuche erfolgreich durchgeführt hat und somit in die Lage versetzt wurde, Atomwaffen selbst produzieren zu können, sah sich Pakistan gezwungen ein eigenes Atomwaffenprogramm aufzulegen, um somit einen Gegenpol zum verfeindeten Nachbarn etablieren zu können. Mittels chinesischer und nordkoreanischer Unterstützung konnte so unter der Leitung von Khadir Abdul Khan 1998 der erste pakistanische Atomsprengkopf gezündet werden. Der heutige Bestand an Atomwaffen in Pakistan wird nach internationaler Schätzung auf bis zu einhundert Sprengköpfe und den dazugehörigen Trägersystemen angegeben.

Für die westlichen Staaten ist der Sachverhalt, im Bezug auf das Vertrauen in die pakistanische Regierung, bedenklich, da die Atomwaffen, häufig als „Islamische Bombe“ bezeichnet werden.

Die zunehmende Anzahl von terroristischen Anschlägen im Lande, besonders seit dem Tod von Osama Bin Laden, verdeutlicht die instabile innere Situation, und verstärkt die Sorge des Westens, dass die Atomwaffen islamistischen Extremisten zugänglich werden könnten³²⁴.

Die permanente Modernisierung der Streitkräfte in Indien zwingt die pakistanische Regierung ebenfalls zur Beschaffung moderner Waffensysteme. Da die finanziellen Möglichkeiten für umfangreiche Rüstungsprogramme nicht gegeben sind, ist die pakistanische Regierung einerseits zur Kooperation mit westlichen Staaten gezwungen und andererseits auf die Waffenlieferungen aus Russland, China und Nordkorea zurückzugreifen. Insbesondere China gilt als verlässlicher Partner auf den Rüstungsfeldern Nukleartechnik, Luftfahrt- und Raketentechnik. Die strategische Partnerschaft zwischen China und Pakistan wird derzeit für die Weltgemeinschaft dahingehend untermauert, dass der westpakistanische Hafen Gwahr, nahe der iranischen Grenze als Stützpunkt für chinesische Kriegsschiffe geöffnet wird.^{325, 326}

³²⁴ Vgl.: Global Security Newswire, Friday, July 29, 2011.

³²⁵ Vgl.: Meinhaj Hussain, Pakistan Port Gwadar To Become Chinese Naval Base, <http://www.grandstrategy.com/2011/05/4403220120202-pakistan-port-gwadar-to.html>, 22.05.2011

³²⁶ Vgl.: <http://aljazeera.com/news/asia-pacific/>, 26.05.2011.

Im eigenen Verständnis ist Pakistans nicht nur eine Atommacht, analog zum Nachbarn Indien, sondern sieht sich auch als eine, Indien gleichwertige Nation und als Inhaber der regionalen Vormacht im nördlichen Indischen Ozean.

Daher nimmt der Ausbau der maritimen Fähigkeiten der Streitkräfte, mit dem Fokus der Beschaffung von U-Booten, im Rüstungsprogramm einen dominierenden Stellenwert ein. Im Mittelpunkt dieser Beschaffungen stehen Boote aus China und der westlichen europäischen Industriestaaten, wie Frankreich oder Deutschland.

Die bisher teilweise schwach ausgebildeten maritimen Fähigkeiten, wie in der Abbildung 4.4.2.2. erkennbar, sollen die Streitkräfte zukünftig befähigen, die nationalen Hoheitsgewässer zu schützen, die offensiven Fähigkeiten der indischen Marine im Indischen Ozean einzuschränken, verdeckte Aufklärungsoperationen zur Erstellung eines Lagebildes über alle im Indischen Ozean operierenden Seestreitkräfte durchführen zu können und die Seewege zu den pakistanischen Seehäfen absichern zu können.

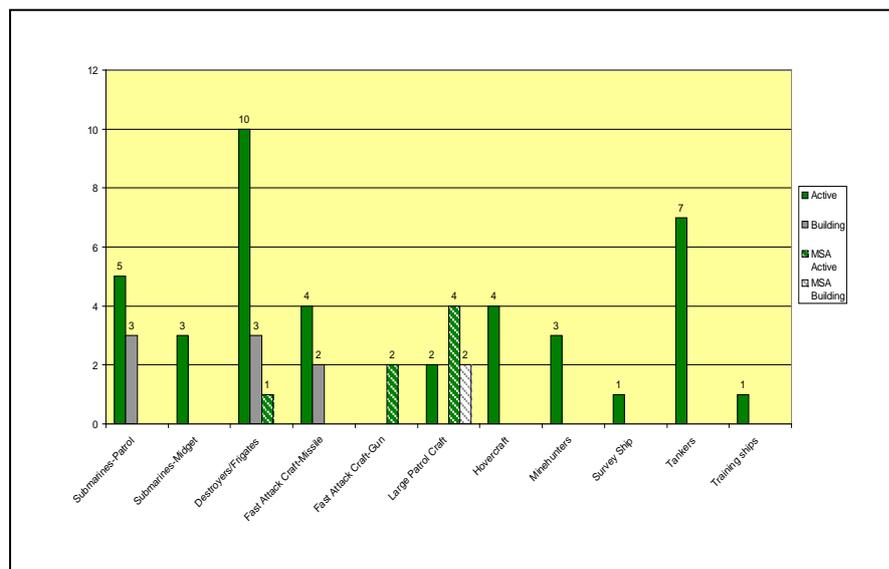


Abb. 4.4.2.2.: Die Abbildung zeigt die Seekriegspotenziale Pakistans im Zeitraum 2010/2011. Als Datenquelle diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2010-2011, 112. Ausgabe. Datum der Datenerhebung: 03.02.2011, eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

4.4.3. Russland

Seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Niedergang der Sowjetflotte ist die Projektionsfähigkeit des jetzigen Russlands, trotz des noch vorhandenen hohen maritimen Waffenarsenals, wie in Abbildung 4.4.3.1. erkennbar, nur noch eingeschränkt möglich und somit der Einfluss Russlands im Bereich des Indischen Ozeans gesunken. Die Russische Föderation kann derzeit ausschließlich über Waffenexporte, Wirtschaftshilfe und als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat auf die Region einwirken. Frühere strategische Partner, wie Ägypten, Jemen und Somalia, sind für die Entwicklung der Region nicht mehr bedeutend genug, um als Vorreiteration auftreten zu können. Vielmehr haben alle drei Länder innenpolitische Instabilitäten zu überwinden. Im Rahmen der militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterhält Russland gegenwärtig enge Beziehungen zu Indien. Als offensichtlicher Beweis der vertrauensvollen Zusammenarbeit hat Russland an Indien ein atomgetriebenes U-Boot als Leihgabe bereitgestellt. Dieser Sachverhalt ist umso bemerkenswerter, als er die Absichten Indiens im Indischen Ozean untermauert und Auskunft über die finanziellen Möglichkeiten des Landes gibt.

Für Russland ist nicht nur Indien ein Wirtschaftspartner, es beliefert weitere Anrainerstaaten mit Waffentechnik verschiedener Art, deren Spektrum sich von Infanteriewaffen über Panzer, Raketen, Kampfflugzeugen bis hin zu Ausbildungshilfen erstreckt.

Der Fokus der russischen Interessen liegt nicht auf der Region des Indischen Ozeans, was sich auch in der geringen Präsenz russischer Streitkräfte niederschlägt. Vielmehr verdeutlichen die Aufstellung von Arktisstreitkräften und das Interesse an einer Beilegung des Streites um die Kurilen mit Japan die auf das Nordmeer und den Pazifik gerichtete Orientierung.

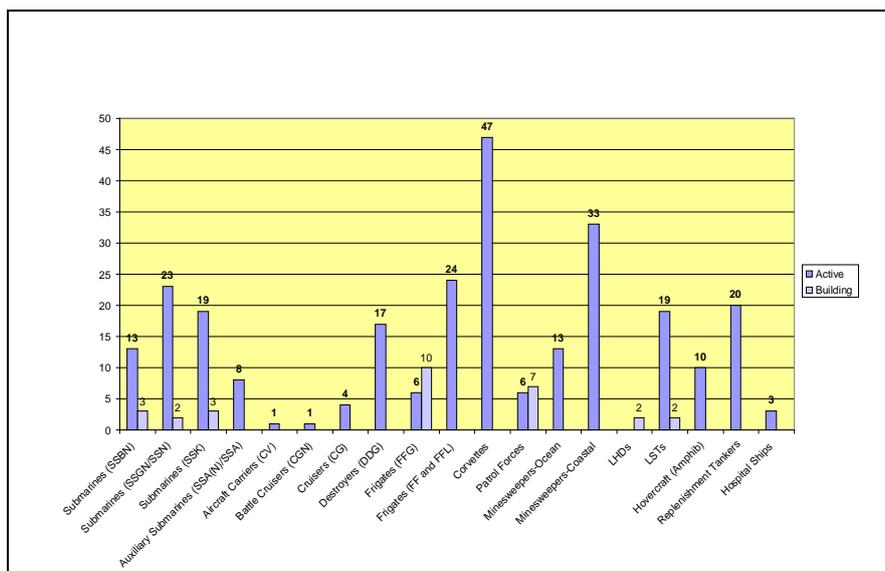


Abb. 4.4.3.1.: Die Abbildung zeigt die Seekriegspotenziale Russlands im Zeitraum 2010/2011. Als Datenquelle diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2010-2011, 112. Ausgabe. Datum der Datenerhebung: 03.02.2011, eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

4.4.4. Zukunftsprojekte

Interessant für die maritime Entwicklung der Zukunft ist neben den Rüstungsvorhaben die Ausrichtung der strategischen Interessen der oben dargestellten Staaten.

Für die zukünftige geopolitische Ordnung wird die Volksrepublik China eine signifikante Rolle einnehmen. Neben der Sicherung und Erweiterung der traditionellen Einflussregionen in Ostasien, besonders rund um das Chinesische Meer, versucht die Nation bereits heute, mit der Intention einer zukünftigen Interessensicherung, im Indischen Ozean an Einfluss und zu gewinnen und besonders gegenüber Indien strategische Vorteile erlangen zu können. Der Ausbau von derzeit sechs Häfen für die Unterbringung militärischer Einheiten an den Küsten des Indischen Ozeans untermauert die Intentionen Chinas. Langfristig ist China an der Sicherung von Rohstoffquellen und Fördergebieten, sowie der Sicherstellung der Seewege für den Transport der Rohstoffe interessiert. Als außenpolitisches Ziel, welches stringent und ohne ablenkende Momente verfolgt wird, strebt die Nation auf lange Sicht die regionale Vormachtstellung im indisch-asiatischen und asiatisch-pazifischen Raum an. Dies erfordert den Auf- und Ausbau von zivilen Fähigkeiten, ggf. die Knüpfung neuer Allianzen, einen hohen Stand der Wissenschaft und Technik sowie militärische Fähigkeiten über das gesamte

Intensitätsspektrum, um bei Erfordernis durch militärische Projektion von offensiven Streitkräften, wie Flugzeugträgerkampfgruppen³²⁷ und amphibischen Kräften, deren Bestand gemäß der Abbildung 4.4.4.1. um das Hundertfache erhöht hat, die Vorstellungen der chinesischen Partei- und Staatsführung durchsetzen zu können.

Diese Intentionen werden von den westlichen Nationen in pazifischen Raum, allem voran Japan und Australien, mit Interesse verfolgt und bewertet. So beurteilt Australien in seinem White Paper aus dem Jahre 2009³²⁸, die Entwicklung dahingehend, dass die zunehmende Stärke Chinas in der pazifischen Region das Kriegspotenzial erhöht, und auf einer Zeitachse von 15 bis 20 Jahren kriegerische Handlungen zwischen China und Australien ausbrechen können. Die Modernisierung der australischen Streitkräfte, vornehmlich der See- und Luftstreitkräfte, lassen erkennen, dass die chinesischen Bestrebungen nicht tatenlos akzeptiert werden. Für Japan und Australien kann es somit erforderlich werden, neben den USA und Südkorea, weitere Verbündete im pazifischen Raum zu haben, um etwa im Sinne der neorealistischen Theorie, die Balance of Power zu erhalten bzw. wieder herzustellen. Dass beide Staaten nicht tatenlos bleiben zeigt sich, auch in der gegenwärtigen und der geplanten Verfügbarkeit an Seekriegsmitteln. In der Abbildung 4.4.4.2. wird ersichtlich, dass Australien den zukünftige Fokus auf die Fähigkeiten zur Durchführung von verdeckten Operationen mittels U-Booten, zu amphibischen Landungen mittels einer ausgebauten amphibischen Komponente und zur Durchsetzung der freien Nutzbarkeit der See- und Handelswege mittels Fregatten und Korvetten legt. Für Japan stehen, wie in Abbildung 4.4.4.3. erkennbar, vorwiegend derzeit und zukünftig die offensiven Seekriegsmittel, wie Zerstörer und U-Boote im Vordergrund, um mit militärischen Mitteln die Position des Landes zu untermauern.

³²⁷ Derzeit ist China mit dem Bau von Flugzeugträgern befasst, und konnte bereits Anfang August 2011 eine erste Testfahrt mit dem ersten Bau durchführen. Von den USA wird diese Entwicklung mit Sorge um die eigenen Interessen in der Region Ostasien verfolgt, vgl. Fußnote 292, und weltonline vom 11.08.2011.

³²⁸ Siehe Australisches Defence White Paper 2009, „Defending Australia in the Asia Pacific Century.: Force 2030“, Commonwealth of Australia, 2009, Seite 1-141.

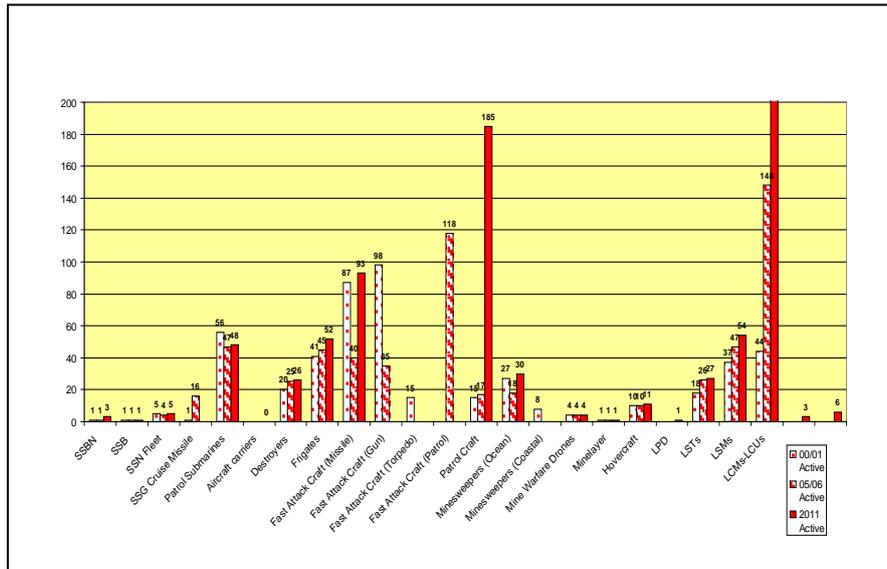


Abb. 4.4.4.1.: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Seekriegspotenziale Chinas in den Jahren 2000-2001, 2005-2006 und 2010-2011. Als Datenquelle³²⁹ diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2000-2001, 2005-2006 sowie 2010-2011. Eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

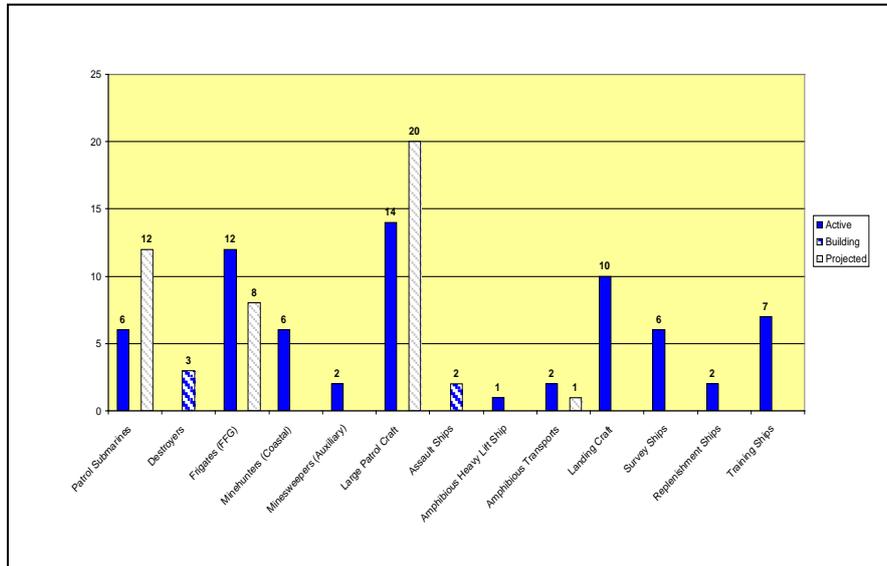


Abb. 4.4.4.2.: Die Abbildung zeigt die Seekriegspotenziale Australiens im Zeitraum 2010/2011. Als Datenquelle diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2010-2011, 112.

³²⁹ Siehe dazu: JANES FIGHTING SHIPS (JFS) 2000-2001, Edition 105, Alexandria, Virginia/USA, JFS 2005-2006, Edition 108, Alexandria, Virginia/USA sowie JFS 2010-2011, Edition 112, Alexandria, Virginia/USA, Seite 115 (2000-2001), 115 (2005-2006), 115 (2010-2011).

Ausgabe. Datum der Datenerhebung: 03.02.2011, eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

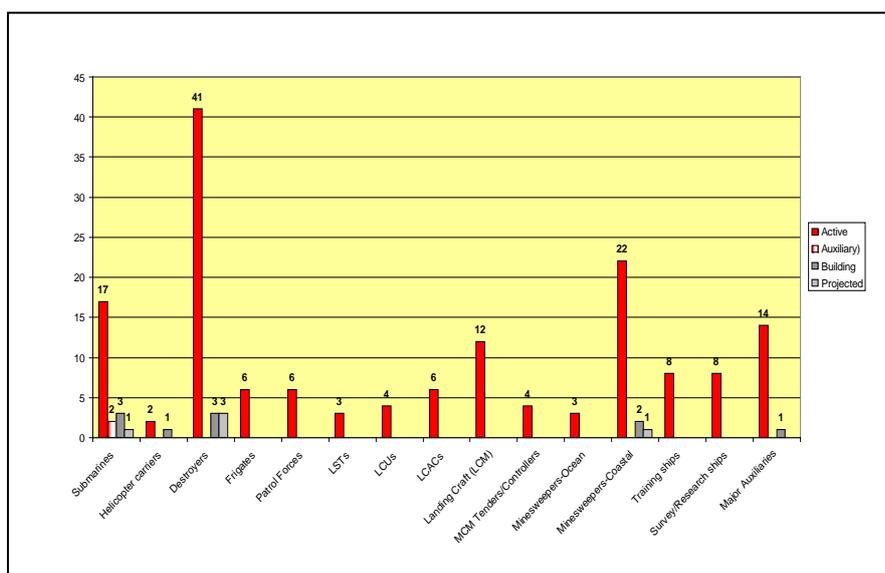


Abb. 4.4.4.3.: Die Abbildung zeigt die Seekriegspotenziale Japans im Zeitraum 2010/2011. Als Datenquelle diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2010-2011, 112. Ausgabe. Datum der Datenerhebung: 03.02.2011, eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

Neben China sieht sich Indien in der Rolle als Führungsnation im indisch-asiatischen Raum und erwartet für die Zukunft eine Verstärkung der Bedrängung durch Pakistan und China. Besonders deren Expansion in den Indischen Ozean, gibt der indischen Regierung Anlass die Entwicklung seiner militärischen Fähigkeiten der Situation anzupassen, um in die Lage versetzt zu werden, dann zu erwartende Bedrohungen durch Pakistan und China begegnen zu können. Dies betrifft sowohl Umfang und Ausbildung der Streitkräfte, als auch die Zuverlässigkeit von Waffensystemen. Besonders mit Blick auf das langfristige chinesische Rüstungsprogramm wird es für Indien auf lange Sicht erforderlich sein, die finanziellen Ressourcen für ebenbürtige Rüstungsvorhaben zu aktivieren.

Der Ausbau der atombetriebenen U-Boote und deren Bestückung mit strategischen Waffen, wie Cruise Missiles sowie die gleichartige Ausstattung der Überwaffereinheiten, versetzen Indien zukünftig in Lage, sowohl gegenüber beiden Konkurrenten ein maritimes Bedrohungspotenzial auszubauen.

Pakistan wird sich aufgrund dieser Potenziale gezwungen sehen, einerseits ein offensives Gegenpotenzial und andererseits defensive Fähigkeiten auf und ausbauen zu müssen. Die

oben genannte Initiative zum Ausbau der pakistanischen U-Bootflotte ist nur eine der aus diesen Erfordernissen abgeleiteten Maßnahmen. Aus eigenen Mitteln wird es Pakistan nicht gelingen, seine Streitkräfte modernisieren zu können, es wird auf ausländische Hilfe angewiesen sein. Weiterhin zeichnet sich ab, dass das Land auch in Zukunft von einer instabilen innenpolitischen Lage geprägt sein wird und daher, besonders aus dem Blickwinkel der westlichen Welt, langfristig die Sicherung der pakistanischen Atomwaffen nicht garantiert ist. Damit verbunden ist, aufgrund der oben dargestellten Verknüpfungen des pakistanischen Militärs, nicht nur die Unsicherheit bezüglich der Gewährleistung der staatlichen Atomwaffenkontrolle im eigenen Lande sondern anderen auch hinsichtlich der Loyalität des Militärs gegenüber der Regierung, bedingt durch die in den Streitkräften vertretenen unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Religionszugehörigkeiten³³⁰.

Im Gegensatz zu Pakistan ist Indien in der Lage seine militärischen Zukunftsprojekte mit eigenen Haushaltsmitteln umzusetzen. Das Land befindet sich in der Wandelung vom Entwicklungsland zu einem modernen Staat mit prosperierendem Industrieanteil. Die Prosperität beruht vorwiegend auf der Basis von gut ausgebildeten jungen Fachleuten, die für geringe Löhne den Großteil des industriellen Produktionsaufkommens erwirtschaften. Dies ermöglicht der indischen Regierung ihren Plan zur Modernisierung der Streitkräfte hin zu einer hochtechnologischen Streitmacht umzusetzen, die militärischen Fähigkeiten zeitnah zu erreichen und in letzter Konsequenz auch unterhalten zu können. Die Gesamtlage Indiens lässt vermuten, dass sowohl innen- als auch außenpolitisch absehbar keine grundsätzlichen Veränderungen im politischen Umfeld auftreten werden.

Eine militärische Konfrontation zwischen Pakistan und Indien konnte bisher stets vermieden werden, da in Seegebieten des Indischen Ozeans sowie im Persischen Golf eine ständige Präsenz internationaler Seestreitkräfte, hier im Rahmen von OEF und ATALANTA, und die der 5. US-Flotte als stabilisierende Momente wirken.

Für die westlichen Staaten wird aufgrund der hohen Staatsverschuldung und der daraus resultierenden Sparauflagen nur wenig Raum für Investitionen im Rüstungsbereich. Die Abbildungen 4.4.4.4. und 4.4.4.5. verdeutlichen exemplarisch die abnehmenden bzw. stagnierenden Rüstungsinvestitionen dieser Nationen. Dies schränkt langfristig betrachtet die

³³⁰ Vgl.: <http://www.weltonline.de>, „Das bedrohliche Arsenal der instabilen Nuklearmacht“, 09.05.2011, Quelle: <http://www.welt.de/politik/ausland/article13361007/Das-bedrohliche-Arsenal-der-instabilen-Nuklearmacht.html>, Datum der Ansicht: 22.08.2011.

Entwicklung und Aufrechterhaltung von militärischen Fähigkeiten ein. Bedingt durch die finanziellen Einschränkungen ist die Aufgabe von Fähigkeiten zu erwarten, da erwartet wird dass entsprechende Bedrohungen auf einer absehbaren Zeitskala nicht mehr existent sind. Die Wiedererlangung einer abgeschafften militärischen Fähigkeit hingegen wird aufgrund des Expertiseverlustes nicht nur mit einem hohen Einsatz finanzieller Mitteln, sondern auch mit großen personellen Anstrengungen verbunden sein. Für die westlichen Staaten ist daher ein Verlust an Durchsetzungsvermögen ihrer Interessen, zugunsten von China und Indien, zu erwarten. Eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts wird somit sehr wahrscheinlich werden. Dem entgegen wirken können die westlichen Staaten nur, in dem sie, mit dem Ziel der Herstellung der Balance of Power, bereits bestehende Allianzen festigen und zusätzlich neue, bisher noch nicht genau identifizierbare, anstreben und etablieren,.

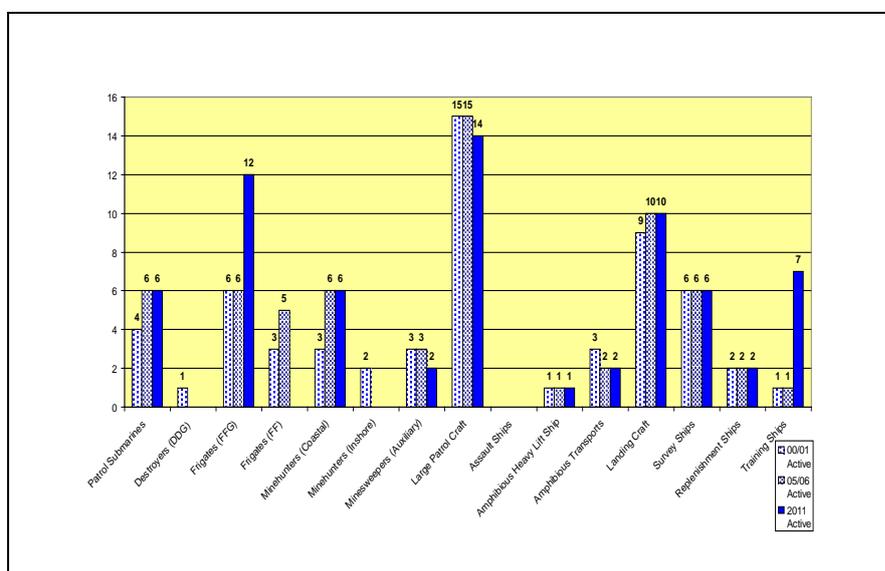


Abb. 4.4.4.4.: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Seekriegspotenziale Australiens in den Jahren 2000-2001, 2005-2006 und 2010-2011. Als Datenquelle³³¹ diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2000-2001, 2005-2006 sowie 2010-2011. Eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

³³¹ Siehe dazu: JANES FIGHTING SHIPS (JFS) 2000-2001, Edition 105, Alexandria, Virginia/USA, JFS 2005-2006, Edition 108, Alexandria, Virginia/USA sowie JFS 2010-2011, Edition 112, Alexandria, Virginia/USA, Seite 22 (2000-2001), 22-23 (2005-2006), 22 (2010-2011).

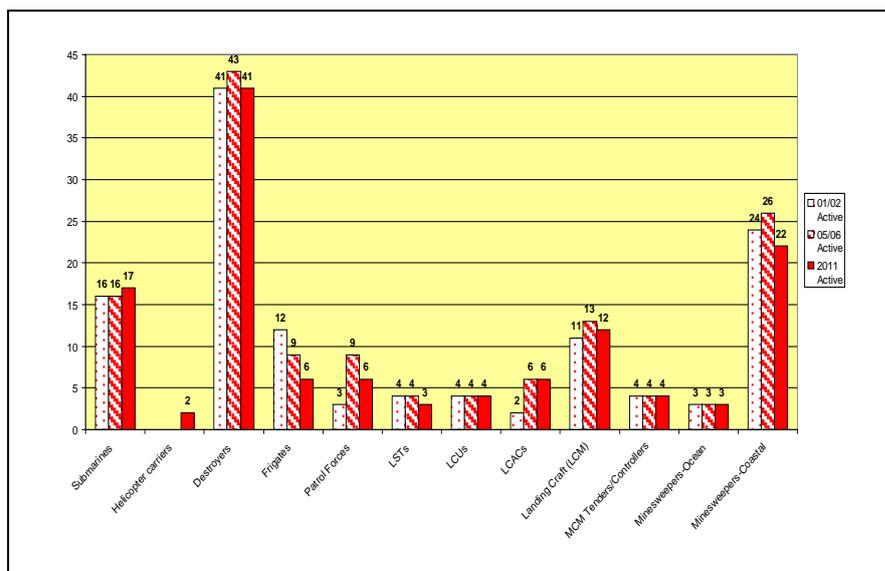


Abb. 4.4.4.5.: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Seekriegspotenziale Japans in den Jahren 2000-2001, 2005-2006 und 2010-2011. Als Datenquelle³³² diente der JANES FIGHTING SHIPS Katalog, 2000-2001, 2005-2006 sowie 2010-2011. Eigene Abbildung, Datum der Erstellung: 08.08.2011.

4.5. Globales maritimes Lagebild und maritime Sicherheit

Die Sicherheit im maritimen Umfeld wird sowohl in der nationalen als auch internationalen Wahrnehmung zunehmend durch Sicherheitsrisiken, wie innenpolitische Instabilitäten infolge von Konflikten und Krisen, internationalem Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen und deren Trägermitteln beeinträchtigt. Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure sowie gewaltsame Konfrontationen über das gesamte Intensitätsspektrum verteilt sind in den gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungsszenarien relevant (BMVg 2004: 7)³³³.

Aufgrund ihrer maritimen Abhängigkeit³³⁴ sind besonders für viele Staaten der EU die Bedrohungen auf See von essentieller Bedeutung für die Volkswirtschaft und damit für die

³³² Siehe dazu: JANES FIGHTING SHIPS (JFS) 2000-2001, Edition 105, Alexandria, Virginia/USA, JFS 2005-2006, Edition 108, Alexandria, Virginia/USA sowie JFS 2010-2011, Edition 112, Alexandria, Virginia/USA, Seite 367 (2000-2001), 393-394 (2005-2006), 367 (2010-2011).

³³³ Siehe dazu auch: Bundesministerium der Verteidigung, Konzeption der Bundeswehr (KdB), FüS VI 2, 09.08.2004, Seite 7.

³³⁴ Vgl. Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, Jahresbericht 2010, Flottenkommando M 33, September 2010.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hier muss der Vorsorge gegenüber möglichen Angriffen und Anschlägen, auch bei fehlender oder nur kurzer Vorwarnzeit, die entsprechende Aufmerksamkeit zugemessen werden. Die gilt auch für den Hintergrund, der hohen medialen Wirkung und des Einschüchterungspotenzials für die jeweilige Bevölkerung, besonders infolge terroristischer Aktivitäten und einer damit verbundenen Erschütterung des staatlichen Gemeinwesens. Massenvernichtungswaffen stellen in diesem Zusammenhang ein mögliches globales Bedrohungspotenzial dar.

Eine etwaige Gefährdung der maritimen Sicherheit impliziert ein maritimes Umfeld, das die Handlungsfähigkeit der betreffenden Nationen beeinträchtigen könnte. Dies kann zur Folge haben, dass die für Europa und Deutschland lebenswichtigen Seeverbindungslinien nicht mehr uneingeschränkt genutzt werden können und somit ein entsprechender Seehandel nicht mehr möglich ist. Des Weiteren ist nicht auszuschließen, dass ein Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur in der Küstenzone und auf See (z. B. offshore-Windparks), sowie der Häfen und der Handelsschiffe nicht mehr gewährleistet werden kann, mit möglichen Auswirkungen auf die Energiesicherheit und die ungehinderte Nutzung der Meeresressourcen.

Aus der Veröffentlichung der Zahlen des International Maritime Bureaus (IMB) und der International Maritime Organization (IMO) für das Jahr 2000 wird ersichtlich, dass besonders die Piraterie einen Risikofaktor für die maritime Sicherheit auf den Weltmeeren darstellt. So wird für das angegebene Jahre eine Zahl von 471 Übergriffen³³⁵ angegeben. Die hohe Anzahl, bei denen auch tote Seeleute zu beklagen sind, verdeutlicht, dass die Seehandelswege unsicherer geworden sind. Damit verbunden sind Auswirkungen auf die maritime Wirtschaft. Besonders im Indischen Ozean, mit Schwerpunkt im Somali-Becken, ist trotz der Anwesenheit von Seestreitkräften im Rahmen der Mission ATALANTA, und bis 2010 im Rahmen von OEF, ein hohes Sicherheitsrisiko für die Handels- und Tourismusseeahrt imminant. So traten im ersten Quartal 2010 von 67 Überfällen auf Handelsschiffe 35 am Horn von Afrika auf (Petretto 2010: 10)³³⁶. Weitere unsichere Regionen sind die westafrikanische Küste und Südostasien. In den genannten Regionen wirkt sich der unsichere Seeverkehr großräumig auf den Seehandelsverkehr und den Hilfsgütertransport, etwa im des Rahmen des

³³⁵ Vgl. Stehr, M.: Piraterie und Terror auf See: Nicht-staatliche Gewalt auf den Weltmeeren 1990-2004: Ein Handbuch, Berlin, Verlag Dr. Köster, 2004, Seite 28.

³³⁶ Siehe Petretto, K.: Piraterie als Problem der internationalen Politik, SWP-Studie „Piraterie und maritime Sicherheit“, SWP, Juli 2010, Berlin, Seite 1-104.

Welternährungsprogramms, aus. Nach (Petretto 2010: 10) hat die Zunahme der Übergriffe zwei sicherheitspolitische Dimensionen, zum einen die Beschneidung der Interessen der Seehandel treibenden, meistens außenhandelsabhängigen, Nationen und zum anderen die innenpolitische Stabilität oder Fragilität an Land. Nach Auffassung von (Petretto 2010: 10) kann letzterem und somit auch der Piraterie kurzfristig mit militärischen und polizeilichen Mitteln begegnet werden, die maritime Sicherheit langfristig und dauerhaft jedoch nur durch grundlegende politische Erneuerungen bzw. Lösungen erhalten bzw. hergestellt werden. Damit verbunden ist auch die Erhaltung und Sicherung der wirtschaftlichen Prosperität und ggf. Energiesicherheit der stark maritim-, weil außenhandelsabhängigen Nationen, wie Deutschland.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Risikoregionen, der verschiedenen involvierten Bevölkerungsgruppen und Nationen sowie der der davon betroffenen Staaten zeigt sich, dass die maritime Sicherheit ein globales multinationales Anliegen und Sicherheitsrisiko darstellt, das somit nur multinational, vornehmlich auf staatlicher Ebene, angegangen werden muss. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich meistens um nichtstaatliche Akteure mit einem, nicht mit demokratischen Wertennormen in Einklang zu bringenden, Rechts- und Gewaltverständnis, handelt. Die Spielräume für zivile und gewaltlose Durchsetzung der maritimen Sicherheit sind somit sehr eng begrenzt. Damit verbunden ist die Problematik der Bekämpfung und strafrechtlichen Verfolgung von Piraterie. Aufgrund des fehlenden multinationalen einheitlichen Rechtsverständnisses und der daraus resultierenden stark unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten, besonders für Seestreitkräfte, fehlt derzeit die multinationale Durchschlagskraft in der Abwehr von Piraterie. Somit ist zu erwarten, dass dieses Sicherheitsrisiko weiterhin auf der Tagensordnung der nationalen Regierungen, der NATO, der EU und der UNO steht.

Analog zur Piraterie hat der Terrorismus auf See und an den Küsten eine sicherheitspolitische Tragweite, besonders hinsichtlich der möglichen Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der Einschränkung des Seeverkehrs. Nach (Möller 2006: 6)³³⁷ überlappen sich teilweise die Aktionsfelder von Piraterie und Terrorismus auf See und stehen im Zusammenhang mit anderen regionalen, geo-, innen- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen in der jeweiligen Region. Ebenfalls gleich ist die multinationale Dimension des Sicherheitsrisikos Terrorismus. Im Gegensatz zur Piraterie kann ein terroristischer Angriff auf eine Küste mit ihrer Hafen- und Energieerzeugerinfrastruktur binnen kurzer Zeit unerwartet das sicherheitspolitische

³³⁷ Siehe Möller, K.: „Maritime Sicherheit und die Suche nach politischem Einfluss in Südostasien“, SWP-Studie, SWP, Dezember 2006, Berlin, Seite 1-30.

Umfeld eines Staates, einschließlich der innenpolitischen Stabilität, verändern bzw. zu mindest beeinflussen. Aus dieser Tatsache erwächst für die sich bedroht fühlenden Nationen der Zwang, Präventivmassnahmen zu planen bzw. durchzuführen. Bezüglich der möglichen meist kurzfristigen Auswirkungen eines Terrorangriffes auf die strategischen Interessen eines Staates, wie die genannte Energiesicherheit und der ungestörte Seehandelsverkehr, besitzt der Terrorismus eine strategische Dimension, die der Piraterie nicht zu zuordnen ist.

Aufgrund der obigen Merkmale wird nach (Möller 2006: 6) die Piraterie und der Terrorismus auf See häufig vermengt, was aus seiner Sicht (Möller 2006: 6) problematisch erscheint. Der genannte Autor verweist auf ein, von den USA konstruiertes, vergleichsweise unwahrscheinliche Szenario größerer terroristischer Anschläge auf See in Südostasien, in dem jedoch die vielfältigen Verknüpfungen zwischen den Politikfeldern herausgestellt sind.

Im Ergebnis der Betrachtungen sowohl für die Piraterie als auch den Terrorismus auf See ist festzuhalten, dass beide Phänomene ein Sicherheitsrisiko, besonders für die westlichen Nationen, darstellen und sich auf das sicherheitspolitische Umfeld auswirken. Die betroffenen Staaten befinden sich aufgrund der Involvierung von nichtstaatlichen Akteuren in einem, gemäß der im Kapitel 3.1. dargestellten neuen Konflikte oder neuen Kriege. Sie folgen somit der Definition nach (Münkler 2006: 7)³³⁸.

Um den möglichen maritimen Bedrohungen auf See und im Küstengebiet möglichst präventiv begegnen zu können, ist es notwendig in den von der Bedrohung betroffenen Staaten ein angemessenes maritimes Situations- und Bedrohungsbewusstsein ((Maritime Situational Awareness³³⁹ (MSA)) auf, über und unter Wasser in Form eines umfassenden maritimen Lagebildes vorliegen zu haben. Ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit zwischen den Nationen, vornehmlich auf der Ebene EU und NATO, ist daher die gemeinsame Erstellung eines globalen Lagebildes unter der Ausnutzung der Vernetzung der Lagebilder zwischen den Staaten. Beispielhaft dafür beteiligt sich Deutschland auf dem Gebiet der maritimen Sicherheit im:

1. Virtual regional Maritime Traffic Centre (V-RMTC) (Beitritt 17.11.07)
2. Maritime Safety and Security Information System (MSSIS) (Beitritt 11.06.08)
3. Sea Surveillance Cooperation Baltic Sea (SUCBAS) (Beitritt 04.03.09)

³³⁸ Vgl. Münkler, H.: „Neues vom Chamäleon Krieg“, Essay, in: APuZ 16-17, Berlin 2007, Seite 6.

³³⁹ Es gibt für die maritime Sicherheit unterschiedliche Bezeichnungen innerhalb der NATO-Staaten: So spricht die USA von Maritime Domain Awareness (MDA), die NATO von Maritime Situational Awareness (MSA) und die EU von Maritime Surveillance (MarSur).

4. Trans-Regional Maritime Network (T-RMN) (Beitritt 21.10.10)
und im
5. European Maritime Surveillance (MarSur) (in Vorbereitung) (Flottenkommando 2011: 9-10)³⁴⁰.

Die Voraussetzung zur umfassenden Teilhabe an der multinationalen Infrastruktur ist die Interoperabilität zwischen den Verfahren und Informationsräumen der beteiligten Nationen auf den genannten Ebenen.

Aufgrund der Datendichte und des Datenumfangs aus dem maritimen Umfeld wird somit der Aufbau eines aktuellen maritimen Gesamtlagebild ermöglicht, welches befähigt, den Erfassungshorizont der beteiligten Staaten sowohl räumlich als auch zeitlich zu erweitern und so ergänzende Lagebilddaten, zu erhalten. Im ungünstigsten Fall können so etwa Abweichungen bzw. Auffälligkeiten im Lagebild frühzeitig erkannt und mögliche Akteure mit einem Bedrohungspotenzial weiträumig identifiziert und neutralisiert werden (Flottenkommando 2011: 10). Ein umfassendes Lagebild des maritimen Umfeldes ist somit mit Bezug auf die Prävention gegen Piraterie und Terrorismus auf See ein essentielles Instrument der Sicherheitspolitik eines Staates.

4.6. Synopse der sicherheitspolitischen Thematiken

Im Kapitel 4 wurden die maritimen Faktoren mit den entsprechenden sicherheitspolitisch relevanten Aspekten verknüpft. In der Zusammenschau des Kapitels ergeben sich die nachfolgenden Sachverhalte und Ableitungen.

Die klimainduzierten Umweltveränderungen implizieren in Verbindung mit sozialen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Spannungen, ethnischen Auseinandersetzungen, organisierter Kriminalität und Staatenverfall ein erhöhtes Risiko für bewaffnete Konflikte. Besondere anfällig sind dafür die afrikanischen und asiatischen Staaten, in denen bereits innerstaatliche Kriege, verbunden mit Flüchtlingsströmen und Unruhen in die bzw. in den Megastädten Realität sind. Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahrzehnten diesbezüglich eine Zunahme zu verzeichnen ist. Dies gilt umso mehr, für den Fall das sich die anfänglichen Auswirkungen auf die Umwelt verstärken. Die dortigen klimainduzierten Kriege der Zukunft sind somit in die Kategorie der neuen Kriege nach Münkler einzuordnen. Diese Einordnung

³⁴⁰ Siehe dazu Entwurf Nutzungs- und Realisierungskonzept Maritime Sicherheit/Lage Weiß, vom 01.08.2011, Flottenkommando, Glücksburg, Seite 1-101.

muss jedoch ergänzt bzw. erweitert werden, da die Akteure, neben den von Münkler genannten nichtstaatlichen, auch staatlich sind und sein können. Des Weiteren tritt das Merkmal der Zunahme der Spannungen auf, wie von Münkler auch benannt, welches jedoch dort nicht weiter verfolgt wird. Die Klimakonflikte lassen sich aber aus politisch-theoretischer Betrachtung neben der Theorie der neuen Kriegen in die im Kapitel 2 dargestellte Konflikttheorie nach Link einordnen. Dies trifft besonders hinsichtlich der Zunahme der kritischen Spannung im Beziehungszusammenhang zwischen den Akteuren / Strukturen / Organisationen - einem wesentlichen Element der Theorie – sowie die generelle Betrachtung von Strukturen, in Form von Staaten, als Konfliktparteien, zu.

Aus der derzeitigen Klimadiskussion zeichnet sich ab, dass die westlichen Industriestaaten bisher von für die Gesellschaft bedrohlichen, klimainduzierten Folgen, wie ein um 50 cm höherer Meeresspiegel oder vermehrte und stärkere Sturmfluten³⁴¹ in Europa, verschont geblieben sind. Daraus lässt sich jedoch nicht ableiten, dass für diese Staaten kein, zukünftiges Sicherheitsrisiko, wie durch Überflutungen ausgelöste Migration, besteht, dem mit zivilen und politischen Mitteln präventiv begegnet werden muss.

Mit Blick auf die natürlichen Ressourcen rücken neben dem fokussierenden Thema der Sicherung des privilegierten Rohstoffabbaus in der Arktis mögliche Grenzverwerfungen und Gebietsansprüche, etwa auf Inseln, zwischen den Anrainerstaaten in den Fokus der politischen Debatte. So sorgt sich beispielsweise Kanada um seine hoheitlichen Grenzen und seine Ausschließliche Wirtschaftszone in der Hudson Bay und sieht sich russischen Begehrlichkeiten gegenüber. Ähnlich verhält es sich auf der Inselgruppe Svalbard in der Grönlandsee. Dort existieren seit langem Streitigkeiten bezüglich der Inselnutzung zwischen Norwegen und Russland. Ein Streitpunkt ist die Insel Björnaya, die seit Jahrzehnten exklusiv für den russischen Steinkohle-Bergbau genutzt wird.

Ein weiteres sicherheitspolitisches Risiko hinsichtlich der natürlichen Faktoren ergibt sich aus dem möglichen Meeresspiegelanstieg, der Verwüstung und der damit verbundenen Ressourcenverknappung, sowie der Zunahme von extremen Wetter- und Naturereignissen, besonders in den Küstenzonen. Als Folge dieser Phänomene lassen sich, bedingt durch Migration und Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten jeglicher Art, teilweise gewalttätige Spannungen in der betroffenen Bevölkerung nicht vermeiden, so dass militärische Handlungsfelder entstehen und ggf. nur durch den Einsatz von Streitkräften als

³⁴¹ Vgl.: Max-Planck-Institut für Meteorologie, Pressemitteilung, Hamburg 2001, Quelle: <http://www.mpimet.mpg.de/presse/faq-s/wie-stark-steigt-der-meeresspiegel.html>, Datum der Ansicht: 10.08.2011.

ultima ratio verhindert oder eingedämmt werden können. Die Beispiele, die dies verdeutlichen, sind zum einen der Tsunami im Dezember 2004 in Südostasien, das Erdbeben auf Haiti vom Januar 2010, das Erdbeben und der dadurch ausgelöste Tsunami in Chile im Februar 2010 sowie der Tsunami im Nordosten Japans im März 2011. In allen Fällen sind Streitkräfte sowohl zur Koordinierung der Hilfsleistungen als auch zur Protektion und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung eingesetzt worden. Verschärfend, mit Blick auf das mögliche Sicherheitsrisiko, wirkt sich die Tatsache aus, dass weit mehr als zwei Drittel der Menschheit in einem Streifen von 50 Kilometer entlang der Küsten leben.

Für die Seeverkehrswirtschaft bedeutet die Möglichkeit der Nutzung arktischer Seewege, dass entlang der Route neue Restriktionen, etwa durch veränderte Grenzziehungen, auferlegt werden können und ggf. die derzeit noch freie Passage beeinträchtigt werden kann. Die Sicherstellung der freien Handelsströme und Wirtschaftsmärkte über See sowie die Sicherung der territorialen Souveränität rückt somit auf verschiedenen Ebenen verstärkt in den Fokus der sicherheitspolitischen und geostrategischen Planungsprozesse. Sowohl die NATO als auch die EU haben sich diesem Thema angenommen. Entlang der südlichen Seewege, etwa entlang der Küsten des Indischen Ozeans oder Westafrikas ist davon auszugehen, dass sich die Piraterie ausweitet, da nicht erkennbar ist, dass sich die Lebenssituation der ansässigen Bevölkerung grundlegend positiv ändern wird. So sind beispielsweise am Horn von Afrika, aufgrund des Wegfalls des Lebenserwerbs Fischfang im Zuge der drastischen Reduzierung der Meeresfischbestände, die Bewohner von Küstenländern gezwungen, neue Erwerbsquellen zu erschließen, die jedoch größtenteils in Überfälle auf die zivile Schifffahrt münden.

Die in den Gebieten operierenden Reedereien werden hinsichtlich des Schutzes ihrer Flotte verstärkt auf die politischen Entscheidungsträger einwirken. Gleichzeitig wird der internationale Druck durch die Industrie- und Schwellennationen auf die Anrainernationen zur Eindämmung der Piraterie wachsen, die jedoch nur unter der Aufbietung von internationaler Hilfe erreichbar sein wird.

Ableitend aus der Etablierung und Festigung neuer Wirtschaftszweige, besonders der maritimen Energiewirtschaft, wird es weltweit von strategischem Interesse werden, die sensible, lebenswichtige Infrastruktur, wie Windparks, Gezeiten- und Wellenkraftwerke, vor Beschädigung oder Zerstörung zu schützen. Die Sicherstellung der Energieversorgung wird, als ein strategisches, essentielles Gut der Gesellschaft, so zukünftig einen hohen Stellenwert in der sicherheitspolitischen Betrachtung einnehmen. Innerhalb dieser Erwägungen ist vorstellbar, dass beispielsweise Seestreitkräfte im streitkräfte- und behördengemeinsamen

Verbund, etwa unter dem Schirm einer EU-Küstenwache, in den Schutz von regenerativen maritimen Energiequellen eingebunden werden.

Neben genannten Thematiken, die im wesentlichen das Resultat natürlicher und wirtschaftlicher Veränderungen sind, gewinnen Projektions- und Rüstungsbestreben von Schwellennationen an Bedeutung und können zu essentiellen sicherheitspolitischen Verwerfungen führen, denen die Mitgliedstaaten von NATO und EU politisch und militärisch Rechnung tragen müssen. In diesem Kontext ist die Modernisierung der chinesischen und indischen Streitkräfte zu nennen. Diese ist verbunden mit dem strategischen Ziel der beiden Staaten, die regionale Vormachtstellung in Asien zu erlangen. Dem entgegenstehen die Interessen der USA und Japans in der Region. Des Weiteren wird ersichtlich, dass sich Nationen im pazifischen Raum, wie Australien, vom chinesischen Machtanspruch bedroht sehen und bewaffnete Auseinandersetzungen auf einer mittelfristigen Zeitachse nicht ausschließt. Dem geschuldet ist auch das umfangreiche Rüstungsprogramm des Landes.

Eine besondere Herausforderung für Politik, Wissenschaft und Technik, sowie für die nationalen und bündnisweiten maritimen Sicherheitssysteme ergibt sich vor dem Hintergrund der notwendigen Modernisierung der westlichen Streitkräfte und den dafür fehlenden Finanzmitteln, als Signal an das Aufrüstungsbestreben von China, Indien und Pakistan.

Um den maritimen Faktoren umfassend Rechnung tragen zu können, erscheint es notwendig, ein globales maritimes, bündnisweit verfügbares Lagebild zu erstellen und zu aktualisieren, etwa in Form eines gemeinsamen europäischen maritimen Lage- und Sicherheitszentrums (MarSur) und mittels eines weitgefassten und engmaschigen globalen maritimen Sicherheits- und Überwachungsnetzes³⁴².

Bewertend aus dem möglichen maritimes sicherheitspolitischen Umfeld bis 2030+ ist grundsätzlich davon auszugehen, dass sich verschiedene übergeordnete Aspekte hinsichtlich der sicherheitspolitischen Handlungsfelder ergeben werden. Dies erstreckt sich von der Krisenprävention in entlegenen, klimatisch extremen Regionen bis zur Protektion von strategischen Gütern und Interessen.

Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die maritime Umwelt sowohl wirtschaftlich als auch politisch noch weiter als bisher an Stellenwert einnehmen wird. Besonders das nördliche Polargebiet wird durch die zu erwartenden klimatischen Veränderungen in den Mittelpunkt

³⁴² siehe dazu auch: Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Kossendey anlässlich der Kommandeurtagung der Deutschen Marine am 19.11.2009 in Wilhelmshaven, Seite 15.

der nationalen und Bündnisinteressen rücken. Dies zeigt sich auch in den Ausführungen des Quadrennial Defense Review Report 2010 des US-Verteidigungsministeriums, in dem die Arktis als Interessen- und Operationsgebiet benannt wird.

Zukünftig ist, besonders durch das wirtschaftliche und natürliche Umfeld bedingt, eine stärkere Nachfrage nach innovativen, umweltfreundlichen und sicheren maritimen Technologien und damit korrespondierenden Strategien zu erwarten. Dies impliziert globale die Ansiedlung von maritimen Märkten der Zukunft, was wiederum erwarten lässt, dass besonders die westlichen Industrienationen mit derzeit kaum abschätzbaren maritimen globalen Risiken konfrontiert werden können. Deren Verantwortliche in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Politik werden gezwungen sein, sich frühzeitig innovativ, kooperativ und fundiert global zu positionieren, um auf den genannten Gebieten wahrgenommen zu werden, und den nationalen und bündnisgemeinsamen Interessen Rechnung zu tragen zu können. Das impliziert ein höheres Bedürfnis an maritimer Sicherheit, besonders vor dem Hintergrund der zu erwartenden Unsicherheit auf den Weltmeeren einerseits und der langfristigen Sicherung von strategischen Interessen wie die Energiesicherheit einschließlich der der dafür notwendigen sensiblen Infrastruktur andererseits.

In diesem Kontext wird es, aufgrund der Außenhandelsorientierung westlicher Nationen, wie Deutschland, aber auch der des gesamten EU-Beitrittsgebietes, erforderlich werden, die Sicherheit der Handelsströme im Seeverkehr mittels einer bündnisgemeinsam initiierten maritimen Sicherheitsstruktur zu gewährleisten. Im Zuge dessen wird sich das Konzept der vernetzten Sicherheit in diesem Bereich durchsetzen müssen. In der Folge ist mit einer Zunahme der Bedeutung und der öffentlichen Wahrnehmung von maritimen Behörden, wie Wasserschutzpolizei, Havariekommando, Maritimes Lagezentrum, Zoll, Bundespolizei, und auch der von Seestreitkräften zu rechnen, um mittels dieser sowohl in heimischen Küstengewässern als auch in weit entfernten und klimatisch extremen Gebieten, wie der Arktis oder dem Indischen Ozean, präventiv wirken zu können.

In der abschließenden Gesamtbetrachtung für dieses Kapitel ist festzuhalten, dass die maritim geprägte sicherheitspolitische Debatte in den oben angeführten Thematiken absehbar an Präsenz und auch an Brisanz gewinnen wird. Dies wird in einzelnen Themen, wie, an anderer Stelle detaillierter beschrieben, den Ansprüchen auf Ressourcennutzung in der Arktis³⁴³ oder

³⁴³ siehe dazu auch: Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Kossendey anlässlich der Kommandeurtagung der Deutschen Marine am 19.11.2009 in Wilhelmshaven, Seite 6, 10.

dem Hegemoniebestreben asiatischer Staaten, umso deutlicher. Ebenso zeichnet sich ab, dass zukünftig militärische maritime Kräfte sowohl zur Sicherstellung, als auch zur Unterstreichung nationaler oder bündnisbezogener sicherheitspolitischer Interessen aktiviert werden.

Im Schluss des Kapitels lässt sich festhalten, dass die maritime Sicherheit als Gesamtkonstrukt, aus den darin dargestellten Pfeilern besteht, und weit über das in der breiten Öffentlichkeit existierende Verständnis von der Bereitstellung eines maritimen Lagebildes hinaus geht. Zu erwarten ist, dass der hier verstandene Sicherheitsbegriff in einem maritimen Umfeld bis 2030+ rasant an Bedeutung gewinnen und bis zu diesem Zeitpunkt einen fest verankerten nationalen und internationalen Stellenwert einnehmen wird.

5. Sicherheitspolitische Folgen aus den Auswirkungen im maritimen Umfeld

Im folgenden Kapitel werden mögliche Folgen auf das maritime Umfeld sowohl global als auch regional betrachtet. Da sowohl die Klima- als auch die Wirtschaftswissenschaften, mit ihren verschiedenen Disziplinen, teilweise unterschiedliche Szenarien bezüglich der klimatischen bzw. wirtschaftlichen Entwicklung diskutieren, sind Aussagen zu den sicherheitspolitischen Feldern, hinsichtlich der Folgen und möglichen Mitigationen und Adaptionen, mit einer Unschärfe versehen. So dass die in diesem Kapitel getroffenen Aussagen, auch aufgrund des Zukunftscharakters, nicht verifiziert werden können, und somit vorwiegend einen prognostischen, empirischen, Charakter aufweisen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass mögliche Entwicklungen der politischen Stabilität, sowie Konfliktpotenziale der Zukunft nicht abgeschätzt werden können. Aufgrund der vielseitigen Facetten des Themas erscheint es für seine Darstellung praktikabel, ausgewählte Aspekte, und nach einer Übersicht auf einer globalen Skala, ausgewählte Regionen näher zu betrachten.

5.1. Globale Folgen und Konfliktpotenziale

Besonders die Veränderungen der Umweltparameter werden sich vermutlich auf die Sicherheit in vielen Regionen der Erde auswirken. Die wichtigsten Ursachen dafür sind in dem Rückgang der Süßwasserressourcen, der Nahrungsmittelproduktion und der urban und landwirtschaftlich nutzbaren Flächen zu suchen. Aus diesen Ursachen ergibt sich in den bisherigen Heimatregionen betroffener Bevölkerungsgruppe, ein Zwang zur andersartigen Beschaffung dieser Ressourcen um das Überleben zu sichern. Das äußert sich entweder im Verlassen der Region oder in der Verlagerung der Beschaffung in andere Teile der Heimatregion. Vornehmlich davon betroffen sein könnten die Bevölkerungsgruppen in Regionen mit hohem Verwundbarkeitspotenzial gegenüber Umweltveränderungen, wie etwa in Teilen von Subsahara Afrika und Regionen mit großen Flussdeltas.

Eine Migration großer Bevölkerungsanteile wäre somit unumgänglich. (Warner et al. 2009: 5 ff). Da diese jedoch nicht über die für eine weitgehende Bewegung nötigen Finanzmittel verfügen, verbleiben sie in der Heimatregion und verschärfen dort die ökologischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder wandern nur regional begrenzt aus ihrer Heimat aus (Warner et al. 2009: 10 ff).

Aufgrund der zunehmenden Bevölkerungszahlen und der fortschreitenden Umweltzerstörung reduziert sich die Zahl der möglichen Zielgebiete für diese Bewegungen, in denen

Auswanderer neben der dort einheimischen Bevölkerung noch ausreichende Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden können. Dies impliziert die Möglichkeit der Generierung oder Verschärfung eines Konfliktpotenzials zwischen den Zuwanderern und der lokalen Bevölkerung hinsichtlich der Verteilung der verbleibenden knappen Ressourcen. In diesem Zusammenhang ist eine Abgrenzung und Benachteiligung von Volksgruppen aufgrund etwaiger ethnischer oder kultureller Unterschiede nicht auszuschließen. Bei Anhalten dieser Situation können so aus Konkurrenzen gegebenenfalls Feindschaften entstehen, die sich in Fremdenhass und in gewaltsamen Auseinandersetzungen äußern können. Eine friedliche Verteilung von Ressourcen wird somit nicht realisierbar (WBGU 2008: 125 ff). In Anlehnung an die Link'sche Konflikttheorie tritt hier das Missverhältnis zwischen den Interessen vereinbaren und unvereinbaren Faktoren in der ausgeprägten Form in Erscheinung, so dass das gestörte Mischungsverhältnis bzw. Missverhältnis zwischen den die Interessen bestimmenden Faktoren, und daraus ableitend für die die Interessen verfolgenden Akteure, bei Link als Strukturen und Organisationen bezeichnet, nicht mehr einvernehmlich, friedlich, beseitigt werden kann, mit der Folge einer Überstrapazierung der kritischen Spannung in der Beziehung zwischen den Akteuren, und dem daraus resultierenden ausbrechenden Konflikt.

Verschärfend auf diese Konstellationen kann sich die zunehmende Umweltzerstörung auswirken, die letztlich eine Bedrohung für die regionale Sicherheit darstellen kann.

Im Rahmen der Vermeidung und Entschärfung von umweltinduziertem Konfliktpotenzial ist nach (WBGU 2008: 124 ff) die Verbesserung der Grundversorgung der Bevölkerung und der politischen Gegebenheiten in der Ausgangsregion, die Umsiedlung der von unzureichenden Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffenen Bevölkerung, sowie die Einleitung von Unterstützungsmaßnahmen in der Auswander- bzw. Aufnahme-region durch die politischen Entscheidungsträger sicherzustellen. Nach der Link'schen Konflikttheorie sind diese Maßnahmen der Konfliktregulierung in die Kategorien *resolute contention* und *integration* einzuordnen. Diese Maßnahmen tragen um, mit (Roloff 2008: 107) zu argumentieren, zu einer Entspannung des Konfliktes bei, da sie die kritische Spannung herabsetzen und so das Spannungs- bzw. Konfliktpotenzial zwischen den anscheinenden unvereinbaren Interessen der Akteure vermindern. Betont werden muss jedoch dass in diesem Verständnis von *resolute contention* nicht nur die kriegerische Neuordnung der internationalen Beziehungen, sondern vorwiegend die friedliche, etwa im Sinne von *Resolution*, die nicht grundsätzlich in kriegerische Handlungen führen muss, gemeint ist, nachzulesen bei (Roloff 2008:) mit Bezug auf (Link 1979:) als gewaltfreie Konfliktregulierung. Im Gegensatz dazu ordnet (Link 1994:

106)³⁴⁴ die obige Konfliktregulierungsmaßnahme unter die kriegerischen ein, und gibt als Beispiel den Krieg und die Revolution an. Das eher friedliche, jedoch strikte, Verständnis von resolute contention wird auch für die weiteren Ausführungen in diesem und im nächsten Kapitel herangezogen.

In von Extremwetterereignissen betroffenen Regionen gestaltet sich der Aktionsrahmen der politischen Verantwortlichen schwieriger, da dort meist ungeplant bzw. unvorhergesehen große Menschenmengen von einer Katastrophe betroffen sind und fluchtartig ihre heimischen Orte verlassen müssen. Hier ist es Hauptaufgabe der vorwiegend staatlichen Verantwortlichen schnellstmöglich die Versorgung und Sicherheit, sowie den Aufbau von möglicherweise zerstörter Infrastruktur, besonders die der Energieversorgung dienende, zu gewährleisten.

Aufgrund der Zunahme der Umweltdegradation nimmt die Zahl der klimainduzierten Migranten stetig zu, derzeit ist von 25 Mio. auszugehen (WBGU 2008: 126). Abschätzungen von (Warner et al. 2009: 21 ff) gehen von 700 Mio. bis 2050 aus. Es ist dabei anzunehmen, dass besonders die asiatischen und afrikanischen Entwicklungsländer davon betroffen sein werden, da sich dort die natürlichen Veränderungen am signifikantesten auswirken werden. Häufig sind die betroffenen Staaten als fragil klassifiziert, und haben aufgrund fehlender oder schwach ausgeprägter staatlicher Strukturen keine ausreichenden Möglichkeiten und Mittel um umweltinduzierter Migration und Konfliktherden begegnen zu können. Als Folge der fehlenden Möglichkeit zur Gewährleistung des staatlichen Monopols führen dann die Konfliktkonstellationen eventuell zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Volksgruppen. Da die entsprechenden Staaten kaum über die Kapazitäten verfügen, die Situation zu entschärfen, ist eine zunehmende Destabilisierung und weitere Entstaatlichung in der betroffenen Region nicht auszuschließen. Dies lässt darauf schließen, dass betroffene Staaten mit ausgeprägten staatlichen Strukturen und Mitteln mögliche umweltinduzierte Konfliktkonstellationen besser bewältigen werden und dort eventuelle Migrationstendenzen abgefedert werden können. Derzeit werden ca. 30 Staaten als fragil eingestuft (Carius et al. 2006: 1), deren Stabilisierung jedoch mit militärischen Mitteln kaum realisierbar ist, wie die Beispiele Darfur, Pakistan oder Somalia belegen. Vielmehr müssen Maßnahmen zur Stabilisierung der betroffenen Staaten häufig international initiiert werden, um Hilfe für die dortige Bevölkerung durch, Bereitstellung lebenswichtiger Ressourcen (Nahrung/Trinkwasser, Energie und auch Nutzflächen) sicherzustellen, und so die innere Sicherheit des Staates, besonders vor dem Hintergrund möglicher Benachteiligungen von

³⁴⁴ Link, W.: Überlegungen zu einer strukturellen Konflikttheorie, in Krell, G., Müller, H.: Frieden und Konflikt in den Internationalen Beziehungen, Frankfurt/M., 1994, Seite 106.

Volkgruppen, zu gewährleisten. Diese stellt dann als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens, einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung einer rechtverbindlichen Grundordnung dar und hilft beim Aufbau der erforderlichen exekutiven Institutionen und Organisationen zur Sicherstellung und Durchsetzung der zuvor genannten Elemente der staatlichen Sicherheit. Im Sinne der Konfliktregulierung wird diese nur erreichbar sein, wenn auf eine resolute Contention oder eine kurzfristige Regression in den internationalen Beziehungen abgezielt. Dabei erscheint die Umsetzung dieser Maßnahmen meistens nur auf einer mittel- bis langfristigen Zeitachse realisierbar.

Bis zu einem bestimmten Grad, bei dem das Überleben der jeweiligen Bevölkerung nicht gefährdet ist, kann jedoch auch eine vorherrschende Umweltdegradation eher zu verstärkter Kooperation als zu Konflikten führen (WBGU 2008: 89).

Gemäß (WBGU 2008: 31 ff) ist, in den nächsten 20 Jahren, vor allem in Regionen mit vorhandenen Konfliktkonstellationen, wie Afrika und Südasien, von einer Zunahme des umweltinduzierten Konfliktpotenzial auszugehen, falls nicht die oben genannten Maßnahmen zur Konfliktverringering oder -verhütung eingeleitet werden.

Eine Unterlassung der Maßnahmen kann zum Zusammenbruch der staatlichen und umweltökonomischen Existenzgrundlagen und somit zu langfristiger Migration auf verschiedenen Entfernungsachsen führen, deren Bewältigung auch die EU und die Regionen an ihren Außengrenzen betrifft.

Neben den natürlichen Verhältnissen haben sowohl wirtschaftliche als auch politische Faktoren sicherheitspolitische Auswirkungen, die sich wie nachfolgend beschrieben darstellen können.

Für die Seeverkehrswirtschaft kann die Möglichkeit der Nutzung arktischer Seewege bedeuten, dass entlang der nördlichen Seeroute, Nordost-/Nordwestpassage Restriktionen, z. B. durch veränderte Grenzziehungen, auferlegt werden könnten und gegebenenfalls die freie Passage beeinträchtigt werden kann. Die Sicherstellung der freien Handelsströme und Wirtschaftsmärkte über See sowie die Sicherung der territorialen Souveränität rückt somit verstärkt in den Fokus der sicherheitspolitischen und geostrategischen Planungsprozesse, beispielsweise von NATO und EU. Zu dem möglichen Konfliktpotenzial an der Grenze zur EU bzw. innerhalb des Unionsgebietes wird im Kapitel 5.2.1. ausgeführt, daher erfolgt hier keine weitere Vertiefung.

Die Fischerei birgt Potenzial für zukünftige Konflikte in den fischreichen Regionen der Weltmeere, die weltweit ausgetragen werden könnten. Die Abnahme der Fischbestände, daraus resultierende Fangquoten und restriktive Vergabe von Fischereirechten in fremden Hoheitsgewässern bzw. außerheimischen Wirtschaftszonen begründen dieses Konfliktpotenzial, welches sich aus der Zunahme der obigen konfliktbehafteten bzw. unvereinbaren Faktoren und der daraus resultierenden Spannungserhöhung zwischen den Akteuren ergibt, und damit ggf. auch die Notwendigkeit eines umfassenden Fischereischutzes für die Fangflotten. Die Konflikte ständen dann denen des „Kabeljaukrieges“ im Nordatlantik während der 60iger Jahre des 20. Jahrhunderts (WOR 2010: 124-125) an Intensität nicht nach³⁴⁵. Diese Kontroversen wären dann in die Kategorie zwischenstaatlicher Konflikte einzuordnen und sind auch innerhalb der EU oder NATO denkbar. Hier kann nur eine gemeinsame durch EU regulierte und gesteuerte Fischereipolitik, nach Link also eine Neuorganisation der Strukturen sowie eine Erhöhung des Organisationsgrades der bestehenden Strukturen in den internationalen Beziehungen, präventiv wirken.

Mit der Zunahme der Piraterie in den letzten beiden Jahrzehnten, vornehmlich entlang der Haupthandelsrouten ergeben sich weitere Bedrohungen und Möglichkeiten für Auseinandersetzungen sowohl zwischen verschiedenen Staaten als auch innerstaatlich, hier zwischen der Seeverkehrswirtschaft und der Politik. Besonders entlang der südlichen Seewege, durch den Indischen Ozean, die Straße von Malakka und entlang der Küste Westafrikas, ist mit einer Ausweitung der Piraterie zu rechnen. Aufgrund des möglichen Wegfalls des Fischfangs als Lebenserwerb als Auswirkung der drastischen Reduzierung der Meeresfischbestände könnten die Bewohner von Küstenländern gezwungen sein, sich neue Erwerbsquellen zu erschließen, die dann auch im Überfall auf zivile Schiffe gesucht werden. Für die Reedereien nehmen das Risiko des Ladungs- und Schiffsverlustes sowie die Gefahr für Leib und Leben der Schiffsbesatzungen zu. Steigende Kosten für den Weltseeverkehr, durch hohe Versicherungsprämien und verlängerte Transportwege auf Alternativstrecken sind hier eine direkte Konsequenz. Die in den Gebieten operierenden Reedereien werden vermutlich hinsichtlich des Schutzes ihrer Flotte verstärkt auf die politischen Entscheidungsträger einwirken. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass der internationale Druck durch die Industrie- und Schwellennationen auf die Anrainernationen zur Eindämmung der Piraterie wachsen wird.

³⁴⁵ Vgl. World Ocean Review, Kapitel 6, „Das Schicksal des Kabeljaus“, 2010, Seite 124-125.

Die Identifizierung der Bedrohung durch potenzielle Anschläge von See, durch die Verbringung von Sprengmitteln von See an Land oder der Nutzung eines Schiffes als fahrender Sprengkörper stellt die Küstenwach-/schutzorganisation der potenziell bedrohten Nationen zukünftig vor eine schwer lösbare Aufgabe, die sowohl national als auch multinational zu Spannungen bezüglich der Zuständigkeit und der Wahrung der Interessen führen kann. Aus theoretischer Sicht dienen die Maßnahmen im Kampf gegen die Piraterie einerseits einer Erhöhung des Organisationsgrades etwa der Reedereien und staatlichen Organisationen, im Sinne von integration, und andererseits der Verminderung des Organisationsgrades der Piraten bzw. der fragilen staatlichen Strukturen, mit dem Ziel der Verhinderung der weiteren Ausbreitung und Festsetzung dieser Strukturen, im Sinne von resolute contention.

Ableitend aus der Etablierung und Festigung neuer Wirtschaftszweige, besonders der maritimen Energie- und Wasserwirtschaft, wird es von strategischem Interesse werden, die sensible, lebenswichtige Infrastruktur, wie Windparks, Gezeiten- und Wellenkraftwerke, vor Beschädigung oder Zerstörung zu schützen. Die Sicherstellung der Energie- und Wasserversorgung wird, als ein strategisches, essentielles Gut der Gesellschaft, so zukünftig einen hohen Stellenwert in der sicherheitspolitischen Betrachtung einnehmen. Damit einhergehend wird die maritime Sicherheit, als Garant für die Begegnung der wahrscheinlich weniger abschätzbaren Sicherheit auf dem Meer an Bedeutung in fast allen Lebensbereichen gewinnen.

Neben den Folgen aus natürlichen und wirtschaftlichen Veränderungen gewinnen Projektions- und Rüstungsbestrebungen von Schwellennationen, wie im Kapitel 4 dargestellt, an Bedeutung und können zu essentiellen sicherheitspolitischen Spannungen führen, denen die westlichen Industriestaaten, insbesondere mit Blick auf Ostasien, politisch und ggf. militärisch, zu mindest jedoch rüstungstechnologisch Rechnung tragen müssen, um wachsenden Bedrohungen, resultierend aus der ständigen Zunahme der Unausgewogenheit der interessen- und ggf. konfliktbehafteten Faktoren der genannten Nationen, entgegen treten zu können. Zu definieren und auszuplanen sind hier neben den Rüstungserfordernissen für die See- und Seeluftstreitkräfte auch solche zur Kompensation möglicher Bedrohungen durch ballistische Raketen, insbesondere der von Iran und Nordkorea ausgehenden. Dies erfordert die Koordinierung und Formulierung einer gemeinsamen Position der westlichen Industrienationen sowie die Einbindung von nichtverbündeten Staaten, besonders im Zusammenhang mit einer maritimen Raketenabwehr für Nordamerika und Europa, aber auch

für Japan und Taiwan (Albrecht und Beckmann 2010: 5). Die Aufrüstung Chinas, und die daraus erwachsende Wahrnehmung einer Bedrohungszunahme zwingt sowohl andere aufstrebende Staaten in Asien, wie Indien, aber auch Pakistan, als auch Nationen wie Australien zur Auflegung von Rüstungsprogrammen mit dem Ziel der Verfügbarkeit von modernen Streitkräften mit hoch technologisierten Fähigkeiten. Die Möglichkeit der Austragung zwischenstaatlicher Konflikte mit militärischen Mitteln in Ostasien bzw. im Pazifik wird somit als realistisch in Erwägung zu ziehen sein, da hier in Anwendung der Konflikttheorie eine Vielzahl konfliktbehafteter Faktoren, vornehmlich bedingt durch die staatlichen Interessen der großen Pazifiknationen, auftreten und absehbar kaum ausgewogen verfolgt werden können, so dass mittelfristig hier Konfrontationen in verschiedenen Konstellationen denkbar sind. Zunächst der Konflikt um den Anspruch auf regionale Hegemonie, eine der prägnantesten konfliktbehafteten Interessen und Faktoren für die Erhöhung der kritischen Spannung der internationalen Beziehungen zwischen den drei vorgenannten Nationen, oder eine Auseinandersetzung zwischen einem oder mehreren dieser Staaten und einem westlichen/westlich orientierten Industrieland, wie Japan, Südkorea, und Taiwan. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit einer Einbeziehung der USA als wichtigster Verbündeter der letztgenannten Nationen, und gegenwärtiger Hegemonieträger für diese Region. Anzumerken ist dazu, dass letztere Rolle, ebenfalls mittelfristig gesehen, auf China übergehen wird. Eine weitere mögliche Konfliktvariante besteht in der militärischen Begegnung eines Bündnisses westlich orientierter Industriestaaten des Westpazifiks, wie Australien, Neuseeland, Indonesien und den Philippinen, mit den drei anfangs genannten Nationen mit regionalen Machtansprüchen. Derzeit wird jedoch mittels des Ausgleiches zwischen den möglichen Konfliktparteien versucht eine Balance herzustellen bzw. zu halten, gemäß (Link 1979:) also eine Beseitigung bzw. Minimierung des Missverhältnisses der konfliktbehafteten Interessen der Staaten oder Staatengemeinschaften zu erreichen, und neue Bündnispartner, wie etwa Indonesien, zu gewinnen bzw. bestehende Beziehungen zu erneuern. Sollte dies nicht gelingen, so besteht die Gefahr, dass, insbesondere durch Chinas regionale Hegemonieambitionen, aus einem bipolaren System ein unipolares, gemäß der Theorie von (Waltz 1979: 161 ff)³⁴⁶ sowie den Ausführungen von (Schöring 2006: 76)³⁴⁷, entstehen kann und so die Suche nach Etablierung von neuen Allianzen im asiatischen Raum, wie oben beschrieben, zukünftig denkbar sind. Ein weiteres, bisher noch nicht präsent,

³⁴⁶ Vgl. Waltz, K.: *Theory of the International Politics*, Reading, Mass. Addison Wesley, 1979, Seite 161 ff.

³⁴⁷ Vgl. Schöring, N. Neorealismus, in Schindler, S. und Spindler, M. (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, 2. Auflage, Verlag Barbara Budrich, UTB, Opladen und Farmington Hills, 2006, Seite 76.

zusätzliches Risiko der Konfliktgenerierung, vornehmlich zwischen asiatischen Staaten, kann sich ergeben, falls es China nicht gelingen sollte seine Ansprüche in der asiatischen Region durchzusetzen während die USA gleichzeitig ihre Stellung als derzeitiger regionaler Vormachtsinhaber verliert. In diesem Fall können sich andere asiatische Nationen, wie Indien, verstärkt in der Position sehen, ihre Ansprüche nunmehr mit Nachdruck durchsetzen zu können.

Das vielschichtige potenzielle globale Konfliktpotenzial, implizierend aus den komplexen Veränderungen des maritimen Umfeldes kann letztlich jedoch nur durch multilaterale Strategien, inklusive der Formulierung von zukunftsfähigen politischen und (maritim-) ökonomischen Zielen, entschärft werden. Die Konfliktpotenziale haben jedoch erfahrungsgemäß ihren Ursprung in regionalen Spannungen, also theoretisch betrachtet im kritischen Spannungspotenzial im regionalen Beziehungszusammenhang, aufgrund dessen kann ihnen auch nur mit regional tauglichen Mitteln begegnet werden. Im nachfolgenden Kapitel werden mögliche gebietsbezogene Konflikte diskutiert. Dabei wird sich auf zwei für die EU und NATO relevante Regionen beschränkt.

5.2. Folgen innerhalb der EU und an deren Außengrenzen

Die beiden in diesem Kapitel betrachteten Regionen, Arktis³⁴⁸ und Mittelmeerraum, lassen absehbar erkennen, dass aufgrund der teilweise einschneidenden Veränderungen Konflikte generiert werden können, deren Wirkung aufgrund der räumlichen Nähe die Interessen des EU-Raumes und der NATO bzw. eines Großteils der jeweiligen Mitgliedsstaaten berühren kann.

Beide Regionen stellen Gebiete dar, die an strategischer Bedeutung gewinnen werden. So erschien in der sicherheitspolitischen Wahrnehmung die Arktis, bedingt durch das unwirtliche Klima und die geringe wirtschaftliche Bedeutung, abgesehen von einem kurzen Zwischenspiel als Nebenschauplatz während des Kalten Krieges, uninteressant für die internationale Gemeinschaft. Bedingt durch die globalen klimatischen Veränderungen und die zunehmende Rohstoffknappheit, könnte sich dieser Sachverhalt in Zukunft jedoch umkehren und so die Grundlage für das Ausbrechen von Konflikten bilden.

³⁴⁸ Die nachfolgenden Ergebnisse entstammen einer unveröffentlichten Studie des Autors zum Thema geopolitische Implikationen aus dem Abschmelzen des Nordmeereises sowie aus einer Kurzpublikation im IMS, Heft 2/2011, Seite 17-19 und der BSc-Arbeit von J. Braun, UniBw München vom Januar 2011.

Im Gegensatz dazu ist der Mittelmeerraum seit langem besonders für die NATO von geostrategischer Bedeutung. Als Nachbargebiet an der südlichen Außengrenze der EU gewinnt es sicherheitspolitischer an Gewicht, besonders mit Europa als Ziel einer ständig wachsenden Zahl afrikanischer Flüchtlinge. Beide Aspekte bergen kurz- bis mittelfristiges Konfliktpotenzial auf das in den nachfolgenden Ausführungen eingegangen werden soll.

5.2.1. Territoriales Konfliktpotenzial in der Arktis

Die angeführten Gesichtspunkte der klimatischen Erwärmung und der damit verbundenen geologischen Veränderungen wirken sich auch auf die internationale politische Welt aus, besonders für Regionen, in denen zukünftig wirtschaftliche sowie machtpolitische Interessen eine dominierende Rolle spielen werden. Dies gilt ohne Zweifel gegenwärtig bereits für die Arktis, in der vornehmlich die fünf Anrainerstaaten (Arctic Five: Norwegen, Dänemark, USA, Kanada, Russland) ihre Ansprüche teilweise auch offensiv proklamieren. Wird die Entwicklung in den letzten Jahren betrachtet, so ist erkennbar, dass die Anzahl der Streitpunkte zwischen den Anrainerstaaten zugenommen hat und der Wille besteht, die politische Konstellation in der Arktis zu jeweils eigenen Gunsten zu entscheiden. Dies wird einerseits in der klaren und bewussten Abgrenzung der Anrainerstaaten gegenüber anderen, im Arktischen Rat vertretenen, Staaten ersichtlich, andererseits aber auch in der Auseinandersetzung um die arktische Vormachtstellung zwischen den Arctic Five. Diese, durch den Klimawandel verursachten Implikationen für die politische Lage der Region, werden im Folgenden aufgeführt und analysiert. Dazu scheint es ratsam, sich bei der Betrachtung auf Norwegen, Russland und Kanada als die drei Hauptakteure des Arktiskonfliktes zu konzentrieren und für Dänemark und die USA nur einen groben Überblick über die gestellten Ansprüche zu geben, da diese beiden Staaten bisher wenig Interesse an einer Auseinandersetzung in der Arktis gezeigt oder mangels ihrer Beteiligung an der Seerechtskonvention keine Position bezogen haben.

Die Motive der Staaten scheinen sich auf den ersten Blick zu unterscheiden. Während Norwegen zunächst durch Vorbehalte gegenüber Russland getrieben zu sein scheint, agiert Russland aufgrund eines machtpolitischen Kalküls und demonstriert in der Arktis politische sowie militärische Stärke. Die Handlungen Kanadas lassen sich ebenso als sicherheitspolitisch motiviert einordnen, sie schwanken in ihrer Ausprägung jedoch zwischen der Verteidigungspolitik und der Wirtschaftspolitik. Gemäß der Theorie des Neorealismus, ist es jedoch nötig die einzelnen Akteure in den Handlungsraum der internationalen Strukturen

einzubetten, um die einzelnen Motive betrachten zu können. Über diese systemische Betrachtung sollte es dann möglich sein, die Gründe für die etwaigen Auseinandersetzungen in der Arktis zu erkennen. Insbesondere die Frage, wie weit der Konflikt in der Arktis durch die klimatischen Veränderungen und das Streben nach Rohstoffen, wie im Kapitel 2 und 3 beschrieben, bedingt ist, erlaubt so die Analyse der einzelnen Ziele und des erwachsenden Konfliktpotenzials. Unweigerlich ist zusätzlich hier eine Betrachtung nach (Link 1979:) angebracht, da die Motive des staatlichen Handelns von machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen geleitet werden. Der Vergleich dieser, bezogen auf die einzelnen Staaten, lässt erkennen, dass sie konkurrierend, somit meistens unvernünftig zwischen den Staaten, und somit konfliktbehaftet sind, mit der Folge eines Missverhältnisses in den internationalen Beziehungen, welches sich womöglich in einer Spannungserhöhung niederschlägt.

Russland

Die Arktis spielte in den letzten Jahren der sowjetischen Herrschaft eine besondere Rolle im Rahmen der sowjetischen Militärprojektion und der nuklearen Abschreckung gegenüber den USA. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion änderte sich auch der Stellenwert der Arktis in der russischen Politik. Während die UdSSR darauf bedacht war die Siedlungen auf Spitzbergen zu betreiben und zu fördern oder die strategischen Seewege, wie die Nordostpassage schiffbar zu halten, rückten diese Bestrebungen mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den Hintergrund (Seidler 2009: 207). Die Kohlesiedlungen waren ohne die finanzielle Unterstützung durch den Kreml nicht weiter überlebensfähig; einzig in der Siedlung Barentsburg sind noch russische Staatsbürger zu finden. Die Erträge der hier vorhandenen Kohlemine sind jedoch so gering, dass der Wert der Siedlung allenfalls auf einen symbolischen reduziert werden kann (Seidler 2009: 208). Auch die Transportmöglichkeiten über die Nordostpassage brachen ohne den Einsatz von sowjetischen beziehungsweise nunmehr russischen Atomeisbrechern zusammen. Dies führt dazu, dass die Nordostpassage höchstens im Sommer befahren werden konnte bzw. bis heute befahren werden kann. Die strategische Projektion im hohen Norden lag nicht mehr im russischen Interesse.

Mit der arktischen Eisschmelze nahm unter der Regierung Putin das Interesse an der Arktis jedoch wieder zu und Russland begann mit den übrigen arktischen Anrainern zu konkurrieren. Die Motivation hierfür liegt einerseits im neu erwachten, erstarkenden nationalen

Selbstbewusstsein Russlands, andererseits aber auch im Bereich des wirtschaftlichen Interesses. Eine scharfe Trennung zwischen beiden Motiven ist jedoch schwierig. Der Besitz von großen Teilen der Arktis würde für die russische Regierung einen enormen Machtzuwachs, insbesondere im Vergleich zu den anderen arktischen Anrainern, darstellen. Die Möglichkeit, dass in der Arktis große, von Russland kontrollierbare Rohstoffvorkommen vorhanden sind und die Möglichkeit der Kontrolle des an Bedeutung zu nehmenden Seeweges durch die Nordostpassage sind ein Bestandteil der derzeitigen russischen Großmachtspolitik (Seidler 2009: 213). Bei der Realisierung aller russischen Ansprüche, ist davon auszugehen, dass Russland bis zu 45 % des arktischen Gebietes zukünftig in seinem Besitz hält (Kefferpütz 2010: 2). Für die anderen Arktisanrainer stellt dieses Streben jedoch eine der unvereinbaren, wenn nicht sogar konfliktbehafteten Faktoren dar, die die Beziehungen zu Russland nachhaltig stören können bzw. bereits stören.

Die Intention des russischen Staates bezüglich der Festigung des territorialen Besitzes in der Arktis manifestiert sich in Veröffentlichungen der Regierung. So stellt die Marinedoktrin der Russischen Föderation aus dem Jahre 2001 die Arktis als einen bedeutenden Schwerpunkt dar. Genannt wird unter anderem der Neubau von Eisbrechern zur Durchsetzung von ökonomischen, aber auch sicherheitspolitischen Gesichtspunkten (Klopfer und Lemcke 2002: 19). Dies steht im Einklang mit der russischen Außenpolitik, in der sich die Erschließung von, und das Geschäft mit Rohstoffen zunehmend zur „exclusive presidential domain“ (Baev 2007: 6) entwickelt. Spätestens seit der Auseinandersetzung mit der Ukraine zeigte sich, dass Russland sowohl in der Lage, als auch politisch dazu bereit ist, einen durch Rohstoffe bestimmten Konflikt einzugehen (Westphal 2009: 18). Aber auch die strategische Bedeutung des arktischen Eismerees ist ein treibender Faktor der russischen Initiative. Somit ist ein weiteres Ziel der Beanspruchung des arktischen Territoriums, fremde Mächte fern von Russlands strategischen Vitalpunkten zu halten (Howard 2010: 142). Der Rückgang des arktischen Eises könnte, aus russischer Sicht, Staaten wie den USA oder aufstrebenden Akteuren wie China einem Angriff auf Russland etwa über die Beringstraße ermöglichen, so dass Präventivmassnahmen im Sinne der Verteidigung des russischen Territoriums nachvollziehbar erscheinen (Howard 2010: 145).

Dennoch gibt es in der Debatte um die Außenpolitik Positionen, die aufzeigen, dass die obige Wahrnehmung der russischen Außenpolitik zu kurzfristig und zu grob ist. Als Argument wird angeführt, dass die russische Politik in der Arktis vielschichtiger und komplexer und vor

allem nicht nur auf die Anwendung von politischem Druck zu reduzieren ist. So lässt sich etwa die, im Jahr 2008 veröffentlichte „Strategy towards the Arctic until 2020 and beyond“ (Kefferpütz 2010: 6) der Russischen Föderation in drei Stufen unterteilen: In der ersten Phase, (2008 bis 2010), war es Ziel Russlands, die Ansprüche auf die Gebiete in der Arktis wissenschaftlich zu untermauern und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu intensivieren. Als eine Initialmaßnahme hierfür lässt sich das Postieren der russischen Flagge auf dem arktischen Meeresboden ansehen. Obwohl dies keine wissenschaftliche Leistung war, konnte Russland zumindest das Fähigkeitspotenzial der eigenen Wissenschaft eindrucksvoll demonstrieren. Als primär wichtige Aktivität im Bereich der ersten Phase ist die Konferenz von Illulissat hervorzuheben, in deren Ergebnis sich Russland mit den wichtigsten Anrainerstaaten auf eine Zusammenarbeit und Kommunikation bei der Aufteilung der Arktis einigte (Kefferpütz 2010: 6). Hierbei untermauerte Russland seinen Standpunkt, über die eigene Zugehörigkeit zu den fünf Fraktionen und den Anspruch in der Frage des arktischen Besitzes mit Vorrang betrachtet zu werden. Die erste Phase diente Russland somit dazu, auch seine politischen Aktivitäten in der Arktis zu intensivieren, um somit möglichst gute Voraussetzungen für die zweite Stufe zu schaffen, die 2011 begonnen hat. In dieser Phase soll die rechtliche Anerkennung der russischen Ansprüche vorangetrieben und gleichzeitig die wirtschaftliche Aktivität Russlands im Bereich der Arktis intensiviert werden. Die rechtlichen Ansprüche orientieren sich hierbei, wie bereits angeführt, an der Seerechtskonvention, aber auch an bilateralen Abkommen zwischen Russland und weiteren Anrainern, wie zum Beispiel Norwegen. Mit letzterem wurde im Jahr 2010, nach 40-jährigen Verhandlungen, ein Abkommen über die Aufteilung der Gewässer vor Spitzbergen getroffen. Dieses Abkommen sieht eine Teilung des betroffenen Gebietes in zwei, etwa gleich große Teile vor. Dies kann als ein Teilerfolg Russlands angesehen werden, zeigt aber auch die Kompromissbereitschaft Russlands in der arktischen Frage.

Vorangegangen war ein Streit über unterschiedliche Berechnungsprinzipien für die Grenzziehung. Das erreichte Abkommen stellt hierbei einen Kompromiss zwischen den von Norwegen und Russland vertretenen Forderungen dar (Knudsen 2010: 6). Aber auch in der Frage der Nordostpassage ist zu erwarten, dass Russland in der zweiten Phase seine Bemühungen verstärken wird, um die Legitimation zur wirtschaftlichen und navigatorischen Nutzung der Nordmeer-Route im Rahmen eigener Vorstellungen zu erreichen. Hierbei wird es vor allem darauf ankommen, die Infrastruktur der Nordostpassage aufzubauen und die Route durch den vermehrten Einsatz von Eisbrechern eisfrei zu halten und somit schiffbar zu

machen. Dies alles sind Vorbereitungen für die letzte und endgültige Stufe der russischen Arktispolitik. Endgültiges Ziel ist dabei die Transformation der Arktis zum größten strategischen Rohstofflager der Russischen Föderation (Kefferpütz 2010: 6).

In den angeführten politischen Richtlinien kommt das klare russische Ansinnen zum Ausdruck, sich Vorteile durch die Beherrschung von Rohstoffen sichern zu wollen. Russland würde sich hierdurch Ressourcen sichern, die es im Vergleich zu Kanada, Norwegen und den anderen Anrainern bevorteilt und die weiterhin dazu geeignet sind, seine Position im internationalen System zu stärken. Im Rahmen der neo-realistischen Theorie kann man hierin den Versuch eines Akteurs sehen, die Verteilung von capabilities zu verändern, um sich dadurch Vorteile gegenüber den anderen units zu sichern. Anzumerken ist, dass die Beanspruchung respektive der hoheitliche Anschluss von Gebieten, einen Zuwachs an capabilities bedeutet. Auf welchem Wege dies erreicht wird, ob durch Projektion militärischer Macht oder durch eine rechtlich abgesicherte Grenzsetzung, ist dabei ohne Belang. Obwohl eine deutliche militärische Handlung eine sehr viel stärkere Bedrohung für die anderen Akteure des internationalen Systems darstellt, sind, von ihrer Außenwirkung und dem Einfluss auf die Strukturmechanismen des internationalen Systems her, beide in ihrem Ergebnis gleich. Russland stellt, den Strukturen des internationalen System folgend, durch seine Aktivitäten eine sicherheitspolitische Bedrohung für die anderen Akteure dar. Diese zielt einerseits auf die Sicherheit der einzelnen Anrainerstaaten, andererseits auch auf die Versorgungssicherheit, die durch die russischen Ansprüche gefährdet ist (Geiger 2009: 5). Eine Umverteilung der capabilities führt dazu, dass die Struktur der internationalen Ordnung sich verändert und einige Staaten dadurch zwangsläufig in ihrem relativen Machtverhältnis, zumindest dem Ausgangsstaat gegenüber, abgeschwächt werden. Eine solche Handlung muss im Kontext der Anarchie des internationalen Systems von den anderen Staaten grundsätzlich als Bedrohung wahrgenommen werden. Die Reaktionen Kanadas, Norwegens oder der USA verdeutlichen bereits, dass dieser Mechanismus in Kraft tritt und die Staaten auf die russische Politik mit verschiedenen Mitteln reagieren. Diese Mechanismen wirken in der Arktis ungeachtet dessen, dass die russischen Ansprüche noch keinen konkreten Ausbau der Macht darstellen. Alleine die Möglichkeit, dass Russland seine Ansprüche erfolgreich durchsetzen könnte, führt dazu, dass die anderen Staaten reagieren müssen, um der „Bedrohung“ zu begegnen. Die Aufrüstung und der Ausbau der russischen Flotte im Bereich der Arktis oder zumindest die Pläne hierfür, begründen hier die Annahme einer sehr konkreten Bedrohung. Abseits vom rechtlichen Status der Arktis wird hier eine militärische Kapazität aufgebaut, die

in ihrer Existenz dazu geeignet ist, die Sicherheit und die Macht der anderen Staaten zu unterminieren. Diese russischen Aktivitäten führen mit Blick auf die internationalen Beziehungen zu einem Anstieg der kritischen Spannungen zwischen den Arctic Five, im speziellen zwischen Russland, auf der einen und den restlichen Staaten, vornehmlich hier jedoch Kanada und Norwegen, auf der anderen Seite.

Die Staaten müssen auf eine solche Handlung, wie die russische reagieren, um die Balance of Power zu erhalten. Die Reaktionen auf eine derartige Bedrohung lassen sich hierbei in schwächere, nicht-militärische, zumeist diplomatische und stärkere, militärische Maßnahmen gegen Russland unterteilen. Aber auch eine Kooperation mit Russland ist denkbar. Die im Kapitel 2 erläuterten Mechanismen der Balance of Power zeigen sich hier als Balance of Threat (Walt 1985: 4). Die Staaten reagieren mit der militärischen oder politischen Aufwertung auf die Bedrohung durch Russland, um somit ihr eigenes Bestehen zu sichern. Einzig die Möglichkeit der Abwertung der russischen Allianzen ist im Falle der Arktis nicht gegeben, weil Russland als alleiniger Akteur den anderen Konfliktparteien gegenübersteht, welche allesamt Bündnispartner im Rahmen der NATO sind. Nicht zuletzt deswegen ist die Reaktion der anderen Konfliktparteien von Interesse. In der Konfliktregulierung nach Link bieten sich hier die Integration Russlands, mit dem Ziel der Eindämmung und Kontrolle der Macht, aufgrund der stärkeren Einbindung Russlands in das internationale System, an, welche in dieser Frage der Außenpolitik perspektivisch gesehen, für eine Konfliktlösung als nicht nachhaltig bzw. beständig anzusehen ist, sowie die resolute contention Russlands, aus hiesiger Sicht die geeignete Form der Regulierung mit dem Potenzial der Beständigkeit im internationalen System, mit dem Ziel der Neuorganisation des arktischen politischen Systems.

Kanada

Aufgrund seiner geographischen Nähe ist Kanada direkt von der expansiven russischen Arktispolitik betroffen. Darin begründet sich auch, dass die vehementesten Einsprüche gegen die russischen Ambitionen aus Ottawa kamen. Als 2007 der russische Duma-Abgeordnete Artur Chilingarov die russische Flagge auf dem arktischen Meeresboden aufstellte, kündigte Kanada verärgert an, seine Militärpräsenz in der Arktis auszubauen (Fritz-Vannahme 2008:). Premierminister Harper stellte klar, dass die Frage des Besitzes des arktischen Gebietes eine Frage der kanadischen Souveränität sei (Dolata-Kreutzkamp 2009: 4). Kanada kann in diesem Bereich auf eine geschichtliche Tradition zurückblicken. Die Arktis war schon 1880 Teil der kanadischen Politik; eine Linie, die sich im Zweiten Weltkrieg, jedoch auch im Kalten Krieg

fortsetzte. Hervorzuheben ist hier, dass die, in beiden Konflikten praktizierte Politik in enger Abstimmung mit den USA stattfand, wodurch mögliche Anknüpfungspunkte für zukünftige Szenarien aufgezeigt werden. (Dolata-Kreutzkamp 2009: 2). Derzeit sind die kanadischen Beziehungen zu den USA im Zusammenhang mit den Standpunkten zu den Durchfahrtsrechten für amerikanische Kriegsschiffe durch die Nordwestpassage angespannt.

Kanada reagierte auf die russischen Ansprüche zunächst mit der Ankündigung des Baus von drei schweren Eisbrechern, die der kanadischen Marine die zu Operationen in der Arktis befähigen sollen. Dieses Vorhaben musste jedoch aufgrund von finanziellen Problemen zugunsten von mehreren kleineren Überwachungs- und Patrouillenschiffen aufgegeben werden. Dennoch war die Reaktion eine vergleichsweise heftige und verdeutlicht, wie stark die Besitzfrage der Arktis als Sicherheitsbedrohung durch Kanada wahrgenommen wird. Als Sofortmaßnahme führten die Kanadier, zusammen mit Schiffen der US-Navy große Manöver in der Arktis durch, um Präsenz und den starken Willen, den russischen Expansionswünschen entgegenzutreten, auszudrücken (Kaim 2008: 2).

Bei der rechtlichen Anerkennung von Gebieten in der Arktis vertritt Kanada grundsätzlich den Ansatz des Sektorenprinzips, der jedoch, wie bereits angeführt, jeglicher völkerrechtlicher und praktischer Basis entbehrt. Dringlicher als die Frage der Anerkennung neuer Gebiete ist für Kanada grundsätzlich die Festlegung des rechtlichen Status der Nordwestpassage. Unstrittig ist zwar, dass die Nordwestpassage auf kanadischem Territorium liegt, die Durchfahrtsrechte sind jedoch immer noch ungeklärt. Von Relevanz ist, dass ausgerechnet die USA eine der Konfliktparteien bei dem Streit um die Durchfahrtsrechte sind. Zwar konnten sich die USA und Kanada bis jetzt stets einigen, jedoch eher auf Basis von ad hoc Entscheidungen. Es existiert diesbezüglich keine Rechtssicherheit, weder für die USA noch für Kanada (Mommsen 2010: 35). Dieser Umstand ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die USA kein Unterzeichner der Seerechtskonvention sind und somit auch keine Ansprüche im Rahmen dieses Rechtsregimes geltend machen können.

Kanadas Reaktion auf die russischen Ansprüche nach mehr Territorium lässt sich einerseits als klassische Aufwertung der eigenen militärischen Fähigkeiten werten, also als eine Gegenmaßnahme im Sinne des hard balancing. Andererseits versucht Kanada, analog zu Russland, seinen Einfluss in der Arktis nicht nur zu festigen, sondern zu vergrößern (Mommsen 2010: 37). Kanada versucht eine etwaige Bedrohung durch Russland abzuwenden

und die eigene Macht zu stärken, in dem es etwa ebenfalls wie Russland seinen Einfluss im Arktischen Rat ausbaut, um dort eine rechtliche oder politische Lösung für das Problem der arktischen Souveränität zu finden. Dabei wird eine starke kanadische Position vertreten und den russischen Ansprüchen entschieden begegnet. Die Handlungen Kanadas lassen sich als Reaktion auf die strukturelle Bedrohung durch die russische Machtmaximierung interpretieren. So bildet Kanada eine militärische Gegenmacht gegen Russland (oder kündigt eine entsprechende Absicht an), andererseits versucht es auf diplomatischem Wege, mit Mitteln des soft balancing gegen die russische Arktispolitik vorzugehen. Inwiefern die kanadischen Ansprüche auf weit vom kanadischen Festland entfernte Gebiete der Arktis durch eine Bedrohung Russlands hervorgerufen sind, lässt sich schwer bestimmen. Zwar erhebt Kanada schon seit langem Anspruch auf umfangreiche Gebiete in der Arktis, jedoch sind die im Zuge der russischen Forderung neu hinzugekommenen Gebietsforderungen deutlich umfangreicher als die bisherigen. Festzuhalten ist aber grundsätzlich, dass Kanada der russischen Bedrohung durch Aufbau seiner eigenen Machtressourcen entgegentritt, um somit das Überleben und den Stellenwert des eigenen Staates im internationalen System zu sichern.

Mit der Konflikttheorie nach Link argumentiert, deuten die oben dargestellten Reaktionen auf eine deutliche Überdehnung der kritischen Spannung in den internationalen Beziehungen zwischen Kanada und Russlands hin. Auslöser ist hier das Missverhältnis bezüglich des maximalen Sicherheitsinteresses Kanadas an seine Außengrenzen und dem Machtmaximierungsinteresse der Russischen Föderation in der Arktis, die beide mit unvereinbaren wirtschaftlichen Interessen der beiden Staaten verbunden sind. Kanada sieht mit der offensiven Streitkräfteprojektion eher eine gewaltsamere Form der unmittelbaren Konfliktregulierung als geeignet an, diese begründet jedoch noch nicht den unmittelbaren Waffeneinsatz dieser, zeigt jedoch das Potenzial auf, wodurch die Formulierung gewaltsam gerechtfertigt erscheint. An diesem Beispiel zeigt sich gut, dass zur Konfliktregulierung die gewaltfreie Form Mittel der ersten Wahl auch, auch wenn keiner der Staaten unmittelbar einen zwischenstaatlichen Krieg auszulösen bereit ist. Zwar bevorzugt Kanada auch eine Neuordnung der internationalen Beziehungen in der Arktis, im Sinne von resolute contention, es schließt jedoch auch andere Regulierungsmechanismen nicht aus, wie das obige Beispiel aufzeigt.

Der dritte Akteur in dieser Betrachtung ist Norwegen, das sich als unmittelbarer Nachbar Russlands in der Arktis in einer besonderen Bedrohungssituation befindet. Die Reaktion

Norwegens ist daher besonders interessant für die Betrachtung der Konfliktsituation in der Arktis.

Norwegen

Wichtig für die Betrachtung der Politik Norwegens im Bereich der Arktis ist, dass die Nation einer der größten Förderer von Öl in der Arktis ist (Seidler 2009: 200). Hierbei besteht teilweise eine Kooperation zwischen russischen Energiekonzernen, wie Gazprom und norwegischen Unternehmen wie Hydro. Es ist daher nachvollziehbar, dass Norwegen darauf bedacht ist, dies beizubehalten oder, falls möglich, auszubauen. Experten gehen jedoch derzeit davon aus, dass das Fördermaximum auf den norwegischen Ölfeldern erreicht wurde beziehungsweise bald erreicht wird. So gibt es Befürchtungen, dass die norwegischen Ölreserven schon im Jahr 2030 erschöpft sein könnten (Seidler 2009: 200). Aufgrund der stark von der Ölförderung abhängigen norwegischen Wirtschaft stellt dies eine große Bedrohung für die staatliche Existenz dar und zwingt die norwegische Regierung zum Handeln (Seidler 2009: 199).

Norwegen stellte daher im November 2006 einen Antrag auf Zuteilung zusätzlicher Gebiete in der Arktis. Diese, im Vergleich zu denen anderer Arktisanrainer eher bescheidenen Ansprüche, überschneiden sich dabei in vielen Gebieten mit denen anderer Staaten. Die norwegische Regierung veröffentlichte 2006 eine 22 Punkte umfassende Nordgebiete-Strategie, die sich mit der Etablierung und Intensivierung der norwegischen Aktivitäten in der Arktis beschäftigte. Der Wahrnehmung der eigenen Souveränität in der Arktis wird hierin oberste Priorität eingeräumt, die Notwendigkeit der Präsenz von Militär und Polizei wird besonders betont. Als weitere Ziele werden der Ausbau und die Weiterentwicklung der Erdölindustrie in der Arktis genannt, insbesondere die Bedeutung der Barentssee als neue europäische Energieprovinz wird hervorgehoben (Norwegisches Außenministerium 2006: 3). Betont wird in der Strategie weiterhin die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn Russland: Die Herausforderungen der Nordgebiete seien „ohne eine norwegisch-russische Zusammenarbeit nicht zu bewältigen“ (Norwegisches Außenministerium 2006: 8). Auch die norwegische Unterstützung für die Nordostpassage soll laut der Nordgebiete-Strategie geprüft werden. Für den Fall der Zusammenarbeit mit Russland wird jedoch ausdrücklich unterstrichen, dass diese Politik eindeutig pragmatischen Charakter habe. Hier wird speziell auf die, mit norwegischen Werten nicht zu vereinbarenden Verstöße Russlands gegen das Menschenrecht und die russischen Mängel im Bereich der Rechtsstaatlichkeit verwiesen (Norwegisches

Außenministerium 2006: 17). Des Weiteren werden Überlegungen zu einer russisch-norwegischen Zone zwecks der wirtschaftlichen und industriellen Kooperation angestellt, die auch für eine spätere Zusammenarbeit im Bereich der Ölförderung in der Barentssee hilfreich sein könnte. Unmittelbar auf die Beschreibung der Zusammenarbeit mit Russland folgt die Beschreibung der zukünftigen norwegischen Militäraktivitäten im Bereich des hohen Nordens, die sich jedoch nicht vorrangig mit der Präsenz von großen Truppenkontingenten beschäftigt, sondern auf die Bedeutung von Abwehr- und Nachrichtendiensten hinweist. Doch auch im Bereich des Militärs soll es als vertrauensbildende Maßnahme eine Zusammenarbeit zwischen Norwegen und Russland geben (Norwegisches Außenministerium 2006: 19).

Insgesamt ist die Nordgebiete-Strategie, bezüglich der Beziehungen und der Zusammenarbeit mit Russland überwiegend positiv formuliert. Obwohl auch Differenzen auf einigen Gebieten nicht verschwiegen werden, wird vor allem der Wille zur Zusammenarbeit zum Wohle Norwegens betont (Norwegisches Außenministerium 2006: 17).

Im Jahre 2009 veröffentlichte die norwegische Regierung dann ein Nachfolgebapier zur Nordgebiete-Strategie, das direkt Bezug auf diese nimmt und die weitere Ausrichtung und das Vorgehen Norwegens in der Frage der Arktis beschreiben soll. Hierbei wird angeführt, dass die norwegische Politik im Gebiet des hohen Nordens sich nicht nur auf die eigenen nationalen Gebiete bezieht, sondern in einem geopolitischen Kontext zu sehen ist. Norwegen will daher in seiner Strategie für die Arktis auf die Kooperation mit den Arktisanrainern, insbesondere mit Russland, setzen (Norwegisches Außenministerium 2009: 7). Die Nordgebiete-Strategie 2009 bezieht sich in ihren Annahmen, im Gegensatz zum Vorläuferpapier, direkt auf die Folgen der klimatischen Erwärmung im Bereich der Arktis, und hebt hierbei die geographischen Vorteile der norwegischen Häfen besonders hervor. Weiterhin betont wird auch der Wille zur Kooperation mit Russland, einhergehend mit der Anerkennung, dass bis zu 50 % der Arktis legitimer russischer Besitz seien (Norwegisches Außenministerium 2009: 53). Insgesamt behält die Neuauflage der Nordgebiete-Strategie den bereits 2006 eingeschlagenen Weg bei, jedoch wird speziell auf die klimatische Entwicklung im Bereich der Arktis eingegangen und die Bedeutung der Nordwestpassage betont. Die Zusammenarbeit zwischen Russland und Norwegen wird dabei als selbstverständlich angesehen und unterliegt, zumindest der Formulierung der Strategie nach, keinen Beschränkungen mehr.

Norwegen, das umfassende Hochtechnologie im Bereich der Tiefseeförderung von Öl besitzt, bietet als Partner für Russland große Vorteile, umgekehrt bieten Russland und seine wachsende Ölindustrie große Vorteile für Norwegen. Zwar mangelt es der russischen Wirtschaft bisher an ähnlich umfassendem Fachwissen, dies könnte jedoch durch einen umfangreichen Wissensaustausch, wie er unter anderem in der Nordgebiete-Strategie postuliert wird, geändert werden (Seidler 2009: 205). Im Gegenzug könnte sich Russland die Förderrechte mit Norwegen teilen oder ihm zumindest die Förderung in bestimmten Bereichen zugestehen und somit die finanziellen und politischen Aufwendungen eines Konfliktes mit Norwegen sparen. Norwegen wiederum entgeht der Bedrohung durch Russland, indem es im Bereich der Ölförderung mit Russland zusammenarbeitet. Es würde somit relative Sicherheit erreichen, ohne das Risiko eines Konfliktes eingehen zu müssen. Trotzdem ist dieses Vorgehen im neorealistischen Kontext kritisch zu betrachten. Zu hoch ist die Gefahr, vom stärkeren Partner in der Allianz überlaufen zu werden.

Die norwegische Allianz mit Russland ist somit nur plausibel, wenn es darum geht, eigene Interessen zu verfolgen. Die einzige Erklärung für diese Zusammenarbeit ist, dass Norwegen die Vorteile, die es durch eine Zusammenarbeit erlangen könnte, höher einschätzt als die Nachteile, die durch eine Verweigerung der Zusammenarbeit entstehen würde. Diese Sicht könnte unter Umständen auch in dem derzeit sehr niedrigen Level der Eskalation der Auseinandersetzung begründet sein. Trotz aller Drohungen bewegt sich die Intensität des Konfliktes um die Arktis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Bildung einer Allianz zwischen Norwegen und Russland kann daher als eine Art von band wagoning, bei gleichzeitiger Absicherung durch die politische Kooperation mit den anderen Konfliktparteien, im Verständnis von (Link 1979 als integration in den internationalen Beziehungen: gesehen werden. Neben der Zusammenarbeit mit Russland, setzt Norwegen trotzdem auf eine Zusammenarbeit mit der NATO und den anderen arktischen Konfliktparteien. Norwegen ist zwar ebenso wie Kanada darauf bedacht, seine militärischen Kräfte aufzubauen, legt jedoch hierbei den Fokus nicht vornehmlich auf eine offensive Ausrichtung wie etwa Kanada. Im Vergleich zu Kanada verzichtet Norwegen auf eine Betonung der militärischen Kapazitäten bzw. Fähigkeiten und auf aggressive Drohungen um seine Position in der arktischen Auseinandersetzung zu verdeutlichen. Dies mag an der unmittelbaren Nachbarschaft zu Russland und den mit der Zusammenarbeit verbundenen Vorteilen liegen. Eine solche scheint insgesamt, zumindest aus der Perspektive Norwegens, geeigneter für den Erhalt der Sicherheit als eine direkte Konfrontation. Norwegen hält somit

auch die kritische Spannung im Beziehungszusammenhang mit Russland auf einem geringen Niveau, was darin begründet liegt, dass das Missverhältnis in den unvereinbaren Interessen minimiert ist bzw. wird, da beide Staaten bedingt durch die Kooperation eine große Anzahl an vereinbaren Interessen haben. Gleichzeitig begibt sich Norwegen nicht vollends aus seiner Deckung, sondern versucht sich durch eine Kooperation mit der NATO und der EU abzusichern.

USA und Dänemark

Obwohl sich die Auseinandersetzung in der Arktis auf Russland, Norwegen und Kanada als Hauptakteure konzentriert, sind sowohl die USA durch Alaska und Dänemark durch seine Verbindung zu Grönland Akteure im Konflikt in der Arktis. Beide Staaten nehmen jedoch entsprechend ihrer Fähigkeiten, mit unterschiedlicher Intensität an der Konfliktaustragung teil. Hierbei gibt es insbesondere Dissens zwischen den USA und Kanada aufgrund des strittigen Status der Nordwestpassage, aber auch Spannungen zwischen Dänemark und Kanada aufgrund der kleinen Insel Hans. Diese Insel befindet sich zwischen kanadischem Territorium und Grönland. Zwar ist die Insel nur 1,3 km² groß, gewinnt jedoch an Relevanz, da Kanada und Dänemark überzeugt sind, dass sie auf dem Lomonossow-Rücken liegt und so bei Zuschlag zu jeweiligem Staatsterritorium weitere Ansprüche auf arktische Gebiete generieren kann (AGeoBw 2007: 24). In der Vergangenheit führte dies dazu, dass sowohl Dänemark als auch Kanada Flaggen auf der Insel aufstellten um ihre Ansprüche zu untermauern. Ein rechtlich fundierter Anspruch auf die Insel Hans wurde jedoch offiziell von keiner der beiden Konfliktparteien erhoben.

Die USA hingegen berufen sich vor allem auf die Freiheit der Meere und beziehen dies insbesondere auf die Nordwest- und Nordostpassage. Eine weitere Inbesitznahme von Territorium durch die USA scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt unwahrscheinlich. Um die Navigationsfreiheit der Passagen zu erreichen, setzen die USA zunächst auf multilaterale Kooperation. Eine Ratifizierung der Seerechtskonvention der UN kam jedoch, aufgrund von Widerstand im US-Senat, nicht zustande, obwohl dies sowohl im Sinne der Regierung wie auch der Wirtschaft gewesen wäre. Eine Möglichkeit der Einigung anhand der Rechtsnormen der Seerechtskonvention schließt sich für die USA daher bis jetzt aus (Haftendorn 2009: 5). Dennoch ist ein umfangreicher Streit zwischen den USA und Kanada aufgrund der traditionell guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern unwahrscheinlich, insbesondere im Hinblick auf die potenzielle Bedrohung, die von den russischen Gebietsforderungen ausgeht.

Derzeit begrenzen die USA ihre Aktionen in der Arktis auf diplomatische Äußerungen und militärische Manöver, zusammen mit Kanada.

Wie aus den oben angeführten Beispielen ersichtlich, ist die Beteiligung der USA und Dänemarks an den Streitigkeiten in der Arktis bisher nicht konfliktbestimmend und es ist nicht absehbar, dass ein Auftreten der beiden Akteure, zumindest als einzelne Konfliktparteien, wahrscheinlich ist. Beide Staaten vertreten eine eher zurückhaltende Position und bevorzugen eine friedliche Neuordnung in der Region. Daher sind die beiden Akteure eher Vertreter des *resolute contention* im Verständnis nach Link.

Die Chance, dass sich Dänemark mit Hilfe der Europäischen Union in den Disput einbringen wird, ist in ihrem möglichen Ausmaß zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abzusehen. Es ist ebenso fraglich, ob Dänemark überhaupt über die notwendigen Ressourcen verfügt um seine Ansprüche in der Arktis durchzusetzen.

Bewertung

Der Konflikt in der Arktis ist durch machtpolitisch motivierte Territorialansprüche und wirtschaftliche Interessen, beides sind unvereinbare Interessen nach der Auffassung der Link'schen Konflikttheorie, gekennzeichnet. Die einzelnen Nationen versuchen in diesem sich Vorteile gegenüber den anderen zu verschaffen. Die dabei angewandten Taktiken unterscheiden sich jedoch, in Abhängigkeit der den Akteuren zur Verfügung stehenden Fähigkeiten und den sich hieraus ergebenden Einflussmöglichkeiten. Während Kanada und Russland auf die klassische Machtbildung durch militärischen Einfluss und diplomatischen Druck setzen, zeigt sich Norwegen verhandlungsbereit. Auffallend ist jedoch, dass alle Seiten betonen, sich bei der Lösung des Konfliktes vor allem auf eine diplomatische Lösung beziehungsweise auf eine verbindliche Rechtsordnung in der Arktis, also theoretisch betrachtet, auf eine Neuordnung bzw. Erweiterung des internationalen Systems in der Arktis, somit also auf die Regulierung des Konfliktes durch *resolute contention* oder *integration*, beschränken zu wollen. Eine militärische Eskalation der Auseinandersetzungen scheint derzeit weit entfernt und unwahrscheinlich. Hierbei ist jedoch fraglich, inwiefern dies in Zukunft so bleiben wird, da der niedrige *Level of Ambition* der Akteure auch dem Umstand zugeschrieben werden kann, dass es sich bei den Verhandlungen und den Ansprüchen um eine Vorbereitung auf einen (möglichen) Zustand handelt, der erst in der Zukunft eintreten wird. Es ist daher schwer abzuschätzen, wie die Akteure reagieren werden, wenn die Möglichkeit zur Ölförderung in der Arktis tatsächlich gegeben ist und in diesem Bereich

große Ölvorkommen gefunden werden sollten. Ähnlich verhält es sich mit der Situation der Nordwestpassage beziehungsweise der Nordostpassage vor Sibirien. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beruhen die Aussagen über eine wirkliche finanzielle Ersparnis durch die Nutzung der beiden Nordmeer-Routen nur auf Schätzungen und Vermutungen. Erst wenn die tatsächliche ganzjährige Nutzung der Routen möglich ist, wird sich zeigen ob die Vorteile der Passagen eine Auseinandersetzung generieren können oder konnten.

Die Beantwortung der Frage, inwiefern die Konflikte in der Arktis tatsächlich klimainduziert sind, ist unscharf bzw. uneindeutig, weil sich die Ansprüche der Akteure zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf die Annahme eines zukünftig zutage tretenden Zustandes beziehen. Dieser Zustand soll zwar durch das Klima bedingt sein, dennoch ist fraglich, inwiefern hierdurch die Einordnung der Auseinandersetzung in das Feld des Umweltkonfliktes oder gar -krieges möglich ist. Schließlich lässt sich argumentieren, dass eine Nutzbarkeit der Nordwest- und Nordostpassage auch durch den intensivierten Einsatz von Eisbrechern hätte erreicht werden können. Die Förderung von Öl, die in signifikantem Ausmaß vor allem in der Barentssee möglich zu sein scheint, kann unabhängig von der Abnahme der Eisbedeckung in der Arktis als Folge der Abnahme der Ölressourcen in den übrigen Ölfeldern gesehen werden. Der Einfluss des Klimas würde daher als Motiv vor dem Hintergrund der Ressourcenabnutzung einzelner Staaten zurücktreten.

Auf der anderen Seite, lässt sich anführen, dass sich durch die klimatischen Veränderungen eine Instabilität im internationalen System ergibt. Die Umverteilung von Ressourcen, die letztendlich zur Umverteilung von capabilities und Macht führt, stellt die Sicherheit der Akteure in Frage. Die Möglichkeit, dass das Klima Einfluss auf die Struktur des internationalen Systems entwickelt, ist somit nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil zukünftig wahrscheinlich. Die Frage ob Klimaveränderungen zu strukturellen Unsicherheiten und somit zu Konflikten führen können, ist daher zu bejahen. Im Falle der Arktis ist es jedoch so, dass die Handlungen der Staaten, ob nun im Klimakonflikt oder nicht, sich nach den klassischen Mechanismen des Neorealismus entscheiden.

Der Disput in der Arktis basiert grundsätzlich auf den klassischen Motiven der Machtmaximierung und somit letztendlich dem Prinzip des Self-Help Systems.

Russland erkannte in der Arktis als erster Staat die Chancen, die sich durch die klimatischen Veränderungen ergeben können. Auf die russischen Ansprüche reagierten die anderen

Anrainerstaaten mit Handlungsweisen analog denen der Akteure im anarchischen System der internationalen Beziehungen, im Sinne der neorealistischen Denkschule.

Während Kanada hier auf die Gegenmachtbildung im klassischen Sinn setzt und setzte, fokussiert und fokussierte Norwegen das soft-balancing mit Maßnahmen eines eher Konflikt vermeidenden Ansatzes, die nicht gegen die vermeintliche Bedrohung gerichtet sind. Die Erklärung hierzu findet sich in der unterschiedlichen Position beider Staaten im internationalen System und führt zu entsprechend anders ausgerichteten Reaktionen, die jedoch in beiden Fällen die hohe Bedeutung der Sicherheit als Antriebsmodell staatlichen Handels veranschaulichen. Kanada sieht sich in diesem Fall in der Position, seine Sicherheitsansprüche durch eine offensive Machtdemonstration durchsetzen zu können, während es sich aus der Perspektive Norwegens sicherer und zudem wirtschaftlich vorteilhafter darstellt, defensiv und kooperativ auf die russischen Ambitionen einzugehen.

Die Lösung des Konfliktes anhand völkerrechtlicher Normen scheint, trotz der anfangs angeführten Bedenken, möglich. Zumindest zeigen die Akteure derzeit kein Verhalten, welches darauf schließen lässt, grundsätzlich von den Regeln der Seerechtskonvention abweichen zu wollen. Das mag allerdings auch an dem faktischen Charakter des Völkerrechts liegen, der den Staaten weit reichende Einflussmöglichkeiten aufgrund ihrer Machtressourcen bietet (Marx 2009: 107). Die Grenzkonflikte, die sich durch das Abschmelzen des arktischen Meereises ergeben, beschränken sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf einen Rechtsstreit, umgeben von machtpolitischen Demonstrationen einzelner Staaten. Dies wiederum ist das Ergebnis der angeführten Abhängigkeit des Völkerrechts von der faktischen Macht des Rechtssubjektes. Ungleich der festgeschriebenen Form des innerstaatlichen Rechts ist das Völkerrecht in vielen Fällen durch die einzelnen Handelnden beeinflussbar und somit auch durch politischen Druck bestimmt.

Die Form, in der dieser Konflikt in den internationalen Beziehungen ausgetragen wird, ist jedoch durch die jeweilige, durch den Antagonisten hervorgerufene, Bedrohung, und dem Missverhältnis der unvereinbaren, konfliktbehafteten Faktoren bzw. Interessen sowie dem daraus resultierenden hohem Niveau des kritischen Spannungspotenzials bestimmt. Als überaus gefährlich wahrgenommene, auf gegnerischen, unvereinbaren, Interessen basierte Aktionen lassen nur das hard balancing als zweckmäßig anmuten, während als weniger bedrohlich erkannte ein soft balancing ausreichend erscheinen lassen oder sogar zum bandwagoning führen. Entscheidend ist in jedem Fall, welche Handlungsoption dem eigenen Sicherheitsanspruch genügt.

Eine friedliche Lösung des Arktiskonfliktes würde erreicht werden, wenn in einem Zustand der erfüllten Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten der Verzicht auf die eigennützige Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe möglich und eine internationale Kontrollinstanz mit der Verwaltung der Ressourcen betraut wäre. Eine solche Möglichkeit wäre mit der Verwaltung der natürlichen Ressourcen der Arktis durch die Internationale Meeresbodenbehörde gegeben. Hier wäre im Sinne der Konfliktvermeidung einer der wichtigsten unvereinbaren Faktoren bzw. Interessen für einen Anstieg der kritischen Spannung in den internationalen Beziehungen zwischen den Arctic Five ausgeschlossen bzw. beseitigt.

Das Erreichen eines solchen Zustandes ist jedoch als grundsätzlich unwahrscheinlich anzusehen. Die Schaffung zwischenstaatlicher Regelungen unter Kompensation der jeweiligen zu betrachtenden Vor- und Nachteile hinsichtlich des Sicherheitsbestrebens der Beteiligten ist hier sicher die realistischere.

Der moderne Konflikt in der Arktis, in Teilen basierend auf gegenwärtigen Effekten klimatischer Veränderungen, ist in seinem Fortgang von klassischen Mechanismen, wie im Neorealismus beschrieben, geprägt. Es handelt sich daher, von den Charakteristika her betrachtet, um eine klassische zwischenstaatliche Kontroverse. Die Vermutung liegt nahe, dass dieser Disput parallel zu historischen Vorgängen entschieden werden wird.

Der Ansatz, den Umweltkonflikt grundsätzlich und generell als neu und anders, im Sinne der neuen Kriege zu betrachten, kann dadurch in Frage gestellt werden, was jedoch nicht bedeutet dass andere Regionen nicht dem Münklerschen Ansatz folgen, so wie im Kapitel 2 und 4 auch dargestellt. Für die Arktis jedoch treffen eher klassische zwischenstaatliche Konfliktfelder zu, für deren Analyse die neorealistische Konflikttheorie als geeignet erscheint. Weitere Untersuchungen diesbezüglich, insbesondere die Auswirkungen klimatischer Veränderungen auf die Interessen und Handlungsweisen staatlicher Akteure sind sicher lohnenswert und notwendig, um letztes eindeutig formulieren zu können.

5.2.2. Konfliktpotenzial im Mittelmeerraum

Der Mittelmeerraum gilt seit langem als eine der weltweiten Konfliktregionen, wobei hier vornehmlich die Staaten des Maghrebs und des Nahen Ostens genannt werden. Jedoch zeigte gerade der nordafrikanische Raum in den letzten Jahrzehnten, aufgrund der vorherrschenden

autokratischen politischen Systeme, eine politische Stabilität (Asseburg 2011: 9)³⁴⁹, die erst mit der „Jasminrevolution“ in Tunesien im Dezember 2010 einschließlich des folgenden, sogenannten „Arabischen Frühling“ aufgebrochen worden ist und wie derzeit täglich präsent, zu einer instabilen und unübersichtlichen Lage in den Staaten Nordafrikas geführt hat, deren Entwicklung kaum abschätzbar ist. Sicher ist hier jedoch, dass sich die gesamte Maghreb-Region in einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel befindet, der sich noch über längere Zeit erstrecken wird und somit auch Konfliktpotenziale, bedingt durch gegensätzliche politische Interessen der Akteure, die zusätzlich noch als unvereinbar und konfliktbehaftet anzusehen sind, implizieren kann. Zusätzlich zu diesem können umweltbedingte Veränderungen eine der Ausgangsvariablen in der Konfliktgenerierung oder –verstärkung darstellen, deren Dimension sich von innerstaatlich, über bilateral bis hin zu multilateral erstrecken und sich somit auf das internationale System auswirken kann. Hier ist das gesamte Konfliktspektrum beginnend bei den Unruhen bis hin zu den Bürgerkriegen oder auch zwischenstaatlichen Kriegen möglich. Die Auswirkungen auf das internationale System können sich in der Form darstellen, dass etwa außenstehende Akteure in innerstaatliche Konflikte involviert werden, wenn übergeordnete Ziele und strategisch wichtige Regionen, wie eben der Mittelmeerraum, betroffen sind. Die fast tägliche Durchführung von NATO-Luftangriffen innerhalb des Bürgerkrieges in Libyen im Jahre 2011 kann dafür als repräsentatives Beispiel herangezogen werden.

Der nordafrikanische Mittelmeerraum wird hinsichtlich der Umweltveränderungen im besonderen Maß von Konfliktsituationen betroffen sein, die in das Münklersche Schema der neuen Kriege und Konflikte sowie der Kausalkette von Homer-Dixon³⁵⁰ zur Entstehung von Kriegen aufgrund Umweltveränderungen folgen könnten.

Neben der Wüstenbildung, dem Wassermangel und dem Verlust an Landflächen für die Landwirtschaft und den Städtebau ist davon auszugehen, dass Krankheiten sich ausbreiten können. Zusätzlich wird der Druck durch Zufluchtsströme besonders aus Zentralafrika die angespannte Lage an den Grenzen zu Südeuropa verstärken. Wie im Kapitel 3.3. dargestellt, existiert hier bereits ein erhebliches Potenzial, welches noch verstärkt werden kann.

³⁴⁹ Vgl. Asseburg, M.: Der Arabische Frühling, SWP-Studie, SWP, Berlin, Juli 2011, Seite 1-40.

³⁵⁰ Vgl. Homer-Dixon, Th.: „Environment, Scarcity and Violence“, Princeton University Press, Princeton 1999, Seite 5-6. Das Kriegspotenzial durch globale Umweltprobleme bzw. Klimawandel wird über den Dreisprung: 1. Ressourcen- bzw. Umweltverknappung, 2. Soziale Wirkung bzw. Spannung und 3. gewaltsamer und bewaffneter Konflikt definiert.

Besonders die Migrationsprozesse können zu Destabilisierungen und Staatenzerfall führen bzw. solche Ereignisse beschleunigen, wovon Europa nicht ausgenommen werden kann. Folge davon sind etwa religiöse Spannungen in und zwischen verschiedenen Staaten, wie Algerien, Mali und Niger (NATO 199: 115), in die staatliche Akteure eingebunden sind. Im Sinne der internationalen Beziehungen treten hier als „units“ die Handelnden auf, die durch den vermuteten privilegierten Zugriff auf Ressourcen („capabilities“), den ihnen religiös nahe stehenden Gruppen oder Nationen Vorteile einräumen und so ggf., möglicherweise auch nur für kurze Zeit, Bündnispartner gewinnen können. Die Erneuerung von militärischen Fähigkeiten wird für Staaten wie Algerien eher problematisch, weil aufgrund der finanziellen Situation, diesbezüglich keine neuen capabilities geschaffen werden können und ein etwaiges angestrebtes hard balancing ausgeschlossen werden kann.

Diese vorwiegend überregionalen Konfliktpotenziale werden zusätzlich durch andere überdeckt bzw. verstärkt. Sie gehen jedoch in die gleiche Richtung, mit dem Unterschied des geographischen Raumes. Besonders im Nildelta spielen neben Ägypten, der Sudan und Äthiopien eine Rolle. Bezüglich der Ressourcen Wasser und Nahrung sind alle drei genannten Staaten mit Problemen behaftet, die zusätzlich von inneren religiösen Streitigkeiten überlagert werden. Ein Beispiel aus Ägypten ist dafür der teils gewalttätige Streit zwischen koptischen Christen und Muslimen. Staatenintern sind Lösungen nur schwer erreichbar. Im Bezug auf das internationale System, sind zukünftige Konflikte nur durch eine Kooperation bzw. Bündnisstrategie und infolge der Bündelung von capabilities zukunftsfähig, als einzelne unit ist das Fortbestehen eines der Staaten nicht gesichert. Gemäß der Konfliktregulierung des Neorealismus ist hier die Neuordnung des internationalen Systems, also nach Link ein resolute contention, das Mittel der Wahl.

Nicht unbetrachtet darf jedoch die Möglichkeit bleiben, dass aufgrund einer wahrgenommenen Bedrohung der jeweiligen nationalen Interessen, wie etwa die gesicherte Wasser- und Stromversorgung, eine zwischenstaatliche militärische Konfrontation als vermeintliche Präventivmassnahme zum Schutz dieser strategischen Interessen ins politische Kalkül gezogen werden wird. Somit sehen die obigen Staaten in der Zwangssituation balancing Maßnahmen für den Erhalt eines Machtgleichgewichtes einzuleiten. Für Europa könnte sich hier die Rolle als Partner oder Vermittler anbieten, um dem möglichen Konfliktpotenzial im eigenen Vorhof frühzeitig begegnen zu können und so die europäische Sicherheit langfristig zu gewährleisten. Zusätzlich beobachten EU und NATO aufmerksam die derzeitigen nationalen Umbrüche und Regimewandel im nordafrikanischen Raum, um auch hier Tendenzen in den politischen Strukturen und im Prozess der Demokratisierung

erkennen zu können, was jedoch nicht bedeutet, dass für die Beurteilung dieser Entwicklungen das westliche Demokratieverständnis als Bewertungsmaßstab unweigerlich heranzuziehen ist. Beispiel hierfür ist die gegenwärtig angespannte innere Situation in Ägypten, die von zunehmender Radikalisierung und Antisraelisierung gekennzeichnet ist und den seit 1979 existierenden „kalten Frieden“ (Asseburg 2011: 22) in Frage stellt. Bei weiterer Unterhöhlung des oben genannten Friedensvertrages besteht hier mittelfristig, auf einer Zeitachse von 5 - 10 Jahren, die Möglichkeit des Ausbrechens bewaffneter Konflikte zwischen Israel und Ägypten einschließlich weit reichender Folgen für den Nahen Osten.

Die letztgenannte Region, und in dieser besonders die an das östliche Mittelmeer angrenzenden Staaten Israel, Syrien, Türkei und Libanon, ist bereits in der heutigen Wahrnehmung eine Konfliktregion mit verschieden gelagerten und kaum überschaubaren Konfliktfeldern. Im Vordergrund stehen dabei Auseinandersetzungen, die religiöse, auch interislamisch (Stöckmann 2001: 40), wirtschaftliche und ökologische Gegensätze beinhalten. Die letzteren beiden Aspekte schließen die unterschiedlichen Möglichkeiten der Ressourcensicherheit und -verteilung ein, wodurch zukünftig Konfliktpotenzial verstärkt werden kann. So ist neben dem Erdöl, das z. B. in Libyen reich vorhanden ist, die Wassernutzung ein zentrales Thema hinsichtlich der capabilities der einzelnen Staaten. Sowohl die oben genannte Vielschichtigkeit der Konfliktmöglichkeiten als auch die bereits seit Jahrzehnten andauernde Konfliktrealität, generiert seit Ende der 80iger Jahre Artikel in Zeitungen, deren Tenor einen großflächiger Krieg vom Mittelmeer bis zu Arabischen Halbinsel möglich erscheinen lässt (Stöckmann 2001: 41, Hottinger 1987: 1)³⁵¹.

In der betrachteten Region spielt, wie fast täglich in den Medien zu vernehmen, die Türkei eine tragende Rolle hinsichtlich ihrer Schnittstellenfunktion zwischen Europa und Asien bzw. Arabien, Christen und Muslimen sowie zwischen NATO und Nicht-NATO einerseits und bezüglich der geostrategischen Lage des Landes zur GUS und zum Nahen Osten andererseits, was den USA bisher erlaubte, das Land als Vorhof Amerikas zu nutzen. Anhand des Aspektes Wassernutzung wird klar, wie konfliktbehaftet, und unvereinbar in den Interessen sich die östliche Mittelmeerküste darstellt. Die Türkei ist diesbezüglich vom Wunsch und der Notwendigkeit der Ressourcensicherheit geleitet, wodurch sich units wie Syrien aber auch Irak in ihren Interessen bedrängt sehen könnten, wodurch die kritische Spannung im Beziehungszusammenhang zwischen den Staaten ansteigen kann. Die Türkei bedient sich zur Durchsetzung ihrer strategischen Ziele bzgl. der Versorgungssicherheit u. a. des Staudammprojektes „Güneydog Anadolu“ in Südostanatolien (Stöckmann 2001: 41) entlang

³⁵¹ Vgl. Hottinger, A.: Dreißigjähriger Krieg der Araber? Neue Züricher Zeitung, 24.11.1987.

des Euphrats. Die Folge davon ist einer verminderten Nutzbarkeit des Euphratwassers durch Syrien und den Irak. Eine Verschiebung der capabilities zu Ungunsten der beiden Staaten kann eine weitere Konsequenz sein. Dadurch kippt das Mischungsverhältnis der Faktoren und Interessen zu Gunsten der unvereinbaren, wodurch wiederum den Spannungszustand anschwellen kann, mit der Folge einer höheren Konfliktbereitschaft in den internationalen Beziehungen der beteiligten Staaten. Anzumerken ist, dass alle drei Staaten ein hohes militärisches Potenzial besitzen und auch bereit sind militärische Handlungsoptionen (Barandat 1995: 1 ff)³⁵² zur Beilegung von Streitigkeiten ins politische Kalkül zu ziehen. Hier ist absehbar, dass nur hard balancing als Mittel herangezogen werden wird. Erschwerend wirken sich neben den aktuellen Spannungen auch zukünftig zu erwartende aus. Innerer Druck in Syrien, wie derzeit – im März-April 2012 täglich sichtbar, und Migrationsströme in Richtung Türkei tragen wesentlich zur Verringerung des Spielraums in der Wahl der Maßnahmen bei. Maßnahmen der gewaltfreien Konfliktregulierung scheiden bei weiterem Fortschreiten des Konfliktes aus bzw. werden reduziert, etwa auf die Isolation, nach (Link 1979:) auch als withdrawal bezeichnet.

Die zunehmende Isolierung Syriens lässt eine Allianzbildung mit anderen Staaten auch zukünftig höchstwahrscheinlich ausschließen. Israel wird, sowohl gegenüber Ägypten als auch der Türkei ebenfalls in zu Maßnahmen des hard balancing greifen, da der israelisch-arabische Konflikt aus Sicht Israels nur durch militärische Stärke handhabbar ist. Konfliktträchtig ist auch das Selbstverständnis der Türkei mit den erkennbaren Bestrebungen ihren Anspruch sich als Regionalmacht durchzusetzen, besonders entlang der südlichen und östlichen Mittelmeerküsten, zu etablieren. Dieser Sachverhalt wird vornehmlich von Israel wahrgenommen und zwingt dort zu Bemühungen dieses zukünftig zu unterbinden, um dann nicht einem arabischen Mittelmeerbündnis gegenüber stehen zu müssen.

Die zukünftige Lage kann, wie oben angeführt externe Akteure in einen etwaigen Konflikt involvieren. Denkbar wären dabei die USA als Verbündeter beider Staaten, in der Rolle des Vermittlers zwischen der Türkei und Israel, sowie die EU als Partner Israels. In jedem Fall besteht hier aber das Risiko der Überlagerung ursprünglicher Interessen durch die außen stehenden Parteien. Die zukünftigen Konflikte im Mittelmeerraum, vermutlich in Teilen noch basierend auf den Effekten des Arabischen Frühlings, sind, analog zu den für die Arktis

³⁵² Vgl: Barandat, J.: Wasser regionaler Konfliktstoff weltweiter Bedeutung, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Nr. 96, Hamburg, 1995, Seite 1 -47. Dort wird ein damaliger irakischer Regierungssprecher mit den Worten „Wir lassen uns das Wasser nicht abgraben. Notfalls führen wir darum Krieg.“

beschriebenen, in ihrem Fortgang von den klassischen Mechanismen der neorealistischen Theorie geprägt. Woraus sich schließen lässt, dass es sich auch hier um geläufige zwischenstaatliche Kontroversen handelt, deren Ausgang parallel zu historischen Vorgängen entschieden werden wird. Andererseits nehmen von nichtstaatlichen Akteuren geprägte innerstaatliche Konfliktherde, sowie die Einmischung von außenstehenden Handelnden einen nicht unwesentlichen Teil des komplexen Spektrums ein, so dass das Münklersche Konflikt- und Kriegsbild zur Beschreibung herangezogen werden kann. Hier zeigt sich die eingangs des Abschnittes genannte Vielschichtigkeit und Mehrdimensionalität der zukünftigen Konfliktfelder und Auslösern der Zunahme der kritischen Spannung im Beziehungszusammenhang zwischen den Staaten, deren Vermeidung oder Eindämmung nur mit ebenso mehrdimensional geschichteten Lösungen gelingen kann. Daher kann die Darstellung der Konfliktproblematik im Mittelmeerraum im Rahmen der vorliegenden Arbeit auch nicht abschließend und umfassend erfolgen, vielmehr galt es in diesem Fall exemplarisch Potenzialfelder aufzuzeigen. Interessant für weitere Untersuchungen kann u. a. die genaue Abgrenzung zwischen dem neorealistischen Bild des zwischenstaatlichen Konfliktes und der mit ihr verbundenen Konflikttheorie nach Link und dem Bild der neuen Kriege nach Münkler und Caldor sein.

5.3. Synopse des Konfliktpotenzials

In den Darstellungen des Kapitels 5 wird die Vielschichtigkeit der das Konfliktpotenzial induzierenden und verstärkenden Faktoren ersichtlich. Hervorzuheben sind dabei mögliche Konstellationen, die durch Umweltveränderungen hervorgerufen werden können. In erster Linie sind die Generierung und Intensivierung von Migrationsströmen, verbunden mit sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spannungen, ethnischen Auseinandersetzungen, organisierter Kriminalität und Staatenverfall bzw. failed states die bestimmenden Faktoren. Zu bemerken ist, dass hier ein erhebliches Risiko für bewaffnete Konflikte entstehen kann. Die heutigen Beispiele, wie das Horn von Afrika oder Nordafrika, zeigen bereits die möglichen Auswirkungen zukünftiger Auseinandersetzungen, nur in anderen Regionen der Erde. Insbesondere in den Entwicklungsländern Afrikas und Asiens sowie des Nahen Osten, sind etwa die Generierung oder Intensivierung von innerstaatlichen Kriegen, gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und Bauern, Flüchtlingsströme und Unruhen in den Megastädten bereits heute eine real vorhandene Bedrohung für die staatliche und regionale Stabilität. Es ist davon auszugehen, dass dieses Stabilitätsrisiko in den nächsten Jahrzehnten zunehmen wird, wenn sich die anfänglichen

Auswirkungen auf die Umwelt verstärken. Somit sind die dortigen klimainduzierten Kriege der Zukunft in die Kategorie neue Kriege nach Münkler einzuordnen. Zwischenstaatliche Konflikte um Ressourcen im Sinne der neorealistischen Betrachtungsweise sind jedoch für Regionen wie Nordafrika, der Türkei und des Nahen Ostens nicht auszuschließen, In diesem Kontext ist ebenfalls das mögliche Konfliktpotenzial in der Arktis zu sehen, in der vornehmlich geopolitische Faktoren, wie Grenzziehungen und Bodenschätze auf dem Meeresboden, im Fokus der zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten liegen. Aus den klimatischen Veränderungen und den sich daraus ergebenden Implikationen für die arktische Umwelt erwachsen nationale Ansprüche und Interessen einzelner Staaten, besonders hinsichtlich des Zugangs zu Rohstoffen und der Möglichkeit einer voraussichtlichen mehrmonatigen Schiffbarkeit der nördlichen Seewege. Eine staatliche Inbesitznahme von Gebieten der Arktis würde daher enorme Vorteile für Einzelstaaten bieten.

Diese Aussichten führten in der Vergangenheit dazu, dass sich eine Vielzahl von Nationen, insbesondere die Anrainerstaaten der Arktis, der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung dieser Region bewusst wurden und vermehrt Anspruch auf Territorien der Arktis erhoben haben. Die daraus resultierenden politischen Unstimmigkeiten sind jedoch bisher nicht zu einem Konflikt mit militärischen Mitteln eskaliert. Dies ist unter anderem dem geschuldet, dass der Großteil der in den Konflikt involvierten Staaten über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder in der NATO miteinander verbunden ist. Derzeit ist aber nicht absehbar, welche weitere Rolle diese beiden internationalen Bündnisse im weiteren Prozess der Entscheidung über die arktische Vormacht haben werden.

Es lässt sich festhalten, dass das Risiko von Konflikten für die Industriestaaten des Westens als gering einzustufen ist. Vielmehr wird Konfliktpotenzial, welches beispielsweise durch eine im Falle der Überflutungen ausgelöste Migrationsbewegung entsteht, mit zivilen und politischen Mitteln begegnet werden. Das Beispiel Fukushima vom März 2011 kann hierfür aufgezeigt werden. Das schließt jedoch nicht aus, dass nicht auch militärische Mittel als ultima ratio zur Verfügung stehen müssen.

Vornehmlich ist den oben dargestellten Entwicklungen mit politischen und ökonomischen Maßnahmen, insbesondere durch die Industriestaaten, nachhaltig zu begegnen. In den Industriestaaten selbst sind jedoch bereits erste Anzeichen für Analogien zu den Entwicklungsländern, besonders hinsichtlich der strategischen Ressourcen in den nächsten

Jahrzehnten zu erkennen (EEA 2003: 165-197)³⁵³. Aus der dadurch bedrohten Versorgung mit strategischen Gütern kann sich somit auch in der westlichen Welt ein mögliches neues Konfliktfeld ergeben, welches durch den Anstieg der kritischen Spannung hervorgerufen wird, der wiederum durch die strategischen Interessen, die als eher unvereinbar zwischen den Staaten einzuordnen sind, induziert wird.

Um der Gesamtentwicklung zu begegnen, für die Thematik zu sensibilisieren und bereits beschlossene Maßnahmen, wie etwa den Klimaschutz, umzusetzen, müssen sowohl nationale als auch internationale Gremien sowie informelle Foren aktiviert werden. Weiterhin ist die Staatengemeinschaft gefordert im Rahmen der Konfliktprävention und -eindämmung in potenziellen und aktuellen Konfliktregionen das Konzept der vernetzten Sicherheit (Borchert 2005: 1 ff)³⁵⁴ zu etablieren und durchzuhalten. Innerhalb dessen sollte auf ad hoc - Einsätze des westlichen Militärs verzichtet werden³⁵⁵, da diese nicht nachhaltig wirken und aufgrund der Vielzahl der bewaffneten Konflikte kaum zu bewältigen sind. Die derzeitigen Beispiele, wie Afghanistan, Irak, die gesamte Maghrebregion, insbesondere Libyen, Israel und Palästina sind nur ein Ausschnitt aus den zahlreichen Handlungsfeldern, in denen zwar militärische Optionen zum tragen kamen und kommen, jedoch die Nachhaltigkeit für eine dauerhafte Konfliktlösung kaum gegeben ist.

³⁵³ Vgl. European Environment Agency: „Third Environmental Assessment Report“, Chapter 8, Water, Kopenhagen 2003, Seite 165-197.

³⁵⁴ Vgl. Borchert, H.: in: Vernetzte Sicherheit, Leitidee der Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert – Band 1, Verlag Koehler/Mittler, Hamburg 2005, Seite 1 ff. Der Begriff vernetzte Sicherheit umfasst nicht nur den militärischen Sicherheitsbegriff. Vernetzte Sicherheit beinhaltet neben für alle Sicherheitskräfte gültige Doktrinen, Organisationsstrukturen, Training, Ausrüstungen, Personal und Einrichtung. Die Zusammenarbeit erweitert sich auf nichtstaatliche Organisationen (NGO's) und die Wirtschaft. In dieser vielschichtigen Umgebung wird die Verhandlungs- und Zusammenarbeitswilligkeit und -fähigkeit der einzelnen Akteure erheblich gefordert, um möglichst komplikationslose bzw. komplikationsarme politische Handlungsoptionen des Einsatzes von Sicherheitskräften zu ermöglichen.

³⁵⁵ Vgl. Joffe, J.: „Steine gegen Raketen“, in: Die Zeit, Nr.31, 26.07.2007, Hamburg 2007. Joffe schreibt in seinem Artikel: „Westlichen Armeen sind hocheffiziente Feuerwehren, keine Polizeitruppen, die ewig bleiben.“

6. Mögliche Szenarien im maritimen Umfeld bis 2030+

Um ein denkbare maritimes Umfeld der Zukunft darstellen und bewerten zu können, sowie in einem weiteren Schritt die Erfordernisse von umfassenden³⁵⁶ maritimen Fähigkeiten der Zukunft identifizieren und formulieren zu können, ist es zweckmäßig, auf dem genannten Zeithorizont unterschiedliche Optionen des denkbar möglichen maritimen Umfeldes zu erarbeiten. Hierzu sind in den nächsten Teilabschnitten unterschiedliche Zukunftsszenarien dargestellt, die sich aus heutiger Sicht aufgrund der in den vorderen Kapiteln dargestellten Faktoren ergeben könnten. Die Formulierung von derzeit nicht denkbaren, unerwünschten oder für unwahrscheinlich gehaltenen Szenarien ist dabei beabsichtigt. Die dargestellten Zukunftsszenarien sollen daher nicht zwingend dazu dienen, ein umfassendes reales Abbild zu liefern, sondern vielmehr Anstoß für eine strukturierte und fundierte Debatte über mögliche maritime Herausforderungen auf einer absehbaren Zeitachse zu geben. Daher wurden Wildcards in die Betrachtungen einbezogen, die nach heutiger Einschätzung zwar unwahrscheinliche Entwicklungen erwägen, jedoch bei einem Eintritt der Ereignisse erhebliche Auswirkungen auf das maritime Umfeld, und darüber hinaus, haben könnten.

Mit der Auswahl der drei folgenden Szenarien wurde versucht, die Faktoren des maritimen Umfeldes in einer möglichen Zukunftsprojektion zu kombinieren. Sie orientieren sich nicht an der Wahrscheinlichkeit des Eintrittes sondern vielmehr an dem Ziel, die Diskussion von Fragestellungen hinsichtlich der zukünftigen Herausforderungen mit einem maritimen Schwerpunkt zu unterstützen.

Die drei Szenarien decken sowohl die maritim relevanten Regionen der Erde ab, als auch die verschiedenen Konstellationen der möglichen Konflikte, die staatliche und lose organisierte, teils staatlich strukturierte Akteure berücksichtigen. Die Szenare beziehen im Kontext neben den sicherheitspolitischen Aspekten auch solche, die Energieversorgung und die Umweltveränderung betreffende ein. Weiterhin sind die Grundzüge der neorealistischen Betrachtungsweise, hinsichtlich der Balance of Power und des Link'schen Konfliktverständnisses aufgegriffen worden.

Anzumerken ist, dass die hier genannten Szenarien nur exemplarischen Charakter haben, da nicht alle Eventualitäten im Rahmen dieser Arbeit abgedeckt werden können. Sie sind als Rahmen für weitere Zukunftsszenarien zu verstehen und bieten, auch innerhalb der drei Szenarien selbst, Freiraum für Weiterentwicklungen und Kombinationen in andere

³⁵⁶ Hier sind sowohl zivile als auch militärische Fähigkeiten gemeint, so dass etwa dem Ansatz der Vernetzten Sicherheit und dem Comprehensive Approach der NATO entsprochen werden kann.

Richtungen mit veränderten Schwerpunkten. Aufgrund der Tatsache, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit nicht in die Betrachtungen einfließt, ist eine Untersuchung bezüglich der Validierung bzw. Verifizierung der Szenarien nicht möglich und auch nicht vorgesehen. Hierzu wäre notwendigerweise ein mathematischer Apparat heranzuziehen, dessen Einbindung den Rahmen der Arbeit überschreiten würde. Hier eröffnet sich eines der zukünftigen Betätigungsfelder in der Weiterentwicklung der Szenarien.

6.1. Zwischenstaatlicher Konflikt zwischen NATO-Staaten in der Arktis

Das im folgendem dargestellte Szenario beschreibt eine mögliche Entwicklung eines Konfliktes auf einer Zeitachse von heute bis 2030/2035, vor dem Hintergrund der Veränderungen der Umweltbedingungen. Im Fokus befindet sich dabei die Abnahme des Meereises im Arktischen Ozean bis zum Jahre 2030, woraus sich Perspektiven für den Rohstoffabbau und den Seeverkehr ableiten lassen.

Als Hauptakteure stehen neben den Arctic Five, China, Indien, Frankreich und Deutschland im Mittelpunkt der Betrachtungen. Zusätzlich werden multinationale Organisationen, wie NATO und EU, sowie die arktischen Ureinwohner, bspw. die Inuit, einbezogen.

Die Auslöser des Konfliktes sind das Interesse am Rohstoffabbau und die Kontrolle der arktischen Seewege, verbunden mit dem Ziel des regionalen Machtgewinns.

Seit 2007, als Russland seine Staatsflagge auf dem Mendelejewrücken verankerte, rückt die Debatte um die Arktis in den Fokus der internationalen Politik und führt, vornehmlich für die Arktisanrainerstaaten (Arctic Five), Russland, USA, Kanada, Dänemark und Norwegen, zu heftigen politischen Debatten und Verwerfungen. Im Zuge des seit 2009 erstmals festgestellten Abschmelzens des Meereises im Arktischen Ozean, wobei hier die Verringerung des mehrjährigen Eises als besonders gravierend anzusehen ist, erheben die Arctic Five territoriale Ansprüche an der Arktis, die sich u. a. in der Absicht, die EEZ³⁵⁷ auf 350 NM ausweiten zu wollen äußern.

Für Russland, Kanada und die USA steht dabei der Anspruch auf die territoriale Integrität der Nordost- bzw. der Nordwestpassage im Mittelpunkt der entstandenen, unüberwindbaren Streitigkeiten, die sich bis Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts verschärfen.

Im Zuge der Manifestierung der Ansprüche baut Russland seine Nordmeerhäfen zu Kriegshäfen aus. Der Hafen Murmansk wird als strategisches Drehkreuz für die russischen Streitkräfte etabliert, hier werden neben Kriegsschiffen mit Eisbrechfähigkeiten und

³⁵⁷ EEZ: Exclusive Economic Zone, gleichzusetzen mit der AWZ: Ausschließliche Wirtschaftszone

Niedrigtemperatur tauglichen Sensoren und Effektoren, umfangreiche strategische Luftstreitkräfte und arktisfähige Bodentruppen zusammengezogen, um kurzfristig Streitkräfte projizieren zu können. Der Hauptseeweg nach Asien, einschließlich des Zugangs zu den fernöstlichen russischen Häfen, wie Wladiwostok, wird für Russland übergangsweise die Nordostpassage, da China um 2020 den gesamten indisch-asiatisch-pazifischen Seeraum beherrscht, umfangreiche Restriktionen verhängt und Zölle für die Passage durch den Indischen Ozean und das Südchinesische Meer erhebt. Bis zum Abschluss der noch bis 2025 andauernden Modernisierung und Aufstockung der russischen Streitkräfte, hat Russland der chinesischen Vormacht nichts entgegenzusetzen und ist daher gezwungen auch die nicht ganzjährig eisfreien Seewege für den Seeverkehr zu nutzen. Zusätzlich ist es an der Ausweitung seiner arktischen Staatsgebiete interessiert, um den Rohstoffabbau vom arktischen Meeresboden sicherzustellen und mögliche bewaffnete Konflikte weit vom russischen Festland entfernt zu halten. Die Sicherung der territorialen Ansprüche soll durch die Arktisstreitkräfte erfolgen, die mit offensiven high intensity Fähigkeiten ausgestattet werden.

Auf der gleichen Zeitachse bis 2020 wird sich der Streit zwischen den USA und Kanada verschärfen und in umfangreiche Rüstungsprogramme münden. Letztere verfolgen dabei das Ziel, über durchhaltefähige Arktisstreitkräfte zu verfügen. Ferner rückt der Seeverkehr stark in den Fokus beider Staaten. Die USA sehen sich durch den kanadischen territorialen Anspruch auf die Seegebiete der Nordwestpassage in ihrer Freiheit des Seeverkehrs eingeschränkt, da umfangreiche Meldesysteme entlang der Nordwestpassage durch Kanada, in Übereinstimmung mit UN-Richtlinien, installiert und etabliert wurden. Gleiches gilt auch für die Nordostpassage in Verbindung mit russischen Gebietsansprüchen. Kanada setzt die Einhaltung der Meldepflichten restriktiv durch, was aus Sicht der USA besonders für die Kriegsschiffpassage und die Projektionsbestrebungen nicht akzeptabel ist und so mehrfach zu Spannungen zwischen den Staaten führt. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass das bisherige Ansehen der USA bei den westlichen Industrienationen und der damit verbundene Einfluss zwar noch existent ist, aber infolge der gegen Ende 2010 aufgetretenen und sich bis 2020 stetig verschärfenden wirtschaftlichen und innenpolitischen Problemstellungen, in erheblichem Maße geschwächt wird. Hohe Staatsverschuldung zwingt die USA zu drastischen Sparmassnahmen in der Entwicklungshilfe und bei den Rüstungsprojekten und führt auch weltweit gesehen zu Einflussverlust, und damit verbunden zum Verlust regionaler Hegemonie. Im indisch-asiatischen und asiatisch-pazifischen Raum wird diese Vormachtsstellung nun durch dominante asiatische Staaten, sowohl einzeln als auch im

Bündnis, ausgeübt. In der Reflektion auf die innenpolitische Stabilität der USA führt dieser Sachverhalt zum Verlust von Ansehen und Glaubwürdigkeit der Regierung, sowohl beim einzelnen Bürger als auch bei den Vertretern der Wirtschaftszweige. Die gewählten Regierungen haben folglich keine Handlungsspielräume um Beschlüsse durchzusetzen, was eine konstruktive Regierungsarbeit kaum möglich macht. Die außenpolitische Wahrnehmung der USA verliert, sowohl innerhalb der Gremien wie NATO und G-20, als auch in bilateralen Kontext weiter an Stellenwert. Die internationale und nationale politische Handlungsfähigkeit der USA ist somit nur eingeschränkt gegeben und wird immer häufiger durch Länder wie China oder auch Brasilien und Venezuela beeinträchtigt. Eine von Stärke geprägte US-Politik ist daher nicht möglich und manifestiert sich auch in der eher schattenhaften US-Arktispolitik. Während der zehn Jahre nach dem Abschluss des Abkommens zwischen Norwegen und Russland im Frühjahr 2011 haben sich beide Staaten wirtschaftlich angenähert. Es wurden bilaterale, strategisch ausgerichtete Vereinbarungen bezüglich der gemeinsamen angewandten Meeresforschung geschlossen, die zusätzlich in die Gründung eines beidseitigen Unternehmens mündeten. Ziel ist, gemeinsam auf einer Zeitachse von ca. 30 Jahren, ungeachtet der Ansprüche der anderen Arktisanrainer, die Meeresbodenerkundung und den Meeresbodenbergbau zu initiieren und zu festigen. Zur Untermauerung der gemeinsamen Absichten fanden bereits mehrere Manöver der Arktisstreitkräfte beider Staaten statt. Eine strategische Allianz gilt als manifestiert. Dieser, die Allianz schwächende Alleingang Norwegens weckt Besorgnisse bei den NATO-Partnern. Eine Lösung des Problems bzw. eine Einigung zwischen Russland und NATO im Rahmen des NATO-Russland-Rates konnte, aufgrund des Widerspruches anderer NATO-Mitglieder mit eigenen Arktisansprüchen, nicht herbeigeführt werden. Auf der Ebene EU verliefen die durch die führenden EU-Nationen Deutschland und Frankreich initiierten Bemühungen ähnlich negativ. Russland und Norwegen sehen sich, unter Verweis auf den Beobachterstatus der EU im Arktischen Rat, nicht an deren Einlassungen gebunden. Sowohl diplomatisch als auch militärisch fehlen der EU Handlungsmittel um einer Verschärfung der Streitigkeiten entgegenzuwirken. Dies ist umso dramatischer, als Dänemark als EU-Mitglied involviert ist und durch die zunehmenden auch aggressiv agierenden Ureinwohner auf Grönland zum Handeln gezwungen wird. Dänemark, das sich sonst in einer eher untergeordneten Rolle sieht, wird bis 2020 in eine neue Rolle gedrängt. Deutschland orientiert sich daher stärker an den bereits bestehenden Wirtschaftsbeziehungen zu Indien und China. Speziell mit letzterem werden bilaterale Abkommen zur wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit erneuert und verlängert,

um so, neben anderen Maßnahmen, die Sicherheit der Rohstoffversorgung gewährleisten zu können.

Zusätzlich engagieren sich bis 2020 zunehmend periphere Nationen im schwelenden Konflikt in der Arktis, um auch dort, analog zu den Bemühungen in Afrika, am Rohstoffabbau beteiligt zu sein. Als Hauptakteure versuchen dabei China und Indien sich Einfluss und Marktanteile zu sichern. Dieses geschieht über den Ankauf umfangreicher Aktienpakete internationaler, vornehmlich europäischer Technologie- und Offshoretitel. Begünstigt werden diese Aktionen dadurch, dass auch weiterhin keine multilaterale Übereinkunft bezüglich der Arktisproblematik zustande gekommen ist. Bisher war der Erfolg der chinesischen bzw. indischen Bemühungen nur marginal, so dass im Zuge der weiteren Vernetzung zwischen den Volkswirtschaften und auch der Staatengemeinschaft die Wirtschafts- und Militärsplionage eine neue Dimension erreicht. Als weiteren Schritt planen beide Nationen die Entsendung von Kriegs- und Forschungsschiffen in die Arktis im Rahmen von umfassenden Langzeit-Nordpolarexpeditionen, die durch Deutschland, das umfangreiche Erfahrungen in der Polarforschung aufweist, materiell und personell unterstützt.

Ab dem Jahre 2020 verschärfen sich die Positionen der Anrainerstaaten. Ein internationales Abkommen ist aufgrund der nationalen Interessen nicht mehr absehbar. Sowohl die NATO als auch die EU als friedensordnende Gremien haben an politischer Durchschlagskraft verloren. Besonders für Kanada, dessen Grenzen in der Arktis mit denen mehrerer gegensätzlich agierender Staaten zusammenfallen, verringert sich der diplomatische Spielraum, speziell hinsichtlich der weiterhin offensiven und fordernden Haltungen Russlands und Norwegens. Den stetig zunehmenden militärischen Aktionen der beiden Staaten am Rande seiner Territorialgewässer konnte Kanada bisher mittels polizeilicher Kräftedemonstration begegnen, so dass eine kriegerische Konfrontation ausblieb. Die Verhandlungen mit den USA zur Frage der Nordwestpassage ruhen seit 2020 ohne Aussicht auf Weiterführung. Norwegen, welches sich zunehmend von der NATO entfernt hat, schließt weitere militärische Aktionen, die von Russland unterstützt werden, gegen Kanada nicht aus. Eine durch Kanada initiierte Intervention des UN-Sicherheitsrates kommt nicht zustande. Die Priorisierung eigener arktischer Interessen dreier ständiger Mitglieder verhindern eine Abstimmungsmehrheit und führen daher zur Handlungsunfähigkeit der Organisation. In der Folge sieht sich Kanada gezwungen die Absicht zur Wahrung nationaler Interessen durch die Dislozierung eigener offensiver Seestreitkräfte an seinen Außengrenzen zu untermauern. Bis zum Jahre 2030 stehen sich Seestreitkräfte Norwegens, Russlands und Kanadas, in offensiven Manövern und Störaktionen des zivilen Seeverkehrs gegenüber. Die USA halten sich mit Einsatz ihrer

strategischen Luftflotten entlang der arktischen strategischen Routen, die 2010 nach 20 Jahren wieder aktiviert wurden. Die anderen Arktisnationen verharren im Status der Verhandlungen im Rahmen des UNCLOS, jedoch ohne Ergebnisse oder Annäherungen. China und Indien gewinnen, im Hintergrund agierend, immer größeren Einfluss in der Region, was jedoch aufgrund der Fokussierung der Anrainerstaaten auf die eigene Position und die des Nachbarstaates, kaum wahrgenommen und kommentiert wird. Die EU und NATO spielen bedingt durch ihre Uneinigkeit und unabgestimmte, nicht tragfähige Position bezüglich der Arktisfrage keine Rolle mehr.

In der Bewertung des Szenarios lässt sich ausführen, dass die Ausgangssituation großflächig an derzeit reale Gegebenheiten, Interessen und Absichten der Akteure angelehnt ist. In der fiktiven Fortschreibung schildert das Szenario wirtschafts- und bündnispolitische Abhängigkeiten und Fähigkeitszuwächse einzelner Staaten und weist auf den eher schleichenden Technologietransfer und die Zunahme der Umsetzung von machtpolitischen, konfliktbehafteten Interessen. Es zeigt gleichzeitig die damit verbundene Einschränkung der Handlungsoptionen einzelner Staaten. Eine Durchsetzung der Interessen, hier der vereinbaren im Beziehungszusammenhang zwischen den Akteuren, kann nur durch die Erweiterung oder Umorganisation der Beziehungen, etwa in Form von Allianzen, erfolgen.

Die fiktive Fortschreibung zeigt auch Möglichkeiten zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklungen und neuer bzw. geänderter Bündnisstrategien, sowie Auswirkungen einer zunehmenden Handlungsunfähigkeit und Bedeutungslosigkeit multinationaler Gremien, Bündnisse oder auch einzelner Staaten. Ein international abgestimmtes Vorgehen in der Arktis ist somit undenkbar. Ausnahme wäre hier lediglich eine UN-Resolution, deren Erfolg jedoch als fraglich zu bewerten ist. Auch der Einsatz von militärischen Mitteln zu Kampfhandlungen auf der gesamten Intensitätsskala bewaffneter Konflikte erscheint vor dem Hintergrund der Szenarioanlage nahezu unmöglich. Die Handlungsunfähigkeit der internationalen Organisationen, welche gleichzusetzen ist mit einer Handlungsunfähigkeit der Strukturen des internationalen Systems, die einem Stillstand in der Konfliktregulierung gleich kommt, lässt nach dem Link'schen Verständnis eine komplette Neuorganisation der internationalen Beziehungen erforderlich werden, um die friedlichen Maßnahmen der Konfliktlösung ausschöpfen zu können. Die genannte militärische, also gewaltsame Konfliktlösung wäre eine Folge aus dem Versagen der Neuorganisation der internationalen Beziehungen.

Nicht zu unterschätzen ist die Einflussnahme auf politische Entwicklungen über wirtschaftliche Verflechtungen und Bündnisse sowie Aktivitäten, wie umfangreiche Aktienankäufe. Hier können, wie dargestellt, Interessen von global agierenden und nach Hegemonie strebenden Staaten mit friedlichen bzw. wirtschaftlichen Mitteln schleichend, auch unter Umgehung von Konfliktlösungsregularien, durchgesetzt werden. Die Durchschlagskraft derartiger Maßnahmen im Hintergrund ist als besonders hoch einzuschätzen und muss bei der weiteren Zukunftsentwicklung, auch für simulierte Szenaranteile berücksichtigt und gewichtet werden. Ebenso ist das kritische Spannungspotenzial der Zukunft von Relevanz, da anzunehmen ist, dass sich dieses durch die schleichende und anscheinend unmerkliche Interessendurchsetzung von einzelnen Akteuren und dem daraus resultierenden zwischenstaatlichen Misstrauen bzw. Dissens erhöht.

6.2. Zwischenstaatlicher Krieg im Pazifik

Das nachfolgende Szenario schildert politische und wirtschaftliche Entwicklungen im pazifischen Raum unter Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse im indisch-asiatischen Raum auf einer Zeitachse bis 2030. Das Szenario berücksichtigt den Zuwachs an politischem Einfluss einzelner Nationen, in der Region, wie China und Indien, den Verlust der Vormachtstellungen der westlichen Industrienationen, sowie daraus resultierende mögliche Konfliktherde. Detaillierte Entwicklungen in der indisch-asiatischen Region, insbesondere die von Pakistan, wird in diesem Szenario nicht betrachtet, vielmehr liegt der Fokus auf dem asiatisch-pazifischen Raum.

In den Jahren nach 2010 wirkte sich die Überschuldung der westlichen Industrienationen nachhaltig auf die wirtschaftliche Prosperität der Nationen aus. Dem entgegen entwickelten sich Schwellenländer zu wirtschaftsführenden Nationen. Damit verbunden war eine Steigerung des Selbstbewusstseins dieser Staaten, allen voran Chinas und Indiens. Augenfällig ist hier im Sommer 2011 das Angebot Chinas zum Aufkauf europäischer Staatsanleihen, wie beispielsweise von Italien, um dafür im Gegenzug unbeschränkten Zugang zu westlichen Technologien und Märkten zu erhalten. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung zeigten die rüstungstechnologischen Bemühungen positive Tendenzen. Diese schlugen sich etwa in den ersten Fahrversuchen des chinesischen Flugzeugträgerbaus, eines der markantesten Ereignisse im Sommer 2011, nieder. Gleichzeitig schlossen Iran und Nordkorea einen Vertrag über die nukleare Zusammenarbeit. Als, im chinesischen

Selbstverständnis verankerte, Pufferzone zum Westen, dessen Vertreter Südkorea und Japan sind, erhält Nordkorea entsprechende Unterstützung durch China.

Indiens seit 2009 aufgelegtes Rüstungsprogramm lässt ebenfalls auf dessen wirtschaftliches Potenzial und die möglichen politischen Interessen in der indisch-asiatischen Region schließen.

Dem gegenüber steht der 2011, mit der Erdbebenkatastrophe induzierte, langsame wirtschaftliche Einbruch Japans und die durch die Finanzkrise verstärkende Abschwächung der US-Wirtschaft, mit Auswirkungen auf Südkorea und Taiwan. Dieser Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung wirkt sich bis 2020 negativ aus. Einerseits ist die Präsenz von Seestreitkräften Japans und der USA im asiatisch-pazifischen Raum betroffen, und andererseits führt die Reduzierung der Rüstungsausgaben zu einer generellen Einbuße an maritimen Fähigkeiten. Im Ergebnis verliert insbesondere die USA an politischen Einfluss in Asien, verstärkt durch eine durchsetzungsschwache Regierung und innenpolitische Uneinigkeit und Machtkämpfe, was um 2025 den, zumindest zeitweisen Verlust der regionalen Hegemonie zu Folge hat, der durch China ausgefüllt werden kann. Ermuntert dadurch, versucht China im Bündnis mit Indien im gesamten asiatischen Raum vom Golf von Aden bis zum südlichen Pazifischen Ozean, einschließlich der Seegebiete um Mikronesien seine Einflussphäre auszubauen. In diesem Kontext manifestiert China seinen Führungsanspruch auf die Vormacht in der Region durch die, auf der Grundlage eines Memorandums of Understanding (MoU), mit Indien vereinbarten uneingeschränkten Nutzung von Häfen als Kriegsschiffstützpunkte am Golf von Bengalen und entlang der Ostseite des Arabischen Meeres auf einem Zeithorizont bis 2020, wodurch die bis zu diesem Zeitpunkt geschaffenen zwei Trägerkampfgruppen und mehrere nuklearbetriebenen U-Boote in die Lage versetzt werden bis zum Ausgang des Suezkanals operieren zu können. Zwischen beiden Staaten bestehen zusätzlich bilaterale Abkommen über wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit. Die neu gewonnene Stärke bewegt China, nach zehnjähriger Pause, das Ziel der Integration Taiwans in das chinesische Hoheitsgebiet wieder offen zu betreiben.

Die restlichen Nationen, insbesondere die im südostasiatischen Raum, verfolgen die Entwicklungen mit Sorge und Argwohn. Gleiches gilt für Australien und Neuseeland. Australien reagiert auf die seit 2009 zunehmenden Projektionsbestrebungen Chinas im pazifischen Raum mit einem bis 2015 angelegten Rüstungsprogramm für die Marine und die Luftwaffe. Ziel dabei ist die Stärkung der Fähigkeiten für bewaffnete Konflikte im oberen Bereich des Intensitätsspektrums.

Aufgrund der schwachen Position der USA im indisch-asiatischen Raum können US-Seestreitkräfte, insbesondere die Trägerkampfgruppen, deren einziger Abstützpunkt im Indischen Ozean auch 2020 weiterhin nur Diego Garcia ist, nur eingeschränkt operieren. Gleiches gilt für den asiatisch-pazifischen Raum, zwar sind sowohl in Japan als auch auf Taiwan US-Flottenstützpunkte in Betrieb, diese werden jedoch nur zeitweise angelaufen, eine permanente Präsenz von US-Schiffsverbänden ist seit 2020 nicht mehr gegeben.

Aufgrund der sicherheitspolitisch ungünstigen Position der westlichen und südostasiatischen Nationen sowie der damit verbundenen Sorge hinsichtlich der indisch-chinesischen Intentionen wurde 2021 in Sydney auf einer durch Australien initiierten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien, neben der wirtschaftlichen auch die sicherheits- und militärpolitische Kooperation beschlossen. Dies führte zum Vertrag von Sydney, in dem Australien, Neuseeland, die USA; Taiwan, Japan, Südkorea, die Philippinen und Indonesien eine Beistandsvereinbarung im Falle von militärischen Handlungen Chinas und seiner Verbündeten im pazifischen Raum unterzeichneten. Zweck des Vertrages ist die Stärkung der westlichen Position mit dem mittelfristigen Ziel die chinesische Vormachtposition nachhaltig zu schwächen, gleichzeitig wird somit der Wille zur Bildung eines Gegenpols zur Allianz China/Indien signalisiert und operationalisiert.

Dessen ungeachtet, verfolgt China seine Wirtschaftspolitik der intensiven Ausbeutung der natürlichen Ressourcen mit den entsprechenden Folgen. Der Trinkwasserbedarf in China kann aus den stark reduzierten Grundwasserreserven des Festlandes nicht mehr hinreichend gedeckt werden. Dieser Sachverhalt begründet sich vornehmlich in anthropogenen Umweltveränderungen. Ausgeprägte Umleitungen der großen Flüsse wie Yangtze oder Amur, bzw. deren Verschmutzung durch Industrieabwässer sind Hauptursachen für die Wasserverminderung und damit für zunehmende Verwüstung. Für die Versorgung mit dem Hauptnahrungsmittel Fisch stellt sich die Sachlage gleichartig dar. Die Bestände sind bis 2020 sowohl in den Süßgewässern als auch im Küstenmeer, der chinesischen EEZ, stark rückläufig. Die Suche nach Alternativen mündet in die Idee, Fischfang und Trinkwasserherstellung mittels maritimer Plattformen im Pazifik zu betreiben, und führt China zu einer aggressiven Ausdehnung seiner maritimen Aktivitäten weit über die eigene EEZ hinaus. Seit dem Jahr 2020 verfügt das Land auf dem maritimen Sektor neben den Trägerkampfgruppen über eine umfangreiche Flotte von Großtankern von bis zu 400 m Länge und schwimmenden Fischfabriken in der gleichen Dimension: Beide verfügen über einen alternativen Antrieb, der auf dem Einsatz von großflächigen Windsegeln und von Windrädern an Bord beruht. Diese

Technologie gewährleistet den Einsatz in heimatentfernten Gebieten bei geringer Nachversorgung. Die Großtanker werden dabei vorwiegend zur Erzeugung von Trinkwasser aus Meerwasser eingesetzt. Chinesische Tanker- und Fischflotten dringen bis in die EEZ von Neuseeland, Australien und Taiwan vor, um dort ohne Genehmigung zu fischen und Trinkwasser zu produzieren. Die chinesische Regierung betrachtet die taiwanesischen Gewässer dabei als eigene Hoheitsgewässer und begründet damit den Nutzungsanspruch für das chinesische Festland. Die betroffenen Staaten begegnen bisher den Vorkommnissen zunächst mit politischer Umsicht und Diplomatie, erhöhen aber zur Demonstration der Stärke und des Durchsetzungswillens eigener Interessen die Präsenz von Kriegsschiffen in ihren Territorialgewässern. Aufgrund der zunehmenden Spannungen, bedingt durch die weitere uneingeschränkte eigene Ressourcenpolitik, setzt China vermehrt Kriegsschiffsverbände zum Schutz der Tanker und Fischereifahrzeuge ein, die ab 2025 nicht mehr als Einzelfahrzeuge agieren dürfen, dies betrifft insbesondere die Trinkwassererzeugungsschiffe.

Ab dem Jahre 2025 forciert China seine Haltung gegenüber Taiwan mit dem nachdrücklichen Ziel der Reintegration der Insel in das chinesische Staatsgebiet. Dazu verlegt eine der zwei Trägerkampfgruppen in das Ostchinesische Meer, an die Grenze zur Philippinensee, östlich Taiwans. Sowohl für Japan als auch die USA ist diese Verlegung nicht ohne weiteres hinnehmbar, da insbesondere die USA sich weiterhin als Schutzmacht der Insel versteht. Die USA reagiert umgehend mit der Verlegung einer Trägerkampfgruppe von Japan in das Seegebiet.

Ab 2025 verursachen die unbeeindruckten Fischerei- und Wasseraufbereitungsaktivitäten Chinas, unterstützt durch Indien, in Gewässern um Neuseeland mehrere bewaffnete Zwischenfälle mit dem Verlust an Kriegsschiffen und Menschenleben. Die sicherheitspolitische Lage in der Region ist durch Konfrontationswillen beider Seiten gekennzeichnet. Chinesische Kriegsschiffe attackieren regelmäßig westliche Fischereifahrzeuge und deren Fischereischutzkräfte und blockieren die freie Durchfahrt des Seeverkehrs in und aus Richtung Neuseeland und Australien.

Sowohl Taiwan als auch Neuseeland rufen 2026 den UN-Sicherheitsrat an, um der Eskalation der letzten fünf Jahre Einhalt zu gebieten. Eine entsprechende Resolution wurde jedoch mangels Einigung nicht verfasst. In der Folge sehen sich die westlichen Staaten 2027 zu einem Befreiungsschlag gezwungen und führen im Rahmen des Vertrages von 2021 unter australischer Führung eine gemeinsame Militäraktion gegen China durch. Nahezu parallel zu den Kampfhandlungen erahnt China die Möglichkeit eine für sich günstige Entscheidung in der Taiwanfrage herbeizuführen. Dazu werden neben chinesischen Seestreitkräften auch

nordkoreanische Marinekräfte in die Seegebiete vor Taiwan verlegt. Nur durch die schnelle massive Stationierung von Streitkräften einer Koalition der Willigen, die neben den USA, aus verschiedenen ASEAN-Staaten besteht und unter der Führung der USA und Japans operiert, kann eine Eskalation der Lage zu einem Krieg um Taiwan verhindert werden. Die Positionen der Parteien sind jedoch seit dem verhärtet, und die Beziehung zwischen China und Taiwan liegen im Jahre 2030 auf Eis. Militärische Präsenz auf beiden Seiten ist für die Verhinderung einer einseitig initiierten Konflikteskalation weiterhin notwendig.

In den auf den Ausbruch der Kampfhandlungen mit der westlichen Allianz folgenden sechs Monaten konnte China, nach weiteren Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat, dazu bewegt werden die Blockade aufzuheben und die EEZ der betroffenen Staaten zu verlassen. Daraufhin wurden beidseitig die Kampfhandlungen eingestellt, es verblieben jedoch offensive Seestreitkräfte in der Region um dem Staus quo zu garantieren. Die Kontrahenten beabsichtigen innerhalb von weiteren 3 Monaten multilaterale Verhandlungen über einen Friedensvertrag aufzunehmen und darin die Frage nach Nutzungsrechten im Rahmen des Seevölkerrechtes zu behandeln.

China ist am Ende des Konfliktes, um 2028, politisch geschwächt. Innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas gewinnen die Nationalisten, neben den wirtschaftlich ausgerichteten Liberalen und den sozial ausgerichteten Linken, eine der drei bestimmenden Strömungen der KP, an Einfluss. Die innenpolitische Stabilität schwindet zusätzlich durch das Abflauen des wirtschaftlichen Aufschwungs und Technologietransfers in den letzten Jahren, was dazu führt das die hohen Rüstungs- und Militärausgaben nicht mehr getragen werden können.

Diese Instabilität schlägt sich, zusätzlich verstärkt durch den Stillstand in der Entwicklung und Beschaffung hochmoderner Waffensysteme, auf das Engagement Chinas in Ostasien nieder. Die Koalition mit Indien bleibt weiterhin bestehen. Beide Staaten rücken jedoch in Fragen der Sicherheitspolitik von einander ab, da Indien den Nachbarstaat Pakistan im Fokus hat, welcher sich in den letzten Jahren zu einem islamistischen Gottesstaat entwickelt hat. China schränkt unterdessen seine Nutzung der Häfen entlang des indischen Subkontinentes ein, und verlagert seine Kräfte in den asiatisch-pazifischen Raum. Eine vollständige Lösung der Sicherstellung der strategischen Güter, wie Wasser und die umfassende Versorgung der Bevölkerung, ist nicht erreicht worden. Hier hofft China nun auf die Unterstützung der UNO. Die EU und NATO nehmen im gesamten Konflikt keine Position ein. Sie verhalten sich passiv und abwartend, verursacht vorwiegend durch die fehlende Durchschlagskraft der Beschlüsse in den Gremien und die Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten. Insbesondere die EU

kann sich seit Jahren auf keine gemeinsame Position in der GSVP einigen, so dass deren internationale Relevanz als marginal angesehen wird.

In der bewertenden Betrachtung des dargestellten Szenarios werden als Schlüsselemente die Verflechtungen und Abhängigkeiten der Zukunft im asiatischen Raum beschrieben, sowie die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen hervorgehoben. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass im Laufe der nächsten 20 Jahre eine Machtverschiebung von den bisherigen westlichen Industriestaaten, vornehmlich der USA und Japan, hin zu China und Indien erfolgt. Aus der gestärkten Position der beiden Staaten, insbesondere der von China, heraus erwachsen neue machtpolitische Ansprüche, die letztlich die bisher niedrige Skala des Konfliktpotenzials in der Region anheben. Begünstigt wird dieser Anstieg durch den zunehmend offensiver werdenden Wettbewerb³⁵⁸ um natürliche Ressourcen, wobei hier Trinkwasser und Fisch nur exemplarisch für andere aufgeführt sind. Beide sind Güter mit strategischer Dimension, deren ausreichende Verfügbarkeit, gewährleistet vorzugsweise durch die Nutzung alternativer maritimer Hochtechnologie gepaart mit entsprechendem Schutz, von vornehmlicher Bedeutung ist. Dies gilt nicht nur für China und Indien, sondern auch für ihre strategischen Verbündeten, deren Bevölkerung teilweise lang andauernde Hungersnöte erleiden muss, wie am Beispiel Nordkorea ersichtlich ist. Die bereits heute existierende, eher verdeckte chinesische Unterstützung Nordkoreas, lässt auf einen zukünftigen Anstieg der Aktivitäten zur Sicherung strategischer Güter schließen, besonders vor dem Hintergrund der geschilderten zwischenstaatlichen Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum. Im Szenario wird weiterhin abgebildet, dass die westlichen Staaten, einerseits aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklungen in Asien und andererseits durch innenpolitische Uneinigkeit und daraus folgende Instabilität, an politischer Bedeutung einbüßen. Dies wirkt sich, auf deren politische Handlungsfähigkeit hinsichtlich des internationalen Konfliktmanagements und der Konfliktprävention, und somit auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Konfliktregulierung, im Sinne der Gestaltung der Strukturen bzw. Organisationen in den internationalen Beziehungen, aus und absehbar zur Bedeutungslosigkeit von internationalen Gremien, wie EU und auch NATO, im asiatischen Raum bei.

³⁵⁸ Hier handelt sich um Wettbewerb im Sinne der Link'schen Unterscheidung zwischen Wettbewerb und Konflikt, da die unvereinbaren Interessen, hier die bezüglich der natürlichen Ressourcen, nicht unmittelbar eine kritische Spannung induzieren, wodurch der Wettbewerb zum Konflikt aufwächst. Das Potenzial der Zunahme der kritischen Spannung ist jedoch in diesem Fall, besonders durch die strategische Dimension der Interessen, gegeben, und bietet daher das Potenzial für Konflikte.

Das Szenario bietet in der Gesamtbetrachtung Ansatzpunkte für mögliche friedenserhaltende Einsätze mit verschiedenen Konstellationen an Verbündeten und schildert den Rückzug von EU und NATO aus dem internationalen Konfliktmanagement, bedingt durch finanzielle und politische Vorbehalte einzelner Mitglieder, besonders hinsichtlich der gemeinsamen Position in der GSVP, vorwiegend hervorgerufen durch Partikularinteressen der Mitglieder, die mit einer möglichen Schwächung der jeweiligen nationalen Souveränität verbunden wäre. Der aufgezeigte zwischenstaatliche, bewaffnete Konflikt soll darauf hinweisen, dass auch im maritimen Umfeld der Zukunft nicht nur Konflikte am unteren Intensitätsspektrum, meist mit nichtstaatlichen Akteuren, wie bei der Piratenabwehr, denkbar sind. Vorstellbar sind auch Kampfhandlungen zwischen staatlich legitimierte Streitkräften, als Mittel der Durchsetzung von politischen Interessen, die in zukünftige sicherheitspolitische Überlegungen zur Konfliktgenerierung einfließen müssen. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass das maritime Konfliktpotenzial im asiatischen maritimen Umfeld liegen wird. Es wird jedoch auch davon ausgegangen, dass die möglichen neuen Regionalmächte nicht nachhaltig ihre Position stärken und sichern können, da innenpolitische Strömungen in der Zukunft an Relevanz gewinnen. Im Falle von China könnte dies in ca. 20 Jahren dahingehend erfolgen, dass Linke oder Nationalisten die KP-Führung innehaben oder dass demokratische Kräfte, wie letztmalig 1989 die Studentenbewegungen, an Einfluss gewinnen. Die politische Meinungsbildung wird dann nicht mehr vom wirtschaftlichen Aufschwung und dem daraus resultierenden Konsumbegehren der Bevölkerung überdeckt bzw. ausgeblendet werden können. Neue Ideen fänden so breites Gehör und stellten politisches Entzündungspotenzial dar.

Das vorliegende Szenario greift in seiner Anlage reale Grundannahmen auf, in dem generelle Aussagen und Dokumente der möglichen Akteure analysiert wurden. In diesem Zusammenhang wurde auch das derzeitig propagierte chinesische Weltbild einbezogen, in dem die neorealistic Weltansicht breiten Raum einnimmt³⁵⁹. Daher wurde versucht, auf den Aspekt der Bündnisbildung hinzuweisen, die ein wichtiges Werkzeug des chinesischen „soft balancing“ darstellt. Im Gegensatz zur großen umfassenden Bündnisbildung, wird jedoch derzeit eher die Partnerschaft mit einzelnen Staaten, wie Russland, Brasilien, Indien und Südafrika, gesucht. Es ist davon auszugehen, dass diese Partnerschaften nachhaltig sind

³⁵⁹ Prof. Dr. M. Staack, HSU/UniBw Hamburg, verwies in seinem Vortrag zur aktuellen chinesischen Situation, auf das in China derzeit existierende neorealistic Weltbild in seinem Politikverständnis. Staack, M.; Vortrag China im Alleingang zur Weltmacht? Eindrücke aus dem Besuch Pekings im September 2011, Marineamt Bremerhaven, 12.10.2011.

und in der Zukunft bestehen bleiben. Gleiches gilt für die strategische Partnerschaft zwischen China und Deutschland, so dass China ein ausgesuchtes und umsichtiges soft balancing weiterhin verfolgen wird. In der Weiterführung der Überlegungen dieses Szenarios ist es, vor einer weiteren möglichen Entwicklungsprognose erforderlich, zu analysieren, welche grundsätzliche Strömung in der politischen Elite verfolgt wird. Hier bieten sich zwei Wege an, die aus heutiger Sicht denkbar sind, einerseits die friedliche und zurückhaltende, wirtschaftlich nachhaltige Prosperität des Landes verbunden mit einer starken internationalen Einbindung und Einbringung in die Weltgemeinschaft³⁶⁰, und andererseits, die Ausrichtung auf den Anspruch einer Weltmacht, begründet in der wirtschaftlichen und militärischen Stärke. Im Falle eines unumgänglichen Erfordernisses, ist hier gleichermaßen der Einsatz militärischer Mittel Teil der Möglichkeiten. Aus Sicht des Autors wird zukünftig die zweite genannte Entwicklung, in einer abgemilderten Form verfolgt werden, was sich in der Anlage des obigen Szenarios widerspiegelt. Allein die hier aufgeworfene Frage nach der grundsätzlichen Richtung Chinas, als Führungsnation in Ostasien zeigt, dass weitere Überlegungen zum Generalthema des Szenarios notwendig und interessant erscheinen. Bezüglich des neorealistischen Weltbildes Chinas, ausgerichtet auf soft balancing, stellt sich für die Zukunft die Frage nach der Vereinbarkeit von gewünschter Wahrnehmung und Realität. Aus der Sicht der Konfliktgenerierung ergibt sich die Frage nach der Zunahme des kritischen Spannungspotenzials, da etwa das chinesische Streben nach Regional- bzw. gar Welthegemonie ein mit dem internationalen System unvereinbare(s), konfliktbehaftete(s) Tendenz bzw. Interesse darstellt, welches besonders durch die westlichen Staaten nicht ohne Gegenmaßnahmen hingenommen werden wird. Deshalb erscheint die weitere, langfristig angelegte Analyse der asiatisch-pazifischen Region als besonders angebracht, auch vor dem Hintergrund der Fernwirkung³⁶¹ der dortigen Entwicklung auf Europa und den amerikanischen Kontinent.

6.3. Konfliktprävention im Östlichen Mittelmeer

Das Szenario betrachtet den östlichen Mittelmeerraum auf einer Zeitachse bis 2030. Beschrieben werden Entwicklungen im Nahen Osten, die örtlich auf Gaza/Palästina und Israel

³⁶⁰ Hier würde nach (Link 1979:) das Element der Integration, zur Konfliktvermeidung bzw. -regulierung Anwendung finden, da so China fester in die internationalen Beziehungen eingebunden werden würde.

³⁶¹ Hier sind die Wirkungen auf Asien ebenfalls eingeschlossen, diese werden jedoch nicht als Fernwirkungen angesehen, sondern sind in unmittelbarer Nähe bzw. regional.

beschränkt werden. Aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zur Maghrebregion und der Rolle der Türkei im östlichen Mittelmeer werden diese Nationen peripher mit betrachtet.

In der Ausgangslage wird von einem selbstständigen palästinensischen Staat, und einer darin zugestandenen Autonomie Gazas ausgegangen. Des Weiteren werden Grundzüge einer wirtschaftlichen Entwicklung und Kooperation Palästinas, vorwiegend mit arabischen Staaten, angenommen, die durch die Türkei finanziell unterfüttert wird. Die Rolle Ägyptens soll in Bezug auf den Suezkanal betrachtet werden. Sowohl EU als auch NATO nehmen die Rolle des Initiator und des Ausführenden der Konfliktprävention ein.

Seit dem sogenannten Arabischen Frühling im Jahre 2011 ist die Mittelmeerregion durch ethnische Unruhen, unklare politische Mehrheiten, Instabilitäten in den Staatssystemen, Migrationsströme nach Europa sowie Machtbestrebungen und Einflussnahme einzelner prosperierender Staaten, wie etwa der Türkei, gekennzeichnet.

In dieser Lage der regionalen Unruhe, platziert die Autonomiebehörde im Westjordanland, vertreten durch Mahmud Abbas, im September 2011 den Antrag auf die Anerkennung der Souveränität von Palästina, bei der UN-Vollversammlung. Dieser Antrag wird vorerst nicht zur Entscheidung eingebracht. Voraussetzung dafür ist eine Gesamtlösung mit Israel, insbesondere hinsichtlich seiner Siedlungspolitik. Unter Führung der EU kann im Jahre 2018 eine Einigung zwischen Israel und der Autonomiebehörde im Westjordanland erzielt werden, die auch die Belange des Gazastreifens einbezieht. Initiiert durch die Hamas, als die führende politische Kraft in Gaza, konnte so eine Teilautonomie innerhalb des neuen Staates Palästina erwirkt werden. Eine gesamtpalästinische Regierung setzt sich aus Hamas- und Fatah-Mitgliedern zusammen. Deren Hauptfokus liegt, neben dem Aufbau eines Staatssystems, auf der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, verbunden mit der Anwerbung ausländischer Wirtschaftsinvestoren. Die staatliche Fortentwicklung wird durch die Arabische Liga unterstützt. Bezüglich der Wirtschaftsförderung halten sich sowohl die USA als auch die EU zurück. Hier treten vornehmlich die Türkei und China als Investoren in Erscheinung. Die Türkei stärkt mit ihrem Engagement einerseits die heimische Wirtschaft und verdeutlicht andererseits ihren Anspruch auf die Führungsrolle in der Arabischen Liga. China hegt ausschließlich wirtschaftliche Interessen in Palästina. Eine machtpolitische Position im östlichen Mittelmeer liegt nicht im Interessenfeld des Landes.

Die EU und die NATO stehen eher im Abseits des politischen Geschehens. Zwar kam es im Nachgang des Arabischen Frühling in den Jahren ab 2013 zu einer Belebung des Mittelmeerdialogs der NATO und des Barcelonaprozesses der EU, die jedoch von Misstrauen

und Argwohn gegenüber dem Westen begleitet war. Bis 2020 sind beide Initiativen daher durch Stillstand gekennzeichnet.

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung des Staates Palästina erfahren auf Initiative Deutschlands Wissenschaft und Technologie ebenfalls einen Aufschwung, besonders durch entsprechende Förderung aus der EU. Letztere konnte die Finanz- und Schuldenkrise bis 2015 überwinden und durch die Vereinbarung einer einheitlichen Finanzpolitik gemeinsame europäische Wirtschafts- und Finanzinteressen formulieren und umsetzen. Eine Unterstützung einer moderaten, nicht radikal-islamisch ausgerichteten, palästinensischen Regierung wurde so ermöglicht. Die Türkei, die ihren Führungsanspruch im Mittelmeerraum proklamiert hat, verfolgt die Entwicklungen in Palästina mit größter Aufmerksamkeit und Missbilligung, kann jedoch aufgrund fehlender Finanz- und Wirtschaftsressourcen nicht entgegenwirken. Enger Partner der Türkei ist Ägypten, welches den Zugang zum Suezkanal kontrolliert und eine land- und seeseitige Grenze zu Gaza hat.

Die Wissenschaftsförderung ermöglichte die Erkundung des Meeresbodens im östlichen Mittelmeer ab dem Jahre 2020, was zur Entdeckung umfangreicher Bodenschätze führte. Der Beginn des Abbaus soll für 2025 vorgesehen werden. Sowohl die EU als auch die Türkei sehen sich dabei als mögliche Technologiesteller. Ein Abbau ist jedoch nicht ohne weiteres möglich, da die Vorkommen an Erdgas und Erdöl nicht in internationalen Gewässern liegen, sondern in der EEZ (200 nautische Meilen vor der Küste) des vor 2 Jahren gegründeten Staates Palästina, bzw. dessen Autonomieregion Gaza. Somit erhebt die Autonomiebehörde in Gaza, als Vertreter des Staates Palästina, Anspruch auf die Schürfrechte und die Auswahl der Partner. Da die EU sich bisher als zivil orientierter und zuverlässiger Partner im Aufbau Palästinas erwiesen hat, ist es der Wunsch der palästinensischen Regierung diese innerhalb einer bevorzugten Partnerschaft in die Meeresbodennutzung einzubeziehen. Der rechtliche Status der EEZ Palästinas ist jedoch umstritten. Durch die Vorkommen an Bodenschätzen wird der Streit weiter verschärft, insbesondere die Türkei sieht sich in ihren Hoheitsrechten und Einflussphären beschränkt, da die Gas- und Ölfelder nahe den 2011 vor der Türkischen Republik Nordzypren (TRNZ) entdeckten liegen und die türkischen Anfahrkorridore dadurch begrenzt werden. Zusätzlich erhebt Ägypten, das seit dem „Arabischen Frühling“ 2011 eine islamische Militärdiktatur ist, Anspruch auf Teile der palästinensischen EEZ vor Gaza, und proklamiert diese als ägyptisches Staatsgebiet. Die Türkei sendet als Zeichen ihres Unmutes einen türkischen Marineverband in die umstrittenen Gewässer. Die Regierung Palästinas legt daraufhin Protest beim UN-Sicherheitsrat ein und appelliert an die Autonomiebehörde in Gaza, die vorwiegend unter Einfluss der Hamas steht, keine gewalttätigen Aktionen gegen den

Verband durchzuführen. Gleichzeitig mit dem Eintreffen des türkischen Marineverbandes in den Gewässern Palästinas, initiiert Ägypten, als Verbündeter der Türkei, die Sperrung des Suezkanals für westliche Schiffe, was zum Erliegen des gesamten Handelsverkehrs zwischen Arabischer Halbinsel, Asien und Europa führt. Diese Blockade wird sowohl von der EU als auch den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates verurteilt, da der freie ungestörte Seehandelsverkehr nachhaltig gestört wird. Aufgrund der dadurch bedrohten Volkswirtschaften außenhandelsabhängiger Nationen erwägen diese die Einbringung einer UN-Resolution zur Beilegung des Konfliktes. Gleichzeitig verlegen China und Israel Seestreitkräfte aus den Häfen entlang der Ostküste des Arabischen Meeres in Richtung Süd- bzw. Nordausgang des Suezkanals, um den politischen Willen nach einer Beendigung der Blockade Nachdruck zu verleihen. Die Lage droht zu eskalieren. Eine durch China eingebrachte UN-Resolution, mit einer scharfen Verurteilung der Blockade des Suezkanals und der offensiven Absichten der Türkei im Östlichen Mittelmeer, wird Ende 2028 verabschiedet. Darin enthalten ist ein UN-Mandat zur Gewährleistung der Sicherheit im östlichen Mittelmeer durch die EU.

Das eigene Interesse der EU an einer schnellen und nachhaltigen Lösung veranlasst diese zur unverzüglichen Entsendung mehrerer Diplomaten des 2011 gegründeten Europäischen Außendienstes (EAD) nach Kairo und Ankara, um die angespannte Situation zu entschärfen und alle Akteure zu Verhandlungen zu bewegen. Nach schwierigen Verhandlungen werden Anfang 2029 die Türkei und Ägypten dazu bewogen, ihre Seestreitkräfte abzuziehen und die Blockade des Suezkanals aufzuheben, woraufhin Israel und China ihre Marineverbände zurück beordern.

In den Verhandlungen wurde vertraglich festgelegt, dass die EEZ Palästinas rechtmäßig ist und durch die Mittelmeeranrainer anerkannt werden muss. Im Gegenzug wurde der Türkei offeriert, am Technologietransfer teilzuhaben und diesen für die eigenen Explorationsvorhaben nutzen zu können. Ägypten wurde eine aktive Rolle im Seehandelsumschlag eingeräumt. Zur Einhaltung der festgelegten Vereinbarungen wurde das UN-Mandat dahingehend erweitert, dass die EU mit Marine- und Polizeieinheiten die Region überwacht. Durch das EU-Parlament wurde zusätzlich ein Mandat, mit dem Ziel der vertieften und vertrauensbildenden Zusammenarbeit in der Region Naher Osten beschlossen. Darin eingebunden ist ebenfalls Israel. Im Rahmen der EU wurde Deutschland gebeten die Führung der Zusammenarbeit zu übernehmen, woraus sich sowohl die Teilhabe an den zu stellenden Polizei- und Marinekräften als auch die Entsendung von zivilen Beratern ableitet.

In der Gesamtbewertung verdeutlicht das Szenario die möglichen Kooperationen im Mittelmeerraum. Des Weiteren zeigt es denkbare wirtschaftliche Entwicklungen auf, die durch den Wettbewerb um Rohstoffe und Einflussbereiche bestimmt werden. Damit verbunden sind entsprechende Allianzen und Aktivitäten zwischen nationalen Akteuren, die zur Durchsetzung ihrer, im Bezug auf die internationalen Beziehungen als unvereinbar und konfliktbehaftet einzustufenden, Interessen militärische Konfrontationen nicht scheuen. Als Hauptakteur im Östlichen Mittelmeer tritt die Türkei in Erscheinung, deren Führungsanspruch bereits aktuell, 2011 und 2012, international kommuniziert wird. Der Part der Türkei ergibt Ansatzpunkte für die Analyse ihrer Rolle innerhalb der arabischen Einflussphäre, etwa in der Arabischen Liga. In diesem Umfeld ist es nicht auszuschließen, dass die Türkei zur Führungsnation avancieren wird. Die derzeit erkennbare Ausrichtung türkischer Politik ist in der Entfremdung von Europa und der EU zu suchen und begründet sich in der Ablehnung einer türkischen EU-Mitgliedschaft, vornehmlich durch Frankreich und Deutschland. Diese Ausrichtung bietet zukünftig ein Konfrontationsfeld gegenüber der EU, hier insbesondere Griechenland hinsichtlich der Zypernpolitik. Die Erdgasvorkommen in den Seegebieten vor Zypern und der mit Kriegsschiffen im September 2011 unterstrichene türkische Anspruch darauf, verschärfen weiter das bereits vorhandene unausgewogene Mischungsverhältnis der unvereinbaren Interessen zu den vereinbaren zwischen den Staaten im östlichen Mittelmeer sowie der EU, mit dem Resultat einer zunehmenden Induktion der kritischen Spannung, und können letztlich neues Konfliktpotenzial generieren, das nicht unmittelbar militärisch ausgetragen werden muss und dessen Lösung nur auf internationaler Ebene, etwa mit den Regulierungsmaßnahmen in Anlehnung an (Link 1979:), herbeigeführt werden kann.

Das Szenario verdeutlicht zusätzlich wie in der nahen bis mittelfristigen Zukunft potenzielle Konfliktherde, hervorgerufen durch ein stetigen aber teils infinitesimalen Anstieg des Missverhältnisses der Unvereinbarkeit der Interessen in den internationalen Beziehungen, an der Peripherie des EU-Raumes entstehen können, deren Wirkungen die EU zum Handeln nötigen können. Im Kontext dieses Handeln wird hier davon ausgegangen, dass die derzeitige, seit 2008 andauernde Finanzkrise, mit allen ihren Facetten, für die EU beendet ist, und sie als der europäische politische Hauptakteur, Kraft eigener politischer und militärischer Mitteln, handeln kann und wird. Es wird weiterhin ersichtlich, dass die maritimen Interessen der Nationen rasant an Bedeutung gewinnen und die Konfliktfelder einen maritimen Charakter tragen werden. Als Beispiel dafür dient die angenommene Sperrung des Suezkanals durch ein radikalisiertes Ägypten der Zukunft. Werden die Entwicklungen der Monate seit dem Arabischen Frühling in Ägypten, mit den Anschlägen auf koptische Christen zu Ostern und

im Oktober 2011, sowie der Sturm auf die israelische Botschaft im September 2011, als Indizien für eine Radikalisierung des Staates, herangezogen, so ist, nach heutigem Stand die im Szenario angenommene staatliche Ausrichtung nicht ausgeschlossen. Ebenso ist die, bereits historisch belegte, Einschränkung der freien Seehandelswege durch den Suezkanal als eine Option des zukünftigen politischen Handelns einzubeziehen. Hier ergeben sich unmittelbar Anstöße für eine vertiefende Analyse, hinsichtlich der maritimen Strategie, etwa der EU oder auch der Arabischen Liga und Israels, da der gesamte europäische und kleinasiatische Raum, samt seiner sensiblen Volkswirtschaften, von einer Unterbrechung der Warenströme betroffen wären. Auch China und die USA würden eine Suezblockade, vornehmlich aus den gleichen Gründen wie die Staaten der EU und des Nahen Ostens, nicht akzeptieren und ggf. frühzeitig mit militärischer Projektion reagieren.

Die Annahme der Entstehung des Staates Palästina gegen Ende der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts ist aus jetziger Sicht wahrscheinlich nicht realisierbar. Hier wird jedoch auf die Problematik der Nutzung von möglichen Rohstoffen hingewiesen. Ein eventuell entstehender Staat Palästina, mit Gaza als eine der Provinzen dieses Staates, hätte dann, gemäß UNCLOS Anspruch auf eine Außerheimische Wirtschaftszone (AWZ), deren Durchsetzung, besonders vor dem Hintergrund der möglichen Rohstoffvermarktung und -nutzung sicherlich mit Nachdruck betrieben werden würde. Es ist davon auszugehen, dass diese Ressourcen eine der tragenden Säulen der Wirtschaft von Palästina wären. Mit diesem Szenaranteil werden die zu erwartenden seerechtlichen Streitigkeiten und konträren Rechtsauffassungen der Nachbarstaaten aufgegriffen. Eine Analogie zur Arktis lässt sich bei einer vergleichenden Betrachtung herstellen. Die Rolle der Türkei könnte auch hier eine Führungs- und Leitrolle sein, wobei nicht auszuschließen ist, dass der junge Staat eine internationale Lösung unter dem Dach der UNO bevorzugen wird. Inwieweit darin die EU eine Schlichterrolle, als unmittelbarer betroffener Nachbar einnehmen würde, bleibt umstritten. Festzuhalten ist, dass die EU einer Entwicklung vor den eigenen Grenzen mit Mitteln der Konfliktprävention, hier vermutlich im Rahmen des Ansatzes der vernetzten Sicherheit, pro-aktiv begegnen wird. Ähnlich verhält es sich mit der NATO, die Verstrickung eines ihrer Mitglieder, hier namentlich die der Türkei, etwas in der Zypernfrage, eine Herausforderung darstellen könnte. Abschließend bewertet, bietet das Szenario weitere Untersuchungs- und Diskussionsgegenstände bezüglich der Verknüpfung der politischen und maritimwirtschaftlichen Interessen, der Bündnisfrage, der instabilen Verhältnisse in einer scheinbar friedlichen Region, der unklaren seevölkerrechtlichen Lage und der maritimen Sicherheit und des maritimen Bewusstseins, hier hauptsächlich ausgerichtet auf die Sicherheit der friedlichen

Nutzung der Seeverkehrswege. Neben dem auf das östliche Mittelmeer kaprizierten Szenarios ergeben sich, in Anlehnung an dieses, Szenarien im westlichen Mittelmeer, in deren Anlage als Wildcard etwa die Strasse von Gibraltar durch islamisch-radikale Regierungen blockiert wird. Hier lässt die Analyse Fragestellungen erwarten, die sich ggf. mit Strategien des EU-Raumes und der NATO, bzw. der von Einzelstaaten wie der USA befassen, wobei, wiederum bedingt durch die Peripherie zu Europa, die Frage des europäischen Handelns im Vordergrund stände.

6.4. Synopse der Szenarien

Mittels der drei Szenarien, deren graphische Aufarbeitung in den Anhängen 1 bis 3 (Abbildungen 6.1. bis 6.3.) erfolgte, wurde versucht, das zukünftige maritime Umfeld zu beschreiben und zu bewerten. Dabei sind Regionen ausgewählt worden, in denen in der Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit Konfliktpotenziale mit einer maritimen Dimension auftreten können. Aus den Szenarien wird ersichtlich, dass die mögliche Konfliktgenerierung mehreren miteinander verflochtenen und ggf. aneinander gereihten Faktoren und Auslösern ursächlich voraus geht. Eine Bewertung mit den Maßstäben des Neorealismus war vorwiegend für das Pazifik- und Arktisszenario möglich. Die Argumentation diesbezüglich lässt sich besonders für das Szenario 2 erschließen, da China in seinem derzeitigen Selbstverständnis ein neorealistentes Weltbild proklamiert.

Die Szenarien entbehren aus heutiger Sicht teilweise jeglicher Realität, insbesondere die Anlage des 3. Themas erscheint derzeit eher unmöglich, wobei die Problematik der Staatsgründung Palästinas auf einer Zeitachse der nächsten Jahrzehnte international thematisiert werden wird. Zwar ist aus jetzigem Blickwinkel eine Beanspruchung einer 200 nautische Meilen großen EEZ durch eine palästinensische Regierung, bzw. einer Autonomiebehörde in Gaza unrealistisch, jedoch soll dieser Aspekt zu einer Debatte um mögliche seerechtliche Verwerfungen, aufgrund etwaiger Bodenschatzvorkommen, im Mittelmeerraum anregen. Die derzeitigen Ereignisse und Debatten um Explorationsrechte vor Zypern, zeigen, dass eine weitere Diskussion der Grundnahme des Szenarios, die Möglichkeit von Spannungen und Konflikten im östlichen Mittelmeer, erfolgen sollte.

Aus der Berücksichtigung aller derzeitigen Faktoren in der Region des östlichen Mittelmeers lässt sich prognostisch schließen, dass sie eine zukünftige sicherheitspolitische Schlüsselrolle, besonders für den europäischen Raum, einnehmen wird.

Dem Pazifikszenario wurden realistische Entwicklungen zugrunde gelegt. In der Bewertung der Faktoren für den asiatischen Raum ergibt sich, dass aus heutiger Sicht, anders als im

Szenario dargestellt, eine Entwicklung Chinas eher in abgemilderter Form erfolgen wird. Zwar ist zu erwarten, dass Strömungen in der KP Chinas weiter an Einfluss gewinnen, deren Ziel eine starke und machtbetonte chinesische Außen- und Sicherheitspolitik, besonders gegenüber den westlichen Industriestaaten ist. Aus der heutigen Sicht heraus, bleibt abzuwarten, ob diese politische Intention durch das weitere Wirtschaftswachstum in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und durch die anzusehenden wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der moderaten KP-Führung überdeckt werden. Es ist somit davon auszugehen, dass China zwar Interesse an einer regionalen Vormachtstellung, vornehmlich in Ostasien, hat, jedoch keine Bestrebungen zur Erlangung des Status eines Welthegemons erkennen lässt.

Anstoß bietet dieses Szenario dahingehend, vertiefend den asiatisch-pazifischen Raum, als eine Schlüsselregion für die internationale Staatengemeinschaft und den internationalen Handel, unter dem Gesichtspunkt möglicher, regional aufgeworfener Bedrohungen und Konfliktfelder mit globalen Wirkungen, zu analysieren. Bedingt durch die wirtschaftlichen Fortschritte der gesamten Region kann davon ausgegangen werden, dass Asien seine Rolle als globale Wirtschaftsdrehscheibe behaupten und ausbauen kann. Somit werden Themen, wie die maritime Sicherheit, die Etablierung von maritimen Regimes und die maritime Rüstungskontrolle an Relevanz gewinnen und so die zukünftigen Analyse- und Untersuchungsfelder verschiedener Wissenschafts- und Politikfelder sein.

Im gleichen Zusammenhang ist das Szenario Arktis ebenfalls als eines der Zukunftsthemen mit Relevanz für Europa, Russland und Nordamerika anzusehen. Zwar erscheint hier eine militärische Konfrontation derzeit nicht gänzlich unwahrscheinlich, jedoch ist ein bewaffneter Konflikt mit großer Wahrscheinlichkeit auszuschließen. Der zentrale Streitpunkt ist, sowohl aktuell als auch absehbar auf einer mittleren Zeitskala, die Frage der Seegrenzen der Arktisanrainerstaaten, da das Verständnis und die Auslegung des Seerechtsübereinkommens sowohl hinsichtlich der Meersbodennutzung als auch der Seeschiffahrtsstraßennutzung von entscheidender Relevanz ist. Interessant erscheinen weitere Untersuchungen zum Thema, nicht nur vor dem Hintergrund der Involvierung von EU und NATO-Staaten in die Unstimmigkeiten, sondern auch hinsichtlich der Analyse der Möglichkeiten der Sicherstellung der freien Seewege für Nichtanrainerstaaten und den damit verbundenen möglichen internationalen Verträgen auf bi- oder multilateraler Ebene, im Sinne der Neuorganisation der regionalen internationalen Beziehungen. Letztere würden eine nachhaltigere und umfassendere Wirkung erzielen, mit einer Konflikt verhütenden Funktion im hohen Norden. Daraus ergeben sich, analog zum Pazifik, Ansatzpunkte durch Entwicklung

eines umfassenden maritimen Regimes, unter den Prämissen des Völkerechtes mit einer dann möglichen Einbindung von nicht an die Arktis grenzenden Staaten. Die Wirkung eines solchen Regimes bietet dann die Chance einheitliche abgestimmte Regeln und Verfahren anzuwenden und gleichzeitig Rechtssicherheit im Seeraum vorliegen zu haben. Als Ergebnis würde dem Konflikt dann die Grundlage entzogen werden, da das zunehmende Momente der Induktion der kritischen Spannung fehlt. Inwieweit ein maritimes Regime bzw. eine Regelung für die Seeschifffahrt, im Kontext der maritimen Sicherheit, im hohen Norden realisierbar ist bleibt offen. Sollte es jedoch nicht gelingen eine Regelung zu erzielen, bleibt das Risiko eines dann zwischenstaatlichen Konfliktes bestehen, der sich zukünftig in bewaffneten Auseinandersetzungen fortsetzen kann. Die Bemühungen zur Schaffung von militärischen polartauglichen Fähigkeiten einzelner Staaten, wie Russland und Kanada, zeigen jedoch, dass ein sicherheitspolitisches Kalkül diesbezüglich existiert. Abzuwarten bleibt weiterhin, wie sich stark ressourcenabhängige und -verbrauchende Nationen, wie China, in die arktische Debatte einschalten. Hier lassen sowohl die Verfügbarkeit eines Polarforschungsschiffes („Snow Dragon“³⁶²), als auch die Arktis-Expedition chinesischer U-Boote im Sommer 2011 die Bestrebungen erahnen.

Abschließend wird für alle drei Szenarien festgehalten, dass in der Zukunft Konstellationen im internationalen System möglich sind, in denen zwischenstaatliche Konflikte, seien sie nun bewaffnet oder auf diplomatischer Ebene, nicht aus der sicherheitspolitischen Debatte auszuschließen sind, und bei Zusammenschau der heutigen Faktoren und deren Projektion in die Zukunft, aktueller sind denn je. Aufgrund der maritimen Abhängigkeit fast aller Nationen, nimmt eben dieses Umfeld einen relevanten, wenn nicht sogar den relevantesten, Stellenwert in der nahen Zukunft, hier bis 2030+, ein. Damit wird die Bedeutung von nichtstaatlichen, Konflikten, etwa denen gemäß der Münklerschen Definition der Neuen Kriege, nicht in Abrede gestellt. Im maritimen Umfeld bleibt besonders die Bedrohung durch Piraterie auch absehbar virulent, da es bisher keine umfassenden Antworten darauf gibt. Die Führung der Debatte diesbezüglich, im Rahmen analoger Szenarien erscheint sowohl Erfolg versprechend als auch zielführend hinsichtlich umfassender Lösungsansätze: Hier bietet sich wiederum eine Diskussion um maritime Regime an. Die Beantwortung und weitere Auseinandersetzung mit

³⁶² Persönliche Mitteilung Eigemann bezüglich der Ergebnisse der 2. Arktiskonferenz des Auswärtigen Amtes, vom 17.-18.03.2011, in Berlin. Zusätzlich wurde auf der Konferenz festgehalten, dass China bereits eine eigene Polarforschungsstation auf Spitzbergen unterhält und neben China etwa Südafrika seine Teilhabe an den Ressourcen der Arktis als „common heritage“ einfordert.

dem Thema, auch in einer politisch-theoretischen Ausrichtung, kann im Rahmen der Arbeit nicht erbracht werden und muss somit an anderer Stelle erfolgen.

7. Sicherheitspolitische Diskussion und Bewertung

Nach dem in den vorhergehenden Kapiteln Faktoren und deren mögliche Folgen für das maritime Umfeld analysiert worden sind, wird im Folgenden auf die sicherheitspolitischen Konsequenzen und deren voraussichtliche Handlungsfelder für ausgesuchte Staaten eingegangen. Dabei wird die sicherheitspolitische Ausrichtung der Nationen bzw. Organisationen bewertet, die in den vorhergehenden Kapiteln im Rahmen der Faktoren, Konfliktpotenziale und Szenarien berücksichtigt wurden. Als Bewertungsgrundlage wurden die sowohl maritim- als auch gesamt sicherheitspolitisch ausgerichteten Strategiedokumente der Staaten herangezogen. Ziel ist es, anhand dieser Publikationen vorwiegend nationale Aspekte der Sicherheitspolitik, aber auch die Sichtweise hinsichtlich der internationalen Beziehungen der betrachteten Staaten herauszustellen. Neben denen für die EU und NATO, als Staatenbund, werden die von China, Russland und Indien dargestellt. Dieser Auswahl liegt die Einschätzung zu Grunde, dass die obigen Nationen und Organisationen im maritimen Umfeld der Zukunft eine dominierende Rolle einnehmen werden und deren politische Ausrichtung und Handlungen ein sicherheitspolitisch bestimmendes Moment auf globaler Skala hervorbringen werden. Des Weiteren erfolgt eine gesamt-sicherheitspolitische Diskussion, da die das maritime Umfeld betreffenden Aspekte nur eine Dimension der Sicherheitspolitik darstellen. Eine allein auf die maritime Sicherheitspolitik beschränkte Diskussion bzw. Bewertung wäre zu kurz gegriffen und ließe somit nur eine fragmentartige Betrachtung zu.

7.1. Die NATO und die EU

NATO

Mit ihrem, im Dezember 2010 auf dem NATO-Gipfel in Lissabon verabschiedeten, „Neuen Strategischen Konzept“ findet die NATO ihre Antwort auf das sich verändernde sicherheitspolitische Umfeld. In den Eckpunkten des Konzeptes, der kollektiven Verteidigung nach Artikel 5 – mit den Feldern Cyber Defence, Klimawandel, Proliferation, Energiesicherheit, Internationaler Terrorismus –, sowie dem Krisenmanagement und der Verbreitung von internationaler Stabilität, sind maritime Aspekte verankert, die in der Alliance Maritime Strategy (AMS) vertieft werden. Dabei wird der kollektiven Verteidigung in allen Dimensionen eine herausragende Stellung beigemessen.

Hinsichtlich der transatlantischen Beziehungen ist und wird die NATO in der Zukunft das konsultative Gremium auf internationaler sicherheitspolitischer Ebene, insbesondere zwischen den westlichen Industrienationen, bleiben. Hier bietet sich die NATO an, im Rahmen multilateraler Abstimmung als das Forum für die Fähigkeitsentwicklung, wie etwa die zur bündnisweiten maritimen Raketenabwehr, und zur Entwicklung bzw. Anpassung eines strategischen Levels of Ambition im Sinne der vernetzten Sicherheit, zu fungieren. Auch wenn im neuen Konzept keine prominente Benennung der Beziehungen zu Russland, mit Blick auf den NATO-Russland-Rat, erfolgt, ist für die NATO eine enge Kooperation mit der EU und Russland notwendig. Dies trifft umso mehr auf die Entwicklungen im Ostseeraum und in der Arktis zu. Des Weiteren verfolgt die NATO zwar den umfassenden Ansatz, der sich jedoch, mangels vorhandener ziviler Fähigkeiten, vorwiegend auf die militärischen und politischen Fähigkeiten des Bündnisses stützt. Hier empfiehlt es sich, Synergieeffekte mit der EU und ihren zivilen Krisenmanagementfähigkeiten zu suchen und zu nutzen. Hinsichtlich der NATO internen Streitigkeiten, etwa bezüglich der Arktis – hier erheben vier NATO-Staaten als Anrainer territoriale Ansprüche – oder bezüglich der Zypern- und Ägäisfrage zwischen Griechenland und der Türkei, ist es für ein starkes Bündnis zukünftig von Bedeutung zur Überwindung dieser Streitigkeiten und zur Stärkung des Bündnisses das Prinzip der „Interlocking Institutions“ tragfähig umzusetzen.

Hierbei existieren Defizite, sowohl in der völkerrechtlichen, als auch in der nationalen rechtlichen Bewertung einzelner Bündnisstaaten, wie etwa Deutschland. Mit Blick auf das Thema maritime Sicherheit wird beispielsweise ein Pirat nach deutschem Gesetz als Wirtschaftskrimineller angesehen. Die Ahndung der durch ihn begangenen Straftaten erfolgt gemäß dem Bundespolizeigesetz (BPolG) durch die Bundespolizei. Diese verfügt jedoch nicht über die Fähigkeiten zur Durchsetzung und ist auf Amtshilfe durch die Bundeswehr angewiesen, was wiederum nur auf der Grundlage eines Bundestagsmandats basierend auf dem Artikel 24 Grundgesetz möglich ist. Ein bewaffneter Einsatz von deutschen Streitkräften auf der Grundlage eines Systems der kollektiven Sicherheit ist, nach dem Verständnis der NATO, nach Erteilung des Mandats möglich. Besonders hinsichtlich des maritimen Einsatzes von Streitkräften, wie im Fall der bereits beendeten „Operation Enduring Freedom“ (OEF) mit deutscher Beteiligung oder der laufenden Operation „OCEAN SHIELD“, ohne deutsche Beteiligung, gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen in der NATO. Das kann dazu führen, dass verschiedene Bündnisse, wie etwa EU und NATO, bei gleichem strategischem Ziel konkurrierende Operationen durchführen.

Die verschiedenen maritimen Operationen am Horn von Afrika können dazu als ein Beleg dienen. Zukünftig gilt es, auch vor dem Hintergrund der nationalen Ressourcen, diese Entwicklungen zu unterbinden und zu vermeiden.

Bezüglich der Zukunftsfähigkeit hat die NATO mit ihrer im Allied Command for Transformation (ACT) zwischen 2008 bis 2010 eingerichteten Arbeitsgruppe „Multiple Future Project“ eine Vorausschau hinsichtlich des zukünftigen sicherheitspolitischen Umfelds gewagt, in dem mögliche Bedrohungsszenarien, deren Auswirkungen und die daraus abzuleitende Entwicklung möglicher Strategien formuliert und in das „Neue strategische Konzept“ aufgenommen wurden.

Hinsichtlich der maritimen Ausrichtung der NATO wurde unterhalb des Strategischen Konzeptes die Alliance Maritime Strategy (AMS)³⁶³, als durch die NATO-Staaten gebilligter konzeptioneller Überbau, und somit als eine international belastbare Grundlage für laufende und künftige maritime Operationen im NATO Rahmen angesiedelt.

Inhaltlich nennt die AMS die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und weist auf Risiken und mögliche Bedrohungen hin. Die NATO sieht ihre zukünftige Hauptaufgabe somit in:

- “Deterrence and Collective Defence”
- “Crisis Response and Conflict Prevention”
- “Outreach through Partnership, Dialogue and Cooperation”

sowie

- “Maritime Security”

Dass der Relevanz der maritimen Dimension in der nahen Zukunft bündnisweit ein hoher Stellenwert beigemessen wird, wurde daran deutlich, dass sich der NATO-Rat bereits in der Entstehungsphase des Dokumentes mit Fragen hinsichtlich der strategischen Ausrichtung und der Möglichkeiten sowie Grenzen des Einsatzes von Seestreitkräften im Rahmen der Maritimen Sicherheit befasste. Die beinhaltet auch, dass NATO-Seestreitkräfte dauerhaft an multinationalen und ressortübergreifenden Informationsnetzwerken beteiligt werden können.

³⁶³ Die AMS wurde mit fast 12-monatiger Verspätung am 21. Dezember 2010 durch das MC und am 05. Januar 2011 durch den NATO Rat gebilligt. Ursprünglich sollte die AMS vor dem Neuen Strategischen Konzept (NSK) verabschiedet werden, um so die maritime Dimension in die Erarbeitung des NSK einfließen zu lassen. Dies ließ sich aufgrund des Widerstands anderer Nationen (insbesondere durch FRA) jedoch nicht realisieren. Dessen ungeachtet stellt die AMS das erste hochrangige Folgedokument nach den Beschlüssen von Lissabon dar (persönliche Mitteilung von V. Blasche, Januar 2011).

Insbesondere ist darunter zu verstehen, dass NATO-Seestreitkräfte, über die Seeraumüberwachung hinaus, im Rahmen der jeweiligen verfassungsmäßigen Vorgaben, sowie unter entsprechender Mandatierung durch die NATO, zur Unterstützung der anderen Vollzugsbehörden tätig werden können. Im Gegensatz zum oben angeführten Aspekt der verschiedenen Rechtsauffassungen zwischen den NATO-Staaten, bezüglich des neuen strategischen Konzepts, kann hiermit von einer einvernehmlichen tragfähigen Lösung für maritime Operationen ausgegangen werden.

Mit der AMS hat die NATO ein für das maritime Umfeld der Zukunft tragfähiges und inhaltlich schlüssiges Dokument erstellt, das die wesentlichen Handlungsfelder ableitet, formuliert und in das „Neue Strategische Konzept“ einfügt. Hinsichtlich der maritimen Dimension der Sicherheitspolitik der NATO kann die AMS als ein konzeptioneller Überbau und als international abgestimmte und belastbare Grundlage für die derzeitige und zukünftige maritime Ausrichtung der NATO, besonders auf dem Handlungsfeld der maritimen Sicherheit, bezeichnet werden. Im Dokument selbst wird bezüglich des letztgenannten Punktes die bündnisgemeinsame Nutzung von - und Beteiligung an - internationalen und nationalen Informationsnetzwerken im Rahmen nationaler Vorgaben, hervorgehoben und konzeptionell unterstützt. Aus der AMS lassen sich weitere, für die NATO zukünftig als wichtig zu erachtende Konzeptionen und Vorgaben für die Entwicklung von maritimen Fähigkeiten der Zukunft ableiten und umsetzen. Mit der bündnisweiten Billigung der AMS wurde die Grundlage für den Austausch von Lagebildern mit Vollzugsbehörden im Rahmen der NATO-Aufgaben geschaffen. Herausgestellt wurde jedoch, dass auch zukünftig die Einbringung von maritimen Fähigkeiten, etwa innerhalb der maritimen Sicherheit, der politischen Kontrolle im Rahmen des Mandatierungsprozesses unterliegt und einzeln durch die politische Ebene geprüft und entschieden werden wird. Die umfassenden Ausführungen zur militärstrategischen Ausrichtung der NATO, zur Begegnung von Bedrohungen im maritimen Umfeld und darüber hinaus können jedoch nicht darüber wegtäuschen, dass das Aufzeigen von Lösungswegen zum Aufbau ziviler Fähigkeiten der NATO, gemäß des Comprehensive Approach, fehlt. Dies wird eine der zukünftigen konzeptionellen Hauptaufgaben im Bündnis sein. Hier bieten sich Ansätze für einen Dialog mit der EU, die die Einbringung von zivilen Fähigkeiten, im Sinne der vernetzten Sicherheit, als eine wichtige Prämisse in der Krisenbewältigung formuliert.

EU

Im Gegensatz zur NATO, die auf der Grundlage ihres neuen strategischen Konzeptes die Alliance Maritime Strategy als strategisches Dokument für die maritime Ausrichtung der Fähigkeiten im Bündnis erstellt hat, ist auf der Ebene der EU derzeit kein vergleichbares kompaktes Papier zu finden.

So existiert keine zusammengefasste formulierte Position über maritime Strategien und Fähigkeiten der EU³⁶⁴. Eine Bestandsaufnahme der derzeitigen und zukünftigen maritimen Interessen der EU sowie der abgeleiteten maritimen Fähigkeitsforderungen ist daher kaum möglich.

Des Weiteren rücken Regionen an der Peripherie der EU zunehmend in das Blickfeld der sicherheitspolitischen Betrachtungen, in denen sich aufgrund der aktuellen bzw. zu erwartenden sicherheitspolitischen Entwicklungen Konflikt- und somit Handlungsfelder im maritimen Umfeld generieren können. Neben dem Mittelmeerraum, hier insbesondere Nordafrika, liegen dabei sowohl Westafrika, Südostasien als auch der Ostseeraum im Interessensfeld. Besonders hinsichtlich des Themas der maritimen Sicherheit in diesen Regionen existieren derzeit keine umfassenden und überregionalen Aussagen darüber, wie die EU und ihre Mitgliedsstaaten, u. a. die Bundesrepublik Deutschland, den möglichen Bedrohungen begegnen will, wobei der Seeverkehr einen Schwerpunkt darstellt. Hier begründet sich ein Handlungsfeld der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es zielt darauf, aus den Erfordernissen der EU in Anbetracht des maritimen Umfelds der Zukunft, analog zur NATO, Folgerungen für die maritimen Fähigkeiten der EU im Sinne der vernetzten Sicherheit ziehen zu können.

Mit dem Bericht des WISE PEN Teams zur Maritimen Sicherheit vom April 2010³⁶⁵ wurde ein erster Schritt in diese Richtung vollzogen.

Aus der Analyse der bisherigen EU-Veröffentlichungen wird deutlich, dass dort vor allem zivile Instrumente als strategisches und politisches Mittel auf der mittel- und langfristigen Zeitachse vorgesehen werden. Trotz der oben genannten Initiativen des WISE PEN Teams wird der Bedeutung der möglichen maritimen fähigkeitsorientierten Implikationen, die sich

³⁶⁴ Die einzigen strategischen sicherheitspolitisch-orientierten Dokumente der EU-Kommission sind die European Security Strategy aus dem Jahre 2003 sowie der Bericht des Hohen Vertreters der EU, Javier Solana zum Thema Klimawandel und Sicherheit aus dem Jahre 2008; Solana, J: Climate Change and Security: Follow-up recommendations by EUHR Solana vom 18.12.2008.

³⁶⁵ Siehe WISE PEN Team: Maritime Surveillance, Maritime Surveillance in Support of CSDP, The WISE PEN Team final report to EDA Steering Board, 26.April 2010; Seite 1- 53.

für die EU aus den Faktoren des sicherheitspolitischen maritimen Umfeldes, besonders im Rahmen einer Gewährleistung der maritimen Sicherheit, ergeben, zu wenig Platz in der politischen Auseinandersetzung innerhalb der EU eingeräumt.

Diese wird unter anderem aufgrund der Komplexität des Themas, den verschiedenen Ausgangssituationen in für die EU möglicherweise relevanten Regionen und den nur zum Teil bekannten nationalen maritimen Ausrichtungen und Interessen der EU-Staaten unterbunden. Daher ist derzeit eine Gesamtanalyse, inklusive der Gesamtdarstellung einer abgestimmten maritimen Strategie kaum möglich und für die EU-Kommission nicht durchsetzbar. Die EU-intern nicht erkannte Relevanz der Formulierung einer gemeinsamen maritimen Strategie kann dem geschuldet sein, dass in den Gremien der EU, neben der täglichen Überschattung des Themas durch die Euro-/Schuldenkrise, nicht alle relevanten maritimen Faktoren bekannt sind, die die entsprechende Ableitung und Formulierung einer gemeinsamen maritimen EU-Strategie erlauben würden.

Gleichwohl existieren Handlungsempfehlungen für einzelne Regionen, die jedoch auf der Grundlage erarbeiteter maritimer Szenarien zu angenommenen Entwicklungen an der Peripherie der EU formuliert wurden und daher zahlreiche Unwägbarkeiten hinsichtlich der tatsächlichen zukünftigen sicherheitspolitischen Entwicklung beinhalten.

Mit Blick auf den Vertrag von Lissabon vom Dezember 2009 ist feststellbar, dass derzeit keine verbindlichen Festlegungen über die Wahrnehmung maritimer Aufgaben und die Verteilung maritimer Fähigkeiten innerhalb der EU gibt. Weitere Verhandlungen und definitive Absprachen werden zwar auf der Ebene EU-Kommission angestrebt, ob und wann die formulierten Ziele politisch bindend umgesetzt werden können, ist derzeit jedoch offen. Neben Maßnahmen hinsichtlich der Neuentwicklung von maritimen Strategien und Fähigkeiten ist es aus sicherheitspolitischer Sicht genauso wichtig und unmittelbar relevant, dass umfassende Anpassungs- oder mögliche Reaktionsmaßnahmen erarbeitet und sowohl in die europäische als auch die nationale maritime Zielvorstellungen implementiert werden. Die Initiierung dieses Prozesses ist derzeit in der EU nicht erkennbar.

Aufgrund der Außenhandelsorientierung der EU und der Funktion als Transit- und Aufnahmeregion von Flüchtlingsströmen aus Krisenregionen, wie aktuell aus Nordafrika, sollten bei der Debatte um die maritime sicherheitspolitische Ausrichtung, die Gesichtspunkte der maritimen Sicherheit im Interessenschwerpunkt liegen.

Die eingangs genannten regionalen Entwicklungen können eine Grundlage darstellen, um, unter Berücksichtigung des Aspektes Energiesicherheit, wahrscheinliche maritime sicherheitspolitische Bedrohungen und Risiken identifizieren zu können, die etwa um das Jahr 2030 auftreten können. Die Möglichkeit des Auftretens militärischer Gegner ist dabei nicht zu vernachlässigen. Die Anwendung des Konzeptes der vernetzten Sicherheit ist dabei als eine Grundvoraussetzung unumgänglich, insbesondere im Rahmen der maritimen Sicherheit. Dies trifft auch dann zu, wenn die Wechselwirkungen zwischen sicherheitspolitischen Risiken für die EU und den Veränderungen des maritimen Umfeldes in den Regionen bis 2030+, sowie die möglichen Auswirkungen der Veränderungen für die EU analysiert werden, um anschließend aus einer potenziellen maritimen Bedrohungslage und den daraus erwachsenden maritimen Risiken für Europa mögliche, maritim orientierte, sicherheitspolitische Maßnahmenvorschläge zur Bewältigung der etwaiger Krisen und Konflikte bis etwa 2030+, unter Beachtung internationaler Vorgaben, wie die der UNO, und ggf. nationaler Regelungen zu entwerfen. Hierfür ist, ausgehend von den Grundzügen der EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Verfolgung des internationalen vernetzten Ansatzes und die Herstellung der Verknüpfungen zwischen der EU und anderen multilateralen Organisationen der Schlüssel zum Erfolg.

Im Kontext einer gemeinsamen maritimen Sicherheitspolitik der EU ist die Frage der Abgabe von Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten unausweichlich. Die Führung der dazu nötigen Debatte steht jedoch noch aus. Gleichsam gilt es möglichen Strömungen entgegen zu wirken, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU nur auf bilateraler Basis abzustimmen und forcieren wollen, wie es für den maritimen Sektor seit Mitte 2010 zwischen Großbritannien und Frankreich beobachtbar ist. Diesbezüglich stellt sich die Frage, ob für eine politische Entscheidungsgrundlage, als Ausgangspunkt für ein maritim induziertes Handeln in Europa, die Formulierung von gemeinsamen maritimen EU-Interessen, auch für Einzelthemen wie Energiesicherheit und maritime Sicherheit, die geeignete Form ist. Des Weiteren ist die Beantwortung der Frage ob, wie oben beispielhaft genannt, bilaterale Interessenbekundungen zwischen EU-Partnern bzw. zwischen EU- und Nicht-EU-Partner, orientiert an der jeweiligen Ausgangssituation, als ein probater Ansatz erscheinen oder diese bilateralen Abkommen die ganzheitlichen Bestrebungen der EU, im Sinne einer einheitlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, unterlaufen.

In diesem Kontext ist weiterhin festzustellen, dass eine Positionierung und mögliche Interessenbekundung der EU hinsichtlich der Bedeutung des Ostseeraumes als eine Region mit Schnittstellenfunktion zwischen EU und Russland, sowie als Garantieregion für die

europäische Energiesicherheit, unter dem Blickwinkel Ressourcensicherheit und maritime Sicherheit, noch aussteht.

In Anbetracht der Arktis, als periphere Region der EU, ist festzustellen, dass derzeit der für dieses Gebiet kennzeichnende Aspekt die Verminderung der Meereisbedeckung im arktischen Sommer ist, woraus sich Fragestellungen für die internationale und nationale EU-Politik, einschließlich der implizierten nationalen und Bündnisinteressen, ergeben. Als die zentralen Elemente für die sicherheitspolitische Debatte um die Arktis innerhalb der EU erscheinen auch hier, analog zum Ostseeraum, die Energieressourcenfrage und die politische Wahrnehmung der Russischen Föderation. Zusätzlich zu den Ansprüchen der Anrainerstaaten wird aus der EU heraus erwartet, dass weitere aufstrebende Staaten wie China, Indien und Brasilien an den arktischen Rohstoffvorkommen interessiert sein werden und daher ihre Aktivitäten verstärken, um sich langfristige Nutzungsrechte, analog zu den bereits in Afrika existierenden, zu sichern. Hinsichtlich der Nutzung der arktischen Gebiete durch die Anrainerstaaten, zu denen das EU-Mitglied Dänemark zählt, ist bisher keine belastbare Rechtsvorschrift multilateral abgestimmt und erlassen worden, jedoch existieren national erlassene Vorschriften und Regelwerke, etwa von Kanada und der Russischen Föderation bezüglich des Umweltschutzes in arktischen Gewässern³⁶⁶. Die Annahme, dass die EU im Rahmen dieser beiden Themen eine wesentliche Rolle spielen könnte, ist als unwahrscheinlich anzusehen.

Der 1996 gegründete Arktische Rat als politisches Gremium, zu dem neben den acht Mitgliedern zehn Beobachter gehören, befasst sich mit allen die Arktis betreffenden Sachverhalten, jedoch sind dessen Beschlüsse nicht rechtsverbindlich, so dass etwa Umweltrisiken schwer kalkulierbar werden könnten. Zur Untermauerung eigener Ansprüche ist von einer stärkeren Präsenz der involvierten Staaten in der Region auszugehen. Die Projektion von Streitkräften, auch die der genannten aufstrebenden Staaten, wird vermutlich zur Absicherung der Gebiete für den Ressourcenabbau zunehmen. Bisher zeichnen sich dieser Entwicklung gegensteuernde bzw. begegnende Trends in der EU Sicherheitspolitik nicht ab und sind mangels gemeinsamer maritimer Strategie nicht zu erwarten.

³⁶⁶ Vgl. Wolfrum, R.: Die Beschränkungen für die Freiheit der Schifffahrt durch das kanadische „Arctic Waters Pollution Prevention Act“ sowie die internationalen Übereinkommen zum Schutze der Meeresumwelt, in: R. Bernhardt, W. Rudolf (Hrsg.), *Die Schifffahrtswirtschaft im Gegenwärtigen Völkerrecht*, Karlsruhe, 1975, Seite 143 ff. und Brubaker, R. D.: *Regulation of navigation and vessel-source pollution in the Northern Sea Route: Article 234 and state practice*, in: Vidas, Davir (Hrsg.), *Protecting the polar marine environment*, Cambridge., 2000, Seite 1-221.

Trotz der in den vorhergehenden Kapiteln dargestellten unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der nationalen Zugehörigkeit der nördlichen Seewege, besonders zwischen den Anrainerstaaten und der EU, sind diesbezüglich zumindest in den nächsten Jahren keine militärischen Konflikte zu erwarten. Es ist davon auszugehen, dass, besonders für die europäischen Nationen, die freie Passage des Schiffsverkehrs unbeeinträchtigt bleibt, jedoch unter der Kontrolle insbesondere Kanadas und der Russischen Föderation stehen wird. Es zeichnet sich ab, dass die EU vermutlich weiterhin hinsichtlich ihrer arktischen Interessen eine untergeordnete Rolle einnehmen und ihren bisherigen Status im Arktischen Rat beibehalten wird. In Fragen der Nutzung der Arktis wird sie auch weiterhin keine entscheidende und gewichtige Rolle spielen, vorwiegend bedingt durch die geographische Ferne der meisten EU-Staaten. In die internationale Klimadiskussion um die Arktis kann sie sich jedoch durch die umfassenden Expertisen auf dem Gebiet der Polarforschung einbringen. So kann Deutschland, als eines der führenden EU-Mitglieder und als Vertragsstaat des 1920 vereinbarten Spitzbergen-Vertrags indirekt in die Gesamtdiskussion über die Arktis involviert sein. Die dazu identifizierten politischen Handlungs- und Interessensfelder sind in diesem Falle in den Kontext der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzubinden. Der EU eröffnet sich mit Deutschland, als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat bis Ende 2012³⁶⁷, auf der Ebene der Vereinten Nationen eine zusätzliche Möglichkeit hinsichtlich der Gestaltung einer präventiven Sicherheitspolitik.

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden zukünftigen Gegebenheiten besonders im maritimen Umfeld, werden vermutlich drei sicherheitspolitische Handlungsfelder die europäischen und ggf. induzierenden transatlantischen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesse beeinflussen. Neben der Krisenprävention in entfernten Gebieten, der Deeskalation und Friedenserzwingung wird dies vermutlich die Protektion von strategischen Gütern und Interessen sein. Sowohl wirtschaftlich, ökologisch, geologisch als auch politisch ist davon auszugehen, dass maritim orientierte Themen in der Wahrnehmung der EU-Kommission an Bedeutung gewinnen werden. Es ist davon auszugehen, dass die bisherigen, dort angenommenen Szenarien kaum ihre Gültigkeit behalten werden und an deren Stelle neue maritime Szenarien mit neuen, bisher kaum in Erscheinung tretenden Akteuren zukünftig in den Fokus rücken. In diesem Zusammenhang muss die EU den Schulterschluss zur NATO suchen, hier vornehmlich mit dem Blick auf militärische Fähigkeiten. Umgekehrt kann die EU jedoch der NATO ein kompetenter Partner sein, wenn es um Fragen der vernetzten

³⁶⁷ Vgl. Vereinte Nationen, Sicherheitsrat, <http://www.un.org/sc/members.asp>, Membership 2010, UNDOC, A/64/100 (Annex VI), update 12.10.2010, 2010.

Sicherheit und der zivilen sicherheitspolitischen Fähigkeiten geht. Diese Synergie würde zur Stärkung beider Bündnisse beitragen können und den Blick für die transatlantischen Beziehungen nicht vertrüben.

7.2. Die USA

Die grundlegenden Dokumente für eine sicherheitspolitische Bewertung sind die im Jahre 2010 erschienenen Publikationen Quadrennial Defense Review 2010 (QDR 2010) und National Security Strategy 2010 (NSS 2010). Mit diesen publizieren die USA ihre Vorstellungen einer nationalen Sicherheitsstrategie, abgestimmt auf das sicherheitspolitische Umfeld der Zukunft.

QDR 2010

Mit dem QDR betrachten die Vereinigten Staaten die Streitkräfte und deren wahrscheinlichste Einsatzgebiete, sowie die sich hieraus ergebenden Reformerfordernisse über einen Zeitraum von 5 bis 20 Jahren. Aus Sicht der USA werden in der Zukunft zunehmend nichtstaatliche Akteure, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die Verschiebung der Machtverhältnisse im ostasiatischen Raum, inklusive der Aufrüstung Chinas und Indiens, sowie die globalen Auswirkungen regionaler Konflikte, bedingt durch die internationale Vernetzung die Sicherheit beeinflussen. Die Betonung der Kombination von zivilen und militärischen Fähigkeiten, die Sicherung der Global Commons³⁶⁸ und die Sicherheitsunterstützung für „failing states“³⁶⁹ stehen im Vordergrund der sicherheitspolitischen Ausrichtung.

Die darin beinhaltende Neuausrichtung der Streitkräfte, im Dokument als „Rebalancing the force“ benannt, zeigt konkreten Veränderungsbedarf für die Streitkräfte auf. Aus maritimer Sicht wird die Notwendigkeit der Entwicklung eines streitkräftegemeinsamen See-/Luftstreitkräftekonzeptes, sowie dem verstärkten Einsatz von unbemannten Unterwasserfahrzeugen die oberste Priorität eingeräumt.

In der weiteren Darstellung wird die internationale Zusammenarbeit als essentiell für den Erfolg der amerikanischen Sicherheitsstrategie angeführt. Dabei werden Unterscheidungen in der Zusammenarbeit zwischen Staaten und Organisationen dargelegt, die den Fokus der US-

³⁶⁸ Global Commons – Bereiche, die keinem Territorium eines Staates zugehörig sind, auf deren Nutzung jedoch alle (Staaten) bauen/angewiesen sind, etwa der freie Zugang zu Seewegen. Die zunehmende Bedeutung der Global Commons führte etwa zur Durchführung des Multinational Experiments (MNE) 7, 2011-2012, unter der Führung der NATO, die diese an die USA delegiert.

³⁶⁹ failing states – Staaten, in denen ein politisch, administrativer Zusammenbruch kurz bevorsteht

Sicherheitsinteressen erkennen lassen. Neben Großbritannien sind Kanada, Australien und Japan die wichtigsten Verbündeten, wobei die transatlantische Beziehung zu Europa und zur NATO nicht unberücksichtigt bleibt. Ergänzend dazu sind Vorstellungen formuliert, innerhalb welcher Themenbereiche die Kooperation gesucht wird. Dies erstreckt sich von der Bekämpfung der organisierten Kriminalität bis hin zur Sicherung der internationalen Seewege. Keine Erwähnung findet jedoch die Form der Ausgestaltung der Kooperationen.

Die Zusammenarbeit beinhaltet aus Sicht der USA auch die Stationierung der Streitkräfte im Ausland, die sich in den kommenden 5 Jahren zumindest an den nachstehend beschriebenen Richtwerten orientiert, und den Fokus der sicherheitspolitischen Interessen der USA widerspiegelt. Im Gegensatz zur vergangenen Truppenzusammenstellung sind dann für Europa nur leichte flexible Kräfte vorgesehen, während für den pazifischen Raum schlagkräftige Verbände zur erweiterten Verteidigung Japans und Südkoreas aufwachsen. Zusätzlich soll die Militärbasis auf der Insel Guam im Pazifik als pazifisches Sicherheitszentrum ausgebaut werden. Für die Region des Mittleren Ostens stehen ein verantwortungsvoller Truppenabzug aus dem Irak und die Beibehaltung der Zugangsmöglichkeiten nach und in Afghanistan im Vordergrund. Eine auf ein Minimum beschränkte ständige Präsenz von US-Truppen ist für Afrika vorgesehen.

Aus diesen Intentionen heraus lassen sich die in den vorhergehenden Kapiteln genannten Interessen der US-Sicherheitspolitik belegen. Die Betonung des pazifischen Raumes steht im Kontext der maritimen Ausrichtung der US-amerikanischen Sicherheitspolitik, insbesondere für Ostasien, und spiegelt den Stellenwert der maritimen Dimension für die Politik dieser Region wider. Der Ausbau an Fähigkeiten zur erweiterten Verteidigung Japans und Südkoreas verdeutlicht die Sorge der USA, dass im asiatisch-pazifischen Raum, aufgrund der politischen und militärischen Ambitionen Chinas und der damit verbundenen weiteren Stützung des Regimes Nordkoreas, eine Verschiebung des Machtgefüges weg von den westlich orientierten Staaten unter der Führung der USA in Richtung China auf einer mittelfristigen Zeitachse zu erwarten ist. Damit verbunden ist die potenzielle Konfliktgenerierung, die sich über Ostasien hinaus erstrecken kann. Aus Sicht der USA werden sich im Schwerpunkt der möglichen Konflikte solche konzentrieren, die sich aus den Aspekten der maritimen Sicherheit heraus ergeben, so dass der Ausbau von maritimen Basen und die genannte Formulierung eines gemeinsamen See-/Luftstreitkräftekonzeptes den sicherheitspolitischen Annahmen der Zukunft Rechnung tragen. Die Aktivitäten im pazifischen Raum unter Vernachlässigung von Interessen und Verminderung von Fähigkeiten in anderen Erdteilen, deuten auch daraufhin, dass etwa für Europa und Afrika keine übergreifenden und die US-Interessen nachhaltig

betreffenden Konflikte erwartet werden. Dies impliziert, dass die US-Administration unter Präsident Obama zwar im Gegensatz zu der unter Präsident G. W. Bush den transatlantischen Beziehungen, vornehmlich im Rahmen der NATO, wieder einen Stellenwert einräumt, jedoch das Bündnis nicht als vorrangigen Partner für die Unterstreichung und Durchsetzung von internationalen, hier besonders die der UNO, und nationalen Interessen ansieht. Dies zeigt weiterhin, dass der NATO und Europa aus Sicht der USA keine verlässliche welt- und friedensordnende Stellung eingeräumt wird, wohl aber einzelne Staaten als strategische Partner angesehen werden. Offen bleibt in der US-Sicherheitsstrategie die Frage nach der konkreten Betrachtung von Rüstungspotenzialen, insbesondere im asiatischen Raum, wie auch die Frage nach möglichen Zukunftsszenarien, sowie den daraus abzuleitenden gezielten Fähigkeiten der Streitkräfte und der in die Sicherheitsarchitektur der USA eingebundenen zivilen Institutionen. Damit verbunden ist die fehlende Aufzeigung eines zeitlich verfolgbaren und verifizierbaren Weges für die Neuorientierung und -ausrichtung der US-Sicherheitsstrukturen.

NSS 2010

Neben der QDR 2010 befasst sich die NSS 2010³⁷⁰ mit der nationalen Sicherheitsstrategie und der sicherheitspolitischen Ausrichtung der USA. Die im Mai 2010 veröffentlichte NSS ist die erste sicherheitspolitische Strategie unter der Regierung von Präsident Obama und gibt somit Ausrichtung der Sicherheitspolitik nach der Regierung Bush an. Sie stellt das Dachdokument zu allen mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassten Dokumenten der Administration dar und wird unmittelbar im Stab des Sicherheitsberaters des Präsidenten entworfen. Gemäß dem Goldwater-Nichols-Act³⁷¹ von 1986 muss eine Administration den Kongress jährlich über die Grundsätze ihrer Sicherheitspolitik unterrichten.

Das zentrale Element der NSS 2010 und somit der US-Sicherheitspolitik ist die eigene Reflektion der Lage der USA in einer globalisierten Welt. Als die für die Ausrichtung der Politik dominierende Herausforderung wird eine Bedrohungslage beschrieben, die vom internationalen Terrorismus, über die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen bis hin zu Angriffen auf die Dateninfrastruktur oder den Konsequenzen aus dem Zerfall staatlicher Strukturen reicht. Die USA bekräftigen ihren Anspruch auf eine Führungsrolle im internationalen System. Als Grundlage für diese Führungsrolle beschreibt

³⁷⁰ Persönliche Mitteilung, BMVg, Führungsstab der Marine, 01.06.2010.

³⁷¹ Der Goldwater-Nichols Department of Defense Reorganization Act of 1986 war ein Reformgesetz, das die militärische Befehls- und Kommandostruktur der US-Streitkräfte neu regelte.

die NSS die inneren Stärken der USA, die derzeit jedoch hinsichtlich der innenpolitischen Darstellung in Frage gestellt werden können, und die Bedeutung der ungebrochenen Attraktivität des Landes in der Welt. Die genannte Führungsrolle könne jedoch nur wirken, wenn die ihr zu Grunde liegenden Prinzipien nach innen wie außen befolgt und befördert würden. Die zentralen Themen der US-Innenpolitik werden daher gleichrangig neben die klassischen sicherheitspolitischen Themen gestellt.

Die US-Außen- und Sicherheitspolitik, und dies ist in den Formulierungen der NSS 2010 erkennbar, setzen bei ihrem Handeln neben dem Grundsatz der Kooperation und der Orientierung am Völkerrecht, auf die Multinationalität, die gemeinsam mit Organisationen und Verbündeten praktiziert wird, wobei die USA jedoch sowohl der Impulsgeber ist, als auch die Führungsrolle innehaben muss. Hinsichtlich der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene fordert die USA eine Reformnovelle der internationalen Organisationen ein, misst dabei dem „Neuen Strategischen Konzept“ der NATO große Bedeutung zu. Auch die Betonung der Entwicklung von G8 zu G20 als zentrales Forum unterstreicht den Ansatz, bestehende Organisationen weiterzuentwickeln. In der Multilateralität wird das Verhältnis der USA zu anderen Nationen in drei Blöcke aufgeteilt. Neben den Partnern und Verbündeten die namentlich benannt sind (GBR, FRA, DEU) stehen Russland, sowie die aufstrebenden Mächte, dabei insbesondere China, Indien und Brasilien, im Fokus der sicherheitspolitischen Wahrnehmung. Russland selbst wird dabei als wichtiger Partner betrachtet, jedoch unter Betonung der Souveränität der Nachbarstaaten Russlands. Eine vertiefte Kooperation mit China, mit dem Ziel eines verantwortlichen chinesischen Beitrags zu globalen Problemlösungen, wird trotz bestehender Differenzen und der Ambitionen Chinas in Ostasien angestrebt. Aus dem Dokument wird deutlich erkennbar, dass Präsident Obama, seine Linie in der Außen- und Sicherheitspolitik klar skizziert und publiziert. Die konkreten Aussagen zu den klassischen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik sind im Wesentlichen bereits durch in der Dokumentenhierarchie nachgeordnete Papiere beschrieben und bestätigen die Ausrichtung der US-Politik. Einige in der Sicherheitspolitik entweder bisher nicht behandelte Elemente, wie die Beschäftigung mit dem Problem des sogenannten „home-grown terrorism“ oder die Abkehr vom „War on Terror“, setzen dabei jedoch neue Akzente im Gesamtbild des US-Sicherheitsverständnisses. Deutlich wird, und dies schlägt sich auf die NSS nieder, ein klares Bekenntnis der USA zum Multilateralismus. Die neuen Akzente in der sicherheits- und außenpolitischen Ausrichtung basieren auf der Erarbeitung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzepts der Zukunft, das in dieser konsequenten Umsetzung und vor allem mit seiner kritischen Introspektive nicht nur in der US-Politik ein Novum darstellt. Zwar behalten

sich die USA das Recht zu unilateralem Handeln vor, ihr Verhältnis zum internationalen System wird aber dabei vollends entgegen der bisherigen Richtung gedreht. Das internationale System wird nunmehr im US-Verständnis nicht länger als Werkzeugkasten verstanden, aus dem sich die USA zur Verfolgung ihrer Ziele bedienen können, sondern als ein Gestaltungsfeld internationaler Kooperation. Klar ist dabei, dass diese Akzeptanz einer multipolaren Weltordnung mit konkreten Forderungen verbunden ist. Diese richten sich an das internationale System, seine Organisationen und die sie tragenden Staaten, und damit in der aller ersten Linie an die Partner und Verbündeten. Der klare Führungsanspruch der USA, der aber im Vergleich zur Bush-Administration einen weniger dominanten Charakter hat, gründet dabei auf dem Prinzip des „Führens durch Beispiel“. Vor allem erwarten die USA eine aktive Übernahme von Verantwortung, und, um dies zu gewährleisten, eine stringente Fortentwicklung dieses Systems.

7.3. Die Russische Föderation

Als Bewertungsgrundlage für Russland sind die für die zukünftige Ausrichtung russischer Sicherheitspolitik publizierten Schriften, die Strategie der nationalen Sicherheit bis 2020, die Militärdoktrin der Russischen Föderation bis 2020 und die Marinedoktrin der Russischen Föderation bis 2020, herangezogen worden. Im nachfolgenden wird auf diese kurz einzeln eingegangen.

Strategie der nationalen Sicherheit bis 2020

In der Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation wird davon ausgegangen, dass Russland die Systemkrise, verbunden mit den sozialen und wirtschaftlichen Folgen, überwunden hat und nun zu neuer Stärke findet. Dies soll sich besonders in der Außen-, Wirtschafts-, Innen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Verteidigungspolitik, niederschlagen. Dabei werden die Unabhängigkeit Russlands und die Sicherung der friedlichen Kooperation innerhalb der internationalen Gemeinschaft und der russischen Völkergemeinschaft bzw. der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) herausgehoben.

Aufgrund seiner Entwicklungen in Wirtschaft, Wissenschaft, Staatsapparat und Verteidigungsmöglichkeiten gegen jegliche Bedrohungen sieht sich Russland auf dem Weg zu einer global, führenden Nation der Zukunft. Dabei stehen territoriale Integrität und Souveränität sowie die stabile Entwicklung des Landes im Vordergrund.

Die Umsetzung und Sicherstellung der nationalen Sicherheit wird den verschiedenen Organen des Staates und der Gesellschaft angetragen, die in einem kollektiven Verbund, im Dokument als „System zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit“³⁷² bezeichnet, zusammen wirken. Für die Russische Föderation steht außer Frage, dass sie innerhalb der multipolaren Weltordnung, aufgrund des vorhandenen und zu entwickelnden Potenzials, mittelfristig zu einer führenden Nation in Weltwirtschaft und Außenpolitik aufsteigen wird und die Aufmerksamkeit der internationalen Politik langfristig auf Russland gerichtet sein wird. Dies gilt vorwiegend für das Potenzial der Energieressourcen, wie etwa im Arktischen Ozean vermutet, das Stationierungsvorhaben des Raketenabwehrschirmes der NATO an russischen Westgrenze, sowie die Beziehungen Russlands in der Gruppe der Acht (G 8), Gruppe der Zwanzig (G 20), der RIC (Russland, Indien, China)- oder BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China)-Gruppe zu. Gleichwohl ist Russland daran gelegen seine Beziehungen zur NATO und EU zu stärken; außerdem wird eine strategische Partnerschaft zu den USA angestrebt. Diese Sachverhalte bringen zum Ausdruck, dass Russland, auf der Basis von strikten vertragsrechtlichen Werken, an der Bildung eines offenen Systems der kollektiven Sicherheit im euro-atlantischen Raum interessiert ist.

Militärdoktrin 2020

Als der Strategie der nationalen Sicherheit unterordnetes Dokument befasst sich die Militärdoktrin mit den militärpolitischen Zielen der Russischen Föderation bis 2020³⁷³. Sie ist als das grundlegende strategische Dokument der Russischen Föderation zu Fragen zum militärischen Schutz des eigenen Territoriums und der Durchsetzung der nationalen Interessen anzusehen. Sie steht im Einklang mit der Marinedoktrin 2020. Sie bildet die Grundlage für die Gewährleistung der militärischen Sicherheit Russlands, wobei die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zu diesem Zweck ausdrücklich erlaubt ist. Als militärische Bedrohungen sieht Russland sowohl den innerstaatlichen als auch den zwischenstaatlichen Krieg an, in dem sowohl Staaten als auch nichtstaatliche Organisationen die Konfliktparteien darstellen.

³⁷² Vgl. auch Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahre 2020, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 12. Mai 2009, Arbeitsübersetzung: Lemcke, E., Preiß, F., Dresden, Heft 96, 2009, Seite 1-40, Seite 6.

³⁷³ Vgl. auch Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Militärdoktrin der Russischen Föderation bis zum Jahre 2020, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 5. Februar 2010, Arbeitsübersetzung: Böhme, R., Lemcke, E., Preiß, F., Dresden, Heft 99, 2010, Seite 1-44.

Die Doktrin hebt hervor, dass in der derzeitigen internationalen Entwicklung eine ideologische Konfrontation nicht zu erwarten ist, einzelne Staaten oder Bündnisse nicht als alleinige uneingeschränkte Macht existieren und die Welt durch Multipolarität und Globalisierung gekennzeichnet ist. Des Weiteren wird festgestellt, dass viele regionale Konflikte unreguliert und ungelöst bleiben, was dazu führt, dass das System der internationalen Sicherheit und der völkerrechtlichen Regeln nicht für alle Staaten die gleiche Stufe der Sicherheit gewährleistet. Russland sieht, trotz des abnehmenden Risikos eines Einsatzes von Kernwaffen, bei Existenz umfangreicher Arsenale konventioneller Waffen, einen Anstieg der militärischen Bedrohungen. Hier wird in erster Linie die NATO mit ihrer Absicht zur Schaffung und Entfaltung von Verteidigungsinfrastruktur an der Grenze zu Russland betrachtet. Dies gilt besonders mit Blick auf den Aufbau des NATO-Raketenabwehrschirmes. Weitere herausragende Gesichtspunkte sind die Destabilisierung von Staaten und Regionen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Verletzung von internationalen Vereinbarungen. Diese tragen aus Sicht der Russischen Föderation dazu bei, die verfassungsmäßige Ordnung, die Souveränität und die territoriale Integrität Russlands auszuhöhlen und zu destabilisieren, sowie zu einer Zuspitzung der sicherheitspolitischen Lage und somit zur Belastung der internationalen Beziehungen zu führen. Russland schließt diesbezüglich auch einen militärischen Konflikt nicht aus, der mittels moderner Waffensysteme, einschließlich der Option eines Kernwaffeneinsatzes, ausgetragen werden wird. Dabei wird jedoch mit Nachdruck betont, dass es eine der wichtigsten sicherheitspolitischen Aufgaben Russlands ist, einen militärischen Konflikt, sowohl konventionell als auch nuklear, zu verhindern. Des Weiteren wird in diesem Kontext auf den Wunsch verwiesen, das System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der OSZE, des Vertrages zwischen den GUS-Staaten, sowie den zwischenstaatlichen Organisationen EU und NATO zu festigen und auszubauen. Darin eingeschlossen sind auch vertrauensbildende Maßnahmen zum Zweck von Ausbau und Festigung strategischer Partnerschaften. Der UNO als internationale Plattform wird ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Marinedoktrin 2020³⁷⁴

Mit der Marinedoktrin, als konzeptionell gleichrangig der Militärdoktrin angesiedeltes Dokument, benennt Russland seine maritimen Interessen hinsichtlich der Erforschung,

³⁷⁴ Vgl. auch Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Marinedoktrin der Russischen Föderation für den Zeitraum bis zum Jahre 2020, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 27. Juli 2001, Arbeitsübersetzung: Klopfer, J., Lemcke, E., Dresden, Heft 51.7, 2002, Seite 1-48.

Erschließung und Nutzung der Weltmeere mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sowie die Sicherheit des Staates. Eine wesentliche Herausstellung im russischen Verständnis ist dabei die Notwendigkeit, für die Durchsetzung der maritimen Interessen über maritime Potenziale, also Seekriegspotenziale, Grenzbehörden und eine zivile weltweit agierende Flotte zu verfügen. Kernelement der Doktrin ist die Bewahrung der Souveränität über die inneren Gewässer, Territorialgewässer und den Luftraum über der See. Des Weiteren sind die Umsetzung der Rechtsprechung und der Schutz der souveränen Rechte in der Wirtschaftzone, besonders bezüglich der Verwaltung und Nutzung der Naturressourcen, der wissenschaftlichen Meeresforschung und des Meeresumweltschutzes von nationaler Bedeutung. Diese Formulierungen zielen auf die derzeitigen Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Erschließung und Nutzung der arktischen Ressourcen ab. Dies wird dadurch verdeutlicht, dass die Ausbeutung der Ressourcen auf dem Kontinentalschelf im Arktischen Ozean explizit benannt wird. Zur Durchsetzung der maritimen Ziele stehen vernetzte Überwachungsorganisationen sowie Seestreitkräfte zur Verfügung. Oberstes Prinzip bei der Durchsetzung bleibt jedoch die Einhaltung des Völkerrechts und der internationalen Verträge. Eine ständige Anpassung der maritimen Politik und Infrastruktur an die maritime geopolitische Lage ist dabei unausweichlich. Schwerpunkte in der Doktrin sind funktionale und regionale Felder. Erstere beinhalten neben der Seefahrts- und Hochseefischerei die Erschließung von mineralischen und energetischen Ressourcen in den Küsten- und Territorialgewässern Russlands, nicht nur beschränkt auf die Arktis, und die militärischen Operationen auf See und im Luftraum über der See. Letztere gewährleisten die Einhaltung der maritimen Regime an der Staatsgrenze Russlands, kontrollieren die internationale Schifffahrt, verhindern Schmuggel und illegale Migration und schützen die nationalen Gewässer und den Kontinentalschelf, einschließlich der dortigen Ressourcen. Die allgemeine Formulierung lässt jedoch wiederum den Fokus auf die arktischen Ansprüche Russlands mutmaßen. Dies spiegelt sich auch in der regionalen Ausrichtung der Doktrin wieder. Zwar werden alle an Russland grenzenden Meere benannt, jedoch nehmen der Arktische Ozean und der Pazifik eine herausragende Stellung in diesem Teil des Dokuments ein. Im Fall der Arktis geht es dabei um die Ressourcen und den Seeverkehr, für den Pazifik sind der Seeverkehr nach Asien, der Ausbaus der Pazifikflotte - vornehmlich auf Sachalin und den Kurilen -, sowie die Begrenzung von maritimen Potenzialen und militärischen Aktivitäten maßgebend. Diese Ausführungen verdeutlichen bzw. unterstreichen die strategischen Interessen Russlands im maritimen Umfeld, und die Absicht diese mittels ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und personeller Sicherstellung durchzusetzen.

Mit der Marinedoktrin formuliert Russland seine Leitgedanken bezüglich der maritimen Entwicklung der Nation, der Umsetzung und Sicherung der nationalen Interessen im maritimen Umfeld und der Festigung seiner sicherheitspolitischen Autorität innerhalb des internationalen Systems. Gleichzeitig werden auf den kurz- bis langfristigen Zeitskalen Vorgaben zur Realisierung der maritimen Ziele angegeben. Diese werden untermauert durch verschiedene Maßnahmen auf zivilem und militärischem Gebiet. Der Ausbau von maritimen Fähigkeiten, besonders die für eine vernetzte Operationsführung zwischen verschiedenen Flottenverbänden, zivil und militärisch, und verschiedenen Teilstreitkräften in jedem maritimen Umfeld, nimmt einen hohen Stellenwert innerhalb der Entwicklungsfelder Russlands ein.

Mit der Marinedoktrin bis 2020 hat Russland eine nationale Marinepolitik mit allen wichtigen Facetten der Politikfelder erlassen und seine Absichten für die Zukunft publiziert. Gleichzeitig wird mit dem Dokument klar, dass Russland die Absicht verfolgt, sich als eine der führenden Seemächte zu etablieren und diese Position anschließend nachhaltig zu festigen. Der Blick auf die beiden anderen Dokumente der Russischen Föderation (s. o.) unterstreicht diese Ambitionen deutlich.

In der russischen Wahrnehmung nimmt die EU derzeit eine wichtige Rolle ein. Russland ist besonders hinsichtlich der wirtschaftlichen Kooperation auf die EU ausgerichtet, hier insbesondere auf Deutschland. Obwohl die Marinedoktrin mit den darin dargestellten regionalen Schwerpunkten das Interesse Russlands hauptsächlich in der Arktis und dem pazifischen Raum verortet, ist auch der baltische Raum nicht zu vernachlässigen. Russland ist an einer guten Nachbarschaft mit den skandinavischen Staaten, Polen und Deutschland, allesamt Ostseeanrainer, interessiert. Dieses Interesse beruht auf Gegenseitigkeit, besonders vor dem Hintergrund der russischen Ressourcen, an deren Nutzung unter anderem auch einigen der genannten Staaten gelegen ist, um das eigene strategische Ziel der Energiesicherheit zu erreichen und zu bewahren. Insbesondere die EU ist diesbezüglich an guten Beziehungen zu Russland interessiert, welche wiederum von russischer Seite ebenfalls gefördert werden. Für die Russische Föderation ist die Bundesrepublik Deutschland unter den EU Staaten der vorrangige Partner, was sich in der Realisierung des gemeinsamen Vorhabens der Ostseepipeline widerspiegelt. Zwischen beiden Staaten besteht die Möglichkeit, eine Brücke zur EU und auch NATO aufzubauen.

In Bezug auf die NATO ist Russland an einer kooperativen Beziehung interessiert, tritt jedoch dem Aufbau von militärischen Infrastrukturen, wie des Raketenabwehrsystems an seiner

Westgrenze, sowie Bestrebungen zur NATO-Erweiterung, hier explizit einer Aufnahme Georgiens und der Ukraine, entschieden entgegen.

Es zeichnet sich ab, dass die Rolle der Arktis in der russischen Politik, zunehmende Relevanz erfährt. Dies tritt um so mehr hervor, als dass Russland der Arktis in seinen strategischen Dokumenten viel Raum einräumt, wobei im Wesentlichen Fragen zur Energiesicherheit und zum Seeverkehr bzw. der Kontrolle des Seeverkehrs behandelt werden. Hier sieht Russland seine Ansprüche als hochgradig berechtigt an und ist bereit diese unnachgiebig durchzusetzen. Darin einbegriffen ist auch die Projektion von Streitkräften, die zumindest den Anspruch Russlands auf eine Führungsrolle in der Arktis unterstreichen sollen.

In der russischen Selbstreflexion sieht sich die Nation als wieder aufstrebend und erstarkend. Daraus erwächst der Anspruch innerhalb des internationalen Systems als gleichwertiger Partner wahrgenommen zu werden. Insbesondere in den Beziehungen zur EU, innerhalb des Arktischen Rates bzw. der Arctic Five, in den Beziehungen zur NATO, hier vornehmlich im NATO-Russlandrat, und auf bilateraler Ebene, wie im Falle Deutschlands ist dieses Selbstverständnis erkennbar. Nichtsdestotrotz favorisiert Russland eine multipolare Weltordnung, dies ist ebenfalls anhand der drei vorgenannten Dokumente belegbar. Des Weiteren zeichnet sich ab, dass die Russische Föderation nach einer erneuten Führungsrolle im internationalen System strebt. Hilfreich und als Mittel der Stärke eingesetzt, wirkt hierbei zwar die Ressourcenvielfalt und das wissenschaftlich-technische Know How der russischen Forschung, jedoch, und dies wird anhand der sehr generellen Formulierungen in den drei Dokumenten deutlich, fehlen zielgerichtete Aussagen zur Umsetzung, d. h. dem Erlangen der Führungsrolle. Mit Blick auf die USA ist festzuhalten, dass Russland sowohl im pazifischen Raum als auch in der Frage der Arktis auf eine Kooperation hinarbeiten muss, um seine Interessen wahrnehmen zu können. Sowohl in der Frage Sachalins und der Kurilen könnte die USA zukünftig eine Vermittlerrolle im Dialog mit Japan einnehmen. In Anbetracht der Ambitionen Chinas wirkt sich eine stärkere Position der USA in Ostasien, indirekt auch auf Russlands Stellung in der Region aus. Beispielsweise wäre eine etwaige chinesische Kontrolle des Zugangs zur Beringstrasse, und damit des Zugangs zu arktischen Ressourcen und Seewegen, für Russland unakzeptabel und könnte Konfliktpotenzial generieren.

Die in der Marinedoktrin 2020 postulierte Stellung einer Seeführungsmacht ist auf der Zeitachse bis 2020 nicht erreichbar. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Seekriegspotenziale und dem absehbaren geringen Zulauf an Seekriegsmitteln, die einen Anspruch auf die angestrebte Rolle unterstreichen würden, erscheint dieses Postulat der Russischen Föderation

vielmehr auf einer Zeitachse bis 2050 als realistisch. Die bei Meister (2009: 1-2)³⁷⁵ genannte östliche und nördliche Dimension der Russischen Politik kommt in der Marinedoktrin in der zweiten Säule, den regionalen Ausrichtungen zum Ausdruck, wobei hier die weniger wichtig erscheinende südliche und westliche Dimension der Politik nicht vernachlässigt werden sollte. Die Russische Föderation unterstreicht mit ihrer Marinedoktrin, dass die maritime Dimension ihrer Politik, sei es nun die Sicherheitspolitik, aber auch die damit verbundene Außen- und Wirtschaftspolitik, als ein dominierender Faktor im Denken und Handeln verankert ist.

Für die Gesamtheit der russischen sicherheitspolitischen Ausrichtung zur Begegnung der Herausforderungen der Zukunft ist, ebenso wie für die EU, NATO und USA, nur ein vernetzter Ansatz unter der Nutzung aller zivilen und militärischen Möglichkeiten, in Verbindung mit bi- und multilateralen Kooperationen, die einzige Option im politischen Handeln zum Wohle und Fortschritt Russlands, und um dem Anspruch einer Führungsnation im internationalen System gerecht werden zu können.

7.4. Die Volksrepublik China

Als Ausgangspunkt für die sicherheitspolitische Bewertung der Volksrepublik China wurde das im März 2011 publizierte 7. Weißbuch („China's National Defence 2010“)³⁷⁶ herangezogen. In den Kapiteln werden die sicherheits- und militärpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre betrachtet und Aussagen zur internationalen, regionalen und eigenen Sicherheitslage, zur Verteidigungspolitik und Modernisierung der Streitkräfte sowie der „militärischen Vertrauensbildung“ und dem „Militärischen Rechtssystem“ getroffen. Zukünftige Entwicklungen werden nicht behandelt.

Die Kernaussagen des Dokumentes sind, die Unumkehrbarkeit der multipolaren Weltordnung und der Globalisierung sowie die Erkennbarkeit einer Kräfteverschiebung zugunsten der Schwellen- und Entwicklungsländer bzw. des asiatisch-pazifischen Raumes. Für diesen Raum wird die Sicherheitslage als stabil bezeichnet, jedoch wird die starke US-Präsenz in dieser Region als beeinträchtigend wahrgenommen. Hinsichtlich der Modernisierung der Streitkräfte sind keine Angaben zu bereits erfolgten Maßnahmen enthalten. Jedoch soll am eingeleiteten

³⁷⁵ Siehe Meister, S.: Russland und die EU im Ostseeraum, Quelle: http://www.aussenpolitik.net/themen/eurasien/russland/russland_und_die_eu_im_ostseeraum/aussenpolitik.net-Russland:Runssland und die EU im Ostseeraum.

³⁷⁶ Siehe: China's National Defence in 2010, Information of the State Council of the People's Republic of China, 31.03.2011, Quelle: http://www.china.org.cn/government/whitepaper/node_7114675.html, Datum der Speicherung: 04.08.2011.

Reformprozess der Streitkräfte festgehalten werden, der auch Modernisierungsmaßnahmen enthält.

Im Weißbuch ist keine Offenheit und Transparenz zu erkennen. Zu globalen und regionalen sicherheitspolitischen Themen und Interessen Chinas wurde keine Stellung genommen, ebenso wenig werden die Intentionen zur Ausrichtung der Volksbefreiungsarmee dargestellt.

Als Ausgangspunkt hinsichtlich der asiatisch-pazifischen Sicherheitslage sieht China die Globalisierung und die multipolare Welt als unumkehrbar an. Besonders bemerkbar ist die genannte Verschiebung des Kräftegleichgewichtes, aufgrund der wirtschaftlichen Stärke der Region. Aus Sicht Chinas hat sich das Streben um nationale und geopolitische Stärke verschärft, begünstigt durch die bisher ungelösten strukturellen Probleme der Finanz- und Schuldenkrise. Eine Neuausrichtung und –orientierung der Sicherheitsstrategie und Technologie aller Staaten, vorwiegend der westlichen, ist daher abzuleiten. Für den asiatisch-pazifischen Raum wird angenommen, dass trotz der Stabilität die weitere Entwicklung zu einer instabileren Lage als bisher führen wird. Dies ist den immer wieder aufkommenden Spannungen zwischen Nord- und Südkorea, der ungelösten Lage in Afghanistan, den ungelösten Spannungen um maritime territoriale Gebiete sowie der zunehmenden Präsenz und dem Eingreifen der USA in regionale Angelegenheiten zuzuschreiben. Demgegenüber steht jedoch das nachhaltige Wirtschaftswachstum Asiens, welches einen Aufschwung der Region sichert.

In der chinesischen Wahrnehmung wird das sicherheitspolitische Umfeld als vorteilhaft charakterisiert. Neben den wirtschaftlichen Erfolgen trägt hierzu das verbesserte Verhältnis zu Taiwan bei, das sich in der Aufnahme von Militärbeziehungen zwischen beiden Staaten zeigt. Herausgehoben werden die Sicherheit der Land- und Seegrenzen und die daraus erwachsenden Risiken in der Gewährleistung. Mit Sorge sieht China seine innerstaatlichen Konflikte, wie etwa in Xinjiang und Tibet.

Die Ausrichtung der Streitkräfte soll weiterhin defensiv bleiben und der Einsatz dieser im Rahmen der Selbstverteidigung, als Reaktion auf einen Angriff auf China erfolgen.

Hervorgehoben werden im Dokument die Aktivitäten Chinas im Rahmen der kollektiven Sicherheitssysteme, wie die UNO. Hier unterstreicht es seine verantwortungsvolle und zuverlässige Rolle im Rahmen von UN-Friedensmissionen, bei denen, mit Stand Dezember 2010, 2000 Soldaten an neun Missionen teilnehmen. Festgehalten wird explizit das maritime Engagement am Horn von Afrika im Rahmen des UN-Mandates seit Dezember 2008. Hier böte sich die Möglichkeit mit den dort operierenden westlichen Seestreitkräften eine erste unmittelbare Kooperation zwischen den beteiligten westlichen Nationen und China

anzubauen. China zeigt jedoch derzeit Zurückhaltung ohne Angabe von Gründen. Im Weißbuch wird dieser maritime Einsatz so kommentiert, dass man diesen als wertvolle Hochseeerfahrung für die Marine bewertet. Aufgrund des Einsatzes seiner Seestreitkräfte in internationalen Gewässern kann China seinen Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten aufrechterhalten.

Bezüglich der aufzubauenden und zu verbessernden militärischen und maritimen Fähigkeiten gibt das Dokument keine Informationen, hier lässt China die Leser und damit die Welt im Unklaren.

Das Dokument erlaubt Rückschlüsse auf die politische Situation in China zu. Innenpolitisch ist China weiterhin ein sozialistischer Einheitsstaat unter der Führung der KP Chinas (KPCh), die seit längerem einem stetigen Wandel unterzogen ist. Seit 2007 haben Mitglieder der „Fünften Führungsgeneration“ wichtige verteidigungspolitische Ämter inne. So sind etwa Li Keqiang und Xi Jinping dem Ständigen Ausschuss des Politbüros angehörig. Beide sind voraussichtlich 2012 als Nachfolger von Wen Jiabao und Hu Jintao vorgesehen. Zusätzlich wurde Xi Jinping 2010 stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission, dessen Vorsitzender noch Hu Jintao ist.

Die schrittweise wirtschaftliche Reform- und Öffnungspolitik wird weiterhin verfolgt, was sich positiv auf Chinas Entwicklung auswirkt. Dies ist daran erkennbar, dass das Land aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gestärkt hervorgeht. Aufkeimende innerstaatliche Proteste und Unruhen werden bereits in den Ansätzen verhindert. Erkennbar ist der Unterschied in der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen, so wie zwischen prosperierender Küstenregion und vernachlässigtem Hinterland. Hier werden derzeit Maßnahmen zur sozialen Entwicklung und Anpassung angestrebt. Verdeutlicht wird ebenfalls, dass das westliche Gesellschaftsmodell der Demokratie nicht verfolgt wird. Ein Effekt hinsichtlich innerer Unruhen und Umwälzungen, hervorgerufen durch den „Arabischen Frühling“ wird nicht erwartet.

Im Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Lage bzw. den internationalen Beziehungen strebt die Nation nach einer multipolaren und entspannten Weltordnung. Das impliziert ein globales Machtgleichgewicht durch die Multipolarität und das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Im Mittelpunkt der internationalen Beziehungen stehen die USA. Die KPCh hat erkannt, dass diese Beziehungen von entscheidender Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind, jedoch gleichzeitig im ostasiatischen Raum, mittel- und langfristig, auch von strategischer Konkurrenz gekennzeichnet sein können, die sich neben den USA auch auf deren Bündnispartner Japan

und Australien ausweiten kann. China ist bestrebt die konkurrierenden Bemühungen zu seinen Gunsten zu entscheiden, in dem es trotz der multipolaren Sichtweise, die Hegemonie für Ostasien oder, falls möglich, auch für andere Regionen der Erde, mit den Mitteln der Aufrüstung und Allianzbildung erlangt. Die oben genannten Merkmale lassen in Teilen die Theorien der neorealistischen Weltsicht erkennen, die Macht und Gegenmacht sowie den Nationalstaat und dessen Beziehungen im Mittelpunkt sehen lassen. Der letztgenannte Aspekt spiegelt sich in der Beziehung zu Russland wieder, welches einerseits Partner und andererseits Konkurrent ist. Die Partnerschaft beruht einerseits auf der Rohstoffbegehrlichkeit Chinas, einschließlich der eigenen Exploration in der Arktis, und andererseits auf der Bildung einer Gegenallianz beider Staaten gegenüber dem Westen.

Gegenüber Japan, das China zwar als wichtigen Handelspartner sieht, existieren Vorbehalte, da Japan starke Verbündete hat und der politische Konkurrent in Ostasien ist. Beide Staaten sind jedoch bemüht, sich bezüglich der Meeresnutzung zu verständigen, was sich aufgrund des territorialen Streites bezüglich der Senkaku-Inseln schwierig gestaltet. Erkennbar sind die gegenwärtig brüchigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten an Chinas Reaktionen auf die Verhaftung eines chinesischen Kapitäns in Folge eines Zwischenfalls auf See nahe der von beiden Seiten beanspruchten Senkaku-Inseln im September 2010. Hier verhinderte nur die gleiche wirtschaftliche Ausrichtung und Interessenlage eine gewaltsame Eskalation.

Eine der chinesischen Kerninteressen ist die Verhinderung des Zusammenbruches der Koreanischen Volksrepublik (KVR), da diese für China eine Pufferfunktion zum Westen erfüllt. Dennoch teilt China die internationalen Besorgnisse in Bezug auf nordkoreanische Atomwaffen³⁷⁷ und will eine nukleare Aufrüstung verhindern. Hierzu ergriff es bereits mehrfach die Initiative zur Herbeiführung einer diplomatischen Lösung der Koreafrage, besonders auf der Ebene der „Sechs-Parteien-Gespräche“, die mit leichtem Nachdruck in die Richtung der KVR präferiert werden. Chinas doppeldeutige Rolle bzw. uneindeutiges Verhältnis zur KVR führte und führt zum koreanischen Dilemma. Dies zeigte sich besonders bei der Versenkung einer südkoreanischen Korvette im März 2010 und dem Artilleriebeschuss einer zu Südkorea gehörenden vorgelagerten Insel im November 2010 – beide Zwischenfälle sind im Kapitel 2 dargestellt.

³⁷⁷ Die Besorgnis Chinas ist berechtigt, da die KVR im April 2012 ankündigte das Moratorium für die Urananreicherung sowie Atomversuche und Tests von Langstreckenraketen mit den USA vom 29.02.2012 (siehe <http://www.n-tv.de/ticker/USA-Nordkorea-zu-Moratorium-bei-Urananreicherung-bereit-article5634056.html>; Datum der Ansicht 18.04.2012) nicht mehr einzuhalten, siehe dazu: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-04/nordkorea-usa-vergeltung>, Datum der Ansicht 18.04.2012.

Mit Blick auf den indisch-pazifischen Raum strebt China eine strategische Partnerschaft mit Pakistan an, um indische Ambitionen in der Region einzudämmen. Trotz der politischen Nähe Pakistans zur USA bevorzugt China das Land als Gegenmacht im Indischen Ozean, ein Vorgehen, wie es auch die neorealistische Theorie beschreibt. Unbenommen davon sind jedoch die wirtschaftlichen Beziehungen Chinas zu Indien, die durch ein wachsendes Handelsvolumen gekennzeichnet sind. Getrübt sind diese positiven Beziehungen durch häufige Irritationen bezüglich ungelöster Grenzfragen und Rivalitäten auf dem militärischen Sektor.

Die ungelöste Frage Taiwans steht auch weiterhin, auf einer mittelfristigen Zeitachse betrachtet, im Blick chinesischer Außen- und Sicherheitspolitik und spiegelt in die Innenpolitik des Landes. Zwar gehen beide Staaten momentan aufeinander zu, eine politische Lösung ist jedoch nicht absehbar. Die gegenwärtige taiwanesishe Regierung hat jedoch mit ihrem pragmatischen politischen Kurs zu einer Entspannung in der Taiwanstrasse beigetragen. In allen Bestrebungen Chinas stehen bei der Formulierung und Durchsetzung der nationalen geopolitischen Interessen die Fragen der Energie- und Rohstoffsicherheit im Mittelpunkt, was sich im weltweiten Engagement in den rohstoffreichen Regionen widerspiegelt. Insbesondere in Lateinamerika, Südostasien und Afrika ist China diesbezüglich aktiv. Aktuell werden auch erste Vorstöße in die Arktis unternommen, um am Meeresbodenbergbau teilhaben zu können, die Entsendung des chinesischen Polarforschungsschiffes „Snow Dragon“ in die Arktis verdeutlicht dies.

Hinsichtlich der sicherheitspolitischen Fragen erscheint es, dass China eher bilaterale Beziehungen³⁷⁸ bevorzugt, um dann etwaige vertrauensbildende Maßnahmen einzuleiten, die einen kontinuierlichen Dialog über sicherheitspolitische und militärpolitische Fragen und den sich schrittweise vollziehenden Kontakt mit ausländischen Streitkräften beinhalten. Beispielsweise besteht seit November 2007 ein strategischer Dialog mit Deutschland, der 2009 bestätigt wurde und im zweijährigen Rhythmus zu Themen der Cyber-Abwehr, der Piraterie und des internationalen Terrorismus, abgehalten wird. Hinzu kommen bilaterale Ausbildungsabkommen, die im Einklang mit dem chinesischen Weißbuch, einen Beitrag zur Streitkräftemodernisierung leisten sollen.

Die internationalen Beziehungen und Aktivitäten Chinas haben sich zwar in den letzten Jahren positiv entwickelt, beruhen jedoch weitestgehend auf bilateraler Basis und finden nur auf höchster Ebene der chinesischen Vertreter statt. Das Land hat sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft geöffnet, es fehlen aber Transparenz und Vertrauen, besonders

³⁷⁸ Persönliche Mitteilung, BMVg, Führungsstab der Marine, 30.08.2011.

gegenüber dem Westen. China ist bestrebt seine Interessen und sein Handeln im Verborgenen zu halten und betreibt eine Politik der Zurückhaltung, die von Informationsdefiziten gegenüber der diplomatischen Öffentlichkeit gekennzeichnet ist. Erkennbar ist in den bilateralen Beziehungen ein einseitiger Transfer von Wissen und Technologie nach China, während im Gegenzug nur sehr zurückhaltend Informationen angeboten werden. Hier ergibt sich die Notwendigkeit eines tatsächlichen gegenseitigen Austausches auf allen Ebenen, um die Vertrauensbildung, besonders gegenüber den, meist ausgewählten, westlichen Staaten, voranzutreiben.

Die durch China präsentierte Politik der Zurückhaltung und Nichteinmischung, sowie die Betonung der Multipolarität, sollten jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass mit großer Wahrscheinlichkeit Vorstellungen und Bestrebungen hinsichtlich einer chinesischen Vormacht, zumindest in Asien, existieren und auf einer mittelfristigen Zeitachse vorangetrieben werden.

7.5. Die Republik Indien

Die sicherheitspolitische Bewertung der Republik Indien wurde anhand der im Mai 2007 publizierten 1. Version der „Indias Maritime Military Strategy – Freedom to use the seas“³⁷⁹, die auf einer Zeitachse von 15 Jahren vorausschaut, durchgeführt.

In der indischen Wahrnehmung erstreckt sich das nationale strategische Interesse vom Persischen Golf bis zur Straße von Malakka. In diesem Raum ist es aus indischer Sicht notwendig maritime Projektion anzustreben, die sich jedoch nicht ausschließlich auf militärische Projektion stützt. Als nationale Bedrohung für Indien werden äußere Bedrohungen angesehen, die letztlich die wirtschaftliche Prosperität und soziale Weiterentwicklung des Landes beeinträchtigen können. Im Dokument wird betont, dass Indien keine außerterritorialen Interessen bzw. Begehrlichkeiten hat, jedoch der Schutz der vitalen Interessen die Hauptaufgabe der Verteidigungspolitik ist. In der maritimen Verteidigungspolitik stehen der wirtschaftliche Aufschwung in einem gesicherten maritimen Umfeld, und die damit verbundene Freiheit zur Nutzung der See, im Mittelpunkt. Dazu bedient sich die indische Regierung ihrer maritimen Fähigkeiten, mit denen die Durchsetzung indischer Interessen auch robust gesichert werden kann. Mittels starker, das gesamte Spektrum abdeckende, militärischer Fähigkeiten soll Krisen und Konflikte präventiv begegnet werden. Das Instrument der offensiven militärischen Abschreckung (engl.: Deterrence) wird

³⁷⁹ Siehe: Indias Maritime Military Strategy – Freedom to use the seas, Ministry of Defence (Navy), Neu-Dehli, Mai 2007, Seite 1-85. Quelle: http://indiannavy.nic.in/maritime_strat.pdf, Datum der Speicherung: 03.11.2011.

in diesem Zusammenhang von der indischen Regierung bevorzugt. Hierfür müssen jedoch noch die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehören die Interoperabilität zwischen den verschiedenen militärischen Kräften, der Küstenwache und den regionalen und überregionalen Verbündeten, die Schaffung von Fähigkeiten zur Abwehr von Piraterie und Terrorismus, die verbesserte Koordination im Such- und Rettungsdienst sowie der Ausbau der Fähigkeiten zur humanitären Hilfeleistung. Für die zukünftige maritime Ausrichtung der Fähigkeiten steht die Anzahl der verfügbaren Seekriegsmittel nicht so sehr im Mittelpunkt der strategischen Weiterentwicklung. Vielmehr geht es der indischen Regierung darum, hochtechnologische maritime Fähigkeiten aufzubauen, die den politischen Zielen und militärischen Ausrichtungen genügen, alle relevanten Faktoren, vom geostrategischen Umfeld über die Bedrohungswahrnehmung bis hin zu den Fähigkeiten der eigenen Streitkräfte, zu berücksichtigen und in der Summe die Durchsetzungsfähigkeit des indischen Staates international glaubwürdig darstellen.

Aus dem strategischen Dokument wird das indische Verständnis von regionaler Macht im indisch-pazifischen Raum deutlich. Neben der wirtschaftlichen und technologischen Stärke baut die Nation auf ihre militärischen Fähigkeiten. Hier sind jedoch Diskrepanzen zwischen dem derzeitigen Zustand und der gewünschten zukünftigen Position des Landes zu erkennen. Darüber können auch das umfassende Rüstungsprogramm und das Atomwaffenarsenal nicht hinwegtäuschen.

Hinsichtlich der Bewertung von politischen Handlungsfeldern und den daraus resultierenden Aktivitäten kann Indien als eine der aufstrebenden Nationen mit einem Führungsanspruch angesehen werden, den sie, ggf. auch mit militärischen Mitteln, zu untermauern gewillt ist. Regional steht Indien in Konkurrenz mit dem Erzrivalen Pakistan und mit China. Besonders der Anspruch eigener Interessen bis in den südostasiatischen Raum, hier namentlich die Straße von Malakka, aufzuzeigen, kann für die VR China nicht akzeptabel erscheinen. Zusätzlich sind die diplomatischen Verhältnisse der drei genannten Staaten aufgrund langwieriger Grenzkonflikte die teilweise sogar in militärische Auseinandersetzungen mündeten, seit geraumer Zeit gestört,

Die angegebenen Anstrengungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Prosperität spiegeln sich auch darin wieder, dass Indien zu den Staaten gehört, die seit dem G 8-Gipfel regelmäßig eingeladen werden und außerdem seit 2008 regelmäßig an den Beratungen der G 20

teilnehmen³⁸⁰. Ein weiteres Werkzeug, zur Stärkung der wirtschaftlichen Entfaltung Indiens ist die Kooperation, vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiet, im Rahmen der BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China). Sicherheitspolitisch ist nicht davon auszugehen, dass Indien Bündnissen beitrifft oder angehört wird, deren Ziel die Erweiterung ihrer exterritorialen Einflussgebiete ist. Die offen dargelegte maritime Strategie des Landes erteilt dem eine klare Absage. Ebenso wird die Nation keine offenen Streitigkeiten mit China austragen, da erkennbare Gemeinsamkeiten hinsichtlich der wirtschaftlichen Nutzung der Ozeane nicht gefährdet werden sollen.

Bedingt durch die Modernisierungsaktivitäten der Nachbarstaaten Pakistan und China ist auch Indien gezwungen ein Modernisierungsprogramm aufzulegen, dem vorgenannten Dokument zufolge jedoch mehr auf Hochtechnologie fokussiert sein wird, also die qualitative der quantitativen Ausrichtung vorzieht.

Hinsichtlich der internationalen Beziehungen ist zu erwarten, dass Indien sich auf die beiden, oben genannten Foren beschränkt. Dabei wird vorwiegend die Nähe zu den USA gesucht. Gefestigte Kooperationen, wie das Abkommen über die zivile nukleare Zusammenarbeit von 2008³⁸¹, bestehen bereits. Vor dem Hintergrund der Gegenmachtbildung gegenüber China im Indischen Ozean steht die USA einer engen Anbindung Indiens positiv gegenüber. Die Rivalitäten zwischen Indien und dem US-Verbündeten Pakistan werden in diesem Zusammenhang an Bedeutung verlieren.

Ersichtlich wird auch, dass Indien primär an bilateralen Beziehungen auf speziellen Gebieten interessiert ist und eine eher zurückhaltende Politik betreibt. Dessen ungeachtet verfolgt die indische Nation Interessen die vorwiegend im maritimen Umfeld liegen, und ist bereit diese ggf. auch mit den maritimen Fähigkeiten der Streitkräfte durchsetzen, wobei Abschreckung das ausschlaggebende Instrument ist, besonderes in der Konfrontation mit dem Nachbarstaat Pakistan. Eine Kooperation mit der EU kann sich auf wirtschaftlichem Gebiet, vor dem Hintergrund des indischen Treibhausgasausstoßes³⁸², besonders im Zusammenhang mit ökologischen Technologien, entwickeln. Aus der Bewertung heraus, ist auf einer

³⁸⁰ Vgl. hierzu auch Polymeropoulos, E., Tidten, M., Wacker, G. und Wagner, C.: SWP-Studie „Asiatische Großmächte“, April 2011, Seite 26.

³⁸¹ Vgl. hierzu auch Polymeropoulos, E., Tidten, M., Wacker, G. und Wagner, C.: SWP-Studie „Asiatische Großmächte“, April 2011, Seite 25.

³⁸² Neben der USA und China ist Indien der drittgrößte Treibhausgasemittent, auf dem Weltklimagipfel im Dezember 2010 hat Indien angekündigt die Klimaziele der Konferenz ggf. verbindlich mit zu tragen (siehe dazu auch: SWP-Studie Asiatische Großmächte, April 2011, Seite 26.

mittelfristigen Zeitachse damit zu rechnen, dass Indien seinen Anspruch auf eine regionale Führungsrolle konkretisieren und nachdrücklich vertreten wird.

7.6. Synopsis der Diskussion und Bewertung

Aus den einzelnen Faktoren der maritimen Realität 2030+ sowie den strategischen Dokumenten der betrachteten Staaten wird ersichtlich, dass das sicherheitspolitische Handeln, auch in entlegenen, klimatisch extremen Regionen, durch Krisenprävention, die Protektion strategischer Gütern und Interessen und die Erzwingung und Deeskalation in Konfliktregionen geleitet werden wird. Als Konsequenz daraus wird die Projektion von militärischen Kräften, besonders im maritimen Bereich, eine dominierende Rolle einnehmen. Es ist zu erwarten, dass die Hauptaufgabe hierbei die Abschreckung (engl. Deterrence) sein wird, um die jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Interessen wahren zu können.

Aus den genannten strategischen Dokumenten lässt sich die räumliche Orientierung der maritimen Hauptakteure ableiten. Für die EU sind zwei Strömungen erkennbar. Zunächst eine europainterne, verbunden mit einer bilateralen Ausrichtung. Dieser Zweig wird vorwiegend von Frankreich verfolgt, das, nach eigenem Verständnis, als europäische Führungsnation fungieren und bei Bedarf bilaterale Abkommen treffen will, wie beispielsweise in Fragen der Verteidigungspolitik mit Großbritannien geschehen. Dem entgegen steht die zweite Strömung, mit transatlantischem Fokus und vornehmlich durch Deutschland vertreten. Die Partnerschaft zur USA ist eine der Grundpfeiler im deutschen politischen Verständnis und Deutschland sieht sich hier als Leitnation. Das maritime Bewusstsein der EU ist derzeit noch nicht umfassend ausgeprägt, denn die Formulierung maritimer Interessen der Union fehlt bisher.

Für die NATO rückt die transatlantische Wahrnehmung wieder verstärkt in das gemeinsame Bewusstsein der Mitglieder. Eine Fortführung der Osterweiterung steht derzeit nicht auf der Agenda des Bündnisses. Besonders im Kontext des zukünftigen Raketenabwehrsystems rücken der Atlantik und die angrenzenden Meere in den Fokus der Stationierungsüberlegungen. Mit der AMS betont die NATO ausdrücklich die maritime Dimension in ihrer Politik, die vergleichbar in der EU nicht zu finden ist.

Für die USA steht der pazifische Raum im Vordergrund allen sicherheitspolitischen Handelns. Dieser Sachverhalt manifestiert sich durch die bereits auf den ersten Seiten der QDR 2010 niedergelegte Erklärung dass die USA eine pazifische Nation ist, was die transatlantische Partnerschaft in den Hintergrund rücken lässt.

Nachvollziehbar wird diese Position dadurch, dass die USA ihre regionale Vormachtstellung im asiatisch-pazifischen Raum gefährdet sehen, während im atlantischen Raum keine Brennpunkte und Streitigkeiten zu erwarten sind, die US-Interessen tangieren können. Ausnahme hierbei ist ggf. die Debatte um die Arktisproblematik, in der sich die USA jedoch zurückhalten. Wichtigster militärischer Mitsstreiter in der transatlantischen Allianz ist Großbritannien; auf wirtschaftlichem Gebiet ist Deutschland der bevorzugte Partner.

Für die Russische Föderation sind mehrere Ausrichtungen erkennbar. Eine bildet die Orientierung nach Asien. Bedingt durch territoriale Streitigkeiten mit Japan und dem Ziel einer Kontrolle des Zugangs zur Beringstrasse fällt dem Raum Nordostasien hier eine besondere Rolle zu. Eine weitere zeigt sich in der Fokussierung des europäischen Raumes, einschließlich der Ostsee. Die Gründe für den russischen Blick in diese Richtung liegen in den engen Wirtschaftsbeziehungen zur EU, insbesondere zu Deutschland, und in der Debatte um die Arktis. Untermuert wird diese europäische Dimension der russischen Politik durch die strategische Partnerschaft zu Deutschland. Auch für die VR China stellt sich eine solche Partnerschaft mit Deutschland als eines der Ergebnisse infolge der Orientierung ihrer Politik nach Europa dar. Der Grund ist hier das Interesse Chinas an der Erlangung von spitzwissenschaftlichen Fähigkeiten, an Hochtechnologie sowie an neuen Absatzmärkten für eigene Produkte. Ergänzt wird die europäische Polarisierung auch durch die chinesischen Arktisambitionen. Im Mittelpunkt aller politischen Aktivitäten des Landes liegt jedoch der ostasiatische Raum, für den China Ansprüche auf die regionale Hegemonie hegt. Eine zurückhaltend angelegte Ausdehnung der chinesischen Einflussphäre in den indischen-asiatischen Raum hinein liegt langfristig im chinesischen Interesse, ggf. auch verbunden mit dem Wunsch nach der Kontrolle wichtiger Seehandelszugänge. Die Partnerschaft zu Pakistan als Gegenpol zu Indien, aus Chinas Sicht der Konkurrent im Indischen Ozean mit ähnlichen regionalen Ambitionen, unterstreicht die Intentionen des Landes.

Zu Indien ist festzuhalten, dass die Nation keine überregionalen Absichten verfolgt. Allerdings wird der gesamte Indische Ozean als Vorhof des eigenen Staatsgebietes angesehen, ein Potenzial für Konflikte durch Überschneidungen mit den chinesischen Interessen in dieser Region. Indien ist in diesem Zusammenhang bereit die Wahrung seiner Interessen sowohl gegenüber China als auch gegenüber dem Nachbarn Pakistan offensiv zu unterstreichen.

Zukünftig kann davon ausgegangen werden, dass die maritime Umwelt sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch an Bedeutung gewinnen wird. Besonders das nördliche Polargebiet wird, infolge der Auswirkungen der zu erwartenden klimatischen Veränderungen,

in den Mittelpunkt der nationalen Interessen rücken. Dies zeigt sich beispielhaft in den Ausführungen des Quadrennial Defense Review Report (QDR) 2010 des US-Verteidigungsministeriums oder der russischen Marinedoktrin, in denen die Arktis als Interessen- und Operationsgebiet benannt wird.

In absehbarer Zeit ist, besonders durch die wirtschaftlichen und natürlichen Faktoren bedingt, eine stärkere Nachfrage nach innovativen, umweltfreundlichen und sicheren maritimen Technologien und Strategien zu erwarten. Dieses impliziert, dass maritime Märkte der Zukunft nicht mehr nur in der heimischen Region, sondern global angesiedelt sein werden. Dies kann wiederum bedingen, dass besonders die westlichen Industrienationen mit globalen maritimen Risiken konfrontiert werden können, die zurzeit noch nicht abschätzbar sind. Die westlichen Industriestaaten werden gezwungen sein, sich in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Politik frühzeitig innovativ, kooperativ und fundiert global zu positionieren, um als Führungsnationen auf diesen Gebieten wahrgenommen zu werden. Damit verbunden ist etwa ein zunehmendes Bedürfnis an Schutz und Projektion, da die Aktionsfelder dann zunehmend in Staaten mit Krisenpotenzial bzw. Spannungen liegen werden, und strategische Güter, wie Energie- und Wasserversorgung langfristig zu sichern sein werden.

Aus dem für die Arktis derzeit kennzeichnenden Aspekt, der Verminderung der Meereisbedeckung im arktischen Sommer, erwachsen neue Fragestellungen für die internationale und nationale Politik, einschließlich daraus hervorgehender nationaler Interessen, und denen der EU und der NATO. Als eines der zentralen Elemente darin erscheinen die Energiefrage sowie die neue Wahrnehmung der Russischen Föderation. Mit Blick auf die in den nationalen Dokumenten publizierten maritimen Interessen sind in der Zukunft Spannungen zwischen den nordamerikanischen und nordeuropäischen Staaten einerseits, und Russland andererseits nicht mehr auszuschließen. Dieses gilt besonders hinsichtlich der Ressourcennutzung in der Arktis³⁸³. Zusätzlich zu den Ansprüchen der Anrainerstaaten sind weitere aufstrebende Staaten, wie China, Indien und Brasilien, an den arktischen Rohstoffvorkommen interessiert und verstärken daher ihre Aktivitäten in der Region, mit dem Ziel der Sicherung langfristiger Nutzungsrechte, analog zu den bereits in Afrika existierenden. Hinsichtlich der arktischen Nutzung durch die Anrainerstaaten ist bisher keine belastbare Rechtsvorschrift multilateral abgestimmt und erlassen. Nationale Vorschriften und Regelwerke existieren und wurden bezüglich des Umweltschutzes in

³⁸³ Siehe dazu auch: Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Kossendey anlässlich der Kommandeurtagung der Deutschen Marine am 19.11.2009 in Wilhelmshaven, Seite 6 und 10.

arktischen Gewässern von Kanada und der Russischen Föderation verfasst. Der 1996 gegründete Arktische Rat als politisches Gremium befasst sich zwar mit allen die Arktis betreffenden Sachverhalten, jedoch sind dessen Beschlüsse nicht rechtsverbindlich, so dass mögliche regionale Risiken schwer kalkulierbar werden könnten. Zur Untermauerung von Ansprüchen ist von einer stärkeren maritimen Präsenz der involvierten Staaten auszugehen. Die darin enthaltene Projektion von Streitkräften, auch die der genannten aufstrebenden Staaten, wird vermutlich zur Absicherung der Gebiete für den Ressourcenabbau und zur gegenseitigen Abschreckung zunehmen.

Die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der nationalen Zugehörigkeit der nördlichen Seewege, besonders unter den Anrainerstaaten selbst, jedoch auch innerhalb der EU werden in den nächsten Jahren zu keinen Konflikten führen. Es ist davon auszugehen, dass die freie Passage des Schiffsverkehrs unbeeinträchtigt bleibt, jedoch unter Kontrolle stehen wird, besonders durch die Russische Föderation und Kanada. Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen ihrer arktischen Interessen vermutlich weiterhin eine untergeordnete Rolle einnehmen und ihren bisherigen Status im Arktischen Rat beibehalten. In Fragen der Nutzung der Arktis wird Deutschland nach wie vor keine entscheidende und gewichtige Rolle zufallen, vorwiegend bedingt durch die geographischen Entfernungen. Dennoch kann es sich durch seine umfassenden Expertisen auf dem Gebiet der Polarforschung in die Klimadiskussion um die Arktis einbringen. Als Vertragsstaat des 1920 vereinbarten Spitzbergen-Vertrags ist Deutschland indirekt in die Gesamtdiskussion über die Arktis involviert. Die politischen Handlungs- und Interessenfelder der Bundesrepublik Deutschland sind jedoch im Rahmen der EU berücksichtigt und im EU-Vertrag eingebunden. Die Rolle als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat bis Ende 2012 eröffnet zusätzliche Möglichkeiten hinsichtlich der Ausrichtung der präventiven Sicherheitspolitik, unter anderem auch für die Region der Arktis, auf der Ebene der Vereinten Nationen.

Ebenfalls kann es aufgrund der Exportorientierung der westlichen Welt, jedoch auch Chinas und Japans, erforderlich werden, die Sicherheit der Handelsströme im Seeverkehr mittels internationaler, NATO- und EU-weiter oder anderer bündnisgemeinsamer maritimer Sicherheitsstrukturen bzw. Sicherheitsregime langfristig zu gewährleisten.

Ebenso treten potenzielle regionale Mächte, wie Indien, peripher auch Pakistan, und China im Kampf um Territorien und Ressourcen wie Wasser und Energie verstärkt in Erscheinung. Hier werden maritime Fähigkeiten zur Sicherstellung bzw. Unterstreichung des politischen Willens aktiviert werden.

In der Zusammenschau der maritimen Realität bis 2030+ gewinnt die maritime Sicherheit rasant an Bedeutung, und ist bereits jetzt schon eine der dominierenden nationalen und internationalen maritimen Interessen, die nachdrücklich verfolgt wird.

Die Vielfalt der maritimen Fragen der Zukunft, erlaubt keine Einzelfeldhandlungen, sondern erfordert zwingend die Etablierung des Systems der vernetzten Sicherheit als Sicherheitssystem, um auf aktuelle Konflikt- und Spannungsfelder eindämmend, und zukünftige präventiv wirken zu können.

8. Folgerungen und Ausblick

Abschließend werden in diesem Kapitel die Erkenntnisse zusammengefasst und Empfehlungen für mögliche Handlungsoptionen sowie für weitere Untersuchungen gegeben.

Folgerungen und politische Handlungsoptionen aus den Faktoren

Festzuhalten ist, dass das maritime Umfeld von heute bis zum Jahre 2030+ durch vielschichtige Rahmenbedingungen charakterisiert ist. Es ist davon auszugehen, dass die sicherheits-, umwelt- und wirtschaftspolitischen Interessen der einzelnen Nationen, hier besonders die der politischen und wirtschaftlichen Hauptakteure, im Vergleich zu heute, zunehmend durch die maritime Abhängigkeit bestimmt werden. Zur Unterstreichung dieser neuen maritimen Interessen erscheint es notwendig, die zukünftige, maritim orientierte Sicherheitspolitik nach drei Leitlinien einzuordnen, die für alle Nationen Gültigkeit haben und aus den dargestellten Faktoren abzuleiten sind.

Im Detail sind das: die Protektion der Bevölkerung und der strategischen Güter, die Deeskalation und Friedenserzwingung durch Streitkräfte, einschließlich der militärischen Abschreckung, sowie die Konfliktprävention auch in entfernten Gebieten, um dort die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung einer friedlichen Weltordnung durchsetzen zu können.

Die Interessen der westlichen Industriestaaten und der aufstrebenden Nationen werden in den zukünftigen maritimen Szenarien im Schwerpunkt von zwei Faktoren bestimmt werden: Einerseits von dem Bestreben zur Sicherung dauerhafter Zugriffsmöglichkeiten auf immer knapper werdende Ressourcen, insbesondere die zur Energieversorgung notwendigen, andererseits von der Notwendigkeit die freie Passage auf Seehandelswegen zu gewährleisten, wobei hier die arktische Nordost- bzw. Nordwestpassage und die Seewege im Indischen Ozean besonderes Augenmerk verdienen. Dem entgegen steht eine Vielzahl staatlicher oder auch nichtstaatlicher Akteure, die etwa die punktuelle, regionale Kontrolle der Seewege zur Unterstreichung ihrer Absichten und Interessen anstreben. Etwas allgemeiner formuliert ist damit zu rechnen, dass einige aufstrebende Staaten auf der Basis machtpolitischer Interessen einerseits offensiv orientierte Rüstungsanstrengungen unternehmen, sowie andererseits, auch abseits der bisherigen Bündnisphilosophie, Allianzen etablieren und damit die Fähigkeit zu regional und zeitlich begrenzter Machtprojektion erlangen werden. In der Betrachtung der Küstenzonen ist davon auszugehen, dass dort, u. a. infolge unumkehrbarer Veränderungen, Lebensräume wegfallen und somit Migrationsszenarien größeren Ausmaßes initiiert werden

könnten, die je nach Region konfliktgenerierendes oder -verschärfendes Potenzial beinhalten können.

Besonders hinsichtlich der natürlichen Faktoren Klima, Süßwasserangebot, Verwüstung und Meeresspiegelanstieg und den daraus erwachsenden politischen und sozioökonomischen Problemfeldern ist eine Intensivierung des politischen und wirtschaftlichen Dialogs im globalen Rahmen notwendig. Dies kann dann in multilateral abgestimmte Strategien verschiedener Ressorts münden, wie z.B. der Entwicklung gemeinsamer Schutz- und Warnsystemen für Küstenzonen. Zusätzlich bieten die multinationalen Gremien auch Möglichkeiten zur Formulierung und Umsetzung zukunftsfähiger, politischer und maritim-ökonomischer Ziele. Aufgabe der Klima- und Klimafolgenforschung wird es zukünftig verstärkt sein, diesen politischen Gremien geeignete Instrumente in Form von gekoppelten Erdsystemmodellen in Verbindung mit aussagekräftigen Beobachtungsergebnissen zur Verfügung zu stellen. Die Berücksichtigung einer Großzahl der klimarelevanten Komponenten, wie sie die atmosphärischen und ozeanographischen Parameter darstellen, würde es erlauben, dass die klimatischen Wechselwirkungsprozesse zwischen den Klimahauptkomponenten hinreichender in den Modellen und Analysen erfasst, und mittels dieser verstanden werden könnten. Daraus kann sich eine Gesamtanalyse des Systems Erde ergeben, aus der sich dann letztlich Schlüsselregionen und -prozesse im Erdklimasystem festlegen und Abmilderungs- und Vermeidungsstrategien entwickeln lassen.

Die dafür zu unternehmenden Anstrengungen auf der multilateralen politischen Ebene können durch einzelne Staaten vorangetrieben werden, so bietet sich etwa die Bundesrepublik Deutschland an, Ihren Einfluss als nicht ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nutzen, um Anstöße für Strukturänderungen innerhalb der Vereinten Nationen zu erwirken, mit dem Ziel, auf diese Weise Konzepte für robuste VN-Mandate zur Durchführung von Operationen in konfliktbehafteten Regionen und Vermeidungsstrategien für potenzielle Konfliktzonen entwickeln zu können.

In der Arktispolitik, mit der Abnahme des Meereises als bestimmenden Faktor für das politische Handeln der Betroffenen,, werden die Nichtanrainerstaaten lediglich ihren derzeitigen Beobachterstatus beibehalten, überdies werden die EU-Staaten die europäischen Interessen und Bestrebungen unterstützen. Diesen Staaten, analog dazu auch Organisationen wie der EU, steht aufgrund des Abkommens von Ilulissat zukünftig jedoch nur eine nachgeordnete Rolle zu. Gleichwohl erscheint es besonders für die EU sinnvoll, eine intensive, jedoch gleichzeitig exklusive Zusammenarbeit mit den fünf Arktis-Anrainern zu etablieren und zu pflegen. Das Dänemark als einziges EU-Mitglied unter den Anrainerstaaten

derzeit kein Interesse an einer stärkeren Rolle der EU in der laufenden Debatte um die Arktis zeigt, verdeutlicht die Verfolgung von dänischen Nationalinteressen in der Region. Ungeachtet dieser Tatsache ist gerade für die zukünftige Zusammenarbeit zu erwarten, dass das bisherige kooperative und konstruktive Verhältnis zwischen Arktis-Anrainerstaaten und EU vertieft wird³⁸⁴. Hier kann wiederum die Bundesrepublik Deutschland eine wegbereitende Rolle übernehmen. Ihre besonderen Außenbeziehungen zur USA und zur Russischen Föderation, zwei der fünf Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, sowie ihre oben genannte Mitgliedschaft als nichtständiges Sicherheitsratmitglied bieten neue Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten. Bezüglich der gesamten Klimapolitik der EU wird Norwegen, als bisher wichtiger Kooperationspartner der Union, seine Rolle behalten. Hier erwächst über die allgemeinen Fragen der Klimapolitik heraus die Chance über einzelne Arktis-Anrainer Kooperationen zu allen Anrainerstaaten aufzubauen, die so letztlich in gemeinsame politische Erklärungen und Handlungen münden können. Die Klimapolitik, einschließlich des Elements der polaren Klimasystemforschung, hat ebenfalls das Potential, zu einem Bindeglied zwischen den Interessensphären der Akteure in der Arktis zu avancieren.

Neben der Aufwertung des politischen Dialogs zwischen den arktischen Anrainerstaaten und der EU, dessen letztes Ereignis der EU-Kanada-Gipfel am 05. Mai 2010 in Brüssel³⁸⁵ zu den Themen Territoriumsabgrenzung und wirtschaftliche Nutzung der Arktis war, erscheint es erforderlich, die Debatte auf die zu erwartende Situation der indigenen Bevölkerung zu lenken. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass deren bisherige positive und offene Haltung gegenüber der EU, sowie dem dort verfolgten Ansatz einer multilateralen arktischen Politik, beibehalten wird und so ggf. Multiplikatoren für europäische politische Haltungen in den jeweiligen Staaten existieren. Mit Blick auf europäische, aber auch nationale, im speziellen deutsche, Interessen bezüglich des Seeverkehrs und der freien Handelsströme ist es so möglich diese nachhaltig zu sichern.

Es bleibt in der Gesamtdebatte um die Nordpolarregion unumstritten, dass neben den wirtschaftlichen und geopolitischen Intentionen auch machtpolitische eine Rolle spielen, und sich auf den Fortgang des Konfliktes auswirken. Bisher ist nicht davon auszugehen, dass militärisches Handeln von einem oder mehreren Akteuren, vornehmlich aus der Gruppe der Arctic Five heraus, als Option der Politik in Betracht gezogen wird. Vielmehr wird gegenwärtig der friedliche Dialog untereinander gesucht, was etwa das Abkommen zwischen Russland und Norwegen vom Januar 2011 belegt. Zusätzlich bietet sich im Zuge der

³⁸⁴ Siehe auch Winkelmann, I.: 2009a und 2009b.

³⁸⁵ Siehe auch Europäische Kommission: 2010a und 2010b.

multilateralen Zusammenarbeit die Option der gemeinsamen Entwicklung von maritimen Regimen, die beispielsweise den Seeverkehr steuern und Regularien für Seegebiete festlegen. Sollte dies umfassend gelingen, existiert eine international verbindliche Regelung für die nördlichen Regionen, und bannt somit die Gefahr einer Konfliktverschärfung. Bisher ist eine derartige Regelung jedoch nicht absehbar, so dass aus heutiger Sicht, auf der Zeitachse von 20 bis 25 Jahren, eine Eskalation der Lage nicht auszuschließen ist. Diese wäre dann in die Kategorie des klassischen zwischenstaatlichen Konfliktes bzw. sogar eines Krieges mit hohem Intensitätsniveau anzusiedeln. Der oft publizierten Meinung zur Abwesenheit von zwischenstaatlichen Konflikten im 21. Jahrhundert kann somit nicht gefolgt werden. Für zukünftige sicherheitspolitische Untersuchungen sollten neben der neorealistischen Betrachtungsweise ggf. auch neoliberalistische Ansätze herangezogen werden, um der derzeitigen kooperativen Entwicklung Rechnung tragen zu können. In die Untersuchungen sind gleichfalls, auch unter Berücksichtigung des klimainduzierten Konfliktpotenzials, die Gedanken zu den „Neuen Kriegen“ einzubeziehen. Dieses rechtfertigt sich aus dem Umstand, dass nichtstaatliche Akteure, in der heutigen Sprachregelung gern als „asymmetrisch“ klassifiziert, ihre Handlungsfelder auch im maritimen Umfeld finden.

In der Gesamtbetrachtung des maritimen Umfeldes zeigt sich, dass Asien zukünftig die primäre Region für maritimes Handeln darstellt. Der indisch-asiatische und der asiatisch-pazifische Raum bieten, neben den positiven Entwicklungen der wirtschaftlichen Prosperität, erhebliches Spannungspotenzial in der Frage der territorialen Aufteilung von Interessen- und Machtsphären. Auf einer Zeitachse von 20 Jahren ist es denkbar, dass das Potenzial für bewaffnete Konflikte in den Regionen anwächst. Als Hauptakteur ist hier China im Blickfeld, sowohl gegenüber Indien als auch gegenüber der USA und Japan. Auch wenn die VR China mit Japan kooperiert, mit den USA auf wirtschaftlicher Basis verbunden ist und augenscheinlich äußerst zurückhaltend und schattenhaft agiert, bleibt es Ziel der Partei- und Staatsführung chinesische Machtansprüche in den Regionen durchzusetzen, und diese Absichten ggf. mit der Androhung oder dem realen Einsatz von maritimen staatlichen Fähigkeiten zu untermauern. Eine so entstehende chinesische Dominanz, u. a. in den fernöstlichen Seegebieten, würde zur Einschränkung der freien Seehandelswege führen, somit die Außenhandelstätigkeit der westlichen Industrienationen stören und in der letzten Konsequenz eine Konfrontation unumgänglich werden lassen. Diese wäre dann, analog zu der für die Arktis geschilderten, in die Kategorie der zwischenstaatlichen Konflikte einzuordnen. Zum heutigen Zeitpunkt erscheint eine militärische Eskalation in Asien als unwahrscheinlich,

die umfassenden Rüstungsvorhaben im südasiatischen und ostasiatischen Raum deuten aber auf eine Bereitschaft zur Projektion von strategischen, bzw. machtpolitischen Interessen hin. Eine klare Regelung zur Nutzung der Meere durch maritime Regime, kann auch hier dafür Sorge tragen, dass eine Konfliktgenerierung und -verschärfung ausbleibt. Die Betrachtung der Region mittels des neorealistischen Ansatzes erscheint auch zukünftig Erfolg versprechend, da es sich bei den beobachteten Prozessen um die klassische Macht- und Gegenmachtbildung im Sinne der Theorie handelt, die durch die Hegemonie-Bestrebungen der Akteure mit einer dominierenden pazifischen Dimension in ihrer Sicherheitspolitik, namentlich der USA und China, akzentuiert werden.. Der in der Literatur³⁸⁶ formulierten Kritik an der Kritik des Neorealismus kann in diesem Zusammenhang gefolgt werden.

Aus der Diskussion der Interessen einzelner Nationen und Bündnisse heraus, wird ersichtlich, dass die sicherheitspolitischen Protagonisten weitestgehend eine maritime Dimension in ihre sicherheitspolitischen Ausrichtung eingebunden, und, darauf aufbauend, maritime Fähigkeiten des Staates oder der Allianz formuliert haben. Ausschließlich die EU als Bündnisorganisation, und die Bundesrepublik Deutschland als Nation, lassen diese Ausrichtung vermissen. Ihrer Politik fehlt hinsichtlich der Planungsfelder Sicherheit und Verteidigung die maritime Dimension. Aussagen zu diesem Wirkungskreis sind jedoch für eine weitere Entwicklung der Außenwirtschaft beider Akteure essentiell, um der starken Seehandelsabhängigkeit gerecht werden zu können. Hier ist die Formulierung der entsprechenden Interessen in einer maritimen Strategie durch die politischen beratenden Gremien anzuregen und die entsprechende Umsetzung kurzfristig anzustreben.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt dieser Thematik ist die Formulierung von Möglichkeiten der Mandatierung und völkerrechtlicher Gesetzgebung für den Einsatz insbesondere militärischer, maritimer Kräfte der EU und Deutschlands, als Ableitung aus der maritimen Strategie. Diese muss darauf abzielen, wie im Sinne von Operationen vergleichbar Counter Insurgency und Counter Drug, in der Auseinandersetzung mit maritimer Kriminalität einen Status verbindlicher Rechtssicherheit zu schaffen. Auch im Zuge der zu erwartenden Migrationsströme in Richtung Europa ergibt sich die Notwendigkeit einer solchen Rechtssicherheit. Zur Sicherung von Seegrenzen und Küstenzonen, beispielsweise im Mittelmeerraum, müssen Maßnahmen und Regelungen abgestimmt werden, die über den bereits existierenden Rahmen hinaus reichen. Das bestehende FRONTEX-Abkommen und

³⁸⁶ Siehe dazu: Masala, C.: Neorealismus und Internationale Politik im 21. Jahrhundert, Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nomos-Verlag, 16. Jg, Heft 1, 2006, Seite 87-11.

dessen praktische Umsetzung sind in diesem Kontext nicht ausreichend und erfordern eine Erweiterung oder Revision.

Im Zusammenhang mit der Formulierung und Ausgestaltung von maritimen Interessen ist die Evolution von Bündnissen und zwischenstaatlichen Abkommen zu betrachten. Hier ist den derzeitigen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Beispielhaft zu nennen wäre hier u. a. die Türkei. Obwohl NATO-Mitglied, wird dort die Nähe zur Arabischen Liga gesucht. Das geschieht in der Erwartung, auf diese Weise zukünftige nationale Interessen international besser durchsetzen zu können

Tendenzen eines Aufbrechens des Multilateralismus sind in der EU erkennbar. So unterhält etwa Deutschland bilaterale strategische Partnerschaften zur Russischen Föderation und zu China mit dem Ziel der gegenseitigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Sicherstellung der Energiesicherheit Deutschlands. Gestalt findet diese Bilateralität in der im November 2011 eröffnete Ostseepipeline von Russland nach Deutschland. In den gleichen Kontext ist das verteidigungspolitische Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien vom November 2010 einzuordnen, das den Bau eines gemeinsamen Flugzeugträgers und den Aufbau komplementärer maritimer Fähigkeiten beschließt. Besonders letzteres höhlt die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU aus und lässt Spielraum für die Stärkung solcher Bestrebungen innerhalb multilateraler Bündnisse erkennen.

Diese Entwicklungen, sowie die bisher noch ausstehende umfassende Reform der UNO, geben Anlass zu einer Untersuchung des heutigen Verständnisses von Multilateralismus hinsichtlich Ausgestaltung, Ausprägung und Zukunftsfähigkeit, in deren Ergebnis eine Reform zur Disposition stehen kann.

Aus der umfassenden politischen Debatte zur maritimen Abhängigkeit, einschließlich der Energieabhängigkeit der Industrienationen und aufstrebenden Nationen, erwachsen Handlungsfelder, die zukünftig verstärkt finanzielle und materielle Anstrengungen zur Sicherstellung der wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse erfordern und sich in maritimen Fähigkeiten wiederfinden müssen.

Ableitung maritimer Fähigkeiten

Die oben geforderte Definition von maritimen Interessen und die Formulierung einer maritimen Strategie für die EU und die Bundesrepublik Deutschland, abgeleitet aus den

maritimen Faktoren und Bewertungen, würde die verbindliche Festlegung von Handlungsfeldern und, daraus folgend, den staatlichen maritimen Fähigkeiten erlauben.

Die in den vorhergehenden Kapiteln benannten möglichen maritimen Spannungs- und Konfliktfelder begründen die nachfolgenden maritimen Fähigkeiten:

Zunächst koordinierte, ressortübergreifende Maßnahmen zum Schutz sensibler Anlagen und Reedereifloten, sowohl gegen terroristische Angriffe auf See, in Häfen und auf Reeden, als auch gegen Piraterie und gegen Akte territorialer und mobiler Einschränkung (z. B. Passageverbote) durch fremdstaatliche Stellen. Ferner die Einbindung der betreffenden Akteure in maritime Sicherheitsnetzwerke, den Ansatz der vernetzten umfassenden Sicherheit, sowohl auf nationaler, als auch auf EU- und NATO-Ebene verfolgend, so, dass den Erfordernissen mittels umfassender Interoperabilität, auch mit Blick auf mögliche veränderte Bündiskonstellationen³⁸⁷, Rechnung getragen werden kann. Teilweise findet dies bereits heute schon Beachtung, muss jedoch mit Blick auf das mögliche maritime Umfeld 2030+ nachdrücklicher fokussiert werden, um diesem zunehmendem Bedürfnis nach maritimer Sicherheit Rechnung zu tragen.

Des Weiteren erwachsen neue Anforderungen an maritime staatliche Fähigkeiten, besonders an die der Streitkräfte. Aus der Analyse der Interessen der staatlichen Akteure bis zum Jahre 2020-2030, dargestellt im Kapitel 7, und der drei dort eingangs genannten sicherheitspolitischen Handlungsfelder, erscheint die Präventions- und Abschreckungsfähigkeit sowie die Mobilität in entlegenen, klimatisch extremen Gebieten eine der am dringlichsten zu entwickelnden Fähigkeiten zu sein. Es ist beispielsweise hoch wahrscheinlich, dass zukünftige Seekriegsmittel für einen Einsatz in der Nordpolregion geeignet sein müssen. Exemplarisch zu nennen ist hierfür die Eisrandfähigkeit von Schiffen mit einer Verdrängung von mindestens 4000 BRT, einschließlich der Einsatzfähigkeit aller darauf befindlichen Anlagen, Sensoren und Effektoren bei tiefen Temperaturen. Hierdurch können u. a. deutsche Interessen bezüglich des Seeverkehrs und der freien Handelsströme entlang der nördlichen Routen gesichert, sowie materielle Beiträge im Rahmen eines globalen maritimen Sicherheitsnetzes erbracht werden. Denkbar für die Lösung der Projektion von Seestreitkräften in die Nordpolarregion ist auch ein NATO-gemeinsamer Ansatz, um bereits vorhandenes Know How auf dem Gebiet der Polarfähigkeit von Kriegsschiffen, etwa von

³⁸⁷ Die Einbindung von Nicht-NATO-Partnern bzw. Partnership for Peace-Program-Nationen, sowie Truppenstellern im Rahmen der UNO, bspw. bei UNIFIL, erfordert eine uneingeschränkte Operabilität zwischen den maritimen Kräften der Nationen.

Kanada und Norwegen, synergetisch einbringen zu können. Der Blick auf die Entwicklungen im Bereich der fernöstlichen Seegebiete, auf die in der Peripherie Europas, sowie die Unterstreichung der Möglichkeit von zwischenstaatlichen Konflikten verdeutlicht die Notwendigkeit, den Aufbau von Fähigkeiten für einen Einsatz im hohen Intensitätsbereich mit Nachdruck zu betreiben, die besonders einer Präventions- und Abschreckungsfähigkeit sowie der damit verbundenen Eskalationsdominanz Rechnung tragen würden.

Für die Fortentwicklung von bündnisgemeinsamen maritimen Fähigkeiten erwachsen aus den sicherheitspolitischen Vorgaben Fähigkeiten zur Konfliktbeendigung. Die Teilhabe an Expeditionary Operations ebenso wie die Teilhabe im Rahmen der ballistischen Raketenabwehr. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, dass die maritimen Kräfte der NATO- und der EU-Mitgliedstaaten geeignet sein müssen, so unterschiedliche Aufgaben wie einen Einsatz in der Nordpolregion, den Schutz von Handelsschiffsflotten oder Luftverteidigung im Verbund wahrzunehmen, was wiederum die oben genannte Interoperabilität voraussetzt. Unbenommen von den dargestellten Neuausprägungen maritimer Fähigkeiten müssen, sowohl im Bündnisrahmen als auch national, die Fähigkeiten zur verbundenen dreidimensionalen Seekriegführung, und analog, zur Führung des Gefechts der verbundenen Waffen für Land- und Luftstreitkräfte erhalten werden, um, auch langfristig gesehen, der Möglichkeit des Aufflammens zwischenstaatlicher Konflikte Rechnung tragen zu können.

Zur Unterstützung des politischen Entscheidungsprozess als Kontinuum, von den einzelnen maritimen Faktoren bis hin zu einer maritimen Strategie und den daraus abgeleiteten maritimen Fähigkeiten, können im Rahmen der frühzeitigen Erkennung von Sicherheitsrisiken und Bedrohungen, sowie der frühzeitigen langfristigen Fähigkeitsidentifizierung, modellbasierte Entscheidungshilfen konzipiert und eingesetzt werden. Die Entwicklung ist nur in einem umfassenden interdisziplinären, wissenschaftlichen Ansatz realisierbar, um so eine breite Akzeptanz auf der politischen Entscheidungsebene und Vertrauen in die Modellergebnisse zu erreichen. Die Umsetzung, sollte in drei aufeinander folgenden Schritten bzw. Teilprojekten, aus einer Kombination zwischen Modellbildung durch Expertenworkshops und numerischen Simulationen, realisiert werden. Diese sind:

1. Die Ableitung staatlicher maritimer Fähigkeiten auf der Grundlage einer objektiven Analyse der maritimen Interessen und Faktoren.
2. Die Entwicklung von politischen Handlungsoptionen und daraus folgenden staatlichen maritimen Fähigkeiten auf der Grundlage einer objektiven Analyse der maritimen Interessen und Faktoren.

3. Die Entwicklung von, aus den obigen Handlungsoptionen folgenden, Implikationen.

In die Ergebnisbewertung der Punkte 2 und 3 muss auch der Einfluss der Strukturen im Rahmen der globalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit, und der darin involvierten bzw. eingebetteten Konzerne, Organisationen und Gremien berücksichtigt werden, die durch ihr Handeln auf die sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesse einwirken können.

Für die Ergebnisdarstellung der sicherheitspolitischen Ableitungen ist eine visualisierte Form unumgänglich, auch im Sinne der genannten breiteren Akzeptanz der Analyse und der Entscheidungshilfe.

Um, für die Erstellung eines Modells, mögliche Anknüpfungspunkte zwischen den maritimen Faktoren, den sicherheitspolitischen Handlungsfeldern, der maritimen Strategie und den abzuleitenden staatlichen maritimen Fähigkeiten zu finden bzw. aufzuzeigen, wird, auf der Grundlage des politiktheoretischen Entscheidungsmodells von Scharpf³⁸⁸, ein möglicher Entscheidungsweg bzw. Prozess von den Einzelfaktoren über die maritimen sicherheitspolitischen Interessen, als Schwerpunkt in der Linie der maritimen sicherheitspolitischen Faktoren, bis hin zu den maritimen Fähigkeiten skizziert, der als Diskussionsgröße für die weitere Bearbeitung herangezogen werden sollte. Aufgrund der Komplexität des vorgeschlagenen Entscheidungskontinuums ist hier eine Zweiteilung in der Darstellung vorgeschlagen, die in den Abbildungen 8.1. und 8.2 des Anhangs 4 und 5 einsichtig wird. Anzumerken ist, dass die in der Abbildung 8.2. aufgezeigten Szenarien als exemplarisch anzusehen sind. Eine detaillierte und umfassende Betrachtung dieser, wie im Kapitel 6 erfolgt, sowie die Betrachtung weiterer, ist für die Feststellung möglicher maritimer Strategien und den daraus folgenden Fähigkeiten unerlässlich.

Schlussbemerkungen

Die Zusammenschau aller dargestellten Aspekte des zukünftigen maritimen Umfeldes ergibt ein vielschichtiges Bild. Eine Kombination aus Innovationen, Forschung, politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und gegebenenfalls militärischen Ideen und

³⁸⁸ Aus (Realistische Perspektiven der Internationalen Politik, Alexander Siedschlag 2001: 50-53, für die Außenpolitik angepasstes Entscheidungsmodell aus A. Siedschlag, Politische Institutionalisierung und Konflikttransformation, Leitideen, Theoriemodelle und europäische Praxisfälle, 2000: hier angepasst für die maritimen Fragestellungen der Sicherheitspolitik. Im speziellen Fall, für die maritimen Fähigkeiten, siehe Albrecht, T. und Beckmann, J.: Können sicherheitspolitische Faktoren modelliert werden? Europäische Sicherheit, Köhler-Verlag, 07/2011, 2011, Seite 76-80.

Anstrengungen wird notwendig werden, jedoch auch den politischen Entscheidungsträgern zukünftig einen breiten Handlungsrahmen ermöglichen. Zwar erfordern nicht alle zukünftigen Spannungs- und Handlungsfelder die unmittelbare Bereitstellung maritimer Fähigkeiten eines Staates oder eines Staatenbündnisses, dennoch nehmen sie im ressortübergreifenden, und besonders im multinationalen Kontext, eine gewichtige Rolle hinsichtlich der Teilhabe am Aufgabenspektrum der Streitkräfte und der zivilen Kräfte, sowie der Streitkräfteplanung von EU, NATO und UNO ein.

Um die maritime Zukunftsfähigkeit für 2030+ hinsichtlich der in der Arbeit dargelegten Herausforderungen sicherzustellen, bedarf es Studien und experimenteller Vorhaben auf einer ressortübergreifenden Basis, die im Ergebnis materiell-technische Neuerungen sowie an die veränderten Rahmenbedingungen angepasste Handlungs- und Verfahrensweisen als Antwort auf das sich verändernde maritime Umfeld bis 2030+ hervorbringen. Hier sei am Rande nochmals exemplarisch auf die Entwicklung von eisrandfähigen Kriegsschiffen hingewiesen, bei der die Erfahrungen aus dem Forschungsschiffbau synergetisch eingebracht werden können

Im Rahmen der Arbeit konnten nicht alle Faktoren umfassend betrachtet werden, ebenso wenig wie alle möglichen maritimen Akteure und deren Interessen nicht betrachtet wurden (bspw.: Großbritannien, Frankreich, Kanada, Israel und Iran), oder Seegebiete bzw. geographische Räume mit ihren spezifischen Gegebenheiten, wie etwa der Ostseeraum. Dessen Entwicklung ist, sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht, bedingt durch die Küstenbegrenzung und die wirtschaftlichen Verflechtungen mit den Anrainerstaaten, für die Bundesrepublik von großer Relevanz und eine eigene umfassende Untersuchung wert.

Eine detaillierte Erörterung zur Formulierung einer maritimen EU und Deutschlandstrategie wurde in dieser Arbeit nicht vertieft, dazu wird u. a. auf die Arbeit des WISE PEN Teams der EU-Kommission und auf die seit März 2012 in der Bearbeitung befindlichen Studie des Autors mit der Universität der Bundeswehr München verwiesen. Erste Ergebnisse sind hierzu im Sommer 2012 zu erwarten. Vertiefende Ausführungen zur maritimen Rüstungskontrolle und zu den maritimen Regimen für verschiedene Regionen der Erde, besonders denen entlang der Welthandelsrouten auf See, müssen den zukünftigen Arbeiten überlassen werden. Im Rahmen dieser Arbeit konnte lediglich ein Anstoß dazu gegeben werden. Ebenso erfolgt bezüglich der ausprägenden und vorzuhaltenden maritimen Fähigkeiten keine Vertiefung. Deren umfassende Darstellung wird in der Arbeit von Jens Beckmann (voraussichtlich

Anfang 2013) zu finden sein. Hinsichtlich der politisch-theoretischen Forschung regt sowohl die neorealistische Theorie der internationalen Beziehungen als auch die Link'sche Konflikttheorie zu vertieften Analysen an. In den bisherigen theoretischen Abhandlungen der internationalen Beziehungen wurde sich weitgehend auf den Ost-West-Konflikt bezogen, und die Beweisführung für die Praxistauglichkeit der Theorie dahingehend angesetzt. Mit den internationalen Beziehungen im maritimen Umfeld bietet sich jedoch ein neuer, aktueller, kaum umfassend untersuchter Forschungsgegenstand für die politische Theorie, mit dem Potenzial das Wissenschaftsgebiet nachhaltig zu bereichern.

Mit dem vorliegenden konzeptionellen Denkmodell zum maritimen Umfeld 2030+ werden zwar in der Gesamtanalyse der Faktoren, auf einer kurz- und mittelfristigen Zeitachse, konzeptionelle Ideen für noch zu identifizierende, bzw. bereits identifizierte Erfordernisse vorgeschlagen, die jedoch aufgrund der Dynamik unserer Umgebung nicht manifestiert sind. Daraus erwächst die Motivation, weiter einen offenen Blick in die maritime Zukunft, mit ihren sicherlich vorhandenen, noch nicht erkannten Facetten, zu werfen.

9. Literatur

AGENCE FRANCE-PRESSE Published: 27 May 2011, (Datum der Ansicht: 04.08.2011).

AGENCE FRANCE-PRESSE, Published: 30 Jul 2011, 09.10, (Datum der Ansicht: 04.08.2011).

Albrecht, T. und Beckmann, J.: Die maritime Realität 2030, Griephan Special 1/2010, April, 2010.

Albrecht, T. und Beckmann, J.: Können sicherheitspolitische Faktoren modelliert werden? Europäische Sicherheit, Köhler-Verlag, 07/2011, 2011.

Albrecht, T. und J. Beckmann, J.: Klimadiskussion im sicherheitspolitischem Kontext, Mittler-Brief 1/2011, 2011.

Albrecht, T. und Wolke, R.: Messung und Modellierung von CH₂O-Variationen in der marinen Atmosphäre, Schriftenreihe -Geowissenschaften- des GeoInfoDBw, 1/2010, 2010.

Albrecht, T., Notholt, J., Wolke, R., Solberg, S., Dye, C., Malberg, H.: Variations of CH₂O and C₂H₂ determined from groundbased FTIR measurements and comparison with model results. Advances in Space Research, Vol. 29, No.11, 2002.

Albrecht, T.: Politische Implikationen aus dem Abschmelzen des Nordmeereises, unveröffentlichte Studie, T. Albrecht, Marineamt, 2011.

Albrecht, T.: HANSA – International Maritime Journal, Köhler-Verlag, 01/2010, 2010

Albrecht, T. und Braun, J.: Politische Implikationen im Zuge des Abschmelzens des arktischen Meereises, Internat. Magazin für Sicherheitspolitik, Heft 2/2011, 17-19, 2011.

Alexander, B. und Alexander, C.: "Drawing lines in melting ice", The Economist, 16.08.2007; McKenzie, W. und Robertson, F (Hrsg.): "The Future of the Arctic", 2007, in Global warming opens Arctic seabed to the search for oil and gas, International Herald

Tribune, 30.10.2007, (Datum der Ansicht: 29.07.2011).

Alexander, B. und Alexander, C.: Drawing lines in melting ice, The Economist, 16.08.2007.

Algieri, F. und Feichtinger, W.: Glaubwürdigkeit auf dem Prüfstand: Anmerkungen zur Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, in. Sicherheit Frieden, S+F, 28, 3, 2010.

Algieri, F. und Feichtinger, W.: Glaubwürdigkeit auf dem Prüfstand: Anmerkungen zur Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, Sicherheit und Frieden, 28, 3, 2010.

Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr: Erdölvorkommen unter den Polkappen, Euskirchen, 2007.

Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr: Geopolitische Information, Geopolitische Analyse der internationalen Klimapolitik Anfang 2010,, AGeoBw, 28 S., Juli 2010, 2010b.

Amt für Geoinformationswesen: Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik, 2010a.

Annual Report der World Trade Organization (WTO) des Jahres 2009, 2009.

Annual Report der World Trade Organization (WTO) des Jahres 2010, 2010.

ARD: <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung33482.html> und http://www.de-ipcc.de/_media/IPCC2007-WG1.pdf Quelle: Deutsche Koordinierungsstelle IPCC: <http://www.de-ipcc.de/de/128.php>, (Datum der Speicherung: 06.05.2011).

Asseburg, M.: Der Arabische Frühling, SWP-Studie, SWP, Berlin, Juli, 2011.

Australische Regierung: Australisches Defence White Paper 2009, „Defending Australia in the Asia Pacific Century.:Force 2030“, Commonwealth of Australia, 2009.

Bächler, G.: Zivile Konfliktbearbeitung in Afrika-Grundelemente für die Friedensstörungspolitik der Schweiz, working paper, in: Schweizerische Friedensforschung - Institut für Konfliktforschung, Bern, 1998.

Baev, P.: Russia's Race for the Arctic and the Geopolitics of the North Pole, Washington, 2007.

Barandat, J: Wasser: regionaler Konfliktstoff weltweiter Bedeutung, Inst. Für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 96, 1995.

Barnett, J.: „Tyndall Centre Working Paper No. 7“, Tyndall Centre for Climate Change Research, Manchester 2001.

Bazzaz, F., Sombroek, W.: „Global Climate Change and Agricultural Production“, Chichester, Wiley-Verlag, New York, 1996.

Behrend, H., (Mitglied der Enquete Kommission 1987): Persönliche Mitteilung, 2010.

Belchansky, G.I., Douglas, D.C. and Platonov, N.G., 2008: Fluctuating Arctic Ice Thickness Changes Estimated by an In Situ Learned and Empirically Forced Neutral Network Model, J. of Climate, Vol. 21, 2008.

Berger, B.: Viel Lärm im maritimen Asien, SWP-Aktuell, Januar, 2011

Blasche, V.: Persönliche Mitteilung, 22.01.2011.

BMVg: Persönliche Mitteilung, BMVg, Führungsstab der Marine, 01.06.2010.

BMVg: Persönliche Mitteilung, BMVg, Führungsstab der Marine, 30.08.2011.

Bonacker, T.: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Auflage, Wiesbaden, 2008.

Borchert, H.: in: Vernetzte Sicherheit, Leitidee der Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert – Band 1, Verlag Koehler/Mittler, Hamburg 2005.

Boulding, K. E.: Conflict and Defence, A General Theory, New York (Harper and Brothers), 1962.

Brauch, H.G.: „Klimawandel, Umweltstress und Konflikt“, AFES-PRESS Studie für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung, Berlin, 2002.

Braun, J.: Geopolitische Implikationen in der Arktis, BSc-Arbeit in der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften der Universität der Bw München, Januar 2011.

Brauner, R.: Jade-Hochschule, Persönliche Mitteilung, 2011.

Bräuner, O. und Oertel, J.: SWP-Zeitschriftenschau, Entspannung in der Taiwanstraße?, SWP, Berlin, Februar, 2009.

Brockhaus, Bd. 18, Leipzig, 1998.

Brockhaus, Bd. 21, Leipzig, 2001

Brubaker, R. D.: Regulation of navigation and vessel-source pollution in the Northern Sea Route: Article 234 and state practice, in: Vidas, Davir (Hrsg.), Protecting the polar marine environment, Cambridge, 221 S., 2000.

Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe:

http://www.bgr.bund.de/nr_322848/DE/Themen/Energie/Produkte/energierohstoffe__2009.html, 2009.

Bundesministerium der Verteidigung, Konzeption der Bundeswehr (KdB), FüS VI 2, 09.08.2004.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung (BUNR): „Klimawandel und Konflikte – Teil 1“, Berlin, 2002.

Bundesregierung: Das Energiemoratorium der Bundesregierung seit März 2011 und der Bericht der Ethikkommission vom 12.05.2011 mit dem Titel: Deutschlands Energiekonsens - Ein Gemeinschaftswerk Energiezukunft Deutschland, 28 Seiten, 2012, Ethikkommission der Bundesregierung sind ein prominentes Beispiel für die derzeitige Debatte um die Energieversorgung und –sicherheit, 2011.

Bundesregierung: Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik Deutschland vom 18.05.2011.

Bundesregierung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, Oktober, 2006.

Bundeszentrale für politische Bildung: Türkei und EU, 2006, http://www.bpb.de/themen/LCD38U,0,0,Chronologie_der_Beitrittsverhandlungen.html, Datum der Ansicht: 08.07.2011.

Calic M.-J.: Der erste "neue Krieg"? Staatszerfall und Radikalisierung der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, H. 1, 2, 2005, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Calic-1-2005> (Datum der Speicherung: 23.06.2011).

Carbon Trust, Callaghan J. Future Marine Energy – Results of the Marine Energy Challenge: Cost competitiveness and growth of wave and tidal stream energy Carbon Trust – CTC601, 2006;

<http://www.carbontrust.co.uk/>

[Publications/publicationdetail.htm?productid=CTC601&metaNoCache=1](http://www.carbontrust.co.uk/Publications/publicationdetail.htm?productid=CTC601&metaNoCache=1).

Carius, A., Tänzler, D., Winterstein, J.: Weltkarte von Umweltkonflikten: Ansätze zur Typologisierung, Expertise für das Hauptgutachten „Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, In: http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex02.pdf, 2006.

Cazenave, A. und Nerem, R.: Present-day sea level change: observations and causes. Reviews of Geophysics 42 (3), 2004.

China, State Council: China's National Defense in 2010, Information of the State Council of the People's Republic of China, 31.03.2011, http://www.china.org.cn/government/whitepaper/node_7114675.html, (Datum der Speicherung: 04.08.2011).

Christensen, S. A.: Are the northern sea routes really the shortest? Maybe a too rose- coloured picture of the blue Arctic Ocean, Kopenhagen, 2009.

Chroniknet.de:

http://www.chroniknet.de/daly_de.0.html?datum=20.2.1986&year=1986&month=2&day=20, (Datum der Ansicht: 03.04.2012).

CNA Corporation: National Security and the Threat to Climate Change, Military Advisory Board, Alexandria, Virginia, USA,

In:

<http://securityandclimate.cna.org/report/National%20Security%20and%20the%20Threat%20of%20Climate%20Change.pdf>, 2009.

Compagnon, D.: Political Decay in Somalia: From Personal Rule to Warlordism, Refuge, Vol. 12, No. 5, November-Dezember 1992,

Crawford, A., Hanson, A., Runnalls, D.: Arctic Sovereignty and Security in a Climate-changing World, Winnipeg, 2008.

Czempiel, E.-O.: Friede und Konflikt in den internationalen Beziehungen, Seite 91, in Haftendorn, H.: Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methode der Internationalen Beziehungen. Ein Reader, unter Mitarbeit von Hans Hoyng und Joachim Krause. Hamburg: Hoffmann & Campe Verlag 1975.

Daw, T. and Gray, T.: Fisheries science and sustainability in international policy: a study of failure in the European Union's Common Fisheries Policy, Marine Policy, 29, 2005.

Department of Defense, United States of America: Quadrennial Defense Review Report, Washington, Februar, 2010.

DESERTEC: <http://www.desertec.org/de/konzept/>, (Datum der Ansicht: 16.05.2011).

Deutsche Marine: Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, Jahresbericht 2010, Flottenkommando M 33, September 2010.

Deutsche Marine: Entwurf Nutzungs- und Realisierungskonzept Maritime Sicherheit/Lage Weiß, vom 01.08.2011, Flottenkommando, Glücksburg, 2011.

Deutscher Bundestag: Schutz der Erdatmosphäre. Eine internationale Herausforderung, Enquete- Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“, Economica Verlag und Verlag C.F. Müller, Bonn, 1990.

Deutscher Bundestag: Schutz der Erde. Eine Bestandsaufnahme mit Vorschlägen zu einer neuen Energiepolitik, Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Economica Verlag und Verlag C.F. Müller, Bonn, 1991.

Diez, T.: Die Konflikttheorie postmoderner Theorien internationaler Beziehungen, in: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, 4. Auflage, Hrsg. T. Bonacker, 2008.

Dolata- Kreutzkamp, P.: “The Arctic is Ours”: Kanadas Arktispolitik zwischen Souveränität und Klimawandel, in: Fokus Kanada 2009, Nr. 2: S. 1-6, 2009.

Donnelly, J.: Realism and International Relations, Cambridge, 2000.

Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Militärdoktrin der Russischen Föderation, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 5. Februar 2010, Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß: Dresden, Heft 99, 2010

Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (DSS): Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 12. Mai 2009, Arbeitsübersetzung: Egbert Lemcke, Frank Preiß, Dresden, Heft 96, 2009.

DW-World vom 02.05.2009, „Australien steckt Milliarden in neue Waffen“, Datum der Ansicht: 21.07.2011, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4223680,00.html>.

EC: Frontex Annual Report 2006, http://www.frontex.europa.eu/annual_report.

Eigemann, J.: Persönliche Mitteilung bezüglich der Ergebnisse der 2. Arktiskonferenz des Auswärtigen Amtes, vom 17.-18.03.2011.

Entwicklungspolitik-online: „China: Flussverseuchung in Nordostchina- Flussverseuchung Amur - Es gibt hier nichts außer Fisch“, Berlin, 2005.

Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele von Kyoto. Brüssel, 12.11.2009. KOM(2009) endgültig,

In: <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0630:fin:de:pdf,2009b>.

Europäische Kommission: Maßnahmen der EU gegen den Klimawandel: Globale Maßnahmen bis 2020 und darüber hinaus, Europäische Gemeinschaft, Luxemburg,

In: http://ec.europa.eu/environment/climat/pdf/brochures/post_2012_de.pdf, 2009a.

Europäische Kommission; European Commission to the European Council: http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches_statements/2010/05/20100505_1_de.htm, 2010a.

Europäische Kommission; European Commission to the European Council: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0142+0+DOC+XML+V0//DE>, 2010b.

Europäischer Rat: Schlussfolgerungen der Sitzung des Europäischen Umweltrates am 25. Juni 1996,

In:

<http://www.consilium.europa.eu/App/NewsRoom/loadBook.aspx?target=2000&infotarget=before&max=15&bid=89&lang=de&id=356>, 1996.

European Commission to the European Council (EC): Climate Change and International Security, Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council, Dokument S111/08 vom 03.03.2008, Ziff. III. 6, 2008.

European Commission to the European Council (EC): Climate Change and International Security, Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council, Dokument S111/08 vom 03.03.2008, Ziff. III. 6, 2008a.

European Commission to the European Council (EC): Climate Change and Security: Recommendations of the High Representative on follow up to the High Representative and Commission report on Climate Change and International Security, Dokument 16994/08, In: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st16/st16994-re01.en08.pdf>, 2008b.

European Commission to the European Council (EC): Presidency Conclusions, European Council, 8/9 March, 2007, In: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/93135.pdf, 2007.

European Commission to the European Council (EC): Report der Europäischen Kommission „Report of the Implementation of the European Security Strategy, Providing Security in a Changing World, EC-Document 17104/08, 2008.

European Commission to the European Council (EC): Report of the Implementation of the European Security Strategy. Providing Security in a Changing World, Dokument 17104/08, 2008.

European Commission to the European Council (EC): Report of the Implementation of the European Security Strategy. Providing Security in a Changing World, Dokument 17104/08, In: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st17/st17104.en08.pdf>, 2008c.

European Environment Agency: „Third Environmental Assessment Report“, Chapter 8, Water, Kopenhagen 2003.

Froese, R.: Keep it simple: three indicators to deal with overfishing. Fish and Fisheries 5, 2004.

Frost, H. and Andersen P.: The Common Fishery Policy of the European Union and fisheries economics, *Marine Policy*, 30, 2006; Seite 731-746, sowie Daw, T. and Gray, T.: Fisheries science and sustainability in international policy: a study of failure in the European Union's Common Fisheries Policy, *Marine Policy*, 29, 2005.

Frost, H. und Andersen, P.: The Common Fisheries Policy of the European Union and fisheries economics. *Marine Policy* 30, 2006.

Geden, O., Goldthau, A., Noetzel T.: „Energie-NATO“ und Energie-KSZE“- Instrumente der Versorgungssicherheit, SWP-Studie, Berlin, Mai, 2007.

Geiger, G.: Klimawandel- Ein Fall für die Internationale Sicherheitspolitik? Berlin, 2009.

General Administration of Customs via Thomson Financial Datastream. September, 2010.

Gerdes, R., Köberle, C.: Comparison of Arctic sea ice thickness variability in IPCC Climate of the 20th Century experiments and in ocean- sea ice hind casts, *Journal of Geophysical Research*, Vol. 112, 2007.

Gerdes, R.: Persönliche Mitteilung am 15.03.2010 am Rande einer Vortragsveranstaltung zum Thema Arktis und Sicherheit in Bremerhaven sowie im Juni 2010.

Gerdes, R.: Persönliche Mitteilung, 2010.

Global Security Newswire, Friday, July 29, 2011, (Datum der Ansicht: 05.08.2011).

Gilpin, R.G.: The richness of the tradition of political realism, *International Organization*, 38, Seite 290-304, 1984.

Gore, Al: „Die unbequeme Wahrheit“, Riemann Verlag, München, 2007.

Gregory, J.M, Huybrechts, P. und Rapers, S.C.B.: Threatened loss of the Greenland ice-sheet, *Nature*, Vol 428, 08.04.2004.

Haas, C., Hendricks, S., Eicken, H., Herber, A.: Synoptic airborne thickness surveys reveal state of Arctic sea ice cover, *Geophysical Research letters*, Vol.37: 1-5, 2010.

Haas, C., Pfaffing, A., Hendricks, S., Rabenstein, L., Etienne, J.-L., Rigor, I.: Reduced ice thickness in Arctic Transpolar Drift favors rapid ice retreat, *Geophysical Research Letter*, Vol. 35, 2009.

Haftendorn, H.: Auf dünnem Eis. Fragile Sicherheit in der Arktis, in: *Internationale Politik*, Juli/August, 2009.

Hamburger Bildungsserver:

<http://www.hamburger-bildungsserver.de/index.phtml?site=themen.klima>, Datum der Erstellung: 07.02.2008, (Datum der Speicherung: 02.05.2011).

Hamburger Bildungsserver:

<http://www.hamburger-bildungsserver.de/index.phtml?site=themen.klima>, (Datum der Erstellung: 02.07.2007), (Datum der Speicherung: 02.05.2011).

Hamburger Bildungsserver:

<http://www.hamburger-bildungsserver.de/index.phtml?site=themen.klima>, (Datum der Erstellung: 27.07.2008), (Datum der Speicherung: 02.05.2011).

Handbook of maritime Economics and Business, Costas Th. Grammenos (eds.), D.K: Fleming, Patterns of international ocean trade, 2002.

Handbook of maritime Economics and Business, Costas Th. Grammenos (eds.), D.K: Fleming, Patterns of international ocean trade, 2010.

Hoffman, B.: Terrorismus. Der unerklärte Krieg, Frankfurt am Main, 1999.

Holfort, J. und Albrecht, T.: Atmospheric forcing of DSOW salinity, *Ocean Science*, 3, 2007.
Homer-Dixon, T.: „On the Threshold Environmental Changes as Causes of Acute Conflicts”, in: *International Security*, vol. 16, no. 2, 1991.

Hottinger, A.: Dreißigjähriger Krieg der Araber? Neue Züricher Zeitung, 24.11.1987.

Houghton, J.T.: Global warming – the complete briefing, Third edition, Cambridge University Press, London, 2004.

<http://www.Domain-b.com>, 11.07.2011, (Datum der Ansicht: 05.08.2011).

<http://www.IBNLive.com>, PTI | 08:07 PM, 27.07. 2011, (Datum der Ansicht: 05.08.2011).

<http://www.IVNLive.in.com> , PTI | 10:08 PM, 02.08.2011, (Datum der Ansicht: 05.08.2011).

<http://aljazeera.com/news/asia-pacific/>, 26.05.2011, (Datum der Ansicht: 05.08.2011).

http://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=China,
(Datum der Ansicht: 04.08.2011).

http://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=India,
(Datum der Ansicht: 04.08.2011).

<http://www.globalfirepower.com/oil-consumption-by-country.asp>, (Datum der Ansicht:
04.08.2011).

Huebert, R.: Renaissance in Canadian Arctic Security? Canadian Military Journal 2005-2006,
S. 17-29, 2005.

Hurrell, J. W., Kushnir, Y., Ottersen, G., and Visbek, M.: An overview of the North Atlantic Oscillation., in: The North Atlantic Oscillation: climatic significance and environmental impact. Edited by: Hurrell, J. W., Kushnir, Y., Ottersen, G., and Visbek, M., American Geophysical Union, 2003.

IEA-OES: Annual Report, 2010.

Indias Mariitime Military Strategy – Freedom to use the seas, Ministry of Defence (Navy),

Neu-Dehli, Mai 2007, Seite 1-85, http://indiannavy.nic.in/maritime_strat.pdf, (Datum der Speicherung: 03.11.2011).

International Maritime Organization (IMO), Maritime Environmental Protection Committee, Prevention of air pollution from ships, Second IMO GHG Study, 2009.

IPCC Report, Teil 1, IPCC: Climate Change 2007: Synthesis Report, In: http://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/syr/en/spm.html, 2007a, Seite 1 ff. Im Teil 1. werden Vorhersagen zu den Klimaparameters getroffen, siehe dazu zusätzlich: UNEP - UN Environmental Programme: IPCC-Report, Teil 1 – Vorhersagen über das künftige Klima, Genf 2007, (Datum der Ansicht: 10.10.2007).

IPCC Report, Teil 3, IPCC: Climate Change 2007: Synthesis Report, In: http://www.de-ipcc.de/_media/AR4_SynRep_Thema_3.pdf (10.10.2007), 2007b. http://www.de-ipcc.de/_media/IPCC2007-WG2.pdf, (Datum der Ansicht: 22.06.2011).

IPCC: Climate Change 2007: The Physical Science Basis, In: http://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/wg1/en/contents.html, 2007b, (Datum der Ansicht: 10.10.2007).

IPCC: Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability, In: http://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_ipcc_fourth_assessment_report_wg2_report_impacts_adaptation_and_vulnerability.htm, 2007c, (Datum der Ansicht: 10.10.2007).

Ivashentsov, G.: The Korean issue and security in Northeast Asia, in: International affairs, Minneapolis, Minn: a Russian journal of world politics, diplomacy and international relations, 56, 5, 2010.

IWMI: Water for Food, Water for Life: A comprehensive assessment of Water Management in Agriculture, London: Earthscan, and Colombo: International Water Management Institute, In: http://www.iwmi.cgiar.org/Assessment/files_new/synthesis/Summary_SynthesisBook.pdf, 2007.

Jacob D., Göttel H., Kotlarski S., Lorenz P., Sieck K.: Klimaauswirkungen und Anpassung in

Deutschland, Phase 1: Erstellung regionaler Klimaszenarien für Deutschland, Climate Change 11/08, ISSN 1862-4359, Umweltbundesamt Deutschland, 2008.

JANES FIGHTING SHIPS (JFS): JFS 2000-2001, Edition 105, Alexandria, Virginia/USA, 2001.

JANES FIGHTING SHIPS (JFS): JFS 2005-2006, Edition 108, Alexandria, Virginia/USA, 2006

JANES FIGHTING SHIPS (JFS): JFS 2010-2011, Edition 112, Alexandria, Virginia/USA, 2011.

Joffe, J.: „Steine gegen Raketen“, in: Die Zeit, Nr.31, 26.07.2007, Hamburg 2007.

Kaim, M.: Die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels. Kanada und die Frage der arktischen Souveränität, Berlin, 2008.

Kaldor, M.: „New Types of Conflict“, in: Ruth Stanley (Hrsg.), Gewalt und Konflikt in einer globalisierten Welt, Wiesbaden ,2001.

Kasang, D.: Hamburger Bildungsserver, nach Dyurgerov, M. and Meier, M.F. Glaciers and the Changing Earth System: a 2004 snapshot, 2005 http://scholar.google.com/url?sa=U&q=http://instaar.colorado.edu/other/download/OP58_dyurgerov_meier.pdf, 2005.

Kasang, D.: Hamburger Bildungsserver, nach Levitus, S., Antonov, J., Boyer, T.: Warming of the world ocean, 1955-2003, Geophys. Res. Lett., Vol. 32, No. 2, L02604 10.1029/2004GL021592, 2005; Levitus, S., J. Antonov, T.; Boyer: Warming of the world ocean, 1955-2003, Geophys. Res. Lett., Vol. 32, No. 2, L02604 10.1029/2004GL021592, 2005.

Kefferpütz, R. (2010): On Thin Ice? (Mis)interpreting Russian policy in the High North, in: CEPS Policy Brief 2010, No. 205, 2010.

Keller, G. M.: „Syrien brennt und die Welt zaudert.“, 03.08.2011, Quelle: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13522851/Syrien-brennt-die-Welt-zaudert.html, (Datum der Ansicht: 04.08.2011).

Kempin, R: Die GSVP vor der Erosion?., SWP-Aktuell, 25, Mai, 2011.

Kerr, R.A. gibt einen knappen Überblick zu den Stellungnahmen: Is Katrina a Harbinger of Still More Powerfull Hurricanes?, Science 309, 2005, Seite 1807; zusätzlich wird auf den Artikel von Pielke Jr., R.A., Landsea, C., Mayfield, M, Laver, J. and Pasch, R hingewiesen, der eine kritischen Bewertung vollzieht: Hurricanes and Global Warming, Bulletin of the American Meteorological Society 86/11, 2005.

Keskitalo, C.: International Region-Building, Development of the Arctic as an International Region, Cooperationa and Conflict, Vol. 42, S. 187, 2007.

Kleiner, J.: Korea, Auf steinigem Pfad, 2. Auflage, VISTAS, 1992.

Knittel, S.. Showdown in Ostasien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 55, 11, 2010.

Kossendey, T.: Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Kossendey anlässlich der Kommandeurtagung der Deutschen Marine am 19.11.2009 in Wilhelmshaven, 2009.

Kuchler, R.: Persönliche Mitteilung, 2010.

Kwok, R. und Rothrock, D.A.: Variability of Fram Strait ice flux and North Atlantic Oscillation (Paper 1998JC900103), J. Geophys. Res.-all series- , ISSN 0148-0227, Vol. 104, Nr. C3, 1999.

Lang, K.-O: Problemzone und Vorreiterregion, Der Ostseeraum im Spannungsfeld energiepolitischer Kontroversen und Kooperationsvorhaben, Berlin, Oktober, 2010.

Lindsay, R. W., Zhang, J., Schweiger, A., Steele, M., Stern, H.: Artic Sea Ice Retreat in 2007 Follows Thinning Trend, J. of Climate, 22(1), 165-176, 2009.

Lindsey, G.: Strategy in the Arctic, 1989.

Linneweber, V.: „Nutzung globaler Ressourcen als Konfliktpotenzial“, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 92, Hamburg, 1995.

Link, W.: Überlegungen zu einer strukturellen Konflikttheorie, in Krell, G., Müller, H.: Frieden und Konflikt in den Internationalen Beziehungen, Frankfurt/M., Seite 99-115, 1994.

Link, W.: Überlegungen zum Begriff Konflikt in den internationalen Beziehungen, Politische Vierteljahresschrift, 20, 1979.

Loske, R.: Klimapolitik. Im Spannungsfeld von Kurzzeitinteressen und Langzeiterfordernissen, Ökologie und Wirtschaftsforschung Band 20, Metropolis Verlag, Marburg, 1996.

Mair, S. (Hrsg.): Piraterie und maritime Sicherheit, SWP, Berlin, Juli, 2010

Major, C.: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nach Lissabon, SWP-Aktuell, Januar, 2010.

Marine Stewardship Council: MSC, 1997.

Mattler, M.J.: A View from the U.S. Senate, in: Myron H. Nordquist et al. (eds.), International Energy Policy, the Arctic and the Law of the Sea, S 33 ff., 2005.

Mattler, M.J.: A View from the U.S. Senate, in: Myron H. Nordquist et al. (Hrsg.), International Energy Policy, the Arctic and the Law of the Sea, 2005.

McKenzie, W. und Robertson, F (Hrsg.): The Future of the Arctic, 2007, in Global warming opens Arctic seabed to the search for oil and gas, International Herald Tribune vom 30.10.2007.

McNarb, R.: Delimiting the juridical continental shelf in the Arctic Ocean: A confluence of

law science, and politics, Meridian (Fall/Winter 2007), S. 9 ff. (12), 2007.

Mearsheimer, J.: China vs. USA: der aufziehende Sturm, in Blätter für deutsche und internationale Politik, 55, 10, 2010.

Meehl, G.A., Washington, W.M., Ammann, C.A., Arblaster, J.M., Wigley, T.M.L. and Tebaldi, C.: Combinations of Natural and Anthropogenic Forcings in Twentieth-Century Climate, Journal of Climate 17, 2004.

Meinhaj Hussain, Pakistan Port Gwadar To Become Chinese Naval Base, <http://www.grandstrategy.com/2011/05/4403220120202-pakistan-port-gwadar-to.html>, 22.05.2011, (Datum der Ansicht: 05.08.2011).

Meister, S.: Russland und die EU im Ostseeraum, Quelle: http://www.aussenpolitik.net/themen/eurasien/russland/russland_und_die_eu_im_ostseeraum/ausse npolitik.net-Russland:Runssland und die EU im Ostseeraum, (Ausdruck vom 14.08.2010).

Mexico Seawater Project: 2010, <http://atlanticgreenfuels.com/html/mexico.html>, (Datum der Ansicht: 12.04.2010).

Möller, K.: Maritime Sicherheit und die Suche nach politischem Einfluss in Südostasien, SWP-Studie, Berlin, Dezember, 2006.

Mölling, C.: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der EU-Sicherheitspolitik, SWP Aktuell, 13, Februar, 2011.

MPI: Max-Planck-Institut für Meteorologie, Pressemitteilung, Hamburg 2001, <http://www.mpimet.mpg.de/presse/faq-s/wie-stark-steigt-der-meeresspiegel.html>, (Datum der Ansicht: 10.08.2011).

Münkler, H.: „Der Wandel des Krieges - Von der Symmetrie zur Asymmetrie“, Velbrück-Verlag, Weilerswist, 2006.

Münkler, H.: „Neues vom Chamäleon Krieg“, Essay, in: APuZ 16-17, Berlin, 2007.

Münkler, H.: Die neuen Kriege, Hamburg, 2004.

Nakicenovic N., Alcamo J., Davis G., De Vries B., Fenhann J., Gaffin S., Gregory K., Grübler A., Jung T.Y., Kram T., La Rovere E.L., Michaelis L., Mori S., Morita T., Pepper W., Pitcher H., Price L. Raihi K., Roehrl A., Rogner H.-H., Sankovski A., Schlesinger M., Shulka P., Smith S., Swart R., Van Rooijen S., Victor N., Dadi Z.: Emissions Scenarios (Special Report), Cambridge, New York: Cambridge University Press, 2000.

NASA: <http://data.giss.nasa.gov/gistemp/graphs/>, Datum der Erstellung: 20.02.2010, (Datum der Speicherung: 29.04.2011).

NASA: <http://earthobservatory.nasa.gov/IOTD/view.php?id=47628>, (Datum der Erstellung: 10.12.2010), (Datum der Speicherung: 29.04.2011).

National Snow and Ice Data Center (NSDIC): “Arctic Sea Ice Narrowly Misses Wintertime Record Low”, 2007, Press Release vom 04.04.2007, 2007.

National Snow and Ice Data Center (NSDIC): “Arctic Sea Ice Narrowly Misses Wintertime Record Low”, Press Release vom 04.04.2007, 2007.

Notholt, J., Toon, G.C., Rinsland, C.P., Pougatchev, N.S., Jones, N.B., Connor, B.J., Weller, R., Gautrois, M., Schrems, O.: Latitudinal variations of trace gas concentrations in the free troposphere measured by solar absorption spectroscopy during a ship cruise, *J. Geophys. Res.* 105, 1337-1349, 2000.

NATO: Alliance Maritime Strategy der NATO vom 29.01.2010, 2010.

NATO: Committee on the Challenges of Modern Society – Environment and Security in an International Context, NATO, 1999.

NATO: Das neue Strategische Konzept der NATO vom November 2010, verabschiedet in Lissabon am 19.11.2010, 2010.

NOAA: <http://www.arctic.noaa.gov/reportcard/seaice.html>, (Datum der Erstellung: 15.10.2010), (Datum der Speicherung: 03.05.2011).

Nordwest 2050:

http://www.nordwest2050.de/index_nw2050.php, (Datum der Ansicht: 12.05.2011).

Norwest-Zeitung online:

<http://www.nwzonline.de/Region/Artikel/2602553/Nur-geringe-Folgen-durch-Klimawandel.html>, (Datum der Ansicht: 12.05.2011).

Notholt, J., Toon, G.C., Rinsland, C.P., Pougatchev, N.S., Jones, N.B., Connor, B.J., Weller, R., Gautrois, M., Schrems, O.: Latitudinal variations of trace gas concentrations in the free troposphere measured by solar absorption spectroscopy during a ship cruise, *J. Geophys. Res.* 105, 2000.

Notholt, J.: Räumliche und zeitliche Variation atmosphärischer Spurengase aus bodengebundenen Messungen mit Hilfe eines Michelson Interferometers, Habilitationsschrift im Fachbereich Geowissenschaften der FU Berlin, 1998.

Notz, D.: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 47/2007, 2007.

NOAA: <http://www.arctic.noaa.gov/reportcard/seaice.html>, (Datum der Erstellung: 15.10.2010), (Datum der Speicherung: 03.05.2011).

Oberthür, S. und Ott, H.E.: *The Kyoto Protocol. International Climate Policy for the 21st Century*, 1999.

NSIDC: Sea Ice Index, nsidc.org/data/seaice_index, J. Maslanik und C. Fowler).

Quelle: <http://www.arctic.noaa.gov/reportcard/seaice.html>, (Datum der Erstellung: 15.10.2010), (Datum der Speicherung: 03.05.2011).

ntv-Online: <http://www.n-tv.de/ticker/USA-Nordkorea-zu-Moratorium-bei-Urananreicherung-bereit-article5634056.html>, (Datum der Ansicht: 18.04.2012).

Online-Presseportal, 18.10.2010: <http://www.online-presseportal.com/politik/iran-akw-buscher-geht-im-sommer-ans-netz-66/>, (Datum der Ansicht: 09.08.2011).

Overhoff, G.: „3 Schluchten Projekt am Yangtze/China“, 2001, www.talsperrenkomitee.de/info/index.cgi/page/tgp_exkursion (Datum der Ansicht: 25.10.2007).

Overland, J.E., Wang, M. and S. Salo, 2008: The recent Arctic warm period, *Tellus*, 60A, 589-597, 2008.

P. Brett: “Global warming opens Arctic seabed to the search for oil and gas”; *New York Times*, 30.10.2007; Seite 1-2, (Datum der Ansicht: 29.07.2011).

Parkinson, C., Cavallieri, D., Gloersen, P., Zwally, H.J., Comiso, J.: Arctic sea ice extends areas, and trends, 1978-1996, *J. Geophys. Res.*, 104, 1999.

Parkinson, C., Cavallieri, D., Gloersen, P., Zwally, H.J., Comiso, J.: Arctic sea ice extends areas, and trends, 1978-1996, *J. Geophys. Res.*, 104, 20,837-20,856, 1999.

Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty: National Security Strategy, Oktober, 2010.

Peace & Security, Carlyle A. Thayer, June 23, 2011.

Perovich, D., Kwok, R., Meier, W., Nghiem S., Richter-Menge, J.: Sea Ice Cover, NOAA Arctic Theme Page, In: <http://www.arctic.noaa.gov/reportcard/seaice.html>, 2009.

Pflügler, F.: Eine neue Ära des Energieimperialismus. Für Europa gilt: Von China lernen heißt siegen lernen, in: *Internationale Politik*, 05/06, 2009.

Pflügler, F.: Eine neue Ära des Energieimperialismus. Für Europa gilt: Von China lernen heißt siegen lernen, in: *Internationale Politik*, Mai/Juli: S.1-4, 2009.

Polymeropoulos, E., Tidten, M., Wacker, G., Wagner, C.: Asiatische Großmächte, China, Indien und Japan als Akteure regionaler und internationaler Ordnungspolitik, SWP, Berlin, April, 2011.

Pradetto, A. und Baier, W.: „Neue Kriege“, in: Handbuch für Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, 2004.

Prognosegruppe der CAU: Winterprognose 2009 der Prognosegruppe am Institut für Weltwirtschaft der Christian-Albrechts-Universität Kiel, 2009.

Prognosegruppe der CAU: Winterprognose 2010 der Prognosegruppe am Institut für Weltwirtschaft der Christian-Albrechts-Universität Kiel, 2010.

Rahmstorf, S., Marotzke, J., Willebrand, J.: Stability of the thermohaline circulation, In: The Warm Water Sphere of the North Atlantic Ocean, W. Krauß (eds.), Borntraeger Verlag, 1996.

Rahmstorf, S.: A Semi-Empirical Approach to Projecting Sea-Level Rise, Science Vol. 315, 368-370, 2007.

Riedel, S.: Illegale Migration im Mittelmeerraum, Antworten der südlichen EU-Mitgliedstaaten auf nationale und europapolitische Herausforderungen, SWP, Berlin, April, 2011.

Rodrigue, J.-P., Notteboom, T. and Slack, B.: Maritime Transportation, <http://people.hofstra.edu/geotrans/eng/ch3en/conc3en/maritimedomains.html>, (Datum der Speicherung: 18.05.2011).

Roloff, R.: Die Konflikttheorie des Neorealismus, in Bonacker, T.: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Auflage, Wiesbaden, 538 Seiten, 2008.

Rudloff, B. und Weber, A.: Somalia und der Golf von Aden, in Piraterie und maritime Sicherheit, Hrsg. S. Mair, SWP-Studie, SWP, Juli, 2010.

Schöring, N. Neorealismus, in Schindler, S. und Spindler, M. (Hrsg.), Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Auflage, Verlag Barbara Budrich, UTB, Opladen und Farmington Hills, 2006.

Schneider, V. und Janning, F.: Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der

öffentlichen Politik, Seite 15-18, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 242 Seiten, 2006.

Schwartz, D., Deligiannis, T. and Homer-Dixon, Th. F.: „The Environment and Violent Conflict: A Response to Gledisch's Critique and Suggestions for Future Research”, in: Environmental Change & Security Project Report, Issue 6, Washington D.C., Woodrow Wilson Center, Washington, 2000.

Scriviener, D.: Gorbachev's Murmansk Speech: The Soviet Initiative and Western Responses, Oslo, 1989.

Seidler, C.: Arktisches Monopoly. Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion, München, 2009.

Sicherheitspolitik aktuell online, Krisen und Konflikte Oktober 2010, „Korea: Wiedersehen nach langer Trennung“, Gesamtausgabe November, 2010.

Sicherheitspolitik aktuell vom 15.07.2008, Stand 09.02.2011, [http://www.bundeswehr.org/portal/a/bworg!/ut/p/c4/NYvLCsIwEEX_KNOoUHDnA0UEXWq7S9OQDk0zYTq1Gz_eZOE9cDaHCy1kovmgN4IUTYA3NBb33aq6ldgrNKMslgQ1ox0cDw5lThRQcIRXOfdOWYpOisVFwWzPRohVIpZQysKci8Iemkqfj3pb_bf51tf7qd3VWt8elyekaTr8Aiei9ig!/,](http://www.bundeswehr.org/portal/a/bworg!/ut/p/c4/NYvLCsIwEEX_KNOoUHDnA0UEXWq7S9OQDk0zYTq1Gz_eZOE9cDaHCy1kovmgN4IUTYA3NBb33aq6ldgrNKMslgQ1ox0cDw5lThRQcIRXOfdOWYpOisVFwWzPRohVIpZQysKci8Iemkqfj3pb_bf51tf7qd3VWt8elyekaTr8Aiei9ig!/) (Datum der Ansicht: 19.07.2011).

Siedschlag, A.: Realistische Perspektiven der Internationalen Politik, 2001.

Siedschlag, A.: "Konflikte und Konflikttheorien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Neue Ansätze und Neue Herausforderungen," in Masala, C. / Roloff, R. (Hrsg.): Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik. Köln: S+H, Seite 195-225, 1998.

Siehe Wegweiser zur Geschichte, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam, 2010,

[http://www.mara.mar/Marineamt/StabMara/A1/AuslEins0/Allgemeine/Wegweiserz/Auslands ei/file/meuaedbwww.pdf,](http://www.mara.mar/Marineamt/StabMara/A1/AuslEins0/Allgemeine/Wegweiserz/Auslands ei/file/meuaedbwww.pdf) (Datum der Speicherung: 23.06.2011).

Simonis, U. E.: „Klimawandel – eine weltweite Bedrohung“, Informationen zur politischen Bildung, Heft 274, BZP, Berlin, 2002.

Singer, K.: The Meaning of Conflict, in Australasian Journal of Philosophy. 27, 1949.

Smith, M. A. und Giles, K.: Russia and the Arctic: The “Last Dash North”, Advanced Research and Assessment Group 2007, No. 26, S. 1-20, 2007.

Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV), Studie zur Solarenergienutzung, 2007.

Staack, M.; Vortrag China im Alleingang zur Weltmacht? Eindrücke aus dem Besuch Pekings im September 2011, Marineamt Bremerhaven, 12.10.2011.

Stehr, M.: Piraterie und Terror auf See: Nicht-staatliche Gewalt auf den Weltmeeren 1990-2004: Ein Handbuch, Berlin, Verlag Dr. Köster, 2004.

Steinmeier, F.-W.: Klimawandel, eine internationale Herausforderung, Rede beim 2. EnBW Klimakongress am 23.10.2007, Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 24.10.2007, 2007.

Stern, N.: „The Economics of Climate Change, Executive Summary“, in: Stern Review, London 2006, Seite i-xxvii.

http://www.hm-treasury.gov.uk/media/4/3/Executive_Summary.pdf, (Datum der Speicherung: 23.10.2007).

Stevenson, C.: Hans Off? The struggle for Hans Island and the Potential Ramification for International Border Dispute Resolution, Boston College International and Comparative Law Journal, Vol. 30, 263 ff., 2007.

Stöckmann, B.: Die Folgen für die Sicherheit Europas anhand konfliktrelevanter Wirkungen der globalen Klimaänderung an seiner Peripherie, Lehrgangsarbeit, LGAN 99 Luftwaffe, Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg, 2001.

Südwest-Presse, Stichwort – Ankara-Protokoll: Streit um EU-Mitglied Zypern, 08.12.2009,

<http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/STICHWORT-ANKARA-PROTOKOLL-Streit-um-EU-Mitglied-Zypern;art4306,285764>, (Datum der Ansicht: 08.07.2011).

Sueddeutsche-Online, „Anschläge in Mumbai“, Artikel vom 14.07.2011, Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/H5Q38w/102616/Anschlaege-in-Mumba.html>, (Datum der Ansicht: 21.07.2011).

Sueddeutsche-Online: <http://www.sueddeutsche.de>, (Datum der Ansicht: 03.08.2011).

Tagesspiegel: „Aus Darfur lernen“, Kommentar von Ban Ki Moon, 17.06.07, Berlin 2007, Quelle: <http://www.tagesspiegel.de>, (Datum der Ansicht: 01.08.2011).

Talmon, S.: Kollektive Nichtanerkennung illegaler Staaten. Tübingen, 2006.

Timtchenko, L.: The Russian Arctic Sectoral Concept: Past And Present, in: Arctic 1997, Vol. 50, No. 1: S. 29-35, 1996.

Tomuschat, C.: Völkerrecht, Baden-Baden, 2009.

Touval, S.: Somali Nationalism - International Politics and the drive for Unity in the Horn of Africa, Cambridge University Harvard Press, Cambridge, Mass., 1963, Neuauflage, 1999.

UBA: Nationaler Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 1990-2005, Dessau, In: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3239.pdf>, 2007.

UN - Dept. of Public Information: „UN Millennium Report, 2000“, Chapter 3, New York, 2000.

UN: The Comprehensive Settlement of the Cyprus Problem [Annan Plan] Annex IV, Art. 4, Abs. 2, März, 2004.

UNCTAD, Review of Maritime Transport, various years, <http://www.unctad.org>, 2011.

UNCTAD: Report oft the Multi-year Expert Meeting on Transport and Trade Facilitaion, United Nation Conference on Trade and Develpoment (UNCTAD), erstellt durch das Trade and Development Board anlässlich des Multi-year Expert Meeting on Transport and Trade

Facilitation, in Genua, 16-18.02.2009, 2009.

UNEP - UN Environmental Programme: „IPCC-Report, Teil 1 – Vorhersagen über das künftige Klima“, Genf, 2007.

UNEP - UN Environmental Programme: IPCC-Report, Teil 2 – Folgen des Klimawandels für den Kontinent, Genf 2007, <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung34554.html>, 2007.

UNFCCC: Bali Action Plan. Decision 1/CP.13, COP 13, Bali, Indonesia,
In: <http://unfccc.int/resource/docs/2007/cop13/eng/06a01.pdf#page=3>, 2007.

Vereinte Nationen (VN): Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, In: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>, 1992.

Vereinte Nationen, Sicherheitsrat, <http://www.un.org/sc/members.asp>, Membership 2010, UNDOC, A/64/100 (Annex VI), update 12.10.2010, 2010.

VIVEK RAGHUVANSHI, Published: 15.04.2011, 14:13, (Datum der Ansicht: 04.08.2011).

VTI: <http://www.vti.bund.de/de/startseite/institute/osf/forschungsbereiche/fischerei-survey-technologie/survey-technologie.html>, (Datum der Ansicht: 16.05.2011).

Wagner, C.: Das Misstrauen zwischen Pakistan und den USA wächst, 17.05.2011, auf [http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/pakistan-nach bin-ladens-tod-html](http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/pakistan-nach-bin-ladens-tod-html).

Walt, S.: Alliances in a unipolar world, in: World Politics, Januar 2009, Volume 61, Number 1, 2009.

Waltz, K.: Man the state and war. A theoretical analysis, New York, London, 1959; Waltz, K.: Theory of International Politics, Illinois, 2010 (Neuaufgabe).

Waltz, K.: Man the state and war. a theoretical analysis, New York, London, 1959.

Waltz, K.: Theory of International Politics, Addison-Wesley-Verlag, reading, Mass. 1979,

251.

Warner, K., Erhart, C., de Sherbinin, A., Adamo, S.B., Chai-Onn, T.C: In Search of Shelter. Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement, in: http://issuu.com/careandclimatechange/docs/care_in_search_of_shelter, 2009.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: „Welt im Wandel, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Zusammenfassung für Entscheidungsträger“, Berlin, 2007.

WBGU: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Hauptgutachten des WBGU 2007, Springer-Verlag. Berlin, Heidelberg, 2008, Seite 1-268, <http://www.wbgu.de/index.php?id=111>, (Datum der Speicherung: 06.05.2011).

WBGU: Welt im Wandel: Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, Hauptgutachten des WBGU 2008. Springer-Verlag. Berlin, Heidelberg, 2009a.

WBGU: Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz. Sondergutachten des WBGU 2009, Springer-Verlag. Berlin, Heidelberg, 2009b, http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2009/wbgu_sn2009.pdf, (Datum der Speicherung: 06.05.2011).

Wegner, G.: Persönliche Mitteilung in der Einleitung des Vortrages von Dr. G. Wegner, Institut für Seefischerei des Johann-Heinrich-von-Thünen Institut, Hamburg, auf der Regionaltagung Weser-Ems der DGSM am 14.05.2011 in Bremerhaven.

Weltonline vom 02.01.2011:

<http://www.welt.de/print/wams/vermishtes/article11927182/Blutiger-Anschlag-auf-christliche-Kirche-in-Aegypten.html>, (Datum der Ansicht: 08.07.2011).

Weltonline vom 08.05.2011: Wie deutsche Ingenieure Windkrafriesen foltern, <http://www.welt.de/wissenschaft/article13356842/Wie-deutsche-Ingenieure-Windkraft-Riesen-foltern.html>.

Weltonline vom 10.03.2011: Erdbeben erschüttert Japan , 2011.

Weltonline vom 11.03.2011: Zehn Meter hoher Tsunami überrollt Japan , 2011.

Weltonline vom 12.04.2011:

<http://www.welt.de/vermishtes/weltgeschehen/article13146662/Japan-ruft-fuer-Fukushima-hoehste-Gefahrenstufe-aus.html>.

Weltonline vom 12.04.2011: Japan ruft für Fukushima die höchste Gefahrenstufe aus, 2011.

Weltonline vom 13.07. 2011: („Barack Obama spricht offen über eine Staatspleite“) und 15.07.2011 („Obama setzt im Schuldenstreit 36-Stunden-Ultimatum“),

<http://www.welt.de/wirtschaft/article13485166/Barack-Obama-spricht-offen-ueber-eine-Staatspleite.html>, (Datum der Ansicht: 15.07.2011).

Weltonline vom 13.07. 2011: <http://www.welt.de/politik/ausland/article13487961/Obama-setzt-im-Schuldenstreit-36-Stunden-Ultimatum.html>, (Datum der Ansicht: 15.07.2011).

Weltonline vom 22.07.2011: „Islamisten wollen Hilfe für Hungernde stoppen“
<http://www.welt.de/politik/ausland/article13502441/Islamisten-wollen-Hilfe-fuer-Hungernde-stoppen.html>, (Datum der Ansicht: 25.07.2011).

Weltonline, Nordkorea und Iran tauschen Raketen-Pläne aus, weltonline, 16.05.2011,
<http://www.welt.de/politik/ausland/article13373637/Nordkorea-und-Iran-tauchen-Raketen-Pläne-aus.html>.

Weltonline.de, Ehrenstein, C.: „Keine klaren Signale an Assad“, 01.08.2011,
http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13518863/Keine-klaren-Signale-an-Assad.html, (Datum der Ansicht: 04.08.2011).

Weltonline.de, „Das bedrohliche Arsenal der instabilen Nuklearmacht“, 09.05.2011,
<http://www.welt.de/politik/ausland/article13361007/Das-bedrohliche-Arsenal-der-instabilen-Nuklearmacht.html>, (Datum der Ansicht: 22.08.2011).

Weltonline.de, „Hungersnot in Somalia - UN startet Notfalloperation“
<http://www.welt.de/politik/ausland/article13498193/Hungersnot-in-Somalia-UN-startet-Notfalloperation.html>, 20.07.2011, (Datum der Ansicht: 26.07.2011).

Weltonline.de, Dietrich, A.: „Syrien am Rande des Bürgerkrieges“, 18.07.2011,
http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article13494528/Syrien-am-Rand-des-Buergerkriegs.html, (Datum der Ansicht: 04.08.2011).

Weltonline.de: <http://www.welt.de/politik/article13538208/USA-reagieren-nervoes-auf-Chinas-neuen-Flugzeugtraeger.html>, (Datum der Ansicht: 11.08.2011).

Weltonline.de: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article11884355/Ruestungskontrolle-wird-zur-unloesbaren-Aufgabe.html>, (Datum der Ansicht: 03.04.2012).

Welzer, H.: Klimakriege, wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., Mai, 2008.

Westphal, K.: Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit, Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit 2009, SWP, Berlin, Juli, 2009.

WHO: „WHO Statistical Information System Report 2007 – Highlights“, Geneva 2007.
<http://www.who.int/whosis/whostat/2007/en/index.html>, (Datum der Speicherung: 02.08.2011).

Willebrand, J., Barnier, B., Böning, C., Dietrich, C., Herrmann, P., Killworth, P, le Provost, C., Jia, Y., Molines, J.M., New, A.L.: Circulation characteristics in three eddy-permitting models of the North Atlantic, Progress in Oceanography 48, 2001.

Willebrand, J., Barnier, B., Böning, C., Dietrich, C., Herrmann, P., Killworth, P, le Provost, C., Jia, Y., Molines, J.M., New, A.L.: Circulation characteristics in three eddy-permitting models of the North Atlantic, Prog. in Oceanogr., 2000.

Winkelmann, I.: Feste Regeln zur Aufteilung des Arktischen Ozeans, SWP-Aktuell, 53, Berlin, 2008.

- Winkelmann, I.: Klimawandel und Sicherheit in der arktischen Region, Berlin, 2009a.
- Winkelmann, I.: Klimawandel und Sicherheit in der arktischen Region, Berlin. United Nations Convention on the Law of the Sea 1982, Montego Bay, 2009b.
- WISE Pen Final Report, Maritime Surveillance in Support of the CSDP (MARSUR), EDA, 26.04.2010, 2010.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Die Zukunft der Meere – zu warm, zu hoch, zu sauer, Sondergutachten, 2006.
- WMO: Report No. 38, Scientific Assessment of Ozone Development: 1994.
- WMO: Report No. 38, Scientific Assessment of Ozone Development: 1994, WMO, P.O. BOX 2300, Geneva 2, CH 1211, 1995.
- WMO: WMO WDCGG Data catalog, vol. 4, Greenhouse Gases and Other Atmospheric Gases, Geneva, 1997.
- Wolfrum, R. : Das Rechtsregime der Arktis, Berlin, 2008.
- Wolfrum, R.: Die Beschränkungen für die Freiheit der Schifffahrt durch das kanadische „Arctic Waters Pollution Prevention Act“ sowie die internationalen Übereinkommen zum Schutze der Meeresumwelt, in: R. Bernhardt, W. Rudolf (Hrsg.), die Schifffahrtswelt im Gegenwärtigen Völkerrecht, 143 S., Karlsruhe, 1975.
- World Ocean Review, Mit den Meeren leben, 2010.
- Yamin, F. und J. Depledge: The International Climate Change Regime, A guide to Rules, Institutions and Procedures, Cambridge University Press, 2004.
- Zeit-Online, Vannahme, J.-F.: „Aufrüsten für die Arktis“, 03.09.2008, Seite 1-2, (Datum der Speicherung: 13.04.2010).

Zeit-Online: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-01/eu-ratspraesidentschaft-spanien-wirtschaft/seite-2>, 08.01.2010, Seite 1-2., (Datum der Ansicht: 08.07.2011).

Zeit-Online: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-04/nordkorea-usa-vergeltung>, (Datum der Ansicht 18.04.2012).

Zentrum für Transformation: der Bundeswehr Studie German Peak Oil des Zentrums für Transformation der Bundeswehr, Dezernat Zukunftsanalyse, 2010.

10. Danksagung

Am Ende der Arbeit bleibt mir noch mich bei all jenen, die mich während der Erarbeitungs- und Erstellungsphase begleitet und auf verschiedenste Weise unterstützt haben, zu bedanken.

Im Besonderen gilt dies:

Herrn Prof. Dr. Carlo Masala als Doktorvater meiner Promotion für die Übernahme des Themas und für die Begutachtung, sowie Herrn Prof. Dr. Gerdes für die Übernahme des Koreferates.

Herrn Prof. Masala danke ich außerdem für die hervorragende wissenschaftliche Betreuung und die jederzeit mögliche Ansprechbarkeit für Fragen und Diskussionen, die mir den politikwissenschaftlichen Zugang zu dem Thema erleichtert hat. Seine Denkanstöße hatten wesentlichen Anteil am Gelingen dieser Arbeit.

Herrn Prof. Dr. Rüdiger Gerdes, vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung Bremerhaven und Prof. Dr. Thomas Hauf vom Institut für Meteorologie und Klimatologie der Leibniz-Universität Hannover danke ich für die zahlreichen Diskussionen zur Klimatologie und Atmosphärenphysik. Ersterem danke ich für die Gutachterschaft.

Nicht vergessen möchte ich Herrn Kapitän zur See Jens Beckmann für seine zahlreichen fruchtbaren Diskussionsrunden zu allen Fragen der Militärpolitik und praktischen Sicherheitspolitik. Durch ihn wurde mein bestehendes Interesse an der Thematik der maritimen Sicherheitspolitik verstärkt und die Kenntnisse ausgebaut.

Ebenso gilt mein Dank den Herren Kapitän zur See Jens Beckmann, Fregattenkapitän Stephan Giesbers und Oberstabsbootsmann Achim Schäffer für ihre vielen Diskussionen und kritischen Anmerkungen hinsichtlich der Verständlichkeit und das Korrekturlesen.

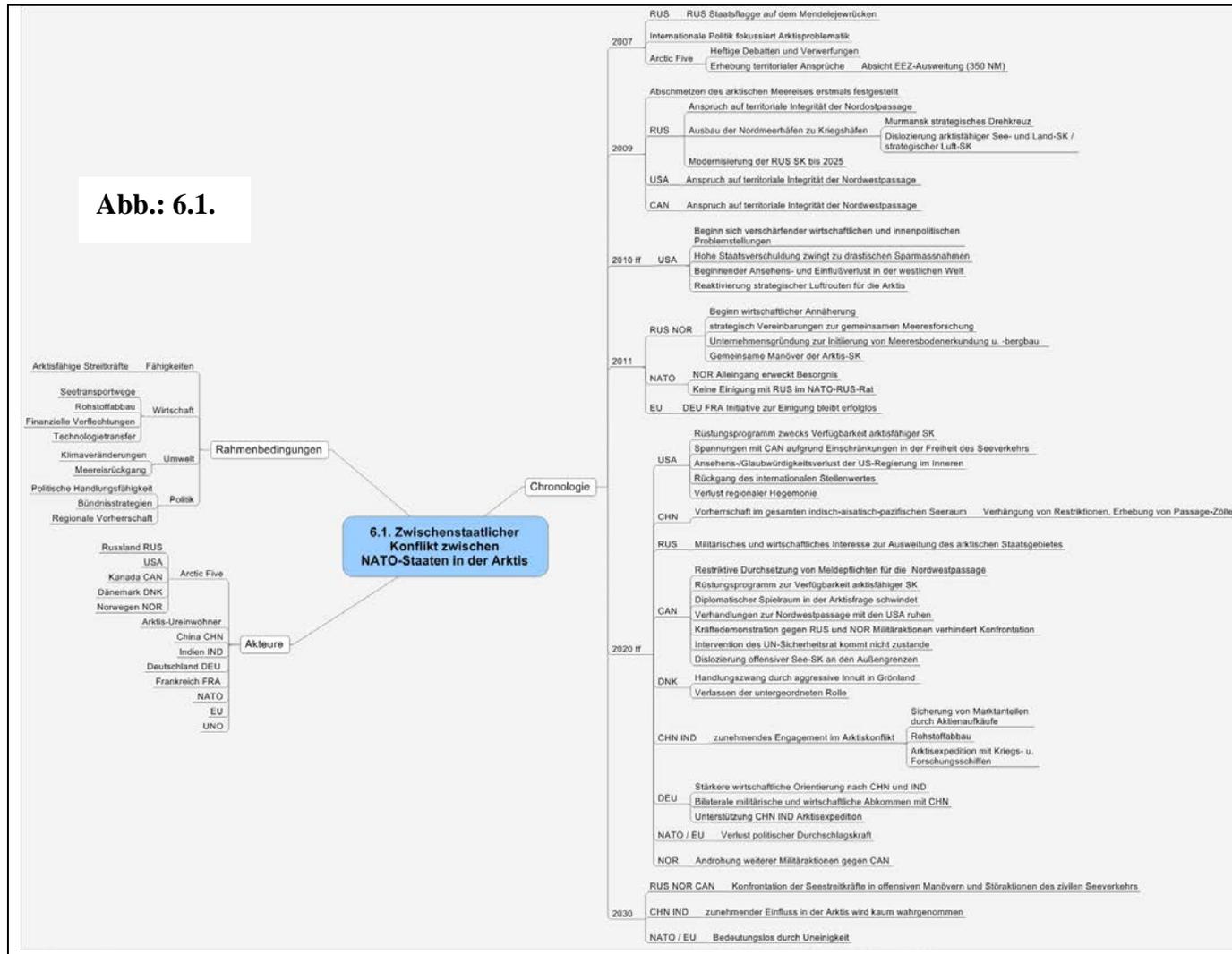
Frau Dipl.-Bibl. Birgit Suhling von der Fachinformationsstelle Bremerhaven danke ich für ihre unersetzliche Hilfe bei der Literaturrecherche.

Meiner Familie danke ich von ganzen Herzen, dass ich an den vielen Wochenenden und Abenden die Gelegenheit zur Bearbeitung des Themas und zur Erstellung dieser Arbeit erhalten habe, da dies, im besonderen für Kinder, keine Selbstverständlichkeit ist.

Allen, die ich an dieser Stelle nicht namentlich genannt habe, danke ich für ihren individuellen Anteil, am Gelingen dieser Arbeit.

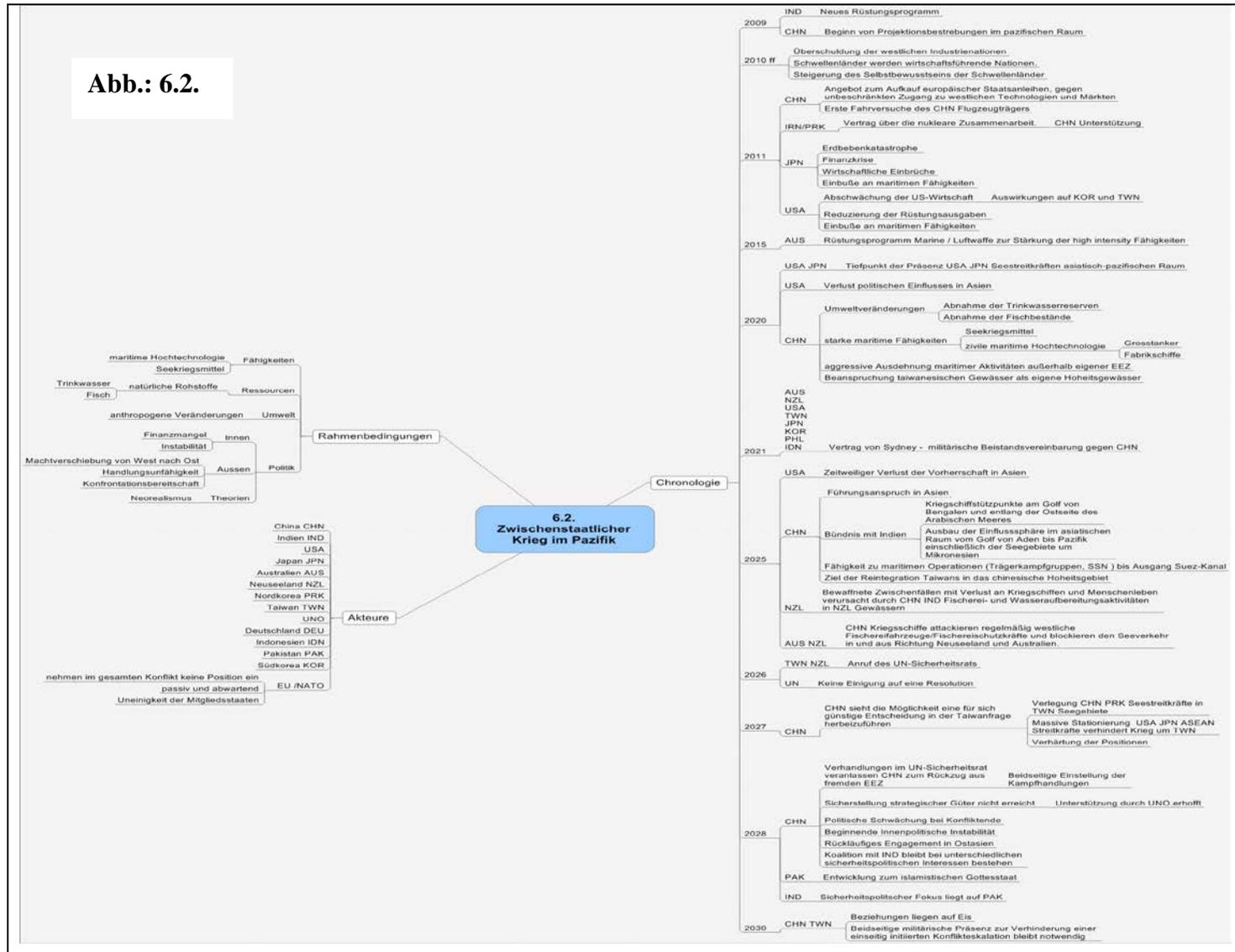
11. Anhang

Anhang 1: Zwischenstaatlicher Konflikt zwischen NATO-Staaten in der Arktis (Szenario 6.1.)



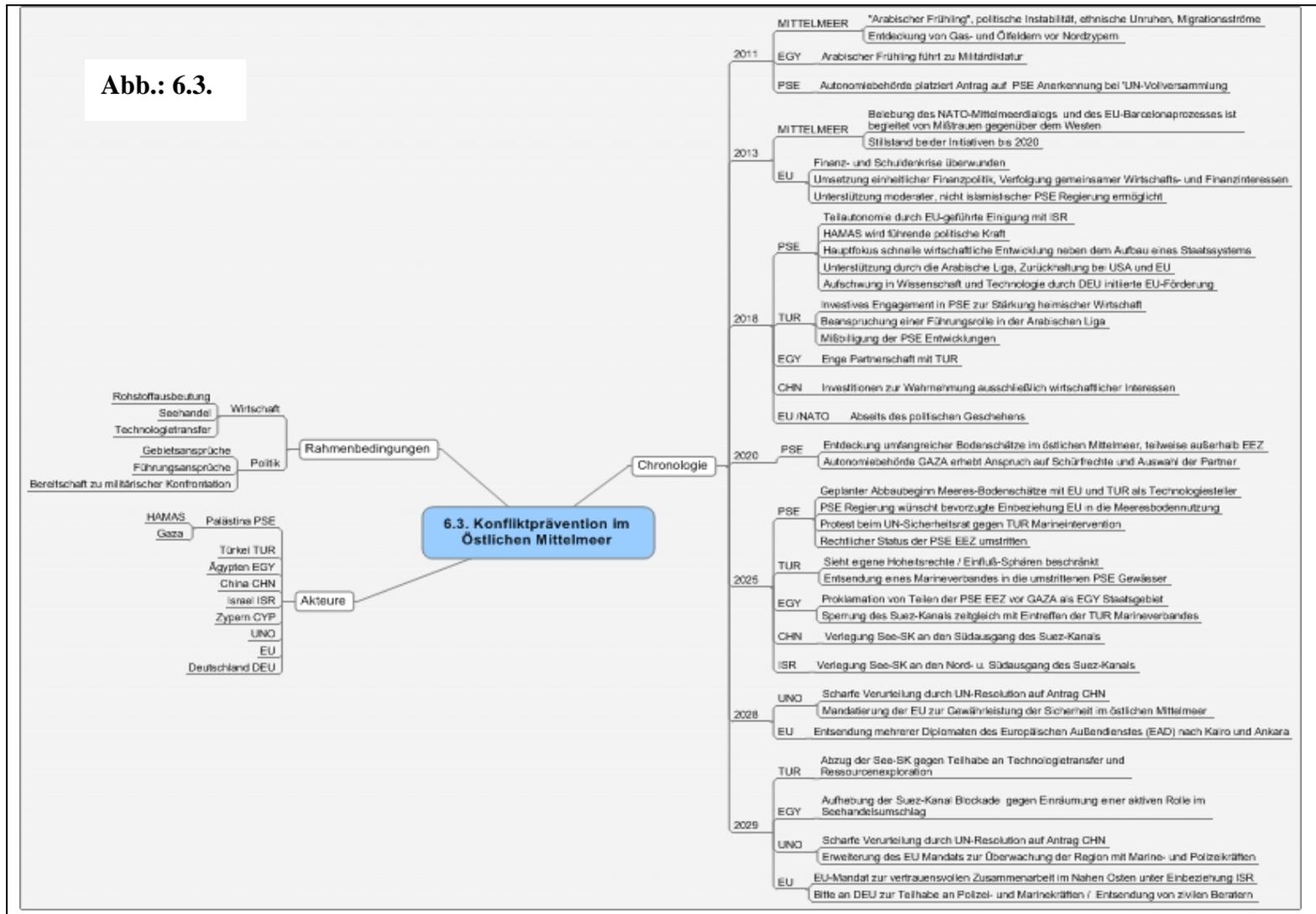
Anhang 2: Zwischenstaatlicher Krieg im Pazifik (Szenario 6.2.)

Abb.: 6.2.

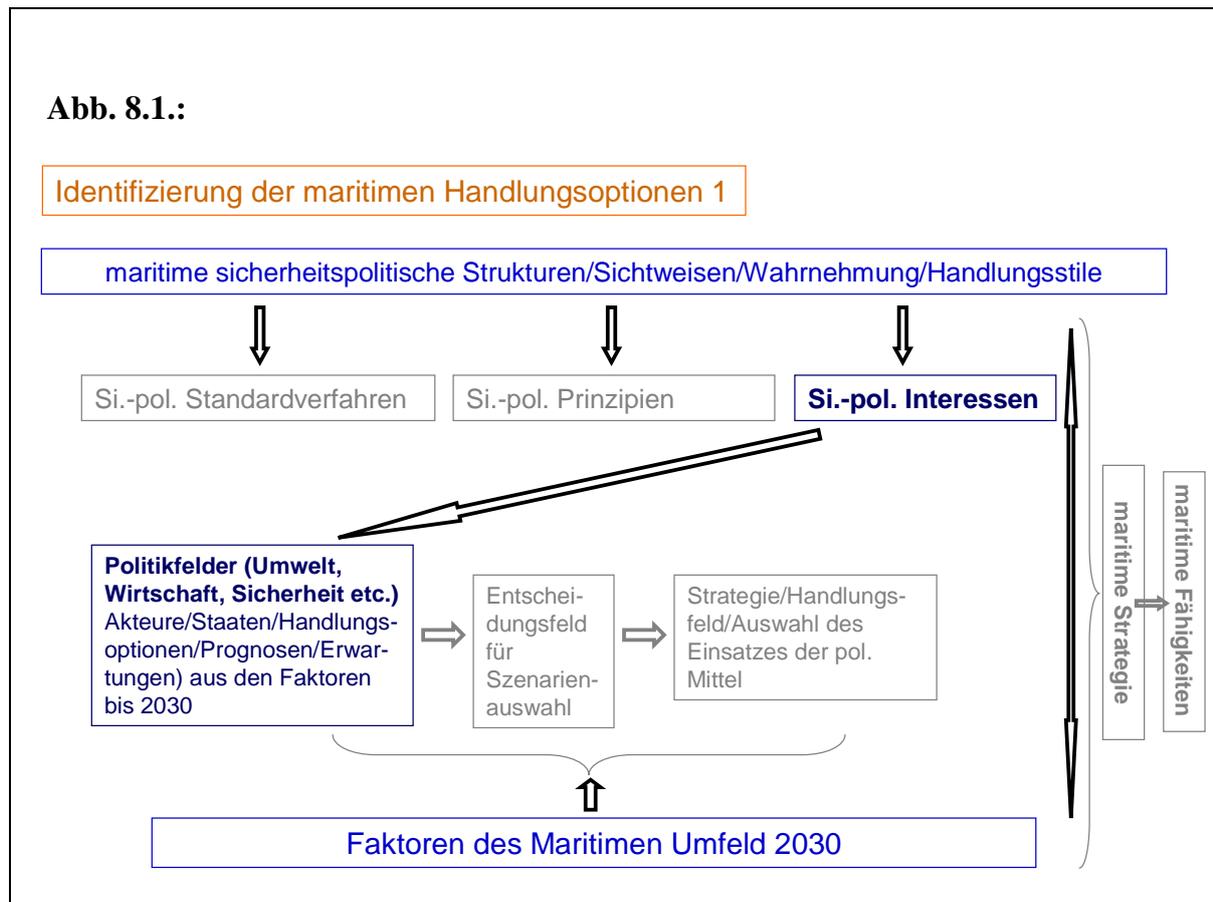


Anhang 3: Konfliktprävention im Östlichen Mittelmeer (Szenario 6.3.)

Abb.: 6.3.



Anhang 4: Vorschlag für den Entscheidungsprozess maritime Faktoren - Fähigkeiten - 1



Anhang 5: Vorschlag für den Entscheidungsprozess maritime Faktoren - Fähigkeiten - 2

